

Hungerstreik in den BRD-Knästen — S. 22 -23

Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 253, 17. 12. 84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E



40 Jahre und

kein bißchen weise

Großdeutsche Träume

Nebenstehende Karte kommt nicht aus einer Propagandabroschüre der NPD, auch nicht aus einem Pamphlet der „Vertriebenen"-Verbände, sondern ist abgedruckt in einer offiziellen Broschüre des baden-württembergischen Kultusministers Mayer-Vorfelder, in der zu einem „Schülerwettbewerb 1985 mit osteuropäischen und gesamtdeutschen Themen" aufgerufen wird. Offen geblieben ist, was eigentlich „deutsche Staatsgebiete" sind: Ist das überall, wo auch „deutsche Siedlungsgebiete" sind, also bis weit nach Osteuropa hinein? Umstandslos werden auch Teile von Frankreich und Belgien dem deutschen Blute zugeschlagen...

Fortsetzung auf Seite 5

Grüner Parteitag

Erfolgreiches Unentschieden für die »Realpolitiker«

... so bewertet unser Autor den Ausgang der von allen Seiten mit Spannung erwarteten Bundesversammlung der Grünen zur Klärung ihres Verhältnisses zu Bündnissen mit der SPD. Wir dokumentieren den Grünen-Beschluß und Auszüge aus den kontroversen Anträgen, sowie Pressestimmen zum Ausgang der Debatte.

Großes Erstaunen hat das Bündnis des Fundamentalisten Rudolf Bahro mit den Ökosozialisten hervorgerufen. Bahro hat in einer scharfen und polemischen Rede nicht nur Gegner seiner Position provoziert. Wir publizieren wesentliche Teile seines ganzheitlichen Konzepts des „Ausstiegs aus der Industriegesellschaft" sowohl die politischen Aussagen, als auch die, in denen er sich als Prophet bemüht.

Welcher Teufel hat den Ökosozialisten Trampert geritten, dieses Bündnis mit Bahro einzugehen? Ein Kommentar zur Hamburger Grünen-Versammlung geht auf diese Frage ein.

Gastautor Uwe Klußmann (ISP/Die Grünen) bespricht das neue Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert, „Die Zukunft der Grünen" und wirft die Frage auf: „Ökosozialismus contra Marxismus?"

Auch die DKP versucht Position zum „rot/grünen" Konflikt zu beziehen. „Gemeinsam gegen rechts" heißt ihre Formel, die ja nun wirklich nicht neu für die Partei ist. Mit wem? Notfalls mit den Grünen, aber: „Hauptsache mit der SPD."

Was passiert im Bonner Bundestagsbunker der Grünen? Wir bringen Neues aus dem grünen Alltag in Bonn.

Schließlich kommentieren wir die Diskussion und die Beschlußlage der Alternativen Liste Westberlin zum Verhältnis AL/SPD für die Zeit nach den Senatswahlen.

Trotz des Grünen-Angebots von der Landesversammlung in Lich — wir dokumentieren den Beschluß — ist das hessische Bündnis mit der SPD geplatzt. Börner sucht neue Bündnispartner. Und prompt reagiert der DGB: Hetze gegen die Grünen ist angesagt.

Alles auf den Seiten 10 - 19

Deutsches Gift in alle Welt

Als sich im indischen Bhopal innerhalb einer Stunde 30 Tonnen Giftgas — darunter das im 1. Weltkrieg von den Deutschen verwendete Giftgas Phosgen — auf einer Fläche von 65 Quadratkilometern ausbreitete, war dies der Beginn einer der grausamsten Katastrophen, die das kapitalistische Produktionssystem je hervorgebracht hat. Die Toten und mit bleibenden Schäden weiterlebenden Verletzten sind nicht zu zählen, Schätzungen gingen von über 10.000 tödlich Vergifteten aus. Täglich gibt es neue schreckliche Meldungen vom Leid der Armen und Ärmsten in Indien. Findet jetzt endlich eine überfällige öffentliche Diskussion um das profitable Geschäft der Chemie-Konzerne mit Pflanzenschutzmitteln statt? Welchen Anteil haben BRD-Konzerne am Giftgeschäft. Ist ‚Bhopal' auch in der BRD möglich? — Ein Bericht und ein Interview mit einem Vertreter von „Pestizid Aktions-Netzwerk" (PAN) auf den Seiten 6 u.f.

Friedensbündnis vor der Auflösung?

Laßt mich raus, laßt mich rein!

Im Bonner Koordinationsausschuß der Friedensbewegung tobte der Streit. Geier mit Bleistift, Papier und Kameras kreisten über der Szene. Mit ungewohnter Verbal-Militanz droschen die Kontrahenten aufeinander ein: Auflösung, Spaltung, Enthauptung bzw. Diffamierung, Macht- und Parteienpolitik waren die Stichworte. Dann waren alle persönlich verletzt und unheimlich betroffen. Jetzt kann die Bewegung aber wieder aufatmen. Der KA beschloß am 14.12.: „Wir machen gemeinsam weiter !" Allerdings soll 1985 erst mal eine Beratungspause eingelegt werden; wenn sich Aktionen nicht vermeiden lassen, dann aber nur im Konsensprinzip. Vor der Sommerpause soll es einen „Großen Ratschlag der Friedensbewegung" geben. Ob dieses Treffen Aktionen beschließen „darf", ist ebenfalls umstritten. Unbeantwortet bleibt die bange Frage so mancher Initiative, was eigentlich im Mai passiert, wenn Reagan und Co. zum Weltwirtschaftsgipfel Birne besuchen, um gemeinsam den 40. Jahrestag des Sieges über Stalin und die Gewaltherrschaft zu feiern (kann auch anders gewesen sein, aber was nicht war, kann ja noch kommen). M a c h e n wir dann weiter oder beraten wir ?

Fortsetzung auf Seite 3



Nur mit Panzern wagte sich die chilenische Polizei und das Militär Ende November in Santiagos Arbeitervororte. Bildbericht auf Seite 38.

Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Rund 600 BI-Mitglieder und Grüne kamen vom 23. - 25.11 zur achten Bundeskonferenz (BuKo) der Anti-AKW-Bewegung in Braunschweig zusammen. Diskussionsbeherrschend war das Verhältnis von Anti-AKW-Bewegung und Grünen zueinander. Weitere Schwerpunkte waren die Auseinandersetzung mit Energiekonzernen, Aktionen und Kriminalisierung im Wendland sowie Aktionen zum Weltwirtschaftsgipfel in Bonn.

Im Folgenden ein kurzer Überblick über die wichtigsten AGs:

1. **Zivilitärische Atomnutzung:** Außer der Hanauer Demonstration gegen die Atomfabriken Nukem/Alkem, die durch die Konferenz noch einen entscheidenden Mobilisierungsschub bekam, standen Aktionen zur Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im September 85 auf der Tagesordnung. Hierzu ist auf internationaler Ebene eine Gegenkonferenz im Gespräch. Für die BRD ist eine Gegenkonferenz über das westdeutsche Proliferationsverhalten geplant, vermutlich in Frankfurt kurz vor der Genfer Überprüfungskonferenz. Die BuKo lädt gemeinsam mit anderen Gruppen zu einem Vorbereitungstreffen ein (siehe Einladung).

2. Schwerpunkt der AG **„Auseinandersetzung mit Energiekonzernen"** war die RWE, zu der als dominantestem Vertreter der neun bundesrepublikanischen Energieversorgungsunternehmen im Februar in Essen ein Tribunal — parallel zur RWE-Aktionärsversammlung — stattfinden soll. Die RWE, die sowohl an den Hanauer Nuklearfirmen, als auch an der WAA (DWK) und der Urananreicherung beteiligt ist und mit der sich Waldsterben-, Wasser- und Anti-AKW-Gruppen herumschlagen, soll von allen Seiten durchleuchtet werden. Da die öffentliche Hand mit 61,3% die Stimmenmehrheit beim RWE besitzt, sollen die Personen, die hier bisher anonym Politik machen namhaft gemacht und der Gedanke an Rekommunalisierung stärker in die Diskussion getragen werden.

> **Aktionsübersicht:**
>
> **20.1.85 Vorbereitunsgtreffen NV-Gegenkonferenz, Bonn**
> **25./26.1.85 Aktionstage in Gorleben**
> **23.-24.2.85 RWE-Tribunal in Essen**
> **Frühjahr: Strahlenschutzkonferenz in Bremen**
> **2.-5.5.85 Weltwirtschaftsgipfel in Bonn**
> **Sept.85 Gegenkonferenz zur NV-Überprüfungskonferenz in Genf**

3. AG **Strahlenschutz**: Die geplante Verschlechterung der Strahlenschutzverordnung soll Anknüpfungspunkt für ein Hearing mit betroffenen Verbänden, v.a. Gewerkschaften sein. Für die Vorbereitung angesprochen sind besonders Grüne in Bund und Land, die auch Träger eines vorgesehenen internationalen Kongresses sein könnten. Anfang 85 soll in Bremen dazu eine Konferenz stattfinden. Die hier gemachten Vorschläge waren außer einer im Plenum abgeschmetterten Resolution zu AKWs und Kohle die einzigen Ansätze für eine Bündnisarbeit mit anderen Bewegungen.

4. Die AG **Atomexporte in die „3.Welt"** forderte die Ergänzung des Atomsperrgesetzentwurfes der Grünen um ein grundsätzliches Exportverbot. Geplant sind aus diesem Spektrum Aktionen zur Frühjahrsmesse in Hannover.

5. In der AG **Wendland-Widerstand** wurde ein vorläufiger Aufruf zu Aktionstagen im Wendland am 25./26.1.85 entwickelt. Hiermit soll zum einen öffentlichkeitswirksam und massenfreundlich mit einer symbolischen Schienenbesetzung zu weiteren Blockaden von Atommülltransporten aufgerufen werden. Am Freitag soll eine Sightseeing-Tour durch den Landkreis zu Betreiberfirmen, Behörden, Politikern und Polizei stattfinden. Am Samstag sollen an zahlreichen Stellen entlang der Castor-Transportstrecke Aktionen durchgeführt werden. Gedacht ist an eine symbolische „Verpackung" der Schienen, Bahnspaziergänge, Musikumzüge etc., die Straße nach Gorleben wird nach dem Muster der Wendlandblockade symbolisch blockiert. Die Wahl des Hauptortes der Aktion (die Schiene) soll die Solidarisierung mit denen bekunden, die im Zusammenhang mit den Lüchow-Dannenberger Widerstandsaktionen kriminalisiert werden.

Außer den hier vorgestellten Aktionen wurde eine Flut von Resolutionen verabschiedet, unter der dann der zu Beginn der Konferenz proklamierte Anspruch unterging, angesichts der „*Umorientierung des öffentlichen Interesses auf die Grünen und andere demokratischen Bewegungen*" zu klären, „*welchen Part wir als eigenständige Bewegung in Zukunft spielen wollen und ob, und wenn wie wir unser Ziel des sofortigen Ausstiegs aus der Atomtechnologie erreichen können*" (Claus Schröder vom Braunschweiger AK bei der Auftaktveranstaltung). Allein in der Diskussion um das Verhältnis von Anti-AKW-Bewegung und Grünen wurde dieser Anspruch ansatzweise erfüllt. Erschwert wurde dieser Versuch der Klärung durch die anwesenden grünen Funktionsträger, die mit einer superradikalen Resolution vorpreschten, welche die Grünen in Grund und Boden verdammte. Das Plenum, verwirrt darüber, von den Grünen ausnahmsweise von links überholt zu werden, verlor sich in Diskussionen um diesen Widerspuch, anstatt die eigene Position zu entwickeln und sich Gedanken über deren Verankerung bei den Grünen zu machen. Angenommen wurde schließlich eine Resolution mit vorsichtiger Distanz zu den Grünen, die diese auffordert vor der Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD die Verpflichtung zur sofortigen Stillegung sämtlicher Atomanlagen zu verlangen.

Sa., KB Lüneburg

Zum Verhältnis der Anti-AKW-Bewegung zur Partei DIE GRÜNEN

Auch wenn die Medien in den vergangenen Monaten oft einen anderen Eindruck erweckt haben: Wir verstehen uns nicht als Wasserträger irgendeiner Partei, auch nicht der GRÜNEN. Und wir wissen, daß der Kampf gegen die Atommafia in erster Linie außerhalb der Parlamente geführt werden muß. Wir widersprechen also jenen, für die Politik erst innerhalb der Mauern und Rathäuser beginnt.

Die Partei DIE GRÜNEN werden wir daran messen, ob und wie entschieden sie die Ziele in ihrem Teilbereich vertritt. Dabei wissen wir, daß die Gefahr groß ist, daß sie sich aus einem Arm der außerparlamentarischen Bewegungen (von denen wir eine sind) in deren Stellvertreter und schließlich in eine Kraft verwandeln, die den Herrschenden statt den Unterdrückten dient.

Die Bundeskonferenz fordert DIE GRÜNEN auf, als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD in Bund und Ländern über eine eventuelle Tolerierung oder Regierungsbeteiligung die Verpflichtung zur sofortigen Stillegung sämtlicher Atomanlagen zu verlangen. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen in Richtung einer dezentralen Energieversorgung mit wachsendem Anteil der Nutzung von regenerierbaren Energieträgern geschaffen werden.

(Resolution der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung)

Rathäuser beginnt.

Die Partei DIE GRÜNEN werden wir daran messen, ob und wie entschieden sie die Ziele in ihrem Teilbereich vertritt. Dabei wissen wir, daß die Gefahr groß ist, daß sie sich aus einem Arm der außerparlamentarischen Bewegungen (von denen wir eine sind) in deren Stellvertreter und schließlich in eine Kraft verwandeln, die den Herrschenden statt den Unterdrückten dient.

Die Bundeskonferenz fordert DIE GRÜNEN auf, als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD in Bund und Ländern über eine eventuelle Tolerierung oder Regierungsbeteiligung die Verpflichtung zur sofortigen Stillegung sämtlicher Atomanlagen zu verlangen. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen in Richtung einer dezentralen Energieversorgung mit wachsendem Anteil der Nutzung von regenerierbaren Energieträgern geschaffen werden.

(Resolution der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung)

An die Gruppen und Einzelpersonen der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung und der 3. Welt-Solidaritätsbewegung

Betrifft: Bundesweite Konferenz zum Thema **„Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die Bundesrepublik Deutschland"**

Einladung für ein Vorbereitungstreffen

Liebe Freunde,
die aktuelle Kontroverse über die Hanauer Nuklearbetriebe hat erstmals das Thema Proliferation (= Weiterverbreitung von Atomwaffen durch zivile Atomtechnik) und die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrags durch die Bundesregierung zu einem Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht. Nach dem Willen der Bundesregierung soll auch in Zukunft — entgegen den Empfehlungen internationaler Konferenzen — nahezu unbegrenzt hochangereichertes und damit waffenfähiges Uran durch die Firma Nukem in Hanau verarbeitet und exportiert werden.

Die sehr dubiose Rolle der Bundesrepublik beim Umgang mit Atomwaffentechnologien ist im Ausland spätestens seit dem Brasiliengeschäft von 1975 wohl bekannt. In der Bundesrepublik selbst jedoch wurde dieser gesamte Themenbereich bis in die jüngste Vergangenheit hinein erfolgreich tabuisiert.

Vor dem Hintergrund der im September 1985 in Genf stattfindenden 3. internationalen Atomwaffensperrvertrag-Überprüfungskonferenz bietet sich eine gute Gelegenheit, die Fragen der Proliferation auch hierzulande umfassend an die Öffentlichkeit zu tragen.

Diese bevorstehende Überprüfungskonferenz fällt in eine Zeit in der
— weltweit die Entwicklung von Atomwaffentechnologien unter dem Deckmantel der zivilen Atomenergienutzung (z.B. in Israel, Südafrika, Pakistan, Brasilien, Argentinien) Fortschritte macht unter aktiver Mithilfe der skrupellosen Nuklearexportpolitik der Bundesregierung.
— die Atomwaffenstaaten zunehmend die ohnehin künstliche Trennung von militärischer und ziviler Atomenergienutzung durch den Bau Schneller

fenzwecke genutzt werden soll.
— mit dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch eine große WAA und die geplante Aufstockung und geheime staatliche Verwahrung bombenfähiger Rohstoffe in Hanau die militärische Dimension des Atomprogramms auch in der Bundesrepublik auf die Tagesordnung gesetzt wird.
— führende Unionspolitiker, die den Atomwaffensperrvertrag jahrelang bekämpft und hintertrieben hatten, erneut das Projekt einer „Westeuropäischen Atomstreitmacht" auf die Tagesordnung zu setzen suchen.

Alle diese Aspekte machen im Vorfeld von Genf eine bundesweite Konferenz, die die Rolle der Bundesrepublik in Hinblick auf die Weiterverbreitung/Entwicklung von Atomwaffen im Einzelnen dokumentiert und zur Diskussion stellt, sinnvoll und notwendig.

Es sollte darum gehen, unter diesem speziellen Aspekt die entsprechenden Aktivitäten und Recherchen der 3. Welt-Solidaritätsbewegung, der Friedensbewegung und der Anti-AKW-Bewegung zusammenzuführen und öffentlich zu machen.

Am ersten Tag einer solchen Konferenz könnten im Sinne eines Tribunals die diversen Aspekte der „Nicht-Verbreitungspolitik" der Bundesrepublik in Form von Referaten und Kurzdiskussionen vorgestellt werden.

Am 2. Tag könnte über eine gemeinsame Stellungnahme der veranstaltenden und teilnehmenden Gruppen und über Aktivitäten parallel zur Überprüfungskonferenz (in Genf und der BRD) beratschlagt werden.

Das erste öffentliche Vorbereitungstreffen für diese Konferenz findet am 20.1.85, 11 Uhr im Freidenkerzentrum, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn statt.
Kontakt: Die Grünen im Bundestag, c/o M. Küntzel, Bundeshaus, 5300 Bonn, Tel.: 0228/169112

An die Gruppen und Einzelpersonen der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung und der 3. Welt-Solidaritätsbewegung

Betrifft: Bundesweite Konferenz zum Thema **„Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die Bundesrepublik Deutschland"**

Einladung für ein Vorbereitungstreffen

Liebe Freunde,
die aktuelle Kontroverse über die Hanauer Nuklearbetriebe hat erstmals das Thema Proliferation (= Weiterverbreitung von Atomwaffen durch zivile Atomtechnik) und die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrags durch die Bundesregierung zu einem Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht. Nach dem Willen der Bundesregierung soll auch in Zukunft — entgegen den Empfehlungen internationaler Konferenzen — nahezu unbegrenzt hochangereichertes und damit waffenfähiges Uran durch die Firma Nukem in Hanau verarbeitet und exportiert werden.

Die sehr dubiose Rolle der Bundesrepublik beim Umgang mit Atomwaffentechnologien ist im Ausland spätestens seit dem Brasiliengeschäft von 1975 wohl bekannt. In der Bundesrepublik selbst jedoch wurde dieser gesamte Themenbereich bis in die jüngste Vergangenheit hinein erfolgreich tabuisiert.

Vor dem Hintergrund der im September 1985 in Genf stattfindenden 3. internationalen Atomwaffensperrvertrag-Überprüfungskonferenz bietet sich eine gute Gelegenheit, die Fragen der Proliferation auch hierzulande umfassend an die Öffentlichkeit zu tragen.

Diese bevorstehende Überprüfungskonferenz fällt in eine Zeit in der
— weltweit die Entwicklung von Atomwaffentechnologien unter dem Deckmantel der zivilen Atomenergienutzung (z.B. in Israel, Südafrika, Pakistan, Brasilien, Argentinien) Fortschritte macht unter aktiver Mithilfe der skrupellosen Nuklearexportpolitik der Bundesregierung.
— die Atomwaffenstaaten zunehmend die ohnehin künstliche Trennung von militärischer und ziviler Atomenergienutzung durch den Bau Schneller Brüter und die Entwicklung der Laser-Isotopen-Trenntechnologie aufheben.
— durch die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters Superphenix in Malville (Frankreich) erstmals in großem Stil bundesdeutsche Atomtechnik und das von der Firma Alkem (Hanau) in Hanau verarbeitete Plutonium für Atomwaffenzwecke genutzt werden soll.
— mit dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch eine große WAA und die geplante Aufstockung und geheime staatliche Verwahrung bombenfähiger Rohstoffe in Hanau die militärische Dimension des Atomprogramms auch in der Bundesrepublik auf die Tagesordnung gesetzt wird.
— führende Unionspolitiker, die den Atomwaffensperrvertrag jahrelang bekämpft und hintertrieben hatten, erneut das Projekt einer „Westeuropäischen Atomstreitmacht" auf die Tagesordnung zu setzen suchen.

Alle diese Aspekte machen im Vorfeld von Genf eine bundesweite Konferenz, die die Rolle der Bundesrepublik in Hinblick auf die Weiterverbreitung/Entwicklung von Atomwaffen im Einzelnen dokumentiert und zur Diskussion stellt, sinnvoll und notwendig.

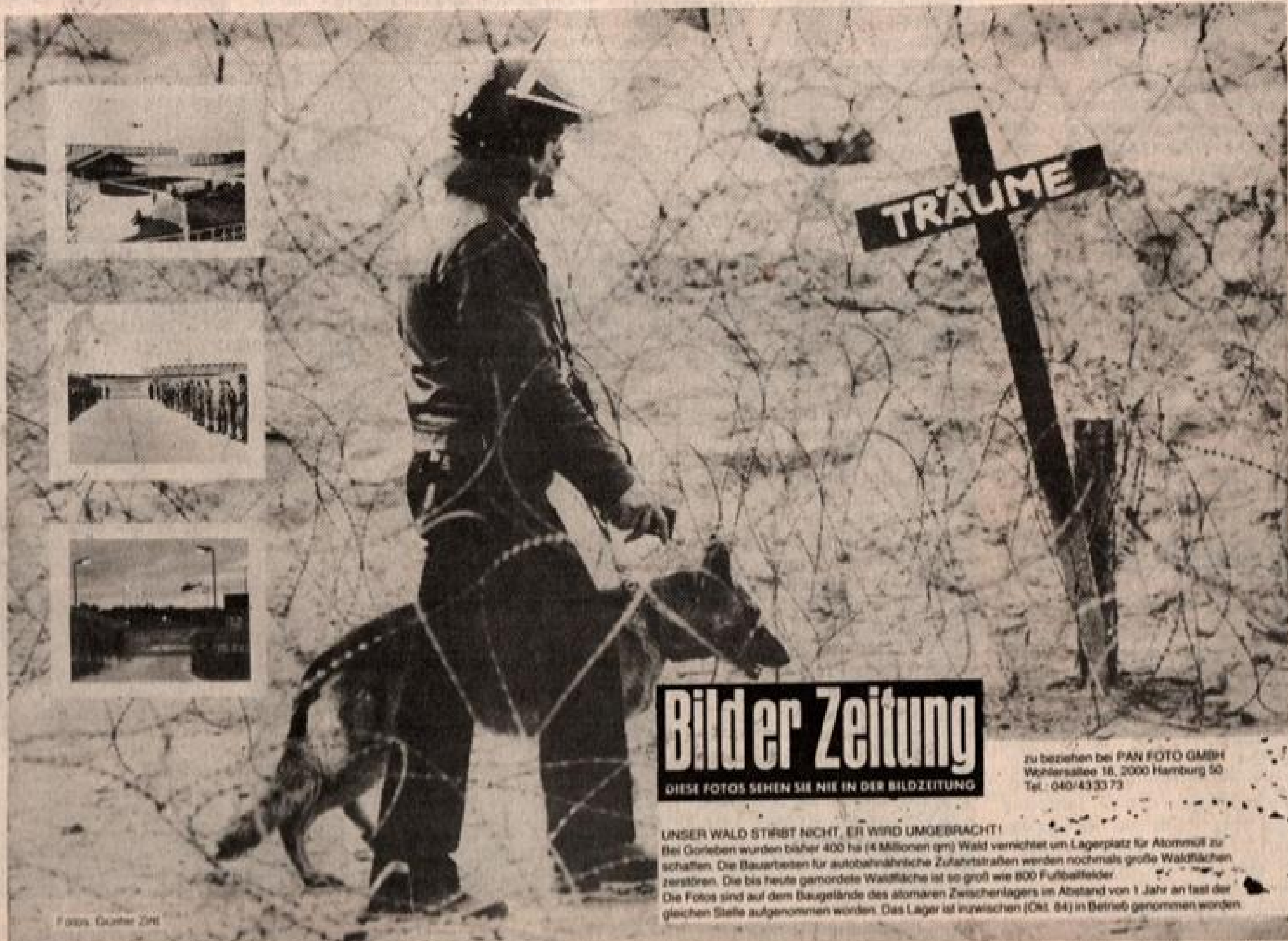
Es sollte darum gehen, unter diesem speziellen Aspekt die entsprechenden Aktivitäten und Recherchen der 3. Welt-Solidaritätsbewegung, der Friedensbewegung und der Anti-AKW-Bewegung zusammenzuführen und öffentlich zu machen.

Am ersten Tag einer solchen Konferenz könnten im Sinne eines Tribunals die diversen Aspekte der „Nicht-Verbreitungspolitik" der Bundesrepublik in Form von Referaten und Kurzdiskussionen vorgestellt werden.

Am 2. Tag könnte über eine gemeinsame Stellungnahme der veranstaltenden und teilnehmenden Gruppen und über Aktivitäten parallel zur Überprüfungskonferenz (in Genf und der BRD) beratschlagt werden.

Das erste öffentliche Vorbereitungstreffen für diese Konferenz findet am 20.1.85, 11 Uhr im Freidenkerzentrum, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn statt.
Kontakt: Die Grünen im Bundestag, c/o M. Küntzel, Bundeshaus, 5300 Bonn, Tel.: 0228/169112

Bisherige Unterstützer: Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung, BUKO entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, BBU, DFG-VK LV Berlin, Hessisches Volksbegehren für den Frieden, Bundestagsfraktion d. Grünen, Redaktion Atommüllzeitung, AK Afrika (Afrik) u.a.m.



Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Christen im Friedens-KA

Laßt mich raus, laßt mich rein!

Wenn im Winter 1984, ein Jahr nach Stationierungsbeginn der Pershing II-Raketen, eine Gruppe der Friedensbewegung erklären würde, die Schnauze voll zu haben und aussteigen zu wollen, dann könnte sie eine Menge guter Gründe für einen solchen Schritt anführen. Sie könnte z.B. sagen: Was wir bisher zusammen mit euch anderen angestellt haben, ist erkennbar erfolglos geblieben. Wir haben eine falsche Analyse der Gesellschaft gehabt. Und wir haben einen falschen Weg gewählt. Unsere Aktionen waren gutes deutsches protestantisches Bekennertum mit all seiner Halbheit, ja Verlogenheit, der Wunsch, das Gute in dem Menschen, auch seines Feindes zu suchen und zu finden. Wir reden von Widerstand, ohne auch nur einige Zipfelchen davon begriffen zu haben. Wir wiederholen alle Fehler der Ostermarsch-Bewegung, als ob man aus der Geschichte buchstäblich nichts lernen könne. Überspitzt gesagt sind wir nicht mehr als ein Ventil für das schlechte Gewissen der Spießer, die diesmal nicht nur Mitläufer sondern ein wenig Protestierer sein möchten. Eine solche (fiktive) aus dem KA ausscheidende Gruppe könnte etwa selbstkritisch feststellen, man habe noch den Aktionsherbst '84 abwarten wollen, weil man sich an das letzte Stück Hoffnung auf eine Wende zum Besseren geklammert und dafür einige Ansätze erblickt habe. Spätestens jedoch nach der Wiederwahl Reagans könne eine solche Haltung nicht mehr verantwortet werden. Wenn also eine solche Gruppe — nennen wir sie einfach mal Ulrike, Gudrun, Andreas, Jan usw. — sich von der Friedensbewegung verabschieden und in die Illegalität gehen würde, so könnte sich eigentlich niemand darüber wundern. Wundern muß man sich eher darüber, daß es eine solche Gruppe heute nicht gibt. Auch das ist ein Zeichen des Entwicklungsstands politischer Kultur in diesem unserem Lande (Beachten Sie bitte die vielseitige Interpretierbarkeit dieses Satzes; Anm AK). Noch mehr muß man sich darüber wundern, in welche verkorksten Bahnen sich die Diskussion des Koordinationsausschusses mitunter verästelt. Als ob alle Beteiligten jahrelang Scheiße erzählt hätten. Kriegsgefahr? Ja, ich erinnere mich, aber jetzt geht es um die Struktur...

Im Bonner KA sind die Rollen vertauscht. Der Rabatz kam nicht von den Linken, sondern von unseren christlichen Brüdern und Schwestern. Acht Organistionen vor allem dieses Spektrums — Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF), Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF),
chen Brüdern und Schwestern. Acht Organistionen vor allem dieses Spektrums — Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF), Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF),
Evangelische Studentengemeinden (ESG), Initiative Kirche von unten (IKvu), Pax Christi, Ohne Rüstung Leben (ORL), Gustav-Heinemann-Initiative (GHI) und das Komitee für Grundrechte und Demokratie (KGD) — stellten auf der Sitzung des KA am 26.11. einen ultimativen Antrag:

— Der KA solle in ein „reines Beratungsgremium zur Diskussion über friedenspolitische Fragen und ohne jedwede Koordinations-, Aktionsvorbereitungs- oder Sprecher-- Funktion (nach außen) umgewandelt", Geschäftsführung und Büro aufgelöst werden.

— Aktionskonfenzen sollten von diesem Gremium nicht mehr einberufe werden.

— Zur Durchführung von Aktionen sollten ad hoc Bündnisse derjenigen Kräfte zusammentreten, die daran interessiert seien.

Das Ziel dieser Maßnahmen wurde in einer Formel zusammengefaßt, die inzwischen allüberall die Runde macht und in keinem Antragspapier fehlen darf:

„a. die Stärkung der lokalen, regionalen und berufsspezifischen Zusammenhänge der Friedensbewegung,

b. die Diskussion und Verankerung neuer für die Friedensarbeit wichtiger Inhalte und Handlungsformen in der Breite der Friedensbewegung und dann auch der gesamten Bevölkerung,

c. die Erhaltung bzw. Wiedergewinnung des außerparlamentarischen Charakters und einer von personellen, finanziellen und institutionellen Parteienabhängigkeit freien Struktur der Friedensbewegung".

Weil der KA eine Beschlußfassung über diesen Antrag auf den 14.12. vertagte, suspendierten Sechs der Acht ihre Mitgliedschaft in dem Gremium, um nur noch im „Beobachterstatus" daran teilzunehmen. Die Art und Weise, wie vor allem die Hauptsprecher der Acht, Andreas Zumach (ASF) und Karlheinz Koppe (Pax Christi), diesen Schritt dramatisierten, stellte die Berichterstatter der Presse vor einige Probleme. So berichtete die FR, die ihre Sympathie mit den Acht nicht verheimlichte, noch fast richtig, die ASF sei „vorläufig ganz aus dem KA ausgeschieden", dann aber schöner: *„Zumach verkündete sogar seinen sofortigen, wenn auch vorläufigen Austritt, der aber auch endgültig sein dürfte"* (FR, 28.11.84). Koppe versicherte ebenfalls, es gehe ihm nur darum, Bedingungen zu schaffen, unter denen er seinen KA-Posten möglichst schnell wieder antreten könne. Was Koppe angeht, so scheint er nicht einmal ein Mandat von Pax Christi für sein Vorgehen gehabt zu haben. Erst im nachhinein legte er in einem umfangreichen Rundschreiben Rechenschaft ab: *„Ich fühle mich verpflichtet, Pax Christi möglichst breit über die Gründe zu informieren, die mich (!) zu diesem Verhalten veranlaßt haben."* Da ist es schon eigenartig, wenn man eine Verschiebung der Beschlußfassung, die im KA ausdrücklich mit der Notwendigkeit der Diskussion an der Basis begründet wurde, mit sofortigen, wenn auch vorläufigen, aber vielleicht endgültigen Konsequenzen kontert... Offenbar kann man nicht immer nach den Prinzipien der Bergpredigt leben. Mitunter darf man seinem Nächsten auch mal unsanft den eigenen Willen aufzwingen, natürlich nur aus Liebe. Oder wie läßt sich dieser Akt einer klassischen bürgerlichen Rücktrittsdrohung sonst erklären ?

Zweifellos kann man dem Christen-Antrag auch Positives abgewinnen: Zurück zur Basis, Stärkung der Arbeit „vor Ort", außerparlamentarischer Charakter und Strategiediskussion, genauso wie man ihm Negatives entnehmen kann: Blabla statt gezieltem politischen Streit, Androhung der Liquidierung eines Bündnisses, Verhinderung dringend notwendiger Aktionen, statt Strategievorschlägen Strukturdebatten, die das angeblich ermöglichen sollen. Was die Sache so peinlich macht, ist, daß hier alte Funktionäre, deren Politkarriere schon so manche Wendung nahm, etwas unbeholfen in die Rolle eines neugeborenen Kindes schlüpfen und als letzten Schrei die „B a s i s" entdecken. Dies, so müßte nach zwei Jahrzehnten außerparlamentarischer Bewegung langsam klarwerden, ist genau der bequemste Weg.
schlüpfen und als letzten Schrei die „B a s i s" entdecken. Dies, so müßte nach zwei Jahrzehnten außerparlamentarischer Bewegung langsam klarwerden, ist genau der bequemste Weg.
Noch jedesmal, wenn eine starke Bewegung in einen Abschwung oder eine Krise geriet, suchte ein Großteil der Matadore sein Heil in einer „Strukturdebatte". Klein statt groß, dezentral statt zentral, von unten statt von oben, Debatte statt Aktionismus, Basis statt Politik — wem hängen die Sprüche nicht schon zum Hals heraus ? Mit solchen Scheinalternativen wird die Zeit totgeschlagen. Auf solchen Spielwiesen kommt kaum die Versuchung auf, tatsächlich über Gott und Welt, Krieg und Frieden, Imperialismus und Sozialismus, Reform und Revolution und... — warum nicht ? — Christentum nachzudenken.

Da macht man sich also mit der billigen Warnung vor Parteienabhängigkeit beliebt und fügt als SPD-Mitglied (Koppe) im gleichem Atemzug hinzu, es sei *„frommes Geschwätz"*, wenn auch die Grünen vor der Parteipolitisierung warnten, *„sie oder die DKP-nahe ‚Friedensliste' seien keinen Deut besser"* (Neue Presse Hannover, 28.11.84). Oder man ballt die außerparlamentarische Faust (Klaus Vack), während man in Hessen gleichzeitig die Grünen zur bedingungslosen parlamentarischen Unterordnung unter die SPD drängt... Da fragt mensch doch in aller Bescheidenheit: Gibt es nicht auch weitere Abhängigkeiten, die einer Basisorientierung im Wege stehen? Gibt es keine Kirchen-Abhängigkeit? Sind Kirchen weniger schlimm als Parteien? Gibt es keine Abhängigkeit von Prominenten, aber keinesfalls gewählten oder sonstwie autorisierten Sprechern der Friedensbewegung? Machen diese keine Parteipolitik — trotz gelegentlich vorkommender Mitgliedschaft in einer ganz speziellen Partei? Es ist nicht einzusehen, warum ein KA mehr Abhängigkeiten stiften soll als eine Gruppe „Friedensmanifest". Und bei aller Kritik an den Grünen und ihrer durchaus vorhandenen Integrationsfunktion wollen wir doch so ehrlich bleiben, nicht zu vergessen, daß es die SPD-Führung und nur sie es ist, die mit Macht daran arbeitet, die Friedensbewegung mit der Rüstungspolitik und mit der NATO zu versöhnen, also: ihr den Garaus zu machen!

Mit ihrem Vorstoß baut die Fraktion der Acht auf der Frustation auf, die als Ergebnis der schwachen Mobilisierung im letzten Herbst entstanden ist. Zum Menschennetz in Fulda Gap war eine Strecke für 100.000 Menschen ausgeguckt worden, ein Drittel davon kam — auch nur zum Abschluß der Aktionswoche. Die Menschenkette am 20.10. benötigte mehr als 200.000 Teilnehmer; es wurde nicht einmal die Hälfte davon. Das Gleiche gilt für die Mittelamerika-Demonstration in Bonn. Diese Entwicklung mit einem „f e h l e n d e n Gesamt(Aktions-)konzept" erklären zu wollen, ist eine oberflächliche Betrachtung. Tatsächlich ist die Erwartung gescheitert, man könne nach der Raketen-Stationierung ohne eine Analyse der veränderten Situation weitermachen. In diesem Zusammenhang sollte einmal offen ausgesprochen werden, weshalb ein Teil der Friedensbewegung überhaupt darauf orientierte, die „bewährten" Wege bruchlos weiterzugehen: Weil man behauptete, durch Breitenproteste könne auch eine CDU-Regierung zumindest zur „Rücksicht" gezwungen werden. In dieser Frage scheinen die Volksmassen nicht (mehr) sehr zuversichtlich zu sein...

Wenn dem so ist, dann hätte die Friedensbewegung in diesem Herbst freilich ihre größte denkbare Blamage erlitten, wäre sie demjenigen Aktionsvorschlag gefolgt, der in den Reihen der Acht auf Platz 1 der Hitparade gestanden hatte: Die Menschenkette von Flensburg bis Berchtesgaden. Wenn man bedenkt, wie wir uns bereits zwischen Hunsrück und Ruhrgebiet die Arme verrenkt haben, um noch einige Lücken zu schließen, dann kann man gut und gerne sagen: Nicht einmal unter Zuhilfenahme aller verfügbaren Schals, nicht einmal mit kilometerlangen Stirnbändern und den sonstigen erlaubten kleinen Tricks hätte sich ein niederschmetterndes Ergebnis vermeiden lassen. Dieses festzustellen, gehört eben auch zu einer nicht geschönten Bilanz des Aktionsherbstes.

In das Jahr 1985 sollte man tunlichst ohne die Illusion gehen, daß eine Mehrheit dieses Volkes sich an den Händen faßt, Friedenslieder singt, und der Bundeskanzler, von so viel Mench-
In das Jahr 1985 sollte man tunlichst ohne die Illusion gehen, daß eine Mehrheit dieses Volkes sich an den Händen faßt, Friedenslieder singt, und der Bundeskanzler, von so viel Mench-
lischkeit, wie er zu sagen pflegt, sich überwältigt (neben Willy Brandt) einreiht. Sehnsüchte solcher Art, in denen, pardon, ein Stück Volksgemeinschaftsideologie steckt, sind die zwangsläufige Konsequenz von Vorstellungen, ohne Veränderungen der Herrschaftsverhältnisse die Aufrüstung stoppen zu können. Dann doch lieber mit einer Minderheit machen, was nötig, aber auch möglich ist. Die Friedensbewegung hat auf den großen Schock dieses Jahres, welches sich möglicherweise doch als ein unheilvolles erweisen wird, praktisch überhaupt nicht reagiert. Dieser Schock besteht nicht in zurückgegangenen Mobilisierungszahlen. Der Schock besteht darin, daß und wie der Präsident der USA wiedergewählt wurde. Um eine politische, geistige und letzlich sogar psychische Antwort auf dieses Ereignis ringen wir alle noch. Die Friedensbewegung hat ihre Sprache noch nicht wiedergefunden. Wenn wir das nicht spätestens bis zum Eintreffen des Herrn in Bonn überwunden haben, wenn wir nicht bis dahin — und vor allem daselbst! — laut und überzeugend demonstrieren, wie wir mit den nächsten vier Jahren und allen ihren Eventualitäten umgehen wollen, bleiben wir auf lange Sicht stumm.

Strategie-Debatte: Ja ! Eine Beratung aber zum Preis des Stillhaltens ausgerechnet dann, wenn die Führer der imperialistischen Welt die NATO feiern und die Bundesrepublik für ihre 30-jährige treue Mitgliedschaft in einem Bündnis beglückwünschen, als dessen Schlachtfeld sie sich bereit hält, ist eine Absurdität. 40 Jahre Feindpropaganda gegen Osten (die hat die Kapitulation überlebt) sind Anlaß zum Handeln.

Eine Beratungsphase, die sich vor dieser Verantwortung drückt, verspricht nichts Gutes.

Beschluß des KA vom 14.12.1984

1. Grundsatzbeschluß: Die Mitgliedsorganisationen des KA sind fest entschlossen, ihre Arbeit unter Einbeziehung des gesamten bisherigen politischen Spektrums fortzusetzen. Angesichts des fortgesetzten Wettrüstens und insbesondere der weiteren Aufrüstungsmaßnahmen und der neuen militärischen Planung der Bundesregierung und der NATO erklären die Organisationen des KA: wir machen gemeinsam weiter!

Weitere Beschlüsse:

2. Die Erfahrungen der letzten Monate und insbesondere des Friedensherbst 84 haben die Notwendigkeit einer intensiven Diskussion als Beratungsphase innerhalb der Friedensbewegung über Inhalte, Aktionsformen und friedenspolitische Strategien deutlich gemacht. Gleichzeitig geht es uns auch darum, von uns einen Beitrag für die lokale, regionale und berufsspezifische Stärkung der Friedensbewegung zu leisten. Dies wird den außerparlamentarischen und parteiunabhängigen Charakter — personell, finanziell, institutionell — der Friedensbewegung stärken. In diesem Sinne teilen wir die auf der letzten Sitzung von den acht Organisationen vorgetragenen Argumente für einen neuen Impuls aus den eigenen Reihen.

3. Die Reaktionen von vielen Friedensgruppen haben in den letzten Wochen deutlich gemacht, daß wir auch weiterhin eine zentrale Anlaufstelle für Anfragen aus dem In- und Ausland brauchen. Wir begrüßen, daß die acht Organisationen in der nach dem 26.11. ausgedrückten Präzisierung ihres Antrages ebenfalls den Wunsch nach einer gemeinsamen Adresse teilen können.

4. Die Geschäftsführung des KA beendet ihre Aufgabe mit den Abschluß der Finanzen am 31.1.85. Das Büro in der Estermannstraße wird aus Kostengründen aufgelöst. Um die Kommunikation innerhalb der Friedensbewegung sicherzustellen, eine offene Diskussion zu ermöglichen, um praktische Hilfe in Form von Auskünften, Beratung, Materialien und Informationen und einen Rundbrief als pluralistisches Informations- und Diskussionsorgan zu gewährleisten, wird eine neue Kontaktstelle in Bonn eingerichtet, die räumlich der veränderten Situation angepaßt sein muß.

(Die Modalitäten u.a. für die Besetzung werden auf der nächsten Sitzung geklärt)

5. Der KA tritt in Zukunft mindest alle sechs Wochen zusammen. Das Schwerpunktthema der Diskussion wird jeweils für die nächste Sitzung festgelegt. Zu Beginn der Sitzung wird jeweils für eine Stunde Gelegenheit gegeben, gegenseitig über Diskussionsprozesse in den eigenen Organisationen zu berichten. Für die Umsetzung der o.g. Aufgaben, insbesondere für die Einladungen des KA, der Kontrolle der Finanzen und die Zusammenstellung der Materialien, benötigen wir eine jeweils vom KA bis zur nächsten Sitzung einzusetzende Arbeitsgruppe.

6. Der KA tritt 1985 in eine Beratungsphase ein. Während dieser Phase beschließt der KA keine Aktionen oder Aktionskonferenzen, es sei denn, aufgrund der Ergebnisse der inhaltlichen Beratungen ergibt sich die Notwendigkeit und Möglichkeit für gemeinsame erfolgreiche Aktionen oder Aktionskonferenzen. Für 1985 und danach entscheidet der KA über Aktionen und politische Stellungnahmen grundsätzlich nach Konsens. Ist der Konsens nicht zu erzielen, entscheidet der KA nach folgendem Quorum. Ein Antrag ist angenommen, wenn er die Mehrheit der Mitglieder des KA hat und gleichzeitig nicht mehr als 15% dagegen sind. Dieses Quorum gilt für die Beratungsphase im Jahr 1985 auch für alle Beschlüsse, die zu Beratungen über Aktionen führen.

7. Wir sind der Überzeugung, daß nach einer ersten Phase der Diskussion in den eigenen Reihen über Inhalte und Strategien und längerfristige Perspektiven der Friedensbewegung das Bedürfnis nach einem bundesweiten Friedenstreffen wachsen wird. Der KA lädt deshalb vor der Sommerpause zu einer Strategiekonferenz („Großen Ratschlag der Friedensbewegung") ein. (z.B. in die Godesberger Stadthalle). Die Unkosten werden durch Teilnehmer/innen-Beiträge gedeckt.

(Anmerkung für das KA-Protokoll: Der KA soll diese Konferenz inhaltlich vorbereiten und sich für eine möglichst repräsentative Beteiligung einsetzen. Die Gruppe der Acht möchte zudem, daß von vorneherein die Konferenz darauf festgelegt wird, keine Aktionsbeschlüsse zu fassen.)

8. Der KA bekräftigt die politische Notwendigkeit der gemeinsamen Weiterarbeit angesichts der zunehmenden Militarisierung. Die Bereitschaft, nationale und internationale Konflikte nicht mit militärischen Mitteln zu lösen, kann nur von unten wachsen und durchgesetzt werden. Wir gehen davon aus, mit dem heutigen
wird, keine Aktionsbeschlüsse zu fassen.)

8. Der KA bekräftigt die politische Notwendigkeit der gemeinsamen Weiterarbeit angesichts der zunehmenden Militarisierung. Die Bereitschaft, nationale und internationale Konflikte nicht mit militärischen Mitteln zu lösen, kann nur von unten wachsen und durchgesetzt werden. Wir gehen davon aus, mit dem heutigen
Beschluß die Voraussetzung für eine gemeinsame Weiterarbeit aller Organisationen geschaffen zu haben.

Weitere Beschlüsse:

1. Die geschäftsführenden Orgnisationen des KA werden beauftragt, alle Friedensgruppen und Organisationen, die dem KA-Verteiler zur Verfügung stehen, umfassend über den Diskussionsprozeß und die Beschlüsse der beiden letzten KA-Sitzungen zu informieren.

Gleichzeitig werden alle KA Organisationen gebeten, für den nächsten Rundbrief eine Materialliste ihrer friedenspolitischen Publikationen zu erstellen, die an alle Gruppen mitverschickt werden kann.

2. Der Rundbrief enthält darüber hinaus folgende Punkte:

— Aufforderung an die Gruppen, über ihre lokale und regionale Arbeit zu berichten, damit der KA-Rundbrief zu einem wirklichen Informationsaustausch von der Bewegung für die Bewegung werden kann.

— einen Hinweis auf das geplante Friedenstreffen in Bonn

— Hinweis über die zukünftige Funktion des Rundbriefes (z.B. Konsens un Dissens zu Positionen und Strategien der Mitglieder und Organisationen des KA)

3. Das Kontaktbüro des KA hat folgende Aufgaben:

— Versand von Informationsmaterial des KA

— Bei Anfragen, die nicht durch Versand von Infomaterial beantwortet werden können, wird das Büro jeweils die Organisationen, die eine KA Sitzung vorbereiten, zu Rate ziehen.

— Versand des Rundbriefes, der spätestens 14 Tage nach der KA Sitzung verschickt und redaktionell von den Organisationen, die eine KA-Sitzung vorbereiten, gestaltet wird.

— Einladung zu den KA Sitzungen

— Einladung zum bundesweiten Treffen

— Kongreßvorbereitung

Uns ist klar, daß diese Aufgaben nicht durchweg von einer Person bzw. zwei Halbtagsstellen bewältigt werden können. Beim Versand des Rundbriefes (heften, stempeln, frankieren, etc.) werden Personen verschiedener Organisationen die Arbeit des Büros ehrenamtlich unterstützen.

Diskussionsthemen der nächsten KA-Sitzungen sind unter anderem:

1. Stop und Abbau der Pershing II und Cruise Missiles und Abschaffung derABC-Waffen.
2. WEU und Konventionalisierung/Militarisierung/Air-Land-Battle/Rogers-Plan/Bundeswehrplan
3. Raus aus der NATO — Schlagwort oder politikfähig?
4. Friedensbewegung: Wasserträger der Parteien oder eigenständige gesellschaftliche Kraft? Eigenständige Positionen der Friedensbewegung gegenüber Parteien und Möglichkeiten der Durchsetzung
5. Ost-West-Dialog: Entspannung contra Solidarität?
6. Friedensbewegung/Solidaritätsbewegung/Dritte-Welt

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Vertreterin der IKvu enthielt sich der Stimme. Der Kreis der Acht hatte vereinbart, erst nach der KA-Sitzung eine endgültige Beschlußfassung über ihren weiteren Verbleib im KA gemeinsam zu fällen.

Planungen und Überlegungen zu:
2.-4. Mai: Weltwirtschaftsgipfel in Bonn
5. Mai: 30jährige Mitgliedschaft in der NATO
8. Mai: 40 Jahre Befreiung vom Faschismus

Wie selten fällt Anfang Mai 1985 ein aktuelles Ereignis, wo sich die Creme imperialistischer Regierungschefs mit Reagan an der Spitze in Bonn zum Weltwirtschaftsgipfel versammelt, mit zwei bedeutenden historischen Ereignissen zusammen.

Wir wollen den bisherigen Stand der Planungen hier darlegen.

Regierungsplanungen: Kohl selbst hat sich die Planungen zur Erinnerung an den „Tiefpunkt unserer Geschichte" vorbehalten; im Januar soll das Programm endgültig stehen. Es gehe der Bundesregierung darum, *„eine Form angemessenen Gedenkens zu finden, die für sie ohne politischen Schaden im Inland und im Ausland bleibt"* (FR, 14.12.). Das Thema werde im Kanzleramt *„mit höchster Vorsicht behandelt ... So sehr Kohl an spektakulären Auftritten mit dem Wahlsieger aus den USA gelegen ist — zumindest seinen Beratern ist klar, daß gemeinsame Kapitulationsfeiern mit den Siegern von 1945 sich für Kohl auch verheerend auswirken können"*, schreibt der „Spiegel" (10.12.). Gemeinsame Siegertreffen (die Sowjets haben ein Treffen in Torgau vorgeschlagen, wo 1945 amerikanische und sowjetische Truppen zusammenkamen) soll es jedenfalls nicht geben. Bonn wolle auch Treffen der Westalliierten aus diesem Anlaß „vermieden" haben. Kohl sei sich mit den Westmächten darin einig, daß es am 8. Mai 1985 *„nicht die Niederlage der Deutschen zu feiern gelte, daß aber des Endes der NS-Tyrannei gedacht und vor allem auf das Wiedererstehen der Demokratie in Deutschland hingewiesen werden müsse"*. So hat *„Mitterand ‚schon sehr früh' zum Ausdruck gebracht, daß es nach der Feier der Landung der Amerikaner in der Normandie keinen Anlaß zu weiteren Veranstaltungen dieser Art gebe"* („Welt", 12.12.). Reagan hat angeboten, noch zwei Tage nach dem Weltwirtschaftsgipfel in der BRD zu bleiben. Im Gespräch ist ein gemeinsamer Besuch im KZ Dachau und ein Abstecher nach Westberlin. Angeblich hat Reagan außerdem bei der Bundesregierung angefragt, ob dann nicht auch ein Ost-West-Treffen oder sogar ein Ost-West-Gipfel mit Tschernenko angesagt sein könne. Schon ist aber auch zu hören, daß die Bundesregierung eigentlich Bedenken gegen einen „demonstrativen KZ-Besuch" habe, *„wegen der damit verbundenen weltweiten Publizität der deutschen Nazi-Greuel an den Juden"* („Spiegel"). Anscheinend gilt der als Reagans Begleiter vorgesehene Weizsäcker als besonders geeignet, die befürchtete *„negative Wirkung im Ausland abzufangen"* („Spiegel"), obwohl er bekanntlich seinen Vater in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Anwalt reinzuwaschen versuchte.

Präsident Reagan stehe unter Erwartungsdruck, jammert Günter Zehm in der „Welt". *„Schließlich war der Sieg über Deutschland und Japan der letzte vollständige militärische Sieg"* der USA; die letzten Erfahrungen drängten geradezu nach „Kompensation" („Welt", 13.12.)

Am 21.4.85 sind Kohl und Richard von Weizsäcker vom Zentralrat der Juden in Deutschland ins KZ Bergen-Belsen (aus Anlaß der 40jährigen Befreiung des KZ) als Redner eingeladen. Am 7.5. gibt es eine Fernsehansprache von Weizsäckers, am 8.5. eine Gedenkstunde des Bundestages. Den Kirchen hat Kohl einen ökumenischen Gottesdienst im Kölner Dom vorgeschlagen, wo er für die Opfer von Gewaltherrschaft und für den Frieden beten möchte. Am 9. Mai möchte Wörner dann seine Bundeswehr feiern lassen.

Der Bayerische Rundfunk bereitet eine Serie „Die Deutschen im 2. Weltkrieg" in 6 Teilen vor. Das ZDF plant eine Dokumentation. Die Vertriebenenverbände planen für 1985 Veranstaltungen mit dem Motto „40 Jahre Vertreibung". Der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" wurde von den Fernsehintendanten Unterstützung bei ihrer Kampagne zugesagt.

SPD
Am 7.5.1985 will die SPD in Nürnberg ein „Friedensgespräch" mit dem Thema „Ende der Gewaltherrschaft" veranstalten, wozu Vertreter aus Städten, die im 2. Weltkrieg besonders gelitten haben, eingeladen sind. Der SPD-Sprecher nannte Minsk, Dresden, Coventry, Oradour, Lidice und Köln. Der Parteivorstand hat einen Aufruf zum
haben, eingeladen sind. Der SPD-Sprecher nannte Minsk, Dresden, Coventry, Oradour, Lidice und Köln. Der Parteivorstand hat einen Aufruf zum
8. Mai verfaßt.

VVN
Seit April 84 sammelt die VVN Unterschriften für einen Aufruf zum 40. Jahrestag der Befreiung. Es wird zur Unterstützung einer internationalen Kundgebung von Widerstandskämpfern in Dortmund am 5. April und einer Kundgebung in Dachau am 28.4.1985 aufgerufen, außerdem zu Demonstrationen am 4. Mai in Hamburg, Frankfurt und Köln. Unterschrieben ist der Text von dem üblichen Spektrum, das mit DKP-Kräften zusammenarbeitet; besonders viele Unterschriften stammen aus dem gewerkschaftlichen Bereich. Es finden sich aber auch einige SPD-Abgeordnete darunter, zusätzlich auch einige Grüne. Inzwischen ist die VVN bereit, statt in Köln auch in Bonn (aus Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels) eine der regionalen Demonstrationen stattfinden zu lassen. Aufgrund zahlreicher Kritiken an ihrem Vorpreschen betont die DKP in ständigen Erklärungen in der UZ, daß man auch allen anderen Bündnismöglichkeiten offen stehe.

Das Bonner Friedensbündnis
Schon auf der Aktionskonferenz im Frühjahr 84 war eine Aktion aus Anlaß des 5. und/oder 8. Mai 1985 beschlossen worden. Als nach dem Aktionsherbst Jo Leinen und andere vorschlugen, zu diesem Thema eine Aktionskonferenz durchzuführen, war das einer der Anlässe für 8 Gruppierungen, mit dem Ausstieg aus dem Bündnis zu drohen, obwohl sie noch im Frühjahr von einer riesigen Menschenkette durch die BRD im Mai 85 geträumt hatten.

Der jetzige Stand besagt, daß dieses Bündnis keine Trägerschaft dazu zu übernehmen bereit ist, was natürlich nicht heißt, daß sich nicht doch noch ein größerer Teil in einem solchen Bündnis einfinden könnte.

Befürchtet wird in sozialdemokratischen und kirchlichen Gruppen, daß man nicht genügend Menschen (keine Hunderttausende) mobilisieren könne und daß eine solche Aktion einen zu starken Anti-Reagan- und antiimperialistischen Charakter bekommen würde. Allerdings sind die meisten bereit, eine Art „Gegengipfel" oder ein Tribunal in Bonn zum Weltwirtschaftsgipfel zu veranstalten.

Anti-AKW-Konferenz
Die Bundeskonferenz in Braunschweig
Anti-AKW-Konferenz
Die Bundeskonferenz in Braunschweig
beschloß eine Initiative für eine bundesweite Aktion gegen den Weltwirtschaftsgipfel und lädt zu einem Vorbereitungstreffen Anfang Februar ein (s. Dokument).

Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen
Das Treffen des BUF-Trägerkreises (am 8./9.12.) konnte sich nicht unmittelbar für eine Trägerschaft einer solchen Aktion entscheiden (ca. 1/3 stimmte dagegen), wird aber die Vorbereitungen der Anti-AKW-Bundeskonferenz unterstützen und sich daran beteiligen.

HBV
Auf dem 11. HBV-Gewerkschaftstag wurden vom DGB Aktivitäten zum 40. Jahrestag der Befreiung gefordert; u.a. waren „Mahnminuten" vorgeschlagen worden.

DGB-Wettbewerb
Gewerkschaftliche Jugendgruppen und Jugendvertreter sollen „vor Ort" geschichtliche Dokumente zur „Stunde Null" sammeln und in einer Darstellung zusammenfassen; dem „Sieger" winkt eine Frankreich-Reise.

Anti-NATO-Wochen
Aus Stuttgart kommt eine Initiative, die die Friedensgruppen dazu auffordert, aus Anlaß der 30-jährigen BRD-Mitgliedschaft dezentral Anti-NATO-Wochen zu initiieren.
Kontakt: Büro Volksbegehren,
z. Hd. Stefan Kurz,
Kissingerstr. 66 a,
7 Stuttgart 50



Wir stürmen den Weltwirtschaftsgipfel

Eine Einladung an alle politischen und sozialen Bewegungen in der BRD

Vom 2. — 5. Mai '85 findet in Bonn der Weltwirtschaftsgipfel statt. Für eine halbe Woche spielt die Bundesregierung den Gastgeber für die Staats- und Ministerpräsidenten aus den EG-Ländern, aus den USA, aus Kanada und Japan sowie deren Fachminister und Beraterstäbe.

Diese Zusammenkunft der Reagan, Thatcher, Kohl & Co. fordert Protest und Widerstand geradezu heraus — unabhängig davon, ob bei diesem mit großem Pomp und Presserummel in Szene gesetzten Gipfeltreffen nun Beschlüsse gefasst werden oder nicht. Umweltzerstörung, Ausbeutung sowohl von Menschen als auch von Rohstoffen, Unterdrückung, Sozialabbau, Kriegsvorbereitungen und auch das Führen von Kriegen in der 3. Welt kennzeichnen die gegenwärtige Politik der führenden imperialistischen Mächte und ihrer Repräsentanten. Traditionelle Arbeitsfelder der Anti-AKW-Bewegung — Atomexporte, Uranabbau, internationale Atomtransporte u.a.m. — sind dabei nur ein, wenn auch wesentlicher, Aspekt.

Der Weltwirtschaftsgipfel betrifft alle Menschen in allen Ländern der Welt. Den Widerstand dagegen zu organisieren fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich einer bestimmten Bewegung. Die Anti-AKW-Bewegung hat auf ihrer Bundeskonferenz in Braunschweig die Initiative zu Auseinandersetzungen mit und zu Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel ergriffen.

Die Anti-AKW-Bewegung wendet sich daher an alle Menschen und politischen wie sozialen Bewegungen in der BRD, an alle Initiativen und Gruppen, die gegen Unterdrückung, Umweltvernichtung, Ausbeutung und Kriegstreiberei sind, darüber zu beraten, was wir der konzentrierten Macht des internationalen Kapitals und der herrschenden Politik — denn das ist der Weltwirtschaftsgipfel — an Widerstand entgegensetzen können.

Die Anti-AKW-Bewegung lädt zu einer bundesweiten Konferenz im Februar ein, um über die folgenden und andere Vorschläge zu diskutieren
denn das ist der Weltwirtschaftsgipfel — an Widerstand entgegensetzen können.
Die Anti-AKW-Bewegung lädt zu einer bundesweiten Konferenz im Februar ein, um über die folgenden und andere Vorschläge zu diskutieren
und — wenn möglich — zu entscheiden:

- In der Woche des Weltwirtschaftsgipfels finden in vielen Städten regionale Veranstaltungen statt, auf denen sich inhaltlich mit der herrschenden (Wirtschafts-)Politik und dem sie betreibenden und verantwortenden System auseinandergesetzt werden soll.
- Am Vorabend einer zentralen Widerstandsaktion findet ein großes Tribunal statt, auf dem Betroffene über die Auswirkungen inperialistischer Politik (Bergarbeiter in Großbritannien, Vertreter aus Mittelamerika u.a.) zu Wort kommen sollen.
- Den aktionsmäßigen Höhepunkt bildet am 4. Mai '85 eine Großdemonstration am Ort des Weltwirtschaftsgipfels, in Bonn, die einen anderen und kämpferischeren Charakter als die traditionellen Friedensaufläufe haben und mit der unsere Solidarität mit den internationalen Befreiungskämpfen ausgedrückt werden soll.

Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung, Braunschweig, 25.11.84

Kontaktadressen:
1. Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie,
Postfach 1945,
34 Göttingen,
Tel: 0551/7700158
Mo + Mi 20-22 Uhr

2. Umweltzentrum,
Scharnhorststr. 57,
44 Münster,
Tel: 0251/521112

BUNDESWEITE KONFERENZ GEGEN DEN WELWIRTSCHAFTSGIPFEL
Samstag, 9. Februar, Göttingen.
Beginn: 11.00 Uhr. Der Ort wird noch bekanntgegeben.

Organisatorisches Vorbereitungstreffen
Samstag, 12. Januar, Münster.
Beginn: 12.00 Uhr, Ort: Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

300 Demonstranten stoppen US-Bombenzug

Am 12. Dezember, dem 5. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses, behinderten 300 Demonstranten den gesamten Tag den Transport von US-Munition vom Umschlaghafen Nordenham in den Süden der BRD. Zum dritten Mal in diesem Jahr konnten Kriegsgegner/innen aus dem Raum Bremen, Oldenburg und der Wesermarsch die Züge zeitweilig stoppen.

Nach der erfolgreichen Aktion im Juni, an der sich rund 1.000 Menschen beteiligten (s. AK 248), fanden an der Bahnstrecke in der Wesermarsch nach Ankunft eines jeden US-Munitions-Schiffes Protestspaziergänge statt, an denen mal 40, mal 200 Menschen teilnahmen. Während eines solchen Spazierganges Ende Oktober hielten 150 Personen einen Bombenzug mehrere Stunden lang auf.

Während der Hauptaktionen am 12.12. wurden vier Bombenzüge mehrfach und jeweils für fünfzehn bis fünfundvierzig Minuten gestoppt. Dies gelang einzelnen Personen, die sich vor den langsam fahrenden Zug setzten, oder Kleingruppen; an verschiedenen Stellen wurden Steine oder Gehölz auf die Gleise gelegt. Auf der Bahnlinie in Richtung Oldenburg wurden Zerstörungen an den Signalanlagen vorgenommen.

Wenn auch nicht koordiniert mit der Gesamtaktion errang die gewaltlose Gruppe „Ungehorsame Bürger" einen hübschen Erfolg im antimilitaristischen Kampf. Die ca. 30 Leute dieser Gruppe hatten sich nicht am zentralen Treffpunkt eingefunden, sondern 35 km nördlich von Brake ihren Blockadeposten aufgebaut. Zwei Bahnpolizisten konnten nur registrieren, daß die „Ungehorsamen Bürger" jeden Zug — mal für zwanzig Minuten, mal eine Dreiviertel Stunde lang — stoppten, bis die die Züge begleitenden Bereitschaftspolizisten die Strecke wieder geräumt hatten. („taz", 14.12.84)

Das polizeiliche Vorgehen war wie in der Vergangenheit nicht so hart, wie es angesichts der Übermacht der Polizeitruppen — es waren u.a. fünf Hubschrauber mit Eingreiftruppen im Einsatz — möglich gewesen wäre. 15 vorübergehende Festnahmen und erkennungsdienstliche Behandlung, auf der Wache Schläge ins Gesicht eines Demonstranten, zwei durch Hundebisse Verletzte und die erste wegen der Beteiligung an der Juni-Blockade eingegangene Anklageschrift zeigen jedoch deutlich, daß die Justiz auf Einschüchterungs- und Kriminalisierungsmaßnahmen durchaus nicht verzichtet.

Antimil-Gruppe Bremen

Aus der Welt des real existierenden Revanchismus

Wenn man so zurückschaut, hat es eigentlich mit Andreotti angefangen: die großdeutschen Träume vom Reich in den Grenzen von a) 1937, b) 1938, c) 1940 und d) 1942 (Gewünschtes bitte ankreuzen) sind wieder ins Gerede gekommen. Wenn dann jemand von Revanchismus spricht, sind unsere Politiker beleidigt und wissen überhaupt nicht, was gemeint ist. Eine Übersicht in Stichworten aus den letzten drei Monaten gibt eine Ahnung davon, was sich auf diesem Gebiet seit der „Wende" abspielt.

15.9. Der italienische Außenminister Andreotti hat auf einem Pressefest der KPI vorm Pangermanismus gewarnt. Die Zweistaatlichkeit auf deutschem Boden solle erhalten bleiben. Das Jalta-Abkommen dürfe nicht in Frage gestellt werden. Die Reaktionen lassen nicht lange auf sich warten.
25.9. Die Regierung Kohl wird von den SPD-Politikern Bahr und Ehmke „*gegen sowjetische Vorwürfe in Schutz genommen, sogenannten revanchistischen Kräften Auftrieb zu geben und die Verträge mit osteuropäischen Staaten in Frage zu stellen.*" (FAZ). Ob das wohl eine gute Idee war?
27.9. Außenminister Genscher erklärt in der UN-Vollversammlung, „*die Bundesrepublik stehe ohne Abstriche zu den Ostverträgen, erhebe keine Gebietsansprüche und betrachte die Grenzen aller Staaten als unverletzlich.*" (FR) Das kann man leicht mißverstehen. Die Sache ist aber so: Zwar nicht im eigenen Namen, aber namens des als juristische Fiktion fortbestehenden *Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937* stellt die BRD sehr wohl die bestehenden Grenzen in Frage. „Unverletzlich" bedeutet nach der offiziellen Definition lediglich, daß die BRD diese Grenzen nicht mit direkter Gewalt verändern will.
8.10. Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jenniger (CDU), behauptet auf einer Mitarbeiterkonferenz des Bundes der Vertriebenen, daß „*die deutsche Frage ... bis zu einer endgültigen Friedensregelung im europäischen Rahmen weiterhin offen*" sei. **„Zur Frage der Oder-Neiße-Grenze als polnischer Westgrenze habe die Bundesregierung sich selbst verpflichtet, nicht aber ein später wiedervereinigtes Deutschland. Die Ostverträge umfaßten keine Präjudizierung der deutschen Frage."** (FR)
15.10. Carl Gustav Ströhm wirft in der „Welt" „*die Frage nach den Siebenbürgern und Banatern*" auf. Gemeint ist „*die deutsche Volksgruppe in Rumänien*", angeblich 300.000 Menschen. In der Tradition des NS-Staates sieht sich die Bundesregierung auch als Vertreterin von „deutschen Minderheiten" überall auf der Welt, ganz besonders aber in Osteuropa und in der Sowjetunion. Für den NS-Staat wären die „deutschen Volksgruppen" eine Fünfte Kolonne bei der Vorbereitung des Eroberungskrieges nach Osten. Das ist heute selbstverständlich alles ganz anders. „Die Frage der Rumäniendeutschen" wird auch beim Besuch von Ceausescu in Bonn angesprochen, wobei es vor allem um die „Ausreisefreiheit" geht (FR, 17.10.). Aber auch um die „*Bonner Aufforderung (!), die kulturelle Identität der deutschen Minderheit ... mit mehr Leben zu erfüllen*" („Generalanzeiger", 17.10.).
18.10. „*Die Erklärungen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers während des Ceausescu-Besuchs, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Gebietsansprüche erhebe und auch künftig nicht erheben werde, stößt bei den Vertriebenen auf Vorbehalte. Helmut Sauer, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, vertrat gestern die Auffassung, daß in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die territoriale Souveränität nicht auf die Volksrepublik Polen übergegangen sei. Deshalb brauche die Bundesrepublik keine Gebietsansprüche zu stellen.*" („Welt")
22.10. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft bestätigt auf ihrer 8. Bundesversammlung „*das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands*". Die Aufzählung von „Sudetendeutschen, Pommern, Schlesiern und Ostpreußen" läßt ahnen, um w e l c h e s Deutschland es sich ungefähr handeln soll. „*Wir wehren uns entschieden dagegen, daß Sprecher von Staatsorganen aus dem Verfassungsauftrag für Deutschland ausbrechen*", sagt Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen. („Welt")
27.10. Bundeskanzler Kohl bekommt „*in Anerkennung seiner Verdienste um ‚den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht'*" die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen. Vertriebenen-Präsident Czaja lobt, Kohl „*vertrete überall in der Welt die deutschen Interessen mit Mut und Offenheit.*" „*Er habe sich auch mit Nachdruck vor den guten Ruf der Vertriebenen gestellt.*" („Welt")
30.10. Carl Gustav Ströhm mahnt in der „Welt", Genscher möge seine geplante Polen-Reise „bis zu einem günstigeren Zeitpunkt" aufschieben, da „die Gemüter der Polen" wegen der Ermordung des Priesters Popieluszko „bewegt" seien.
2.11. Die Schlesische Jugend hat die gleiche Forderung an Genscher. Nicht nur wegen Popieluszko, sondern auch weil sich die polnische Regierung „*an der sowjetischen Revanchismuskampagne*" beteilige und weil sie „*den über eine Million Deutschen in ihrem Machtbereich die elementaren Menschenrechte und Grundfreiheiten*" verweigere. (FAZ)
9.11. Der Bundestag beschäftigt sich mit der „*hoffnungslosen Lage der zwei Millionen Rußlanddeutschen*". „*Die Deutschen unter sowjetischer Herrschaft*" haben „*das grausamste Schicksal aller deutschen Volksgruppen*" zu erleiden, verkündet Herbert Hupka, Vorsitzender der schlesischen Landsmannschaft und CDU-Abgeordneter. („Welt")
12.11. Kohl und Strauß bekunden auf dem Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften im Konrad-Adenauer-Haus „*volle Übereinstimmung in der Beurteilung deutschlandpolitischer Fragen*". Herbert Hupka, der nebenbei auch noch Vorsitzender des Ständigen Rats der Ostdeutschen Landsmannschaften ist, behauptet, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 existiere weiter. Kohl warnt die Polen, sie sollten nicht „*das Werk der Verständigung durch törichte Revanchismus-Propaganda zerstören.*" („Welt", FR, FAZ)
17.11. CDU-Politiker fordern, Genscher müsse während seiner Polenreise das Grab von Popieluszko besuchen. „*Eine Beileidsbekundung gegenüber Glemp würde nach ihrer Ansicht nicht ausreichen.*" („Welt")

19.11. Die CDU/CSU-Abgeordneten Czaja, Sauer, Jäger und Lowack fordern von Genscher, in Polen „*über die Menschenrechtssituation der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten zu verhandeln*". („Welt"). Das gleiche Spektrum ist auf der Tagung der sogenannten „Europäischen Konferenz der Menschenrechte" vertreten, auf der



Aufkleber der CDU-Schülerunion

„die Lage der Deutschen in Nieder- und Oberschlesien, Ost- und Westpreußen sowie in Pommern und Danzig" im Mittelpunkt steht. Helmut Sauer beklagt die „Mauer des Schweigens" über das Schicksal der „über eine Million Deutschen in Ostdeutschland", und meint natürlich: in Polen. Erich Mende (ehem. Gesamtdeutscher Minister) wendet sich gegen „Leisetreterei" bei der Verteidigung deutscher Minderheitsrechte in Polen. Czaja wirft der polnischen Regierung vor, sie nehme „*provisorische Abmachungen als vollgültige Eigentumsregelungen in Anspruch*". („Welt")
22.11. Genscher hat die Polen-Reise abgesagt. Kohl bezeichnet das Verhalten der polnischen Regierung als „unzumutbar", kritisiert wieder mal „*das törichte Revanchismus-Geschrei der polnischen Propaganda*" und behauptet, das polnische Volk verstehe den deutschen Standpunkt. Enno von Loewenstern schreibt in einem „Welt"-Kommentar, in Polen habe man das Gefühl, „*daß man sich mit den Deutschen absolut alles leisten kann, oder man will keine besseren Beziehungen.*" „*Man hat bei uns vielleicht etwas zu oft von der ‚Notwendigkeit der deutsch-polnischen Aussöhnung' gesprochen.*" „***Mit dieser Absage ist also eine Neubewertung der Ostpolitik fällig.***" Czaja freut sich, „*daß die Absage der Reise den Minister vor größeren Gefahren in den Verhandlungen bewahrt habe*". (FR, 23.11.)
24.11. Genscher beteuert wieder einmal: man verstehe, daß die Polen „in dauerhaft festen Grenzen leben" wollen. „*Wir bestreiten diese Grenzen weder heute, noch werden wir sie in Zukunft in Frage stellen.*" („Welt") Ist das nun Widerstand gegen die Linie der CDU/CSU *(„Deutschland in den Grenzen von 1937")* oder bloße Schlitzohrigkeit?
24.-27.11. Dem „Deutschlandtag" der Jungen Union liegt ein Antrag des JU-Bundesvorstands vor: Darin wird die bekannte „Rechtsposition" zwar bestätigt, zugleich aber gefordert, schon jetzt der VR Polen eine unzweideutige, verbindliche Erklärung zu geben, daß die polnische Westgrenze nicht mehr in Frage gestellt werden soll. Der Antrag des Bundesvorstands fällt mit Pauken und Trompeten durch. In der beschlossenen Fassung wird gerade noch den Polen ein „Heimatrecht" in ihrem eigenen Land zugebilligt. Das heißt, wenn wir uns gelegentlich die „deutschen Ostgebiete" zurückholen, dürfen die Polen ruhig dort wohnen bleiben. Dafür müssen sie aber jetzt gleich „ein Volksgruppenrecht für Deutsche" in Polen anerkennen. Kohl nutzt den JU-Kongreß, um noch einmal zu behaupten, „*es gebe keinen Revanchismus in der Bundesrepublik.*" („Welt", FAZ)
27.11. Es wird bemängelt, daß Rumänien die Zahl ausreichender „Rumäniendeutscher" gedrosselt habe. Es wird spekuliert, ob das nun eine böse kommunistische Schikane oder nur eine böse kommunistische Fehlplanung ist. („Welt")
29.11. Genscher verkündet im Bundestag: **„In diesem Land gibt es keinen Revanchismus."** Diese These dementiert er umgehend selbst mit der Mahnung an die CDU/CSU, es könne nur schaden, wenn Dinge, die in den Ostverträgen sorgfältig geregelt wurden, „*heute erneut zum Gegenstand kontroverser Erörterungen gemacht werden*". Der CSU-Abgeordnete Hans Klein glänzt durch besondere Dummheit, indem er sich g l e i c h z e i t i g hinter die Äußerungen von Genscher, Kohl, Hupka und Czaja zu Polen stellen will. Der FDP-Abgeordnete Schäfer bezeichnet es als „*wenig hilfreich, immer wieder die Diskussion über die Ostgrenzen anzufangen*". („Welt")
30.11. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke fordert Kohl auf, „*unmißverständlich klarzustellen, daß die Bundesrepublik die heutige polnische Westgrenze an Oder und Neiße ... nicht in Frage stellt.*" Zwei Monate vorher hatte er Kohls Regierung noch unbedingt gegen östliche Revanchismus-Kritik in Schutz nehmen wollen. („Hamb. Abendblatt")
30.11. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Rühe, fordert ein Ende der Diskussion: „*Diese unfruchtbare Grenzdiskussion sollte ebenso unterbleiben wie die unsinnigen Revanchismus-Kampagnen.*" Die Kritik Rühes stellt nicht etwa die Inhalte der großdeutschen Welle in Frage, sondern wendet sich nur gegen Zeitpunkt und Art. Ansonsten meint auch Rühe: „*Die Rechtslage Deutschlands ist nun einmal so, wie sie ist. Darüber kann die Bundesrepublik überhaupt nicht verfügen ...*". Soll heißen: „Das Deutsche Reich existiert in den Grenzen von 1937 weiter, da kann man leider gar nix machen." Ansonsten: „*Wir haben Verständnis für das Interesse der Polen an gesicherten Grenzen. Wir erwarten allerdings auch Verständnis für unser Anliegen, die deutsche Frage politisch und rechtlich offenzuhalten, bis sie durch die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts beantwortet wird.*" (Hamb. Abendblatt)
1.12. Das Bundespresseamt hat einen Kalender herausgegeben, „*in dem die Gebiete östlich von Oder und Neiße als unter Verwaltung stehende Gebiete gekennzeichnet sind.*". („Welt") Aber, wie Rühe so nett sagt: **„Die Polen haben keinen Grund, sich Sorgen zu machen."**
4.12. „*Die Ausreise von Rumäniendeutschen hat sich nach mehrwöchigem Stocken in den vergangenen Tagen wieder normalisiert*" („Welt"). Wir sprechen eben eine Sprache, die der Osten versteht.
6.12. Oder vielleicht doch nicht? „*Die Zahl der deutschstämmigen Aussiedler aus der Sowjetunion hat in diesem Jahr den tiefsten Stand seit dreizehn Jahren erreicht.*" Hupka nennt das „bestürzend" und fordert Genscher auf, „hierzu ein deutliches Wort zu sagen." („Welt")
7.12. Genscher warnt davor, „*das im Ost-West-Verhältnis Erreichte ‚durch Kampagnen der bösen Worte' aufs Spiel zu setzen, ‚die das Klima vergiften und in den Gefühlen der Menschen zu bitteren Reaktionen führen können'.*" („Welt")
12.-13.12. Als erster Bundeskanzler seit 1965 (!) will Kohl 1985 zusammen mit Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier sprechen. Motto des Treffens: **„40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser."** Schlesien sei „*nicht die verlorene Heimat, sondern die uns geraubte Heimat*", heißt es im Aufruf zu dem Treffen. Und: „*Die aus ihrer Heimat Vertriebenen bleiben so lange Vertriebene, solange ihnen nicht das Recht gewährt wird, als freie Bürger in der freien Heimat zu leben.*" Hupka macht mit einer schlitzohrigen Interpretation den Routinespruch lächerlich, daß die Bundesrepublik keine Gebietsansprüche erhebe: **„Wer die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 fordere, erhebe damit keinen Gebietsanspruch gegen Polen. Umgekehrt fordere Polen ie Souveränität über Gebiete, über die es unrechtmäßig herrsche."** (FR) Sehr pfiffig auch die Stellungnahme des Bundesvorstands der Schlesier, man mache „*keine Ansprüche auf f r e m d e s Territorium geltend*" („Welt").

(Die Daten beziehen sich nicht auf die Ereignisse, sondern auf die Meldungen in der Presse)

Fortsetzung von Seite 1

Besonders provokativ: Während die polnische Nord- und Westgrenze nur „gestrichelt" eingezeichnet ist, sind die Umrisse des Deutschen Reiches von 1937 fett gedruckt. Mehr noch: Weite Gebiete der CSSR, die im Münchner Abkommen unter Kriegsandrohung abgetrennt wurden, erscheinen in dieser Karte durch eine gestrichelte Grenzlinie ebenfalls als zu Deutschland gehörig.

Revanchismus gibt es nicht? Hier ist der Gegenbeweis auf einen Blick!

Auch interessant: Die „Verfolgten des 20. Jahrhunderts". In dieser Frage zum oben erwähnten Schülerwettbewerb erscheinen Juden und Deutsche als gleichermaßen betroffen von Terrorakten „während und nach dem zweiten Weltkrieg"...

Karte und Fragestellung sind Teil eines „Schülerwettbewerb 1985", der vom baden-württembergischen Kultusminister Mayer-Vorfelder veranstaltet wird. Diese Karte übertrifft alles, was bislang aus Italien, Polen oder der Sowjetunion über Pangermanismus und Revanchismus zu hören war. Daß *Deutschland in den Grenzen von 1937* eingezeichnet ist, kann noch als der harmloseste Teil dieses großdeutschen Unfugs gelten. Da ist nicht nur liebevoll jede „deutsche Minderheit" in Osteuropa und bis in die asiatische Sowjetunion hinein eingetragen, **und zwar auf Basis der Situation von 1939-1945.** Da sind durch Schraffierung auch Gebiete Frankreichs, Belgiens, Dänemarks und Polens als „deutsche Siedlungsgebiete" gekennzeichnet, die schon nach dem 1. Weltkrieg vom Deutschen Reich gelöst wurden. Weiter die Staaten Luxemburg und Liechtenstein plus ca. 75% der Schweiz. Natürlich auch Südtirol. Österreich hingegen interessanterweise nicht, was wahrscheinlich daran liegt, daß dessen Deutschheit so selbstverständlich ist wie die des übrigen „Reiches", das ja auch nicht extra schraffiert dargestellt ist. Demnächst könnte es dann heißen: „Die österreichische Frage bleibt offen" und „Österreich kann für die Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland sein". — Auf dem Gebiet der Tschechoslowakei hat man nicht nur großzügig das ehemalige Sudetenland schraffiert, sondern dieses auch noch mit einer gestrichelten Linie umrandet: die Grenze, die 1938 der Tschechoslowakei von Nazi-Deutschland durch offene Kriegsdrohung aufgezwungen wurde („Münchner Abkommen").

Mit Mayer-Vorfelders „Schülerwettbewerb 1985" sollen, 40 Jahre nach der Kapitulation des Nazi-Staates, den Jugendlichen großdeutsche Wahnvorstellungen nahegebracht werden. Weitere Fragen des Wettbewerbs greifen tief in die Geschichte, um ganz Osteuropa als „deutschen Kulturraum" zu reklamieren. Wer dann noch weiß, daß der Erfinder der Lithographie, der Astronom Kopernikus und der „Vater des Fernsehens" samt und sonders Deutsche waren, und wer die Zahl der nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reichs „aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen" korrekt angeben kann, ist dem Hauptgewinn schon sehr nahe. Die Zahl der von Deutschen industriemäßig abgeschlachteten Juden braucht er hingegen nicht zu wissen. Und die Kenntnis von Ortsnamen wie Oradour oder Lidice könnte sich vielleicht sogar negativ niederschlagen. Denn es ist ja so: „*Machtpolitische und nationalistische Gründe, religiöse Intoleranz oder rassistische und nationalistische Besessenheit zwangen von 1900 bis heute über 100 Millionen auf der ganzen Welt zum Verlassen ihrer Heimat, sei es durch Vertreibung oder Flucht vor Verfolgung. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg waren hiervon vor allem Deutsche, Esten, Finnen, Juden, Letten, Litauer, Polen, Rumänen und Ungarn betroffen.*" So die Einleitung der Frage nach der Zahl der „heimatvertriebenen Deutschen". Die Juden wurden, ähnlich wie wir Deutschen, aber sicher nicht ganz so schlimm und ganz so zahlreich, aus ihrer Heimat vertrieben. Das reicht als Wissen vollkommen aus. Und Stalingrad ist bloß ein Ort im Siedlungsgebiet der Wolga-Deutschen.

Das Jahr 1985, mit dem 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reichs, scheint sich für politische Unverschämtheiten und Obszönitäten anzubieten. Und wenn vor allem die osteuropäischen Staaten darauf mit Protest gegen den großdeutschen Revanchismus reagieren, wird auch das noch benutzt werden, um den Nationalismus weiter anzuheizen: die bösen Kommunisten, die sich etwas ganz Gemeines ausgedacht haben, um uns friedliche Deutsche zu diffamieren. — Man wird sehen müssen, wieweit sich die SPD und die Grünen engagieren wollen, um dem großdeutschen Wahn entgegenzutreten. Was bisher von ihnen zu sehen war, ist nicht gerade berauschend.

(Zum gleichen Thema eine Nachrichtenübersicht auf S. dieses AK)



Bhopal-Katastrophe und Chemieindustrie

»Aus Gift mach Geld«

Wieviele Menschen an dem Giftgas des Chemiegiganten Union Carbide elendig gestorben sind und sterben werden, das ist noch nicht abzusehen. Bisher hat die Giftgaswolke 4 - 5.000 Menschen (darunter besonders viele Kinder) getötet („taz", 14.12.84). Einige 10.000 Menschen haben ihr Augenlicht verloren. Die Zahl der Erkrankten wird bisher auf 200.000 geschätzt.



Viele Kranke sind in der letzten Zeit nach scheinbar erfolgreicher ärztlicher Behandlung in die Notkliniken zurückgekommen *„mit Krämpfen, Lähmungserscheinungen, Erstickungsanfällen und immer wieder völlig zugeschwollenen Augen, aus denen eine gelbe Flüssigkeit läuft. Es wird befürchtet, daß das ganz große Sterben erst jetzt beginnt. In Gefahr sind Menschen, die nicht so hohen Dosierungen des Giftes ausgesetzt waren."* („FR", 13.12.84) Keiner weiß genau, welche Spätschäden die Überlebenden davontragen werden. Es wird aber ausgegangen von genetischen Schäden, Unfruchtbarkeit bei Frauen und Mißgeburten.

Vom 16.12. an soll die Produktion von Sevin für vier bis fünf Tage aufgenommen werden. Das Werksgelände wurde bereits mit schwer bewaffneten Soldaten besetzt. Während der Produktion soll das Werk von Hubschraubern aus mit Wasser gekühlt werden. Nach dieser etwa viertägigen Wiederinbetriebnahme habe Union Carbide 48 Stunden Zeit, das Land zu verlassen, äußerte ein indischer Journalist, sonst werde das Werk in Flammen aufgehen.

Zweifellos handelt es sich hier um eine der grausamsten Katastrophen, die das kapitalistische Produktionssystem je hervorgebracht hat. Als sich Anfang Dezember innerhalb einer Stunde 30 Tonnen Giftgas — darunter das im 1. Weltkrieg von den Deutschen verwendete Kampfgas Phosgen — auf einer Fläche von 65 qkm ausbreitete, flüchteten als erste die Sicherheitsbeamten des Chemiekonzerns. Ihnen folgten die Leiter der Behörden und der Polizeistationen der 900.000köpfigen Großstadt Bhopal. Eine Fluchtchance hatten nach Presseberichten auch diejenigen, die mit sehr viel Geld winken konnten. Hauptopfer der Katastrophe waren die Armen und Ärmsten, die sich im Glauben, Arbeit zu finden, in den Slums rings um die Chemiefabrik niedergelassen hatten und die in jener Nacht in der Hoffnung, im Chemiewerk rettende Arneimittel zu bekommen, direkt in ihren Tod hineinliefen.

Der Widerspruch zwischen Verheißung und Realität der kapitalistischen Großindustrie kann nicht krasser aufscheinen. Dennoch werden noch nach ihrem Tod die Armen und Ärmsten von ihren Mördern als Mitschuldige angegriffen und verhöhnt. — Warren Anderson, der Vorstandsvorsitzende von Union Carbide, der jede eigene Verantwortung an dem Unfall zurückweist, hat die hohe Zahl der Todesopfer damit erklärt, daß *„viele Bürger*

von ihren Mördern als Mitschuldige angegriffen und verhöhnt. — Warren Anderson, der Vorstandsvorsitzende von Union Carbide, der jede eigene Verantwortung an dem Unfall zurückweist, hat die hohe Zahl der Todesopfer damit erklärt, daß „viele Bürger

der indischen Industriestadt sich aus Unkenntnis falsch verhalten hätten". („FR", 12.12.84)

In Wirklichkeit spricht jedoch alles, aber wirklich alles, was bisher bekannt wurde, dafür, daß dieser Konzern und die von ihm ausgehaltene indische Bürokratie der Profitlogik folgend den schweren Unfall in Bhopal kaltblütig in Kauf genommen haben: Seit 1980, dem Jahr der Produktionsaufnahme von Methyl-Isocyanat — dem nun freigesetzten tödlichen Gift, das auf Phosgenbasis als Ausgangsstoff für Pflanzenschutz- und Insektenvernichtungsmittel dient — haben sich im Bhopaler Werk ganze Unfallserien mit z.T. tödlichem Ausgang ereignet. Noch im Mai 1982 haben drei Mitarbeiter der Union Carbide in einem Bericht *„gravierende Sicherheitsmängel"* im indischen Zweigwerk festgestellt, wobei insbesondere der Methyl-Isocyanat-Tank als *„Quelle der Beunruhigung"* galt. („taz", 12.12.84) Es ist offensichtlich, daß die Produktion auch dann weitergefahren wurde als die Risiken noch weiter angestiegen waren. Zum Zeitpunkt der Katastrophe war ein ganzes Sicherheitssystem, nämlich der Abfackelungsturm, wegen Korrosion außer Betrieb gesetzt. („FR", 13.12.84)

US-Sicherheitspreis für Union Carbide

Union Carbide, der drittgrößte Chemiekonzern der USA, gehörte noch Ende der 60er Jahre auch in den USA zu den schlimmsten Umweltzerstörern. Im Atomzentrum Oak Ridge wurden Luft und Boden verseucht, einzelne

Union Carbide, der drittgrößte Chemiekonzern der USA, gehörte noch Ende der 60er Jahre auch in den USA zu den schlimmsten Umweltzerstörern. Im Atomzentrum Oak Ridge wurden Luft und Boden verseucht, einzelne

UC-Betriebe sollen mehr Schadstoffe abgegeben haben, als in ganz New York anfallen („Spiegel", 50/84). Mit dem Aufkommen der Umweltbewegung, einer kritischen Medien-Berichterstattung und strengeren Sicherheitsbestimmungen Carters ab 1977 änderte der Konzern sein Vorgehen. Zum einen begann die Firma das umweltschädliche Zweigwerk in Indien aufzubauen. Gleichzeitig profilierte sich der Konzern in den USA als „Vorbild industriellen Umweltbewußseins", es wurde z.B. ein computergestütztes Informationssystem über die Schadstoffabgaben aller US-Firmen aufgebaut. 1981, 1982 und 1983 wurde Union Carbide der Sicherheitspreis der US-Industrie verliehen.

Es leuchtet ein, daß die Umweltbewegung in den Metropolen für relativ „saubere" Verhältnisse solange sorgen kann, wie die Konzere ihre Umweltinvestitionen zur Imagepflege in den Stammländern mit den schmutzigen Profiten auf Kosten von Mensch und Natur in Ländern der 3. Welt ausgleichen können. Solange nicht die Politik der Konzerne und das kapitalistische Profitprinzip in das Zentrum der Kritik auch der Umweltbewegung rückt, wird sich nichts daran ändern, daß für den Preis vieler „Bhopals" die giftigen Stoffe und Produktionszweige von den Metropolen bestenfalls in die Länder der 3. Welt abgeschoben werden.

Image-Pflege

Aufgrund der Erfahrungen nach dem Harrisburg-Unfall wurden in den USA Strategien zur Beruhigung der Öffent-

Image-Pflege

Aufgrund der Erfahrungen nach dem Harrisburg-Unfall wurden in den USA Strategien zur Beruhigung der Öffent-

lichkeit entwickelt. „Diese werden jetzt nach Angaben eines Fachmanns für ‚Union Carbide' angewandt. Es hieß, der Konzern ergreife vor allem vier Maßnahmen: Die Unternehmungsleitung zeigt sich über den Unfall schockiert und will Entschädigung leisten; Nachrichten über die Untersuchungen der Ursachen des Unglücks sowie über die Sicherheitsvorkehrungen in dem multinationalen Konzern werden gezielt veröffentlicht; Städte und Politiker, die vor einer weiteren derartigen Katastrophe Angst haben, werden beruhigt; Geschäftspartner, die wirtschaftliche Schäden wegen der finanziellen Forderungen befürchten, werden ebenfalls beruhigt." („FAZ", 10.12.84) Gleichzeitig inszenierte der Konzern Pressekonferenzen „mit Direktübertragung nach Indien und Telefonschaltungen nach Europa, das heißt unter Einsatz aller Möglichkeiten gezielter Öffentlichkeitsarbeit." („FAZ", 12.12.84)

Zu den besonders „gelungenen" Werbegags gehört mit Sicherheit die Zusage von UC, der Stadt Bhopal nach der Katastrophe ein Waisenhaus zu spendieren. Geschmackvollerweise soll dieses Waisenhaus im ehemaligen Gästehaus der Union Carbide eingerichtet werden. Man hat sie eben doch lieb, diese Kleinen...

In der Bundesrepublik ging kurz nach der Katastrophe insbesondere die chemische Industrie in die Offensive. Ein offensichtlich von Bayer selbst produzierter Film über die Bayer-

In der Bundesrepublik ging kurz nach der Katastrophe insbesondere die chemische Industrie in die Offensive. Ein offensichtlich von Bayer selbst produzierter Film über die Bayer-

Sicherheitsvorkehrungen bei Unfällen wurde per Fernsehen ausgestrahlt. In Zeitungskommentaren überwog das — z.T. offen rassistische — Kopfschütteln über die Zustände in Indien nach dem Motto: „Die meisten indischen Kraftfahrzeuge würden bei uns nie durch den TÜV kommen." („FAZ", 6.12.84) Ähnlich zynisch versuchten in der Bundestagsdebatte über Bhopal am 13.12.84 die Regierungsparteien die Katastrophe auszuschlachten. MdB Laermann (FDP) z.B. unterstellte erst einmal, daß BRD-Chemiekonzerne einen hohen Sicherheitsstandard haben, fragte sodann, ob Länder wie Indien bereit sind, so hohe Sicherheitsstandards zu akzeptieren, und folgerte, man müsse derartige Länder geradezu verpflichten, unsere hohen Sicherheitsstandards (sprich: Chemieanlagen) zu übernehmen!

Schlachtenbummler

Ein gefundenes Fressen ist das Leiden der Bevölkerung in Bhopal für Militärkreise, die derzeit nach Indien pilgern, um „die Wirkung von tödlichem Gas auf den menschlichen Organismus in allen Einzelheiten zu studieren. Wie aus indischen Ärztekreisen verlautet, befinden sich unter den 50 bis 60 ausländischen Ärzten mindestens 6 C-Waffen-Experten aus den USA, aus der Bundesrepublik, aus Großbritannien und Kanada." („FR", 13.12.84)

Pflanzenschutzmittel sind erst aus der militärischen Giftgasproduktion entwickelt worden wie auch die Forschung auf dem Gebiet der Pflanzenschutzmittel gleichzeitig Giftgasforschung ist. In diesem Zusammenhang könnte es schon von Bedeutung sein, wenn die konkrete Ursache der Bhopal-Katastrophe über Wochen hinweg im Unklaren gelassen wird, wenn ausländischen Experten der Zutritt zur Anlage verweigert wird und wenn zusätzlich das „Gerücht" auftaucht, die Union Carbide Company habe mit „ihrem Werk in Bhopal ein großes Forschungszentrum zur Entwicklung neuer Pestizide unterhalten." („taz", 13.12.84) Daß die Giftgasproduktion durch angebliche Pflanzenschutzmittelindustrien eine reale Option ist, zeigte sich im Sommer 1984 im Zusammenhang mit dem Giftgas-Einsatz im Iran/Irak-Krieg. Bundesdeutsches Know-How über angebliche Unkraut-

durch angebliche Pflanzenschutzmittelindustrien eine reale Option ist, zeigte sich im Sommer 1984 im Zusammenhang mit dem Giftgas-Einsatz im Iran/Irak-Krieg. Bundesdeutsches Know-How über angebliche Unkraut-

vernichtungsanlagen war in diesem Fall der Ausgangspunkt für die irakische Giftgasproduktion.

M., KB Lüneburg

Informationen zu Bayer

1. Bereits in der Nacht von Dienstag, den 4.12.1984 auf Mittwoch, den 5.12.84, konnte die Internationale Coordiantionsstelle — Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung die Öffentlichkeit darüber informieren, daß Methyl-Isocyanat in der Bundesrepublik aussschließlich von BAYER produziert wird.
2. Weiterhin konnte die BAYER-Coordination die Öffentlichkeit darüber informieren, daß bei BAYER an verschiedenen Standorten in großem Umfang mit Phosgen gearbeitet wird.
3. Weiterhin konnte informiert werden, daß Phosgen bei BAYER in Leverkusen produziert wird.
4. Methyl-Isocyanat wird in Dormagen produziert und in großen Mengen gelagert.
5. Auf der Pressekonferenz am 12.12.1984 wies die BAYER-Coordination die Haltlosigkeit der Behauptungen des BAYER-Sprechers Willig sowie seines Kompagnons Kalisch vom Verband der Chemischen Industrie vom Mittwoch, den 5.12.1984 nach. Beide behaupteten damals, eine Katastrophe „wie in Bhopal" sei hier ausgeschlossen. Die BAYER-Coordination wies z.B. nach, daß das BAYER-Werk in Dormagen seit Jahren trotz anhaltender Proteste aus der Öffentlichkeit von Starfightern und anderen Maschinen der Bundes-Luftwaffe überflogen werden. Im unerlaubten (!!!) Tiefflug, zwischen den Schornsteinen des Werkes hindurch bzw. kurz über diese. Sollte es einmal zu einem Absturz kommen, dann wäre Bhopal noch harmlos!!!
6. Die BAYER-Coordination errinnerte an die Störfälle bzw. Beinah-Katastrophen bei BAYER-Dormagen 1979 (Gusathion ist ausgetreten, 120 kg, ausreichend um drei Mio. Menschen zu töten), den Salzsäure-Unfall 1978 bei BAYER-Wuppertal und andere Störfälle. Größere Schäden blieben stets nur aufgrund extrem (!!!) günstiger Witterungs- und anderer Verhältnisse aus.
7. Die BAYER-Coordination errinnerte daran, daß alle 14 Tage ein Phosgen-Transport von Leverkusen nach Wuppertal auf einem Tieflader über die Autobahn A3 und A46 geht. Letztere hat die größte Unfall-Quote der BRD.

Düsseldorf, den 12.12.1984

Kontakt: Internationale Coordinationsstelle — Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung, Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211/2292601

Interview mit PAN (Pestizid-Aktions-Netzwerk)

Ist »Bhopal« auch in der BRD möglich?

Dies Interview wurde mit einem Verteter von PAN International hier in Hamburg geführt. Von den meisten Menschen unbemerkt wird seit einigen Jahren weltweit ein Kampf gegen die massive Pestizid-Anwendung — gegen Menschen und die Umwelt — geführt. Doch noch setzen die Chemie-Multis und die jeweiligen Regierungen ihrer Heimatländer die Daten in diesem Kampf.

Arbeiterkampf: Anläßlich des Union Carbide Massakers an der Bevölkerung einer ganzen Großstadt erklärten hierzulande Chemieindustrie, Bundesregierung und IG Chemie mit verdächtiger Eile, daß solche Katastrophen in der BRD nicht möglich seien. Ähnliche Erklärungen wurden in den USA abgegeben. Von Kontrollen des Pestizid-Exports, der von den Chemie-Multis aller Industriestaaten betrieben wird, war keine Rede. Ist in dieser Frage nach den Ereignissen in Bophal doch mit Verschärfungen zu rechnen?

PAN: Davon gehe ich nicht aus. Das Pestizid-Geschäft ist — was die Exportbestimmungen betrifft — sehr lasch geregelt, und das neue Pflanzenschutzgesetz, das im Frühjahr 1985 verabschiedet werden wird, wird daran auch nichts ändern. Dieses neue Gesetz läßt weiterhin den Export von in der BRD verbotenen, nicht zugelassenen oder anwendungsbeschränkten Pestiziden zu. Die Auflagen für den Vertrieb und die Anwendung gelten in der BRD für den Export nicht . Konkret heißt dies, daß es keine Zulassungspflicht für Export-Pestizide gibt, daß die Meldepflicht, die jetzt neu eingeführt wird für Inlandsprodukte für den Auslandsbereich aufgehoben wird; auch die jährliche Meldepflicht bei der Bundesbehörde gilt nicht für den Exportbereich.

Über den Export von Produktionsanlagen wird jetzt aufgrund des Bhopal-Ereignisses zumindestens eine Diskussion stattfinden, die jedoch vermutlich ähnlich ablaufen wird wie die Diskussion über die Verbesserung des Informationsaustausches beim Export von Pestizidprodukten. Man wird sich in internationalen Gremien zusammensetzen und folgenlose Absichtserklärungen abfassen, die aber keine Restriktionen für die Industrie bedeuten.

Man kann dies belegen: Es gibt eine Reihe von Resolutionen und Beschlüssen auf internationaler Ebene zum Thema Kontrolle von Produktion und Export von Pestiziden. Alle diese Beschlüsse sind mit Unterstützung der BRD gefaßt worden. Trotzdem sind die Inhalte solcher Beschlüsse nicht in die entsprechenden deutschen Pflanzenschutzgesetze eingeflossen. Zuerst gab es einen sehr weitgehenden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Beschluß der UNO-Vollversammlung, der nicht nur den Export von Pestiziden sondern auch die Ausfuhr von pharmazeutischen Produkten betraf. In diesem Beschluß wurden die exportierenden Länder aufgefordert, den importierenden Ländern Informationen über die Gefährlichkeit der betreffenden Stoffe zu liefern. Es gibt weiterhin einen Beschluß des Europäischen Parlamentes vom Herbst letzten Jahres, der nur dann einen Export zuläßt, wenn die importierenden Länder zuvor über die Gefährlichkeit und andere rechtlichen Probleme informiert worden sind und ausdrücklich den Import der gefährlichen Substanzen zulassen. Innerhalb der OECD gibt es einen Verhaltenskodex für den Export von Pestiziden, der auch vorsieht daß die gesetzlichen Bestimmungen, die für ein Produkt im Herstellerland gelten, dem Importland zur Kenntnis gebracht werden müssen. All dies ist jedoch nicht Gegenstand der Novellierung des bundesdeutschen Pflanzenschutzgesetzes. Noch einmal ausdrücklich betont: die Sonderbestimmungen, die für diese gefährlichen Substanzen bei der Anwendung in der BRD gelten, müssen dem Importeur nicht mitgeteilt werden. In den nächsten Jahren wird die 3. Welt die Hauptabnehmerin von Pestiziden werden und dieses Geschäft möchte sich die Industrie gewiß nicht durch allzu scharfe Bestimmungen verderben lassen.



US-Air-Force — Agent Orange Einsatz in Vietnam 1968

Viele Kommentare in der Presse behaupten nun, daß ein Unglück wie in Bophal der notwendige Tribut dieser Länder für die wirtschaftliche und technische Weiterentwicklung ist.

Wer heute mit diesem Argument „Tribut" arbeitet ist schlicht ein Zyniker. In den Industrienationen ist der Sicherheitsstandard bzw. das Wissen um die technischen Möglichkeiten in den vergangenen Jahrzehnten sehr gestiegen. Nun zu sagen, die Länder der 3. Welt stehen auf der Stufe der frühen technischen Revolution und sie müßten ihre Erfahrungen machen, die in den Industrieländer mit Opfern erkauft wurden, geht völlig am Problem vorbei.

Gerade Indien ist ein Musterbeispiel für die Chemie- und Pestizidproduktion. Es gibt kaum ein Land in der 3. Welt, das soviele Produktionsstätten für Pestizide hat wie Indien, und es gibt auch kaum ein Land, in dem soviele verschiedene Pestiziden auf dem Markt sind. Alle großen Firmen sind dort vertreten, vor allem die aus der BRD. Rund 7.000 Pestizidprodukte sind dort auf dem Markt, die aber ähnlich wie Pharmaprodukte sich in wenige wirklich verschiedene Produkte unterteilen lassen. Jeder Chemie-Multi möchte halt mit seinen Produkten präsent sein.

Allzuleicht wird auch das Argument übernommen, Indien brauche eine Pestizidproduktion um die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln sicherstellen zu können. In manchen Kommentaren schwingen auch schlicht rassistische Vorurteile mit, wenn per se den Indern, hier vor allem den Verantwortlichen für das Werk in Bophal, vorgeworfen wird, sie könnten mit abgesicherteren und damit auch kompli-

3. Welt, das soviele Produktionsstätten für Pestizide hat wie Indien, und es gibt auch kaum ein Land, in dem soviele verschiedene Pestiziden auf dem Markt sind. Alle großen Firmen sind dort vertreten, vor allem die aus der BRD. Rund 7.000 Pestizidprodukte sind dort auf dem Markt, die aber ähnlich wie Pharmaprodukte sich in wenige wirklich verschiedene Produkte unterteilen lassen. Jeder Chemie-Multi möchte halt mit seinen Produkten präsent sein.

Allzuleicht wird auch das Argument übernommen, Indien brauche eine Pestizidproduktion um die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln sicherstellen zu können. In manchen Kommentaren schwingen auch schlicht rassistische Vorurteile mit, wenn per se den Indern, hier vor allem den Verantwortlichen für das Werk in Bophal, vorgeworfen wird, sie könnten mit abgesicherteren und damit auch kompli-
zierteren Anlagen gar nicht umgehen, weil sie halt dümmer sind.

Bei der Diskussion um die Sicherheitsstandards in den Industrieländern und der 3. Welt wird davon ausgegangen, daß hier alles sicher und besser ist als dort. Das ist schlicht eine Lüge. Die Verantwortlichen in den Industrieländern haben vielmehr ein Interesse daran, die Diskussion um möglicherweise ähnliche Katastrophen in den Industrieländern gar nicht aufkommen zu lassen. Wie es z.B. der Verlauf der Auseinandersetzung um den Einsatz von Formaldehyd in der BRD gezeigt hat. Es ist ja nicht so, daß hier kein Unglück bei der chemischen Produktion passiert. Aber es waren Zufälle, die verhinderten, daß Schlimmeres passierte. 1979 brannte bei BASF eine Halle mit Pflanzenschutzmitteln, und dabei wurden Dioxine freigesetzt. Bei Bayer passieren laufend kleine Zwischenfälle. Nicht umsonst gibt es die Katastrophenschutzbestimmungen und Störfallverordnungen hier in der BRD. Die vorgeblich so sicheren Waffentransporte zeigen immer wieder, daß sie so sicher nicht sind.

Seveso zum Beispiel liegt in Italien und nicht in der 3. Welt, und Harrisburg liegt im Herzen des Landes mit der am weitesten entwickelten Technik. Bophal, Seveso, Harrisburg: Immer versagte ein Ventil. Ein Ventil ist technisch gesehen eine relativ einfache Sache, die keine hochkomplizierte Technologie erfordert. Und doch waren in allen drei Fällen von der technischen Seite her gesehen Ventile die Bruchstellen im System. Ventile sind nun Teile, die in allen Werken mit chemischer Produktion eingebaut sind, und das läßt nur den Schluß zu, daß überall etwas passieren kann. In einem Land mit Katastrophenplänen sind die Folgen in solch einem Fall vielleicht nicht so fürchterlich, aber im Augenblick wird bewußt versucht, die Diskussion auf eine „3. Welt Problematik" zu verlagern. Auch in der BRD werden Phosgen und MIC produziert, und man weiß, daß hier z.B. bei Bayer Phosgen relativ ungesichert von einer Produktionsstätte zur anderen gefahren wird, Bophal ist auch in der BRD möglich.

Nach einigen Unglücksfällen und den dann eingeführten Sicherheitsauflagen ist die Produktion vieler hochgefährlicher Substanzen in die 3. Welt verlagert worden. Es wird beäuptet, daß aufgrund der relativ einfacheren Produktionsweise der gefährlichen Substanzen — wegen nicht notwendiger Sicherungseinrichtungen z.B. — gerade diese Verfahren von der 3. Welt gewünscht und dort angesiedelt werden. Was läuft tatsächlich zwischen den Konzernleitungen und den Regierungen von Ländern der 3. Welt?

Nehmen wir Brasilien als Beispiel, das vom Umfang der eigenen Pestizidproduktion und der Ansiedlung von Multis dieses Sektors mit Indien vergleichbar ist. Wie in Indien ist auch in Brasilien die BRD-Industrie massiv vertreten. Bayer Leverkusen, BASF und Hoechst haben in beiden Ländern ihre Produktionsstätten von Pestiziden. Im Oktober war der ehemalige Wirtschaftsminister und jetzige Bankenvertreter H. Friedrichs mit einer Wirtschaftsdelegation in Brasilien. Diskutiert wurde u.a. über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern, und dabei auch über die brasilianischen Bestimmungen bei der Produktion von Pflanzenschutzmitteln. In der letzten Zeit hat Brasilien eine neue Landesagrargesetzgebung in der Hälfte seiner Bundestaaten eingeführt, die der Gesetzgebung in der BRD in nichts nachsteht, teilweise sogar fortschrittlicher ist. Besonders in den südlichen Bundesstaaten Brasiliens ist eine Gesetzgebung eingeführt worden, die den Einsatz von gefährlichen Pestiziden verbietet. Davon sind in der Regel dieselben Pestizide betroffen, die auch in der BRD verboten sind. Das Bundesagrarministerium in Brasilien versucht

Hoechst haben in beiden Ländern ihre Produktionsstätten von Pestiziden. Im Oktober war der ehemalige Wirtschaftsminister und jetzige Bankenvertreter H. Friedrichs mit einer Wirtschaftsdelegation in Brasilien. Diskutiert wurde u.a. über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern, und dabei auch über die brasilianischen Bestimmungen bei der Produktion von Pflanzenschutzmitteln. In der letzten Zeit hat Brasilien eine neue Landesagrargesetzgebung in der Hälfte seiner Bundestaaten eingeführt, die der Gesetzgebung in der BRD in nichts nachsteht, teilweise sogar fortschrittlicher ist. Besonders in den südlichen Bundesstaaten Brasiliens ist eine Gesetzgebung eingeführt worden, die den Einsatz von gefährlichen Pestiziden verbietet. Davon sind in der Regel dieselben Pestizide betroffen, die auch in der BRD verboten sind. Das Bundesagrarministerium in Brasilien versucht
jedoch diese Landesgesetzgebung zu kippen, und gegenwärtig wird in Brasilia ein Gesetz bearbeitet, das die fortschrittlicheren Landesgesetze aufheben soll. Der brasilianische Bundesagrarminister Ernesto Jost saß jahrelang im Aufsichtsrat von Bayer do Brasil. Kurz nach seiner Amtseinführung als Minister Anfang dieses Jahres wurde er in die BRD eingeladen, besuchte das Bundeslandwirtschaftsministerium und natürlich auch die Konzernleitung von Bayer Leverkusen. Dies mag ein kleines Beispiel dafür sein, wie von der BRD aus versucht wird, über den Eingriff in die gesetzliche Gestaltung in Brasilien den Absatz von Pestiziden zu sichern.

Einen ähnlichen Zweck hatte ein Treffen in der britischen Botschaft in Brasilien Anfang diesen Jahres, an dem die verschiedenen Vertreter der chemischen Industrie teilnahmen. Das hindert die Bundesregierung nicht daran, jegliche Beteiligung an solchen Diskussionen und versuchter Einflußnahme zu leugnen.

Ein anderes Beispiel ist das Engagement der Firma Hoechst in Brasilien. Bis 1982 stellte Hoechst dort DDT her. Zu dem Zeitpunkt war die Produktion von DDT in der BRD schon zehn Jahre lang verboten. Auf Fragen nach diesem Widerspruch wird von der Konzernleitung immer geantwortet, man wollte dies DDT gar nicht produzieren, aber die brasilianischen Kunden wollten es so. Quasi erweckt die Konzernleitung den Anschein, als hätte sie nur unter der Bedingung in Brasilien produzieren dürfen, wenn sie auch DDT herstellt. Und dann schreibt sich diese Firma die Einstellung der Produktion auch noch zugute — sie hätte die brasilianische Regierung davon überzeugt, daß eine solche Produktion eingestellt gehöre, und daraufhin sei die Produktion auch verboten worden. Tatsächlich hat Hoechst die Produktion aus finanziellen Gründen eingestellt.

Fortsetzung nächste Seite

Vier hochgefährliche Stoffe

Auch eine Woche nach der Katastrophe von Bophal gab es nicht mehr als Spekulationen über den eigentlichen Hergang des Unglücks. Soviel steht fest: Aus einer Produktionsanlage zur Synthese der organisch-chemischen Substanz Methylisocyanat (MIC) sind hochgiftige Gase entwichen. MIC, in Bophal aus Phosgen und Methylamin hergestellt, diente in dem Werk des multinationalen Konzerns Union Cabide zur Herstellung der Schädlingsbekämpfungsmittel Aldicarb und Carbaryl (Markennamen Temik und Serin). Ausgangs-, Zwischen- und Endprodukte sind hochgiftig.

Phosgen oder Carbonychlorid (chemisches Kürzel: $COCl_2$), das berüchtigste Kampfgas des Ersten Weltkrieges, gilt heute als Allerwelts-Chemikalie bei großchemischen Prozessen. Schon fünf Milligramm des nach faulem Heu riechenden, farblosen Gases in einem Kubikmeter Luft können bei längerem Einatmen lebensgefährlich werden. Bei solch geringen Konzentrationen merkt das Opfer zunächst nichts von seinem Schicksal. Erst nach einer Latenzzeit, die bis zu 24 Stunden dauern kann, führt das Reizgas zu Lungenödemen. Diese Ansammlungen von Blutplasma im Lungengewebe bewirkt ein „inneres Ertrinken", die Phosgen-Opfer erhalten nicht mehr genügend Sauerstoff, bräunlicher Schaum tritt aus Mund und Nase, und die Betroffenen sterben, manchmal erst Tage nach einem Unfall, an Herzversagen. Höhere Phosgen-Konzentrationen reizen direkt die Atemwege, verätzen die Bronchialschleimhaut, und lassen ihre Opfer bei gleichzeitigem Augenbrennen, Schwindelgefühl und Erbrechen ersticken, bevor sich ein Lungenödem entwickeln kann.

Methylisocyanat (chemisches Kürzel: H_3C-NCO) ist die gefährlichste Verbindung einer großen Gruppe der fast ausnahmslos giftigen Isocyanate und Diisocyanate. Wenn sie die Haut und die Schleimhäute der Atemwege berühren, kommt es zu Entzündungen und allergischen Reaktionen wie Asthmaanfällen. Eine Überdosis MIC ruft akute, phosgenähnliche Todesfälle hervor; in noch nicht tödlichen Mengen reizt es die Augen bis hin zu völliger Erblindung. Das farblose und flüssige Gift siedet bereits bei 37 Grad Celsius, kann sich also unter tropischen Bedingungen wie in Indien leicht als farbloses, stechend riechendes Gas über eine größere Entfernung ausbreiten. Da es schwerer als Luft ist, wälzt es sich in Wolken am Boden entlang.

In der Bundesrepublik beträgt die „maximal zulässige, mittlere Konzentration am Arbeitsplatz", kurz der MAK-Wert für MIC 0,01 ppm. Das bedeutet, in einer Million Teilen Arbeitsplatzluft darf maximal ein Teil MIC enthalten sein. Für Phosgen duldet die MAK-Kommission 0,1 ppm.

Aldicarb und **Carbaryl** bis Montag vergangener Woche Endprodukte der Chemiefirma in Bhopal, gehören zu einer größeren Palette von Giftsubstanzen — den Carbamanten — die vorwiegend zum Töten von Insekten genutzt werden. Carbamate wirken ähnlich wie die zum gleichen Zweck produzierten Phosphorsäure-Ester (beispielsweise das E 605): Sie blockieren — bei Insekten wie bei Menschen — das für die Übertragung von Nervenreizen wichtige Enzym Acetylcholinesterase. Nach Lähmung des Nervensystems sterben die Opfer. Im Planzenschutz wirkt Aldicarb als systemisches Mittel. Systemisch heißt, die Pflanze nimmt das Präparat über die Wurzel auf und verteilt es im gesamten Organismus, um blatt- und stengelfressenden Schädlingen den Garaus zu machen. Carbaryl, noch vor wenigen Jahren das bedeutendste der insektiziden Carbamate in der Bundesrepublik, darf hierzulande wegen seiner Gefährlichkeit nur noch ausnahmsweise und mit behördlicher Genehmigung verwendet werden.

(Aus: „Zeit", 14.12.84)

In der Bundesrepublik beträgt die „maximal zulässige, mittlere Konzentration am Arbeitsplatz", kurz der MAK-Wert für MIC 0,01 ppm. Das bedeutet, in einer Million Teilen Arbeitsplatzluft darf maximal ein Teil MIC enthalten sein. Für Phosgen duldet die MAK-Kommission 0,1 ppm.

Aldicarb und Carbaryl bis Montag vergangener Woche Endprodukte der Chemiefirma in Bhopal, gehören zu einer größeren Palette von Giftsubstanzen — den Carbamanten — die vorwiegend zum Töten von Insekten genutzt werden. Carbamate wirken ähnlich wie die zum gleichen Zweck produzierten Phosphorsäure-Ester (beispielsweise das E 605): Sie blockieren — bei Insekten wie bei Menschen — das für die Übertragung von Nervenreizen wichtige Enzym Acetylcholinesterase. Nach Lähmung des Nervensystems sterben die Opfer. Im Planzenschutz wirkt Aldicarb als systemisches Mittel. Systemisch heißt, die Pflanze nimmt das Präparat über die Wurzel auf und verteilt es im gesamten Organismus, um blatt- und stengelfressenden Schädlingen den Garaus zu machen. Carbaryl, noch vor wenigen Jahren das bedeutendste der insektiziden Carbamate in der Bundesrepublik, darf hierzulande wegen seiner Gefährlichkeit nur noch ausnahmsweise und mit behördlicher Genehmigung verwendet werden.

(Aus: „Zeit", 14.12.84)

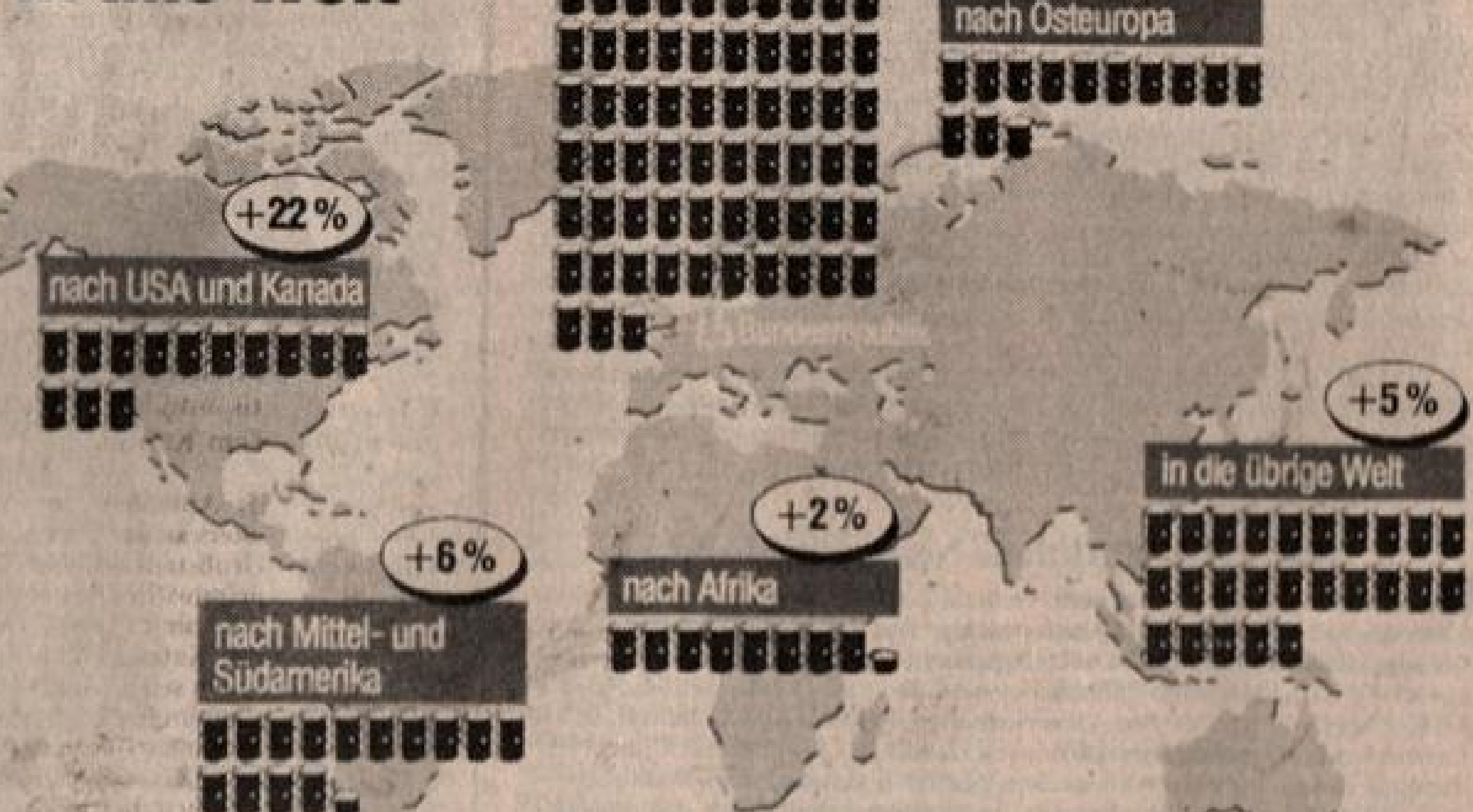
Störfall Chronik

— Im September 1921 kommen im Ludwigshafener BASF-Werk Oppau bei einer Explosion eines Düngemittellagers 561 Menschen ums Leben.
— Im Mai 1928 entweichen auf dem Geländer der Chemiefabrik Hugo Stoltzenberg im Hamburger Hafen zehn Tonnen Phosgen aus einem Kessel, den die Reichswehr dort zur „Entsorgung" abgelagert hatte. Eine Gaswolke trieb über den Stadtteil Georgswerder: elf Tote, 210 Schwerverletzte.
— Im April 1947 explodiert ein mit

Störfall Chronik

— Im September 1921 kommen im Ludwigshafener BASF-Werk Oppau bei einer Explosion eines Düngemittellagers 561 Menschen ums Leben.
— Im Mai 1928 entweichen auf dem Geländer der Chemiefabrik Hugo Stoltzenberg im Hamburger Hafen zehn Tonnen Phosgen aus einem Kessel, den die Reichswehr dort zur „Entsorgung" abgelagert hatte. Eine Gaswolke trieb über den Stadtteil Georgswerder: elf Tote, 210 Schwerverletzte.
— Im April 1947 explodiert ein mit
Kunstdünger beladener Frachter in Mexico: 561 Tote.
— Im Juli 1948 verflüchtigen sich aus einem Kesselwagen bei BASF in Ludwigshafen 30 Tonnen Dimethyläther und explodieren: 200 Tote, 3.800 Verletzte, 50 Millionen Mark Sachschaden.
— In den 50er Jahren sterben in der japanischen Hafenstadt Minamata mindestens 80 Menschen nach dem Verzehr von quecksilberhaltigem Fisch. Jedes dritte Kind kommt dort zwischen 1955 und 1959 geistig gestört oder verkrüppelt zur Welt. Das Chemieunternehmen Chin-Nishon Chisso Hriyo Company hatte jahrelang quecksilberhaltige Abwässer in die Bucht von Minamata geleitet.
— 1958 kommen nach einem Unfall in einer Atommülldeponie am Ural angeblich Hunderte von Menschen um. Das verseuchte Gebiet soll bis heute unbewohnbar sein.
— Im Juni 1974 entzünden sich in einem Chemiewerk nahe der englischen Stadt Flixborough 18.000 Tonnen hochexplosiver Chemikalien: 28 Tote. Wäre das Unglück nicht an einem Samstag passiert, hätte die Zahl der Opfer in die Hunderte gehen können.
— Im Juli 1976 müssen in der italienischen Industriestadt Seveso 700 Einwohner evakuiert werden. Die Explosion in einer Tochterfirma des Schweizer Chemiekonzerns Hoffmann-La Roche hat eine unbekannte Menge Dioxin freigesetzt. 200 Menschen erleiden schwere Vergiftungen.
— Im November 1979 müssen nach der Explosion eines mit Chlorgas beladenen Güterzuges in der kanadischen Stadt Mississauga bei Toronto 25.000 Menschen evakuiert werden.
— Am 25. Februar 1984 gerät durch das Leck in einer Erdölpipeline ein Elendsviertel der brasilianischen Industriestadt Cumbatao in Brand. Mehr als 500 Menschen kommen ums Leben.
— Am 19. November 1984 sterben etwa 450 Bewohner eines Arbeitervorortes von Mexico City in den Flammen, nachdem zehn Gastanks der staatlichen Erdölgesellschaft Pemex explodiert waren.

(aus: „Zeit", 14.12.84)



aus: „stern", Nr. 51/84

Fortsetzung von vorheriger Seite

Welche Verantwortung für die Pestizidanwendung trägt eurer Meinung nach die „Grüne Revolution", mit der Anfang der 50er Jahre gerade die größeren landwirtschaftlichen Betriebe in der 3. Welt in die Abhängigkeit von den Saatgutmultis gerieten?

Die „Grüne Revolution" ist m.E. die Ursache für die Pestizid-Problematik in der 3. Welt. Man hat versucht unsere Vorstellungen von einer chemisierten und industrialisierten Landwirtschaft auf die 3. Welt zu übertragen und hat dies damit begründet, daß die Hungerprobleme anders gar nicht zu lösen seinen. Langfristig erwies sich diese Begründung als hinfällig, denn trotz „Grüner Revolution" verhungern mehr Menschen als jemals zuvor in der 3. Welt. Es ist ganz offensichtlich, daß die Gleichung „Mehr Pestizid-Anwendung entspricht weniger Hungertoten" nicht stimmt; einer kraß gestiegenen Pestizid-Anwendung steht eine ebenso steigende Anzahl verhungernder Menschen gegenüber. Ohnehin werden ca. 70% der Pestizide hauptsächlich in den landwirtschaftlichen Sektoren eingesetzt, die für den Export arbeiten, sprich die Produkte schützen, die nachher bei uns auf dem Tisch landen. Schwerpunktmäßig werden Pestizide in der Baumwolle, Kaffee und Bananenproduktion eingesetzt.

Nun hat die Wirtschaft gelernt und sich eine differenziertere Argumentation zugelegt: die Pestizidanwendung im Exportbereich sei deshalb notwendig und nützlich, weil die entsprechenden Ländern damit Devisen erwirtschaften, mit denen wiederum Grundnahrungsmittel eingekauft werden können, außerdem hebe die verstärkte Anwendung von Pestiziden so ein Bayer-Vertreter den Bildungsstand der jeweiligen Völker. Denn: Pestizide sind hochgefährlich und der Umgang mit ihnen ist hochkompliziert, man und frau muß also lesen und schreiben können, um dies Zeug in den richtigen Dosen anwenden zu können.

Tatsächlich stehen die Bauern in diesen Ländern der zunehmenden Problematik gegenüber, daß die Preise für Pestizide, Düngemittel, Saatgut, Landwirtschaftsmaschinen und Treibstoffe ständig steigen, die Preise für ihre landwirtschaftlichen Produkte jedoch ebenso ständig sinken. Die mit den Pestiziden bekämpften Schädlinge werden nach einiger Zeit resistent, neue und damit teurere Mittel müssen gekauft werden. Einigen verschuldeten Ländern der 3. Welt fehlt schlicht das Geld, um die Pestizide kaufen zu können. Dies hat dazu geführt, daß in
nen. Dies hat dazu geführt, daß in
manchen Ländern aufgrund der Verschuldung der Pestizidabsatz zurückging.

Wert der Pestizidim- und -exporte 1981
(in 1000 US-Dollar)

Land	Export	Import
Bundesrepublik	753.906	184.984
USA	547.119	283.730
England	510.861	187.679
Frankreich	404.573	423.582
Schweiz	304.814	38.889
Industrienationen	3.523.384	2.734.960
Alle Länder	3.764.819	4.141.341
Entwicklungsländer	241.435	1.406.381

Quelle: FAO Trade Yearbook, Vol 36, 1982

Setzt sich das PAN nun für einen sofortigen Stop der Pestizid-Anwendung weltweit ein? In manchen Ländern ist es doch so, daß mit dem Einsatz von Pestiziden die Produkte weiter erwirtschaftet werden können, von denen diese Länder zum großen Teil leben. Kaffee z.B. in Nicaragua ...

So wünschenswert es wäre, auf den gesamten Pestizid-Einsatz verzichten zu können, wissen wir doch, daß dies eine sehr unrealistische Forderung wäre. Unrealistisch deshalb, weil der verstärkte Einsatz von Agrarchemikalien Abhängigkeiten geschaffen hat, die von heute auf morgen nicht aufzulösen sind. Ökosysteme sind nachhaltig zerstört worden, und für eine biologische Schädlingsbekämpfung fehlen vielfach die Voraussetzungen. Wir fordern zunächst den unnötigen Verkauf chemischer Pestizide, wir wollen erstmal der mißbräuchichen Anwendung von Pestiziden ein Ende bereiten. Zunächst sollen die gefährlichsten Pestizide von den Märkten genommen werden. Solche Mittel z.B. die in Bophal produziert werden.

Wir versuchen aber auch die Alternativen aufzuzeigen gegenüber der Pestizidanwendung. Eine unserer Forderungen ist Methoden der Landwirtschaft zu entwickeln, die ohne den Einsatz von synthetisch hergestellten Pestiziden auskommt. Wir fordern auch den ausbau traditioneller Schädlingsbekämpfungsmethoden. Generell ist der Einsatz von Pestiziden in der 3. Welt nicht vergleichbar mit dem Einsatz von Pestiziden hier. Einmal ist der Einsatz dort umfassender von der Quantität her. Und hinzu kommen Pestizid-Einsätze gegen Menschen, wie im Vietnam-Krieg, gegen die Guerilleros in Guatemala; es gibt Beispiele, wo Pestizide gegen streikende Plantagenarbeiter auf den Philippinen einge-
narbeiter auf den Philippinen einge-
setzt worden sind. Darüberhinaus gibt es Beispiele für Pestizid-Versuche an Menschen in Indien und Ägypten.

Von PAN International auf der Gründungskonferenz aufgestelltes Forderungs- und Absichtsprogramm

— Den Ausbau traditioneller, biologischer und integrierter Schädlingsbekämpfungsmtheoden und ein Ende des unnötigen Verkaufs und Gebrauchs chemischer Pestizide.
— Die Einführung von Ausfuhr- und Einfuhrkontrollen für den Handel mit gefährlichen chemischen Pestiziden zwischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt, sowie unter Drittweltländern selbst.
— Sofortige Mitteilung einer Regierung, wenn sie ein chemisches Pestizid verbietet oder beschränkt. Gegenwärtig verfügen nur die USA über ein eher schwaches Mitteilungssystem.
— Veröffentlichung von Information über Ausfuhr und Einfuhr chemischer Pestizide, einschließlich Namen der betreffenden Firmen, Angaben über Mengen und Preise sowie bekannte Auswirkungen der verkauften Produkte auf die Gesundheit.
— Die Einführung von Methoden ohne oder mit minimaler Anwendung chemischer Pestizide, wo immer dies möglich ist, um die lokale Eigenständigkeit in landwirtschaftlichen Gebieten der Dritten Welt zu fördern, einschließlich lokaler Kontrolle über Produktion, Verwendung und Verbrauch von Nahrungsmitteln und anderer Rohstoffe.
— Der Entzug finanzieller Mittel durch alle internationalen Finanzierungs- und Entwicklungsinstitute für Drittweltprojekte, welche Pestizide verwenden, die unter den Bedingungen in der Dritten Welt nicht gefahrlos eingesetzt werden können.
(...)
— Ein Ende des Teufelskreises, in welchem die gefährlichen Pestizide, die in der Dritten Welt eingesetzt werden, als Rückstände in den Nahrungsmitteln wieder auftauchen, welche Menschen auf der ganzen Welt verzehren, und ganz allgemein das Wasser, den Boden und die Umwelt verschmutzen.

Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN)

PAN International — der weltweite Verbund der Pestizidgegner, wurde im Mai 1982 während einer viertägigen Konferenz über den Welthandel mit Pestiziden in Penang, Malaysia, gegründet. PAN International umfaßt heute rund 300 Gruppen aus 49 Ländern: Umwelt-, Verbraucher- und Bauernorganisationen ebenso wie entwicklungspolitische Vereine, Gewerkschaften und kirchliche Initiativen. PAN International „will den unkontrollierbaren Handel und die mißbräuchlichen Verwendung von gefährlichen synthetischen Pestiziden auf der ganzen Welt überwachen, Informationen darüber sammeln und gemeinsame Aktionen und Maßnahmen dagegen unternehmen". Das hier abgedruckte Interview wurde mit einem (PAN-Vertreter in Hamburg geführt. PAN ist in Hamburg unter der folgenden Adresse zu erreichen:

PESTIZID AKTIONS-NETZWERK (PAN)
Werkstatt 3 — Nernstweg 32 - 34 — 2000 Hamburg 50

Weltkrieg 1985

— Kriegsplanspiel der Schweizer Armee —

Am Ende es zweiten Weltkrieges konnten sich die griechischen Royalisten nur mit Hilfe der britischen Armee und einem zweiten blutigen Krieg durchsetzen. Die britische Armee brauchte dazu die US-Hilfe, um überhaupt agieren zu können.

Griechenland war Ausgangspunkt des Kalten Krieges und der „Truman-Doktrin" der USA. Am 12.3.47 rief Truman dazu auf, Griechenland von „Terror, Unterdrückung und vorher festgelegten Wahlergebnissen" zu befreien (d.h. die Royalisten gegenüber Liberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten gewaltsam an die Macht zu schießen).

Griechenland ist heute NATO-Mitglied, gilt aber nach wie vor als unsicherer Kantonist und so wird die tatsächlich im nächsten Jahr stattfindende Wahl in Griechenland in einem Planspiel der schweizer Armee bei einer „Gesamtverteidigungsübung" zum Ausgangspunkt des 3. Weltkrieges. *„In Griechenland haben Gerüchte über Fälschungen, mit denen die Linksregierung die Wahlen vom 29.10.85 für sich entschieden habe, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit bürgerlichen, royalistischen und konservativ-klerikalen Gruppen geführt. Angesichts der immanenten Gefahr eines Umsturzes nimmt die Regierung ein sowjetisches Hilfsangebot an und erklärt am 30.10.85 unter Berufung auf ein ‚NATO-Komplott gegen die demokratisch gewählten griechischen Institutionen' den Austritt aus dem Nordatlantikpakt. Ab 2.11.85 marschieren sowjetische und bulgarische Truppen in Griechenland ein."*

Am 3.11. sperrt die Türkei ihre Meerengen für sowjetische Schiffe und holt sich einige griechische Gebiete — die Inseln Lamnos und Rhodos — und den von Griechen bewohnten Teil Zyperns, die sie bekanntlich schon lange gern gehabt hätte. Die linke Opposition holt in der Türkei zum Generalstreik aus, die Sowjetunion greift die Türkei an.

Italien, das Fluchtziel zehntausender Griechen ist, bildet eine Regierung der „nationalen Einheit", obwohl die KPI mehrheitlich die Regionalparlamente beherrscht.

Die USA ruft einen „Rat der Demokratie" aus, dem sich alle kapitalistischen Staaten anschließen sollen. *„Vordergründig verfolgt der ‚Rat' wirtschaftspolitische Ziele... Diese Intensivierung der wirtschaftlichen Zu-*
tensivierung der wirtschaftlichen Zu-
sammenarbeit dient jedoch übergeordneten sicherheitspolitischen Zielsetzungen: Dahinter steht das Konzept der globalen und umfassenden sicherheitspolitischen Verantwortung des ‚Rates', die Festigung der inneren Geschlossenheit der westlichen Industriestaaten und die Unterstützung schwacher und gefährdeter Mitglieder."

Bei den Gründerstaaten ist nicht nur der NATO-Kern, sondern Japan gleich mit dabei. Schluß ist auch mit der Neutralität. Die Philipinen und Südkorea, aber auch Jugoslawien (!) und Spanien werden „assoziiert". In Spanien bleibt zwar die NATO-Mitgliedschaft „umstritten", das Militär übernimmt aber *„im Zuge militärischer Maßnahmen gegen die baskischen Terroristen die politische Gewalt"*. Österreich hingegen sucht sich mit der SU zu arrangieren (wer hätte das gedacht). In Somalia intervenieren die USA selbst, im Sudan hingegen Ägypten und Jordanien mit freundlicher US-Hilfe. Die SU droht Pakistan, in der Karibik *„dauern die Auseinandersetzungen an"*, da ging es also schon vorher los. Die Neutralen, die sich nicht offen diesem Rat anschließen, kommen wie die Schweiz in „eine zunehmende Isolierung". Es wird in den USA *„von einer Stunde der Wahrheit für die Neutralen"* gesprochen und mit weiteren Maßnahmen gedroht, wenn sie ihre *„sture und völlig überholte Haltung"* nicht aufgäben. Die Schweiz ist in drei Strömungen zersplittert. Ein starkes Lager will die NATO, eine *„dritte Kraft sucht den ‚Frieden durch Verweigerung'"*, es kommt zu „Ausschreitungen" und einer Teilmobilmachung, Versorgungsengpässen, Produktionsschwierigkeiten und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Die Gastarbeiter erweisen sich als „unzuverlässige Kantonisten"; *„dramatische Familienszenen führen zu heftigen emotionalen Reaktionen im In- und Ausland"*, weil diese ihre Familien und Bekannten nicht über die Grenze zu sich in die Schweiz kommen lassen dürfen.

In der zweiten Phase besetzt Frankreich einen Großteil der Schweiz als „Aufmarschgebiet gegen die UdSSR", die wiederum von der Schweiz militärische Gegenmaßnahmen verlangt. Schließlich bombardiert Frankreich die Schweiz, zwei Atombomben auf die Schweiz fordern „nur" 40.000 Tote, die Truppe wird zum Schluß der Übung „entgiftet".

Der Bericht über die 1. Phase dieser Übung fiel dem Redakteur Urs Frieden (er heißt so) von der schweizerischen Wochenzeitung (WoZ) in die Hände. Die Zeitung berichtete am 30. November davon. Die WoZ zitiert den Stabschef für „Operative Schulung", Gustav Däniker, als „Vater" dieses Szenarios mit der Aussage, daß dies weder eine Science Fiction noch ein von „niemanden ernstgenommener Politthriller" sein solle, wobei die Einzelteile „für sich allein genommen realistisch sein" sollen, die Fülle der sich zusammenballenden Krisen „natürlich ein Extremfall' (des 3. Weltkrieges).

Die griechische Zeitung Pontiki druckte den Bericht nach, der Schweizer Botschafter wurde ins griechische Außenministerium zitiert, wobei Aufklärung über dieses Planspiel verlangt wurde. Die UdSSR nannte das Planspiel eine „provokative Aktion" gegenüber Griechenland. Dementis halfen da wenig. Es sei „ein offenes Geheimnis", schreibt die taz (am 15.12.84), ohne Gründe oder Quellen zu nennen, daß solche schweizerischen Gesamtverteidigungspläne *„eng an Planspiele und strategische Vorstellungen der NATO"* angelehnt seien.

Inzwischen wurde der Redakteur Urs Frieden verhaftet, wobei nach Aussage der WoZ die Militärgerichtsbarkeit auf Zivilisten angewendet worden sei, zum ersten Mal seit 1945. Tatsächlich gehört in den Knast, wer solche Planspiele ausheckt, nicht aber der, der diese Kriegsplanspiele aufdeckt.

Einen Gruß und unsere Hochachtung möchten wir auf diesem Wege Urs Frieden und der WoZ zukommen lassen. Wir hoffen, daß Urs bald wieder freikommen möge.

Die WochenZeitung

Die 'vertraulichen' Phantasien der GVU-Köpfe

3. Weltkrieg beginnt in Griechenland

Die Gesamtverteidigungsübung (GVU), die vorletzte Woche die Schweiz unsicher machte (WoZ 46/84), wird ein diplomatisches Nachspiel haben: Weil die GVU-Planer Griechenland als Ausgangspunkt des Dritten Weltkrieges ausgewählt haben, ist in den nächsten Tagen mit einer Protestnote aus dem griechischen Aussenministerium zu rechnen. Dies liess der griechische Presse-Attaché Stelios Kanmarokos gegenüber der WoZ durchblicken.

uf. *«In Griechenland haben Gerüchte über Fälschungen, mit denen die Linksregierung die Wahlen vom 29.10. 85 für sich entschieden habe, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit bürgerlichen, royalistischen und konservativ-klerikalen Gruppierungen geführt. Angesichts der immanenten Gefahr eines Umsturzes nimmt die Regierung ein sowjetisches Hilfsangebot an und erklärt am 30.10. 85 unter Berufung auf ein «NATO-Komplott gegen die demokratisch gewählten griechischen Institutionen» den Austritt aus dem Nordatlantikpakt. Ab 2.11. 85 marschieren sowjetische und bulgarische Truppen in Griechenland ein.»* So will es das als «vertraulich» klassifizierte Szenarium der Gesamtverteidigungsübung. Ein Szenarium, das laut GVU-Vater *Gustav Däniker*, Stabschef «Operative Schulung» im EMD, weder *«auf die Ebene von reiner Science Fiction abgleiten»* noch *«zum zwar spannenden, aber von niemandem ernstgenommenen Politthriller»* verkommen soll. Dänikers Szenarienbauer, *«Experten aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien»*, haben sich deshalb einen besonders realistischen Startschuss zum Dritten Weltkrieg einfallen lassen: In Griechenland finden effektiv im Oktober 1985 Wahlen statt. Dies bestätigte der Presseattaché der griechischen Botschaft, *Stelios Kamnarokos*, gegenüber der WoZ. Kamnarokos, der in Genf an der Avenue Krieg das griechische Pressebüro leitet, wollte ansonsten keinen Kommentar abgeben.

Dänikers Griechenland-Phantasien erweisen sich bei näherer Betrachtung als plumpe Aktualisierung der Truman-Doktrin, allerdings mit vertauschten Rollen der Supermächte: Am 12. März 1947 verkündete der damalige US-Präsident Harry S. Truman in einer Kongressbotschaft: *«Wir können keinen Veränderungen des Status quo zustimmen, etwa durch Methoden des Zwangs oder durch politische Infiltration. Dadurch, dass die USA freien und unabhängigen Staaten helfen, ihre Freiheit aufrechtzuerhalten, verwirklichen sie die Grundsätze der UN. Sollten wir in dieser schicksalsschweren Stunde es unterlassen, Griechenland und der Türkei zu helfen, würden die Folgen für den Westen wie für den Osten weitreichend sein.»* Es war der Aufruf für eine westliche Eindämmungspolitik gegen kommunistische Einflüsse, der Beginn des «Kalten Krieges». Truman wollte das durch innere Wirren (Liberale, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Royalisten) erschütterte Griechenland von *«Terror, Unterdrückung und vorher festgelegten Wahlergebnissen»* befreien, indem er es wirtschaftlich und militärisch unterstützte — nachzulesen in *«Kalter Krieg»* von *David Horowitz, Wagenbach-Verlag*. Däniker und Konsorten wollen — fiktiv — das nach einer Wahlfälschung durch innere Wirren (zwischen bürgerlichen, royalistischen und konservativ-klerikalen Gruppierungen) erschütterte Griechenland befreien, indem sie sowjetische und bulgarische Truppen einmarschieren lassen. Doch diesmal kommt's zum grossen Chlapf.

Die WoZ dokumentiert die erste Spielphase der Gesamtverteidigungsübung auf

Seite 3

»NATO: Nein, US-Basen: Raus, Neutralität!«

Diesen Schriftzug bildeten am 2.12.84 in Madrid Anti-NATO-Demonstranten.

Fast eine halbe Million Spanier sollen den Angaben der Veranstalter zufolge an diesem Tage gegen die NATO-Mitgliedschaft Spaniens demonstriert haben. In Barcelona beteiligten sich 70.000 an einem Sternmarsch, 30.000 bildeten in Valencia eine Menschenkette um den Stadtkern, jeweils 2.000 - 5.000 Demonstranten wurden in verschiedenen Provinzhauptstädten gezählt.

Nach einer zentralen Demonstration am 3.6.84 in Madrid (wir berichteten davon im AK 248 und 249) hatte die „Koordination der pazifistischen Organisationen" diesmal zu dezentralen Aktionen aufgerufen.

In den Umfragen hat sich inzwischen eine Mehrheit gegen die NATO-Mitgliedschaft Spaniens stabilisiert. Trotzdem ist Regierungschef Felipe Gonzalez zuversichtlich, daß das Referendum um die NATO-Mitgliedschaft Spaniens im Februar 1986 für eine NATO-Mitgliedschaft eine Mehrheit finden wird. Die an der Regierung für die NATO „gewandelte" PSOE-Spitze möchte diesen Schritt mit dem EG-Beitritt Anfang 1986 „versüßen". Inzwischen ist dabei höchste Eile bei den schleppenden EG-Beitrittsverhandlungen geboten. Das Versprechen der Regierung, die militärische Integration nicht zu vollziehen, ist dabei ein ziemlich schlechter Scherz, weil schon heute die spanischen Militärs in den NATO-Stäben mitarbeiten und Spanien schon heute mit großer US-Militärhilfe und Waffen versorgt wird.

Der Militärhaushalt stieg in den vergangegen Jahren jeweils um 15%! Auch die EG-Staaten und speziell die BRD geizen nicht mit Waffenlieferungen und Rüstungskooperationen. Spanien wurde nicht nur in das neue Projekt des Kampfflugzeuges der EG-Staaten für die 90er Jahre einbezogen (s. WEU-Artikel in diesem AK), sondern soll auch einen Leo-II-Nachbau mit spanischen Eigenkonstruktionen in der heereseigenen Santa-Barbara-Fabrik Sevilla herstellen können. Dieser „Lince-(= Luchs-)Typ soll in einer Stückzahl von 500 vor allem für den Export produziert werden. Neben dieser Kooperation mit dem Flickkonzern Krauss-Maffei gab es in den vergangenen Jahren schon Flick-Gelder über die Friedrich-Ebert-Stiftung für die heute regierende PSOE. Felipe Gonzalez dürfte auch anderes auf diesem Wege von seinen Ziehvätern aus der bundesdeutschen SPD gelernt haben: wie man nämlich mit einer Opposition auf dem Parteitag umgeht. Denn immerhin werden schon jetzt unter den gewählten Delegierten des bevorstehenden PSOE-Parteitages 35% NATO-Gegner gezählt. Wie man damit einen Pro-NATO-Kurs auf dem Parteitag erreichen kann, will Gonzalez Mitte Dezember vorführen, oder sollte das Flick-Geld vergebens gewesen sein?

Wir hoffen, im nächsten Arbeiterkampf darüber ausführlicher berichten zu können.

Quellen:
„Die Welt": 6. und 22.11.84; „Frankfurter Allgemeine Zeitung": 1.12.84; „taz": 4.12.84.

Niederlande:

Prozeß gegen die Raketenstationierung

Während hierzulande Richter und Staatsanwälte, die sich öffentlich gegen die Raketenstationierung ausgesprochen haben, mit „dienstlichen Ermahnungen" zur (Staats-)Räson gebracht werden sollen, läuft in den Niederlanden im Moment ein von zahlreichen Juristen unterstützter groß angelegter Prozeß an gegen den niederländischen Staat, dem die Zustimmung zur Raketenstationierung verboten werden soll.

Zur Erinnerung: Am 1.6. dieses Jahres hatte die niederländische Regierung sich nach rund fünfjähriger Debatte zu einem bedingten Ja zur Stationierung durchgerungen. Falls ein Rüstungsabkommen zwischen den USA und der SU nicht doch noch zustande kommen sollte und die SU ihre SS-20-Potentiale nicht mit sofortiger Wirkung einfriere, sollen im Jahr 1988 die für die Niederlande vorgesehenen 58 Cruise Missiles in Woensdrecht stationiert werden.

Nach dem Regierungsbeschluß und dem Abebben der spontanen Wut darüber (s. AK 247, S.24 u. AK 248, S.16) war die Friedensbewegung erstmal ratlos. Im Rahmen der recht kontroversen und heftig geführten Diskussionen um die Frage „Wie weiter?" haben sich mittlerweile jedoch drei praktische Ansätze herauskristalisiert: Der IKV und die anderen gemäßigten Kräfte wollen sätze herauskristalisiert: Der IKV und die anderen gemäßigten Kräfte wollen — vor allem mangels Alternativen und um die gefürchtete Radikalisierung zu verhindern — im kommenden Herbst eine „Volkspetition", d.h. eine ans Parlament gerichtete Unterschriftensammlung, durchführen. Die radikaleren Kräfte, die mehrheitlich nicht nur der beschlossenen „Volksbefragung", sondern auch der Forderung nach einem tatsächlichen Volksentscheid skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen, haben für den Januar zu einer Aktionskonferenz für zivilen Ungehorsam aufgerufen. Daneben gibt es diverse juristische Initiativen, um die Stationierung zu ver- oder zumindest zu behindern, von denen der **„Prozeß gegen den Staat"** die bedeutendste ist.

Zu Beginn dieses Jahres wurde die Stiftung „Verbietet die Cruise Missiles" gegründet, die unter Hinzuziehung von renomierten Juristen und Wissenschaftlern die Möglichkeiten eines Prozesses gegen den Staat der Niederlande in Sachen Raketenstationierung untersucht. Nach Abschluß der Voruntersuchung wurde im Oktober eine (Anzeigen-)Kampagne zur Unterstützung des Prozesses gestartet. Innerhalb weniger Wochen meldeten sich mehr als 20.000 Mit-Kläger durch die Überweisung eines Geldbetrages an — darunter zahlreiche Ärzte, Militärs und Prominentia, die Gemeinderäte von Woensdrecht (Stationierungsort!) und Finsterwolde, sowie politische Parteien (PSP, PPR, EVP) und andere Organisationen/Verbände.

Der IKV lehnte eine Teilnahme als Organisation ab, stellte es seinen Mitgliedern und Ortsgruppen jedoch frei, den Prozeß zu unterstützen. Zur Begründung seiner Nichtteilnahme führte der IKV an, er sehe die Stationierungsfrage als politische und nicht als juristische Frage. Er teile nicht die Ansicht, daß die Regierung mit ihrem Stationierungsbeschluß „außerhalb des Gesetzes operiert" und glaubt nicht, daß ein Gericht die Stationierung verbieten würde/könne.

Am 21.11., dem dritten Jahrestag der großen Amsterdamer Friedensdemonstration 1981, überreichten die Anwälte der Kläger dem Generalstaatsanwalt des „Hohen Rats" (entspricht dem Bundesgerichtshof) die 140 Seiten umfassende Klageschrift. Die Forderungen lauten: Verbot des Einsatzes und der Stationierung der Cruise Missiles bzw. — falls dies abgelehnt werden sollte — Aufnahme eines Vetorechts der Niederlande über den Einsatz der Raketen im Stationierungsvertrag mit den USA und Verbot des Ersteinsatzes. Die Forderungen stützen sich auf eine ganze Reihe internationaler Verträge (zum Kriegsrecht usw.). In einem Kommentar der „Volkskrant" vom 8.12. hieß es, die Klageschrift sei ein *„äußerst präzises und scharfsinniges Dokument"*, in dem *„so ungefähr alles was die Menschheit bisher an offi-* *ges Dokument", in dem „so ungefähr alles was die Menschheit bisher an offi-* *ziellen Regeln gegen Gewaltanwendung in großem Umfang hervorgebracht hat ... geordnet verarbeitet ist und zu einer schlagenden Schlußfolgerung geführt wird"*.

Die Stiftung „Verbietet die Cruise Missiles" ist, wie ihr Sekräter in einem Leserbrief in der IKV-Zeitschrift „Kernblad" vom November darlegte, der Ansicht, daß ein gerichtliches Vebot der Stationierung sehr wohl möglich sei. Aber auch wenn die Kläger den Prozeß verlieren sollten, sei damit noch nicht erwiesen, *„daß der Besitz und/oder Einsatz von Atomwaffen erlaubt ist"*. Auch in diesem Fall sei wichtiges Material in die Öffentlichkeit gebracht und klargemacht worden, daß die Stationierung *„gegen das Rechtsgefühl der Mehrheit des niederländischen Volkes (verstößt)"*. Der bereits zitierte „Volkskrant"-Kommentar schloß mit der Bemerkung, daß die Klageschrift *„einen Platz verdient im besten atomsicheren Bunker, den wir haben, sodaß zumindest ein für allemal festgelegt ist, daß wir es gewußt haben, anno 1984"*.

Der Prozeß beginnt am 18.12. und wird aller Erwartung nach mindestens ein Jahr dauern.

Niederlande-Kommission

Anmerkungen:
Ähnliche Klagen sind seinerzeit auch in der BRD angestrengt worden, diese Verfahren sind z.T. nach der Stationierung von den Gerichten abgeschmettert worden.





Niederlande:

Antimilitaristen klauen Geheimdienst-Dokumente

Am 22.11. wurden in Dordrecht die sechs Onkruitler/innen, die Anfang Oktober bei einem Einbruch in ein Notdepot des niederländischen Gesundheitsministeriums verhaftet worden waren (s. AK 252, S.26), zu je sechs Wochen Haft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monater gefordert; die Anwälte hatten auf Freispruch plädiert. Die von der Verteidigung vorgebrachte politische (und juristische) Rechtfertigung der Aktion wurde ebenso wie die von der Anklage zur Last gelegte Gewaltanwendung vom Richter zurückgewiesen.

Drei Tage vor dieser Urteilsverkündung hatten Antimilitarist/inn/en erneut durch einen Raubzug von sich reden gemacht. Diesmal war der Geheimdienst „Contra Inlichtingendienst" (CID; entspricht etwa dem westdeutschen MAD) das Ziel der Aktion. Am frühen Morgen des 19.11. wurden in der Utrechter „Knoop"-Kaserne die Türen des dort untergebrachten CID-Büros aufgebrochen. Obwohl die Kaserne inmitten eines intensiv überwachten Gebietes liegt (Banken-Komplexe, Messehallen, Einkaufszentrum, Hauptbahnhof und eine weitere Kaserne) gelang es den z.T. als Soldaten verkleideten Einbrechern säckeweise Papiere herauszuschaffen, darunter Protokolle, Berichte, Korrespondenzen, Karteien und Dienstanweisungen. Die autonome Amsterdamer Wochenzeitung „bluf!"begann bereits am 23.11. mit einer auszugsweisen Veröffentlichung der — mit verschiedenen Geheimhaltungs-Klassifikationen versehenen — Dokumente.

Die Aufgabe des CID ist es, Feinde in der eigenen Bevölkerung aufzuspüren und im Auge zu behalten, die das Funktionieren des Militärapparates gefährden (könnten), sowohl innerhalb des Militärs als auch von außen. Wer nach Auffassung des CID diese Feinde sind, ist einem Schema zu entnehmen, das im Zimmer des Kommandanten der Utrechter CID-Abteilung hing und zur Beute gehört. Das Schema besteht aus verschiedenfarbigen Karten. Auf 63 weißen Karten sind die in Utrecht und Umgebung tätigen Organisationen verzeichnet, die vom CID für gefährlich gehalten werden. Auf den den weißen Karten zugeordneten 178 rosa Karten stehen die Namen von Personen, die als Mitglieder der aufgeführten Organisationen gelten — 68 der Namen sind mit dem Hinweis versehen, daß ein Foto der betreffenden Person vorliegt. Auf 13 dunkelroten Karten sind die Personen erfaßt, die eine unmittelbare Bedrohung für die Mobilisierung des Militärs darstellen (sollen). An Organisationen sind nicht nur Soldatenorganisationen, antimilitaristische Gruppierungen und radikalpazifistische Gruppen aufgeführt, sondern auch die im Parlament vertretenen linken Parteien PSP und CPN sowie angesehene Friedensorganisationen wie IKV und Pax Christi.

Die Antimilitarist/inn/en fanden Mappen mit statistischen Material über die in den verschiedenen Stadtteilen und angrenzenden Gemeinden lebenden Ausländer, Arbeitslosenzahlen und — wiederum nach Stadtteilen aufgeteilt — die genauen Zahlen der linken Wähler. Sie fanden desweiteren Berichte über öffentliche Veranstaltungen, antimilitaristische Aktionen, Demonstrationen und Diskussionen in linken Gruppen/Friedensbewegung.

Interessant ist eine „Indikatorenliste", die 91 „Merkmale" umfaßt, mit deren Hilfe „staatsgefährdende" Personen entdeckt werden sollen. Zu diesen Merkmalen gehören nicht nur *„Anti-Amerikanismus"* und *„Korrespondenz mit Personen hinter dem eisernen Vorhang"*, sondern auch *„homosexuelle Beziehungen"*, *„freie Berufe"*, *„Aktivitäten für kommunistische Widerstandsorganisationen, die während des zweiten Weltkriegs mit Spionage oder Sabotage zu tun hatten"*, *„Anti-Nazismus"* (!) und sogar *„das Hören von Radio-Sendungen unter Benutzung von Kopfhörern"* (?). Die Quellen für die Erkenntnisse des CID werden in vier Kategorien eingeteilt: a)*„öffentliche Quellen"* (dazu gehören Zeitschriften und Veranstaltungen); b)*„offizielle Quellen"* (Polizei, andere Geheimdienste usw.); c)*„geheime Quellen"* (u.a. Infiltranten); und d) *„private Quellen"* (Informanten und „Kontaktpersonen").

Aus den erbeuteten Papieren geht hervor, daß die CID-Abteilung in Utrecht unter der Bezeichnung „Projekt Erika" Informanten aus der südmolukkischen Bevölkerungsgruppe anwarb. Die Infiltration in die Friedensbewegung fällt unter ein „Projekt Fatima". Im Rahmen dieses Projekts wurden zumindest das Komitee Soldaten Gegen Atomwaffen, die Soldatengewerkschaft VVDM und (sogar) die rechte Soldatengewerkschaft AVNM vom CID infiltriert. Zur Vorauswahl geeigneter Spitzel gaben sich auch Schuldirektoren und Lehrer her.

Das Protokoll einer CID-Sitzung am 5.3.80 hält als Beschluß fest: Da man bis in die Militärspitze hinein an Informationen über den IKV interessiert ist, hierüber jedoch keine Akten angelegt werden dürfen, werden nur über Militärangehörige, die dem IKV angehören und sich eindeutig mit dem Einsatz von Atomwaffen befassen oder dazu äußern, schriftliche Aufzeichnungen angelegt. Damit ist erneut bewiesen, daß die diversen Beteuerungen des Innenministers, die Friedensbewegung und insbesondere der IKV würden von keinem Geheimdienst bespitzelt, eine Farce sind. (1) In einem Protokoll vom 23.2.1984 heißt es, der stellvertretende Detachements-Kommandant habe unter allgemeiner Zustimmung darauf hingewiesen, daß der CID *„sich aktiv zu interessieren hat für alle gegen unsere Verteidigung gerichteten Gruppen"*. Bereits im Frühjahr 1981 wurden die CID-Abteilungen auf einer Sitzung davor gewarnt, nur auf Onkruit zu starren und dabei andere „subversive" Gruppen zu übersehen. Die Frage des stellvertretenden Detachements-Kommandanten hingegen, ob der CID sich auch mit der rechtsradikalen, rassistischen Centrumpartij befassen sollte, wurde keineswegs mit einem allgemeinen Ja beantwortet. Im Protokoll ist nur festgehalten: *„Hierauf entsteht eine Diskussion über die Fragen: Was ist extrem? Wann ist etwas außerparlamentarisch? Wann müssen wir einer Gruppierung Aufmerksamkeit schenken?"*

Im Gegensatz zu früheren antimilitaristischen Raubzügen (PMC-Überfall, Bunker-Beute-Züge, Notdepot-Einbrüche) fand die CID-Aktion von vornherein recht große Beachtung in der Öffentlichkeit. Vor allem das oben genannte „Projekt Fatima" stößt auf reges Interesse, da es als illegales Unternehmen angesehen wird. Die sozialdemokratisch orientierte Tageszeitung „De Volkskrant" z.B. veröffentlichte (nachdem der Einbruch selbst am 20.11. nur ganz kurz gemeldet worden war) am 29.11. Auszüge aus den erbeuteten Protokollen und brachte am darauffolgenden Tag ein Interview mit einem wehrpflichtigen Lehrer und AVNM-Mitglied, den der CID vergeblich zu einer Infiltration in die VVDM zu bewegen versucht hatte. Die Fraktionsvorsitzende der radikalpolitischen PPR in der Zweiten Kammer (der niederländische Bundestag) zeigte sich *„schockiert über die Enthüllungen von Onkruit"* und forderte die parlamentarische Kommision für die Geheimdienste auf, eine Untersuchung über die CID-Aktivitäten einzuleiten. Neben der PPR reichte auch die Pazifistisch-Sozialistische Partei parlamentarische Anfragen über den CID und seine Aktivitäten ein. Die Antimilitarist/inn/en, die den Einbruch ausgeführt haben, haben angekündigt, daß sie weitere Enthüllungen veröffentlichen werden.

Niederlande-Kommision

(1) In dem Artikel „Niederländische Friedensbewegung und internationale Geheimdienste" (AK 246, S.31f) haben wir dies bereits ausführlich dargelegt. In der September-Ausgabe der in Utrecht herausgegebenen antimilitaristischen Zeitschrift „AMOK" sind 23 Fälle geheimdienstlicher Aktivität gegen die Friedensbewegung dokumentiert.

Der Bruch

Am 17.11. kündigte die Landtagsgruppe der hessischen Grünen die ,,kontinuierliche parlamentarische Zusammenarbeit'' mit der SPD. Als Grund gaben die Grünen an, daß sie die Produktion und Verarbeitung atomwaffenfähigen Materials durch die Hanauer Nuklearfirmen NUKEM und ALKEM nicht mitverantworten können noch wollen. Am 1.12. bestätigte eine Landesversammlung der Partei mit großer Mehrheit die Politik ihrer Abgeordneten. Nur eine verschwindend kleine Minderheit fand sich bereit, den von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf für 1985 trotz der laufenden Genehmigungsverfahren für die Nuklearfirmen mit zu verabschieden. Die SPD reagierte zunächst mit dem Appell an die Grünen, den Bruch zurück- und die Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Inzwischen jedoch wird demonstriert, daß es ggf. auch anders geht. Börner hat das Angebot der Grünen, über den Umgang mit den Nuklearfirmen zu verhandeln, schroff zurückgewiesen. Über die Verabschiedung des Haushalts wurden Gespräche mit CDU und FDP angesetzt. Vor den hessischen Kommunalwahlen am 10.3.85 wird sich die landespolitische Konstellation wohl nicht mehr grundlegend ändern.

Die Grünen haben immerhin klargemacht, daß sie nicht zum Nulltarif als Mehrheitsbeschaffer für sozialdemokratische Regierungspolitik zu haben sind. Sie haben sich ihren Widerstand gegen Atomanlagen nicht für ein paar Millionen zugunsten alternativer Betriebe abkaufen lassen. Das zeigt ihren von den ,,Altparteien'' eben doch grundverschiedenen Charakter an.

Ohne nun an der Solidarität, die die Hessen-Grünen in der Auseinandersetzung mit der SPD für sich in Anspruch nehmen können (und sollen), Abstriche zu machen, gibt es doch einiges in diesen Wochen, was man mit ungläubigem Kopfschütteln quittieren möchte. Der Versuch der hessischen Landesregierung, die Bearbeitung von Uran in Hanau auf einen Anreicherungsgrad von weniger als 20% zu begrenzen (bei Ermöglichung von Ausnahmeregelungen), wurde rasch durch eine Weisung Zimmermanns durchkreuzt. Was die Grünen in dieser Situation von ihrem Seniorpartner verlangen, ist ein bißchen mehr Konfliktbereitschaft gegen
chen mehr Konfliktbereitschaft gegen
Bonn. Was Zimmermann dann letztlich anordnet, braucht das Verhältnis zur Landesregierung nicht zu beeinflussen. ,,Realpolitik'' war jedoch ursprünglich gedacht als Weg, etwas ,,real'' zu verändern. Was die Grünen von der SPD fordern, läuft aber im Grunde auf etwas mehr Verbal-Politik hinaus. Das ist sehr wenig ...

Was aber noch bedeutsamer sein dürfte, ist die gegen Ende des Beschlusses von Lich angedeutete Koalitionsbereitschaft der Grünen. Aus den nicht gerade rosigen Erfahrungen mit der SPD wird nicht der Schluß gezogen, wieder konsequenter Oppositionspolitik zu betreiben und die arg vernachlässigten außerparlamentarischen Aufgaben stärker wahrzunehmen. Nein, man wünscht Einfluß auf die Personalpolitik der Regierung, man wünscht Klaus Traube als Wirtschaftsminister und einen grünen Umwelt-Staatssekretär. Eine parlamentarische Zusammenarbeit ist (vorerst) gescheitert, aber das parlamentarische Denken geht bei den Grünen gestärkt aus dem Schiffbruch hervor. Hat die SPD ein Gefecht verloren, aber eine Schlacht gewonnen?

Am 15.12. fand in Hanau eine Demonstration gegen die Nuklearbetriebe mit 5.000 Menschen statt. Gemessen an der geringen Aufmerksamkeit, die dieses Atomzentrum bisher selbst bei AKW-Gegnern hatte, ist das keine schlechte Zahl. Grüne Landtagsabgeordnete marschierten in der ersten Reihe und das war gut so. Sonst aber konnte man die Mitglieder der Partei im Zug suchen ... Das zeigt, in welcher Richtung die Chose läuft. Die Grünen schlagen bei der Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahl-Listen aufeinander ein, sei es verbal wie in Frankfurt oder handfest wie kürzlich in Darmstadt. Da muß man unbedingt dabei gewesen sein. Aber demonstrieren ... — was bringt das noch?

Dieser Vorwurf trifft übrigens durchaus auch die schmaler werdenden Reihen der Fundamentalisten. Sie scheinen vor allem damit beschäftigt zu sein, mit Spaltungsdrohungen einen Politpoker zu betreiben, um ihre Leute auf den Listen unterzubringen. Wenn es so weiterläuft, wird man das Atomzentrum Hanau so schnell wieder vergessen, wie man darauf aufmerksam geworden ist ...

de

Beschluß der Landesversammlung der GRÜNEN HESSEN in Lich am 1.12.84

Die Landesversammlung der GRÜNEN-HESSEN bestätigt den Beschluß der Landtagsgruppe vom 19. November 1984.
Mehr denn je zuvor ist vielen Menschen in der Bundesrepublik und im Ausland in den vergangenen Wochen bewußt geworden, welch ungeheure Gefahren für Frieden, Gesundheit, Umwelt und Demokratie von den vier atomaren Anlagen und Produktionsstätten in Hanau ausgehen. Die Forderungen der Bürgerinitiativen, Umweltverbände und der GRÜNEN, diese Betriebe stillzulegen, sind voll und ganz gerechtfertigt.
Die Hessische Landesregierung, die für die Durchführung der viele Jahre lang verschleppten Genehmigungsverfahren zuständig ist, hat die Gefahr der Weiterverbreitung von atomwaffenfähigem Uran und Plutonium aus den Hanauer Atomanlagen und die Gefahr der Verseuchung der Umwelt durch radioaktive Stoffe — wenige Kilogramm Plutonium reichen aus, die gesamte Menschheit zu vergiften — lange Zeit verdrängt und verschwiegen und bis heute unzureichend berücksichtigt.

1. Die Landesversammlung der GRÜNEN HESSEN stellt fest, daß die SPD-Landesregierung den Antrag der Plutoniumfabrik ALKEM grundsätzlich für genehmigungsfähig erklärt hat und bezüglich der Brennelementefabrik NUKEM nicht einmal bereit war, in dem Entwurf für eine 1. Teilerrichtungsgenehmigung für NUKEM II den bis zur Bundesanweisung noch vorhandenen gesetzlichen Spielraum auszuschöpfen und Lagerung und Umgang auf nicht waffenfähiges Uran (Anreicherung unter 20 %) ohne Ausnahme zu beschränken. Damit hat sie die vereinbarte Zusammenarbeit an einem entscheidenden inhaltlichen Punkt entwertet und ihr die Grundlage entzogen.

2. Die Weisung des Bundesinnenministers an den Hessischen Wirtschaftsminister, die Genehmigung für NUKEM II ohne Einschränkung zu erteilen, hat an der inhaltlichen Position der GRÜNEN und der Auseinandersetzung mit der Hessischen Landesregierung nichts geändert. Obwohl die letztendliche Kompetenz bei den Bundesorganen liegt und die Änderung des Atomgesetzes durch den Bundestag erfolgen muß, ist die Hessische Landesregierung verpflichtet, die Bevölkerung über die Gefahren, die mit den Hanauer Atomfabriken verbunden sind, aufzuklären, alle Gründe für eine Verweigerung der Genehmigung zur Geltung zu bringen und die vorhandenen Ermessensspielräume zu nutzen. Politisch ist nämlich weder die Hessische Landesregierung noch die hessische SPD weisungsgebunden durch den CSU-Bundesminister. Eine ,,Politik gegen Bonn'' ist ohne Bereitschaft zu Konflikten und ernsthafte politische Auseinandersetzung mit Bonn nicht machbar. Aus mangelnder Konfliktbereitschaft hat es die Hessiche Landesregierung bisher unterlassen, in den Fragen des Ausbaus der Atomenergie und der Plutoniumwirtschaft eine Gegenposition zur Bundesregierung einzunehmen.

3. Die Landtagsgruppe hat daher entsprechend dem Beschluß der Landesversammlung vom 7.10.84 beschlossen, die kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion zu beenden und die SPD-Regierung nicht mehr zu unterstützen.

4. Die Landesversammlung der GRÜNEN HESSEN bekräftigt den bisherigen politischen Kurs, wie er auf den Landesversammlungen von Petersberg-Marbach, Usingen und Lollar beschlossen worden ist. Dabei ging es den GRÜNEN nie und geht es auch in Zukunft nicht um Machtbeteiligung an sich. Diese muß vielmehr der entschlossenen Durchsetzung wohlüberlegter und realistischer Schritte GRÜNER Politik dienen. Die GRÜNEN HESSEN sind auch weiterhin grundsätzlich bereit, sozialdemokratische Minderheitsregierungen nach vorheriger Verhandlung und Einigung über inhaltliche Sachfragen zu tolerieren und eine vereinbarte Politik mitzutragen. Die GRÜNEN lehnen aber jede Politik ab, die ihre ökologische, friedenspolitische und demokratische Glaubwürdigkeit in Frage stellt und sie zu bloßen Mehrheitsbeschaffern mißbrauchen will. Ebensowenig werden sich DIE GRÜNEN in eine Opposition drängen lassen, die — auf jeden Realitätssinn verzichtend — in scheinradikale Rechthaberei abgleitet und in Wirkungslosigkeit endet.

5. Die GRÜNEN HESSEN halten unbeirrt an ihrer Politik der ökologischen Verantwortlichkeit fest. Die Landesversammlung fordert deshalb die Landtagsgruppe auf, auch weiterhin parlamentarische Initiativen, die im Einklang mit dem Programm der GRÜNEN stehen, zu unterstützen.

6. Für eine Verabschiedung des Haushalts 1985 fehlt derzeit jedoch die dazu erforderliche Übereinstimmung mit der Politik der SPD-Landesregierung. Die Zustimmung zu einem ökologisch und sozial vertretbaren Haushalt 1985 wird die Landesversammlung erst dann geben, wenn nach Verhandlungen der Landtagsgruppe mit der SPD feststeht, daß:
I. die Landesregierung einen Sofortvollzug bezüglich der 1. Teilerrichtungsgenehmigung für NUKEM II nicht angeordnet hat und nicht anordnen wird, bzw. bei Anweiung durch die Bundesbehörde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgeht, sowie alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, der Firma NUKEM hinsichtlich der erteilten 1. Teilerrichtungsgenehmigung und der Betriebsgenehmigung, die nach Fertigstellung der Bauwerke ansteht, den Umgang und die Lagerung von waffentauglichem Uran 235 zu untersagen;
II. die Landesregierung die Gefahren der Plutoniumwirtschaft, die von den Hanauer Atomfabriken mitverursacht werden, aufzeigt und im Rahmen ihrer politischen Zuständigkeit und ihres rechtlichen Ermessens die Genehmigung der Plutoniumfabrik ALKEM versagt und damit den Weiterbetrieb beendet. Zugleich ist zu prüfen, inwieweit auch die Funktion von NUKEM I zu beschränken ist, da auch hier Veränderungen ohne relevante atomrechtliche Genehmigung vorgenommen wurden.
III. die Landesregierung in den Genehmigungsverfahren für die Firmen Reaktor-Brennelemente-Union (RBU) und Hochtemperatur-Brennelemente-Gesellschaft (HOBEG) allen Sichterheits- und Umweltbedenken Rechnung trägt und den Anträgen nicht entspricht.
IV. die Landesregierung sich für die Umstellung der Hanauer Atomfabriken auf die Produktion umwelt- und sozial verträglicher Güter (z.B. Solarzellen, Umwelttechnologie) unter Anwendung eines möglichst geschlossenen Rohstoffkreislaufes einsetzt, um die Arbeitsplätze dort zu erhalten.
V. die Landesregierung die notwendigen personellen und organisatorischen Veränderungen vornimmt, um die Umsetzung und Ausführung der für die 11. Legislaturperiode getroffenen Vereinbarungen zwischen SPD und GRÜNEN zu gewährleisten. Dies bedeutet insbesondere,
— daß die Zuständigkeit für Aufsicht und Genehmigung nach dem Atomrecht getrennt und diese Abteilungen auch mit kritischen Fachleuten besetzt werden;
— daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung durch entsprechende personelle und organisatorische Maßnahmen insbesondere im Umweltbereich im Einvernehmen mit den GRÜNEN gesichert wird.

Das Ergebnis der Verhandlungen wird einer außerordentlichen Landesmitgliederversammlung im Januar/Februar 1985 vorgelegt und von ihr abschließend bewertet. Bei einer positiven Bewertung der Verhandlungsergebnisse stimmt die Landtagsgruppe der GRÜNEN dem Haushalt 1985 zu. Wenn die SPD die kontinuierliche parlamentarische Zusammenarbeit mit den GRÜNEN wiederaufnehmen will, kann sie sich diesen Forderungen nicht verschließen.
Nur ein qualitativ neuer Ansatz läßt erwarten, daß die Zusammenarbeit in den zentralen Fragen der für die 11. Legislaturperiode vereinbarten Politik auch tatsächlich zum Erfolg führen wird.

»Rot-Grün« in Hessen gescheitert:

Jetzt hetzt der DGB gegen die GRÜNEN

So lange in Hessen die Aussicht bestand, grüne Wählerstimmen für sozialdemokratische Politik zu vereinnahmen, zeigte man sich in DGB-Kreisen ausgewogen. Rappe, Adolf Schmidt und Freunde durften vor den Grünen warnen und die ,,Große Koalition'' beschwören. IG Metall und linke Gewerkschaftsfunktionäre durften in Richtung grüner Mitverantwortung für das Bündnis mit der SPD denken. Der DGB-Bundesvorstand hielt auf der einen Seite Distanz zu den Grünen (deren Bundesvorstand kein *,,geeigneter Gesprächspartner''* sei, schloß aber auf der anderen Seite Gespräche mit der grünen Bundestagsfraktion nicht aus *(,,wir reden mit allen im Bundestag vertretenen Parteien'')*. Nach dem Scheitern in Hessen, getrieben von der Enttäuschung über mangelhafte Sozialdemokratisierung der Grünen, wird — so scheint es — wieder die Sau rausgelassen.

Hessischer DGB gegen Ausstieg aus der Kernenergie

Im letzten AK hatten wir den hessischen DGB-Vorsitzenden Jochen Richert mit einer *,,positiven Zwischenbilanz''* zum ,,rot-grünen'' Bündnis zitiert. Davon ist auf einmal nicht mehr die Rede. Die Grünen betrieben *,,Antiarbeitnehmerpolitik''*, ließ Richert in einer Presseerklärung wissen. Zusammen mit der IG Chemie hatte er erklärt: *,,Ein Ausstieg aus der Kernenergie kommt nicht in Frage''* (Welt der Arbeit, 6.12.84). *,,Denn es geht um hochqualifizierte und auch gutbezahlte Arbeitsplätze. Das Verhältnis der Gewerkschaften und der Grünen wird sich dann verschärfen, wenn die Grünen — erstmals übrigens in ihrer politischen Praxis — Arbeitsplätze durch ihre Forderung gefährden würden''*, so Richert in einem Interview (Welt der Arbeit, 6.12.). Zu den Genehmigungsverfahren von Nukem und Alkem führt er aus: *,,Die Gewerkschaften, insbesondere die betroffene IG Chemie-Papier-Keramik, gehen davon aus, daß die Genehmigungen mit strengen Auflagen für die Arbeitssicherung, für die Gesundheitssicherung und für die Umwelt erteilt werden''.*

In der gewerkschaftlichen Realpolitik hat sich also herzlich wenig geändert, auch nicht bei den DGB-,,Linken'', zu denen Richert gezählt wird. Möglicherweise ist sein Agieren auch mit dem Gerangel um einen Sitz im DGB-Bundesvorstand in den Zusammenhang zu bringen, um den er sich bewirbt. Seine Kandidatur ist u.a. umstritten, weil er als zu ,,grünenfreundlich'' gilt ...

,,Konservative besorgen Geschäft der Grünen''

In der Ausgabe vom 13.12.84 des DGB-Organs ,,Welt der Arbeit'' wird gleich zweimal kräftig gegen die Grünen vom Leder gezogen. *,,Die Spalter sind am Werk — Konservative besorgen Geschäft der Grünen''* leitartikelt die ,,WdA''. Anlaß für diese Meldung sind die jüngsten Pläne von CDU/CSU und FDP, das Betriebsverfassungsgesetz zu ändern und Sprecherausschüsse der Leitenden Angestellten gesetzlich zu fixieren. *,,Konservative bis reaktionäre Mittelstandspolitiker ziehen mit den Grünen an einem Strang''*, behauptet das geschäftsführende DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher. Warum? Der von den Rechten geforderte ,,Gewerkschaftspluralismus'' und ,,Minderheitenschutz'' *,,führe dazu, daß auch 'linksextreme Kräfte an Oberwasser gewinnen'. Über solche Novellierungspläne würden sich nicht zuletzt die Grünen freuen''*, da sie seit langem versuchen, *,,in den Gewerkschaften 'etwas ins Rutschen zu bringen' ''*. CDU/CSU und FDP sowie der christliche Gewerkschaftsbund würden somit *,,objektiv mit den Grünen zusammenarbeiten''*.

Langer Klage kurzer Sinn: Der Vorstoß von rechts, der der langfristigen Strategie folgt, dem DGB in den Betrieben das Wasser abzugraben (siehe Artikel auf den B & G-Seiten in diesem AK), wird vom DGB genutzt, sich als die solide Mittelkraft darzustellen, die diese Republik gegen Angriffe von rechts wie von links gleichermaßen verteidigt. Daß dabei die Grünen sogar als die größere Gefahr dargestellt werden, deren Geschäft die Rechten betrieben, mutet nur vordergründig wie ein Treppenwitz an. In Wahrheit geht es dem DGB bei seinem Protest darum, endlich von dieser Bundesregierung, bei der man bereits mehrfach als Gesprächsbittsteller abgeblitzt ist, als Sozialpartner akzeptiert zu werden. Was hilft da besser, als die Rechten gegen die Feinde von links oder grün zur Hilfe zu rufen?

Den bislang ärgsten Hammer von DGB-Seite (Marke IG Bergbau) schwingt der einstmals als Linker bezeichnete Chefredakteur der ,,Welt der Arbeit'' im nachstehend faksimilierten Kommentar. Erinnerungen an Parolen wie ,,geh doch erstmal arbeiten'' und die ,,Chaotenhetze'' der siebziger Jahre werden wach.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Zur Sache



Polit-Kasperei der grünen Partei

Von WdA-Chefredakteur Dieter Schmidt

Hände mit Schwielen wird es am Wochenende nicht gegeben haben, die Delegiertenkarten der Grünen hochhielten. Zwischen der realen Welt der Industriearbeiterschaft und der sozial sorglosen Welt vieler Grüner liegen Universen. Was wissen sie, die sich da so medienbunt tummelten, von den Existenzsorgen eines Werft- oder Stahlarbeiters oder Bergmanns, wenn es um deren Arbeitsplatz geht?

Wetten, daß die meisten mehr über die Filme von Humphrey Borgart wissen als über den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und sicherlich genau die Sequenzen aus dem Film Casablanca kennen, aber wenig über die Durchsetzung von Tarifverträgen?

So ist es denn auch aberwitzig, wenn sie behaupten, sie verweigerten sich der Macht und der Politik. Dann, sofern sie logisch denken könnten, müßten sie der Parlamentsarbeit fernbleiben und dürften nicht kandidieren. Wenn die Grünen in Hessen bei der Verabschiedung des Haushaltes mit der von ihnen so beschimpften Union und der, so ihre Worte, Flick-FDP stimmen, haben sie sich der Politik nicht verweigert, sie machen ganz konkret Nägel mit Köpfen. Weil sie im Parlament sitzen, entscheiden sie mit. Wenn sie Börner nicht „tolerieren", dann „tolerieren" sie die Gegenseite.

Polit-Kasperei ist es, sich aus den gutgefüllten Staatskassen schmatzend zu laben und zu behaupten, man mache da nicht mit. Sicherlich haben sich die sozialdemokratischen Großväter der Bildungspolitik ihre Enkel anders vorgestellt. Frei von Schwielen, frei von sozialen Sorgen, das Betriebsinnere kennen sie nur aus DDR-Filmen, so sind sie nun geworden, die durch Bildung freier sein sollten. Sorglos und arrogant wurden sie. Die Sozialdemokraten müssen mit dem leben, was sie auch hinterlassen haben: Polit-Freaks, die enttäuscht von ihrer Politik waren.

Das ist die Sache der Gewerkschaften nicht. Die Gewerkschaften haben derzeit keinen Grund, sich auch nur einen Meter auf diese Grünen zuzubewegen. Während der schweren, an die Existenz gehenden Arbeitskämpfe im Frühjahr 1984 haben wir kaum grüne Aktivisten an den Werktoren gesehen. Zur Zeit der Morgenschicht liegen die auch meist noch in den Betten, weil die Diskussion am Abend zuvor so lange dauerte. Warten wir also ab. Die Wirklichkeit wird sie einholen. Oder auch überholen. Schauen wir zu, wie sie sich mit sich selbst beschäftigen.

Grüner Parteitag

Erfolgreiches Unentschieden für die »Realpolitiker«

Wieder einmal ist nach einem Parteitag der Grünen fast alles offen. Der Vorstoß des Bundesvorstandes um Rainer Trampert und Rudolf Bahro, die grüne Partei auf den Kurs „grundsätzlicher Systemopposition" zu bringen, ist gescheitert. Das eigenartige Bündnis von prinzipiellen Fundamentalisten und (bisherigen) Anhängern der Hamburger Tolerierungslinie ist schon auf dem Parteitag zerbrochen. Beides lag nicht allein an Bahros blindwütigem Um-Sich-Schlagen, das die harmoniesuchenden Grünen vor den Kopf stieß. Die politische Grundlage dieses Zweckbündnisses, der gemeinsame Leitantrag des Bundesvorstandes, ist in sich widersprüchlich oder zumindest unterschiedlich auslegbar. Tolerierungspolitik auf der Basis von Minimalforderungen kommt dort allenfalls zwischen den Zeilen vor. Entsprechend „unpraktikabel", weil nicht in konkrete Politik umsetzbar, mußte er den Delegierten erscheinen. Die demagogische Abqualifikation dieses Papiers durch die „Realos" als „Verbotskatalog" enthält ein Stück Wahrheit: es ging Trampert und Bahro in erster Linie darum, die sich der SPD als verläßliche „Juniorpartner" anbietenden Parlamentarier (Schily, Fischer u.a.) zu bremsen oder wenigsten deren nicht zu verhindernde Alleingänge künftig mit dem Hinweis auf einen ganz anders lautenden verbindlichen Beschluß der Gesamt-Partei kontern zu können.

Der Beschluß von Hamburg, alle Festlegungen zur Bündnispolitik auf Bundesebene bis 1987 zu verschieben, nützt am meisten denen, die sich schon als kommende grüne Minister sehen. Der in der Abstimmung unterlegene Bundesvorstand wird sich noch häufiger sagen lassen müssen, er vertrete in dieser Frage nicht die grüne Mehrheitsposition und möge sich mit „fundamentalistischen" Kritiken gefälligst zurückhalten.

Systemoppositionelle Einstimmung

Es fing gut an für die Anhänger des Bundesvorstands-Antrags. Schon den allerersten Tagesordnungspunkt — „Begrüßung durch den Landesverband Hamburg" — nutzte die GAL-Abgeordnete Thea Bock keineswegs nur zu freundlichen Willkommensgrüßen an die Delegierten. Ausgehend von ihrer eigenen politischen Entwicklung steuerte sie geradewegs auf die Kernfrage des Parteitages los: „Vor drei
ihrer eigenen politischen Entwicklung steuerte sie geradewegs auf die Kernfrage des Parteitages los: „Vor drei
Jahren warnte man mich vor den Radikalen bei den Grünen, vor den Systemveränderern, mich irritierten einige Erscheinungsformen, ich habe sie zögernd akzeptiert, meine Anliegen waren dort gut aufgehoben, ich begriff, daß es nur so möglich war, diesem Wahn der Zerstörung entgegenzutreten und vielleicht Entscheidungen der Herrschenden zu ändern. Das Seltsame ist, heute habe ich Angst vor denjenigen, die die Partei zähmen wollen. Vor denjenigen, die dazu beitragen werden, daß die grüne Partei viel zu normal, viel zu angepaßt, viel zu sehr in die Nähe der anderen Parteien gerät."

An Thea Bocks Aufforderung, nicht „wohlanständig" zu werden, sondern „rebellisch" zu bleiben und immer wieder selbstkritisch zu fragen — „sind wir eng genug angekoppelt an
„rebellisch" zu bleiben und immer wieder selbstkritisch zu fragen — „sind wir eng genug angekoppelt an
die sozialen Bewegungen?" — schloß Bundesvorstandsmitglied Cornelia Zügge mit ihrer Eröffnungsrede bruchlos an. Sie zitierte die Aufforderung der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung an die Grünen, *„als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD in Bund und Ländern über eine eventuelle Tolerierung oder Regierungsbeteiligung die Verpflichtung zur sofortigen Stillegung sämtlicher Atomanlagen zu verlangen."* An die Delegierten richtete sie den Appell, auf dem Parteitag sehr genau zu überlegen, *„ob wir es uns leisten können, auf die Kritik* (der sozialen Bewegungen) *nicht zu hören und auf ihre Forderungen nicht einzugehen."*

Bei Rainer Tramperts fast einstündigem Rechenschaftsbericht für den Bundesvorstand verloren einige der auf Juniorpartnerschaft mit der SPD festgelegten Grünen leicht die Fassung. Sie sahen durch die einseitig systemoppositionelle Einstimmung der Delegierten außerhalb der Tagesordnung ihre Chancen schwinden. Trampert hielt sich in der Tat nicht lange mit Freundlichkeiten an die Adresse seiner innerparteilichen Gegner (Lob für Otto Schilys Arbeit im Flick-Ausschuß) auf. Auch die unvermeidlichen Passagen fürs Fernsehen („auf einmal wollen alle von uns regiert werden"), denen Grüne aller Fraktionen Beifall klatschen konnten, wurden auf das notwendige Maß begrenzt. In erster Linie widmete Trampert sich den Perspektiven grüner Politik und der Bündnisfrage: *„Wir wissen, daß viele unserer Wähler etwas tiefgreifend anderes wollen und gleichzeitig hoffen, das ginge vielleicht ohne besondere Konflikte mit der SPD. Wir sollten unseren Wählern nicht falsche Hoffnungen als kluge Durchsetzungsstrategie verkaufen, die in Wirklichkeit immer mehr unsere eigene Anpassungsstrategie an die SPD ist. Wir sollten nicht selber eine öffentliche Kampagne unterstützen, die in dem schrittweisen Fallenlassen grüner Forderungen, bis die SPD endlich be-*
liche Kampagne unterstützen, die in dem schrittweisen Fallenlassen grüner Forderungen, bis die SPD endlich be-
reit ist, sich von uns wählen zu lassen, die höchste Stufe politischer Vernunft und Politikfähigkeit erblickt hat. Wir sollten die SPD auch als das bezeichnen, was sie ist, statt sie unverdientermaßen hochzuloben. Wir spielen so noch den Kronzeugen für ihren angeblichen ökologischen und friedenpolitischen Wandel."

Die Aussage in dem mit Bahro gemeinsam formulierten Antragstext, gegenwärtig sei auch eine Tolerierung der SPD „schwer vorstellbar", bedeute keine generelle Absage an die Tolerierungspolitik: *„Wir haben in unserem Antrag keine konkrete Tolerierungstaktik entwickelt. Dafür gibt es heute keinen konkreten Handlungsbedarf. Daß bei anstehenden Wahlen ein solches Paket entwickelt werden sollte, ist für uns unstrittig. Jeder, der unseren Antrag in diesem Sinne ergänzen will, hat unsere Zustimmung."*

Dieser Sichtweise hat Bahro in seiner Rede wenig später widersprochen. Ein einziger Abschnitt darin befaßt sich mit dem gemeinsamen Antrag (diese Passage ging allerdings in Bahros „Wettlauf mit der Apokalypse", seinem Aufruf zur „Säuberung" der Partei und zur „Lebensgemeinsschaft mit Gott" weitgehend unter): *„Wir müssen den Realos nicht primär andere papierne Inhalte entgegenhalten, sondern eine Bewegung in entgegengesetzter Richtung. (...) Tolerierung ist doch gegenwärtig hauptsächlich die Tarnkappe derer, die für und nicht gegen den Einstieg sind. Der Unterschied zwischen Koalition und Tolerierung ist der Unterschied zwischen offener und verschämter Kollaboration mit der Macht. Tolerierung als Taktik wird ein Eigentor, Hamburg. Dieses Taktieren ist ein Rudiment Eures vorigen Trittbrettfahrens bei den Grünen."*

Für die Qualität des Antragstextes spricht eine solche gegensätzliche Auslegbarkeit nicht gerade.

Grüne Perspektiven

Grüne Perspektiven

Von einer „Auseinandersetzung auf hohem politischen Niveau" berichtete der NDR am Abend der Generaldebatte um die Perspektiven grüner Politik. Verglichen mit den Fensterreden auf den Parteitagen der Etablierten, auf denen die öffentlich-rechtlichen Journalisten sich von Berufs wegen allzu oft langweilen müssen, dürfte diese Bewertung wohl zutreffen. Aus linker (inclusive grüner) Sicht stellt sich das schon etwas anders dar. Bahros blinde Raserei führte zu ständig wiederkehrenden, ermüdenden Distanzierungen nach dem Muster „Ich bin enttäuscht, verletzt, persönlich betroffen". Und ohne platteste Effekthascherei und Stimmungsmache ging es auch nicht ab. Auf diesem Gebiet allen voraus zeigten sich Hubert Kleinert und Joschka Fischer. Kleinert verfuhr nach der immer wieder bewährten Methode „radikal reden, staatstragend handeln". „Wer zwingt uns denn, heute schon Endgültiges zur SPD zu entscheiden" war das rhetorische Muster, mit dem er selbst sich als völlig souverän, gelassen und unabhängig von sozialdemokratischem Druck zu profilieren versuchte, nicht ohne Erfolg.

Joschka Fischer, der talentierteste Demagoge unter den „Realos" hatte immerhin auch Nachdenkenswertes zu bieten. An die mit dem „Ebermannschen Klassenbewußtsein" ausgestatteten Hamburger richtete er die in der Tat interessante Frage, was wohl bei deren Tolerierungspolitik herausgekommen wäre, hätte die SPD bei den Bürgerschafts-Neuwahlen die absolute Mehrheit verfehlt.

Weniger effektvoll blieb Karl Kerschgens, der sich darauf beschränkte, die Liste der kleinen und kleinsten Reformschritte herunterzulesen, die in Hessen der SPD abgerungen worden seien.

Getrennte Wege — gleiche Ziele?

Getrennte Wege — gleiche Ziele?

Die Akzente in der Debatte setzte fast ausschließlich die Gegenseite: August Haußleiter in der unnachahmlichen Manier des in etlichen Wahlkämpfen

Fortsetzung nächste Seite

Beschluß der Bundesdelegiertenversammlung vom 8.12.84

1) Die verschiedenen Papiere zur gegenwärtigen politischen Situation sind eine Bereicherung für die Diskussion über die zukünftige Haltung der Grünen gegenüber den etablierten Parteien.
2) Aufgrund der jetzigen inhaltlichen Position der SPD und der anderen etablierten Parteien sehen die Grünen zur Zeit keine Möglichkeit der Koalition oder einer anderen Art von Regierungsunterstützung auf Bundesebene.
*3) Sollte sich herausstellen, daß es eine etablierte Partei gibt, die unter dem Druck der sich zuspitzenden Lebensbedrohung und der Veränderung im öffentlichen Bewußtsein bereit ist, endlich und tatsächlich umzuschalten, so werden sich die Grünen der Regierungsverantwortung nicht entziehen.**
4) Die Entscheidung über eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen Parteien liegt allein bei den betroffenen Orts-, Kreis- oder Landesverbänden.
5) Für die Bundesebene besteht gegenwärtig kein Entscheidungsbedarf. Eine Entscheidung muß im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen stattfinden und Ausdruck der gemachten Erfahrungen und eines basisdemokratischen Diskussionsprozesses sein.

*(Dieser Abschnitt wurde nach einem Änderungsantrag auf ersatzlose Streichung mit 363 : 252 Stimmen gestrichen.)



Der neue grüne Bundesvorstand Foto: argus

Der Bundesvorstand der Grünen

Sprecher/innen:
Jutta Ditfurth, Diplom-Soziologin und Journalistin, 33 Jahre, Frankfurt; neugewählt im ersten Wahlgang mit 344 Stimmen.
Rainer Trampert, Betriebswirt, 38 Jahre, Hamburg; in seinem Amt bestätigt im zweiten Wahlgang mit 368 Stimmen.
Lukas Beckmann, Landwirt und Diplom-Soziologe, 34 Jahre, Bonn; neugewählt im zweiten Wahlgang mit 332 Stimmen.

Schriftführerin:
Margaretha Wolf, Heilpraktikerin, 27 Jahre, Schriesheim (BaWü). neugewählt mit 453 Stimmen.

Schatzmeister:
Hermann Schulz, Verleger, 56 Jahre, Köln.

Beisitzer/innen:
Brigitte Berthold, Hausfrau, 34 Jahre, St. Ingbert (Saar)
Günther Hopfenmüller, Gartenbauarchitekt, 40 Jahre, Hamburg.
Ali Schmeissner, Geschäftsführer, 38 Jahre, Tübingen.
Ulli Tost, Geschäftsführer, 43 Jahre, Karlsruhe.
Regina Michalik, Diplom-Psychologin, 26 Jahre, Bonn; neugewählt mit 291 Stimmen.
Norbert Kostede, Sozialwissenschaftler, 37 Jahre, Bielefeld; neugewählt mit 137 Stimmen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

geübten Volksredners; Fraktionssprecherin Antje Vollmer mit der Warnung vor der Integrationskraft der Sozialdemokratie und einem beziehungsreichen Clara-Zetkin-Zitat zu den ergebnislosen Versuchen linker Sozialdemokraten in den Jahren vor 1918, ,,die Partei von innen heraus zu erneuern": *,,Die Linke hat unter den Massen, hat in der Presse, auf Parteitagen, in den 'Instanzen' für ihre Auffassung gestritten. Die schönsten radikalen Resolutionen sind verfaßt worden. Und das Resultat? Die Politik der Sozialdemokratie ist immer bürgerlicher, opportunistischer geworden"* (Clara Zetkin, ,,Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist", 4.3.1919).

Schließlich Fraktionsgeschäftsführerin Christa Nickels mit dem nach übereinstimmender Meinung linker Delegierter und Gäste besten Debattenbeitrag überhaupt, in dem sie den Ehmke/Fischer-Antrag auf seinen politischen Gehalt hin analysierte und zu der Bewertung kam: **,,Unglaublich, alles SPD-Positionen!"** Z.B. die darin enthaltene Berufung auf Mechtersheimers ,,Plattform 1987" in der Friedensfrage (,,Einfrieren der Militärausgaben"; Reduzierung der Friedensstärke der Bundeswehr"; ,,Stationierungsstop" und ,,Stillegung" — nicht Abzug — ,, der bereits stationierten Mittelstreckensysteme"). Zur Sozialpolitik zitierte sie aus dem Ehmke/Fischer-Papier die unfreiwillig komische Passage vom ,,rot-grünen Hoffnungsträger": *,,Für alle diejenigen, die von der*

sage vom ,,rot-grünen Hoffnungsträger": ,,Für alle diejenigen, die von der

sozialen Ausgrenzung bedroht sind, ist ein ,rot-grünes Bündnis' ein Hoffnungsträger geworden, denn ohne parlamentarische Mehrheiten wird der Sozialabbau nicht aufzuhalten sein. Die Regierungsparteien beschwören deswegen das ,rot-grüne Chaos', weil sie den Sozialabbau für ihre Werte-Wende brauchen. Schon die rot-grüne Alternative als Hoffnungsträger wird den konservativ-reaktionären Wertewandel in Frage stellen."

Christa Nickels Vorwurf an die ,,Fischer-Gang", sie würden von vorneherein mit sozialdemokratischen Forderungen in Verhandlungen gehen wollen, ist in seiner Schärfe für grüne Verhältnisse ungewöhnlich, In der Debatte wurde mehrfach das grüne Dogma durchbrochen, das bislang vorschrieb, den jeweiligen Mitgrünen — bei allem Streit in der Sache — in jedem Fall automatisch lautere Absichten zu attestieren. So hätte sich beispielsweise Michael Stamm (GAL Hamburg) mit seiner an Rosa Luxemburg angelehnten Unterstellung, hinter dem Gerede von unterschiedlichen Wegen bei gleichem Ziel versteckten sich allzu oft auch unterschiedliche Ziele, auf den harmonischeren grünen Versammlungen der Vergangenheit hoffnungslos isoliert. In Hamburg handelte er sich zwar wütende Proteste ein, traf aber auch die Stimmung eines nicht unerheblichen Teils der Delegierten. Selbst Stamms Vorwurf, Fischer und Schily würden sich mit ihrem vierwöchentlich unter anderem im ,,Spiegel" vollzogenen ,,faktischen Bündnis" mit der Sozialdemokratie die ,,ideologischen Staatsapparate" zunutze machen, ließ man durchgehen; auch wenn Schily solche ,,persönlichen Diffamierungen" für ,,ungrün" erklärte.

Geschäftsordnungsakrobatik: die ,,Beschluß"fassung

Nach dieser polarisierten Debatte einen nichtssagenden und in seiner Inhaltslosigkeit von allen Fraktionen tragbaren ,,Kompromiß" durchzusetzen, erforderte die ganze Kunst grüner Geschäftsordnungs-Virtuosen. Folgendes Verfahren war zunächst vereinbart worden: Die vier vorliegenden Alternativanträge (Bundesvorstand; GAL Eimsbüttel; Kreisverband Cuxhaven; Ehmke/Fischer) sollten nacheinander mit Ja und Nein abgestimmt, die beiden Anträge mit den meisten Stimmen dann alternativ gegeneinander gestellt werden. So weit kam es allerdings nicht.

Der Bundesvorstandsantrag bekam zunächst 331 Ja- und 286 Nein-Stimmen, der Antrag der GAL Eimsbüttel wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Eine große Mehrheit erhielt der Antrag des KV Cuxhaven (siehe Kasten), dem sich zwischenzeitlich noch andere Antragsteller angeschlossen hatten. Daraufhin geschah dies: *,,Der Antrag Ehmke, Fischer u. a. wird zurückgezogen. Aus der Versammlung wird der Antrag neu zur Abstimmung gestellt"* (aus dem vorläufigen Protokoll). Die Antragsteller hatten urplötzlich ihre volle Übereinstimmung mit dem erfolgreichen Cuxhavener Antrag entdeckt. Neu gestellt wurde der Antrag von Ralf Fücks (Bremen, früher KBW, dann ,,Moderne Zeiten"), der in seiner Begründung deutlich machte, daß er mit dem Inhalt des Antrags gar nicht übereinstimmte. Er forderte — aus prinzipiellen demokratischen Erwägungen — die Abstimmung eines Papiers, das neben dem Bundesvorstandsantrags die gesamte Debatte bestimmt hatte und nun, da sich eine Niederlage andeutete, seinen Verfassern nicht mehr opportun erschien. Der Einfall von Fücks löste bei Fischer und Freunden Hektik aus. Schily argumentierte, nie sei daran gedacht gewesen, den gesamten Text zur Abstimmung zu stellen. Der eigentliche Antrag bestehe lediglich aus zwei Sätzen am Schluß. Die Antwort auf die Frage, warum der Antrag dann nicht

zen am Schluß. Die Antwort auf die Frage, warum der Antrag dann nicht

schon vor Beginn des Abstimmungsverfahrens zurückgezogen worden war (die fraglichen beiden Sätze sind fast wörtlich identisch mit den Punkten 4 und 5 des Cuxhavener Antrags) mußte Schily schuldig bleiben. Jedenfalls müsse, behauptete nun auch die Antragskommission, über die Zulässigkeit des Gesamt-Antrags neu beschlossen werden. Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt, Sieg für die Geschäftsordnungs-Trickser.

In der abschließenden Alternativabstimmung unterlag der Bundesvorstandstext dem Cuxhavener Antrag mit 264 zu 342 Stimmen. Die Ankündigung, daß die Grünen sich für den Fall des ,,tatsächlichen Umschaltens" ,,einer etablierten Partei" ... ,,der Regierungsverantwortung nicht entziehen" würden (ehemals Punkt 3 des Cuxhavener Antrags), wurde — nach engagierter Intervention von August Haußleiter — wieder gestrichen (mit 363 zu 252 Stimmen). Weitere Änderungen und Streichungen wurden dann nicht mehr zugelassen, vermutlich aus der Befürchtung heraus, die Grünen könnten sich nun vollends lächerlich machen, falls am Ende nur noch Punkt 1 übrigbliebe: ,,Die verschiedenen Papiere ... sind eine Bereicherung der Diskussion ...".

Keine Sieger, keine Besiegten?

Formal gesehen, hat es mit dem Beschluß des grünen Parteitages, keine Festlegung zur Bündnisfrage zu treffen, die Entscheidung ins Vorfeld der 1987er Bundestagswahl zu verlegen und so lange die grünen Orts-, Kreis- und Landesverbände autonom experimentieren zu lassen, weder Sieger noch Besiegte gegeben. Übersehen wird bei einer solchen Bewertung, daß die Initiative vor und auf dem Parteitag bei dem — keineswegs festgefügten — Block der ,,Fundamentalisten" und ,,Ökosozialisten" lag. Ziel war es, so der Vorspann zum Bundesvorstandsantrag, ,,einen politischen Handlungsrahmen für die Bundesebene abzustecken", d. h. einen Handlungsrahmen für die Arbeit des Bundesvorstandes und der Bonner Fraktion.

Dieser Vorstoß ist gescheitert. Die Fraktion der ,,Realos" hatte darauf von vornherein nur reagiert. Sie konnte nicht ernsthaft vorhaben, schon jetzt die Orientierung auf Koalition mit der SPD festschreiben zu lassen. Die Mehrheit der Delegierten, die sich gegen Überlegungen zur ,,Übernahme von Regierungsverantwortung" aussprach, ist mit 363 zu 252 Stimmen zwar deutlich, aber auch nicht gerade überwältigend. Gegenüber dem Hagener Parteitag vor genau zwei Jahren haben sich die Fronten erheblich verschoben. Von Koalition redeten damals allenfalls die Baden-Württemberger Staatsmänner Hasenclever und Kretschmann; die wesentliche Auseinandersetzung verlief zwischen prinzipiellem Fundamentalismus und Hamburger Tolerierungspolitik.

Daß die Zeit für die Befürworter von Juniorpartnerschaft an der Seite der SPD arbeitet, ist keine linksradikale Miesmacherei. Darauf bauen die ,,Realos" ausdrücklich selbst — siehe Jo Müllers von der ,,Süddeutschen Zeitung" gemeldete Freude über ,,die Entscheidung, nichts zu entscheiden" (Pressespiegel). Andere, wie die NRW-Grünen Falkenberg, E. Müller und Wiesenthal, haben diese Gewißheit sogar in ein Strategiepapier zur bevorstehenden NRW-Landtagswahl eingearbeitet und begründet: *,,Zwar sind die Befürworter einer pragmatischen Zusammenarbeit mit der SPD nicht nennenswert an der Mitgliederbasis in NRW vertreten (...). Diese Stimmung könnte sich freilich jetzt nach der Kommunalwahl vom 30. September ändern, wenn eine Reihe von Kreistags- und Gemeindefraktionen nun vor die Alternative gestellt werden, entweder in einer Oppositionsrolle zu verharren oder die Möglichkeit zu*

den, entweder in einer Oppositionsrolle zu verharren oder die Möglichkeit zu

erhalten, durch Absprachen mit der SPD (unter Umständen auch mit der CDU) konkrete Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten in ihrer Kommune zu bekommen. Die sich hier abzeichnende ,stille Revolution' wird unsere politische Substanz in Zukunft sehr stark prägen, sehr viel weniger spektakulär, dafür aber sehr viel tiefgehender als unser Einzug in den Bundestag vor anderthalb Jahren (...). Die Entwicklung unserer Landespartei wird sehr weitgehend in den Kommunalparlamenten entschieden werden, von den 1095 frischgebackenen grünen Parlamentariern, weniger von einer Handvoll Landtagsabgeordneten."

Bundesvorstandswahlen

,,Am letzten Tag wird ein fundamentalistisch/traditionssozialistischer Bundesvorstand gewählt, in den gerade ein einziger ,Realpolitiker' als Beisitzer noch hineinrutscht." So sieht es der ,,Pflasterstrand", und der liegt knapp daneben. Jutta Ditfurth (,,Fundamentalisten") und Rainer Trampert aus dem geschäftsführenden Bundesvorstand sind jedenfalls leichter ,,auszurechnen" als Lukas Beckmann, der sich in Hamburg widersprüchlich äußerte und — wie schon in der Vergangenheit — für Überraschungen gut sein dürfte. Daß er — bei ,,Sympathien" für den Bundesvorstandsantrag — dessen friedenspolitische ,,Einseitigkeit" nicht teilt, hat er schon deutlich gemacht. Insgesamt dürfte die Arbeit für Rainer Trampert schwieriger geworden sein. Daß er das Sprechergremium so eindeutig wie bisher dominiert, ist nicht zu erwarten.

Die eindeutigen Koalitionsbefürworter unter den Bewerbern haben bei den Vorstandswahlen mäßig abgeschnitten: Norbert Kostede schaffte mit 137 Stimmen gerade noch den Sprung in den erweiterten Vorstand, Winfried Kretschmann fiel mit 100 Stimmen durch. Eindeutig zu den ,,Realos" geschlagen hat sich noch die neue Schriftführerin Margaretha Wolf, die allerdings allein mangels ernstzunehmender Konkurrenz mit 453 Stimmen das beste Wahlergebnis überhaupt erzielte.

Als gewisses Gegengewicht zur Bundestagsfraktion und Bremser allzu überstürzter Verparlamentarisierung wird der grüne Bundesvorstand erhalten bleiben.

Js./Hamburg



Foto: Marily Stroux, PAN Foto

Fundamental? gegen Real?

Antrag E 1: ,,Grüne Perspektiven", Trampert/Bahro u.a.:

Unter Punkt 1 *,,Entwicklung seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag"* versuchen Trampert und Bahro eine Auflistung der internationalen und der innenpolitischen Ergebnisse der herrschenden Politik. *,,Seit unserem Einzug in den Bundestag haben sich alle Gefahren zugespitzt, gegen die Die Grünen ursprünglich auf den Plan getreten sind."* An erster Stelle dieser Gefahren steht das *,,Wettrüsten"*, das *,,von den atomaren bis zu konventionellen Waffen und vom offensiven Air-Land-Battle bis zum Sternenkrieg des in einer nationalen Aufbruchshysterie wiedergewählten US-Präsidenten Reagan in eine neue Phase getreten"* sei. Diese Politik forciere gleichzeitig das *,,Massenelend in der Dritten Welt". ,,In der Konsequenz geht das kapitalistische Industriesystem, dem das östliche darin nicht nachsteht, rund um die Welt an die Substanz der Biosphäre."* Innenpolitisch produzierten die Herrschenden *,,beständig wachsende neue Armut"*, steigende *,,Überwachung und Steuerung der Menschen"* und *,,Atomstaat"*.

Dagegen und um sich nicht *,,überwiegend in Debatten um die rein funktionale Beteiligung an der Verantwortung auf Parlamentsebene zu verzetteln"*, setzen Trampert und Bahro und 2.) *,,Einige Schwerpunkte grüner Politik"*. — *,,a) Eine Friedenspolitik, die auf einseitiger Abrüstung und Blockfreiheit beruht." (...) ,,Wer uns wählt und mit uns Politik machen will, soll wissen, wir wollen weder atomare noch konventionelle Verteidigung..." (...) ,,b) Eine Wirtschafts- und Ökologiepolitik, die überall dort rigoros die Notbremse zieht und Alternativen durchsetzt, wo unsere großindustrielle Zivilisation und ihr kapitalistischer Antrieb die Lebensgrundlagen bedrohen." (...) ,,Wer mit uns zusammengehen will, soll*

listischer Antrieb die Lebensgrundlagen bedrohen." (...) ,,Wer mit uns zusammengehen will, soll

wissen, wir wollen wie im Falle Boehringer Hamburg die Vergiftung an der Quelle beenden, d.h. überall dort die Produktion unterbinden, wo die Gefährlichkeit der Produkte und Abfälle nachgewiesen, schlüssig anzunehmen oder nicht auszuschließen ist." (...) ,,Mit uns gibt es keine Fortsetzung der Plutoniumwirtschaft, und in der Energieversorgung bleibt es dabei, daß die Atomstromversorgung unverzüglich einzustellen ist. Bis dahin verweigern wir uns jeglichem Entsorgungskonzept." (...) ,,c) Wir können uns insbesondere kein Bündnis mit einer anderen Partei vorstellen, die sich nicht bis zum völligen Schuldenerlaß von der internationalen Unterwerfungspolitik über den Schuldenmechanismus abwendet." (...) ,,d) Mit uns ist keine gemeinsame Politik zu haben, die sich nicht entschieden gegen die wachsende neue Armut stellt."

Als Minimalforderung verlangen Bahro und Trampert *,,eine deutliche Anhebung der Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und unteren Rentensätze auf ein menschenwürdiges Niveau."*

Unter *,,3. Bündnisse und Regierbarkeit"* entwickeln Trampert und Bahro ein Argument, das auch in der Debatte auf dem Parteitag eine Rolle gespielt hat: aus Angst vor wachsenden Wahlerfolgen der Grünen würden die Etablierten *,,Reparaturen"* und *,,einzelne - unzureichende - Reformen"* in Angriff nehmen, auch *,,weitab von einem Bündnis". ,,Eine grüne Regierungsbeteiligung wäre das Signal für die Versöhnung einer historisch bedeutenden systemoppositionellen Kraft mit diesem Staat und den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herrschaftsverhältnissen." (...) ,,Die Bedingungen für parlamentarische Bündnisse sind seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag nicht besser geworden."* Zwischen Regierung und SPD herrsche in allen wesentlichen Fragen Übereinstimmung: *,,Die SPD bettet ihre Militärpolitik in das Nato-Bündnis und damit in dessen Offensivkonzept ein. (...) Die SPD engagiert sich wie die CDU für eine neue industrielle Wachstumsoffensive."* Aus dieser *,,faktischen großen Koalition"* ziehen Trampert und Bahro den Schluß: *,,Aus heutiger Sicht ist unter diesen Umständen auch eine Tolerierung schwer vorstellbar. (...) Es besteht vielmehr die Gefahr, daß die Grünen mit einer Politik 'Gemeinsam gegen rechts' die geringfügigen Angebote der SPD, die an ihrem Grundzug nichts ändern, hochjubeln und so zur Pflege eines in 16 Jahren Regierungszeit arg lädiertes Images beitragen."*

Initiativantrag ,,Verantwortung und Aufgabe der Grünen", Ehmke Fischer u.a.:

Dieser Alternativantrag orientiert sich in seiner Struktur an der Vorlage des Bundesvorstands. Unter Punkt 1. *,,Die friedenspolitische Verantwortung — Europa als atomare Supermacht oder europäische Friedensordnung"* sehen die Verfasser in Anlehnung an Thompsons ,,Exterminismus"-These die Ursache für die gegenwärtige *,,neue, noch gefährlichere und verrücktere Umdrehung der Rüstungsspirale"* in der *,,gegenseitigen Bedrohungspsychose und den materiellen Interessen der militärisch-industriellen Komplexe beider Supermächte." (...) ,,Allein die Grünen halten als Partei konsequent an den Zielen der Friedensbewegung fest, nur sie könnten deren Umsetzung auf staatlicher Ebene garantieren. Wenn wir uns allerdings in scheinradikale Forderungen flüchten, wie die Forderung nach dem einseitigen Abzug der amerikanischen Bodentruppen, so werden wir dieser Verantwortung nicht gerecht werden können. Ebenso wird es uns mit der Forderung 'Raus aus der NATO' ergehen, wenn wir die konkrete Politik dazu nicht unter Berücksichtigung der Realitäten formulieren."* Die Antragsteller bevorzugen vielmehr Ausgewogenheit mit dem Ziel der *,,beiderseitigen Verringerung der Rüstungshaushalte und (der)*

Ausgewogenheit mit dem Ziel der ,,beiderseitigen Verringerung der Rüstungshaushalte und (der)

schließlichen Auflösung der beiden militärischen Paktsysteme" im Sinne von Mechtersheimer. *,,Ein Kernpunkt einer solchen europäischen Friedensordnung wird die endgültige Überwindung der 'Deutschen Frage' sein."*

Der Abschnitt II proklamiert den *,,ökologischen Umbau der Industriesysteme"* — auf dem Wege der *,,Realpolitik": ,,Entgiftung ist dringend notwendig, wenn unser Öko-System noch eine Chance haben soll. Auf diesem Gebiet gibt es schon aus zeitlichen Gründen keine Alternative zur Realpolitik. Hier nur auf einen Bewußtseinswandel zu warten, wäre eine unverantwortliche Kalkulation mit der Katastrophe. Ein 'grünes Sonthofen' lehnen wir ab." (...) ,,Für alle diejenigen, die von der sozialen Ausgrenzung bedroht sind, ist ein 'rot-grünes Bündnis' ein Hoffnungsträger geworden, denn ohne parlamentarische Mehrheiten wird der Sozialabbau nicht aufzuhalten sein. Die Regierungsparteien beschwören deswegen das 'rot-grüne Chaos', weil sie den Sozialabbau für ihre Werte-Wende brauchen. Schon die rot-grüne Alternative als Hoffnungsträger wird den konservativ-reaktionären Wertewandel in Frage stellen. Es ist leichtfertig, diesen Tatbestand verbalradikal zu übergehen."*

Gegen die von Trampert und Bahro verbreiteten *,,fundamentalen Revolutionsverheißungen"* und ihre *,,grundsätzliche Systemopposition" (,,Rückfall in die überkommenen Sektenpositionen der siebziger Jahre")* setzt der Ehmke/Fischer-Antrag das Prinzip der Gewaltfreiheit und eine Politik der *,,konkreten ersten Schritte"*.

Sollte sich der Leitantrag des Bundesvorstands durchsetzen, der den *,,Tolerierungskompromiß von Hagen zugunsten einer generellen Absage nicht nur an Koalitionen, sondern auch an Tolerierungen"* aufkündige, werde sich eine *,,fatale Glaubwürdigkeitslücke"* auftun: *,,Solcherlei verbalradikale 'Sonntagsanträge haben zu der Arbeit der Fraktionen in Bund, Ländern und Kommunen und den Initiativen vor Ort keinen Bezug mehr."* Eine deutliche Aussage aus berufenem (Parlamentarier-) Munde.

Dokumentation

Rudolf Bahro: »Ich bringe die Botschaft«

Auszüge aus der Rede vor dem Grünen Parteitag

Die aufsehenerregende Rede Rudolf Bahros auf der Bundesversammlung der Grünen gibt Anlaß für vielerlei Spekulationen. Die einen zitieren genußsüchtig seine heilsbringenden Passagen, um damit die Position von Bahros Bündnispartnern, der Ökosozialisten, ins (nicht unberechtigte) Zwielicht zu bringen. Die anderen hören an diesen Stellen peinlich betreten weg, um dafür um so mehr die für politisch richtig gehaltenen Stellen in Bahros Vortrag als wichtige Denkansätze zu verteidigen. Auch aus unserer Sicht hat Rudolf Bahro sehr viel politisch Richtiges in seinem Text gesagt, z.B. zur Friedenspolitik. Nur, wer das Bündnis mit ihm sucht, kann ihn nicht auf diesen Teil der Aussagen reduzieren. Rudolf Bahro vertritt eine ganzheitliche Position. Er analysiert eben nicht nur politisch — wo er das tut, schimmert der alte Leninist in ihm durch — er vertritt auch ein religiöses utopisches Modell. Er ist eben nicht vorrangig Politiker, sondern versteht sich selbst mehr und mehr als weltanschaulicher Prophet.

Zum Verständnis des ökosozialistischen Bündnisversuchs mit Bahro und der Position des ganzen Rudolf Bahro drucken wir aus seinem Vortrag auf der Grünen-Versammlung wesentliche Passagen nach. „Hinein oder hinaus? Wozu steigen wir auf" war die sieben Seiten lange Rede betitelt (Dokument A 1). Verteilt hat Bahro in Hamburg einen nicht gesprochenen Teil (Dokument A 2) sowie die unfertige erste Fassung seiner Rede (Dokument B), die er als „größtenteils anders, ergänzenden Inhalts" bezeichnet hat. Aus beiden Teilen dokumentieren wir nachfolgend ebenfalls.



Foto: PAN Foto

Foto: PAN Foto

Die Menschen im Lande bewegen sich noch immer zu langsam, aber ziemlich sicher geistig auf den Ausgang zu. Deshalb ist es ja so wichtig für die Macht, die Grünen, die bisher als Anti-Parteien-Partei ambivalent waren (als Partei, die sich auf Parlament und Staat bezieht, sind wir generell halb dabei, es kommt dann auf's Gefälle an), im Gegenzuge schnell an sich heranzuziehen, damit das Volk politisch ins Leere läuft. Es soll vorsorglich der embryonalen politischen Struktur, die es sich in uns gegeben hat, beraubt, enteignet werden. Das läuft jetzt innerhalb der grünen Partei, die Enteignung der ursprünglichen Basis.

Der herrschende Block von Geißler bis Glotz hat das Problem klar erkannt. Daher trommeln sie uns in die Mitverantwortung für die Todesspirale, die sie zusammen mit dem großen Geld und der großen Industrie betreiben. Angesichts des überwältigenden Drucks und Sogs hat der bisherige Bundesvorstand ein Interesse der ganzen Bewegung wahrgenommen, wenn er sich — wie geschickt oder ungeschickt auch immer, mehr war halt nicht drin, Kommissartöne will ich in diesem Zusammenhang nicht rechtfertigen — der Tendenz zum Ausverkauf zu Billigpreisen entgegenstellte. Abgehoben oder nicht — ihr solltet hinter dieser wichtigen Frage die wichtigere, ja entscheidende nicht verschwinden lassen, wohin der Zug abgehen soll, hinein oder hinaus?

Wenn — bis auf gewisse Zyniker, die nichts als mit an die Macht wollen — auch die meisten Realos irgendwo im Herzen grundlegende Veränderungen wollen — das glaube ich sogar einem Karl Kerschgens noch — dann müssen wir doch e i n m a l, jenseits der neu-erlebten Stallwärme der SPD, bis auf den Grund klären, was es bedeutet, wenn sich die noch minoritäre Gegenkraft, ungefestigt, zielunklar, wie sie ist, mit einer der ältesten Hauptkräfte des Status quo verbindet, die längst vollständig und vollbewußt zur dienstbaren Unterfunktion eines unvergleichlich mächtigeren Ganzen geworden ist. Die SPD wiegt in dem Systemkilo nicht auch nur hundert Gramm. Börners Statur trügt. Und auch, wofür der Herr Zimmermann steht, wiegt höchstens 150 Gramm. Was für ein Projekt, anstatt des Gegners Pfund ins Auge zu fassen, diese davon abhängige SPD immer noch verbessern zu wollen. Ernstlich, Ihr wollt die zur Einheit von Wort und Tat zurückführen, und dann wird sie mit Euch zusammen von innen die Gesamtstruktur grundlegend verändern, die hier als eine Lawine mit vierhundert Jahren Anlauf zu Tal donnert?

Für uns ist eine ganz andere Funktion der SPD — wie auch der Gewerkschaften — wirklich interessant, ihre Funktion als instituionelles Gefängnis der Menschen, die sich dem Schutz anvertraut haben, welchen die Organisationsmacht bietet oder zu bieten scheint. Von Gefängnissen müssen die Mauern fallen, statt daß wir sie neu verputzen. Das heißt, wir müssen den inneren Zerfall dieser alten, staatstragenden Organisationen begrüßen, begünstigen, geschehen lassen, wollen. Das setzt voraus, Karl Kerschgens, uns etwas völlig anderes als eine Juniorpartnerschaft zuzutrauen. Viele Grüne wissen jetzt schon — und sogar quer zu den Lagern unseres Streits — sei gegrüßt, Helmut Lippelt! —, die Sache wird zuletzt zwischen Grün und Schwarz ausgetragen werden, und Grün wird siegen, in welcher Verlaufsform auch immer.

Aber jetzt kommt der Haken, und ich sage Euch, darüber werden wir uns spalten, wenn Ihr so weitermacht wie bisher — ich kann gar nichts dazu, es liegt in der Sache selbst. Jetzt schon, in dem Bündnistechtelmechtel mit der SPD — und egal, was Ihr im einzelnen in die Papiere schreibt, mich interessieren zunächst keine Verhandlungsergebnisse, in der SPD selbst war es seit 1900 im Klima e n t s c h i e d e n, was sie 1914 machen würde — jetzt schon entscheidet Ihr, wir werden nachher z u r C D U so ein Verhältnis haben wie Joschka Fischer zu dem Heiner Geißler in dem aufschlußreichen „Spiegel"-Gespräch. Außenpolitisch in der Grundentscheidung völlig konform, wie es sich für Komplizen in der Metropolis der Welt gehört, die sich ein Gegenzentrum Ost vom Leibe und die Peripherie Süd zur Ausbeutung warmhalten möchte — daß uns nur der östliche „Totalitarismus" nicht dabei störe. Über die Methoden kann man dann streiten, Brandt will ja auch nicht Kireg gegen Nicaragua. Fischer hat — mit Kreide in der Stimme, weil wir hier diesen blöden Pazifismus haben — die Position Mitterand.

„Rin in die Kartoffeln;" Diese Losung, die der Klingelschmitt des hessischen Bündnisses in der „taz" so unentwegt ausgibt, wird unterm Strich etwas bedeuten, was wir unmöglich gewollt haben können: Die Grünen werden hier die letzte imperiale Restauration bewerkstelligen helfen. Ich glaube fest, nein, ich weiß es, die meisten Realos machen das mit, ohne es annähernd zu wissen. Dabei ist es so einfach, es ist an der Person abzulesen, an Otto Schily, der wenigstens kein Parvenu ist, wenn er sich bei Philipp Rosenthal als künftiger Vizekanzler feiern läßt: Dieses System hier hat den „roten" Reformismus grundsätzlich unverwandelt ausgehalten, den „roten" Bundeskanzler Brandt. Es wird auch einen grünen Reformismus und einen grünen Bundeskanzler nicht nur überstehen, sondern zu seinem Gewinn vertragen. (...)

Jürgen Maier, Du hast ja formell recht mit deiner Kritik an unserem Antrag in der „taz". Aber das ist es, was Rainer und ich zunächst einmal aufhalten wollen, zugegeben defensiv, damit bei dem Andrang auf die Staatskarosse nicht von vornherein die Ausgangsbasis mitgerissen wird, die wir einmal hatten: die Alternative zu allen alten Parteien zu sein, weil zu dem ganzen System, dessen Ausdruck und Organ sie sind. Für mich ist dieser Text nur eine Minimalposition. Die Partei soll feststellen, sie will nicht diese grüne Restauration, mit der wir der alten Machtstruktur genau in dem Moment zu Hilfe eilen wollen, wo wenigstens ihre Legitimation dahinschmilzt wie der Schnee in der Frühlingssonne.

Ich nehme an, auch Rainer Trampert weiß, auf die Dauer dämmen wir es so nicht zurück. Wir müssen den Realos nicht primär andere papierne Inhalte entgegenhalten, sondern eine Bewegung in entgegengesetzter Richtung. Die Ausfahrt! Hinaus! Auch die Rede über Inhalte, an denen wir's festmachen sollten, täuscht. W a s wollen wir daran festmachen? D o c h das Bündnis? Noch unser Antrag, Rainer, ist in der Öffentlichkeit so verstanden worden, wir legten die Latte für die SPD hoch, Pokerface wir beide. Und andere werden uns mit recht übelnehmen — es geht gegen die Klarheit, die ich vorhin gefordert habe — wenn wir Tolerierung sagen, aber die Preise, die Schmerzschwelle (schon die Worte sprechen für eine beschissene Politik) so hoch setzen, daß die Zusammenarbeit — wie schade! — nicht zustandekommen kann.

Damit gewinnen wir nichts, vor allem keine Menschen. Und wir verdunkeln exakt die Bruchstelle, die ich aufzudecken versuche. Tolerierung ist doch gegenwärtig hauptsächlich die Tarnkappe derer, die f ü r und nicht gegen den Einstieg sind. Der Unterschied zwischen Koalition und Tolerierung ist der Unterschied zwischen offener und verschämter Kollaboration mit der Macht. Tolerierung als Taktik wird ein Eigentor, Hamburg. Dies Taktieren ist ein Rudiment Eures vorigen Trittbrettfahrens bei den Grünen. Ihr werdet alles, was Ihr damit gewonnen habt oder gewonnen zu haben glaubt, verlieren, wenn Ihr's nicht abwerft. Wenn Ihr bloß den Platz halten wollt, werdet Ihr die Realpolitik demnächst — mitmachen, mangels Alternative. (...)

Die Fundamentalisten, oder wie immer sie sich nennen wollen, werden zusammenrücken, unter sich klarmachen, wie weit sie sich auf die Position meiner Rede und meines Textes dazu einigen können, und sie dann, mit ihren verschiedenen Akzenten versehen, an der Basis zum Thema der Auseinandersetzung machen. Ich hoffe jedenfalls, daß es so kommt. Dann werden wir weitersehen. Loyal tolerieren werden wir Euren Abmarsch in die Institutionen nicht. Ihr werdet unsicheres bis feindliches Hinterland haben, und wir werden versuchen, die Kontakte zu den autonomen Kräften wieder aufzunehmen und zu denen, die sich enttäuscht schon aus den Grünen herausgezogen haben. Schon darum werden wir uns so verhalten, daß wir nicht länger mit Euch verwechselt werden können. Wenn wir es s o wollen, dürfen uns die Listenplätze jetzt nicht kümmern. Man kann auch die Fraktionen von außen besser bremsen als von innen. Auch werden wir damit zu tun haben, die Ausfahrt in die andere Richtung le-

ßen besser bremsen als von innen. Auch werden wir damit zu tun haben, die Ausfahrt in die andere Richtung le-benspraktisch zu machen.

Der Gegensatz ist tief. Bonn ist nicht Hessen, wo wir über Worte nicht hinausgegangen sind. I h r wollt diese reichste, mächtigste europäische Provinz des Imperiums, mit dem der Weiße Mann, unwiderstehlich durch sein kapitalistisches System, die ganze Menschheit überzogen hat auf ein Ende der Geschichte hin — die wollt Ihr mitregieren und mitverantworten. W i r dagegen möchten dies Imperium auflösen, liquidieren, so wie man ein bankrottes Geschäft liquidiert, um noch etwas für einen neuen Anfang zu retten. W i r wollen die Partei bis zur nächsten Bewegungswelle brauchbar halten. I h r möchtet den zuverlässigen Partner für die SPD daraus machen. Mit dem Gerede über die Kompetenz, die man nicht in zwei Jahren erwirbt und die die Partei nicht aufs Spiel setzen darf (wieso würde die denn unten nichts nützen, aber besser?), verschleiert Ihr, worum es wirklich geht. Der Fraktionsbericht zeigt, Ihr seid schon an den Punkt gekommen, kollektiv, wo es P r i n z i p ist, entgegengesetzt zu den Bewegungen von der Rüstung bis zu den Tierversuchen alles „einschränken" statt abschaffen zu wollen. So werdet Ihr ein größeres Übel als die SPD, weil man es bei Euch noch nicht für möglich hält, Ihr machtet dasselbe in grün. (...)

Ihr Reformisten, das könnt doch selbst Ihr nicht ernstlich glauben, daß die Große Maschine, die uns immer mehr an die Wand drückt, durch irgendetwas anderes aufzuhalten ist als durch eine Volkserhebung, für die unsere Brokdorf- und unsere Startbahn-Demo nur ein Prolog gewesen sein kann?! Und das ist nicht Reformisten-, das ist eine Reformationszeit, die jetzt angehoben hat. Es gibt da einen kleinen Unterschied, den, daß die Reformation etwas einschließt, was Engels mal die radikalste Tatsache der deutschen Geschichte genannt hat, den Großen Deutschen Bauernkrieg. Es gab nicht nur Luther, an den heranzureichen sich schon lohnen würde. Es gab auch noch Thomas Müntzer. Der hat sie unter der Regenbogenfahne, voran einen unsichtbaren Bauern-Christus, in den Kampf geführt, nachdem ihnen die Herren keine andere Wahl gelassen hatten als den Aufstand. Die Bauern sind besiegt worden. Es steht ja geschrieben, wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen. Also beim nächsten Mal anders besser. Aber wir müssen Müntzersche sein, nicht von dem sanftlebigen Fleisch zu Wittenberg, wie der den spätern Luther nannte, nicht eine ökoliberale Paulskirchenpartei, die von vornherein so vor dem Idealtypus der repräsentativen Demokratie scharwenzelt wie die spätern Bismarck-Liberalen schon 48/49 vor der verfaßten Monarchie.

Denen war es halt das Wichtigste, daß sich das Volk, der wilde Lümmel, nur wohldosiert zu Worte melden konnte. Jetzt haben die moderaten Leute noch einen viel schöneren Hammer. Das Volk — und mit ihm als einer autonomen Kraft umgehen zu wollen — das ist nämlich „totalitär". Sie haben es nötig, dem Hitler diesen letzten Sieg zuzuschanzen, daß man nun endgültig in Deutschland das Volk nicht mehr rufen dürfe. (...)

Jetzt bin ich fast am Ende genau an der Stelle, wo der vorhin angesproche-



Girolamo Savonarola

Girolamo Savonarola

ne Jürgen Maier fragen wird: Was also nun? Dazu hätte ich viel zu sagen. Ich erwähne nur noch die Probleme.

Zunächst würde ich eine weitere halbe Stunde über das Verhältnis zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus sprechen, aber anders, als Ihr es riskiert. Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazipartei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volkserhebung gewaltfrei wird, dürfen die Grünen nicht verlorengehen. Lassen sie sich kooptieren und werden sie kooptiert, sind sie nachher, wenn der Sturm seine größte Stärke, die Welle ihre volle Höhe erreicht, schon eine Systempartei mehr — besser könnt Ihr den Bürgerkrieg und die anschließende Diktatur nicht vorbereiten. Aber dazu wäre viel mehr zu sagen, vor allem darüber, daß die Bewegung für einen friedlichen Übergang noch eine andere von innen arbeitende Struktur als die politische Partei braucht; die Partei gerade nicht als Avantgarde, sie wäre der Bock als Gärtner für eine neue Kultur, sie darf nur politischer Arm sein, der im entscheidenden Augenblick den politischen Arm der Gegenseite, die CDU/CSU, mögen wir annehmen, mit Fingerhakeln beschäftigt, so daß die Staatsmaschine paralysiert ist, durch die Bewegung natürlich, die nichts aus den Kasernen läßt.

Dann erst hätte ich über das positiv wichtigste zu sprechen, über die soziale Alternative, wenigstens eine Skizze davon. Denn das ist ja die ungeheure Sache, daß eine Politik, die die Großchemie usw. wegräumt, den Job als den Zugang zum Lebensunterhalt mit weggräumt. Da stockt's in Hamburg, da stockt's bei Eckart Stratmann, und deshalb werden sie entweder über kurz oder lang doch auch in die Realpolitik abmarschieren oder — über ihren Schatten springen. Hier liegt der Engpaß des Fundamentalismus. Wollen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wir anfangen, eine selbstversorgte Gesellschaft jenseits des Jobs bei der BASF und des EG-Agrarmarkts aufzubauen — und zwar als Hauptrichtung, d i e s unser positives Projekt — oder nicht? Das ist a n E u c h die Gretchenfrage. (...)

(Ende des gesprochenen Teils. Weiter nach Bahros Manuskript.)

Die SPD muß es auf Teufel komm raus mit uns probieren; hier also standhaft verweigern! Inzwischen möchte uns natürlich auch die CDU ins System hineinziehen, um uns ungefährlich zu machen, aber sie ist schon in ihrem unmittelbaren Interesse an der Regierung nicht für einen so schnellen Einkauf. Deshalb können wir uns in diesem Punkt indirekt auf sie stützen. Daß sie uns um so mehr als Systemveränderer anprangern wird, kann uns nur recht sein. Sie trainieren und profilieren uns dadurch zusätzlich zu ihrem eigentlichen Kontrahenten, denn das sind nicht die Grünen schlechthin, das sind die grünen Fundamentalisten.

Hätten wir es mit einem klugen Konservatismus zu tun — à la Biedenkopf —, so müßten sie begreifen, daß die Grünen gerade als Systemopposition, die nicht in die ,,Verantwortung'' geht, den halbwegs friedlichen Übergang zu einer ohnehin kommenden neuen Ordnung ermöglichen könnten. Als FDP- und dann SPD-Ersatz im System werden sie zwar auch einigen Wandel bewirken, aber in einem letzten historischen Sinne fruchtlos sein, mehr widerspiegeln als bewirken, der eigentlichen Transformation im Wege sein. Sie werden die alten Zustände vor allem ideologisch restaurieren: darin ist das ,,ökolibertäre'' Papier jetzt schon große Klasse.

Die Konservativen hätten es hinzunehmen — zugunsten des friedlichen Übergangs —, daß sich ihr eigenes Potential spaltet in diejenigen, die sich über eine Art Rechristianisierung im urevangelischen Sinne auf unsere Seite schlagen und die anderen, die die alte Struktur erhalten wollen, weil ihre Angstpotentiale größer sind. Das Imperium des Weißen Mannes geht unter. Die M e n s c h e n muß interessieren, w i e , damit sie die sterbende Struktur überleben. Man kann einen perspektivlosen Kampf aller gegen alle haben, wie ganz am Ende Roms, als die Versorgung zusammenbrach. Oder eine zunehmend bewußte, präventive Selbstaufgabe, zugleich Neuverfassung der sozialen Ordnung bis in die Fundamente der Kultur.

Dieser glücklichste Übergang wäre im Konflikt mit der CDU viel eher zu machen als mit der ohnehin viel mehr selbstunsicheren SPD. Was Ihr jetzt mit der machen wollt, wird natürlich, weil die Sache überhaupt in unsere Richtung geht, auch den Grünenteil des allgemeinen Bewußtseins erhöhen (oder bloß mit davon gedeckt werden? Weil wir mit der SPD in jedem Falle m e h r passiver Ausdruck des Wandels wären als in der existentielleren Konfrontation mit der CDU; die CDU-Grundfiguren wiegen im allge-

(oder bloß mit davon gedeckt werden? Weil wir mit der SPD in jedem Falle m e h r passiver Ausdruck des Wandels wären als in der existentielleren Konfrontation mit der CDU; die CDU-Grundfiguren wiegen im allge-

meinen menschlich mehr — mein Eindruck). Gelingt es uns, die Grünen aus der Kollaboration herauszuhalten, sind unsere Chancen — auch weil wir Zeit für die eigene Entwicklung gewinnen — bedeutend größer, sowohl in unserer Radikalität mitzuhalten mit der Wucht der Herausforderung als auch das Überborden des alternativen Machtwahns zu verhindern. (...)

Für eine Kulturrevolution im tiefsten Sinne darf gerade keine politische Partei die Spitze der Bewegung sein. Wie eine Milenniumsbewegung geführt werden oder vielmehr, sich selbst führen kann, mit welchen Organen, d a s ist die Frage!

Dergleichen steht jetzt deshalb an, weil die Ökopax-Bewegung eine Milenniumsbewegung zur Begründung einer neuen Kultur i s t . Wo die Menschheit neu anzufangen sucht, ist immer Tausendjähriges Reich das Ziel, bei Marx als ,,Reich der Freiheit'', bei Hölderlin ,,Reich Gottes''. Soll jetzt behauptet werden, dabei könne — zumal in Deutschland — nie etwas anderes herauskommen als jener zur Unheilsbewegung entartete Aufbruch nach den plötzlichen Zusammenbrüchen von 1918, 1923, 1929 - 32 — das wäre eben wieder Hitlers Sieg. Seid Euch klar darüber, die Ökopax-Bewegung ist ein Versuch, im nächsten Wellental der kapitalistischen eisernen Ferse ein ganz analoges Problem zu lösen. Es kann und es muß diesmal anders gehen. Je bewußter wir uns sind und je klarer uns wird, jedem von uns, daß der Abfall vom Auftrag und die Entartung des Prozesses mit dem Satz beginnt: ,,Und ich beschloß, Politiker zu werden'' — um so bessere Geister werden wir rufen, werden uns entgegenkommen. Wo es die Bewegung damals macht-materialistisch nach außen angegangen ist, expansiv und aggressiv, macht die Ökopax-Bewegung eine Wende nach innen. Sie geht tendenziell davon ab, die Gefahr nach außen zu projizieren, sondern sucht sie in den Innereien der eigenen Kultur auf. So haben Propheten Israels im alten Testament äußere Bedrohungen darauf zurückgeführt, daß die Juden selbst von Gott abgefallen waren. Das ist ein großes Beispiel für uns. Um unseres eigenen körperlichen und seelischen Wohls, ja Überlebens willen müssen wir in dieser Krise zur einseitigen Abrüstung der eigenen Zivilisation übergehen, nicht als Gegenkraft gar noch ins Imperium einsteigen. (...)

Spüren wir nicht die Vorbereitung des Erdbebens in der Tiefe des Menschenlebens, mit Robert Jungk? Wehe, wenn der deutsche Vulkan das nächste Mal zum Ausbruch kommt, und es gibt dann nicht die konsistente politische Kraft, um der Erhebung von innen einen vornehmlich konstruktiven Charakter zu ermöglichen. Die Bombe und das AKW gingen erst abstrakt ans Leben. Inzwischen ist das Krisenpotential — und ich meine, diesmal nicht primär das ökonomische, obgleich es mächtig mitwirkt — umfassender und wühlt noch tiefer auf als nach 1918 auf 1933 hin. Das Volk ist dabei, einen Summenstrich zu ziehen, und der Durchgang durch die Arbeitslosigkeit, der Zusammenbruch der letzten Berufsidentifikationen, die vielfältige Drohung der technologischen Revolution — das alles fließt zu einer emotionalen Bereitschaft zusammen, notfalls auch das ganz Andere zu versuchen. Trifft der Durchbruch des seelisch Verdrängten mit der absehbaren Situation zusammen, wo es sich für die meisten mehr ums Überleben als ums gute Leben handelt, so wird es genau den fürchterlichen Durchgang geben, den der vergangenheitsfixierte feige Antifaschismus am meisten fürchtet, den ökologischen Bürgerkrieg und danach die Diktatur.

In den Grünen hat sich die Gesellschaft in einer glücklichen Konstellation ein Organ gegeben, um dieser Stunde der äußersten Zuspitzung in zweierlei Weise zuvorzukommen: durch einen Druck auf alle erdenklichen Bremsen, bei dem sie — da sie keineswegs direkt an die Bremshebel kommen — stets auf Totalbremsung bestehen müssen, um den möglichst größten Effekt zu erzielen. Und zweitens durch eine rechtzeitige kulturelle Fundierung der Volkserhebung in geistiger wie materieller Hinsicht. Die Erhaltung der grünen Partei als eines unkompromittierten politischen Vermittlungsinstruments ist nur ein untergeordneter, allerdings sehr wichtiger Aspekt dieser kulturellen Aufgabe. Daß wir darin eine so ungeheure Lücke haben, ist die Ursache dafür, daß sich jetzt bei den Grünen dieser alternative Machtwahn abheben kann. Lest ruhig mal nach, nicht zufällig genau darin, in dieser Gier, sich durch Aufstieg zur politischen Macht zu verwirklichen, gibt es formale Ähnlichkeiten zu den Vorgängen in der aufsteigenden Nazipartei und -bewegung.

Es würde eine Viertelstunde länger

dieser Gier, sich durch Aufstieg zur politischen Macht zu verwirklichen, gibt es formale Ähnlichkeiten zu den Vorgängen in der aufsteigenden Nazipartei und -bewegung.

Es würde eine Viertelstunde länger

dauern, jetzt auszuführen, was diese beiden historischen Funktionen der Grünen, ihre Bremsaufgabe, Gefahrenabwehr einerseits und Übergang zum Aufbau einer neuen Kultur, hauptsächlich bedeuten würden ...

Jedenfalls müssen die Grünen dafür bewahrt werden, sich selbst bewahren. Sollten sie im Falle des Ausbruchs schon verbraucht sein und mit zu dem rettungsunfähigen alten institutionellen Komplex zählen bzw. gerechnet werden (das macht dann keinen Unterschied), müssen sich die Massen strukturlos, also unter Schilderhebung finsterer und aggressiver Tribune, dazu aufmachen, das kaputtzumachen, was sie kaputtmacht. Der Tiger ist im Anmarsch, und wir sind in Deutschland.

Es gibt jetzt dreierlei Möglichkeiten. Man kann sein Nahen spüren und in hysterische Warnrufe ausbrechen: Was, die Grünen sind eine alternative Volkspartei, nicht so ein statistisches soziologisches Gebräu wie die heutige SPD jenseits des alten Arbeiterkerns? Also sind die Grünen völkisch?! Dieser Antifaschismus wird diesmal noch weniger Gewicht auf die Waage bringen als beim vorigen Mal. Man kann sich, andererseits, so borniert um diese ausgelaugte SPD kümmern, daß man vor lauter Schellengeklingel über Koalition, Tolerierung, Bündnis, Zusammenarbeit den Dschungel nicht mal existieren ahnt. Ich weiß gar nicht, wozu Ihr Euch neuerdings wieder mehr um Eure Träume kümmert und nach den Sternen fragt. Sicher fällt das unter die ökolibertäre Privatheit, die mit Politik nichts nix zu tun hat. Und schließlich kann man sich, wenigstens kritisch bewußt über die eigenen Allmachtsphantasien, damit sie nicht mit einem durchgehen, darauf vorbereiten, den Tiger zu reiten. Dazu muß man mit dessen wahrem, tiefstem Anliegen

Christoph Michl

THEOLOGIE
der
SCHÖPFUNG

Christoph Michl

Mitfühlen — Wahrheit — Vernichtung — Dennoch: Leben...

JESUS und die GRÜNEN

Das grüne Manifest

im Bunde sein, darf seinen Lebenswillen nicht zensieren wollen, Thomas Schmid, und darf nicht einen Totalitarismusbegriff pflegen, unter den nicht nur der Großinquisitor, sondern gleich auch noch Jesus Christus fällt, weil er was anderes als Liberale unter Freiheit versteht. (...)

Unsere Möglichkeiten, mit der deutschen Frage umzugehen, setzen am deutschen Militarismus an, nicht an einer Friedensvertragsdiplomatie. Wir wären in einer ungemein starken Druckposition, die in Osteuropa und sogar in der Sowjetunion die Welt verändern könnte, wenn wir es fertigbrächten, hier alle fremden Truppen nach Hause zu schicken und die Bundeswehr dazu. Es würde sich sogar lohnen, sehr darüber nachzudenken, ob wir nicht noch richtiger lägen und noch mehr aufbrechenden Effekt erzielen können, wenn wir die Reihenfolge umkehren: Spräche sich in den USA herum, die Bundesdeutschen wollen die Armee abschaffen — Ihr könnt Euch den Ärger über die Undankbarkeit vorstellen: ,,Und die sollen wir weiter schützen?'' Und natürlich wollen wir sie auch nicht mehr. Aber ,,Bei uns damit anfangen?'' Da ist das Nächstliegende die Bundeswehr.

Ja, auch die Sowjets üben die Vorne- und Vorwärtsverteidigung. Das ist die Normalität der Militärsysteme. Wir machen uns was vor, wenn wir uns so sehr auf die Kritik an offensiven Waffen und Manöverkonzepten versteifen. Wir kriegen nämlich in Wirklichkeit die offensiven Waffen nicht weg, solange wir überhaupt verteidigt werden wollen. Daß die USA direkt zum Pokern übergehen, steht auf einem anderen Blatt. Das müssen wir nicht reaktiv beantworten — wie schlimm Airlandbattle ist, obwohl das stimmt, sondern wir müssen umgekehrt ansetzen: Die Sowjets üben in der DDR genau deshalb Vorne- und Vorwärtsverteidigung, weil wir hier von der US-Army und ihrer Hilfstruppe Bundeswehr beschützt werden. Wir können diese Panzer, die auch in der Friedensbewegung noch manche nächtlich anrollen hören, zugleich unmöglich und überflüssig machen, indem wir das viel eher psychische als re-

pe Bundeswehr beschützt werden. Wir können diese Panzer, die auch in der Friedensbewegung noch manche nächtlich anrollen hören, zugleich unmöglich und überflüssig machen, indem wir das viel eher psychische als re-

ale Restrisiko ,,Die Russen könnten kommen'' auf uns nehmen. In Wirklichkeit werden sich die sowjetischen Truppen aus ganz Osteuropa zurückziehen (müssen), nicht sofort, aber unweigerlich, wenn sie nicht mehr westlicherseits an der Elbe festgehalten werden. Die sowjetische Militärkaste wäre die letzte Instanz, sich über eine reale Abrüstung in der Bundesrepublik zu freuen. Unsere Position muß generell, und natürlich gerade dort, wo sie am meisten gehört wird, also im Bundestag, ein bedingungsloser Alleingang des eigenen Landes für Frieden und Abrüstung sein. Tiefflüge zum Beispiel sind nicht in erster Linie Lärmbelästigung, sondern Kriegsvorbereitung, müssen wir sagen, und damit ein verdrängtes Geheimnis, an das sich die Älteren noch sehr gut erinnern, an die Oberfläche holen. Wenn der Herr Wörner sagt, weiter kann er sie nicht einschränken, weil ..., dann muß er von den Bauern hören: ,,Scheiß auf Deinen Verteidigungsauftrag, verschrotte die Kisten!'' Das i s t drin jetzt, jedenfalls in absehbarer Zeit. Die Erfahrungen in Fulda haben mich gerade darin bestärkt. (...)

Ein Freund hat mir die zentrale Botschaft, die wir ausstrahlen müssen, aus dem Propheten Hosea (14;4) zitiert: ,,Wir suchen nicht mehr Hilfe bei den Assyrern, wir vertrauen nicht mehr auf unsere Pferde und Streitwagen, wir wollen nicht mehr das Machwerk unserer Hände als unseren Gott anrufen! Denn DU hast Erbarmen mit dem, der keinen Beschützer hat.''

Das ist die Psychologie des Friedens. Daß in der Hierarchie der menschlichen Grundbedürfnisse — jenseits der Subsistenz, meine ich — bisher die Sicherheit zuerst kommt, ist wahrscheinlich die letzte, tiefstliegende Ursache unseres Untergangs, eine Schwachstelle im Gattungscharakter. Jegliche Sicherheitspolitik führt Hinein. Auch ich habe, als ich vor fünf Jahren herkam, noch eine Lebensversicherung abgeschlossen, der Kinder wegen. Ich werde sie kündigen. Sicherheit der Arbeitsplätze — in der mörderischen Industrie, Tierversuche gegen die Krankheits- und Todesfurcht, absolute Garantie gegen faschistoide Tendenzen, wenn das Volk aufbricht — alles dieselbe Security-first-Politik. Aller Friede liegt jenseits solcher Sicherheiten.

Ich will zuletzt meinen Freund Michael Stamm ansprechen, für so viele, die nicht wagen, sich zu ihrem eigenen

dieselbe Security-first-Politik. Aller Friede liegt jenseits solcher Sicherheiten.

Ich will zuletzt meinen Freund Michael Stamm ansprechen, für so viele, die nicht wagen, sich zu ihrem eigenen

religiösen Fundament, zu ihrer Verwurzelung noch in einer anderen Wirklichkeit zu bekennen. Hier widersteht jetzt niemand, hier wagt niemand den Sprung, der das nicht hat. I n d e m Ihr widersteht, indem Ihr springt, greift Ihr darauf zurück. Es wächst einem aber mehr Kraft zu, wenn man sich direkt dafür öffnet, habe ich erfahren. Wer nichts glaubt — Name dafür ist Schall und Rauch —, fällt eben in jene Welt zurück, die, obwohl sie bloß das Machwerk unserer Hände und Köpfe ist, vorgeben kann, die ganze Wirklichkeit zu sein. Der Wettlauf mit der selbsterzeugten Apokalypse kann nur gewonnen werden, wenn dies eine größere Glaubenszeit wird, als Europa jemals sah. Von dorther kann Politik neu begründet werden, von dorther speist sich meistens auch der Übergang vom Widerstand zum Sprung Hinaus.

Die Mitgliedschaft irgendwo — Kirchen, Gewerkschaften, Parteien — all das gibt keine Auskunft. Die glauben, müssen sich zusammenschließen. Sie haben ein uneinnehmbares Territorium jenseits der herrschenden Strukturen. Der Fundamentalismus bleibt keine parteigrüne Angelegenheit. Wir erkennen uns längst, immer wieder und immer mehr, über sonst unübersteigbar erscheinende Lagergrenzen hinweg, vor allem an unserem Nonkonformismus, an unserer Unverfügbarkeit und subversiven Tendenz gegenüber dem Drachen. Wir müssen uns zu einem Projekt vereinigen, mit dem wir positiv werden können. Die andere Republik beginnt innen, so wie in den Jahrhunderten nach Christus erst der Innenraum geschaffen wurde, um den sich dann die Kathedralen aufbauen konnten. Wir werden das Netz also ausbreiten und zugleich enger knüpfen, nicht bloß auf Redeversammlungen, sondern in unser tägliches Leben hinein. Und für die geistige Begegnung werden wir auch noch andere Formen finden als bloß die Disputation. Wir werden lernen, erst eine Stille entstehen zu lassen, ehe die Sprache anhebt. Und daß dann in der Botschaft der ganze Mensch steckt, so daß sie auch an den ganzen Anderen gerichtet ist. Politik in dem herkömmlichen Sinne soll nicht das Zentrum dessen sein, was wir tun.

Die Grünen — im weiten, nicht eng parteibezogenen Sinne — brauchen jetzt zu ihrer eigenen Rettung einen großen Zustrom aus allen Kreisen der Bevölkerung: Sensible und kultivierte Nonkonformisten, denen es nicht um die Verwirklichung ihrer besonderen, aus der jeweiligen sozialen Lage hervorgehenden Ansprüche und Interessen geht, sondern um ein neues Ganzes.

Wann werden sich vor allem die vielen Christen, die es ernst meinen, auch eine ernsthafte politische Praxis geben — vom Evangelium her? Ich schließe auch die christlichen Sektierer ein, die sich von den Großkirchen zurückgezogen haben, weil sie dort keinen lebendigen Glauben mehr fanden. Allerdings möchte ich hier mit Hilfe des neuen Testaments etwas abgrenzen und unterscheiden. Es gibt einen tiefen Gegensatz zwischen zwei verschiedenen Formulierungen er Apokalypse als des Weltgerichts. Beide gehen auf den Namen Johannes zurück, aber es kann schwerlich derselbe Mensch gewesen sein.

In der Apokalypse des Johannes

des Weltgerichts. Beide gehen auf den Namen Johannes zurück, aber es kann schwerlich derselbe Mensch gewesen sein.

In der Apokalypse des Johannes

wird Christus vorgestellt als Rächer für das von den Römern zerstörte Jerusalem. Nur 144.000 Gerechte sollen gerettet werden, wer sich nicht anschließt, ist verdammt. Das Übel wird von der eigenen Person weg auf einen

Fortsetzung nächste Seite

,,Herr Ebermann, haben Sie denn auch ihre Bahnsteigkarte gelöst?'' Pan Foto

Ökosozialismus zwischen apokalyptischem Reiter und »entschiedener Nutzung der parlamentarischen Demokratie«



Welcher Teufel hat Rainer Trampert geritten, mit Rudolf Bahro einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, der fundamental Nein sagt zu jedem Bündnisangebot an die SPD? War dieser Teufel die realistische Erkenntnis des Zustands der grünen Partei und ihrer Entwicklungsrichtung? Wurde die eigene Möglichkeit, Dämme aufzubauen gegen die grüne Tendenz, sich in diesem System einzurichten, als zu gering eingeschätzt, so daß man das Zweckbündnis mit Rudolf Bahro, dem apokalyptischen Reiter einging, um die Notbremse zu ziehen — eine Übung, in der die ehemaligen ,,Z''-Leute einige Erfahrungen haben? Oder gibt es Annäherungen ganz anderer, bislang nicht vermuteter Art?

Sind die Grünen rechter geworden?

Im Gründungsprozeß der Grünen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre glaubten Marxisten und Leninisten aller Schattierungen, über die Grünen, im Bündnis mit Strömungen und Denkrichtungen aller Art bis hin zu Konservativen, eine ganz neue, letzlich sozialistische, gesellschaftsverändernde Kraft hervorbringen zu können. Sozialisten sind die meisten von ihnen schon lange nicht mehr. Im besten Falle noch Ökosozialisten, und gerade deswegen auch nicht wenig von Mißtrauen in den Grünen selber verfolgt.

Als KB haben wir uns viel Ärger insbesondere in links-grünen Kreisen eingehandelt mit unserer Ansicht, aus den Grünen könne keine sozialistische Kraft werden, entweder sie geraten in ein rechtes Fahrwasser oder es wird aus ihnen eine fortschrittliche, radikaldemokratische Kraft. Mitbeteiligung und solidarische Kritik am grünen Entwicklungsprozeß Ja, Auflösung der Sozialisten in die Grünen Nein, haben wir damals gesagt, und im Streit mit den grünen Marxisten häufig und viel auf rechte Entwicklungen bei den Grünen hingewiesen.

Rechte Tendenzen in den Grünen gibt es, insbesondere in der ,,nationalen Frage''. Aber der reaktionäre Ökologismus eines Baldur Springmann oder der ökologische Imperialismus eines Herbert Gruhl ist bei ihnen längst schon passé. Also radikaldemokratische Entwicklung? Das konkrete Wirken der Grünen in den letzen zwei Jahren weist in diese Richtung, wenngleich nicht jede Schublade nahtlos paßt. Rechte Tendenzen der heutigen Grünen haben einen anderen Charakter. Sieht man mal von den verbliebenen, dubiosen Öko-Schraten ab, die es auch noch gibt, dann gehören dazu z.B. die Ökoliberatären. Die ökolibertären Realpolitiker empfehlen der grünen Partei in ihrer Schrift ,,*Der Parlamentarismus könnte vor einer neuen Blüte stehen*'', ,,*die Chance, die das System der parlamentarischen Demokratie bereithält, weit entschiedener zu nutzen, als das die herkömmlichen Parteien getan haben*''. Sie **wollen keine andere** Ge-

mus könnte vor einer neuen Blüte stehen'', ,,*die Chance, die das System der parlamentarischen Demokratie bereithält, weit entschiedener zu nutzen, als das die herkömmlichen Parteien getan haben*''. Sie **wollen keine andere** Ge-

sellschaft, sie wollen eine Verbesserung **dieser** Gesellschaft. Dazu zählen muß man auch die Realpolitiker, die sich selber ,,Realos'' nennen. ,,*Wir bekennen uns ausdrücklich zu einer **Politik der ökologischen Reform**, da wir in der ‚grundsatzpolitischen Systemopposition' lediglich einen Rückfall in die überkommenen Sektenpositionen der siebziger Jahre erkennen können... Eine Politik ökologischer Reformen weiß von der Notwendigkeit der Überwindung der Industrie- und Abschreckungssysteme; sie weiß aber auch, daß die großen und fundamentalen Revolutionsverheißungen Illusionen sind und bleiben werden*'', schrieben Ehmke, Fischer und Kleinert in ihrem Antragspapier ,,*Verantwortung und Aufgabe der Grünen*''. Rechts sind diese Tendenzen aus der Sicht von Maxisten insoweit, als sie klar und eindeutig sich entweder zum System und seiner Verbesserung bekennen oder den Weg schrittweiser Reformen im Bündnis mit der SPD und — wenn möglich — mit den Gewerkschaften gehen wollen, sowie deutlich und begründet **jede revolutionäre, auch eine gewaltfrei-revolutionäre Veränderung** — wenn man sie denn für möglich hält — ablehnen. Aber rechts sind sie nicht in dem Sinne, daß sie reaktionär-bürgerliche Politik wollen oder betreiben. Dies gilt auch dann noch, wenn in Einzelfragen insbesondere bei den Ökolibertären solche Trends erkennbar sind. Doch stehen sie damit nicht rechts von dem, was die Volkspartei SPD in ihrer Breite ausmacht.

Quelle der von Bahro und Trampert/Ebermann aus bislang grundverschiedenen Positionen heraus kritisierten Entwicklungen der Grünen ist der Gründungsprozeß der Partei selber, in dem nicht nur Abschied genommen wurde vom linken Sektenwesen der siebziger Jahre, sondern auch fundamental von dem, was diese Sekten **auch** ausgemacht hat: dem Marxismus, dem Leninismus und dem Sozialismus. Zustrom erhalten sie aus der konkreten Einbindung der grünen Partei in die Institutionen dieses Systems. Die Altleninisten der grünen Gründerzeit haben immer weniger ein taktisches Verhältnis zum bürgerlichen Parlamentarismus. Lenististische Rudimente der grün-alternativen Debatte — wie das Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit — sind zwar auch heute noch bei den Grünen vorhanden, aber die Gewichte haben sich verschoben. Der außerparlamentarische Druck von der Straße verkommt zum Vehikel vermeintlicher parlamentarischer Durchsetzungsstrategien. Sein Fehlen wird beklagt, nicht weil man die politische und soziale Emanzipation im außerparlamentarischen Engagement vermißt, sondern weil sein Fehlen scheinbar begründet,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite
Gegner projiziert, die eigene Ver-
Unser Ceterum censeo muß die Erklärung sein, warum es nicht genug ist.
Wer hindert uns denn daran, hinzu-
dizin für den täglichen Gebrauch irgendwelche Ferntransportwege berühren. Wir müssen generell wieder ler-
bürgerliche Emanzipation hat eben nicht nur von der Kirche weggeführt, sondern auch von Christus, d. h. noch

Fortsetzung von vorheriger Seite

Gegner projiziert, die eigene Verstrickung nicht wahrgenommen. Die Strafe wird mit Lust beschworen. Diesen Sektierertyp meine ich nicht.

Aber bei dem anderen Johannes, in dessen Evangelium das Liebesangebot als die zentrale Botschaft Christi steht, hat die Entscheidung einem völlig verschiedenen Geist und Ton, beinahe des Mitleids und vor allem der Anrufung: ,,Das ist aber das Gericht, daß das Licht in die Welt gekommen ist, und Ihr habt es nicht erkannt.''

In dem Evangelium des Johannes gibt es auch eine Erzählung, wie diese Methode der Bewußtseinsspaltung wirkt, worin ihre subversive Kapazität besteht. Christus greift in seinen Reden die Pharisäer an, er ist keinesfalls vornehmlich sanft. Im Zorne schimpft er sie ,,Ihr Ottern- und Schlangengezücht!'' Aber darunter muß etwas anderes spürbar sein, worüber er ja auch spricht. Denn abends, im Schutz der Dunkelheit, kommt Nikodemus, einer der Pharisäer, und will es wissen.

So müssen wir versuchen, dem System die Menschen wegzunehmen, damit müssen wir eindringen bis in die innersten Waben der Instituionen und der Fabriken, bis die Große Maschine ihre Macht verloren hat, weil ihr keine menschliche Energie mehr zufließt.

Die beiden Haltungen aus der Apokalypse des einen und aus dem Evangelium des anderen Johannes zu unterscheiden, ist von genereller Bedeutung für den Charakter der Erhebung, die wir wollen. (...)

Die folgenden Auszüge sind der von Bahro verbreiteten Rohfassung seiner Rede für die Bundesdelegierten-Konferenz entnommen:

So weit es nach den Fundamentalisten geht, sind wir nur deshalb mit auf die staatliche bzw. parlamentarische Ebene gegangen, um auch von dortaus die Botschaft zu verbreiten, daß die Titanic rechtzeitig aufgegeben werden muß. Greift diese Botschaft richtig um sich, kann — das wissen wir jetzt noch nicht — sogar ein echter Machtwechsel auf der Brücke eintreten, der für die 90 Grad Kurswechsel reicht. Dann hätten wir viel bessere Bedingungen für die soziale Rekonstruktion. Dazu gehört, vorab klar anzusagen, welche Anweisungen von der Brücke kommen würden, wenn wir sie hätten. Dieses Programm zu verbreiten, müßte die Hauptfunktion unserer Bonner Fraktion sein. Jede Initiative, besonders jede Gesetzesinitiative (die doch jetzt sowieso nicht durchkommt, wie ,,realistisch'' Ihr sie immer anlegt) muß die Menschen vorbereiten, muß sie zur Auseinandersetzung herausfordern. Steter Tropfen höhlt den Stein für die Erkenntnis, daß nichts anderes bleibt als eine Veränderung bis in die letzten seelischen und materiellen Fundamente unseres Lebens. Das ist uns ja unbenommen, die Zwischenschritte, die dem Publikum als Ausflucht einfallen, öffentlich auf ihren Sinn zu prüfen. Unser Ceterum censeo muß die Erklärung sein, warum es nicht genug ist.

Wer hindert uns denn daran, hinzustehen und zu sagen:

Alle die Milliarden, die jetzt für Militär und Bürokratie, für expansionistische Außen- und sogenannte Entwicklungspolitik, für Rationalisierung und Verkabelung, für Subventionen in sterbende alte und für aufkommende neue Industrien, für industrialisierte Landwirtschaft im EG-Kontext und für die Großforschung zentralisiert werden, finanzieren die Todesspirale. Sie müssen von der Gesellschaft zurückgenommen werden. Vielmehr, diese zentrale Anhäufung darf überhaupt nicht mehr zustandekommen. Die Überschüsse der Gesellschaft, der flexible Teil ihrer Ressourcen müssen bei möglichst wenig Umwandlung in die Geldform und bei möglichst wenig Umverteilung (weil alles das nur die Bürokratie nährt und allenfalls die in der ÖTV organisierte kleinere und mittlerer Staatsklasse interessiert) allergrößtenteils dort bleiben, wo sie erzeugt werden, und es muß dort, in den lokalen Strukturen, die wenigstens potentiell für die Bevölkerung kontrollierbar sind, darüber verfügt werden.

Zukunftsinvestitionen, wie wir sie in Sindelfingen gefordert haben, können jedenfalls nicht den in Bonn und in den Frankfurter Banktürmen symbolisierten bürokratisch-industriellen Komplex zum Subjekt haben. Der soll sich mit der Vergangenheitsbewältigung befassen. Der großen Industrie muß ein Investitionsstopp aufgezwungen werden, bis sie bewiesen hat, daß sie mit den Altlasten fertig geworden ist. Die Herren sollen das unter sich ausmachen, wer wofür verantwortlich ist; die Gesellschaft muß sie korporativ zur Kasse bitten. (...)

Wir haben einen anderen Föderalismus im Sinn, der sehr viel weiter geht als bis zu den noch viel zu großen Bundesländern. Wenn wir sagen, lokal und dezentral soll alles entschieden werden, was meint denn das? Wer ist da Subjekt? Für uns konstituiert sich die Gesellschaft um die menschlichen Beziehungen in Gemeinden, die das wirklich wieder sind. Es steckt ja der Begriff Gemeinschaft drin und noch ein Geistiges — wir erinnern uns dunkel. Gemeinden sind zunächst die Kommunen im herkömmlichen Sinne und, eingebettet als das Salz darin, kommunitäre Gemeinschaften, wie sie sich in dem Maße bilden werden, wie der Job als Prinzip und Wirklichkeit verfällt. Wenn auch nur die Leute anfangen wollten, die keinen haben oder ihn eigentlich satt haben. Vereinten sie sich, so würde es an den materiellen Schranken nicht scheitern. Diesen Gemeinden, die ich also kommunal/kommunitär verstehe, muß alles verfügbar sein, was Menschen zu einem naturverträglichen Lebensunterhalt an Grundbedürfnis brauchen, vor allem der Boden.

Es ist nicht erforderlich, daß die täglichen Lebensmittel, die Werkzeuge, die Kleidung, die Bildung und die Medizin für den täglichen Gebrauch irgendwelche Ferntransportwege berühren. Wir müssen generell wieder lernen, von dem zu leben und mit dem zu bauen, was wir jeweils örtlich vorfinden. Die Ausbeutung der weiten Welt für unsere Bedürfnisse muß aufhören, der Austausch sich auf unvermeidliche Ergänzungen beschränken. Für bestimmte speziellere Fertigungen und für Infrastrukturen überlokaler Reichweite mag es Produktiv- und Dienstleistungsgenossenschaften geben. Die dort Tätigen könnten durchaus auch in den kommunitären Gemeinschaften ihre Lebensbasis haben und nur vorübergehend vornehmlich spezialisierte Arbeit leisten. Es geht hier nicht um Einzelnes, sondern nur um den Gedanken, daß diese Sphäre für niemanden die Achse sein muß, um die sich das Leben dreht.

Die Mitte des Lebens wird vielmehr ein von Ökonomie, von Arbeit im herkömmlichen Sinne freier Raum, d. h. ein freier Zeitraum sein, der der Kommunikation der Menschen miteinander, mit sich selbst und mit Gott bzw. Göttin offensteht. Erst dann und dadurch wird diese Stelle frei sein, wenn die Große Maschine abgebaut und ihr Material soweit möglich gänzlich neuverwendet wird. Die Große Maschine manifestiert den Tod Gottes. In einer von ihr entlasteten Kommunikation kann er auferstehen und wieder gegenwärtig sein. Wo der Mensch seine Mitte wiederfindet, berührt sich die eine mit der anderen Wirklichkeit. (...)

Die Große Maschine, in die wir all unser erobertes Gold und Wissen investiert haben, erweist sich als ein einziges schweres Denkmal für den Tod Gottes, und jeder ihrer Fortschritte läuft auf erneute Kreuzigung des lebendigen Christus hinaus. Es ist in einer letzten Instanz nicht möglich, an den Errungenschaften zu sortieren: die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. Wenn wir schon nicht alles wegwerfen müssen, was uns die Zivilisation in ihrer Entwicklung zum Tode gebracht hat, so müssen wir uns doch von dem Zwang zur Reproduktion befreien. Wir dürfen keinem noch so menschenfreundlichen Partikel, das sich dem unheilvollen Ganzen verdankt und mit verschwinden könnte, wenn wir wirklich an die Fundamente gehen, das Vetorecht gegen die Umkehr lassen. Ich weiß nicht, ob wir auf so etwas wie dieses Mikrophon verzichten müssen. Aber wenn wir vorab eine Garantie verlangen, daß unsere Praxis nicht etwa an die Voraussetzungen dieses Gegenstandes rühre, dann wollen wir den Aufbruch nicht, dann wollen wir den Unterang. Die meisten Grünen, glaube ich, wollen ihn auch. (...)

Gerade weil wir nun angesichts alles dessen nicht in die Hörigkeit zurückwollen, also um diesemal Freiheit und Gottesnähe zusammenzubringen, muß der vorige Versuch, das Mittelalter zu überwinden, seinerseits überwunden werden, muß die gesamte Ideologie und vor allem Praxis der bürgerlichen Emanzipation revidiert werden. Die bürgerliche Emanzipation hat eben nicht nur von der Kirche weggeführt, sondern auch von Christus, d. h. noch weiter weg vom Menschen als die Kirche, die schon schlimm genug war. Letztlich ist sie nicht über das Niveau einer satanischen Rebellion hinausgekommen, wie sie denn auch Milton angesichts der englischen Revolution in seinem Epos vom Verlorenen Paradies festhielt. Das Ergebnis ist nun die Dantesche Hölle völlig diesseits. Es ist die Große Maschine, die Fabrik-, Büro- und Transportgesellschaft, über deren allgegenwärtigem Eingang steht: ,,Die Ihr hier eingeht, laßt alle Hoffnung fahren!'' Das ist ein bis in seine Kommunikation hinein materieller Götze, der in uns fast den ganzen Platz des lebendigen Gottes belegt. Wir haben die ganze Welt zu einem einzigen Golgatha gemacht. Diese Zivilisation ist ein einziges Kreuz, an das unablässig Menschen-Sohn und Menschen-Tochter geschlagen sind und neu geschlagen werden, die einen Milliarden buchstäblich physisch, die anderen psychisch, und es geht ja ineinander über. Tiere und Bäume kreuzigen wir gleich mit.

Das wollt Ihr mit Realpolitik angehen. Dagegen wollt Ihr Euch mit dem nicht gar so schlimmen ,,Landpfleger'' Pontius Pilatus zusammentun und mit dem Hohenpriester Kaiphas. Und weil Ihr vor denen Angst habt, die dann auch auf Euch ,,Kreuzigt, kreuzigt!'' rufen werden, nehmt Ihr die Tribüne nicht dazu, denen, die es hören, und denen, die es nicht hören wollen, anzusagen, daß der Tempel abgerissen und neu aufgebaut werden muß. Ihr wagt das Band nicht zu zerschneiden. Den Abgrund zwischen uns und ,,Rom'', uns und dem Tempel des Alten Bundes, den wagt Ihr in Euch nicht aufzureißen. An der SPD zeigt Ihr nur, daß Ihr nicht mit dem metropolitanen Machtsystem gebrochen habt. Ihr wißt — behauptet Ihr zumindest, die SPD ist ein Stück Staatsmaschine, ist ein untergeordneter, aber wichtiger Partikel des korporativen Cäsar, der das Imperium des Weißen Mannes zusammenzuhalten hat. Sie ist — sofern wir nicht auch noch einsteigen, gegenwärtig die letzte Reserve der Stabilität in der politischen Sphäre.

Das Unglück ist, wir haben keinen festen Grund unter den Füßen, auf dem wir positiv stehen. Daher rutscht uns alles weg und rutschen wir weg. Wir wagen die Entidentifizierung nicht. Wenn wir's nun nicht völlig auf uns selbst gestellt bringen, also nicht hinreichen, dabei unserer eigener Meister zu sein, wenn wir uns zugleich den fremden Gurus nicht rückhaltlos anvertrauen wollen — dann sollten wir wenigstens nicht versäumen, auf eigene Rechnung den verschütteten Anknüpfungspunkt aufzusuchen, wo die Kontinuität unseres christlich-jüdischen Kulturentwurfs für einen einzigen Augenblick unterbrochen war: die Gestalt des Jesus Christus, der sich selber den Menschen-Sohn nannte. (...)

Fortsetzung von vorheriger Seite

daß man parlamentarisch zu wenig durchsetzen kann.

Die Parallele, die bürgerliche Kommentatoren angesichts des Grünen-Streits zum Revisionismusstreit in der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende ziehen, ist zwar nicht ganz falsch, hinkt aber wie die meisten solcher Vergleiche. Die Klassenbewegung der Arbeiter, die es mit dem System zu versönen galt, war ungleich gewaltiger und direkter vom System unterdrückt, als all jene, die heute mit dem Begriff der Ökologiebeweung versehen werden. Der zeitliche Entwicklungsprozeß der gerade fünf Jahre alten grünen Partei spottet jeden Vergleich mit der sozialdemokratischen Entwicklung um die Jahrhundertwende.

Ist es nicht vielmehr so, daß das, was Rudolf Bahro die Fahrt hinein ins System nennt, deshalb nicht eine auf einmal neue, bedeutsame Entwicklung sein kann, weil außer bei ihm und seinen Anhängern sowie den harten Ökosozialisten von Beginn an die Fahrt heraus aus dem System gar nicht im grünen Parteibildungsprozeß angelegt war? Vielmehr behaupte ich, daß die Grünen heute ‚linker' sind als in ihrer Gründerzeit, ‚linker', nicht sozialistischer. Da wirkt es fast schon kurios, wenn die linken Grünen **heute** vor der Gefahr der rechten Entwicklung warnen, während sie früher Ansätze zur Auseinandersetzung um die Perspektiven sozialistischer Politik ins Reich des Sektierertums verbannt haben.

Welche Perspektive hat das Bündnis Bahro/Ebermann/Trampert?

Um so unverständlicher angesichts der realen Grünen-Entwicklung ist die Art der Polarisierung, wie sie Rudolf Bahro — offiziell namens des Bundesvorstands — versucht hat. Er war knallhart und konsequent. Kaum jemanden hat er ausgelassen bei seiner Suche nach verderblichen Tendenzen, bei seiner Entdeckung von ‚counter insurgency' überall. Unverständlich nicht, was die Position Rudolf Bahros betrifft, sondern die Position von Trampert/Ebermann, deren Ökosozialismus vergangener Zeit mehr Nähe zu großen Teilen der heutigen Realpolitiker (nicht der Ökolibertären) aufwies, als zur Position des ‚Urevangelisten' Bahro. Wer hat denn in der Vergangenheit gegen alle Einwände von links propagiert, die Grünen müßten in ihrer parlamentarischen Tätigkeit besser und emsiger sein, als alle bürgerlichen Parteien zusammen, waren das nicht Thomas Ebermann und die „Z''? Wo bleibt die Kritik an dem, was man damit selber befördert, an parlamentarisch orientiertem Apparat mitaufgebaut hat? Wo die Veränderung? Und die GAL in Hamburg z.B. macht da keine Ausnahme, sie unterscheidet sich von den übrigen Grünen im wesentlichen aufgrund ihres Fundaments aus der Vergangenheit und nicht, weil sie gänzlich unterschiedlich arbeitet, zu anderen grünen Landesverbänden. Wer hat denn 1981 mit gründlichen Illusionen in die SPD eine weit an sie annähernde Bündnispolitik propagiert, ist noch 1982 in Hamburg für Tolerierungspolitik nach hessischem Muster eingetreten? Waren das nicht Thomas Ebermann und seine Freunde von der „Z''?

Heute warnt er die Linken in Hamburg, sie würden Illusionen verbreiten, wenn sie für eine linke Tolerierungspolitik einträten. Als wenn das das wesentliche Problem wäre! Der entscheidende Unterschied zwischen Tolerierungspolitik nach Hamburger und nach hessischem „Modell'' ist nicht der, daß das eine weniger und das andere mehr Illusionen verbreitet; sondern daß das eine Konzept versucht, die Menschen aus ihren Illusionen und Bindungen an das System herauszuholen, überzeugend zu beweisen versucht, daß eine grundlegend andere Politik, ja nicht einmal eine ernsthafte Reformpolitik mit der bürgerlichen Arbeiter-Volkspartei SPD nicht geht; während das andere „Modell'' das Bündnis mit der SPD will, und weil es dies will, eine Annäherung an sozialdemokratische Politik betreibt. Sicher schafft auch das Hambuger „Modell'' Illusionen, zumal es Menschen anspricht, die diese Illusionen haben. Wer nur diese Gefahr sieht, nicht aber auch die Möglichkeiten dieser Politik, der sollte sich lieber an die Konsequenz eines Rudolf Bahro halten. Denn wie absurd ist eine solche Angst vor Illusionen im Rahmen einer Partei, die ihre Existenz zu meinetwegen 90 Prozent aus der Beteiligung an der größten Illusionsmaschine dieses Systems, dem bürgerlichen Parlament bezieht! Bahro sagt, gelingt es uns Grünen im Parlament nicht, die Kräfte für den *„geistigen Umsturz''* zu sammeln, wird stattdessen grüne Radikalität mit dem Hinweis auf die Beschränktheit parlamentarischer Möglichkeiten beschnitten, *„dann müssen wir sie* (Anm.: die Parlamentarier) *rausziehen. Dann wäre Parlamentsboykott politisch wirksamer und hygienischer für uns selbst''.* Das ist wenigstens radikal zu Ende gedacht in seiner Logik des vollständigen geistigen Andersseins. Nur, was hat das Modell Bahro, *„die Ausfahrt in die andere Richtung lebenspraktisch zu machen''*, seine Wormser Kommune *„mit Gott bzw. Göttin in der Mitte''* — was hat dieses Modell mit sozialistischer Politik à la Ebermann/Trampert gemein?

Oder wirkt die radikale Phrase, Bahros *„Generalstreik für das Leben''*, seine *„Vision einer zugleich millitanten und gewaltlosen Volkserhebung im Sinne Mahatma Gandhis''* so ungemein nach, daß man glaubt, dort Anleihen machen zu können für den Weg zum ökosozialistischen Ziel? In ihrem Buch *„Die Zukunft der Grünen''* (das ich zugegeben erst quer gelesen habe), deuten Ebermann/Trampert eine mögliche interessante Entwicklung an: Der Gattungsbegriff der *„Menschheit''* erhält eine prioritäre Bedeutung gegenüber dem Systemwiderspruch Kapitalismus/Sozialismus. Die Veränderung des Menschen, seiner Konsumgewohnheiten und Bedürfnisse steht im Mittelpunkt zukünftiger Gesellschaftsveränderung. Die leninistische *„Erringung der Staatsmacht''* wird abgelöst duch die *„Außerstaatlichkeit''* — die Gesellschaft soll bewußtseinsmäßig und durch eine andere Art des Lebens und Produzierens im Fundament verändert werden. Gerade in dem Punkt der grünen Utopie ist das Buch schwach und die wenigen aufgeführten Ideen, was denn grüne Zukunft sein könnte, sind so neu nun auch wieder nicht. Insbesondere umschiffen sie die Frage, wenn schon nicht Lenin, wie dann mit der bestehenden Staatsmacht umgehen? Schon deswegen ist der leicht ironische, vergleichende Hinweis der „Konkret'' auf ein vor 136 Jahren erschienenes Buch eines Duumvirats eher peinlich. Auf der anderen Seite: Ermöglicht diese schwächste Stelle ökosozialistischer Zielsetzung einen Fingerzeig auf das neue Bündnis mit Bahro? Der produziert sich als **der** Utopist, will radikal mit realer Politik brechen, hier und heute die Utopie leben.

Nur: Wollen die Ökosozialisten den Spinnkram eines Rudolf Bahro im Ernst als linke Utopie verkaufen? Oder hat man Bahro nur taktisch genutzt, um im Verbund mit den Fundamentalisten die Mehrheit auf dem Parteitag zu bekommen, ahnend, daß man danach Bahro los sein würde? Ein Rohrkrepierer ist beides. Denn Bahros „Utopie'' ist zu recht als Abschreckung rübergekommen, und das hoffentlich nicht nur bei den rechteren Strömungen in den Grünen. Die ausgezeichnete Rede Rainer Tramperts am ersten Tag des grünen Parteitags, scharf antikapitalistisch, klar Position beziehend, auf Widerspruch und Integration realpolitisch schwankender grüner Kreise zielend (die gar nicht einmal so schwach vertreten waren) bot allemal mehr an Perspektive für linksgrüne Arbeit der nächsten Zeit, als das Zweck- oder besser Schreckbündnis mit Bahro, was also soll es?

hr

Pressestimmen:

„Süddeutsche Zeitung'': „Der Kompromiß, den die Grünen schließlich fanden, erinnert durchaus an Parteitagsbeschlüsse des ungeliebten Oppositionspartners SPD. Es ist ein beherztes Sowohl-als auch: Koalitionen jetzt nicht, aber vielleicht später, die SPD ist fürchterlich, aber vielleicht läutert sie sich noch. ‚Endlich haben wir mal Glück', feierte einer der ‚Realos', der Bundestagsnachrücker Jo Müller, die Entscheidung, nichts zu entscheiden. Der parlamentarische Weg sei offengehalten bis 1987. Und bis dahin, hoffen die Realpolitiker, geht alles seinen ökologischen Gang: Noch ein paar Wahlerfolge, vielleicht einige Tolerierungsverhandlungen auf Länderebene, und der Probe auf das Bündnis stehe nichts mehr entgegen.''

„Frankfurter Rundschau'': „Der Beschluß in der Bündnisfrage selbst ist banal, weil in der Tat kein Grund besteht, sich schon jetzt über eine mögliche Zusammenarbeit mit der SPD nach den nächsten Bundestagswahlen den Kopf zu zerbrechen. Auch die Feststellung, daß die Grünen ‚zur Zeit' keine Möglichkeit für ein Bündnis sähen, läßt alles offen. Dennoch können die sogenannten Fundamentalisten und Ökosozialisten nicht sehr glücklich über diesen Formelkompromiß sein, wollten sie doch schon jetzt die Richtung weisen und Hürden aufstellen gegen den allzu schnellen Anpassungsprozeß ihrer grünen Parlamentarier; denn natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß sie ‚gezähmt' und von den Sozialdemokraten vereinnahmt werden. Deshalb haben Fundamentalisten wie Ökosozialisten Angst vor einer politiscen Machtbeteiligung wie vor einem Sündenfall. Nur hat dieser Sündenfalls mit dem Entschluß, in die Parlamente einzuziehen, längst stattgefunden.''

„Die Welt'': „Dieses Offenhalten bedeutet im Grunde einen Erfolg für die sogenannten Realpolitiker um den Bundestagsabgeordneten Otto Schily, für den unter dem Stichwort ‚Juniorpartner einer Regierung' mit Blick auf die SPD in Bonn die Arbeit ‚nicht schwerer geworden ist'.''

„Frankfurter Allgemeine Zeitung'': „Diese Frage offenzuhalten, ohne daß der Beschluß ‚offenhalten' als Zusage zur Zusammenarbeit mit der SPD erscheinen könnte, war die komplizierte Aufgabe des Parteitages. Das — nach ständigem Streit entstehende — Harmoniebedürfnis ließ es nicht zu, daß sich nach den Redeschlachten ein Flügel allzu deutlich durchsetze, auch dürfe keiner ‚ausgegrenzt' werden.''

„Hamburger Morgenpost'': „Ganz so Wischiwaschi, wie es auf den ersten Blick aussieht, ist die Einigung dennoch nicht. Die System-Veränderer um Rainer Trampert haben mit ihrer weitgehenden Forderung — Absage an Koalitionen auch für die Zukunft — einen deutlichen Dämpfer erhalten. Und fest steht auch: Trotz der schwankenden Stimmung unter den Delegierten sind die Realpolitiker auf dem Vormarsch. In den nächsten zwei Jahren werden noch etliche Grüne in die Parlamentsarbeit einsteigen, andere werden nachrücken. Die Zahl derer, die Erfahrungen in praktischer Politik sammeln, wird zunehmen. Mancher Utopist wird alsbald zum Pragmatiker werden.''

Bundesversammlung der Grünen in Hamburg schlägt Brücken zwischen Reformpolitik und Fundamentalopposition

Grüne lassen sich nicht festlegen

„taz'', 10.12.84

Los 'verdes' alemanes debaten su estrategia

Rudolf Bahro ataca la política de alianzas en el congreso de Hamburgo

JOSÉ COMAS, Bonn
Rudolf Bahro, miembro saliente de la presidencia de los verdes, ex teórico marxi...

„El Pais'', 9.12.84

„Die deutschen 'Grünen' diskutieren ihre Strategie — R. Bahro griff die Bündnispolitik auf dem Kongreß in Hamburg an''

„Hbg. Abendblatt'', 10.12.84

„Hbg. Abendblatt'', 10.12.84

aber keine klare Aussage

Die Grünen bleiben ein Rätsel

„Bild'', 10.12.84

Gute Nacht, Mitbürger! Die Grünen

Wenn sie mal regieren wie in ihrem Part...

Die grünen Blätter sind ab

BamS-Kommentar

Die Grünen erwiesen sich als Partei wie jede andere: Gerangel um Abgeordneten-Posten, widerrechtliche Aneignung von Steuergeldern, Koalitions... Werbetricks aus der ...Kiste (denn den ...rummel über der Ruhr ...Willy Brandt schon vor 1965 ...sprochen).

Hinter der mit grüner Umweltfarbe gestrichenen Fassade ist nun auch das wahre Gesicht der Grünen deutlich geworden: Sie wollen allen Ernstes das Auto, die chemische Industrie, die Atomkraft und die Bundeswehr abschaffen. Unsere Kinder sollen eines Tages nur noch auf dem Fahrrad in die eigenen Schrebergärten fahren, wo sie sich ihre Ernährung selbst zusammensuchen. Nicht einmal Kaninchen werden mehr gezüchtet, weil die grünen Tierschützer das Steak in der Pfanne ebenso verbannen werden wie die Kroko-Handtaschen oder die Pelzmäntel.

Also werden wir wieder ein Volk von nüsseknabbernden Vegetariern, das statt in der Industrie auf dem Felde arbeitet. Den Entwicklungsländern wollen die Grünen die Schulden erlassen, damit dann auch unsere Banken zusammenbrechen. Wozu brauchen wir noch Geld? Jeder ißt, was im Schrebergarten wächst, jeder trägt, was das emanzipierte Frauchen selber strickt. Wir brauchen weder Im- noch Export. Wird das ein Leben sein! Ganz frisch und unnatürlich!

Wir werden auch die Bundeswehr und alle Waffen abschaffen. Wenn die Russen das sehen, werden sie auch ihre Raketen verschrotten und uns in Ruhe und Frieden leben lassen. Tun sie das? Die Sowjets waren ja schon immer Weltmeister in Sachen Toleranz.

Wie auch immer: Die ... sind die Borkenkäfer un... Rinde der Demokratie.

„BamS'', 16.12.84

DKP: Gemeinsam gegen rechts ... ... Hauptsache mit der SPD!

Das Aufatmen der DKP war unüberhörbar: Der Beschluß der grünen Bundesversammlung läßt die Tür offen für Bündnisse mit der SPD „gegen Rechts'' — ein DKP-Slogan, der so alt und abgedroschen ist wie die Partei selbst.

Der DKP-Parteivorstand hatte auf seiner Tagung am 24./25.11.84 die Parole ausgegeben: „Anti-Rechts-Koalitionen bilden!'' und dabei entdeckt: *„Wichtige Veränderungen des etablierten Parteiensystems, die ihrem Wesen nach erste Schritte zur Neuformierung parlamentarischer Kräfteverhältnisse signalisieren. Der Gedanke an eine Koalition links von der CDU/CSU faßt Fuß''* (UZ, 1.12.84).

Ginge es nur um das Zusammenzählen von Wählerstimmen, man könnte nicht widersprechen. Der DKP geht es aber um eine Strategie, die sie in ihrer Kommentierung des Grünen-Parteitags so beschrieb: Mit dem Grünen Mehrheitsbeschluß *„bleibt die Möglichkeit erhalten, mit außerparlamentarischen Initiativen — wo sie bestehen — mit Fraktionen der DKP oder demokratischen Listenverbindungen positiven politischen Druck auszuüben für die Bildung von Anti-Rechts-Koalitionen. Hier können auch Erfahrungen für weitergehende Perspektiven — auch mit Blick auf den Bundestag — gesammelt werden''.* (UZ, 14.12.84).

Substantiell ist die DKP mit ihrer Strategie — *„alles kommt darauf an, die Sammlung aller Kräfte links von der CDU/CSU, links von der Wenderegierung voranzutreiben''* (UZ, 14.12.) — noch hinter das zurück, was die Realpolitiker bei den Grünen vertreten, etwa, wenn der UZ-Kommentator zum Punkt der Friedenspolitik beklagt, die Grüne Bundesversammlung *„meldete nicht ihre Forderungen und Vorstellungen an, was denn bei den bevorstehenden Gesprächen zwischen der Sowjetunion und den USA herauskommen soll''.* Der dabei von den Verhandlungsmächten geforderte Stop und die Rückgängigmachung der Stationierung, Verbot der Militarisierung des Weltraums, konkrete Abrüstungsschritte in Ost und West, ließen sich bequem mit einer regierenden SPD vereinbaren, ohne daß sich an der konkreten Pro-NATO-Politik der Sozialdemokratie hier im Lande irgendetwas zu ändern bräuchte.

Dieser völlig substanzlose Kurs gegenüber der SPD zieht sich durch die DKP-Berichterstattung zu „rot-grünen'' Bündnissen durch. *„Gegen rechts — ja bitte''* titelt der UZ-Kommentator am 1.12.84 und registriert rechte *„Sprengsätze gegen die Zusammenarbeit von SPD und Grünen''.* Das Scheitern solcher Bündnisse *„kann nur die Rechtskoalition erfreuen''.* Oder in der Kritik am Trampert/Bahro-Antrag: *„Die neuen Positionen der SPD in der Friedenspolitik — in der wichtigsten Lebensfrage — nicht als Möglichkeit für politische Aktion zu erkennen, das kann nur der Rechtswende und damit der Raketenpolitik dienen''* (UZ, 1.12.84)

Entsprechend verfolgte die DKP in banger Sorge und mit deutlicher Sympathie für die „Realos'' die hessischen Auseinandersetzungen. „Ausgewogen'' wird angesichts des Scheiterns des Bündnisses an die SPD appelliert: *„Die Nähe dieser Produktionen* (Anm: bei Nukem und Alkem) *zu den Atomwaffen muß von den Sozialdemokraten nicht nur gesehen werden, sie muß auch die SPD zum Widerstand herausfordern!''* Und die andere Seite? *„Auch wenn die Grünen aus Protest gegen diese Politik ihre Zusammenarbeit mit der SPD aufkündigen, ist dadurch das eigentliche Problem keineswegs gelöst''*, schreibt bauernschlau die hessische DKP-Vorsitzende Ellen Weber (UZ, 23.11.84). Warum also nicht weiterhin Bündnisse gegen Rechts, auch wenn es an den Politik-Inhalten nichts ändert? *„Grüne und Sozialdemokraten sollten sich ... im Wirken für eine die Lebensinteressen unserer Bevölkerung schützende und damit notwendigerweise gegen die Konzerninteressen gerichtete Politik zusammenfinden. Das ist das Gebot der Stunde''*, wird in inhaltsleerer Phrase verkündet. Aufatmen wenige Tage später, nach der grünen Landesversammlung in Lich: *„Ganz offensichtlich haben sich bei den hessischen Grünen jene Kräfte durchgesetzt, die eine realistische und verantwortungsvolle Politik auf parlamentarischer Ebene betreiben''* (UZ, 4.12.84).

Wen wundert's, daß ein linkssozialdemokratischer Aufruf der ewigen Die-SPD-von-innen-Veränderer zu Hessen die ungeteilte DKP-Sympathie findet. Was führende Jungsozialisten, Günter Grass, Klaus Staeck, Johanno Strasser, Heidi Wieczorek-Zeul und wie sie alle heißen als *„Architektur einer neuen Politik''*, als *„eine grundsätzliche Umorientierung zu einer neuen sozial und ökologisch verantwortlichen Reformpolitik''* hochjubeln (siehe Aufruf, *„Sie haben Hoffnungen geweckt''*, FR, 7.12.84), ist der — historisch überlebte — erneute Versuch, das Protestpotential in der Bevölkerung in die Reihen der Sozialdemokraten zurückzutreiben, dieses Mal über den „rot-grünen'' Umweg. Kein Wunder, daß ihre Sympathien bei den integrationsbereiten „Realpolitikern'' der Grünen liegen. Deren Geschäft, und kein anderes, nicht einmal das der Stärkung des eigenen Ladens, betreibt letztlich die DKP. Allerdings, neu ist das nicht ...

hr.

Uwe Klußmann:

Ökosozialismus contra Marxismus?

Gerade noch rechtzeitig zum Hamburger Parteitag erschien das Buch der beiden bekanntesten Vertreter des linken Flügels der Grünen, Thomas Ebermann und Rainer Trampert. Das inner- und außerhalb der Grünen von Fans und Kritikern mit Spannung erwartete Werk befaßt sich in den ersten vier Kapiteln mit dem weltweiten und bundesdeutsch-konkreten Zusammenhang von ökonomischer und ökologischer Krise des Kapitalismus. Faktenreich beschreiben die Autoren die Folgen einer Produktionsweise, die durch chlorierte Kohlenwasserstoffe und andere Gifte auf Perspektive die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet. Dabei arbeiten sie das Profitinteresse der Großindustrie an Giftproduktion anschaulich heraus. Diese nützliche Fleißarbeit macht das Buch zu einem sinnvollen Handwerkszeug für jeden, der/die in einer BI, bei den Grünen oder in anderen Zusammenhängen sich mit Umweltpolitik und mit Politik überhaupt befaßt. Ebermann und Trampert vertreten angesichts der ökologischen Krise die Auffassung, der Kapitalismus habe eine *,,qualitativ neue Entwicklungsstufe''* erreicht, und fordern *,,die Einstellung aller chemischen Produktionsverfahren, bei denen Ultragifte als Afallprodukte erzeugt werden''*. In dem Buch werden detailliert die ökologischen Zerstörungen und die Hungersnöte, die das kapitalistische Weltwirtschaftssystem den Ländern der ,,Dritten Welt'' aufzwingt, dargestellt. An Beispielen wird erläutert, wie der Internationale Währungsfonds (IWF) die unterentwickelt gehaltenen Länder zur Tilgung der Schuldenzinsen durch Erpressung zur Reduzierung des Konsums, zur Drosselung der Importe und zur Förderung des Exports immer tiefer ins Elend stürzt. Aus der Analyse dieser Mechanismen des Imperialismus schlußfolgern Thomas Ebermann und Rainer Trampert, daß auch ein sozialdemokratischer Bundeskanzler nichts anderes als ein Sprachrohr der Banken gegenüber der ,,Dritten Welt'' sein könnte, was von den Autoren durch Zitate von namhaften Sozialdemokrten zur Verschuldung der ,,Dritten Welt'' belegt wird.

Dieses Herangehen mit einer materialistischen Analyse der ökologischen und ökonomischen Entwicklung der Weltlage als Voraussetzung für eine Diskussion über das Verhalten der Grünen gegenüber der SPD ist das Hauptverdienst des Buches.

Die Ebermann/Trampertsche Feststellung: *,,Industrie-, Handels- und Bankkapital verdienen gemeinsam an der Ausbeutung und am Hunger der Entwicklungsländer''* ist in diesem Punkt eine Aktualisierung und Bestätigung der Leninschen Imperialismustheorie, auch wenn die Theorien Lenins insgesamt heute kein zentraler Bezugspunkt des Denkens und Handelns der beiden Genossen mehr sind.

nins insgesamt heute kein zentraler Bezugspunkt des Denkens und Handelns der beiden Genossen mehr sind.

Denn Lenins Auffassung, daß *,,der Sozialismus einen bewußten und massenhaften Vormarsch zu einer höheren Arbeitsproduktivität als unter dem Kapitalismus''* erfordert, und daß Sozialismus *,,undenkbar (ist) ohne die großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist''* (Lenin, Werke, Band 27, S.238 und 266) stößt bei ihnen auf heftigen Widerspruch. Die Frage, ob die ökologischen Probleme und Versorgungsprobleme in den sozialistischen Staaten nicht u.a. auch durch das Zurückbleiben in der Arbeitsproduktivität hinter dem Kapitalismus bedingt sind, stellen sich die Autoren nicht. Das von Lenin für die sowjetische Gesellschaft um 1920 propagierte Konzept der tayloristischen, also sehr arbeitsteiligen Arbeitsorganisation läßt sich von Hamburg im Jahre 1984 und dem Standpunkt der ,,ökosozialistischen'' Utopie aus gewiß leicht kritisieren. Ob eine angesichts der heutigen ökologischen Probleme gewiß notwendige andere Art der Produktion der Sowjetunion allerdings bis heute das Überleben gegenüber der ständigen Bedrohung durch den Imperialismus ermöglicht hätte, erscheint mir mehr als zweifelhaft. Auch eine ,,ökosozialisti-

drohung durch den Imperialismus ermöglicht hätte, erscheint mir mehr als zweifelhaft. Auch eine ,,ökosozialisti-

sche'' Ordnung in Osteuropa stünde heute vor dem Problem, ihre Existenz militärisch gegenüber den Kriegsvorbereitungen der NATO sichern zu müssen; allein die dafür nötige Produktion und die zu treffenden Maßnahmen wären beim besten Willen weder basisdemokratisch noch lustvoll zu organisieren. **In diesem Punkt zeigt das Buch seine größte Schwäche: Das Problem der Hochrüstung wird lediglich am Rande gestreift, Entmilitarisierung wird gefordert, die Weltlage jedoch unter diesem Gesichtspunkt nicht analysiert. Auch wenn die Verfasser nie Experten für Friedenspolitik waren, so könnte man von ihnen dennoch erwarten, daß sie, wenn sie von der Gefährdung der Menschheit sprechen, die größte Gefährdung der Menschheit in Gestalt der Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus als H a u p t g e f a h r unserer Epoche deutlich benennen.** Man denke dabei im übrigen nicht nur an die Umweltzerstörung durch Manöver und Atombombentests sowie an die Geldmittel, die für die Rüstung verloren gehen, sondern auch an die durch Rüstungsforschung ,,lahmgelegten'' Massen an Wissenschaftlern. Schon diese Tatsache belegt entgegen allen ökologistischen Unkenrufen die Aktualität der Marx'schen These, daß der Kapitalismus die Entfaltung der Produktivkräfte b e h i n d e r t. Die Vernachlässigung der Problematik von Krieg und Frieden in dem Buch beinhaltet zugleich den Verzicht auf eine differenzierte Einschätzung des Gesellschaftssystems und der internationalen Rolle der USA einerseits und der UdSSR und der mit ihr verbündeten Staaten andererseits. In knappen und eher oberflächlichen Anspielungen auf ökologische Probleme, Arbeitslosigkeit und Suff in osteuropäischen Ländern vertreten die Verfasser mehrfach eine Gleichsetzung der Länder des Kapitalismus und des realen Sozialismus. Auch wenn die Autoren ansonsten in der Friedensfrage nicht die These von den beiden gleich schlimmen Supermächten vertreten, leisten sie dieser These dennoch in ihrem Buch durch eine weitgehende Ausklammerung der Friedensfrage Vorschub.

Treffend analysieren Ebermann/-Trampert die gesellschaftliche Realität dieses Landes und ihre Entwicklung in den Kapiteln über die neuen Technologien und die neue Armut in der BRD. Mit ihrer These jedoch, daß die in den

den Kapiteln über die neuen Technologien und die neue Armut in der BRD. Mit ihrer These jedoch, daß die in den

Gewerkschaften organisierte Arbeiterbewegung *,,keine systemsprengende Kraft''* ist, setzen sie den Status Quo als stabil voraus, was durchaus im Widerspruch steht zu ihrer Analyse des kriselnden Weltwährungssystems. An die These von der auch auf die Zukunft gesehen systemkonformen Arbeiterbewegung schließt sich bei ihnen die Spekulation an, durch die Ausbreitung der Bildschirm-Heimarbeit würden die Gewerkschaften *,,als Bewegung zerschlagen''*, und damit würden *,,die neuen sozialen Bewegungen zum historisch einzig relevanten Träger auch noch des proletarischen Klassenkampfes''*. Einmal abgesehen davon, daß Ebermann und Trampert den gesamtgesellschaftlichen Umfang der neuen Heimarbeit in dieser These m.E. überschätzen, erklären die Autoren nicht, warum von den derzeit eher in Strategiepapieren und Büchern existierenden spontanen Bewegungen mit der Basis in den neuen Mittelschichten m e h r gesellschaftlich verändernde Kraft zu erwarten sein soll als von den Angehörigen der Klasse, die die Werte schafft, die die Veränderungen in der Produktion und die Ausbeutung täglich spürt und mit der Verschärfung der Krise des imperialistischen Weltsystems noch mehr spüren wird. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung haben die Verfasser, was die SPD und den DGB nach 1945 anbelangt, wichtiges Material zusammengetragen und treffend analysiert. Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung aber, der die beiden Autoren sich in ihrer Jugend zeitweise verbunden fühlten, haben sie entgegen ihrer hoffnungsvollen Bemerkung im Einband (**,,Es ist eine Unsitte, neue Erkenntnisse nicht mit der Kritik der ehemaligen Sichtweise zu begründen''**) kaum Bemerkenswertes zu Papier gebracht. Der noch interessanten Bemerkung, daß der *,,militärisch organisierten Fabrikarbeit''* der *,,Gleichschritt der Arbeiterbewegung mit dem uniformierten Ernst Thälmann an der Spitze''* entsprochen habe, folgt zur Politik der KPD nach 1945 nur der aus bürgerlichen Darstellungen vertraute Schnack, die KPD habe *,,mit ihrer Propagierung des Sowjet-Modells unter Stalin auf verlorenem Posten''* gestanden. Die Repression der Adenauer-Regierung fällt dabei als Faktor unter den Tisch. Und warum die KP Italiens und die KP Frankreichs trotz Stalin-Kult g e s t ä r k t aus den 30er und 40er Jahren hervorgingen, läßt sich mit solch einer grobschlächtigen These wohl auch kaum klären.

Ökosozialistische Thesen: Mit Marcuse und Fromm gegen Marx und Engels

,,Ökologische Krise und gesellschaftliche Umwälzung — Zwölf Thesen'' heißt ein kurzes, aber zentrales Kapitel des Buches. In der ersten These steht wörtlich: **,,Die Menschheit zerstört gegenwärtig ihre natürlichen Lebensgrundlagen''**. Auch wenn dies *,,offensichtlich mit den inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu tun hat''* (These 2), so wird doch nicht eindeutig der Imperialismus als Verantwortlicher benannt, arbeiten die Autoren hier b e w u ß t (was sie selbst in dem Buch erläutern) mit einem Gattungsbegriff, der die klassenmäßige Verantwortung der Monopolbourgeoisie für die ökologische Krise vernebelt. Thomas Ebermann und Rainer Trampert stehen mit ihren Positionen heute dem Inhalt von Rudolf Bahros Rede auf dem Karlsruher Gründungsparteitag der Grünen anno 1980 näher als der damals von der legendären Gruppe ,,Z'' vertretenen Kritik daran (vergl. Z-Sondernummer, Alternative Wahlbewegung nach Karlsruhe, 1.2.1980).

Grundlage für das Gattungs-Gerede ist bei den beiden Autoren die Behauptung, die marxistischen Theoretiker einschließlich Engels hätten einen *,,ungerechtfertigten Optimismus''* vertreten, was die Erkenntnismöglichkeiten und technologischen Möglichkeiten anbelangt, zerstörerische Auswirkungen der Produktion zu vermeiden. *,,Die gewaltige Palette z.B. neuer chemischer Produkte und ihrer unübersehbar vielfachen Wirkungszusammenhänge''*, so unser Autorengespann, *,, hat einen eskalierenden Vorsprung von angewendeten Möglichkeiten menschlicher Produktion gegenüber den Erkenntnissen ihrer Folgewirkungen gebracht''*. Das angesprochene Problem besteht real n i c h t darin, daß Substanzen e r f u n d e n werden, deren Wirkungen auf den menschlichen Körper nicht genau bekannt sind (dies Problem gab es schon im Mittelalter), sondern darin, daß alle möglichen Stoffe von der chemischen Industrie massenhaft p r o d u z i e r t und aus Profitgründen in Umlauf gebracht werden. Daß wir die Wirkungen vieler Substanzen heute noch

Fortsetzung nächste Seite

3. Zum Parteitag der Grünen am 7. Dezember in Hamburg erscheint im KONKRET LITERATUR VERLAG unter dem Titel »Die Zukunft der Grünen — Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei« ein Manifest, das die beiden Exponenten der öko-sozialistischen Strömung bei den Grünen verfaßt haben: Rainer Trampert, Vorstandssprecher der grünen Bundespartei, und Thomas Ebermann, zuletzt Sprecher der grün-alternativen Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Schon einmal stand am Beginn einer neuen sozialen Bewegung die Schrift eines Duumvirats, vor 136 Jahren. Es darf geprüft werden, ob sich hier die Geschichte wiederholt — und wenn ja: als was.

Die Zukunft der Grünen

Erscheint am 7.12., 288 Seiten, 24 Mark

aus: ,,Konkret'', 12/84



Fortsetzung von vorheriger Seite

nicht kennen, heißt im übrigen noch keinesfalls, daß wir sie nicht morgen kennen können. Noch vor 150 Jahren waren z.B. auch Impfstoffe gegen Krankheiten wie Typhus, Gelbsucht oder TBC unvorstellbar. **Auf der philosophischen Ebene bedeutet die von Ebermann und Trampert vertretene Kritik an Friedrich Engels letztlich das Bestreiten der Erkennbarkeit der Welt — und damit die Aufgabe der marxistischen Erkenntnistheorie.** Von dieser heutigen Position der beiden Genossen aus ist der Weg zum Idealismus und Subjektivismus, und auch zum Mystizismus eines Rudolf Bahro, weniger weit, als mancher annehmen mag. Dazu m u ß es natürlich nicht unbedingt kommen. Zumal ich die Autoren und ihre politische Arbeit insgesamt sehr schätze, möchte ich daher über den konkreten zukünftigen politischen Weg der Beiden ebenso wenig spekulieren, wie sie selbst über die konkreten Durchsetzungschancen ihrer Politik in der grünen Partei. Wenn in den „Thesen" von *„jeder zukünftigen Gesellschaft Momente des bewußten Verzichts und Abschied von liebgewordenen Gewohnheiten"* verlangt wird, wenn an der heutigen Gesellschaft frei nach dem bürgerlichen Philosophen Erich Fromm *„die Reduktion aller Bedürfnisse auf das reine Haben"* kritisiert wird, dann fordern die beiden gewiß keine Senkung der Sozialhilfesätze, lassen aber dennoch sehr unbestimmt, was das konkret bedeuten soll; nur Fleischkonsum und Plastetüten werden in diesem Zusammenhang von ihnen erwähnt.

Manfred Jendryschik

Die Unsrigen, sagt Uljanow

wählbar jederzeit, von den Beteiligten, aber
wer wär's da nicht, abzusetzen
bei mäßiger Arbeit, immer, wie sonst
solln sie lernen, das gibt ein Rennen
nicht nur durch die Korridore, Rennen
ist gut, der rannte der erkennt's. (Auch
der Lohn bewegt sich, zueinander, dies
nebenbei.) Viele, dann alle, üben sich
in größeren Hallen am Gerät, sagt er, namens
Staat, vom vielen Begreifen
sich
in größeren Hallen am Gerät, sagt er, namens
Staat, vom vielen Begreifen
bleibt's
rostfrei. Das Bedürfnis wird
Fähigkeit, Fähigkeit Bedürfnis, einer ist
der andere wie er selbst, weg mit den Utopien
sagt Uljanow, die Kugel schon im Leib

aus: Manfred Jendryschik:
Die Ebene,
Halle-Leipzig (DDR) 1980, S.75
(in der BRD erschienen bei Suhrkamp)

Hier könnte man zu ihrer Verteidigung noch einwenden, daß ein Mehr an industriell produziertem Konsum für die Gesamtheit der Bevölkerung in den imperialistischen Metropolen (mit Ausnahme der heute verarmten Teile) nach einer gesellschaftlichen Umwälzung und der Beendigung der Ausbeutung der „Dritten Welt" tatsächlich unwahrscheinlich ist. Wenn Ebermann und Trampert aber mit Herbert Marcuse gegen Marx die These *„Technik ist Herrschaft"* aufstellen, dann führt diese These zu einer Unterschätzung der Frage der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln, was sich in dem Buch auf eine in sich widersprüchliche Weise niederschlägt. So wird in den „Thesen" (Nr.2) behauptet, der real existierende Sozialismus beweise, *„daß eine bestimmte Überwindung des Kapitalismus, die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln (!), keine Lösung der Krise der äußeren Natur erbringt"*. An anderer Stelle des Buches (S.240) wird jedoch betont, daß die angestrebte ökologische Gesellschaft *„unweigerlich die Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln voraus(setzt)"*. Ein paar Seiten davor ist wiederum von der Notwendigkeit einer *„Politik des schrittweisen Umbaus der heute zerstörerischen Produktionsweise"* die Rede, was ohne weiteres eine reformistische Interpretation ermöglicht. Eine Schwäche der Thesen von Thomas Ebermann und Rainer Trampert besteht in diesem Zusammenhang auch darin, daß sie bei aller Kritik am realen Sozialismus nicht konkretisieren oder definieren, was „reale Vergesellschaftung" für sie heißt. Die im Sindelfinger Programm der Grünen enthaltene Forderung nach „Selbstverwaltung" wirft gerade auch unter ökologischen Gesichtspunkten das Problem auf, wie verhindert werden kann, daß sich die selbstverwalteten Betriebe in der Volkswirtschaft als Konkurrenten begegnen, mit allen vom Kapitalismus her bekannten Folgen von A wie Arbeitslosigkeit bis Z wie Zerstörung der Umwelt. Ein Blick auf die „Arbeiterselbstverwaltung" in Jugoslawien zeigt, daß dies kein rein theoretisches Problem ist.

Bewegungspartei ohne Bewegung?

Was die Vorschläge für die konkrete Taktik der Grünen anbelangt, so propagieren die Verfasser die bekannten und sinnvollen Positionen der Hamburger GAL, inklusive einer Tolerierungstaktik gegenüber der SPD bei entsprechender parlamentarischer Konstellation. Dazu stellen sie fest: *„Es gibt gegenwärtig keinen Weg für die Grünen, grundlegend neue Weichenstellung gegen die eskalierenden ökologischen Schäden, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und des sozialen Elends und gegen die aggressive NATO-Politik durchzusetzen"*. Soweit, so gut, und wäre ich nicht so ein mißtrauischer Dogmatiker, dann würde ich mir über das Wörtchen „gegenwärtig" — jedenfalls gegenwärtig — noch keine Gedanken machen und es auch nicht gegen die drei Worte „in diesem System" austauschen wollen.

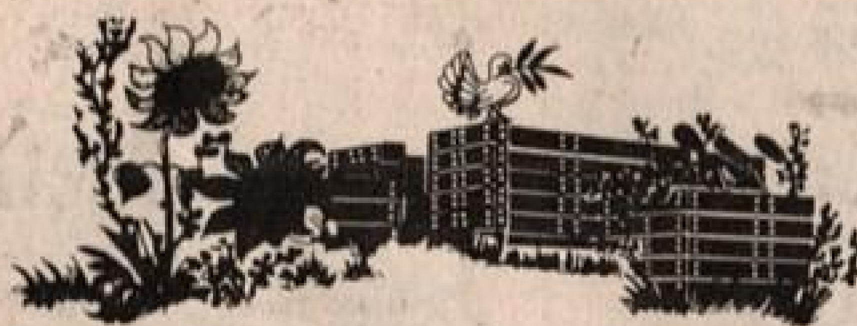
In den (dürftigen) staatstheoretischen Aussagen ihres Buches haben die beiden Autoren nicht zum ersten Mal bei dem französischen Theoretiker Nicos Poulantzas („Staatstheorie", VSA-Verlag) abgekupfert. Es gebe *„keine wirklich empanzipatorische Politik, die sich über den Staat verwirklichen kann"*. Den Parlamenten, so ist zu lesen, komme als *„zentralen Organen für die Bildung des politischen Willens in und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften besondere Wichtigkeit zu"*. Diese Position unterschätzt nicht nur die Repressionsfunktion des heutigen Staates, sie blockiert auch jegliche Diskussion über die Notwendigkeit der Verhinderung konterrevolutionärer Aktionen der bourgeoisen Klassenkräfte nach einer erfolgreichen gesellschaftlichen Umwälzung. Diese Thematik scheint mir aber gerade angesichts der von den Autoren nur beiläufig erwähnten chileni-
erfolgreichen gesellschaftlichen Umwälzung. Diese Thematik scheint mir aber gerade angesichts der von den Autoren nur beiläufig erwähnten chileni-
schen Erfahrungen heute noch wichtiger als Debatten über die Berechtigung von Beefsteaks im Sozialismus.

Wenn die beiden Autoren von den Grünen eine *„mutige radikale Politik"* fordern, so sollte dies jeder um Politikfähigkeit bemühte Linke nicht nur begrüßen, sondern auch als Einladung zur Einmischung verstehen. Und wenn die Buchautoren von der Notwendigkeit des *„Mitkämpfens in den Bewegungen"* sprechen, berühren sie heute die Achillesferse der Grünen Partei. Denn die Grüne Partei kann eine solche systemverändernde Politik nicht mit ihren 32.000 Mitgliedern allein und schon gar nicht von den Abgeordnetenstühlen aus machen, durchhalten und schließlich auch durchsetzen. Auch der von den Autoren zutreffend hervorgehobene wachsende Anteil junger Arbeiter an der Wählerschaft der Grünen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grünen heute nahezu eine reine Parlamentspartei sind, die ohne den von den bürgerlichen Politikern vielgeschmähten „Druck der Straße" Gefahr läuft, der SPD und damit diesem System auf den Leim zu gehen. Denn trotz allen Nutzens, den die Existenz grüner Parlamentsfraktionen heute mit sich bringt, sitzt die Kraft, die die Verhältnisse einmal zum Tanzen bringen wird, nicht im Bonner Hochhaus am Tulpenfeld.

Unser Gastautor Uwe Klußmann ist Mitglied der Grünen und ehemaliger Mitarbeiter der Zeitschrift „Moderne Zeiten".



Thomas Ebermann,
Rainer Trampert:
Die Zukunft der Grünen,
Konkret-Literatur-Verlag,
280 S., 24 DM



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG · Bundeshaus · 5300 Bonn

DIE GRUNEN IM BUNDESTAG

5300 Bonn
Bundeshaus
Fernruf 16-7583
Telex 885589 gruen d

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Die im letzten AK begonnene Übersicht über Aktivitäten der Grünen im Bundestag soll hier fortgesetzt werden. Selbstverständlich stellen die dokumentierten Anfragen und Erklärungen nur einen kleinen Ausschnitt des parlamentarischen Alltags der Grünen dar.

„Einstiegsdroge" Rogers-Plan

Zur Annahme des Rogers-Plan durch die NATO erklärt der Obmann der Grünen im Verteidigungsausschuß, Roland Vogt: *„Ein Kriegsführungskonzept wie das des Rogers-Plans erhöht die Gefahr der Eskalation hin zum Atomkrieg. Daran ändern auch die Beteuerungen des Namensgebers nichts, der NATO-Plan diene der Anhebung der nuklearen Schwelle. (...) Die Unterschiede zwischen Rogers-Plan und Air-Land-Battle-Konzept (ALB) der US-Streitkräfte sind geringer als vom NATO-Oberbefehlshaber ständig propagiert wird. Beide Konzepte sind verknüpft durch die Absicht und Fähigkeit, dem Gegner in der Tiefe seines Raumes vernichtende Schläge zuzufügen. (...) Der Rogers-Plan dient zugleich als Beruhigungspille und als Einstiegsdroge für offensive US-Doktrinen in die NATO-Planungen."* Am 29.11. haben die Grünen zu Rogers-Plan und ALB eine Große Anfrage eingereicht.

In einer Erklärung vom 6.12. nehmen die Grünen Stellung zu den Ergebnissen der NATO-Tagung in Brüssel und zur Militärpolitik der SPD: *„Da hat die NATO mal wieder Muskeln gezeigt. Die eklatanten 'Lücken in der Verteidigung' sind geschlossen, die Luftverteidigung wird verstärkt, die Munitionsvorräte drastisch aufgestockt, die Maßnahmen für Infrastrukturvorhaben in den nächsten fünf Jahren verdoppelt. Daß dies alles der Kriegsführung dient und schon heute dringend notwendige Investitionen im*
turvorhaben in den nächsten fünf Jahren verdoppelt. Daß dies alles der Kriegsführung dient und schon heute dringend notwendige Investitionen im
Sozial- und entwicklungspolitischen Bereich verhindert, erfährt der interessierte Zeitgenosse nur am Rande. (...) Die Grünen im Bundestag werden diesem NATO-Aufrüstungskurs massiv entgegentreten; die Vorbereitung des Austritts aus der NATO für die Bundesrepublik wird immer dringender. Die Friedensbewegung ist aufgefordert zu handeln, und die SPD muß eindeutig klarlegen, wo sie steht. (...) Letzten Freitag war das Gegenteil der Fall: Der Antrag der Grünen im Bundestag, den Rogers-Plan abzulehnen, wurde mit den Stimmen der SPD im Bundestag abgelehnt. Sie stört sich offensichtlich am Verfahren, nicht am Inhalt. Eine Zustimmung der SPD zum Rogers-Plan aber wäre die zweite historische Fehlentscheidung nach dem Anstoß zur Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenraketen Mitte der 70er Jahre."

Weiterverarbeitung von Atomwaffen

Auch zu der am Beispiel von NUKEM in Hessen deutlich gewordenen forcierten *„friedensgefährdenden Verbreitungspolitik und nationalen Aufstockung von Bombenrohstoffen"* haben die Grünen eine Große Anfrage in den Bundestag eingebracht. In einer Erklärung dazu wird auf die Kontinuität bundesrepublikanischer Atomexportpolitik hingewiesen: *„Schon lange vor dem Machtantritt der Unionsparteien Ende 82 hatte die sozialliberale Koalition mit ihrer skrupellosen Atomexportpolitik (Brasiliengeschäft 1975) die internationale Öffentlichkeit aufgeschreckt und bei der Weiterverbreitung von Atomwaffen Schützenhilfe geleistet. Bevorzugte nukleare Handelspartner sind seitdem immer noch die Länder, die den Atomwaffensperrvertrag nachdrücklich ablehnen: Brasilien, Argentinien, Pakistan, Südafrika. Die Grünen im Bundestag fordern im Bereich der Weiterverbreitungspolitik die SPD auf, endlich eine geradlinige Haltung bei der Abwehr der Zimmermannschen Bestrebungen an den Tag zu legen. Weil die Weiterverbreitung von Atomtechnolgien nicht getrennt werden kann von der Weiterverbreitung von Atomwaffen, fordern die Grünen im Bundestag ein Exportverbot für alle nuklearen Erzeugnisse."*

Grüne Mittelamerika-Politik

Auf eine mögliche versteckte Unterstützung der Bundesregierung für den Unternehmerverband **El Salvadors** ANEP auf dem Wege der *„Entwicklungshilfe"* weisen die Grünen in einer Erklärung vom 22.11. hin: *„Der extrem rechtsorientierte salvadoreanische Unternehmerverband -ANEP- hat sich am 21.11.84 massiv gegen ein zweites Dialogtreffen zwischen dem salvadoreanischen Präsidenten Duarte und der Befreiungsbewegung FDR/FMLN ausgesprochen. Laut ANEP sei die derzeitige militärische Situation für die Streitkräfte von Vorteil, weswegen die Fortführung des Dialogs nur der Befreiungsbewegung nützen könnte. (...) Die Grünen fragen in diesem Zusammenhang die Bundesegierung, ob Teilzuwendungen der 50 Mio. DM Entwicklungshilfe, wie z.B. Warenhilfe im Wert von ca. 30 Mio. DM in El Salvador Wirtschaftssektoren zugute kommen, die dem rechtsextremen Unternehmerverband angeschlossen sind oder mit ihm kollaborieren. Die Grünen weisen darauf hin, daß eine direkte oder indirekte Unterstützung für diese Sektoren einer direkten Stärkung derjenigen Gruppen gleichkommt, die eine politische Lösung des Konflikts in El Salvador ablehnen und eine Verlängerung und Massierung des Krieges favorisieren."*

„Um eine angemessene Antwort auf die aktuelle und noch zu erwartende Eskalation der USA gegen Nicaragua
vorisieren."
„Um eine angemessene Antwort auf die aktuelle und noch zu erwartende Eskalation der USA gegen Nicaragua
geben zu können",haben die Bundestagsgrünen zusammen mit grünen Europaparlamentariern einen *„Krisenstab Nicaragua/Zentralamerika"* konstituiert. Zum Auftakt von weiteren Solidaritätsaktionen *„fährt heute (15.11.; Anm.AK) die gesamte Fraktion der Grünen im Bundestag zur Botschaft der USA, um unter dem Motto 'Kein zweites Vietnam in Nicaragua' ein Protestschreiben zu übergeben. Während dieser Aktion ruht die sonstige Fraktionsarbeit."*

Zu den *„Wahlen in* **Grenada***: Ein Jahr nach dem Überfall — Fortsetzung der US-Politik mit zivilen Mitteln"* erklärt Gaby Gottwald: *„Ein Jahr nach dem US-Überfall auf Grenada haben dank der 'Hilfe' der Saubermänner des 'freien Westens' in Grenada Wahlen stattgefunden, deren Ergebnis die Kontinuität einer den USA wohlgesonnenen Politik garantiert. Die Wahlen haben damit den ihnen von außen zugedachten Zweck erfüllt. (...) Die Präsenz der ausländischen Invasionstruppen während der Wahlen war eine eindeutige Beeinflussung der Wähler, indem so darauf hingewiesen werden sollte, daß ein Wiedererstarken der Maurice-Bischop-Bewegung ein erneutes militärisches Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten in der Karibik provozieren würde. (...) Die zukünftige Regierung Grenadas wird die Forteхistenz US-amerikanischer Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen auf Grenada und in der Karibik garantieren. Sie wird für ein günstiges Investitionsklima US-amerikanischer Firmen Sorge tragen, Reprivatisierungen vorantreiben und den Ausverkauf der Insel forcieren... "*

Diplomatie: Hochrangige sowjetische Delegation" bei den Grünen im Bundestag

Im November besuchte eine offizielle sowjetische Delegation, der auch Mitglieder des Obersten Sowjet angehörten, die grüne Bundestagsfraktion. *„Nach Ansicht der Grünen kam diesem Besuch der sowjetischen Delegation eine unerwartete zusätzliche Bedeutung zu, nachdem im Nachklang der durch politische Leichtfertigkeit verspielten Möglichkeit zu Gesprächen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem Staatsratsvorsitzenden Honecker nun auch durch mangelnde Sorgfalt in der Vorbereitung der Besuch von Außenminister Genscher in der Volksrepublik Polen geplatzt ist."* Diskutiert wurden *„Fragen der Situation Europas nach der Raketenstationierung sowie außenpolitische Fragen, speziell zum Internationalen Währungsfonds und der Situation der Länder Lateinamerikas"*. Zu den Differenzen bzw. Übereinstimmungen wurde nichts mitgeteilt.

Flick

In einem Artikel für die „Heilbronner Stimme", der über die Bundestagsfraktion als Pressemitteilung verteilt wurde, macht sich MdB Willi Hoss Gedanken zu den *„Schlußfolgerungen aus dem Flick-Skandal"*. Auch bei *„gläsernen Taschen"* der Abgeordneten würde sich nichts Grundlegendes ändern: *„Es bliebe weiter das Problem zu klären, wie die Spitzen der Industrie wirtschaftliche und finanzielle Macht ausspielen und hinter der Parlamentskulisse wichtige Fäden ziehen und Parlamentsentscheidungen beeinflussen. Meiner Meinung nach gilt es, auch diesen Vorhang zu öffnen und zu zeigen, wie unsere parlamentarische Demokratie funktioniert, wenn sich zuvor die Herren von Henkel, Flick, Oetker und Daimler-Benz getroffen und sich über Steuerpolitik, Mitbestimmung, Verkehrs- und Energiepolitik, über Subventionen oder Export in die 3.Welt abgesprochen haben. (...) Aus unserer Sicht ergibt sich die über 'gläserne Taschen' hinausreichende Auf-*
Subventionen oder Export in die 3.Welt abgesprochen haben. (...) Aus unserer Sicht ergibt sich die über 'gläserne Taschen' hinausreichende Auf-
gabe, die Macht- und Einflußmöglichkeiten solcher Konzerne wie des Flick-Unternehmens durch Entflechtung, durch den Ausbau des Kartellrechts und erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer unter Kontrolle der Bürger und ihrer Parlamente zu bringen."

16,8 Mrd. DM für die Entgiftung der Umwelt

Einsparungen im Bundeswehr-Haushalt in Höhe von 18 Mrd. DM sollen ein 16,8-Mrd.-*„Entgiftungsprogramm"* finanzieren, das die Grünen *„als Schwerpunkt ihrer Anträge zur zweiten Lesung des Bundeshaushalts 1985"* vorgelegt haben. *„Die Maßnahmen erstrecken sich sowohl auf kompensative als auch auf vorbeugende Maßnahmen und umfassen Forschungsprojekte, Subventionen und Beihilfen. (...) So werden allein für den Bereich Energieversorgung — sie trägt einen hohen Anteil der Schadstoffemission — 7,665 Mrd. DM veranschlagt. Die Mittel dienen der Energieeinsparung (ca. 1,5 Mrd. DM), der Kohleentschwefelung (300 Mio. DM), der Umrüstung von Kraftwerken und Industriebrennanlagen zur Verringerung des Schwefeldioxid- und Stickoxidausstoßes (2,31 Mrd. DM), der Förderung der Wirbelschichttechnologie (1,7 Mrd.DM), dem Umbau der Energieversorgungsstrukturen (dezentrale Nah- und Fernwärmenetze; 2,3 Mrd. DM) und der Förderung von Forschung und regenerativer Energieträger ca. 450 Mio. DM. Erhebliche Mittel sollen auch für die Veränderung der Produktion in der Chemieindustrie aufgewendet werden, um giftige Abfallprodukte und Emissionen zu begrenzen."*

Das Entgiftungsprogramm ist neben der Forderung nach Einsparungen im Verteidigungs-Etat und dem Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut der dritte Schwerpunkt grüner Alternativen zum Bundeshaushalt 1985.

AL Westberlin:
Haltung zur SPD noch nicht entschieden

Am 10.März 1985 werden die Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus sowie zu den zwölf Bezirksparlamenten stattfinden.

Besonders gründlich bereiteten sch die Mitglieder der Alternativen Liste (AL) auf das kommende Ereignis vor: sie absolvierten insgesamt neun Mitgliederversammlungen, um sich ein neues Programm zuzulegen, die Kandidatinnen und Kandidaten fürs Abgeordnetenhaus zu wählen und ihr Verhältnis zur SPD zu klären. Inmitten dieser anstrengenden Tage ging es schon fast unter, daß anstelle von Rebekka Schmidt (Mitglied des Bundesvorstandes der ,,Grünen'') nunmehr der Rechtsanwalt Christian Ströbele rotierender Nachfolger für den Bundestagsabgeordneten Dirk Schneider werden wird.

AL-intern standen vor allem in der AL traditionsgemäß sehr kontroverse Debatten um ein neues Friedensprogramm und die ,,Berlin- und Deutschlandpolitik'' im Mittelpunkt des Geschehens, sowie das Verhältnis zur SPD.

Schlagzeilen machte die AL jedoch zunächst im harmlos klingenden Programmteil ,,Verkehrspolitik'', weil die Mitgliederversammlung mit dem denkbar knappen Ergebnis von 75:72 Stimmen eine ,,autofreie'' Stadt als langfristiges Ziel festschrieb. Springers ,,BZ'' kochte: ,,*Der Irrsinn des Jahres*'' hieß der Aufmacher auf der Titelseite, die AL wolle ,,*aus Berlin eine Geisterstadt machen*''. Die AL-Forderung würde bedeuten, daß ,,*Berlin ... einen Riesen-Rückwärtssprung zurück ins Mittelalter*'' machen solle: ,,*Jeder Berliner soll sein Auto verschrotten lassen und Total-Fußgänger werden*''. Was nimmt es da noch Wunder, wenn die ,,BZ'' die ,,Erfinder'' des ,,autofreien Irrsinns'' lieber in einer ,,Nevenklinik'' sehen würden und die AL kurzerhand für verrückt erklärt?! (,,BZ'', 6.11.84)

Die ,,Bild''-Zeitung ließ den guten Deutschen zu Wort kommen: ,,*Wir haben doch nicht den 11.11., den Karnevalsbeginn*''. Die Forderung nach einem ,,autofreien Berlin'' bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel und Einführung des Nulltarifes bis 1995 klärte aber — zum Schrecken so mancher AL-Realpolitiker — sogleich schon das Verhältnis zur SPD, die ebenso wie das Haus Springer prompt reagierte. Die AL sei, so ein SPD-Sprecher, ,,*anhaltend politikunfähig*'' und es mangele ihr an ,,*Realitätssinn*'' (,,Taz'', 7.11.84.).

Und daß ein Wahlerfolg schlicht den Untergang der Front-Stadt bedeuten würde, stand für die Westberliner CDU spätestens dann fest, als die AL den ,,*Terroristen*'' (,,Bild''-Schlagzeile) Gerald Klöpper für ein Mandat im Abgeordnetenhaus nominierte. Klöpper wurde bekanntlich im Zusammen-
den ,,*Terroristen*'' (,,Bild''-Schlagzeile) Gerald Klöpper für ein Mandat im Abgeordnetenhaus nominierte. Klöpper wurde bekanntlich im Zusammen-
hang mit der Lorenz-Entführung und der Erschießung des Kammergerichtspräsidenten von Drenckmann nach §129a verurteilt, aber vorzeitig aus der Haft entlassen. Der CDU wird jedoch erspart bleiben, daß Gerald Klöpper tatsächlich ins Parlament einzieht: noch immer werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt und die rechtlichen Aussichten auf eine Revidierung stehen nach Angaben seines Anwalts eher schlecht.

SPD: nein danke?

Die Demoskopen sagten im November 84 als Westberliner Wahlergebnis voraus: CDU 45,7%, SPD 35,8% und AL 14,6% — FDP draussen. Alle diese Umfragen haben zum Ergebnis und alle Parteien gehen davon aus, daß es in Westberlin zu einer rechnerischen Mehrheit von SPD und AL kommen wird. Der Spitzenkandidat der SPD, Rechtsaußen Apel, steht nun wahrlich nicht für ,,rot-grüne'' Experimente: ,,*Eine Politik in der Regierungsverantwortung ist mit solch einem Partner* (AL) *nicht möglich*'', erklärte er auf dem SPD-Landesparteitag (,,Spiegel'', 19.11.84). So wird denn auch von den bürgerlichen Medien erwartet, daß Apel nach den Wahlen eher dazu bereit sein wird, die vorraussichtlich stärkste Fraktion — die CDU — zu ,,tolerieren'', wenn nicht gar eine ,,große Koalition'' vorzuziehen. SPD-Apel versucht auch gar nicht erst, seinen Wahlkampf darauf auszurichten, Stimmen aus dem AL-Lager zurückzuholen, sondern bemüht sich, der CDU Stimmen wegzunehmen. Letztes Beispiel dafür ist Apels Donnerwetter gegen einige linke SPD-Kreisverbände, die sich an einer Anti-Reagan-Demonstration beteiligt hatten. Apel: ,,Schweinerei''.

Während Apel also v o r den Wahlen eine klare Position vertritt, lagen der Mitgliederversammlung der AL vier relevante ,,Leitanträge'' zur Gretchenfrage vor:

(1) Ein Antrag des ex-Abgeordneten Michael Wendt und des Abgeordneten Jürgen Wachsmuth, in dem zunächst die dreieinhalbjährige Oppositionszeit der AL und der SPD bilanziert wird. Fazit: es gebe keine Anzeichen einer grundsätzlichen Neuorientierung der SPD für eine veränderte Stadtpolitik, in allen wichtigen Fragen sind Übereinstimmungen zwischen AL und SPD ,,*äußerst gering*'', die ,,*politischen und programmatischen Vorstellungen der AL sind mit d i e s e r SPD nicht durchsetzbar*''. Aus diesen Gründen werden mögliche ,,Tolerierungs''-Verhandlungen zwischen AL und SPD n a c h den Wahlen ausdrücklich a u s g e s c h l o s s e n, denn ,,*wer von der AL verlangt, daß sie einen Senat d i e s e r SPD toleriert, verlangt eine andere AL...*''. Logische Konsequenz dieses Antrags: die AL wird auch nach den nächsten Wahlen weiterhin eine ,,*aktive Oppositionspolitik*'' betreiben.

(2) Aus einer scheinbar völlig entgegengesetzten Richtung formulierten vier jetzige Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus (Bernd Köppl, Dieter Kunzelmann, Kordula Schulz, Christiane Zieger) sowie Helmut Asche einen Antrag, in dem ,,*für den Fall einer rechnerischen Mehrheit von AL und SPD ... öffentliche Verhandlungen*'' mit der SPD gefordert werden. Nach solchen Verhandlungen sollte eine Mitgliederversammlung der AL über die Ergebnisse diskutieren und entscheiden, ob sie einen SPD-Minderheitssenat tolerieren würde oder nicht. Zwar enthält der Antrag die Verhandlungsschwerpunkte über ,,notwendige Veränderungen'' der Westberliner Stadtpolitik — sogenannte ,,deadlines'' jedoch werden n i c h t genannt.

(3) Ein dritter ,,Leitantrag'' aus den Reihen der ,,Alternativen Sozialisten'' (ALSO) und anderen liegt scheinbar in der ,,Mitte'' der beiden erstgenannten Anträge.

Die Verfasser/innen stellen zunächst einmal fest, daß es ,,*keine Mehrheit für eine andere Politik, keine Mehrheit links von der CDU*'' gebe. Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Krise erfordere hingegen ,,*radikale, aber gleichwohl 'immanente' Sofortmaßnahmen*'', die von den Antragsstellern so zugeschnitten sind, daß sie ,,*finanzierbar*'' seien und ,,*in einer Legislaturperiode*'' eingeleitet werden könnten. Bei den dann folgenden ,,Sofortmaßnahmen'' in allen stadtpolitisch relevanten Bereichen wird darauf verwiesen, daß es sich um ein ,,Ge-
fortmaßnahmen'' in allen stadtpolitisch relevanten Bereichen wird darauf verwiesen, daß es sich um ein ,,Ge-
samtkonzept'' handele, das ,,*einen realistischen Einstieg in stadtpolitische Strukturveränderungen zur Debatte stellt*''. Die Antragssteller/innen wären ,,jederzeit bereit'', mit der SPD Gespräche zu führen. — auf Basis des ,,Sofortprogramms''. Aber: ,,*Die Tolerierung einer SPD Minderheitsregierung erscheint uns angesichts des gegenwärtigen Zustands der Partei als keine ernsthaft zu erwägende Fragestellung.*''

(4) Ein weiterer Antrag, der in der AL gemeinhin als ,,Tiergartener'' Antrag die Runde macht, lehnt sich zunächst eng an den ersten Antrag von Wendt/Wachsmuth an, zieht jedoch eine andere Konsequenz: während Wendt/Wachsmuth aus den bisherigen Erfahrungen gemeinsamer parlamentarischer Opposition von AL und SPD schlußfolgern, daß mit ,,d i e s e r'' SPD nichts gehe und daher auch Tolerierungsgespräche rundweg abgelehnt werden, möchten die ,,Tiergartener'' es der SPD nicht ganz so leicht machen. Sie schätzen eine Einigung in möglichen Tolerierungsverhandlungen mit der SPD zwar ,,*ziemlich gering*'' ein, sperren sich aber auch nicht gegen solche Verhandlungen. Entscheidend sei dabei der ,,*Prozeß der öffentlichen Auseinandersetzung*'' und die ,,*Chance, ihre Vorstellungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Unterschiede zur SPD herauszuarbeiten und*'' — bei einem Scheitern der Verhandlungen seitens der AL — ,,*dies für möglichst viele Menschen nachvollziehbar begründet zu tun*''. Im Unterschied zu den Anträgen 2 und 3 folgt dann ein ,,*Maßnahmenkatalog*'' mit den für die AL ,,*unabdingbaren Schwerpunkten*'', die allesamt in möglichen Verhandlungen absolute ,,deadlines'' darstellen. Das heißt: bevor die eigentlichen möglichen Tolerierungsverhandlunen überhaupt losgehen, muß die SPD diese für die AL nicht verhandelbaren Minimalforderungen so annehmen, wie sie sind — oder die Verhandlungen sind bereits an diesem Punkt gescheitert. Im Antrag selbst heißt es dazu: ,,*Insgesamt legt der Katalog eine Grenze fest, unterhalb der eine Tolerierung für die AL nicht möglich ist.*''

Die Diskussionen über diese vier relevanten Anträge verliefen teilweise kurios. Bei einer ersten Abstimmung wurde der erste Antrag einfach als der ,,Nicht-Verhandler''-Antrag den anderen drei sogenannten ,,Verhandler''-Anträgen gegenübergestellt. Der Wendt/Wachsmuth-Antrag erhielt eine Mehrheit von 170:131 Stimmen.

In einem zweiten Abstimmungsver-
erhielt eine Mehrheit von 170:131 Stimmen.

In einem zweiten Abstimmungsver-
fahren wurden nun alle vier Anträge einzeln abgestimmt, wobei wiederum der erste Antrag mit 118 Stimmen die Mehrheit erhielt, aber nur noch relativ: der ,,Tiergartener'' Antrag folgte mit etwa 73 Stimmen, der dritte Antrag erhielt 66 und der zweite nur 55 Stimmen. In der End-Abstimmung zwischen dem Wendt/Wachsmuth-Antrag und dem ,,Tiergartener'' Antrag bekam der erstgenannte Antrag eine hauchdünne Mehrheit von 151:140 Stimmen. Bei einem derart knappen Ergebnis war praktisch nichts entschieden, zumal die Frontenstellung ziemlich verwischt erschien: denn in Wirklichkeit stehen sich die beiden letztgenannten Anträge gar nicht so kontrovers gegenüber. Das letzte Wort wurde erst einen Tag später, auf einer weiteren AL-MVV gesprochen; drei Antragsteller, nämlich die Vertreter der Anträge 1, 3 und 4 einigten sich darauf, den Wendt/Wachsmuth Antrag so zu akzeptieren, aber noch einen, etwa dem ,,Tiergartener'' Antrag entsprechenden, Katalog von ,,Sofortmaßnahmen'' dranzuhängen. Auch dies Verfahren stellte keine Lösung des Problems dar, denn einfach einen Forderungskatalog anzuhängen, wenn eine Zeile vorher explizit jegliche Tolerierungsverhandlungen mit der SPD ausgeschlossen werden, das macht nun wirklich keinen Sinn. Dieser ,,Kompromiß''-Antrag (der keiner ist) bekam 109 Ja- und 75 Nein-Stimmen.

In den bürgerlichen Medien wird diese AL-Entscheidung kurzerhand als nicht verbindlich, lächerlich oder als nicht endgültig abgetan. — und nicht nur dort: auch innerhalb der AL wird davon ausgegangen, daß nach dem Wahltag (10.3.85) — sollte die SPD nur mit dem kleinen Finger winken — die eigentliche Zerreißprobe erst bevorsteht. Diesen Befürchtungen (oder Hoffnungen, je nach Position) ist derzeit in der AL noch nicht vorgebaut worden, vor allem deshalb nicht, weil sich die Nicht-Verhandler (Antrag 1), die Vertreter des ,,Tiergartener'' Antrags und wohl auch die Strömungen um die Gruppe ALSO noch nicht einig werden konnten. Denn rechnet mensch diese drei Anträge gegen den Antrag 2 hoch, dann verfügen diese Kräfte über eine klare Mehrheit von 257:55 Stimmen.

Diejenigen in der AL, die ,,hessische Verhältnisse'' befürchten, haben natürlich ein Interesse daran, noch v o r den Wahlen eine klare Aussage mit eindeutigeren Mehrheiten zur SPD-Frage zu treffen. Eine weitere Mitgliedervollversammlung ist daher für Januar bereits geplant.
zu treffen. Eine weitere Mitgliedervollversammlung ist daher für Januar bereits geplant.

di/Westberlin

Zum Verhältnis AL-SPD nach den kommenden Abgeordnetenwahlen am 10.3.1985

1. Die Alternative Liste ist angetreten, die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Wie sich seit den Wahlen am 10. Mai 1981 gezeigt hat, ist für diese Politik im parlamentarischen Bereich auch mit der sich in der Opposition befindlichen SPD kein Bündnispartner sichtbar geworden.

2. Eine öffentliche selbstkritische Einschätzung jahrzehntelanger sozialdemokratischer Regierungspolitik in Berlin hat die SPD, seitdem sie im Abgeordnetenhaus in der Opposition sitzt, bis heute noch nicht geleistet. Es gibt keine Anzeichen für eine grundsätzliche Neuorientierung der SPD für eine veränderte Stadtpolitik. Dreieinhalb Jahre Parlamentserfahrung mit der SPD in der Opposition haben gezeigt, daß die Übereinstimmung zwischen AL und SPD in wichtigen und für die Stadtpolitik grundsätzlichen Fragen äußerst gering ist.

3. Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß die SPD nicht einmal bereit war, ihre Möglichkeiten auszunutzen, die sie als größere Oppositionspartei hat:
— so wäre z.B. mit der Zustimmung der SPD eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses vor den Häuserräumungen amm 22.9.1981 durchgeführt worden;
— so wäre z.B. mit den Stimmen der SPD die Einsetzung mehrerer von der AL beantragter Untersuchungsausschüsse erfolgt, wie etwa zum Fall Schmücker, zum Freitod des Gefängnisarztes Dr. Leschhorn oder zu den bis heute nicht geklärten Vorgängen um die Unternehmensgruppe WohnBauDesign.
In diesen und anderen Fällen hat die SPD auf eine aktive Oppositionspolitik nicht nur verzichtet, sondern diese auch noch behindert.

4. Dort wo die SPD nach eigenem Anspruch als Opposition aufgetreten ist, tat sie es immer wieder halbherzig. Einige Beispiele seien genannt:
— Die Senatspolitik gegenüber den Instandbesetzern wurde zwar kritisiert, der Amnestieantrag der AL fand jedoch nicht die Zustimmung der SPD;
— Über Umweltschutz wird zwar lange geredet, auf das Kraftwerk Reuter-West will die SPD jedoch nicht verzichten;
— Der Spitzenkandidat Apel nimmt zwar in sein Wahlkampfteam drei Frauen auf, aber die Forderung der AL nach Einrichtung einer ressortübergreifenden Gleichberechtigungsstelle für Frauen geht der SPD zu weit;
— Die menschenfeindliche Ausländerpolitik wird zwar von Sozialdemokraten kritisiert, gleichzeitig durfte das Abgeordnetenhaus sich jedoch mit einem SPD-Antrag beschäftigen, der eine Zuzugssperre für Ausländer nach Neu-Köln (44) zum Ziel hatte. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer steht jenseits sozialdemokratischer Vorstellungen, und die Einführung wurde noch vom letzten Landesparteitag der SPD abgelehnt.

5. Die Alternative Liste versteht sich zwar als Vertreterin von außerparlamentarischen Gruppen und Initiativen, sie ist aber m e h r als die Vertreterin alternativer — und sei es noch so berechtigter — Lobbyinteressen. Die Frage einer generellen außerparlamentarischen Mehrheitsbildung kann somit auch nicht an die Erfüllung solcher Einzelforderungen gekoppelt werden.

6. Insgesamt ist der Schluß zu ziehen: Die politischen und programmatischen Vorstellungen der AL sind mit *dieser* SPD nicht durchsetzbar. Eine partnerschaftliche und über einzelne Sachfragen hinausgehende Zusammenarbeit mit der SPD wäre nur denkbar, wenn die SPD bereit wäre, an einer grundsätzlichen strukturellen Veränderung der herrschenden Verhältnisse mitzuwirken. Dafür gibt es jedoch kein Anzeichen.

Deshalb schließt die AL im Falle einer rechnerischen Mehrheit von AL- und SPD-Mandaten nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 10. März 1985 Verhandlungen mit der SPD und ihrem Spitzenkandidaten aus, die die Tolerierung eines SPD-geführten Minderheitssenats und damit die Wahl Hans Apels zum Regierenden Bürgermeister und seines Senats mit den Stimmen der AL-Abgeordneten zum Ziel haben.
Deshalb wird die AL in der nächsten Wahlperiode weiterhin aktive Oppositionspolitik betreiben.



Nach-Schlag gegen Aschu

Noch einmal 120.000 DM Schadensersatzforderungen sind gegen den Frankfurter Startbahn-Gegner Alexander Schubart erhoben worden. Vor drei Jahren, am 15.11.81, hatte die Bürgerbewegung ihre spektakuläre Blockade des Frankfurter Flughafens durchgeführt, für die Schubart verantwortlich gemacht wurde, weil er diese Aktion tags zuvor angekündigt hatte. Die neuen Zahlungsbefehle trafen am 14.11.84 ein — einen Tag, bevor die Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche in dieser Sache ablief. 70.000 DM verlangt der Schadensversicherer der Flughafen Aktiengesellschaft (FAG), die Hessisch-Nassauische Versicherungsanstalt. 50.000 DM fordert die Bundesstraßenverwaltung wegen Schäden an Straßenanlagen und Aufräumarbeiten — wahrhaft stattliche Preise, aber es wird ja auch alles immer teurer. Zusammen mit den 66.000 DM, welche die FAG bereits im Sommer 1982 wegen ,,Mauerschäden'' am damaligen Sonntag gegen Schubart geltend machte, ergibt sich eine Nettosumme von exakt 188.271 DM. Die Kläger wollen jedoch auch Zinsen haben (die FAG 12%!). So müßte Schubart im Falle einer gerichtlichen Niederlage vermutlich mehr als 250.000 DM allein an Schadensersatz-Ansprüchen bezahlen.

Hinzu kommen die Prozeßkosten, nicht nur in den zivilrechtlichen Verfahren, sondern auch im Strafprozeß. Hier wurde Schubart vom OLG Frankfurt in erster Instanz zu zwei Jahren mit Bewährung verurteilt. Die Revision vor dem BGH ergab, daß die Verurteilung wegen ,,Nötigung eines Verfassungsorgans'' (der hessischen Landesregierung) aufgehoben wurde; in den anderen Punkten (,,einfache'' Nötigung, Landfriedensbruch) wurde das OLG-Urteil bestätigt. Nun soll das Strafmaß vor einer anderen Frankfur-
anderen Punkten (,,einfache'' Nötigung, Landfriedensbruch) wurde das OLG-Urteil bestätigt. Nun soll das Strafmaß vor einer anderen Frankfur-
ter Kammer neu verhandelt werden. Schubart hat gegen den BGH-Entscheid Verfassungsbeschwerde vor dem BVG eingereicht; wann diese verhandelt wird, ist noch unklar. Allein finanziell ist hier noch einmal mit derselben Summe zu rechnen wie oben. Möglicherweise kommt auf Aschu also eine Kostenlawine von einer halben Million zu! Zu bedenken ist ferner, daß er bereits einen Tag nach der Aktion von seinem Dienst als Magistratsdirektor der Stadt Frankfurt suspendiert wurde, also seit drei Jahren Berufsverbot hat.

Es ist fast schon ein Wunder, daß dieser massive Versuch, einen Menschen praktisch existenziell zu vernichten, ohne Erfolg geblieben ist (wenn er auch nicht ohne Wirkungen bleibt). Neben der sprichwörtlichen Standhaftigkeit des Angegriffenen ist dieser Umstand vor allem der Arbeit der Solidaritätskomitees in Frankfurt zu danken, welches nun seit Jahren unermüdlich Öffentlichkeitsarbeit macht, Geld sammelt und den Schubarts den Rücken stärkt.

Für den Fall einer Verurteilung Schubarts haben die hessischen Grünen angekündigt, einen Betrag von 50.000 DM beizusteuern. In erster Linie jedoch wird versucht, eine politische Lösung zu finden. Als Bedingung für eine eventuelle Zusammenarbeit mit der SPD in Frankfurt haben die Grünen beschlossen, die Wiedereinstellung und Rehabilitation Schubarts zu fordern. Die SPD Frankfurt hat sich bisher noch nicht dazu geäußert. Bemerkenswert ist, daß die neuen Forderungen an Schubart fünf Tage vor dem Bruch der Zusammenarbeit SPD-Grüne auf Landesebene eintrudelten. Für die SPD fügt es sich angenehm, daß die Landesregierung mit einer Versicherungsanstalt und einem Straßenamt kaum in Zusammenhang gebracht werden kann. Doch die Arme der Partei sind andererseits so kurz auch wiederum nicht...

de.

Die »Wende« schleicht sich in die Betriebe ein

1979 wurden die „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion" des CSU-Generalsekretärs Edmund Stoiber bekannt und wirbelten einigen Staub auf. Stoiber stellte Überlegungen an, Macht und Einfluß des DGB in den Betrieben zu brechen. Dies war Teil des Programms, mit dem Strauß 1980 für die Bundestagswahlen kandidierte. Er scheiterte. Das Programm aber kommt zu späten Ehren. Von der CSU inspiriert bereitet eine starke Fraktion von Koalitionsabgeordneten eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vor, die im Januar 1985 im Bundestag eingebracht werden soll. Diese Maßnahme ist Teil von stückweise vorbereiteten betrieblichen und gewerkschaftlichen Veränderungen.

Da läßt Blüm über sein demagogisch „Beschäftigungsförderungsgesetz" genanntes Vorhaben gewerkschaftliche Schutz- und Mitbestimmungsrechte abbauen, um mehr Flexibilität in den Betrieben zu ermöglichen; da eröffnet das neue Arbeitszeitgesetz neue, flexible Möglichkeiten des Einsatzes der Arbeitskraft; da wird der Jugendarbeitsschutz abgebaut; da weiß man zwar noch nichts genaues, wohl aber daß an der Überarbeitung des Arbeitskampfrechts gearbeitet wird; da werden Pläne geschmiedet, Urabstimmungen gesetzlich zu regeln (damit Unorganisierte mitabstimmen können), und per Gesetz die Bundesanstalt für Arbeit von der Arbeitslosengeldzahlung bei kalten Aussperrungen zu befreien.

„Bekenntnis zum Gewerkschaftspluralismus"

„Wenn man in der Gewerkschaftsfrage eine nachhaltige Änderung der bestehenden Verhältnisse erreichen will, dann müssen über eine Zeitdauer von mindestens einer bis zwei Legislaturperioden entsprechende Initiativen ergriffen und auch durchgehalten werden", schrieb Stoiber 1979 („Rohmaterialien", in „Strauß — Nein danke", J. Reents-Verlag 1979). Daraus leitete er ab: einerseits *„Unterstützung der Minderheitengewerkschaften"* wie DAG

Reents-Verlag 1979). Daraus leitete er ab: einerseits „Unterstützung der Minderheitengewerkschaften" wie DAG

(Angestellte), DBB (Beamtenbund) und CGB (Christliche), andererseits: *„Das Betriebsverfassungsgesetz muß novelliert werden"* (Abschnitt VI), wichtigste Maßnahme sei der *„Schutz für Minderheitengewerkschaften im Betrieb"*.

Auf Initiative mehrerer CDU/CSU-Bundestagsabgeordneter (mittelständische Unternehmer) und des CDU-Abgeordneten Müller (ehemaliger DGB-Hauptamtlicher) sollen jetzt zwei solche Novellierungen vorgenommen werden. Aktueller Anlaß für die eine Änderung: Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 16.10.84 einer Klage des Beamtenbundes nachgegeben, daß das Unterschriftenquorum (Anzahl erforderlicher Unterschriften) im Personalvertretungsgesetz, daß zur Zulassung einer eigenen Liste notwendig ist, zu hoch sei. Nach dem neuen Gesetz soll ein *„Minderheitenschutz"* eingeführt werden,

— der es zwei *„Beauftragten"* ermöglicht, eine solche Liste einzureichen;

— die freigestellten Betriebsräte sowie die Besetzung der Betriebsratsausschüsse nicht mehr nach dem Mehrheits- sondern nach dem Verhältniswahlrecht vornimmt, so daß kleinere Gewerkschaften zukünftig an der Postenvergabe beteiligt wären. Darüber erhofft man sich eine Schwächung des DGB-Mehrheitsmonopols in den Betrieben.

Gleichzeitig soll mit der gesetzlichen Legitimierung von *„Sprecherausschüssen der Leitenden Angestellten"* die Stellung des Betriebsrats geschwächt werden. Bisher hieß es im Betriebsverfassungsgesetz §5, Abschnitt 3: *„Dieses Gesetz findet, soweit in ihm nicht ausdrücklich anders bestimmt ist, keine Anwendung auf leitende Angestellte, wenn sie nach Dienststellung und Dienstvertrag*

1. zur selbständigen Einstellung und Entlassung von im Betrieb oder in der Betriebsabteilung beschäftigten Arbeitnehmern berechtigt sind oder
2. Generalvollmacht oder Prokura haben oder
3. im wesentlichen eigenverantwortliche Aufgaben wahrnehmen, die ihnen regelmäßig wegen deren Bedeutung für den Bestand und die Entwicklung des Betriebes im Hinblick auf besondere Erfahrungen und Kenntnisse übertragen werden".

Der zukünftige Sprecherausschuß der Leitenden Angestellten wird zwar wenig Rechte haben, wird daher vom DGB als *„Oberhaus"* im Betrieb bezeichnet, bekommt aber gesetzliche Konkurrenzrechte gegenüber dem Betriebsrat. So wird es zukünftig einer dreiköpfigen Kommission aus je einem Vertreter des Unternehmens, der Leitenden Angestellten und des Betriebsrats obliegen, zu definieren, wer Leitender Angestellter ist. In Zweifelsfällen dürfte damit die 2:1-Mehrheit gegen den Betriebsrat feststehen. Der Betriebsrat muß zukünftig bei Betriebsvereinbarungen die Vertretung der Leitenden anhören, wenn ihre *„rechtlichen Interessen"* hiervon berührt sind. Diese können sogar arbeitsgerichtlich die Aufhebung solcher Vereinbarungen einklagen, wenn sie ihre Interessen verletzt sehen. Damit dürfte eine Schwächung des Betriebsrats und seiner Stellung als Interessensvertretung der Beschäftigten im Betrieb erreicht werden.

DGB-Vorstand jammert

„Die Auseinandersetzung um Betriebsverfassung und Sprecherausschüsse wird in den nächsten Monaten nicht nur zeigen, wo die Regierungskoalition steht, sondern auch verdeutlichen, daß die Gewerkschaften kampfbereit und kampffähig sind", schreiben die DGB-Vorständler Muhr und Bleicher im „Angestellten-Magazin" (12/84). Da darf man gespannt sein.

Während in den Monaten nach der Auseinandersetzung um die Wochenarbeitszeitverkürzung verschiedene DGB-Führer um Tauwetter bei der Bundesregierung bemüht waren, Kohl sogar Auftritte auf den Gewerkschaftstagen der IG Chemie und IG Bergbau hatte, sind die jüngsten Vorstöße ein herber Schlag gegen den DGB und seine betriebliche Monopolstellung. Dennoch trafen Kohl und der DGB-Vorsitzende Breit am 28. November zu einem „Arbeitsfrühstück" zusammen, um in einen Meinungsaustausch über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes einzutreten, wie lapidar gemeldet wurde. Wenig kämpferisch nimmt sich auch das aus, was der Stellvertreter Breits, Gustav Fehrenbach in einer bitteren Klage an Kohl als *„Provokation"* und *„noch nie zu verzeichnender Vorgang"* bezeichnete: Innenminister Zimmermann ließ Vertreter aller Beamtenorganisationen zu einem *„besoldungspolitischen Grundsatzgespräch"* Mitte November einladen. Das Gespräch führte an seiner Stelle sein Staatssekretär, also zweite Wahl. Parallel dazu hockten, erste Wahl, Vertreter des Beamtenbundes mit Kohl und Zimmermann zusammen. Das wiederum hat Fehrenbach *„empört"*, sind doch im DGB mehr Beamte als anderswo organisiert.

Offensichtlich haben da immer noch einige nicht begriffen, daß sie als Sozialpartner bei dieser Regierung mehr Klinkenputzer sind, als daß sie etwas erreichen könnten.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Warnstreikurteil: Umkehr im Arbeitsrecht?

Das Mitte September gefällte Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG), das Warnstreiks, wenn sie nur wenig über drei Stunden hinausgehen, für rechtmäßig erklärte, ist Anfang Dezember vom Arbeitgeberverband der Metallindustrie Südwürttemberg-Hohenzollern vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten worden.

In der Verfassungsbeschwerde wird eine Verletzung der Grundrechte aus Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes (Koalitionsfreiheit), Artikel 3 Absatz 1 (Gleichheitsgrundsatz) sowie aus Artikel 2 Absatz 1 (Persönlichkeitsrecht), Artikel 20 Absatz 2 und 3 (Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung) gerügt. Durch die im September verlorene Klage vor dem Bundesarbeitsgericht wollten die Arbeitgeber der Metallindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie, der Tarifgemeinschaft

desarbeitsgericht wollten die Arbeitgeber der Metallindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie, der Tarifgemeinschaft

Deutscher Länder, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, sowie einige Firmen die Warnstreiks, die die IG Metall 1981 im Rahmen der „neuen Beweglichkeit" durchgeführt hatte, als rechtswidrig verurteilt wissen. Das Gericht sollte die IG Metall außerdem dazu verurteilen, es künftig zu unterlassen, zu derartigen Warnstreiks vor Abschluß eines eventuellen Schlichtungsverfahrens aufzurufen.

In den mündlichen Verhandlungen argumentierten die Rechtsanwälte der Kapitalisten, die Streiktaktik der IG Metall verwische die Grenze zwischen Warn- und Erzwingungsstreik immer mehr, so daß sich die Frage stelle, ob in Zukunft *„überhaupt noch frei verhandelte Tarifverträge abgeschlossen werden könnten."* (Süddeutsche Zeitung, 12.9.)

Mit der jetzt angestrengten Verfassungsklage wollen die Arbeitgeber außerdem erreichen, daß die Arbeitgeberverbände klageberechtigt sind. Das BAG hatte als klageberechtigt nur Beschäftigte oder Kapitalisten, nicht aber Verbände oder Gewerkschaften anerkannt, da diese nicht direkt betroffen bzw. „geschädigt" seien. Schließlich soll durch die Verfassungsbeschwerde das Streikrecht für Lehrlinge wieder abgeschafft werden. In dem BAG-Urteil war nämlich festgestellt worden, daß kurze Warnstreiks die Ausbildung von Lehrlingen nicht beeinträchtigen.

Das Urteil des BAG vom September dieses Jahres bringt im Prinzip nichts Neues. Schon in den letzten Jahren waren durch die Urteile verschiedener Landesarbeitsgerichte Warnstreiks in der Regel für rechtmäßig erklärt worden, wenn sie in einem gewissen Rahmen bleiben (Ausnahmen: Landesarbeitsgericht Frankfurt und Baden-Württemberg). Auch das BAG hatte schon 1976 kurze Warnstreiks zur Unterstützung von Tarifvertragsverhandlungen nach Ablauf der Friedenspflicht für zulässsig erklärt, wenn sie von der Gewerkschaft getragen würden. Damals argumentierte das BAG, daß durch Warnstreiks ein „leichter Druck" ausgeübt werden könne, der die Verhandlungen u.U. sogar fördern und einen großen Arbeitskampf möglicherweise gar verhindern könne. Bis zu dieser BAG-Entscheidung hatte in der Rechtssprechung das uneingeschränkte „Ultima-ratio-Prinzip" bestanden. Danach waren Streiks und Aussperrungen erst dann zulässig, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft waren. Von diesen Grundsätzen ging das BAG auch bei dem diesjährigen Urteil wieder aus, obwohl die Warnstreiks in der Metallindustrie 1981, auf die sich die Klage der Kapitalisten bezog, ein wesentlich größeres Ausmaß hatten als der Streik, der 1976 zur Klage führte. Die „neue Beweglichkeit" — so das BAG — habe sich nicht in längerfristigen und unbegrenzten Streiks, die gemeinhin als „Erzwingungsstreiks" bezeichnet werden, ausgedrückt.

Das Arbeitsrecht ist im hohen Maße „Richterrecht", d.h. es fehlen zu wichtigen Fragen **eindeutige** gesetzliche Regelungen. Durch das Warnstreikurteil hat die Debatte unter den Herrschenden wieder neue Nahrung bekommen, ob nicht neue **gesetzliche** Rahmenbedingungen für Arbeitskämpfe notwendig seien. Seit Anfang dieses Jahres denkt z.B. die FDP laut über ein Verbändegesetz nach. Eine eindeutige Stoßrichtung unter den Herrschenden zu diesem Thema hat sich allerdings noch nicht herausgebil-

eindeutige Stoßrichtung unter den Herrschenden zu diesem Thema hat sich allerdings noch nicht herausgebil-

det. Einig sind sie sich jedoch im lauten Klagen. So sieht der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, Esser, nicht nur in dem neuen Urteil, sondern in der gesamten Rechtsprechung seit den 70er Jahren *„die Chancengleichheit der Arbeitskampfparteien auf das empfindlichste gestört."* (TAZ, 8.12.)

Gegen schärfere Konturen im Arbeitsrecht hat sich bspw. Bundesarbeitsminister Blüm ausgesprochen, der dies für einen „Offenbahrungseid in der Tarifpolitik" halten würde. Recht treffend brachte Michael Jungblut von der „Zeit" diese Position auf den Punkt als er schrieb: *„Ob die nach dem Kasseler Urteil (etwas voreilig) wieder erhobenen Forderungen nach einem Verbändegesetz immer dringlicher und lauter werden, wird deshalb vor allem davon abhängen, welchen Gebrauch die Gewerkschaften von dem Instrument machen, für das ihnen gerade in Kassel der Waffenschein ausgestellt wurde."* („Die Zeit", 21.9.)

In der Vergangenheit war es doch so, daß die IG Metall, sich trotz des der „neuen Beweglichkeit" verantwortungsbewußt verhalten hat. Sie hat bspw. die „neue Beweglichkeit" nicht in dem Sinne überstrapaziert, daß der Reallohnabbau der letzten Jahre verhindert, oder eine spürbare Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt wurde. Nur wenn dies der Fall gewesen wäre, hätten die lauten Klagen der Kapitalisten („die Grenzen zum Erzwingungsstreik sind verwischt") und die Euphorie in sozialdemokratischen Kreisen („die Wende im Arbeitskampfrecht wurde zurückgewiesen", so Kittner von der IG Metall) einen realen Kern.

Bisher haben die Herrschenden die Lohnkämpfe in der BRD mit gewissen Ausnahmen (Septemberstreik 1969 z.B.) immer gut im Griff gehabt. Der linke Arbeitsrechtler Däubler kommt vor diesem Hintergrund zu der realistischen Einschätzung, daß der Streik im Gegensatz zu verbindlichen Lohnleitlinien immer noch *„das mit den wenigsten ‚Reibungsverlusten' verbundene Mittel zur Regulierung des Lohnkonflikts"* ist. Seiner Einschätzung nach *„brauchen die Unternehmer den (sparsam eingesetzten) Streik, um das bestehende Wirtschaftssystem zu stabilisieren, d.h. um Konfliktpotential zu absorbieren ..."* (Wolfgang Däubler, „Das Arbeitsrecht", S. 172).

Eine schärfere Gangart im Arbeitsrecht wurde anläßlich des Warnstreikurteils von dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff vorgeschlagen. Seiner Meinung nach sollten die Kapitalisten überlegen, ob sie den gezielten Warnstreiks nicht mit Warnaussperrungen begegnen müßten. Außerdem müsse heute festgestellt werden, daß es ein Fehler war, daß der Gesetzgeber das Arbeitskampfrecht viele Jahre der Rechtsprechung überlassen habe. Es sei nun zu prüfen, ob das bürgerlich-liberale Lager nicht zu gesetzlichen Regelungen des Arbeitskampfrechtes schreiten sollte („Welt", 14.9.).

In eine ähnliche Richtung zielt der „FAZ"-Kommentator F.W. Seiner Meinung nach haben die Arbeitgeber längst begriffen, daß es ein Fehler ist, auf Rechtsverletzungen der Gewerkschaften immer nur im Nachherein zu reagieren. *„In Wahrheit ist diese Erkenntnis auch bei den Arbeitgebern längst gereift, wie die internen Planspiele zeigen, die im letzten Tarifkampf fünf Minuten vor der Verwirklichung standen. Wenn denn der Punktstreik keinen rechtlichen Bedenken mehr begegnet, dann kann natürlich die Aussperrung kein Tabu mehr sein."* („FAZ", 13.9.)

Zum Schluß sei noch angemerkt, daß diese Debatte in den Gewerkschaftsetagen wohl auch nicht ohne Wirkung bleiben wird. Für die extrem gesetzestreuen westdeutschen Gewerkschaftsführer verstärkt allein schon eine solche Debatte die Tendenz zur Anpassung an das Gegebene.

B&G-Kommission

Wie sitzt man einen Konflikt aus?

Elf Kündigungen für die Kollegen bei BMW

Ausgerechnet im „Jahrhundertwahlkampf" der IG-Metall ereignete sich ein handfester Skandal um die Betriebsratswahlen. Mit Hilfe der Werksleitung des BMW-Werkes wurde eine Mannschaft von „Vernünftigen" IG-Metallern in den Betriebsrat gehievt. Auf der Strecke blieb eine engagierte Gewerkschaftspolitik. Bemerkenswert die klägliche Rolle der IG-Metall. Elf Kündigungen und neun richterliche Entscheidungen konnten hieran bislang nichts ändern.

Die Betriebsratswahlen bei BMW im April diesen Jahres endeten mit einem Eklat. Drei Gewerkschafter erreichten bei der Persönlichkeitswahl nicht die notwendige Zahl der Stimmen. Stattdessen schnitt eine Gruppe von IG-Metallern, die unter dem Namen „Mannschaft der Vernunft" antrat, außerordentlich gut ab. Sie stellt den neuen Betriebsrat. Rainer Knirsch, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und Vertrauenskörperleiter und Peter Vollmer, Betriebsratsmitglied und Mitglied der Vertrauenskörperleitung waren erst 1984 in den Betriebsrat gewählt worden. Sie standen für eine engagierte Interessenvertretung im Betrieb. Vor allem der Werksleitung war der alte BR ein Dorn im Auge. Den Rückenwind einer nicht so populären Forderung nach der 35-Stunden-Woche nutzend, schürten sie die Stimmung gegen die unangenehmen Betriebsräte. So drohte der Werksleiter auf der letzten Betriebsversammlung vor der Wahl, Sonderzulagen zu streichen, wenn die beiden bisherigen Betriebsräte Knirsch und Vollmer wiedergewählt würden. Sie seien „unflexible Ideologen" und „fehl am Platze". Der Erfolg blieb nicht aus. Alle fünfzehn Sitze gingen an die „Vernünftigen".

Ein Urteil und keine Folgen

Vollmer, Knirsch und Köbrich, ein ebenfalls gescheiterter Betriebsratskandidat, gaben sich mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Sie fochten die Wahl an. Der Wahlkampf der Liste des Vertrauenskörpers war behindert worden. Besonders peinlich aber, daß sie beweisen konnten, daß der Wahlkampf der „Mannschaft der Vernunft" von BMW massiv unterstützt wurde. So wurden deren Hochglanz-Wahlbroschüre auf Kosten des Werkes gedruckt. Für die Fotos war extra eine Fotografin aus München eingeflogen worden. Angesichts solcher Fakten wurde die Wahl vom Arbeitsgericht für unwirksam erklärt. Vorerst bleibt allerdings der derzeitige Betriebsrat im Amt. BMW erkennt das Urteil nicht an, die endgültige Entscheidung wird erst auf dem Instanzenweg gefällt werden. Dies kann nach vorsichtigen Schätzungen bis zum Ende der Amtsperiode 1987 dauern.



Mittlerweile ist eine groteske Situation eingetreten. Dieser Betriebsrat hat über die Kündigungen der drei Kollegen zu befinden. Und er macht davon reichlich Gebrauch. Denn, kaum war die Anfechtungsklage eingereicht und per Flugblatt der Belegschaft mitgeteilt worden, erhielten Vollmer, Knirsch und Köbrich die fristlose Kündigung wegen Störung des Betriebsfriedens. Äußerungen gegenüber Journalisten brachten ihnen im Mai gleich die zweite Kündigung ein — „wegen wiederholter in den öffentlichen Medien

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

durchgeführter Ehrverletzung''. Selbstverständlich wieder mit Zustimmung der ,,Vernünftigen''.

Kündigungen am Fließband

Ende Juli konnten die Kollegen Köbrich und Vollmer ihre Kündigungsschutzklagen in erster Instanz gewinnen. Auch der Klage auf Wiedereinstellung wurde stattgegeben. Eingestellt wurden sie dennoch nicht. Die richterliche Anordnung der Zwangsvollstreckung unter Androhung von Bußgeldern bis zu 300 DM täglich beantwortete BMW mit einer zweiten bzw. dritten fristlosen Kündigung. Auch der Kollege Knirsch gewann Anfang Oktober seinen Prozeß in erster Instanz. Beide Kündigungen von April und Mai wurden für unwirksam erklärt. Seiner Klage auf Wiedereinstellung mochte der zuständige Richter allerdings nicht mehr stattgeben. Zwar seien die ersten beiden Kündigungen unwirksam, aber die am 18. September ausgesprochene dritte Kündigung sei noch nicht Gegenstand des Verfahrens, so daß sich das Gericht darüber noch kein Urteil erlauben könne.

In nunmehr neun Einzelentscheidungen der ersten Instanz haben verschiedene Kammern des Gerichts entschieden,
— daß die Kündigungen gegen jeden der drei unwirksam waren,
— daß die Betriebsratswahl wegen der unzulässigen Einflußnahme der Firma unrechtmäßig war,
— daß Peter Vollmer und Hans Köbrich sofort weiterbeschäftigt werden müssen,
— daß BMW im Falle der Zuwiderhandlung — bei Peter Vollmer täglich DM 300, bei Hans Köbrich summarisch DM 20.000 zu zahlen habe.
Dies alles ficht die Weltfirma BMW nicht an. Mit Hilfe der ,,Vernünftigen''-Betriebsräte greift sie zum Mittel der Kettenkündigung, das alle Urteile aller Instanzen unwirksam machen könnte. Letzter Stand: am 9. Oktober bekamen Knirsch und Vollmer ihre vierte, Köbrich am 26. Oktober die dritte Kündigung.

IG-Metall auf Tauchstation

Die Ortsverwaltung mitten in der Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche enthielt sich lange Zeit jeglicher Stellungnahme. Man gewährte den Gefeuerten Rechtsschutz, zu den skandalösen Kündigungen aber schwieg sie. Immerhin verabschiedete die Vertreterversammlung Anfang Mai den skandalösen Kündigungen aber schwieg sie. Immerhin verabschiedete die Vertreterversammlung Anfang Mai eine Solidaritätsresolution, in der sie die Wahlmanipulation seitens der Werksleitung verurteilte, zum Verhalten der rechten Betriebsräte (nahezu alles IGM-Funktionäre) sagte sie nichts. Erst die gerichtliche Annullierung der Wahl veranlaßte die IG-Metall zu einer öffentlichen Reaktion. Sie forderte den amtierenden Betriebsrat auf zurückzutreten, um eine Neuwahl zu ermöglichen, weil ein Betriebsrat ,,mit so einem Urteil nicht leben könne, sondern durch eine Neuwahl den Beweis erbringen muß, daß er ein frei gewählter Vertreter der Belegschaft ist''.

Statt einer gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung insbesondere über das Verhalten der IGM-Betriebsräte Worthülsen und Rechtsschutz. Die Schonung der rechten Betriebsräte führte mittlerweile dazu, daß der bisherige Vertrauenskörperleiter und Gekündigte Knirsch im November als VK-Leiter abgewählt wurde im Beisein eines Sekretärs der IG-Metall. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich geändert. Somit nähert sich dann ja vielleicht auch der Zeitpunkt, wo sich die ,,Mannschaft der Vernunft'' gefahrlos demokratischen Wahlen stellen kann. Damit wäre die IG-Metall das leidige Thema los.

Schon gleich zu Beginn der Auseinandersetzung hat sich ein Solidaritätskomitee gegründet, das eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit leistet. Mittlerweile gibt es eine umfangreiche Dokumentation u.a. mit Zeitungsartikeln und Solidaritätsadressen. Das Solidaritätskomitee bittet zur materiellen Unterstützung der Kollegen und zur Finanzierung der weiteren Öffentlichkeitsarbeit dringend um Spenden:

Postscheckkonto Rainer Knirsch, Berlin-West, Nr. 230936-106, Kennwort ,,Solidarität''

Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter, c/o Bodo Zeuner, Habelschwerdter Allee 10, 1 Berlin 33, Tel. 8312629 / 8314194.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IG Bergbau — Streikbrecher-Gewerkschaft

In der ,,einheit'', der Zeitung der IG Bergbau, gab es bislang n u r Hetze gegen den Streik der britischen Bergarbeiter, insbesondere gegen den Präsidenten der NUM, Arthur Scargill. Solidarität wurde verweigert, allein zu humanitärer Hilfe sei man bereit, verlautete aus IG Bergbau-Kreisen. Auf dem Gewerkschaftskongreß Ende November wiederholte Vorsitzender Adolf Schmidt diesen Standpunkt. Über den Hintergrund des Streiks wurde nicht informiert. Stattdessen wurde lobend hervorgehoben, daß die Gewerkschaft der privilegierten Steiger, die NACODS, nicht streikt — sie vertrete *,,die Stimme der Bergarbeiter Großbritanniens''*. Die Hilfe der reichen bundesdeutschen Bergarbeiter-Gewerkschaft beschränkte sich daher bislang auf eine ,,humanitäre'' Spende von DM 60.000 und noch einmal DM 105.000, die für Erholungsaufenthalt von Kindern bestimmt sind.

Mit den Streikzielen jedoch wolle man sich nicht identifizieren, im Gegenteil, man distanziert sich, wie der nachfolgende Brief der IG Bergbau zeigt. Gleichzeitig wird versucht, alle Gewerkschaften auf diesen Kurs zu bringen. Die Hetze gegen das mutige Gewerkschaftsmitglied Fröse, der in einem ,,Offenen Brief'' die fehlende Solidarität seiner Gewerkschaft beklagt hatte, zeigt auf, wie offen und demokratisch es in der IG Bergbau zugeht, deren Führer die Gebetsmühle von Freiheit und Demokratie leiern wie sonst nur Gerhard Löwenthal.

Immerhin: Die IG Metall hat nur wenige Wochen nach Einrichtung ihres Spendenkontos DM 325.000 nach Großbritannien überwiesen. Weitere DM 350.000 aus Geldern der 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung wurden für Ferien der Bergarbeiter-Kinder gespendet.

Zunehmend beteiligen sich Untergliederungen des DGB an Spendensammlungen und Kleider- sowie Lebensmitteltransporten. Nur mit aktiver Solidarität bei den Kohlelieferungen hapert es. Die Streikbrecher-Gewerkschaftsführer der IG Bergbau schweigen zu zehnmal so hohen Kohlelieferungen wie sonst üblich aus der BRD nach Großbritannien. Immerhin hat jetzt auch das erstemal die ÖTV, die solche Transporte verhindern könnte, am 10. Dezember eine Unterredung mit britischen Gewerkschaftern gehabt. Bislang ist allerdings außer unverbindlichen Solidaritätszusagen keine verbindliche Zusage gekommen, daß man den Transport verhindern wolle.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Bochum, 24.10.84

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß unser Mitglied Werner Fröse einen ,,Offenen Brief'' an Adolf Schmidt zum Bergarbeiterstreik in Großbritannien neben der Presse u.a. wohl auch allen Mitgliedsorganisationen des DGB zusenden ließ.

Als Anlage überreichen wir Euch deshalb unser Antwortschreiben an Werner Fröse mit der freundlichen Bitte um Kenntnisnahme. Zusätzlich möchten wir Euch auf eine Entwicklung aufmerksam machen, von der wir glauben, daß sie für unsere gewerkschaftspolitische Beurteilung wichtig ist.

In beiden Ländern, Großbritan- werkschaftspolitische Beurteilung wichtig ist.

In beiden Ländern, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, werden die Beschäftigten der Stahlindustrie und im Bergbau von vier Montan-Gewerkschaften vertreten. Drei davon haben in Einsicht unvermeidbarer ökonomischer Zwänge mitverantwortet und mitgetragen, daß bei Abwehr sozialer Härten für die betroffenen Arbeitnehmer zahlreiche betriebliche und überbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen griffen, durch die die Beschäftigung in beiden Industrien erheblich reduziert wurde.

Sowohl die IG Metall als auch die britische Stahlarbeitergewerkschaft als auch die IG Bergbau und Energie sind für beide Industrien also einen Weg gegangen, gegen den die jetzige Führung der britischen National Union of Mineworkers (NUM) streiken läßt: Stillegung von Betrieben oder Betriebsstellen bei zufriedenstellender Bewältigung der damit verbundenen sozialen Probleme. Es mußten partielle Eingriffe erduldet werden, um nicht das Ganze zu gefährden und um Arbeitsplätze für die Zukunft krisenfest zu machen.

Diesen Weg ist ebenfalls unter früherer Führung die NUM gegangen. Erst mit Arthur Scargill wurde dies anders. Wir können uns mit den Streikzielen der NUM nicht identifizieren. Wir würden ansonsten in Großbritannien einen anderen gewerkschaftspolitischen Weg unterstützen, den wir im eigenen Land und die Stahlarbeiter Großbritanniens nicht gegangen sind. Wir halten dies unseren Mitgliedern nicht für zumutbar.

Dennoch haben und werden wir den in Bedrängnis geratenen gliedern nicht für zumutbar.

Dennoch haben und werden wir den in Bedrängnis geratenen Bergarbeiter-Familien helfen. Unsere Solidarität zur Linderung der bei unseren britischen Kollegen entstandenen Not ist unabhängig von unserer gewerkschaftspolitischen Beurteilung der Streikziele.

Wir gehen davon aus, daß Eure Verbandszeitung den Brief von Werner Fröse nicht veröffentlicht. Bisher hat ihn auch nur die ,,UZ'' publiziert. Dabei haben wir Indizien, die es vermuten lassen, daß die Aktion von der DKP initiiert ist, der Fröse als aktiver Funktionär angehört.

Sollte Eure Redaktion dennoch beabsichtigen, den Brief Fröses zu drucken, so bitten wir Euch, gleichzeitig unsere Stellungnahme ebenfalls zu veröffentlichen.

Mit freundlichem Glückauf
Adolf Schmidt Walter Beer



NUM-Präsident Scargill

Reaktionäre Stimmen zum Bergarbeiterstreik

,,Feinde der Demokratie'' sind die Bergarbeiter-Streikführer, *,,die für den Staat nicht weniger gefährlich seien, als irische oder libysche Terroristen''*. (Margret Thatcher)

,,Solidarität gegen Scargill''

,,Gewerkschaften, die sich zu Freiheit und zur Demokratie bekennen, können nicht Bündnisse mit Kommunisten eingehen. Dieser Zusammenhang ist für die westdeutsche Bergbau-Gewerkschaft zwingend. Dennoch sind Geldspenden der westdeutschen Arbeiter an die betroffenen Familien in England geflossen. Das ist ein feiner Unterschied. Nicht den Kampf der kommunistisch geführten Organisation will man stützen, sondern den von der Radikalität ihrer Führer betroffenen Menschen helfen'', interpretiert Ernst Günter Vetter in der FAZ vom 6.12.84 völlig richtig die ,,Solidarität'' der IG Bergbau.

,,Arthur Scargill verletzte internationale Solidarität''. — ,,Wir können uns mit den Streikzielen der NUM nicht identifizieren''. (einheit, IG Bergbau-Zeitung, 15.11.84).

,,Damit ist das Aufbrechen der Streikfront vor Weihnachten, nach Ablauf der 37. Streikwoche, im Grunde nicht gelungen. Dennoch denkt Margret Thatcher nicht daran, den partikularen Interessen einer vergangenheitsorientierten Organisation nachzugeben'', kommentiert die WELT vom 24.11.84 den Ablauf der Frist, bis zu der die Annahme von Weihnachts-Bestechungsgeldern möglich war.

Streikbruch nicht gelungen

Streikbruch nicht gelungen

Britische Steuerfahnder sind auf der Jagd nach dem Gewerkschaftsvermögen der NUM im Ausland, weil diese sich nach wie vor weigert, eine Gerichtsstrafe von 750.000 DM zu bezahlen. Die Zahl der Streikbrecher, die mit einem zusätzlichen Weihnachtsgeld von bis zu 5.300 DM geködert werden sollten, hat die Erwartungen nicht erfüllt, der Streik konnte nicht gebrochen werden. Vor diesem Hintergrund beschloß die Delegierten-Konferenz der NUM am 3.12. mit 139 gegen 80 Stimmen: die Strafe wird nicht gezahlt, der Streik wird so lange weitergeführt, bis die Zechenschließungen zurückgenommen worden sind. Der ,,Guardian'' in London veröffentlichte Anfang Dezember die folgenden Zahlen über Streikende und Nichtstreikende:

Bezirk	Beschäftigte	Zahl der Nicht-Arbeitenden	Zahl der Arbeitenden
Yorkshire	56,000	54,500	1,500
South Wales	21,500	21,416	84
Scotland	13,100	12,300	800
Northeast	23,000	21,954	1,046
Kent	3,000	2,878	122
Derbyshire	10,500	7,000	3,500
Sub-total:	127,100	120,048	7,052
Midlands	13,000	4,200	8,800
Lancashire	6,500	4,000	2,500
North Wales	1,000	350	650
Nottinghamshire	30,000	6,000	24,000
South Derbyshire	3,000	330	2,670
Leicestershire	1,900	200	1,700
Sub-total:	55,400	15,080	40,320
Total in pits:	182,000*		
Workshops	9,000	5,000	4,000
Total manpower	191,500†	140,128	51,372
Note: If cokeworks are taken into account, the figures are as follows:			
Cokeworks	4,500	4,300	200
	196,000	144,428	51,572

*NCB Report/Accounts 1983/84 Page 31
†NCB Report/Accounts, 1983/84 Page 29.


Berittene Polizei im Einsatz gegen streikende britische Bergarbeiter

Weiter so ...

370.000 DM hat der in London lebende amerikanische Millionär John Paul Getty an die britische Bergarbeiter, die er als *,,feine Leute''* bezeichnete, überwiesen. *,,Ich glaube, es wäre mir nicht möglich gewesen, mein Weihnachtsessen zu genießen, ohne daß ich etwas für ihre Weihnachtsessen getan hätte''*, soll er gesagt haben. Eine Garantie, daß das Geld nicht auch an die Streikposten gehe, habe er nicht bekommen ...

Adresse:
Koordinationsbüro Britische Bergarbeiter c/o GEW, Haarhausstr. 1a, 56 Wuppertal, Tel.: 0202 / 30 38 01, Mo. bis Sa., 10 bis 12 Uhr u. 15 bis 17 Uhr.

Spendenkonto:
Raphaela Kruppa,
BFG Wuppertal,
BLZ 330 101 11
Kontonr.: 201 5123300
Vermerk:
Bergarbeiter Großbritannien.

Aussperrungsverbot:

GRÜNE bringen SPD in Schwierigkeiten

Am 18. Juni dieses Jahres, während der heißen Phase der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, legte die Bundestagsfraktion der Grünen einen Gesetzentzwurf zum Verbot von Aussperrungen vor.

Angesichts der Tatsache, daß Anfang Juni 1984 89.000 Metallarbeiter unmittelbar ausgesperrt und ca. 118.000 kalt ausgesperrt waren, war dies ein demonstrativer Akt der Solidarität. Außerdem stellte diese parlamentarische Initiative einen Versuch dar, die Beschlüsse mehrerer Gewerkschaftstage in praktische Politik umzusetzen.Zuletzt waren entsprechende Beschlüsse auf dem DGB-Bundeskongress 1982 und dem IG-Metall-Gewerkschaftstag 1983 verabschiedet worden.

Das Aufgreifen gewerkschaftlicher Forderungen durch die Grünen stellt die Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaft nun offensichtlich vor ganz neue Probleme. Als die SPD in Bonn noch die Regierungsgeschäffte führte, blockierten führende Sozialdemokraten wie Herbert Wehner entsprechende parlamentarische Initiativen mit der Begründung, daß ein Aus-
sprechende parlamentarische Initiativen mit der Begründung, daß ein Aus-
sperrungsverbot eine Klage der Kapitalisten vor dem Bundesverfassungsgericht provozieren könnte. Das Urteil das das Bundesverfassungsgericht dann möglicherweise fällt, würde die juristisch verbriefte Waffengleichheit im Arbeitskampf festschreiben und u.U. sogar ein Verbändegesetz, das wesentliche Rechte der Gewerkschaften einengt, zur Folge haben.

Die Reaktion der DGB-Führung auf die Gesetzesinitiative der Grünen entsprach nun völlig der windelweichen Haltung der SPD. In einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten bat der DGB-Vorsitzende Breit *„diese parlamentarische Initiative in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages sorgfältig unter politischen und rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen."* Damit hatte er sich seiner Pflicht entledigt.

Von dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Stratmann wurde dieser Brief in einer Bundestagsrede am 27. Juni noch sehr positiv bewertet. Breit — so Stratmann — *„fordere zwischen den Zeilen — ich weiß es — die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion auf, diesen Gesetzentwurf sorgfältig zu prüfen und — ich darf ihn wohlwollend interpretieren — ihm zuzustimmen."*

Entweder Stratmann hat Breit völlig mißverstanden, oder er wollte mit diesem Teil seiner Rede taktisch geschickt die SPD unter Druck setzen. Auf jeden Fall konnte von einer wohlwollenden Prüfung bei den meisten SPD- und Gewerkschaftsführern nicht die Rede sein. Von den 26 Gewerkschaftsvorsitzenden, denen die Grünen ihren Entwurf zur Prüfung zugesandt hatten, antworteten nur sieben. *„Positiv reagierten lediglich die Gartenbaugewerkschaft sowie der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, der SPD-Bundestagsabgeordnete Haar."* („Spiegel", 19.11.) Döding, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, antwortete, die Forderung der Grünen, auch die „kalten Aussperrungen" zu verbieten, sei aussichtslos.

Über die Diskussion im DGB berichtet der „Spiegel", daß eine DGB-Expertenrunde über die Gesetzesinitiative beraten habe. Ergebnis dieser Beratung war die Empfehlung an den SPD-Vorstand, das Verbot der Aussperrung im Grundgesetz zu verankern und außerdem in einem Artikelgesetz näher zu erläutern. DGB-Vorstandsmitglied Ilse Brusius, sowie die SPD-Vorständler Anke Fuchs und Rudolf Dressler entwarfen daraufhin für die Parteivorstandssitzung am 7. September eine Diskussionsvorlage. Darin heißt es, Ziel der SPD sei, *„die Aussperrung mit einem Artikelgesetz mit gezielten Änderungen von Einzelgesetzen praktisch zu unterbinden."*

Die vom DGB ursprünglich geforderte Grundgesetzänderung wurde auf der SPD-Vorstandssitzung endgültig verworfen, da sie nur mit Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat durchzusetzten sei. *„Einige Vorstandsmitglieder, die den Gewewrkschaften nahe stehen, warnten vor allzu forscher Reaktion auf die Herausforderung der Grünen. Hessens Holger Börner riet von einer neuen Diskussion über das Arbeitskampfrecht ab."* Trotz dieser Widersprüche soll sich der SPD-Vorstand dann doch noch darauf verständigt haben, den von Anke Fuchs empfohlenen Kurs weiter zu verfolgen. Drei Tage nach dieser Entscheidung gab es jedoch massive Kritik aus dem SPD-Gewerkschaftsrat. Von Hermann Rappe, dem IG-Chemie-Vorsitzenden kam der Vorwurf, daß SPD und Gewerkschaften sich von den Grünen vereinnahmen ließen. Inzwi-
SPD und Gewerkschaften sich von den Grünen vereinnahmen ließen. Inzwi-
schen hofft die SPD-Spitze dem „Spiegel" zufolge, daß sich das Thema von selbst erledigt, indem es erstmal weiter in dem Bundestagausschuß schmort und dann allmählich in Vergessenheit gerät.

Das Verhalten der meisten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer angesichts der Gesetzesinitiative der Grünen ist offensichtlich nur so zu erklären, daß ihnen der dominante sozialdemokratische Einfluß in den Gewerkschaften wichtiger ist als das Verbot der Aussperrung. Außerdem haben SPD und Gewerkschaftsführer kein Interesse daran, daß sich die Grünen in i h r e m traditionellen Terrain politisch profilieren.

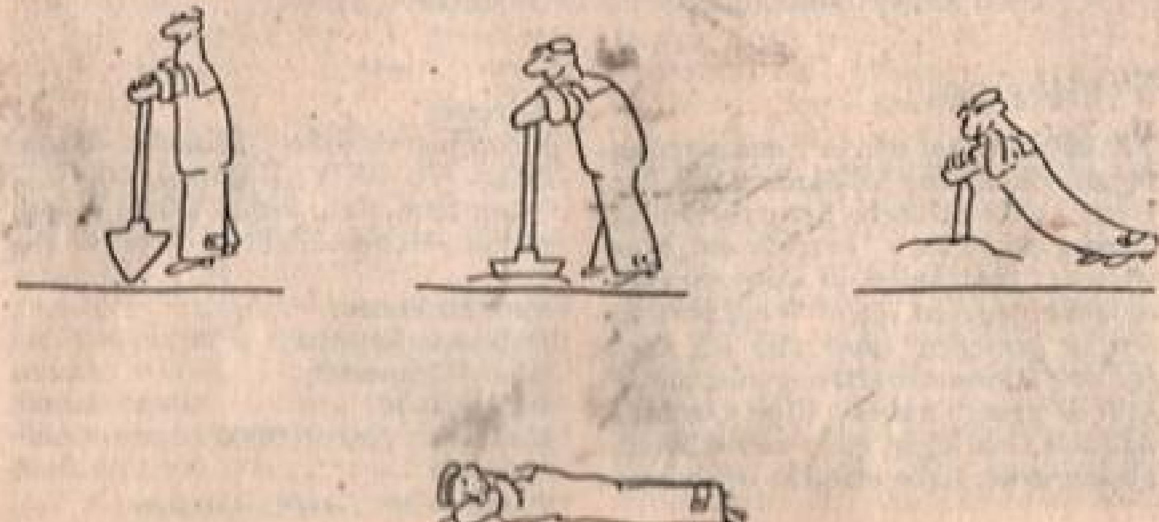
Allerdings gibt es auch in der Gewerkschaftslinken Kritiker der Gesetzinitiative. Inhaltlich bewegen sie sich auf der eingangs erwähnten sozialdemokratischen Linie. Von den SPD-Führern unterscheidet sie, daß sie für ein Verbot der Aussperrung bei einer stärkeren gesellschaftlichen Bewegung schon zu haben wären.

Einer dieser Kritiker ist Horst Peter Zahn, „express"-Redakteure und SB-Sekretär. Seiner Meinung nach ist die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung *„eine bequeme Drohgebärde. Sie bringt nichts, oder sie würde unter den gegebenen Verhältnissen gar zu einer verfassungsrechtlichen Anerkennung der Aussperrung führen und zu einer politischen Regelung des gesamten Arbeitskampfrechtes ermuntern."* („express" 7/8-84)

Es erscheint allerdings fraglich, ob es zu einer Verschärfung des Arbeitskampfrechtes eines solchen Anlasses bedarf. Die Vergangenheit zeigt doch eigentlich, daß die Herschenden, wenn sie in einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich demokratische Rechte abbauen wollen, schon immer genug Anlässe und Begründungen ge- bzw. erfunden haben. Dazu bedarf es wahrlich keiner Gesetzesinitiative der Grünen.

B&G-Kommission

Literaturhinweis:
Nicht nur zum Verbot der Aussperrung, sondern auch zum Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes und über die Diskussion der Grünen zur 35-Stunden-Woche informiert eine kürzlich erschienene Broschüre der „Grünen im Bundestag" mit dem Titel „Arbeitszeit Forum: Arbeitszeitpolitik der Grünen".





Hungerstreik in den BRD-Knästen

Zwangsernährung schon nach 10 Tagen angedroht

Am 4.12.84 sind Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Seitdem haben sich den Forderungen nach Zusammenlegung in große Gruppen und Behandlung nach der Genfer Konvention weitere 34 Gefangene angeschlossen (Stand 14.12., nach „taz", 15.12.84). Schon nach zehn Tagen hängt Brigitte Mohnhaupt am Tropf, weil ihr Körper durch die Haftbedingungen schon so geschwächt war, daß sie nun keine Flüssigkeit bei sich behalten kann.

Für einige Gefangene ist dieses seit 1970 der zehnte Hungerstreik gegen die Isolation, gegen die immer häufigeren und aggresiver werdenden Leibesvisitationen und Zellenrazzien. Gegen die immer massiveren Einschränkungen der Kommunikation nach draußen, wie Bezugsverbot von Büchern in einigen Knästen; den Abbruch von Brief- oder Besuchskontakten durch Gerichtsbeschlüsse; durch vermehrte Kriminalisierungsversuche, indem kriminelle Vereinigung im Knast vorgeworfen wird. Und gegen das immer wieder stattfindende willkürliche Auseinanderreißen von bestehenden Gruppen.

Bei diesem Kampf um ihr politisches und ihr physisches Überleben im Knast sind Holger Meins 1974 und Sigurd Debus 1981 während eines Hungerstreiks zu Tode zwangsernährt worden.

In der Presse wird dieser Hungerstreik nahezu totgeschwiegen. Springers „Bild" hingegen kann mit einem kompletten „Schlachtplan" aufwarten. „Ein Anstaltsleiter" wird zitiert: *„Der Befehl kam von außen, die Gefangenen haben oft Besuch von ihren Anwälten."* (Bild 11.12.84) Und neuer Terror droht: *„In einer Frankfurter RAF-Wohnung fand die Polizei diesen Plan: 1. Phase: Hungerstreik, um die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen, 2. Phase: Demos und Kundgebungen, 3. Phase: Anschläge auf Politiker, Richter, hohe deutsche und amerikanische Offiziere."* (ebd.)

Drinnen ...

Sofort nach Beginn des Hungerstreiks ist Jürgen Adolphs in den Trakt nach Bielefeld verlegt worden. In Westberlin ist die Gruppe von Frauen auseinandergerissen worden und sie haben jetzt nur noch einzeln Hofgang. Und die Bundesanwaltschaft hat angefangen, die juristische Vorbereitung für die Zwangsernährung zu treffen. Für die Gefangenen Helmuth Pohl, Stefan Frey und Volker Staub liegt eine derartige Verfügung vor. Wie das dann durchgeführt werden soll, ist allerdings noch offen, weil nach Beginn des Hungerstreiks die Ärzte aus vielen Knästen geäußert haben, daß sie es ablehnen, die Zwangsernährung durchzuführen.

... und draußen

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Hungerstreiks kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen. In Münster, Stuttgart, Hamburg, Karlsruhe und Berlin wurden Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt. In Hamburg wurde auf einer Veranstaltung mit gut 500 Besucher/inne/n über den aktuellen Stand des Hungerstreiks berichtet und von den Anwält/inn/en über die Ausdehnung des Begriffs „terroristische Vereinigung" auf Gruppen aus der Antikriegsbewegung, Hausbesetzer, auf einzelne oder Gruppen von Leuten, die über Brief- oder Besuchskontakte zu Gefangenen als „Unterstützer" definiert werden.

Die Absichten des BRD-Staats gegenüber den politischen Gefangenen werden deutlich aus einer Äußerung Scherers, der den MAD (Militärischer Abschirmdienst) von 1972-77 leitete. Die Anwältin von Barbara Ernst zitierte bei der Hamburger Veranstaltung aus dem „Stern" (18.10.84): *„Nachhaltig warnte Scherer vor Folter und Mord — nicht etwa aus moralischen Gründen. Ein toter Terrorist sei ein Märtyrer, ein gefangener Terrorist dagegen eine Informationsquelle. Folter ist dumm, dozierte Scherer, er halte mehr von der Zirkusmethode. Man müsse Gefangene etwa so behandeln, wie Tiere dressiert würden, mit Zuckerbrot und Peitsche. Das ehemalige Mitglied der RAF, den früheren Anwalt Horst Mahler, habe man auf diese Weise umdrehen können, behauptet Scherer, und der OPEC-Attentäter Hans Joachim Klein sei gar von deutschen Diensten als geheimer Informant angeworben worden."* Perfekte Isolation heißt das, bis die Gefangenen gebrochen sind, bis sie keine Widerstandskraft mehr haben.

Hungerstreik 1981 und jetzt

Der Hungerstreik 1981 wurde nach elf Wochen im Vertrauen auf Zusagen des Bundesstaatsanwaltes abgebrochen. Die vage Zusage: „Keiner bleibt in Einzelisolation" wurde nicht eingehalten. Diesmal werde es, so die Gefangenen, ohne die Durchsetzung der Forderungen kein Ende des Hungerstreiks geben.

Hieß es in der Hungerstreikerklärung vom 6.2.81 noch: *„Wir fordern: Anwendung der Genfer Konvention auf die Gefangenen der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen.(...) Zusammenlegung dieser Gefangenen..."*, ist diese Forderung in der Hungerstreikerklärung von Dezember 1984 erweitert: *„Zusammenlegung* (der Gefangenen der RAF; Anm. AK) *mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen."*

Solidarität und Öffentlichkeitsarbeit

Ebenso wie 1981 stellt sich die Frage, wie eine möglichst breite Solidarität mit und Öffentlichkeit zu den Hungerstreikenden hergestellt werden kann. Mit dem Hungerstreik alleine — und wird er auch mit allen Konsequenzen geführt, — wird eine Veränderung der Haftbedingungen nicht erkämpft werden können.

Bisher gab es Grußadressen und Solidaritätsveranstaltungen und zumindest in Hamburg eine gut besuchte Informationsveranstaltung. Aber dies geht über das „bekannte linke Spektrum" in- und ausländischer Gruppen und Organisationen nicht hinaus.

Die Unterstützer draußen sollten nicht den gleichen Fehler machen wie 1981 und mit der Hungerstreikerklärung (oder anderen antiimperialistischen Plattformen) als Grundlage nach solidarischen Kräften suchen.

Humanistische und demokratische Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen müsen angesprochen werden. Sie müssen aufgefordert werden, für die Einlösung der hier in der BRD so viel beschworenen demokratischen und humanistischen Rechte zu sorgen. Mit diesen Schritten sollte nicht wieder gewartet werden, bis die ersten Gefangenen so geschwächt sind, daß sie in Lebensgefahr sind.

ga. antirep, Hamburg.

Im Hungerstreik sind:

Stammheim: Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Manuela Happe
Aichach: Helga Roos, Christa Eckes
Köln: Adelheid Schulz
Düsseldorf: Rolf Clemens Wagner
Straubing: Rolf Heißler, Bernd Rössner
Essen: Dorothee Peters
Bielefeld: Anne Holling, Barbara Ernst, Ingrid Jakobsbmeier, Jürgen Adolphs
Celle: Karl-Heinz Dellwo, Andreas Vogel, Knut Folkerts, Lutz Taufer
Lübeck: Hanna Krabbe, Irmgard Möller, Inga Kreuzer, Christiane Kuby
Frankfurt: Inge Krobs, Gisela Dutzi
Frankenthal: Helmuth Pohl, Volker Staub, Stefan Frey
Westberlin: Gabriele Rollnik, Angelika Gerden, Monika Berberich
Bruchsal: Günther Sonnenberg, Roland Meyer
Hamburg: Manfred Klein, Jens Stuhlmann
Ossendorf: Sieglinde Hoffmann.
(Stand 14.12.84).

Dokumentation

Hungerstreikerklärung und Erklärung zur Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF

Dezember 1984

Wir sagen, daß die Dialektik revolutionärer Kämpfe gewichtiger ist als die imperialistische Doktrin der harten Haltung.

In den Trakten, den Gefängnissen, auf dem gesamten gesellschaftlichen Terrain hier, international: Die Imperialisten türmen Kriegs- und Repressionsmittel aufeinander, um die Geschichte, die weltweit den Bruch mit dem Kapitalsystem verlangt, zu ersticken.

Ihre Macht ist Militärstrategie, Aufstandsbekämpfung, Maschine — aber hohl, nur Gewalt, sonst nichts. Es ist ihre Reaktion auf die sich vereinheitlichende Kraft der internationalen Kämpfe für Befreiung. Auch in Westeuropa.

Wir kämfen im Bewußtsein der Einheit der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand jetzt mit dem Hungerstreik für die Zusammenlegung in große Gruppen. Wir fordern die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention. Gegen die Institutionalisierung von Folter und Kriminalisierung in den NATO-Demokratien ist das die politische Forderung, für die die Kriegsgefangenen gemeinsam kämpfen, und der mögliche Schutz.

Auch in unserer Lage ist das aus der gesamten Situation die gleiche Entscheidung, vor der alle Teile der revolutionären Linken stehen: Aus einem festgefahrenen Kräfteverhältnis die Defensive zu durchbrechen — die Suche, die Anläufe, den Willen in Kampf zu verwandeln und neue politische Durchbrüche zu schaffen.

Für uns heißt das, von der Tatsache der Isolation, der erzwungenen Vereinzelung auszugehen und auf die eigene Kraft zu vertrauen. Gegen eine Situation, in der der imperialistische Staat aus seiner substantiellen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust an Legitimität nur noch seine Potenz zu herrschen demonstrieren will, und jede Veränderung auch für Gefangene als Machtfrage bekämpft.

Unser Kampf schließt sich den Kämpfen der Kriegsgefangenen in Frankreich, Irland, der Türkei, Spanien, Italien und im besetzten Palästina an und eröffnet neue. Und er ist integriert in die Aufgabe, die sich der ganzen revolutionären Linken hier stellt:

Entweder sie kämpft sich in der Praxis des Widerstands zum authentischen revolutionären Prozeß in Westeuropa vor, indem sie Subjekt des Kampfs um Befreiung ist, oder sie kann nur als marginale Opposition die Verbrechen des Imperialismus und den Weg in den durchstrukturierten faschistischen Staatsschutzstaat kommentieren.

Einheit des Kampfs in der antiimperialistischen Front.

Wir wollen die Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen in großen Gruppen.

Wir können sie nur erkämpfen. Im Widerstand gegen das ganze eskalierte
rialistischen Front.
Wir wollen die Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen in großen Gruppen.
Wir können sie nur erkämpfen. Im Widerstand gegen das ganze eskalierte
Vernichtungsprogramm verteidigen wir uns und eignen uns auf neuer Stufe an, was sie mit aller Gewalt zerschlagen wollen.

Wo Herrschaft durch Trennung, Differenzierung, Vernichtung einzelner, um alle zu treffen und den ganzen Prozeß zu lähmen, funktioniert, ist Solidarität eine Waffe. Es ist die erste starke subjektive politische Erfahrung für jeden, der hier zu kämpfen anfängt, der Kern revolutionärer Moral: Solidarität als Waffe — konkret, materiell, Aktion aus der eigenen Entscheidung für diesen Krieg.

Um die geht es — sie ist Bedingung unseres Kampfs und der Sprung dahin, der das für jeden von uns in neuer Qualität ist, ist auch für die Gefangenen aus dem Widerstand wie für jeden, der im Knast um Identität, Gegenmacht kämpft, genau aus dieser gemeinsamen Situation raus: Gefangen, isoliert und wie wir mit der ganzen Schärfe ihrer Kriegsführung konfrontiert, — notwendig und möglich: Indem wir zusammen kämpfen. Und uns in diesem fight Kollektivität und Einheit erkämpfen, die Moral und Struktur, an der die Wirkung des konterrevolutionären Kriegs bricht.

Wir wollen das Kollektiv der Gefangenen und die Zusammenlegung als seine praktische Bedingung — weil es da, wo Stillstand und Unterwerfung unter ihre Macht laufen sollen, lebendiger und materieller Prozeß ist, neue Gedanken und Erfahrungen aufeinandertreffen und wir uns neue Möglichkeiten, Begriffe, Politik erkämpfen.

Es ist so der praktische Schutz gegen Folter, gegen den permanenten Terror dieser Bedingungen, weil er da, wo wir zusammen sind, nicht mehr greifen kann, die Totalität der Belagerung am kollektiven Prozeß bricht.

Kollektivität ist Struktur und Ziel des Befreiungskriegs. Sie ist der Raum, in dem allein sich Verbindlichkeit, Lernprozesse, selbstbestimmte bewußte Beziehungen zueinander entwickeln können. Sie ist die Konkretion einer neuen Wirklichkeit unter uns und für uns, die vom Feind nicht mehr erreichbar und erfaßbar ist. Subjektiv und objektiv notwendige Struktur, besonders in der Metropole: Aus dem Fehlen revolutionärer Massenkämpfe, der Schwäche breiter legaler Organisationsformen gegen den Faschismus hier, aus der Erfahrung der Unverbindlichkeit ihrer politischen Struktur, ihrer Sporadik und der Unmöglichkeit, in vom Staat kontrollierten und manipulierten Strukturen Subjekt der eigenen Aktion zu sein.

Kollektivität bestimmt sich übers Ziel: Zum Angriff kommen — nicht zu einem einzigen, sondern als dauernder, gemeinsamer Prozeß der politischen Bestimmung und Aktion. Sie existiert nur im Kampf und nur gegen Herrschaft und Unterdrückung ist sie zu entwickeln. Sie ist nicht bloße Negation all dessen, was Staat und Kapital sind, sondern die gesellschaftliche Organisation freier Menschen, wie sie hier und jetzt — überall wo gekämpft wird — schon möglich ist.

Wir wollen die Einheit aller politischen Gefangenen im Kampf um Befreiung — um Perspektive im Knast geht es uns sicher nicht, wie es überhaupt im Imperialismus keine Lebensperspektive gibt — und zusammenkommen mit allen, die den Bruch mit diesem System gemacht haben, die gegen Knast, Staat, Imperialismus und Staatsdenken von den revolutionären Kämpfen, Initiativen und Erfahrungen der letzten Jahre ausgehen, die Konsequenz daraus wollen im gemeinsamen Angriff jetzt.

Gegen das in Westeuropa vereinheitlichte und exkalierte NATO-Programm zur Fortsetzung des Kriegs gegen Guerilla und Widerstand auch in der Gefangenschaft verlangen wir Haftbedingungen, wie sie in den Genfer Konventionen als Mindestgarantien gegen Folter und Vernichtung für Kriegsgefangene festgehalten sind:

— Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen

— Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle

— Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information.

Daß die Konfrontation, um unser Ziel durchzusetzen, total sein wird, ist klar, dieser Krieg hat keine Vermittlung — sie haben sie längst selbst beseitigt und führen ihn offen, weil es ihnen nicht nur um unsere Vernichtung, sondern vor allem um unsere schnelle Vernichtung geht. Denn je länger wir kämpfen, umso mehr kippt ihr faschistisches Projekt, die Eskalation, auf
und führen ihn offen, weil es ihnen nicht nur um unsere Vernichtung, sondern vor allem um unsere schnelle Vernichtung geht. Denn je länger wir kämpfen, umso mehr kippt ihr faschistisches Projekt, die Eskalation, auf
die sie aus sind, gegen sie, entwickelt dieser fight eine Dialektik für uns, setzt sich die Spur der Politik, die sie auslöschen wollen, durch.

Die Eskalation ist mit den Händen greifbar. Rebmann im Dezember 83: Die Aktion „Grüße an die politischen Gefangenen" sei der Versuch, das Kommunikationsverbot zu durchbrechen — eine neue Stufe in ihrem alten Programm, das seit 13 Jahren die Realität der politischen Gefangenen in der BRD ist — 9 tote Gefangene, Isolationsfolter, Sicherheitstrakt, Kontaktsperre.

Sie haben alles versucht: Gehirnwäsche durch toten Trakt, Zwangspsychiatrisierung bis zu differenzierter und total überwachter Isolation im sogenannten Normalvollzug. Prügel und Überfälle, Zwangsnarkose und CS-Gas, gynäkologische Körperdurchsuchung unter Gewalt, stundenlange Fesselung von nackten Gefangenen beim Transport, Zwangsernährung und Wasserentzug, Streßmanipulation, Zellenrazzien jeden Tag, mehrmals täglich Durchsuchungen bis auf die Haut, Bunker, tagelang Fesselung auf Pritschen, Schlafentzug, Verhinderung ärztlicher Versorgung.

Registrierung und Überwachung jeder Lebensäußerung und entsprechende Anpassung des täglichen Terrors an die einzelne Persönlichkeit.

Entzug von Information und Orientierungsmöglichkeiten an der Wirklichkeit innerhalb und außerhalb der Knastmauern, Entzug von Helligkeit und Sichtblenden tagsüber und von Dunkelheit durch Dauerbeleuchtung nachts, von Umgebung, Luft, Geräuschen, Abwechslung, Farben, Rückzugsmöglichkeit und Raum für sich selbst, Radio, Büchern, Zeitungen, von Bewegung außerhalb des Isolationscontainers jahrelang, von allem und jedem, was einem Menschen überhaupt entzogen werden kann bis zu dem, was ihn vom Tier unterscheidet: der Möglichkeit zur sozialen Interaktion — Abschneiden letzter Briefkontakte, zwei Wochen Knast und Razzia in der WG wegen einem Brief an einen von uns, Terrorisierung von Besuchern, um sie abzuschrecken, Mitschreiben von jedem Wort durch LKA und BKA, Verbot fast aller Besuche bis hin zu engen Familienangehörigen wegen Öffentlichkeitsarbeit gegen Folter und Vernichtung (= „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"), Abhören der Gespräche mit unseren Anwälten, Razzien in Anwaltsbüros, Verhaftungen.

Seit 82 auch: Eigenmächtige Kontaktsperre der Knäste und Kontaktsperre bei BKA-Razzien.

Und jetzt: Kommunikationsverbot und Rebmann: „Wir werden die Zusammenlegung in Zukunft noch stärker bekämpfen".

Im Klartext: Gegen uns und jetzt auch gegen die Gefangenen aus dem Widerstand die nach außen hermetisch abgedichtete Einzelisolation in Hochsicherheitstrakten und -zellen.

Nach 8,10,13 Jahren dieser Gefangenschaft jetzt Kontaktsperre auf Dauer als faschistische Normalität gegen uns, in der dann wie 77 alles möglich sein soll.

Gegen ihr terroristisches Programm gibts allerdings nur eins: zu kämpfen und auch aus der äußersten Defensive der Isolation raus sie anzugreifen, mit dem, was sie uns auch hier nicht nehmen können, ohne zu töten: unser kollektives Bewußtsein und unseren Willen zu siegen.

Es ist eine Machtfrage, weil es uns auch hier ums ganze geht und die Frage, ob wir jetzt diese Staatsschutzof-
men können, ohne zu töten: unser kollektives Bewußtsein und unseren Willen zu siegen.
Es ist eine Machtfrage, weil es uns auch hier ums ganze geht und die Frage, ob wir jetzt diese Staatsschutzof-
fensive brechen, nicht davon zu trennen ist, wie ihre konterrevolutionäre Offensive insgesamt zu brechen ist und weil sie fürchten, daß für die revolutionäre Bewegung hier neue Bedingungen durchgesetzt sind, wenn wir die Einheit der revolutionären Gefangenen **im Kampf sind — uns** durchsetzen.

In dieser Situation, wo die imperialistischen Staaten Westeuropa mit dem US-Kernstaat BRD zur strategischen Zone ausbauen gegen die Befreiungskämpfe weltweit, wird jeder Durchbruch, den der Widerstand zur Front im Innern schafft, zur Machtfrage.

Denn nach der Niederlage des US-Systems in Vietnam und seiner Rekonstruktionsphase, in der sie die NATO zum strategischen Militärbündnis für die US-Politik nach innen und außen faschistisch ausrichten, weil sie bei **jeder** Intervention dabei sein soll, ist es für sie zu einer existentiellen Frage geworden, die westeuropäischen Metropolen im Griff zu haben und zu halten:

Gegen den anhaltenden Druck der Befreiungskriege und seine Rückwirkungen in den imperialistischen Zentren, gegen die jungen Nationalstaaten und die sozialistischen Länder im Osten und gegen die Entstehung von Front im Zentrum selbst, die sich durch mehr als 10 Jahre bewaffneter Politik in Westeuropa in ihren strategischen Angriffen als antiimperialistische Front konkretisiert und in der sich die verschiedensten revolutionären Kämpfe hier zum Antagonismus und offensiven Funktion für die globale Front entwickeln werden.

Wenn Zimmermann wegen seiner faschistischen Ausländerpolitik erst von der UNO angegriffen wird, sie anschließend aber zwingen kann, die Menschenrechtsverletzungen gegen Asylanten zu schlucken, wenn sein Staatssekretär nach der US-Intervention nach Grenade fährt, um zu demonstrieren, was sie mit „Weltinnenpolitik" meinen, wenn die neue Antifolterkonvention von der BRD und den anderen NATO-Staaten von vornherein ignoriert werden kann, wenn die BRD weiter kurdische und türkische Genossen an ihren NATO-Verbündeten Türkei ausliefern kann, weil sie dafür gesorgt hat, daß Folter und Mord dort inzwischen auf EG-Ebene als normal sanktioniert sind, wenn sie mit einem Vertreter wie Jäger in der UN-Menschenrechtskommission sozusagen programmatisch klarstellt, welches Verhältnis zu den Menschenrechten sie durchsetzen will, dann darf Rebmann natürlich auch die öffentliche Hinnahme der Folter hier als normal verlangen, kann er das machen, worauf er schon lange hinarbeitet und was von der UNO international als Form der Folter geächtet wurde: Kommunikationsverbot.

Wie es ihnen überhaupt um die repressive Durchsetzung einer anderen Normalität geht — um die Militarisierung von Politik, Staat und Gesellschaft, einer Normalität, die auf Gewöhnung aus ist, weil die Gewohnheit wieder die Ruhe darüber schafft: nichts zu fühlen, nichts zu denken, nichts zu verstehen. Es geht also nicht um Aufklärung über die Tatsache der Folter, es geht um revolutionäre Gegenmacht und Aktion.

Diese ganze Arroganz imperialistischer Machtentfaltung kennt nur eine Grenze: wo starker, selbstbewußter Widerstand aus der Illegalität und aus der Legalität ihr zusammen eine setzen.

Nachdem die BRD die polizeiliche Integration Westeuropas präventiv gegen
derstand aus der Illegalität und aus der Legalität ihr zusammen eine setzen.
Nachdem die BRD die polizeiliche Integration Westeuropas präventiv gegen
den bewaffneten Antagonismus im Innern der Metropolen als offen militärische Maßnahme durchgesetzt hat, ist das imperialistische Projekt jetzt die Transformation dieses Staatsschutzblocks zur „europäischen Säule der NATO" — wobei die militärische Klammer die „politische Einheit" der Staaten mit der US-Militärdoktrin erzwingen soll — auf der Basis der Stationierungen — weil es umgekehrt nicht geklappt hat.

Die Struktur, die unabhängig vom Konsens der Nationalstaaten für die Interessen des strategischen Machtblocks funktionieren soll. Dagegen blieb millionenfacher Protest wirkungslos, konnte auch Widerstand, der den BRD-Staat, seine gewachsene Macht und wachsenden Machtansprüche nicht als identisch mit der US-imperialistischen Ausrottungspolitik begreift, in der Konfrontation mit der präventiven totalen Mobilmachung des Apparats kein Faktor sein im internationalen Kräfteverhältnis, in und aus dem wir hier kämpfen.



Rebmanns Kommunikationsverbot jetzt, als Drohung gegen uns und alle, die mit uns diskutieren, mit denen wir zusammen kämpfen und die wir kennen, ohne sie je gesehen oder ein Wort mit ihnen „kommuniziert" zu haben, weil sie wissen, daß viele nach einer radikalen Lösung, einer konkreten Kampfperspektive suchen, ihre Erfahrungen in den letzten Jahren mit den Erfahrungen der Gefangenen aus dem bewaffneten Kampf zusammen- und weiterbringen wollen — für einen Durchbruch. Denn darum geht es jetzt. Im Durchbrechen der konterrevolutionären Blockade der Vielfalt antagonistischer Initiativen, Erfahrungen, Strukturen erneut Sinn zu geben: Gegen die Logik der Vernichtung, gegen das Lebenslänglich in der Metropole die blockierten Erfahrungen, Bedürfnisse, Hoffnungen, Ziele und den eng gewordenen politischen Horizont vom Fetisch staatlicher Übermacht zu befreien; die neue Phase in der Entwicklung des revolutionären Kriegs hier freizukämpfen — den Sprung jetzt zu machen, der das für jeden von uns ist — hier in den Gefängnissen und an jedem Abschnitt der Konfrontation: Die revolutionäre Lösung gegen die konterrevolutionäre durchkämpfen, das globale Projekt der Reaktion zerschlagen und die strategischen Pfeiler, auf denen sie es aufrichten wollen — präventive Konterrevolution, Verpolizeilichung des Kriegs, totaler sozialer Krieg, Organisierung der Metropolen als totales, alle sozialen Bereiche und Beziehungen durchsetzendes, zerstörerisches und selbstzerstörendes Gewaltverhältnis. Vernichtungsfeldzüge gegen die Befreiungsbewegungen, Völker, Revolutionen in Asien, Lateinamerika, Afrika. Die Organisierung dieser Gesellschaften zwischen Kaserne, IWF und dem jetzt kulminierenden Einsatz der Hungerwaffe gegen Millionen von Menschen, damit sie ihren Weltherrschaftsplänen nicht gefährlich werden, wenn sie sich das geraubte Leben mit Gewalt wiederholen wollen.

Die auf der Basis ihrer globalen Übermacht betriebene Politik der Drohung und Provokation rund um den Erdball und vor allem gegen die sozialistischen Staaten im Osten, die Hast, mit der sie alle imperialistischen Verbrechen zusammen in den Schatten stellen wollen, mit der sie den konventionellen und atomaren Krieg organisieren.

Der Wettlauf gegen die Verwandlung der objektiven Reife der Metropole zur Front im Befreiungskrieg, gegen die
len wollen, mit der sie den konventionellen und atomaren Krieg organisieren.
Der Wettlauf gegen die Verwandlung der objektiven Reife der Metropole zur Front im Befreiungskrieg, gegen die
Befreiungskämpfe und sozialen Explosionen auf allen Kontinenten.

Weil die Situation so ist, weil der Widerspruch das ganze gesellschaftliche System des Kapitals erfaßt, wollen die Imperialisten die Trakte und KZs zur „Fabrik der Vernichtung des Klassenwiderspruchs" machen, sind die Kriegsgefangenen in Westeuropa mit den vereinheitlichten Maßnahmen des NATO-Staats konfrontiert: Den irischen Genossen wurde auf NATO-Entscheidung der politische Status wieder aberkannt, bis Spanien, Italien etabliert sich das westdeutsche Modell der Schließfachtrakte und gewaltsamen Vereinzelung. Jetzt wird es gegen die massenhaften Kämpfe der türkischen und kurdischen Gefangenen eingesetzt: 38 neue Hochsicherheits- und Isolationsknäste, die kollektiven Widerstand unmöglich machen sollen.

Sie zielen auf die revolutionäre Moral und das Neue, das die Kriegsgefangenen aus den antiimperialistischen und kommunistischen Guerillas, Volkskämpfen und Bewegungen erfahren haben, sind und wofür sie weiterkämpfen.

Die Kriegsgefangenen in Westeuropa sind sich nahe. Ihre Kämpfe sind Antagonismus und Offensive gegen das System des Kapitals und die Konterrevolution der NATO. Sie zerreißen den totalitären Anspruch des imperialistischen Projekts auf dem Terrain, wo er die größte Macht besitzt. Wenn es das Projekt der NATO-Staaten ist, die Entwicklung der Front an diesem Abschnitt — den Gefangenen — auszulöschen, so ist es unsere Sache, sie genau hier mit Strategie und Moral der Front, die wir wollen, zu konfrontieren. Der Streik der irischen Gefangenen 81 ist uns Orientierung und die Kämpfe der türkischen und kurdischen Gefangenen — ihre besondere internationalistische Kraft. Kämpfe, die den Sieg vorbereiten.

Eine bedeutungslose Randfigur

Das Netz von Neonazis, Kriminellen und Geheimdiensten in Ostfriesland

Seit dem 27.11.1984 läuft vor der Jugendkammer des Landgerichts Aurich in nichtöffentlicher Sitzung ein längst fälliges Verfahren gegen die Mitglieder der Emder ,,Kampfeinheit Nationaler Sozialisten (KNS)''. Der mittlerweile auf zehn Tage angesetzte Prozeß lohnte kaum eine genaue Betrachtung, würde nicht eine Behauptung im Raum stehen, die ein beredtes Zeugnis über das staatliche Eingreifen in die Naziszene liefert: Ein versuchter Brandanschlag der drei Beschuldigten Thomas Hamphoff (21), Michael Tomalak (21) und Hans-Joachim Bayerer (21) soll überhaupt erst von einem V-Mann der Polizei initiiert worden sein. Der ,,Arbeiterkampf'' nutzt die Gelegenheit, einen Mann mit vier Gesichtern vorzustellen und damit beispielhaft das enge Netzwerk von Neonazis, Kriminellen und Geheimdiensten anzureißen.


Die KNS v.l.n.r.: Hamphoff, Tomalak, Bayerer

116 Seiten umfaßt die Anklageschrift gegen das u.a. durch Fernsehbeiträge auch bundesweit bekannt gewordene Trio. Vorgeworfen wird ihnen eine ganze Reihe von Vergehen, die in den Jahren 1980/81 begangen wurden: Herstellung, Lagerung und Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda, Verwendung nazistischer Kennzeichen, Aufstachelung zum Rassenhaß, Sachbeschädigung, Diebstahl, z.T. menschengefährdende Brandstiftungsversuche, Verabredung zu Straftaten sowie Verstöße gegen das Waffengesetz, wobei die erstgenannte Straftat allein etwa dreiviertel der Anklage ausmacht: Bei Hausdurchsuchungen wurden massenhaft zum Teil mehrfach kopierte Flugblätter der NSDAP/AO u.a. vorgefunden.

Entgegen richterlichen Vorankündigungen wurde die Öffentlichkeit kurzfristig ausgeschlossen. Begründung: ,,Schutz der z.T. damals noch Jugendlichen.'' Daran darf gezweifelt werden, denn gerade eine der schwersten Anschuldigungen, ein versuchter Brandanschlag am 31.12.81, entpuppte sich gleichzeitig auch als eine der brisantesten. An diesem Tage nämlich wurden Bayerer, Hamphoff und Tomalak gemeinsam mit den Emder Neonazis Joachim Apel und Robert Hotopp in flagranti von einem großen Polizeiaufgebot mit gezogenen Waffen dabei gestellt, wie sie zur Vorbereitung eines Anschlages in eine Bürobaracke des Staatshochbauamtes eindrangen. Hotopp und Apel sollen es nun gewesen sein, die im November 1981 von der Konkurrenztruppe ,,Nationale Jugend Ostfriesland (NJO)'' zur KNS kamen, um dort Racheaktionen für die in München erschossenen VSBD-ler Uhl und Wolfgram vorzuschlagen.

,,Die trieben die ganze Sache an'', ließen sich die Angeklagten am zweiten Prozeßtag aus. ,,Sogar Waffen wollte uns der Apel besorgen, um Aktionen durchzuführen.''

Während die drei KNS-Mitglieder am Silvestertag 1981 nach erfolgter Festnahme in U-Haft wanderten, wurden Apel und Hotopp noch am Abend wieder auf freien Fuß gesetzt, kehrten wieder in ihre NJO zurück und organisierten dort in der Folgezeit an diversen Aktionen kräftig mit. Bis heute unbehelligt für die Tatbeteiligung, tauchen beide Namen mit keinem Wort in der Anklageschrift auf. Kein Wunder also, daß Hamphoff erbost verkündete: ,,Apel ist Mitarbeiter der Polizei!'' Und damit liegt er gar nicht so verkehrt.

Der Neonazi

Beginnen wir mit dem ersten Leben des 1956 in Emden geborenen und aufgewachsenen Druckers Joachim Apel. Mit dem Leben, durch das er überhaupt bekannt wurde: als Neonazi.

Ende 1979, die NJO existierte bereits ein gutes dreiviertel Jahr, tauchte Apel gemeinsam mit seinem Neffen Stefan Sieckmann bei einem Treffen der Gruppe auf, stellte sich als ,,Stahlhelmer'' vor und bot sich als Flugblatthersteller an. Begeistert aufgenommen

Gruppe auf, stellte sich als ,,Stahlhelmer'' vor und bot sich als Flugblatthersteller an. Begeistert aufgenommen

insbesondere durch den damaligen NJO-Führer Hermann Mietz, wurde Apel schnell als einer der militantesten Neonazis der Region bekannt. Unter seiner Regie wurden bewaffnete Übungen abgehalten; er war es, der die Truppe ermunterte, an Treffen und Seminaren in England und Belgien teilzunehmen. Er organisierte Fahrten zum traditionellen Nazitreffen in Diksmuide; er reiste auch im Herbst 1981 mit Hermann Mietz nach Südafrika. Weiter noch: Nachdem Mietz und Konsorten, durch einen Prozeß wegen verbotenen Uniformtragens sowie durch die folgende öffentliche Empörung über die Emder Neonazis sichtlich verunsichert, auf taktischen Rückzug orientieren wollten, gelang es Apel kurzfristig, wieder Schwung in den Laden zu bringen. So führte er z.B. einen Teil der NJO an, als dieser im April 1982 der Gründungsveranstaltung der ,,Wilhelmshavener Liste für Ausländerstop'' beiwohnen wollte.

Spätestens seit dieser Zeit hatte der Mann, der oft genug vom Leiter der politischen Polizei Aurich, Windgätter, zur ,,bedeutungslosen Randfigur'' verharmlost wurde, das Ruder in der Hand. Über ihn liefen die Kontakte zur ,,Göttinger Runde'' des langjährigen NPD-Vorstandsmitglieds Hans Michael Fiedler; Apel war es, der Anfang 1983 unter dem Namen ,,National Friesische Jugend'' Aktionen zum Jahrestag der Machtergreifung in Gang brachte. Um den auch ,,Kelly'' gerufenen Drucker scharten sich vornehmlich die jüngeren NJO-Mitglieder wie Roland Smidt, Vilko Kosic, Stefan Sieckmann, Fritz Färber, Detlev Kleen und Bertold Klaasen, mit denen u.a. Veranstaltungen mit Udo Walendy organisiert oder auch die Teilnahme an den Aufmärschen der ,,Konservativen Aktion'' im Sommer 1983 geplant wurde.


Joachim Apel


Robert Hotopp

Der ,,Arbeiterkampf'' (Nr. 239) erwähnte im Oktober 1983 Apel-Kontakte zu Michael Kühnen. Tatsächlich ging am 7.1.1984 — die ANS/NA war mittlerweile verboten worden — eine Kühnen-Veranstaltung ausgerechnet in Oldersum bei Emden hoch. Lediglich zur Personalienfeststellung wurden die 12 Teilnehmer kurzfristig festgenommen; bei dieser Aktion wurden nicht nur Propagandamaterial, sondern auch Waffen beschlagnahmt.

Der Kriminelle

Der Kriminelle

Und da sind wir auch schon beim Leben Nr. 2 des sauberen Herrn Apel. **Er nämlich war es, der ständig für die Versorgung der Nazis mit Waffen sorgte.** Was Wunder, denn der Drucker gehörte schon seit langem zur Creme der kriminellen Szene. In allen Bereichen hatte er etwas zu bieten: Handel mit harten Drogen, mit Waffen aller Art (z.B. Handfeuerwaffen Smith & Wesson 38 special, Tränengasrevolver etc.) und Hehlerwaren galten als sein Metier. Seine ,,Kundschaft'' belieferte er prompt. Kurz mal etwas bestellt, reagierte der eloquente Herr mit einem geschäftigen ,,Ja, da muß ich mich mal umhören ...'' und stand wenig später mit dem gewünschten auf der Matte. Wurde irgendwo in der Region wieder ,,angezogen'', wußte er, wie und wo man an die Beute herankommen würde.

Eine Geschichte wollen wir hier zum Besten geben. Sie hilft uns, den Bogen zu seinem dritten Leben zu schlagen.

In der Nacht zum 18.8.82 wurde aus dem Emder Verwaltungsgebäude ein Stadtwappen, das sogenannte ,,Engelke up de Muer'' geklaut. Ein Skandal, so die örtliche Presse, denn das aus den fünfziger Jahren stammende Schnitzwerk wäre von ,,nicht einzuschätzenden ideellen Wert''. Man bat die Diebe, ihre Beute doch zurückzubringen, ,,da es sich nicht verkaufen lasse''. Da war Herr Apel allerdings völlig anderer Ansicht. Dessen Neffe Stefan Sieckmann nämlich — in der Dealerszene ebenfalls nicht ganz unbekannt — hatte das Wappen mitgehen lassen und seinem großen Verwandten übergeben. Der bot es ausgerechnet einem Kontaktmann der Emder Kripo an, und die nahm Apel bei der Übergabe fest. Nach offizieller Darstellung der Polizei hieß es Ende August schließlich, nach ,,umfangreichen und z.T. recht schwierigen Ermittlungen'' hätten ein 18- und ein 20jähriger festgenommen werden können. Vom damals 26jährigen Apel kein Wort. Und auch das Verfahren im Frühjahr 1983 wegen Hehlerei endete glimpflich. ,,Der kam mit einem blauen Auge davon'', wußte ein Prozeßbeobachter über Apel zu berichten.

Der V-Mann

Auch das verwundert eigentlich nicht, wenn man Leben Nr. 3 kennt: Apel war V-Mann des niedersächsischen Landeskriminalamtes. Spätestens im Frühherbst 1981 wurden Under-Cover-Agents auf ihn angesetzt. Unter den Decknamen ,,Harry'' und ,,Uwe'' arrangierten die Agenten ein erstes Treffen. ,,Uwe'', knapp 30 Jahre jung, etwas schmal, mit dunkelblondem Haar, tauchte als Zuhälter verkleidet in Begleitung einer stilecht wasserstoffblond aufgemachten Kollegin in Emden auf. Einschlägige Krimis verblassen vor der Realität. In der weiten nächtlichen Einsamkeit des Emder Hinterlandes, das müde Plätschern des Dollarts in den Ohren, trafen sich Punkt 21.30 Uhr die Geschäftspartner. Apel bot dem als ,,Stader Mittelsmann'' vorgestellten UCA zunächst Haschisch, dann aber auch Heroin (,,das Gramm 250 Mark, ab Unze 200!'') an. Und ,,Uwe'' griff nach 20minütigem Gespräch zu. Zur Ware, versteht sich.

In der Folgezeit gab es weitere Treffen auch mit ,,Harry''. Über den illegalen Verkaufstresen wanderten Drogen, Video- und Musikrecorder. Sogar eine gefälschte Druckplatte für 50-Dollar-Noten wollte Apel verkaufen. Die Finger solle er davon lassen, riet man ihm, das sei im Moment zu gefährlich. Interesse hingegen erregten gefälschte Personalpapiere sowie sauber verpackte und gut geölte Maschinenpistolen.

Wie das niedersächsische Innenministerium inzwischen bestätigte, konnte Apel tatsächlich als V-Mann geworben werden. Aber wohl nicht nur für die

sterium inzwischen bestätigte, konnte Apel tatsächlich als V-Mann geworben werden. Aber wohl nicht nur für die

Polizei. Auch dem Landesamt für Verfassungsschutz hatte er schon längst seine Dienste angeboten. Mehrfach brüstete er sich im Freundeskreis der monatlichen 300 DM, die er über einen Kontaktmann namens ,,Willi'' erhalten habe. Auch diese Verbindung mußte vom Ministerium mittlerweile zugegeben werden.

Zum Schluß: Die Fassade

Vor diesem Hintergrund wird nur zu verständlich, weshalb Apel für seine kriminellen Delikte nie ernsthaft belangt wurde. Die Geheimdienste im Rücken, gelang es ihm sogar, dem Vorwurf der räuberischen Erpressung ohne Haftstrafe zu entgehen. Und es ist mittlerweile auch verständlich, weshalb Apel immer dann neofaschistischen Aktivitäten fernblieb, sobald diese mal ausnahmsweise durch die Polizei hochgenommen wurden.

Weder war er beteiligt am uniformierten Aufmarsch von sieben NJO-Mitgliedern im April 1980 in Jever (was diesen einen Prozeß einbrachte), noch wurde die Wohnung seiner damaligen Freundin — bei der Apel lange wohnte — im Zusammenhang mit einer Durchsuchungsaktion gegen 17 Emder Neonazis 1981 aufgesucht. Ebenso tauchte Apel entgegen seiner eigenen Ankündigung beim Treffen mit Kühnen erst gar nicht auf. Und letztlich war er es, der das Foto einer NJO-,,Wehrsportübung'' schoß, bei der Bayerer, Tomalak, Smidt, Kosic und Peter Bracker ,,Juden liquidieren'' übten. Auch die Weiterleitung dieser Fotos an den STERN ist Apel zuzuschreiben.

Das heißt nun nicht, daß er im positiv gemeinten Sinne eines angeblichen ,,staatlichen Verfolgungsinteresses'' erfolgreiche Arbeit geleistet hätte. Ganz im Gegenteil war er der staatlich beauftragte Anschieber der Szene, der p u n k t u e l l ,,Aufklärungserfolge'' für die Öffentlichkeit produzierte. Dann nämlich, wenn es wirklich nicht anders ging.

Bleibt (bis auf weiteres...) nur noch die — Leben Nr. 4 — bürgerliche Fassade zu nennen. Im April 1984 eröffnete Apel gemeinsam mit seinem in Rauschgiftdingen ebenfalls nicht unbewanderten Kompagnon Johann Kretzmer die wohl modernste Offset-Druckerei Emdens. Die Investition von mindestens 200.000 DM ruft bislang bei der Konkurrenz heftiges Kopfschütteln hervor. Sie, krisengeplagt und im eifrigen Kampf um die mageren Aufträge in der Region, kann weder verstehen, wie der Herr Apel an die Kredite gekommen ist, noch, wovon der neue Betrieb eigentlich lebt. ,,So viele Aufträge'', äußern sie vielfach, ,,kann es gar nicht geben.''

Aber vielleicht läßt das Innenministerium ja bald die jährlichen VS-Berichte bei ihrem emsigen V-Mann drucken. Weiß man's?

KB/Gruppe Emden

Emdener Neonazis und das Schweigen der Behörden

— Eine unvollständige Chronologie —

Eine unvollständige Chronologie

,,1981 wurde bekannt, daß sich im Vorjahr in Emden eine wehrsportähnliche Gruppe betätigt hatte. Die führenden Mitglieder hatten Kontakte zum rechtsextremistischen Lager.'' (Erste und letzte offizielle Nennung der ,,Nationalen Jugend Ostfriesland'' im niedersächsischen VS-Bericht, 1982).

Anfang 70er: Die ehemaligen BHJ-Mitglieder Hermann und Werner Mietz beginnen unter diversen Gruppennamen rechtsextremistische Aktivitäten in Emden. Schnelle Bildung eines breiten Kontaktfeldes in Norddeutschland. Verbindungen zum Oldenburger VS-Agenten Werner Gottwald, der die Mietz-Aktivitäten regelmäßig dem VS meldet (bis 1980).
28.9.74: Gründung des ,,Deutschen Jugendbundes'' durch diverse Gruppen des norddeutschen Raumes. Kontakte zu H.M. Fiedler und Jürgen Rieger.
Bis Ende 78: DJB-Lager, Unterstützung von NPD-Veranstaltungen in Friesland, Flugblattaktionen etc. Langsamer Niedergang des DJB. Gründung der Emder ,,WSG Peiper''.
Frühjahr 79: Gründung der ,,Nationalen

dergang des DJB. Gründung der Emder ,,WSG Peiper''. Frühjahr 79: Gründung der ,,Nationalen

Jugend Ostfriesland (NJO)'', Aktivitäten: Wehrsportübungen, Veranstaltungen, Agitation.
Ende 79: Joachim Apel tritt in die NJO ein. Ein Flugblattregen geht auf Emden nieder. Uniformierte Aufmärsche, Überfälle auf Linke und Drohbriefe.
Frühjahr 1980: Apel organisiert Wehrsportübungen, auf denen u.a. ,,Juden liquidieren'' geübt wird.
17.4.80: Sieben NJOler marschieren uniformiert bei einer Veranstaltung in Jever mit H.M. Fiedler auf. Festnahme.
Juli 80: Teilnahme der NJO am Nazitreffen in Diksmuide/Belgien. Kurz darauf spaltet sich die ,,Kampfeinheit Nationaler Sozialisten'' ab.
Bis 12/80: KNS baut Kontakte in die gesamte NSDAP/AO-Szene auf. Briefkontakte mit Roeder, Christophersen, Otte u.a. Sie erhalten finanzielle Unterstützung.
Anfang 81: Diverse Veranstaltungsstörungen der NJO unter der Leitung von Mietz und Apel. Teilnahme an Treffen in England und Belgien. Flugblattaktionen des KNS. Das ganze Jahr über reist das Trio durch die BRD, um Verbündete zu besuchen.
22.3.81: Die KNS wird nachts mit brennbarer Flüssigkeit gestellt. Geplant war ein Anschlag auf ein portugiesisches Freizeitheim in Emden.
9/81: Bayerer und Tomalak kommen vor dem Jugendrichter wegen verbotenen Uniformtragens in Jever mit einer Ermahnung davon.
10/81: Mietz und Apel reisen nach Südafrika. Die KNS taucht in München unter bei Karl Jochheim-Armin.
20.10.81: Schießerei in München. Uhl und Wolfgram werden getötet. Wenig vorher hatte die KNS Gelder vom in diesem Zusammenhang festgenommenen Pascal Coletta erhalten.
29.10.81: Der STERN veröffentlicht das Foto einer NJO-,,Wehrsportübung''. Bayerer, Tomalak, Kosic, Smidt und Bracker üben ,,Juden liquidieren''. Rückkehr der KNS nach Emden.
10.11.81: ,,Monitor'' läßt in einem Beitrag die KNS uniformiert zu Wort kommen. Zu dieser Zeit organisiert Tomalak einen Teil von Kühnens Schriftverkehr. Apel und Hotopp tauchen in der KNS auf.
12.11.81: Prozeßbeginn gegen Hermann und Werner Mietz sowie Rainer Geerken wegen des Aufmarsches in Jever. Urteile: Geringe Geldstrafen.
25.11.81: 19 Hausdurchsuchungen bei Emder Neonazis in Zusammenhang mit dem STERN-Foto.
28.12.81: Gemeinsam mit Apel und Hotopp plant die KNS Aktionen für die Silvesternacht.
31.12.81: Versuchter Brandanschlag auf das Emder Staatshochbauamt. Die KNSler landen in U-Haft für drei Wochen, Apel und Hotopp werden am gleichen Tag freigelassen.
14.4.82: Apel führt einen NJO-Trupp zur Veranstaltung der ,,Wilhelmshavener Liste für Ausländerstop''.
Sommer 82: Hamphoff wirbt mehrfach offen für eine neonazistische Sekte in Emden.
September 82: Die KNSler lassen sich im Gesundheitsamt Aurich gegen Tropenkrankheiten impfen und fliehen mit Hilfe des Söldnerwerbers Horst Klenz am
2.10.82: zunächst angeblich nach Mün-

penkrankheiten impfen und fliehen mit Hilfe des Söldnerwerbers Horst Klenz am 2.10.82: zunächst angeblich nach Mün-

chen. Hamhoff steigt bereits in der Nähe von Bielefeld aus und übernachtet dort bei der heutigen HNG-Vorsitzenden Christa Goerth. Am folgenden Tag stellt er sich der Polizei.
3.10.82: Bayerer und Tomalak gelingt der Grenzübertritt nach Österreich. Finanzielle Unterstützung durch Michael Wrosch.
November 82: Klenz bringt die Flüchtlinge in Paris unter. Kontakte mit Frederiksen und Caignet (FNE).
29.1.83: Aktionen der ,,National Friesischen Jugend'' in Emden.
Februar 83: Bayerer und Tomalak gehen nach Antwerpen, nachdem Klenz sie in Frankreich hat sitzen lassen.
6.4.83: Festnahme Bayerers im Antwerpener Seemannsheim. Tomalak setzt sich ab zur Fremdenlegion in Frankreich.
Juni 83: Die NJO organisiert in der Region diverse Veranstaltungen, u.a. mit Udo Walendy und H.M. Fiedler.
3.8.83: Bayerer wird in die BRD ausgeliefert.
Oktober 83: Apel erwähnt Treffen mit Kühnen. Planung eines ,,Gau Niedersachsen'' der ANS/NA.
7.1.84: Festnahme Kühnens in Oldersum bei Emden.
Februar 84: Tomalak stellt sich den westdeutschen Behörden.
April 84: Apel eröffnet seine Druckerei. In einem von ihm mit herausgegebenen Anzeigenblatt inseriert u.a. Vilko Kosic für den ,,Studentenbund Schlesien''.
20.7.84: Die Apel-Kameraden Smidt, Färber und Klaasen versuchen einen Banküberfall und werden am folgenden Tag bei einem weiteren Überfallversuch festgenommen.
28.9.84: Veranstaltung der DVU mit Irving wird durch Knüppeleinsätze von ca. 70 Polizisten in Emden ermöglicht. Teilnehmer u.a. Hamphoff und Tomalak.
27.11.84: Prozeßbeginn gege die KNS.

Der Hoffmann-Prozeß — Eine Farce —

Am 12.9.84 begann in Nürnberg mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit im In- und Ausland der Prozeß gegen Karl-Heinz Hoffmann und Franziska Birkmann. Neben zahlreichen anderen Delikten ist vor allem die Mittäterschaft an dem Erlanger Doppelmord angeklagt, dem vor vier Jahren Shlomo Levin und Frida Poeschke zum Opfer fielen. Wer dachte, die bundesdeutsche Justiz hätte ihre sprichwörtliche Blindheit auf dem rechten Auge abgelegt, muß sich eines Besseren belehren lassen. Nach rund 30 Verhandlungstagen zeichnet sich ab, daß dieser Prozeß eher ein Selbstdarstellungs-Forum für Hoffmann ist als ein Tribunal gegen neonazistischen Terror. Über 50 Stunden lang konnte der Chef der 1980 verbotenen Wehrsportgruppe Vorträge im Gerichtssaal halten, in denen er sich (ausgerechnet) als Opfer von Polizei und Justiz darstellte und seine Vorstellungen zu allen möglichen Themen verbreitete, ohne daß ihm in irgendeiner Weise entgegengetreten worden wäre. Im Gegenteil — er scheint fast die Bedingungen zu diktieren, unter denen dieser Prozeß geführt wird. Mit einer Verurteilung rechnet schon kaum jemand mehr.

Die Opfer

Am 19. Dezember 1980 wurden Shlomo Levin und Frida Poeschke in ihrem Haus in Erlangen erschossen. Shlomo Levin, jüdischer Verleger, war ehemaliger Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg und Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, In diesen Eigenschaften hatte er häufig öffentlich für christlich-jüdische Verständigung geworben und vor neonazistischen Tendenzen in der BRD gewarnt. So hatte er auch in der italienischen Zeitschrift „Oggi" einen Bericht über Hoffmann und die WSG veröffentlicht.

In einer ersten Stellungnahme nach der Ermordung von Levin und Poeschke sprach ein Vertreter der Polizei von einer regelrechten Hinrichtung und vermutete ein politisches Motiv.

Bereits am 22.12. jedoch war in den „Nürnberger Nachrichten" (NN) zu lesen, die Polizei halte auch ein persönliches Motiv für möglich, da Lewin eine *„schillernde Vergangenheit"* gehabt habe. Spekulationen über diese Vergangenheit bestimmten in der Folgezeit die Presseerklärungen der Behörden und die Berichterstattung über den Doppelmord.

Am 29.12 äußerte sich die Staatsanwaltschaft: *„Als wahrscheinlich gelten jedoch persönliche Hintergründe für den Mord ... Es gebe Momente im Leben Lewins, die ein solches Motiv ausgelöst haben könnten."* (NN, 30.12.80) Kurz darauf hieß es: *„ein ‚sehr persönliches Motiv' ist wahrscheinlich"*, und im selben Atemzug: *„Bekannt wurde, laut Oberstaatsanwaltschaft, daß Lewin seit vergangenem Sommer telefonische Drohungen erhalten habe."* (NN, 10.1.81) Von politischen Hintergründen des Mordes war nicht mehr die Rede. In der Folgezeit wurde immer wieder von einem persönlichen Motiv bis hin zu einer „komplexen Beziehungstat" gesprochen und nach dunklen Punkten in der Vergangenheit von Shlomo Lewin gesucht.

Die Spuren

Bereits am 24.12.80 wurde berichtet, daß eine Damenbrille, die am Tatort gefunden wurde, die wichtigste Spur sei. *„Das Gestell wurde in dem Heroldsberger Betrieb Schubert vor einigen Jahren hergestellt. Es handelt sich um ein exklusives Modell ..."* (NN, 24.12.80) Bald war auch klar, daß die Brille direkt aus dem Herstellerwerk abgegeben worden war (NN, 24.1.81). Heroldsberg ist ein kleiner Ort in der Nähe von Nürnberg; die Firma Schubert ist unter der Adresse Sophienhöhe 5 ansässig, Hoffmann und Birkmann wohnten vor einigen Jahren dort an der Sophienhöhe 6 ...

Am 10.1.81 meldeten die „Erlanger Nachrichten" (EN), an Fußspuren sei erkennbar, daß eine Frau an der Tat beteiligt gewesen sei. Außerdem wurde das Phantombild eines Mannes veröffentlicht. Darauf trägt dieser Mann ebenfalls eine Sonnenbrille, die aber ausdrücklich nicht mit der gefundenen Damenbrille identisch sein sollte (EN, 10.1.81). Unter der Überschrift „Eine neue Spur im Mordfall Lewin?" schrieben die „Nürnberger Nachrichten 5 Monate (!) nach dem Mord: *„Nach einer Meldung des Hamburger Magazins ‚Stern' konnte angeblich festgestellt werden, daß die am Tatort in Erlangen gefundene Brille Franziska Birkmann gehört."* (NN, 21.5.81) Als weitere Indizien wurden genannt, daß die am Tatort gesicherten Fußspuren mit der Schuhgröße von Franziska Birkmann übereinstimmten, und daß Patronenhülsen vom Tatort zu einer Waffe passen würden, die in Hoffmanns Wohnung gefunden wurde.

Die Staatsanwaltschaft hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als eine Presseerklärung herauszubringen, in der sie darauf hinwies, *„daß sich die am Tatort gefundene Brille durchaus früher einmal im Besitz von Franziska Birkmann ... befunden haben könne. Es sei aber nicht geklärt, wer sie als letzter besaß. Auch die Fußabdrücke, die nach dem Bericht des Hamburger Magazins ‚Stern' mit der Schuhgröße von Franziska Birkmann übereinstimmen sollen, habe man bisher keiner ‚bestimmten Person' zuordnen können ... Eine als Tatwerkzeug in Betracht kommende Waffe ist nicht gefunden wor-*

den ... Man prüfe jetzt, ob möglicher-
mende Waffe ist nicht gefunden wor-

den ... Man prüfe jetzt, ob möglicherweise Zusammenhänge mit der Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz-Herbert Karry bestehen. Es dürfe aber nicht außer Acht gelassen werden, daß im Erlanger Fall auch ‚persönliche Gründe' mitspielen können." (NN, 22.5.81) Am 18.6.81 wurde Hoffmann dann endlich verhaftet. Als Haftgrund wurde der Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung genannt. Am 19.6.81 übernahm die Generalbundesanwaltschaft den Fall und erließ Haftbefehl wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (§129a). Drei Tage später ließ die Bundesanwaltschaft auch Franziska Birkmann verhaften. Erst zwei Monate später wurde ein neuer Haftbefehl gegen Hoffmann und Birkmann im Zusammenhang mit den Morden in Erlangen erlassen.



... als Mussolini

Die „geheime Fahndung" der Staatsanwaltschaft

Am 7.9.81 gab die Staatsanwaltschaft bekannt, der Doppelmord in Erlangen sei weitgehend geklärt. „,...*Hoffmann habe ‚in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem seiner Gefolgsleute den Doppelmord begangen'. Die Täter seien dabei von Franziska Birkmann, der Lebensgefährtin Hoffmanns, ‚unterstützt worden'. Nach dem flüchtigen Mittäter von Karl-Heinz Hoffmann werde mit Nachdruck gefahndet"*. (NN, 8.9.81) Dabei werde *„bewußt auf eine Öffentlichkeitsfahndung verzichtet, weil sie unter den gegenwärtigen Umständen für die Ermittlungen keine wesentlichen Erfolge verspreche."* (NN, 8.9.81) Zum Namen des Verdächtigen wollte sich die Staatsanwaltschaft nicht äußern. Wem diese Geheimhaltung nützte, liegt auf der Hand. Der Betreffende und die WSGler wußten sicher, wer gemeint war, und alle anderen sollten es nicht erfahren. Ein „Fahndungserfolg" war offensichtlich nicht beabsichtigt. Weiter wurde erklärt, daß Hoffmann und Birkmann kein Geständnis abgelegt hätten, aber die Indizienkette so gefestigt sei, daß mit Sicherheit Anklage erhoben werde. Zu der Indizienkette gehörten auch die Brille und Fußspuren am Tatort (vgl. NN, 8.9.81).

Wer nun angenommen hatte, daß bald Anklage erhoben würde, sah sich getäuscht. Da gab es offensichtlich noch einige Hindernisse zu beseitigen.

Der lange Weg zur Anklageerhebung

Zunächst hob der Bundesgerichtshof den Haftbefehl gegen Hoffmann und Birkmann wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung auf, da der §129a nicht angewendet werden könne, wenn die terroristische Vereinigung ausschließlich im Ausland bestehe (vgl. NN, 14.1.82). Demnach war der Erlanger Doppelmord also nicht das Werk einer terroristischen Vereinigung. Franziska Birkmann wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, obwohl die Staats-

Franziska Birkmann wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, obwohl die Staats-

anwaltschaft sie nach wie vor verdächtigte, beteiligt gewesen zu sein (vgl. NN, 16.3.82).

Am 12.1.83 meldeten die „Nürnberger Nachrichten", der mutmaßliche Täter von Erlangen sei das WSG-Mitglied Uwe Behrendt gewesen. Dieser habe nach Erkenntnissen der Justizbehörden im Spätsommer 1981 im Libanon Selbstmord begangen . „Zufälligerweise" hatte Hoffmann zwischenzeitlich eine Aussage gemacht, wonach Behrendt ihm die Tat gestanden habe. **Ein polizeilicher Vermerk darüber, daß Frau Birkmann in einem Verhör am 25.8.81 bestätigte, Hoffmann habe ihr gegenüber von seiner eigenen Tatbeteiligung gesprochen („Plärrer" 10/84), paßte nun nicht mehr in das neue Muster und geriet geflissentlich in Vergessenheit.** Erst jetzt schienen der Justiz die Voraussetzungen (keine terroristische Vereinigung, toter Täter ...) zu stimmen, und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen Hoffmann und Birkmann wegen Mittäterschaft und Beihilfe zum Mord. Damit, so scheint es, wurden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einerseits konnte die Staatsanwaltschaft nach außen — vor allem gegenüber dem Ausland — dokumentieren, daß sie etwas gegen den Terror der Neonazis unternimmt, andererseits hieß dies noch lange nicht, daß Hoffmann und Birkmann ernstlich etwas passieren müßte.

Und richtig — am 20.9.83 lehnte die 5. Strafkammer des Langerichts Nürnberg-Fürth die Eröffnung des Hauptverfahrens mangels ausreichender Beweise ab. Das Oberlandesgericht ließ auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft die Anklage dann doch zu. So entstand von Anfang an der Eindruck, die Mordanklage stehe auf tönernen Füßen. Logisch wäre es eigentlich, daß eine Staatsanwaltschaft versucht, diesen Eindruck zu korrigieren, sei es durch Offenlegung weiterer Fakten oder ggf. sogar durch Nachermittlungen.

Die Anklageschriften

Die Nürnberger Staatsanwaltschaft ging da ganz andere Wege. Sie erhob im Februar '84 eine weitere Anklage gegen Hoffmann mit einer ganzen Latte von Punkten: Anwerben für fremden Wehrdienst in 14 Fällen, Strafvereitelung in 9 Fällen, Freiheitsberaubung in 5 Fällen, gefährliche Körperverletzung in 4 Fällen, Geldfälschung in 2 Fällen, Verstöße gegen das

Fortsetzung nächste Seite

Interessant: Hoffmann-Bande und VS

Zu Beginn seiner Einlassungen vor dem Nürberger Gericht beschuldigte Karl-Heinz Hoffmann seinen ehemaligen (?) Gefolgsmann Walter Ulrich Behle, ein Agent des nordrheinwestfälischen Verfassungsschutzes zu sein („taz", 14.9.84). Da hätte man noch denken können, Hoffmann wollte die Glaubwürdigkeit eines für ihn unangenehmen Zeugen erschüttern. Zwei Monate später jedoch stellt der „Spiegel" (Nr. 47/84) lapidar, und ohne sich weiter Gedanken darüber zu machen, fest: *„Verbindungsmann zum Verfassungsschutz war das WSG-Mitglied Ulrich Behle. Erst pflegte er Kontakte mit dem Düsseldorfer Landesamt, später mit Dienststellen in Süddeutschland"*. Behle habe aufgrund seines Aufenthaltes bei der WSG Libanon Informationen über die PLO an die westdeutschen Dienststellen weitergegeben. Vielleicht hat er auch noch andere Informationen weitergegeben? Hoffmann jedenfalls bringt (ungefragt) den Behle, der noch als Zeuge gegen ihn antreten soll, und damit auch den VS mit dem Attentat auf das Oktoberfest in München in Verbindung. Der Zweck dieser Vorwärtsstrategie, die man nun vom WSG-Führer zur Genüge kennt, ist ziemlich klar: **Damit Behle und der VS nicht *ihn*, Hoffmann, mit dem Bombenanschlag vom 26.10.1980 in Verbindung bringen.**

Hoffmann ist nicht gerade zimperlich mit seinen Anschuldigungen gegen den VS. Behle habe am 26.9.80 einen Fahrzeug-Konvoi der WSG zusammen mit drei weiteren Kumpanen (Klinger, Funk, Faber) in Richtung Libanon steuern sollen. Die Planung dieses Konvois habe ursprünglich so ausgesehen, daß man gegen 22 Uhr München erreichen wollte (Explosion der Bombe: 22.20 Uhr!). Nur wegen einer zufällig auftretenden Fahrzeug-Panne habe dieser Trupp die Route geändert, um in Neuburg/Donau eine Reparatur durchzuführen. Übrigens habe auch er, Hoffmann, ursprünglich selbst mitfahren wollen. Wie es ein weiterer Zufall wollte, überlegte er es sich dann doch anders.

Behle, so der WSG-Chef, habe diese ganze Planung an den VS weitergegeben. Aufgrund dieses Wissens hätten die Attentäter Tatort und -zeit genau so gewählt, daß der Verdacht sofort auf die WSG hätte fallen müssen. Direkt beschuldigt Hoffmann den VS freilich nicht, die Tat begangen zu haben. Er gibt ihm noch eine Chance: *„Das tut überhaupt kein Deutscher, das tut auch kein europäischer Geheimdienst. Das tun nur Leute, die alles, was deutsch ist, furchtbar hassen ... Aber es gibt radikale Juden in Israel, denen ich das zutraue." (zitiert nach „Deutsche Tagespost", 28./29.9.84). Soweit die* **faschistische** Version vom Oktoberfest-Anschlag.

Hoffmann legt also großen Wert darauf, in Neuburg in jener Nacht vom 26. auf den 27.9.80 nicht dabeigewesen zu sein. Deshalb weist er auch das Alibi zurück, das ihm Herr **Langemann,** ehemaliger und kürzlich ausgesprochen milde verurteilter Abteilungsleiter ‚Staatsschutz' im bayrischen Innenministerium (damals Tandler), vorsorglich für den Bombenanschlag ausgestellt hatte: *„BLfV berichtet, daß Hoffmann selbst zur Tatzeit in Neuburg/Donau war"*. Er will lieber daheim in Nürnberg gewesen sein.

Behle, Klinger, Funk, Faber **und** Uwe Johann Mainka wurden am 27.9. bei dem Versuch, mit ihren drei Unimogs die Grenze nach Österreich zu passieren, festgenommen, bald darauf jedoch wieder freigelassen. Daß auch Mainka zu den Festgenommenen gehörte, wurde von ihm selbst und Behle ausgesagt, als die beiden im Sommer 1981 die WSG Libanon verlassen hatten und eine Pressekonferenz bei den Falangisten in Beirut gaben: *„Die beiden Kronzeugen sagten, sie hätten jener Hoffmann-Gruppe angehört, die kurz nach dem Oktoberfest-Attentat mit Militärwagen in den Libanon wollte und an der österreichisch-deutschen Grenze festgehalten wurde. Im zweiten Anlauf, mit dem Flugzeug über Zürich nach Damaskus, hatten sie dann doch wenig später ihr Ziel erreicht"* („Spiegel" Nr. 27/81). Uns interessiert hier vor allem die Frage, ob zu den Konvoi-Begleitern am nächsten Morgen noch jemand hinzustieß, oder ob überhaupt jemand zeitweise diesen Trupp verließ (eventuell um einen Abstecher nach München zu machen?). Daß dies unter den Augen des VS geschehen wäre, geht ziemlich klar aus den Andeutungen des Dr. Langemann hervor ...

VS-Behle machte dann in Damaskus am 7.10.80 an der Bar des Hotels „Hyblos" diejenige Aussage, die Hoffmann zu seiner Vorneverteidigung veranlaßt, ohne daß München überhaupt zu der gegen ihn erhobenen Anklage gehört. Zum Oktoberfestanschlag sagte Behle: *„Wir waren das selbst. Eigentlich waren es zwei Bomben. Eine lag im Papierkorb, die andere irgendwo in einer Ecke"* (nach „Plärrer" 5/83). Der Öffentlichkeit wurde diese Aussage erst durch eine ap-Meldung vom 2.7.81 bekannt. Behles Arbeitgeber vom Verfassungsschutz dürften gewiß schon vor jenem Bar-Gespräch davon erfahren haben. Ihre diskrete Geheimhaltung kostete u.a. zwei Menschen das Leben: Shlomo Levin und Frida Poeschke.

Hoffmann beschuldigt den Verfassungsschutz, der Verfassungsschutz beschuldigt Hoffmann aber n i c h t . Diese Asymmetrie ist bemerkenswert. Der WSG-Chef scheint mit seinem scheinbar dreisten Vorgehen denjenigen, für die es bestimmt ist, etwas vermitteln zu wollen, was der von der Justiz — wie gesagt, aber man kann es nicht oft genug wiederholen — **überaus milde behandelte** Langemann mit seiner derben Art so auszudrücken pflegte: „Ich habe noch viele Asse auf der Hand" oder „Ich bin der stärkste Mann Bayerns". Von den „Diensten" war bisher lediglich bekannt, daß sie von der Planung dieses größten Attentats der BRD-Geschichte vorab wußten: *„Eine Woche vor Beginn des Oktoberfestes trafen sich hohe bayrische Polizei- und Sicherheitsexperten zu einer vertraulichen Besprechung im Münchner Penta-Hotel. Eines der Themen: Bombendrohungen gegen das Oktoberfest. Ein Teilnehmer warnte vor einer Besonderheit: ‚der zu befürchtende Anschlag kommt von rechts'. Dieses Wissen wurde von den Behörden bis heute geheim gehalten"* („stern", 10/84). Vielleicht hatten sie dieses Wissen von ihrem Mitarbeiter Behle. Vielleicht aber ist die Wahrheit auch noch schlimmer. Eigenartig, sehr eigenartig ist ja der Umstand, daß Langemann, wie er selbst erklärte, in den Tagen des Anschlags den **„Auftrag"** (!) erhielt, **„Nebelkerzen zu werfen"**. Auftraggeber kann in diesem Fall nur Tandler gewesen sein.

Wie dem auch sei: Das Vertrauen in dieses unser Land, in dem ja wieder Sauberkeit herrscht und wo es wieder aufwärts geht, gebietet es, davon auszugehen, daß die unschönen Reibereien zwischen Hoffmann und dem Staatsschutz, die ja für beide s o schädlich sind, bald aus dem Weg geräumt werden. Einige CSU-Seilschaften in der Justiz werden dabei bestimmt behilflich sein. Notfalls haben eben wieder ein paar Leute, die schon längst „Selbstmord" begangen haben, auf eigene Faust gehandelt, um ihre Chefs mit völlig undeutschen Taten in Verruf zu bringen.


... als Röhm

Fortsetzung von vorheriger Seite

Waffen- Sprengstoff- und Kriegswaffenkontrollgesetz. Allein die Aufzählung der anzuwendenden Paragraphen umfaßt in der Anklageschrift zusammengenommen 27 Zeilen. Die meisten Anklagepunkte beziehen sich auf Folterungen von WSG-Mitgliedern im Libanon. Freilich ist es löblich, wenn Hoffmann möglichst vieler Vergehen angeklagt (und hoffentlich auch verurteilt) wird. In diesem Fall entstand jedoch (gewollt?) der Eindruck, die Staatsanwaltschaft schiebt nach, weil sie selber an einer Verurteilung im Hauptpunkt, der Mordanklage, zweifelt. Vielleicht ist sie ja gar nicht daran interessiert?

Insgesamt gibt es drei Anklageschriften: eine gegen Hoffmann und Birkmann wegen Mittäterschaft und Beihilfe zum zweifachen Mord, eine gegen Birkmann wegen Nichtanzeige geplanter Straftaten, gefährlicher Körperverletzung und Beihilfe zur Geldfälschung und eine gegen Hoffmann wegen Geldfälschung, Körperverletzung u.ä. (siehe oben) mit mehr als 40 Anklagepunkten.

Die drei Anklageschriften umfassen insgesamt ca. 40 Seiten, dabei wird der Erlanger Doppelmord — der eigentliche Hauptanklagepunkt — inhaltlich auf ganzen zwei (!) Seiten abgehandelt. Von einer politischen Motivation Hoffmanns ist nur einmal die Rede und zwar in der Einleitung zur ersten Anklageschrift. Dies wirkt wie ein billi-

Von einer politischen Motivation Hoffmanns ist nur einmal die Rede und zwar in der Einleitung zur ersten Anklageschrift. Dies wirkt wie ein billi-ges Zugeständnis an die demokratische Presse. Ansonsten werden die Straftaten als rein kriminelle Handlungen beschrieben. Bei allen anderen Verbrechen und Vergehen wird nicht ein einziges Wort über den faschistischen background Hoffmanns verloren.

Die Staatsanwaltschaft hat sich beim Erlanger Doppelmord Hoffmanns Version insofern angepaßt, als auch sie davon ausgeht, daß Behrendt die Tat allein ausgeführt habe. Sie nimmt an, Hoffmann habe ihm den Auftrag und Birkmann die Brille gegeben; schließlich hätten beide ihm zur Flucht verholfen. Die Hinweise (Brille, Fußspuren — sie sollen der Schuhgröße 36 entsprechen) auf die Anwesenheit einer zweiten Person am Tatort — vermutlich einer Frau — bleiben unerwähnt. Auch bei den anderen Anklagepunkten bleiben eine Reihe von Fragen offen, beispielsweise: **Weshalb stellte Hoffmann im Zeitraum August/September 1980 zwei Millionen oder mehr Dollar Falschgeld her? Für welchen Zweck benötigte er solche Geldsummen? Warum ließ Hoffmann Ende September 1980 ein Behältnis mit Sprengstoff (TNT-Gemisch), Abreißzünder und Detonator in einen Stein einmauern? Beim Münchner Attentat am 26. September 1980 wurde ebenfalls TNT und ein Abreißzünder verwendet (vgl. AK 251, S. 30). Solche Zusammenhänge interessieren die Strafverfolgungsbehörden nicht. Die Staatsanwaltschaft begründet diesen Anklagepunkt ganz lapidar:** *„Das vorbezeichnete Gemisch aus Hexogen und TNT sowie die mit diesem verbundene Zündladung gelten (!) als explosionsgefährliche Stoffe. Der Angeschuldigte besaß — wie er wußte — für ihre Aufbewahrung nicht die erforderliche behördliche Erlaubnis.''* (3. Anklageschrift, S. 6).

Wird ein Freispruch vorbereitet?

Im Frühjahr 1984 gab es wiederholt anonyme Anrufe, offenbar aus Insider-Kreisen, die inzwischen auch in die Akten Eingang gefunden haben. Bei diesen Anrufen wurde behauptet, Hoffmann selbst sei an der Tat unmittelbar beteiligt gewesen, und Behrendt sei noch am Leben! Jetzt plötzlich — zwei Wochen vor Prozeßbeginn — reisten zwei bayrische LKA-Beamte nach Beirut, um im nahegelegenen Lager Bir Hassan nach Behrendts Leiche zu suchen. Wenn diesen Nachforschungen wirkliches Aufklärungsinteresse zugrundeliegen würde, hätte man die Reise schon vor Jahr und Tag unternehmen können (und müssen). So aber darf man eher annehmen, daß eine Leiche gebraucht wird, um die ganze Tatversion zu stützen.

Und siehe da — trotz Bürgerkrieg und Chaos wurden die Beamten „fündig''. Sie brachten eine Leiche mit nach München, über die zwar bis heute (!) kein Obduktionsergebnis vorliegt, von der aber überall verlautet, daß es sich um Behrendt handle.

Im Fall des WSG-Manns Kai-Uwe Bergmann dagegen, von dem Zeugen sagen, er sei durch Folterungen Hoffmanns und seiner eigenen Kameraden gestorben, wollte das LKA nicht nach der Leiche suchen. *„Im Libanon hätten wir wahrscheinlich mehr Leichen gefunden, als wir überhaupt suchten''*, erklärten LKA-Beamte dem „Spiegel'' (alle Angaben nach „FRAZ'', 6.9.84).

ten wir wahrscheinlich mehr Leichen gefunden, als wir überhaupt suchten'', erklärten LKA-Beamte dem „Spiegel'' (alle Angaben nach „FRAZ'', 6.9.84).

Was dies bedeutet, ist klar: **Einen toten Einzeltäter braucht man eben, ein weiteres Mordopfer nicht.**

Zwei Monate vor Prozeßbeginn wurden gegen zehn wichtige Belastungszeugen gesonderte Anklagen erhoben, die sich auf ihre Aussagen über Hoffmanns Verbrechen (an denen sie beteiligt waren) beziehen. Damit haben diese Zeugen im Hoffmannprozeß ein Aussageverweigerungsrecht, um sich selbst nicht zu belasten. Wieder ein paar Klippen weniger für den WSG-Chef.

Die Hauptverhandlung wurde dann vor der 3. Strafkammer eröffnet, die sonst nur Rauschgiftdelikte verhandelt, also mit Mordprozessen bisher wenig zu tun hatte.

Der Prozeß beginnt

Von Anfang an hat Hoffmann die Bedingungen diktiert, unter denen dieser Prozeß stattfindet. Zunächst forderte er, bei seinen Ausführungen müsse ein Tonband mitlaufen, dann brauchte er ein Rednerpult. Zu seinem persönlichen Werdegang wollte er nichts erzählen, dafür jedoch ausführliche allgemeine Stellungnahmen abgeben. Diese Ausführungen würden 30-40 Stunden in Anspruch nehmen. All dies wurde vom Gericht selbstverständlich gestattet. Seinen Ausführungen, die sich dann über mehr als 50 Stunden hinzogen, wurde geduldig zugehört.

Lang und breit erläuterte Hoffman dann seine angeblichen politischen Standpunkte. Er sei kein Antisemit, da er auch Juden als Bekannte habe (der gleichen Argumentation bediente sich Julius Streicher — Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer'' — vor 38 Jahren im selben Gerichtssaal!); er sei kein Nationalsozialist, er denke nur „deutsch''. Zu seinem Demokratieverständnis: *„Ich bin dagegen, daß tausend Dummköpfe zehn Vernünftige überstimmen können.''* Zu den Anklagepunkten konkret sagte er relativ wenig. Die Herstellung des Falschgesldes räumte er ein, die Blüten habe er allerdings nie in Umlauf bringen wollen. Die Folterungen stritt er ab, gab jedoch „Disziplinarmaßnahmen'' gegenüber seinen Untergebenen zu. Man/frau konnte den Eindruck gewinnen, wenn Hoffmann erst einmal redet, ist er kaum zu bremsen und sagt dann aber auch — ohne es zu merken — Dinge, die ihn belasten, z.B. über eine Serie von Ohrfeigen: er habe „die körperliche Unversehrtheit (eines WSGlers, Anm. d.V.) vorübergehend ignoriert'' oder einen Untergebenen „mittels eines Lederkoppels so verdroschen, daß der keinen Schlag vergessen wird''.

VORSITZENDER: „Wann wollen Sie über die Erlanger Sache sprechen?"
HOFFMANN: „Zunächst möchte ich mich allgemein zur Judenfrage äußern."

Die Strategie von Hoffmann zielt darauf ab, einerseits den Libanon wegen der Bürgerkriegssituation zum „rechtsfreien Raum'' zu erklären, weshalb eine Bestrafung der dort begangenen Verbrechen nicht möglich wäre, andererseits sämtliche Belastungszeugen unglaubwürdig zu machen.

Die Zeugen

Bislang sind 42 Zeugen gehört worden. Die meisten Belastungszeugen scheinen von einem mysteriösen Virus befallen zu sein; sie können sich an nichts mehr erinnern, schon gar nicht an belastende Äußerungen, die sie bei der Polizei und der STA gemacht haben. Darüber sollte man/frau sich allerdings nicht wundern, gehören doch fast alle Zeugen zur militanten Neonaziszene. Zeugen, die sich wenigstens dunkel noch an etwas erinnern können, werden von Hoffmann und seinen Verteidigern so lange befragt, bis sie ihre Aussagen zurücknehmen. Alibizeugen von Hoffmann dagegen haben ein gutes Gedächtnis. Jörg Haushalter z.B. wurde nach Hoffmanns Alibi für die Mordnacht gefragt. Dies konnte er natürlich bestätigen; daß Haushälter selbst in Hannover eine WSG aufbauen wollte und noch vor vier Wochen bei einem ANS-Nachfolgetreffen aufgeflogen ist, kam im Gerichtssaal selbstverständlich nicht zur Sprache. Ein anderer Zeuge gab schließlich zu, daß Hoffmanns Verteidiger am Tag vor seiner Aussage noch mit ihm telefoniert hat.

Gegen einen weiteren Zeugen, der vor zwei Monaten bei der Polizei ausgesagt hatte, Hoffmann habe vor dem Doppelmord zu ihm gesagt: **„Shlomo Lewin muß umgelegt werden''**, war rechtzeitig vor seiner Vernehmung ein Ermittlungsverfahren „wegen Nichtanzeigen eines drohenden Verbrechens'' — eben des Erlanger Mordes — angehängt worden. Seine Aussageverweigerung vor Gericht war damit eine klare Sache! Zwei wichtige Belastungszeugen waren von der Polizei gemeinsam (!) vernommen worden, nachdem sie zuvor ebenfalls gemeinsam in einer Zelle waren — ein wirklich gefundenes Fressen für die Verteidigung. Und so kommen immer mehr „Ermittlungspannen'' ans Tageslicht ...

Der bisher wichtigste Belastungszeuge, Hans Peter Fraas, machte ebenfalls eine ‚seltsame' Wandlung durch. Zunächst belastete er Hoffmann zwei Prozeßtage lang. Er berichtete über Pläne, einen Schalldämpfer zu bauen (in Erlangen wurde ein Schalldämpfer benutzt), Folterungen an WSGlern und geplante Mord- und Terroranschläge. **Er erklärte, Hoffmann sei ein Faschist, der Verbindungen zum Großkapital habe. Hier fragte keiner der Prozeßbeteiligten nach, ebenso wenig wie bei den „Hintermännern von Hoffmann'', die Fraas erwähnte.** Das interessiert offenbar niemanden. An zwei weiteren Verhandlungstagen nahm Fraas diese Aussagen teilweise wieder zurück. Oberstaatsanwalt Horn bekam daraufhin einen gut gespielten Wutausbruch: *„Ich bin einigermaßen sprachlos. Wozu sitzen wir denn überhaupt vor Gericht, wenn sie jetzt sagen, das stimmt nicht und jenes stimmt nicht?''*, und v e r z i c h t e t e auf die Befragung seines Hauptbelastungszeugen (!). Hier wird die beleidigte Leberwurst herausgehängt und „Empörung'' geheuchelt, um von der einfachen Frage abzulenken, warum die STA das Thema Zeugenbedrohung und -Einschüchterung nicht anspricht. Einen Zusammenhang zwischen der Rücknahme der Aussage und der Tatsache, daß Fraas für die Dauer seiner Vernehmung z.B. im selben Knast wie Hoffmann sitzt, sah Horn natürlich nicht.


... und als Horst Mahler-Verschnitt auf der Anklagebank im Nürnberger Prozeß

Die Vernehmung der Zeugen dauert noch an, der vorläufig letzte Zeuge ist für Ende Mai 1985 geladen.

Dieser Mammutprozeß mit 1500 Blatt Akten, einer Flut von Anklagepunkten und mehr als 60 geladenen Zeugen soll die Öffentlichkeit beeindrucken und den Anschein erwecken, hier sei gründlich ermittelt worden, und Hoffmann solle für alle seine Verbrechen angeklagt und verurteilt werden, Die „Ermittlungspannen'', die so zahlreich sind, daß man/frau an Zufall nicht mehr glauben mag, und der Prozeßverlauf machen jedoch deutlich, daß es eher darum geht, einen Strafverfolungswillen der bundesdeutschen Behörden unter Beweis zu stellen, frei nach dem Motto: „Wir hätten ihn ja so gerne besfraft, aber leider reichen die Beweise nicht aus''. Zu beobachten ist das eigenartige Bild einer Justiz, die sich die Knüppel, über die sie stolpert, selber zwischen die Beine wirft. Leider fällt bei dieser Art des Stolperns keiner der Beteiligten auf die Schnauze, oder wie ein bekannter Steuermann zu sagen pflegte: Niemand fällt, wenn er nicht getreten wird. Allerdings ist auch nicht auszuschliessen, daß sich noch jemand zum Treten bereit findet.
AG/KB Nürnberg

Buchbesprechung

Buchbesprechung

»Wenn die Messer blitzen und die Nazis flitzen ...«

„Navajos'', „Kittelbach-'', „Kanal-'' oder „Ruhrpiraten'', „Latscher'', „Heidepenner'', „GPU-Banditen'', das waren einige Namen von Arbeiterjugendcliquen im 3. Reich. Es gab sie in allen größeren Städten des Reiches, von Hamburg über Berlin, Dresden bis München. Sie bildeten sich in Arbeitervierteln und Zechenkolonien aus dem traditionellen Arbeitermilieu heraus. Entsprechend stark war ihre Verbreitung in und ums Ruhrgebiet.

Die Geschichte der unorganisierten antifaschistischen Arbeiterjugendbewegung ist nicht die Geschichte einer faschismusspezifischen Widerstandsbewegung: Banden und Cliquen von Arbeiterjugendlichen gab es solange es Arbeiterviertel gab. Nachgewiesen sind sie bereits für die Krisenjahre Anfang der 20er Jahre und besonders Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre. Diese „wilden Cliquen'' bildeten sich in den von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Arbeitervierteln der Industriestädte. Z.B. gab es in Berlin um 1930 etwa 600 solcher Cliquen mit mehreren tausend Mitgliedern.

Sie entstanden nicht etwa als Anhang der bürgerlichen Wandervogelbewegung, bzw. der Bündischen Jugend — ein Ansatz übrigens, der heute noch unter den Fachhistorikern vorwiegt — oder der kommunistischen Jugendgruppen, sondern stellten einen eigenständigen Versuch dar, den miserablen Lebensbedingungen selbstorganisiert entgegenzutreten.

Die Clique bildete d i e Gemeinschaft, mit der Arbeiterjugendliche gegen die ihnen feindlich gesonnene Umwelt bestehen konnten. Politisch waren sie eindeutig links, beteiligten sich an antifaschistischen Aktionen während der Weimarer Republik, was sie für die KPD interessant machte. Die versuchte Einbindung der Cliquen in den kommunistischen Jugendverband scheiterte jedoch an der ablehnenden Haltung der Cliquenmitglieder gegenüber hierarchisch strukturierten Parteiorganisationen.

Nach der Zerschlagung der organisierten Arbeiterjugend sahen die Nazis ab etwa 1935/36 die Arbeiterjugendcliquen als Hauptgegner bei der Gleichschaltung der Jugend durch die HJ an. Dabei war für die NS-Verfolgungsorgane ihre für Außenstehende undurchsichtige Organisationsform und ihre Verankerung in den Arbeitervierteln besonders hinderlich. Die Ausbreitung der Cliquen im Faschismus ist bisher kaum erforscht. Die wenigen bisher bekannten Zahlen aber zeigen völlig überraschend, wie stark die Nonkonformität der Jugendlichen im „3. Reich''war. Die HJ konnte längst nicht die Überwachungsfunktion erfüllen, die ihr zugemessen wurde. So gab es beispielsweise in Leipzig 1937 ca. 1.500 Cliquenangehörige, in Köln 1943 mindestens 1.500 und in Oberhausen wurde von 3 bis 4.000 erzählt!

Ihren Hauptgegner sahen die Cliquen in der HJ, die den totalitären Machtanspruch des Staates unter den Jugendlichen durchzusetzen hatte. Häufig wurden HJ-Patrouillen verfolgt und verprügelt, bis sie sich in den letzten Kriegsjahren in bestimmte Stadtteile und Straßen nicht mehr hineintrauten. Innerhalb des Betriebes versuchten sich die Cliquenmitglieder dem Arbeits- und Konformitätsdruck durch Bummelei, Krankfeiern und kleinere Sabotageakte zu entziehen. Im Krieg verteilten sie Antikriegsflugblätter und malten entsprechende Parolen an die Häuserwände.

Die Aktionen der Cliquen zogen eine brutale Verfolgung durch den NS-Apparat nach sich. Cliquenmitglieder wurden verhaftet, gefoltert und in Umerziehungslager überführt. Doch nicht Einschüchterung war die Folge, sondern aus Ablehnung entwickelte sich bewußter Widerstand gegen das NS-Regime.

Die Autoren Alfons Kenkmann und Gerrit Helmers zeichnen mit ihrem Buch ein detailliertes und präzises Bild des Alltagslebens von Arbeiterjugendlichen in der Weimarer Republik und im „3. Reich''. Anhand der Auswertung der gesamten bis 1983 erschienenen Literatur zu dem Thema, zahlreicher bisher unveröffentlichter Interviews mit ehemaligen Cliquenmitgliedern und des internen NS-Schriftverkehrs belegen sie eindrucksvoll, daß es sie nicht gab, d i e gleichgeschaltete Jugend im „3. Reich''. Vielmehr gelang es vielen Arbeiterjugendlichen, sich durch autonome Organisationsstrukturen dem faschistischen Machtanspruch zu widersetzen.

Helmers/Kenkmann, „Wenn die Messer blitzen und die Nazis flitzen ...'', Der Widerstand von Arbeiterjugendcliquen und -banden im „3. Reich'', Münster 1984 (Verlag Walter Leimeier, Lippstadt), 267 S.
Bezug gegen 12,- DM Verrechnungsscheck über Alfons Kenkmann, Am Berg Fidel 138, 4400 Münster.

Berufsverbote: »Wollen Sie, daß Beamte die Verfassungsordnung unserer Demokratie bekämpfen und einen kommunistischen Staat anstreben?«

Wir berichteten im letzten „Arbeiterkampf" über die neue Welle von Berufsverboten im öffentlichen Dienst, die sich dadurch auszeichnet, daß als Begründung für ein Berufsverbot nicht mehr ein konkretes Dienstvergehen verlangt ist, sondern allein das Eintreten für die Ziele einer „verfassungsfeindlichen Organisation". Besonders das Bundespostministerium drängt auf eine Wiederanwendung des KPD-Urteils von 1956.

Das Frankfurter Bundesdisziplinargericht beschloß nun im November die Aufhebung der Dienstsuspendierung der beiden Postbeamten Bastian und Repp, die im Sommer von Postminister Schwarz-Schilling wegen „aktiver Mitgliedschaft in der DKP" verfügt worden war. Beiden wurden 20% der Bezüge gestrichen.

Obwohl sich für die Betroffenen nichts ändert — sie bleiben weiterhin suspendiert, da der Disziplinaranwalt Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt hat — spricht u.a. die TAZ vom 4.12.84 von einer „Schlappe" für die Berufsverbieter. Hat die Postdirektion den Bogen überspannt? Ist gar eine Gerichtsentscheidung gegen die verschärfte Praxis der Berufsverbote zu erwarten? Bei genauerem Hinsehen muß das bezweifelt werden.

„Radikalenerlaß gegen Beamtenrecht?"

Das Bundesverwaltungsgericht hat durch das Peter-Urteil vom 29.10.1981 und durch das Hans-Meister-Urteil vom 10. Mai 1984 entschieden, *„daß der aktive Einsatz eines Beamten für die DKP einen Verstoß gegen die beamtenrechtliche Treuepflicht darstellt und zur Entfernung aus dem Dienst führt"*(aus dem Meister-Urteil).

„Zu den Kernpflichten des Beamten gehört ...die Verpflichtung, sich durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhalt einzutreten ."
Postministerium, November 1984

Zufrieden stellte die Postdirektion fest, daß nun eine *„gültige Rechtsgrundlage"* geschaffen sei und leitete umgehend die Disziplinarverfahren gegen die Postler ein und suspendierte sie vom Dienst, bevor die Verhandlung vor dem Disziplinargericht überhaupt begann. In einem fünfseitigen Schreiben begründete Schwarz-Schilling die Suspendierung von Repp:*„Der Fall ist nicht anders zu beurteilen, wie wenn ein Beamter Beförderungsgut oder dienstliche Gelder unterschlägt, was als schwerwiegende Verletzung der Verfassungstreue konkreter Amtspflichten gilt, aber noch hinter einer Verletzung der Verfassungstreue rangieren muß. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Beamte seine sonstigen Dienstpflichten erfüllt hat."*(UZ, 27.10.84)

„Wer Beamte, die sich verfassungsfeindlich betätigen, unterstützt, sollte bedenken, daß er damit die Grundfesten unseres Staates beeinträchtigt."
Postministerium, November 1984

Nach dieser Logik sind Beamte, die sich nicht als aktive Verteidiger dieser „wehrhaften Demokratie" verstehen, besonders „kriminell". Gleichzeitig wird das alte KPD-Verbotsurteil integraler Bestandteil der praktischen Anwendung des Beamtenrechts.

Nicht aber **diese**Entwicklung ist es, die das Bundesdisziplinargericht veranlaßt hat, die Suspendierungen von Repp und Bastian aufzuheben, sondern *„schwere, nicht aufhebbare Mängel im Verfahrensablauf"*.(FR 12.11.84)

Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß der *„Hauptpersonalrat der Post bei der Einleitung des Verfahrens nicht beteiligt worden war"* (FR 12.11.), das Postministerium habe die Akte mit dem Stempel „VS-vertraulich" versehen und dadurch erreicht, daß nur der aus drei Personalräten bestehende „Geheimausschuß" mit dem Fall befaßt wurde. Dies sei eine *„unzulässige Manipulation des Verfahrensablaufs"*.

„Die ...politische Treuepflicht wird insbesondere verletzt, wenn sich Beamte in einer Partei oder Gruppierung aktiv betätigen, die diesen Staat ...angreifen, bekämpfen und diffamieren."
Postministerium, November 1984

Prompt hat der Bundesdisziplinaranwalt Beschwerde gegen das Frankfurter Urteil eingelegt. Dabei ist er zuversichtlich, denn in zweiter Instanz ist automatisch das Bundesverwaltungsgericht damit befaßt. Und dieses wiederum hat ja mit dem Hans-Meister-Urteil die rechtliche Grundlage für das Vorgehen der Post-Direktion geliefert.

Für den Bundesdisziplinaranwalt ist der Frankfurter Beschluß mit der *„höchstrichterlichen Rechtsprechung"* des Bundesverwaltungsgerichtes nicht vereinbar. Im übrigen habe eine Beteiligung des Personalrats bereits dann stattgefunden, wenn der „Geheimausschuß" mit einem Fall befaßt war. Im Falle Bastian habe dieser ein Disziplinarverfahren abgelehnt.Der Minister habe dann aber sein „Recht" wahrgenommen, auch ohne Zustimmung des Mitbestimmungsorgans das Verfahren gegen Bastian einzuleiten.

„....die inhaltlichen politischen Bestrebungen der früheren Kommunistischen Partei Deutschlands und der DKP (sind) identisch..."
Postministerium , November 1984

Genau hier gibt es den juristischen Streit: Die vorgesetzten Behörden wollen erreichen, daß das Heraussäubern von linken Bediensteten aus dem Staatsapparat nicht durch etwaige Einsprüche anderer Gremien verzögert oder gar verhindert werden kann.

„Das Bundesverfassungsgericht hat somit ganz offensichtlich auch die durch intensive Propaganda und Agitation angesteuerten Übergangsstadien von zeitlich unbegrenzter Dauer für unvereinbar mit der freiheitlich -demokratischen Grundordnung erklärt..."
Postministerium, November 1984

Im Fall eines der DKP-Mitgliedschaft verdächtigen Gesamtschullehrers in Schleswig-Holstein scheiterte vorläufig der Versuch, diesen zu entlassen daran, daß der Personalrat, dem der Lehrer angehört, die Entlassung ablehnte. Daraufhin versuchte das Kultusministerium vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig eine gerichtliche Korrektur zu erzwingen. Das Gericht urteilte, das vom Landtag beschlossene Personalvertretungsgesetz lasse so eine Korrektur nicht zu.

„Ich bitte nunmehr zu überlegen, wer hier die Freiheit und Demokratie achtet, der Dienstherr und die Verwaltung...oder Bürger, die sich für Beamte einsetzen, die ...unsere Verfassungsordnung bekämpfen."
Postministerium, November 1984

Die CDU-Landesregierung legte darauf im Oktober 84 eine Novellierung des Gesetzes vor, *„mit dem u.a. den Verwaltungsgerichten auch die Möglichkeit gegeben werden soll, solche Beschlüsse des Personalrats zu ‚ersetzen'"*.(FR 9.10.84) Die Entscheidung steht noch aus.

Bisher haben die Bundesdisziplinarverfahren in der ersten und zweiten Instanz im Sinne der „Einzelfallüberprüfung" agiert und (wie in den Fällen Peter und Meister) Suspendierungen mit dem Hinweis abgelehnt, den Beamten sei trotz der Tatsache, daß die Betroffenen Aktivisten der DKP seien, kein Fehlverhalten am Arbeitsplatz vorzuwerfen.

„Das Bundesverfassungsgericht verlangt deshalb von den Beamten, daß sie sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanzieren, die den Staat und seine Verfassung angreifen, bekämpfen und diffamieren".
Postministerium, November 1984

Diese Logik der „Einzelfallüberprüfung" beinhaltet demnach folgerichtig, daß konkrete Vorwürfe gegen einen Beschäftigten im Staatsdienst bewiesen werden müssen, was den Berufsverbietern in der Regel unmöglich sein dürfte. In diese „Schwachpunkte" stoßen dann die Personalräte auch immer wieder hinein.

Deshalb sind die Herrschenden geradezu beglückt über die Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes im Fall Peter und Meister, weil sie festgeschrieben haben, daß allein schon die aktive Mitgliedschaft in einer *„in ihrer Zielsetzung verfassungsfeindlichen Organisation"* als Verstoß gegen das Beamtenrecht zu werten sei. Die gängige Gegenargumentation der Berufsverbote-Gegner zielt darauf ab, daß die Betroffenen schon langjährige Mitarbeiter ihrer Dienststellen sind, ohne daß ihnen irgendwelche Vergehen vorgeworfen worden seien. Ihre Suspendierung sei „Instinktlosigkeit", „Amoklauf der Herrschenden" und ähnliches mehr. Dieser, für die Betroffenen verständlichen, aber auch sehr defensiven Argumentation, treten Bundesverwaltungsgericht und Postministerium offensiv gegenüber: Sie zielen darauf ab, daß gerade im Hinblick auf den „Ernstfall" es darauf ankomme, die „sicherheitsempfindlichen Bereiche des Staates" flächendeckend (mit Hilfe des KPD-Verbots-Urteils) von „Verfassungsfeinden" zu säubern.

Bundesdisziplinaranwalt Claussen erklärte, daß nicht der *„immer wieder zitierte ‚Radikalenerlaß' die Grundlage der Verfahren* sei, sondern die,*„Verletzung der politischen Treuepflicht* des Beamtenrechts.(FR 10.12.84)

Nach Protesten vor allem aus der Postgewerkschaft gegen die Aufrechterhaltung der Suspendierung von Repp und Bastian, die dem Postministerium „Instinktlosigkeit" vorwirft, erstellte das Postministerium für die Postgewerkschaft eine „Argumentationshilfe", die am 13.11.84 in der Frankfurter Rundschau dokumentiert wurde. Sie kommt einer programmatischen Erklärung gleich. Sie belegt die schrittweise Reaktivierung des KPD-Verbots durch die Übernahme ins Beamtengesetz und macht deutlich, daß es dieser Staat ernst damit meint, „für den Ernstfall" Vorsorge treffen zu wollen, daß der Apparat wie „geschmiert" funktioniert.

Bj., Antifa-Kommission/KB Hamburg

Das Säubern geht weiter

Nicht mehr allein DKP-Mitglieder sind von Berufsverboten bedroht; in allen von der Bundesregierung als „sicherheitsempfindlich" eingestuften Bereichen werden Demokraten und Sozialisten aller Schattierungen aufs Korn genommen.

* Auf Anweisung des Postminsteriums sollte der Fernmeldehandwerker Hans Webersberger ab 1.9.84 von Ansbach nach Nürnberg versetzt werden. Einkommensverlust: 500,-DM. Begründung: Webersberger sei ein *Sicherheitsrisiko*". Er ist Kreisvorsitzender der DKP in Ansbach. Der Personalrat hat abgelehnt. (UZ, 24.11.84)

*Der Lehrer Ulrich Foltz wird mit Ablauf dieses Jahres aus dem Schuldienst entlassen. Der Lehrer„ *biete keine Gewähr dafür, daß er — besonders in Krisenzeiten — aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt*", erklärte die Schulaufsicht bei der Bezirksregierung Neustadt/-Weinstraße. Dem Lehrer wird seine Mitgliedschaft in der DFU vorgeworfen. Diese Organisation verfolge *„verfasungsfeindliche Ziele"*. (FR, 15.11.84)

*Im Zusammenhang mit dem Prozeß um den aus dem Schuldienst entlassenen Lehrer Udo Paulus aus Hildesheim wurde bekannt, daß die *„hannoversche Bezirksregierung neuerdings von Lehramtsbewerbern im Einstellungsgespräch zur Entlassung von Lehrern, die der DKP angehören, deren Zustimmung fordern. Der Anwalt Paulus' zitierte aus dem Protokoll des Einstellungsgespräches der Musikpädagogin Sibylle Dukamp."* (FR, 24.10.84)

* Wenn es nach den Vorstellungen der bayerischen Landesregierung geht, dann sollten Lehramtsbewerber, *„deren Verfassungstreue umstritten"* ist, und denen deshalb der Beamtenstatus verweigert wird, keine Möglichkeit haben, ihre Ausbildung zu beenden. Dagegen hatte ein Nürnberger Gericht entschieden, daß auch DKP/MSB-Angehörige das Recht haben, ihre Ausbildung zu beenden, *„auch wenn sie danach nicht in den Staatsdienst übernommen werden"*. Gegen diese Entscheidung hat die bayerische Landesregierung Widerspruch eingelegt. (FR, 18.10.84)

* Zum 31.10.84 wurde der Sozialpädagogin I. Pfreimer vom Münchner Arbeitslosenzentrum gekündigt. Begründung: Sie sei Mitglied der DKP und darüberhinaus lege sich die DKP auf den wissenschaftlichen Sozialismus und damit auf den Atheismus fest — so Walter Allgeier, Sprecher des Landeskirchenamtes, dem das Arbeitslosenzentrum, unterstellt ist. (FR, 27.9.84)

* Der Westberliner Justizsenator Oxford hat einer Juristin die Zulassung zur Rechtsanwältin verweigert, weil sie an der Besetzung eines Hauses beteiligt war und gegen sie ein Verfahren im Zusammenhang mit der Räumung eines anderen Hauses läuft. Oxford verweigerte die Zulassung damit, daß zu erwarten sei. daß sie „unwürdig" sei, den Rechtsanwaltsberuf auszuüben. Außerdem müßten Ratsuchende, die sich an einen Rechtsanwalt wenden, *„geschützt werden"*. Sie müßten sich auf die *"Integrität von Rechtsanwälten als unabhängigen Organen verlassen"*können. (TAZ, 4.10.84)

*Dem Antrag eines italienischen Staatsbürgers auf „Einbürgerung" in die BRD wurde auf Initiative des Bundesinnenministeriums und der Ausländerbehörde Freiburg/Breisgau nicht stattgegeben, weil aufgrund seiner Mitgliedschaft im MSB-Spartakus *„Zweifel an seiner Verfassungstreue"*bestünden.(DVZ, 9.11.84)

* Sieben Gewerkschafter, die 1983 gegen eine Nazi-Veranstaltung demonstriert hatten und von diesen angezeigt wurden, sprach ein Gericht in Landshut frei. Für die Postdirektion war die Teilnahme der Fernmeldesekretärin Sieglinde Deger-Creek an der antifaschistischen Aktion Anlaß für eine „Sicherheitsüberprüfung". Dabei kam die Post zu 35 „Erkenntnissen", die jetzt Grundlage für ein Disziplinarverfahren sein sollen. (WdA, 1.11.84)

Bj., Antifa-Kommission KB Hamburg

Die Justiz der Mitte:

Über 20 Verfahren gegen Linke in diesem Jahr ... ... Vier Verfahren in sechs Jahren gegen NPDler

Im jüngsten VS-Bericht — Abschnitt „Urteile gegen Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst" — werden vier Urteile seit 1978 genannt:

*Der frühere stellvertretende Parteivorsitzende der NPD und Bundeswehr-Major **Karl-Heinz Lindner**,*„war nur mit einem befristeten Beförderungsverbot und einer befristeten Kürzung seiner Dienstbezüge belegt worden, weil er inzwischen aus der NPD ausgetreten war."*

* Der frühere stellvertretende Parteivorsitzende **GünterDeckert** trat während des gegen ihn laufenden Disziplinarverfahrens aus der NPD aus. *„Er wurde durch ein noch nicht rechtskräftiges Urteil ...vom 28.3.1984 vom Oberstudienrat zum Studienrat zurückgestuft ."*

Noch nicht rechtskräftig sind die Urteile gegen:

* den stellvertretenden Parteivorsitzenden und Bundesgeschäftsführer **Jürgen Schützinger**. Seine Entlassung als Beamter auf Probe als Polizeimeister wurde am 11.1.1984 bestätigt.

* *„Das Mitglied des Parteipräsidiums der NPD, der Bundesbahnsekretär* **Ulrich Eigenfeld**, *wurde durch Urteil des Bundesdisziplinargerichtes aus dem Dienst entfernt"*(Innere Sicherheit Nr. 75/2.11.84)

Gibt es keine weiteren Rechtsradikalen im Staatsdienst?

Aber sicher doch, nur haben diese sich eine Empfehlung des Postministeriums zunutze gemacht: Der Parlamentarische Staatssekretär im Postministerium, Rawe, stellte fest, wer aus der NPD ausgetreten ist, habe sich von seinem pflichtwidrigen Verhalten gelöst und *„sich somit von der Verletzung der Verfassungstreuepflicht distanziert"* (FR 12.10.84).

Im Gegensatz zu Mitgliedern linker Organisationen fühlt sich doch ein Rechtsradikaler auch ohne offizielle Parteizugehörigkeit recht zuhause in diesem Land. Und gegen die „Staatsfeinde von links" ist er ja schließlich schon immer angetreten. Nur die ganz unflexiblen Parteigänger kriegen halt mal einen Dämpfer...

Bj., Antifa-Kommission KB-Hamburg

Westeuropäische Rüstungskooperation

»Größtes Projekt seit Christi Geburt« und andere Kleinigkeiten

Auf mehreren Konferenzen haben die westeuropäischen Imperialisten in den letzten Wochen einen weiteren Ausbau ihrer Rüstungskooperation vereinbart, u.a. in der Parlamentarischen Versammlung der WEU, die vom 3. bis 6.12. in Paris tagte — die nächste Tagung soll im April 1985 erstmals in Bonn stattfinden — sowie auf der NATO-Wintertagung in Brüssel am 4. und 5.12. Die für den weiteren Ausbau dieser Rüstungskooperation wichtigste Konferenz aber fand in Den Haag statt. Hier trafen sich am 22. und 23.11. die zwölf Verteidigungsminister der ,,Independent European Program Group'' (IEPG, Unabhängige europäische Programmgruppe). Mitglieder der IEPG sind sämtliche westeuropäischen NATO-Staaten und Frankreich. Die IEPG ist 1976 von diesen Staaten gebildet worden, um die Rüstungskooperation innerhalb der ,,Eurogroup'' der NATO voranzutreiben. Die Konferenz in Den Haag war das erste Treffen ,,auf Ministerebene'', d.h. der Verteidigungsminister. Diese berieten in Den Haag über insgesamt 30 Rüstungsprojekte der nächsten Jahre, darunter das Projekt ,,Jäger 90'', einen neuen schweren Panzer als Nachfolger von Leopard I und II, den Panzerabwehrhubschrauber (PAH-) 2, ein neues militärisches Transportflugzeug als Nachfolger der Transall, eine Boden-Luft-Fernlenkrakete, zusammen Rüstungsprojekte von vermutlich mehr als 200 Mrd. DM. Die Minister gaben eine Studie über die Kapazitäten und Rationalisierungsmöglichkeiten in der ,,europäischen Verteidigungsindustrie'' in Auftrag und vereinbarten, eine weitere Studie über ,,ein europäisches System elektronischer Bauteile'' für militärische Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme bis Mitte 1985 fertigstellen zu lassen.

Rüstungskooperation und „Politische Union"

Die Bedeutung dieser Rüstungskooperationen für die militärische Seite der ,,europäischen Einigung'' und den Ausbau der EG als Kriegspakt wird in der Öffentlichkeit oft unterschätzt. Damit einher geht eine Unterschätzung der aggressiven Ziele, die die BRD und die anderen westeuropäischen imperialistischen Staaten mit der ,,europäischen Einigung'' verbinden. Tatsächlich kommt der Rüstungskooperation bei der politischen Einigung der EG in den vergangenen Jahren eine wesentliche Rolle zu. Beim Aufbau ,,europäischer Industrien'' etwa bzw. europäischer Kapitale sind Rüstungsfirmen seit langem die Vorreiter. In der Rüstungsindustrie ist wie in keiner anderen Branche ist die Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten verschiedener Länder und auch die Konzentration und Zentralisation von Kapital durch ,,westeuropäische'' Kooperationen vorangetrieben worden. Die kürzlich beschlossene ,,Wiederbelebung der WEU'' (vgl. Politische Berichte 13/84, Arbeiterkampf 252) gehört in diesen Plan. Dies ist nicht der Anfang einer ,,sicherheitspolitischen Zusammenarbeit'' unter den westeuropäischen Imperialisten, sondern markiert den erfolgreichen Abschluß der ,,ersten Stufe'' einer von westdeutschen ,,Europastrategen'' schon vor 15 Jahren konzipierten ,,europäischen Einigung'', deren Konzept schon zur Zeit der großen Koalition 1966 bis 1969 zwischen allen staatstragenden Parteien in der BRD vereinbart worden war.

Schon 1971 hatte die SED in ihrem Buch ,,Der Imperialismus der BRD'' auf diese aggressiven Ziele der westdeutschen Finanzbourgeoisie bei der ,,europäischen Einigung'' hingewiesen:

,,Die langfristigen Überlegungen der Bonner Militärexperten zielen weiter auf die schrittweise Herausbildung einer westeuropäischen ,,Verteidigungsgemeinschaft'' im Rahmen der NATO. Diese imperialistische Staatengruppierung soll territorial umfassender als die heutige EWG angelegt sein und sowohl den skandinavischen als auch den iberischen Raum einbeziehen. Der Versuch zur Schaffung einer solchen ,,Europäischen Verteidigungsgemeinschaft'' (EVG) soll auf der Grundlage der Westeuropäischen Union (WEU) eingeleitet werden.'' (S. 478)

Daß diese Beurteilung richtig war, bestätigte schon ein Jahr später für die westdeutsche Bourgeoisie Carl Carstens. In einem Buch von 1972 (!) wird der jetzige Stand als 1. Stufe einer westeuropäischen militärischen Einigung beschrieben. In dem Buch von Carl Carstens und anderen Experten der ,,Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik'' unter dem Titel ,,Westeuropäische Verteidigungskooperation'' wird detailliert auf den Umfang der zum damaligen Zeitpunkt bereits eingeleiteten Rüstungskooperationen eingegangen und die damit verbundenen Absichten des westdeutschen Finanzkapitals dargestellt.

Zum Abschluß zahlreicher Einzeluntersuchungen über die Bewaffnung, militärstrategische Diskussion usw. in den einzelnen westeuropäischen Ländern entwickeln die Autoren darin unter der Überschrift ,,Die Weiterentwicklung der westeuropäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich'' einen bemerkenswerten ,,Stufenplan'', über den sie schreiben:

,,Diese in der Form eines Stufenplans präsentierte Skizze orientiert sich an den bereits vollzogenen politischen Entscheidungen und den mit einiger Sicherheit noch für die unmittelbare Zukunft zu erwartenden Beschlüssen sowie an einigen in die Diskussion befindlichen Vorschlägen.''

Die ,,Erste Stufe'', in der man sich bereits befinde, sei eine ,,Planungs- und Experimentierphase''. Hier sollten ,,pragmatische Methoden'' angewandt werden, um überall dort zu ,,sicherheitspolitischer Zusammenarbeit'' zu kommen, wo es möglich ist. Als Beispiele dieser ,,Zusammenarbeit'' werden dann ausdrücklich ,,Rüstungspla-

spiele dieser ,,Zusammenarbeit'' werden dann ausdrücklich ,,Rüstungspla-

nung, Beschaffung, militärische Infrastruktur, Rationalisierung usw.'' genannt. Außerdem müsse auf dieser Stufe versucht werden, innerhalb der ,,Eurogroup'' eine Art ,,Westeuropäisches Verteidigungszentrum'' zu schaffen, das in der Anfangsphase die Rüstungskooperation organisieren solle.

Die ,,zweite Phase'' müsse dann in der ,,Systematisierung der Verteidigungszusammenarbeit'' bestehen. Hierzu heißt es wörtlich: ,,*Das Generalsekretariat der WEU könnte die Keimzelle für das Generalsekretariat der gemeinschaftlichen Verteidigungsorganisation werden. Das Europäische Parlament könnte die Funktion der WEU-Versammlung übernehmen.*'' Auf jeden Fall komme es dann darauf an, ,,auf der Grundlage eines reformierten WEU-Vertrags'' — gemeint ist: nach dem inzwischen erreichten Wegfall sämtlicher Rüstungsbeschränkungen für die BRD — sowie unter Einbeziehung der ,,Eurogroup'' zum institutionellen Aufbau einer ,,Europäischen Verteidigungsgemeinschaft'' zu schreiten.

,,Dritte Phase'' und Abschluß dieses ,,Stufenplans'' wäre dann die ,,Politische Union'', zu der dann auch ein ,,*europäischer Generalstab*'' gehören müsse, ,,*dessen Funktionen voraussichtlich große Ähnlichkeiten mit denen des deutschen Führungsstabs der Streitkräfte (FüS) haben werden.*''

Unschwer läßt sich erkennen, daß die gegenwärtige ,,Wiederbelebung der WEU'' nicht etwa eine neue Idee der Regierungen Kohl und Mitterand gewesen ist und auch nicht der ,,Anfang'' einer militärischen Kooperation der EG-Staaten, sondern der Abschluß einer ganzen Phase von zehn, 15 Jahren militärischer Kooperation insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungsgüterproduktion, der Bewaffnung, der Entwicklung neuer Waffen und der sogenannten ,,Standardisierung der Waffen''. Unschwer läßt sich auch erkennen, welche zentrale Rolle die BRD-Imperialisten von Anfang an der Rüstungskooperation bei der ,,europäischen Einigung'' beimaßen.

Wie sieht nun diese Rüstungskooperation heute aus, wie hat sie sich entwickelt, und welche Pläne bestehen für die nächste Zeit?

Unterm Zaun durch

Typischer ,,Verteidigungsauftrag''!
Werbung der ,,Panavia'' für MRCA-Tornado

Ein Kampfflugzeug für die 90er Jahre

An diesem Projekt, hierzulande unter dem Namen ,,Jäger 90'' bekannt, sind die BRD, Frankreich, England, Italien und Spanien beteiligt. Interesse an der Mitarbeit haben inzwischen auch die Niederlande angemeldet. Formal soll der Startschuß zur Entwicklung und Produktion des ,,Jäger 90'', der ab 1995 eingesetzt werden soll, im nächsten Frühjahr fallen, jedoch haben sich sowohl die Luftwaffenchefs schon im Dezember 1983 auf ein Konzept der militärisch-taktischen Anforderungen an den Jäger wie die Verteidigungsminister im Juli 1984 auf ein Rahmenabkommen über Durchführbarkeitsstudien geeinigt.

Mit geschätzten Entwicklungskosten von 6 - 9 Mrd. DM und einem Beschaffungspreis pro Maschine von 70 Mio. DM wird der Jäger 20 bis 40% teurer als eine entsprechende US-Neuentwicklung sein, doch geht es erstens darum, ,,die Unabhängigkeit der entsprechenden Luftwaffen bzw. Rüstungsindustrien von der Technologie aus den Vereinigten Staaten (zu) verstärken'' (Neue Zürcher Zeitung, 12.7.1984), und zweitens der westeuropäischen Industrie ein Gesamtauftragsvolumen von rund 100 Mrd. DM zu sichern. Die Entwicklungskosten für das Flugzeug sollen die BRD, Frankreich und Großbritannien je zu rund einem Viertel, Italien mit 15 bis 19% und Spanien mit 8 bis 11% tragen.

Ab 1995 sollen für den Absatz in den Vertragsstaaten ca. 800 Jäger produziert werden, von denen die BRD 250, Frankreich 150, England 200, Italien und Spanien je 100 Maschinen erwerben wollen. Auf den Export von weiteren 800 Jägern wird derzeit spekuliert.

An der Produktion sollen MBB, British Areospace, Avions Marcel Dassault (F), Aeritalia (I) und Spaniens Construcciones Aeronauticas (CASA) beteiligt werden; Vorabsprachen über die Entwicklung eines neuen Triebwerks laufen zwischen Motoren- und Turbinen Union (MTU), SNECMA (F), Fiat und Rolls-Royce.

Politisch bemerkenswert ist die Einbeziehung Spaniens in das JF-90-Projekt, geht es doch darum, Spanien noch vor dem EG-Beitritt faktisch zu integrieren und bereits vor der Entscheidung um die spanische NATO-Mitgliedschaft die wirtschaftlichen und militärischen Interessen der spanischen Bourgeoisie mit denen der EG-Staaten zu verklammern. Insofern hat dieses Projekt auch Ähnlichkeit mit der britischen Teilnahme am MRCA-Projekt kurz vor dem EG-Beitritt Großbritanniens.

Panzerabwehrhubschrauber 2

Eine weitere Variante westeuropäischer Kooperation sind zweiseitige Rüstungsprojekte, die es zwischen der BRD und Frankreich in großer Zahl gibt. Dazu gehört die Entwicklung und der Bau des PAH-2 (vgl. AK 237 bis 239), der ab 1991 eingesetzt werden soll. Gegen Panzerverbände des Warschauer Paktes soll der PAH-2 als ,,*Panzerjagdhubschrauber*'' *operieren* (Internationale Wehrrevue 5/84). Frankreich legt außerdem Wert darauf, daß zwei spezielle französische Versionen, die bei der schnellen Eingreiftruppe eingesetzt werden sollen, Wüstenkampffähigkeit aufweisen, also für den Einsatz in kolonialen Kriegen konzipiert werden.

Im Mai dieses Jahres unterzeichneten die Kriegsminister Wörner und Hernu das ,,Memorandum of Understanding'' über die gemeinsame Entwicklung des PAH-2. Auch bei diesem Projekt soll die BRD als Pilotnation mit dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) als durchführender Behörde und der Firma MBB als Generalunternehmer fungieren. Die Leitung des Programms wurde einem von beiden Nationen paritätisch besetzten Lenkungs-Ausschuß übertragen.

Vorgesehen ist die Entwicklung eines gemeinsamen Basis-Hubschraubers und dreier daraus abgeleiteter nationaler Versionen, eine für die BRD, zwei für Frankreich. Die Entwicklungsarbeiten für die Basisversion sollen ,,quantitativ und qualitativ gleichwertig aufgeteilt'' werden (Wehrdienst 943/84), während die nationalen Versionen jeweils in eigener finanzieller und technischer Verantwortung entwickelt werden sollen. Neben MBB tritt für die französische Seite Aérospatiale als Mitauftragnehmer auf; für die Entwicklung des Triebwerks gründeten die Motoren-und Turbinen Union MTU und Turboméca die Managementfirma MTM.

Wie fast alle anderen Kooperationsprojekte zwischen NATO-Staaten auch, ist das PAH-2-Projekt für die Beteiligung weiterer Staaten offen. Hinweise auf einen möglichen Einstieg gibt es aus England und den Niederlanden.

MBB: Spinne im Netz

Aérospatiale · Matra (PAH-2) (Brevel) · Dassault · CASA · Aeritalia · British Aerospace (Jäger 90) · Siemens · AEG · Aérospatiale · Thomson CSF (MFS 90) · Thomson CSF → GRIP (Hawk) · EUROPAC (leichte Panzerabwehr) ← Luchaire · MBB · EUROMISSILE (Hot, Roland, Milan) 50% · Aéro-spatiale 50%, 33,3% · EUROMISSILE DYNAMICS GROUP 33,3% (Panzerabwehr d. 3. Gen.) · British Aerospace Dynamics Group 33,3% · PANAVIA AIRCRAFT 42,5% (MRCA) · Aeritalia 15% · British Aerospace 42,5% · RTG 50% · Diehl 50% · MLRS Europäische Produktions-Gesellschaft 60% · Hunting Engineering 20% · BDP (Italien) 4% · Aérospatiale 16%

Zur Erläuterung:
Brevel: unbemanater Aufklärungsflugkörper
MFS 90: Luftabwehrsystem
Hawk: Luftabwehrraketen
MLRS: Raketenartillerie
—— Beteiligungen
------- Zusammenarbeit ohne gemeinsame Tochterfirmen
-x-x- Projekte in der Planungsphase

Taktische Flugkörper

Die Lenkwaffensysteme Hot und Milan (Panzerabwehr) sowie Roland (Luftabwehr) werden von den Konzernen MBB und Aérospatiale gefertigt, die für diesen Bereich seit 1965 zusammenarbeiten. Für die Abwicklung dieser Projekte wurde die Tochterfirma Euromissile gegründet, an der MBB und Aérospatiale mit je 50% beteiligt sind.

Die Serienfertigung findet bei MBB und Aérospatiale statt; der Umfang dieser Kooperation wird daran deutlich, daß von den 1,8 Mrd. DM, die der MBB-Unternehmensbereich Appa-

Militarismus

rate 1983 umsetzte, 1,44 Mrd. DM (80%) auf die Gemeinschaftsvorhaben entfielen; bei Aérospatiale waren es im Unternehmensbereich Taktische Flugkörper 1982 mehr als 3 Mrd. FF bei einem Gesamtumsatz von 5,5 Mrd. FF.

Für die Produktion von Milan wurden von Euromissile Lizenzen an British Aérospace Dynamics Group, an Italien und Indien vergeben. Exportiert wurden Hot und Milan u.a. nach Südafrika, Saudi-Arabien, Ägypten und Argentinien. Wie bei **allen** Gemeinschaftsprojekten mit Frankreich umgehen die BRD-Konzerne die bundesdeutschen Rüstungsexportbeschränkungen dadurch, daß die Ausfuhr über



Der Transportpanzer „I Fuchs" von Thyssen-Henschel bei der Wüstenerprobung. Geeignet für EG-Interventionen in Nahost und Nordafrika.

die in Frankreich ansässige Gemeinschaftsfirma abgewickelt wird. Alle Koproduktionen fallen unter ein 1972 abgeschlossenes **Geheimabkommen**, in dem sich die BRD und Frankreich der gegenseitigen Garantie der freien Exportierbarkeit aller gemeinschaftlich entwickelten Waffensysteme versicherten.

Gemeinsam mit BAeDG haben MBB und Aérospatiale die Euromissile Dynamics Group (EMDG) gegründet, die die Kampfwertsteigerung der Milan und die PARS-3 (Panzerabwehrraketensysteme der 3. Generation) entwickelt. Neben den genannten sind auch die Firmen Eltro und Bodensee-Gerätetechnik sowie TRT und Thomson CSF am PARS-3-Programm beteiligt.

Gleich dem deutsch-französischen Bureau de Programmes Franco-Allemand (BPFA), das für die regierungsseitige Durchführung der Lenkwaffenprogramme von Euromissile gegründet wurde, ist für die Abwicklung des PARS-3-Programms ein Bureau Trilaterale de Programmes (BTP) eingerichtet worden, das von den Regierungen der BRD, Frankreichs und



„Die Panzerabwehrlösung" — die französische Regierung will das Gerät für nordafrikanische Einsätze brauchbar gestalten lassen.

Englands gemeinsam betrieben wird. Damit ist sowohl von industrieller wie institutioneller Seite die Basis für westeuropäische Raketenprogramme im großen Stil geschaffen worden, die von der BRD nach der Aufhebung der letzten WEU-Beschränkungen für strategische Raketen angestrebt werden.

MRCA Tornado

Eine äußerst bedeutende Rolle bei der Verbesserung der Konkurrenzsituation der westdeutschen und der westeuropäischen Luft- und Raumfahrtindustrie spielte das „größte Rüstungsprogramm seit Christi Geburt" (Helmut Schmidt), der Bau des Mehrzweckflugzeugs MRCA Tornado (Multi Role Combat Aircraft). Auf dem Preisstand von 1981 beliefen sich die Gesamtkosten für dieses britisch-italienisch-westdeutsche Projekt auf rund 80 Mrd. DM, der westdeutsche Anteil auf ca. 32 Mrd. DM.

In einem „Memorandum of Understanding" (Juli 1968) vereinbarten Italien, Großbritannien, die BRD und die Niederlande, die kurz darauf aus dem Projekt ausstieg, die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und beim Bau des MRCA. Diese Länderkonstellation ergab sich, nachdem einmal der geplante Einstieg der BRD in laufende britisch-französische Programme nicht zustande gekommen war und ein anderes Mal am französischen Ausstieg aus den Forschungsarbeiten für ein Militärflugzeug mit variabler Geometrie scheiterte. Neben den o.g. allgemeinen Interessen der Westeuropäer an vermehrter Rüstungskooperation verfolgte die BRD speziell mit der MRCA-Entwicklung zwei Ziele: Zum einen wurde die Aussicht eröffnet, erstmals nach dem Ende des 2. Weltkrieges wieder ein Kampfflugzeug —mit der Fähigkeit zur atomaren Bewaffnung —von der Forschungsphase bis zur Serienfertigung in der BRD herzustellen (Berkhahn/SPD: *„Wir werden bei der Entwicklung dieses Flugzeugs den größten Anteil haben und müssen daher auch die Führung beanspruchen"*), zum anderen war es das besondere politische Anliegen der BRD, im Vorfeld des englischen EG-Beitritts eine faktische Integration zu schaffen.

Die westdeutsche Strategie, über die Konzentration der nationalen Kapazitäten die Führungsrolle in einem westeuropäischen Konsortium zu übernehmen, spiegelt sich in drei Vorgängen jener Zeit.

1. Mitte 1968 fusionierten die Messerschmidt-Werke und die Bölkow GmbH, zu denen bis 1970 noch die Hamburger Flugzeugbau GmbH stieß, zum MBB-Konzern, dem 1969 die Systemführerschaft beim MRCA-Projekt übertragen wurde.
2. Im Juli 1969 fusionierten die Daimler Benz AG und MAN im Bereich des Triebwerkbaus und gründeten die Motoren- und Turbinen-Union GmbH (MTU). Der größte, aber krisengeschüttelte westeuropäische Triebwerkshersteller Rolls-Royce (80000 Beschäftigte) wurde genötigt, MTU (9000 Beschäftigte) ein gleiches Auftragsvolumen von 40% zuzugestehen; die restlichen 20% fielen an FIAT.
3. Für den Bereich der Flugzeugelektronik wurde im Dezember 1967 auf Betreiben des Bundesverteidigungsministeriums die Elektronik System GmbH (ESG) gebildet, die von AEG, Siemens, SEL und Rohde & Schwarz getragen wird. (vgl. Mechtersheimer) Auch auf diesem Sektor wurden die gesteckten Ziele erreicht: IBM wurde ausgestochen und gegenüber der englischen ESAMS und der italienischen SIA die Federführung bei den MRCA-Arbeiten durchgesetzt.

Neben diesen, die BRD-Industrie betreffenden Fakten ist noch zu erwähnen, daß im Lauf der Jahre mehrere französische Firmen — Hispano-Suiza, SFENA, TRT — mit Arbeiten für das MRCA beteiligt wurden.

Mit der Einstufung des MRCA als NATO-Projekt wurde eine Regierungsorganisation der beteiligten Staaten gebildet, die NAMMO (NATO MRCA Development and Production Management Organisation), der die militärische Koordinierungsbehörde NAMMA (NATO MRCA Management Agency) untergeordnet ist. Auch in der NAMMA konnte ein Westdeutscher den Vorsitz übernehmen. Inwieweit damit real die NATO über die Vorstellungen der beteiligten Länder hinaus Einfluß auf das Projekt nahm, ist allerdings strittig.

Über die Abnahme von Flugzeugen aus den Partnerstaaten (GB 384, BRD 322, Italien 99) hinaus erhoffte sich die westdeutsche Industrie einen Ausbau ihrer Rüstungsexporte. Hier war der BRD ein weiterer Erfolg bei der Verwirklichung ihrer Zielsetzungen beschieden, denn England einigte sich mit Saudi-Arabien, 40 Tornados dorthin zu liefern, und selbst Japan prüft, ob es das MRCA zur Erweiterung seiner Luftwaffe ankaufen soll.

Rüstungskooperation — eine „europäische" Bilanz ...

Ausgedehnter als auf jedem anderen Sektor haben sich bei der gemeinschaftlichen Aufrüstung verschiedene Formen der westeuropäischen Zusammenarbeit herausgebildet: Lizenzproduktionen, projektgebundene Tochtergesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften und Tochtergesellschaften wie Euromissile oder Panavia, die nicht mehr an ein einzelnes Projekt gebunden sind. Die Rüstungskonzerne sehen sich hier selbst in der Rolle eines Vorreiters in Sachen „europäische Einigung". Der heutige BDI-Hauptgeschäftsführer und frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Mann, erklärte 1976/77 im „Jahrbuch der Wehrtechnik 10": *„Niemand macht sich aber klar, daß die Gründung des Unternehmens (Euromissile) gelungen ist, ohne ein bestehendes europäisches Gesellschaftsrecht, das eigentlich die Grundlage dafür hätte sein müssen."*

Die engste Verbindung hat sich zwischen MBB und Aérospatiale entwickelt. Sie umfaßt neben den dargestellten Projekten auch die Airbus-Produktion und die Entwicklung von Satelliten. Mit einigen Abstrichen ist auch British Aerospace an dieser intensiven Zusammenarbeit beteiligt.

In der Breite hat die Rüstungskooperation praktisch alle westeuropäischen Konzerne der Luft-und Raumfahrtindustrie erfaßt. Ebenfalls ohne Ausnahme sind die großen Elektronikkonzerne an Rüstungsvorhaben auf westeuropäischer Ebene beteiligt.

Staatlicherseits macht die Einbeziehung in diese Kooperation erst recht vor keinem Land halt, da kein westeuropäischer Staat mehr in der Lage ist, das gesamte Kriegswaffenarsenal der NATO auf nationale Kosten zu beschaffen.

Die politisch gewollte westeuropäische Einigung läßt sich über den Rüstungssektor in besonderem Maße vorantreiben, da dieser von der staatlichen Nachfrage abhängt. Mit anderen Worten: über die jeweiligen nationalen Rüstungshaushalte, aus denen alle diese Kooperationsvorhaben bezahlt worden sind und weiterhin werden, leisten sämtliche Lohnabhängigen in den EG-Staaten ihren beständigen Steuertribut an diese Sorte „Einigung", während die geschäftlichen Interessen der an diesen Rüstungsprojekten direkt oder indirekt beteiligten Konzerne durch die Aussicht auf noch größere und noch ertragreichere Rüstungsprojekte zunehmend miteinander verklammert werden und so eine Art „militärisch-industrielle Basis" der europäischen Einigung entsteht, die freilich die Konkurrenz unter den beteiligten Rüstungskonzernen nicht aufhebt.

Ein wichtiger Vorteil bei der Zusammenarbeit ist für die größeren EG-Staaten die Möglichkeit der Durchdringung kleinerer Armeen. So schuf die BRD sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre großen Einfluß dadurch, daß sie die logistische Betreuung aller westeuropäischen Bezieher westdeutscher Kampfwagen übernahm und 1983 die Ausrüstungsbetreuung aller italienischen MRCA.

scher Kampfwagen übernahm und 1983 die Ausrüstungsbetreuung aller italienischen MRCA.

Vermittels der Kooperation haben sich die EG-Staaten sowohl gemeinschaftlich wie einzeln in einer Weise militärisch gestärkt, wie sie es in nationalen Alleingängen nicht hätten erreichen können. Die Zusammenarbeit hat die industrielle und politische Grundlage dafür geschaffen, auch national geführte Kolonialkriege (Malwinen, Tschad) mit der vereinten Kraft der EG zu unterstützen, sei es auf dem Wege des Nachschubs, sei es mit den nationalen Schnellen Eingreiftruppen (die auch Italien jetzt aufstellen will). Ebenso ist die EG als Block heute sehr viel eher in der Lage, ihre weltweiten Interessen militärisch zu vertreten.

Rüstungskonzerne in Westeuropa, 1970–1983
(1) Umsätze in Mrd. DM; (2) Lohnabhängige

Konzern	1970 (1)	1970 (2)	1975 (1)	1975 (2)	1983 (1)	1983 (2)	Umsatzanstieg
Siemens AG	14,9	301000	21,3	296000	39,5	313000	+163%
AEG Telefunken AG	8,4	178000	12,7	162000	11,5	77000	+37%
MBB GmbH	1,2	o.A.	1,5	20000	5,9	36800	+408%
Rheinmetall AG (1)	0,3	6300	0,7	6519	2,5	14900	+806%
MTU GmbH	0,5	o.A.	1,0	11000	2,4	12600	+383%
Krauss Maffei AG	0,7	6009	0,5	5376	2,0	4600	+207%
Diehl Gruppe (2)	o.A.	o.A.	1,2	13200	1,8	12600	o.A.
Dornier GmbH (1)	0,3	7726	0,4	6723	1,4	8792	+341%
British Aerospace (2)	o.A.	o.A.	3,3	68800	8,1	78990	o.A.
Aerospatiale (F, 2, 3)	o.A.	o.A.	3,9	33855	7,9	36450	o.A.
Dassault Brequet (F)	o.A.	o.A.	2,6	14819	4,2	15782	o.A.

(1) Angaben 1. Spalte: 1971; (2) Angaben 2.Spalte: 1977; (3) Angaben 3. Spalte: 1982
In der obigen Liste sind AEG und Siemens die einzigen Firmen, die nicht überwiegend in der Rüstungsproduktion tätig sind. Beide Firmen sind dennoch für die westdeutsche Rüstungsproduktion von großer Bedeutung.

... und die Bilanz für die BRD

Die Ergebnisse dieser Sorte „europäischer Kooperation" für die BRD sind beunruhigend. Den westdeutschen Imperialisten ist es gelungen, im Zuge dieser Rüstungskooperationen sämtliche aus der Niederlage des deutschen Faschismus herrührenden Produktionsbeschränkungen für ihre konventionelle Rüstungsindustrie wieder aufzuheben. Die westdeutschen Rüstungkonzerne, die etwa im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie erst 1955 wieder offiziell tätig werden durften — vorher hatten Firmen wie Messerschmidt, Dornier u.a. im Ausland, insbesondere in Argentinien und im faschistischen Spanien ihre Produktion wieder aufgenommen (siehe dazu u.a.: U. Albrecht, P. Lock, H. Wulf, Mit Rüstung gegen die Arbeitslosigkeit?, Hamburg 1982, S. 60f.) — gehören heute wieder zu den größten Rüstungsunternehmen in Westeuropa.

Der Flick-Konzern etwa ist mit Krauss-Maffei heute wieder mit Abstand größtes Panzerbauunternehmen in Westeuropa. Dieser Wiederaufstieg von Flick ist untrennbar verbunden mit den Programmen Leopard I und II, die nicht nur für die Bundeswehr erstellt wurden, sondern unter der Losung der „Standardisierung der Bewaffnung" auch an die Niederlande, Belgien, Italien, Norwegen, Dänemark verkauft wurden. Zahlreiche andere westdeutsche Rüstungsunternehmen sind über das Leopard-Projekt mit Flick bzw. Krauss-Maffei verbunden. Dazu gehören: die zum Krupp-Konzern gehörenden MaK Kiel und Krupp Atlas Elektronik in Bremen, die Zahnradfabrik Renk in Augsburg (Gutehoffnungshütte), Robert Bosch GmbH, Varta Batterien (Quandt-Gruppe), die MTU Friedrichshafen (Daimler-Benz und MAN), die Zahnradfabrik Friedrichshafen (Zeppelin-Stiftung), Blohm & Voss in Hamburg (Thyssen), die Diehl-Gruppe sowie Rheinmetall (Röchling Industrie Verwaltung).

Die MBB-Gruppe ist das zweite große westdeutsche Rüstungsunternehmen, daß im Zuge dieser Kooperationen entstanden ist und mit dem die BRD heute an fast jedem Luftwaffen- und Raketenprojekt in Westeuropa wieder führend beteiligt sind. Auch MBB ist mit einer Vielzahl weiterer westdeutscher Kapitale eng verbunden. Thyssen, Siemens, die Allianz, Bosch, Krupp, die Messerschmitt-Stiftung, Bölkow, Blohm sowie das Bundesland Bayern und die Hansestadt Hamburg sind direkt oder indirekt an MBB beteiligt.

Die Eigentümer dieser beiden großen westdeutschen Rüstungskonzerne bzw. der mit diesen Konzernen über große gemeinsame Projekte verbundenen Firmen sind bekannte Namen: Alles, was schon als Wehrwirtschaftsführer zu Zeiten des Faschismus sich blutig hervortat, hat sich heute wieder um diese beiden Rüstungsmonopole geschart und bereits in den vergangenen Jahren mit der „westeuropäischen Rü-

diese beiden Rüstungsmonopole geschart und bereits in den vergangenen Jahren mit der „westeuropäischen Rü-

stungskooperation" bzw. der dadurch ermöglichten Expansion der westdeutschen Rüstungsproduktion enorme Vermögen neuerlich aufgehäuft.

Nun soll dieses Geschäft — parallel zur Inangriffnahme neuerlicher, von uns oben geschilderter „Kooperationsvorhaben" und im Zuge der „Wiederbelebung der WEU" — noch einmal auf eine neue Stufe gehoben werden. Seit Monaten ist bekannt, daß von seiten der Bundesregierung, der bayerischen Landesregierung und der mit MBB verbundenen Kapitale, aber anscheinend auch von Flick, eine Fusion von MBB und Krauss-Maffei vorbereitet wird. Angeblich soll auch noch ein „alternatives" Fusionsprojekt bestehen: Die Quandt-Gruppe will Krauss-Maffei übernehmen und damit ihrerseits die Führung in der Panzerproduktion gewinnen. Wie auch immer diese Fusionsvorhaben ausgehen werden, eines steht schon jetzt fest: Am Ende wird die westdeutsche Panzerproduktion noch weiter zentralisiert sein, wenn nicht gar MBB und Krauss-Maffei fusionieren und weitere Firmen beteiligen. Ein neuer Schritt nach vorn für das Bestreben der westdeutschen Imperialisten, zur dominierenden Rüstungsmacht und Waffenschmiede in Westeuropa zu werden, steht bevor.

fo., KB und rül, BWK

Quellenhinweis: Wehrtechnik, Wehrdienst, Flugrevue, Interavia, lfd. Ausgaben; F. Schmid, Der Militär-Industrie-Komplex, 1972; A. Mechtersheimer, Rüstung und Politik in der Bundesrepublik, MRCA Tornado, 1977; W. Klank, Ausbau der Kooperationsbeziehungen zwischen den Rüstungsmonopolen der NATO-Staaten, in: IPW-Berichte 5/82; K. Carstens und D. Mahnke (Hrsg.) Westeuropäische Verteidigungskooperation, München 1972; K. Engelhardt, W.Klank, Forcierte Rüstungsintegration in Westeuropa, in: IPW-Berichte 7/75;

Zur Weltwährungskrise, Teil II

Die Renaissance des Dollars verschärft die Krise

In den letzten Wochen erzielte der US-Dollar gegenüber der DM einen Wechselkurswert von über 3 DM und liegt damit so hoch wie vor etwa 11 Jahren — v o r dem damaligen Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse. Und in den Wirtschaftsmagazinen wurde der 21. September 1984 als der „Schwarze Freitag" gehandelt, in Anspielung auf den gleichnamigen Freitag im Jahre 1929, dem Zusammenbruch des internationalen Währungssystems an der New Yorker Börse. Was war geschehen? Am 21.9. kletterte der Dollarkurs auf über 3,15 DM und die westdeutsche Bundesbank intervenierte massiv: sie verkaufte 500 bis 700 Millionen Dollar, um den Kurs wieder etwas abzudrücken. Tatsächlich fiel der Dollar auf Werte von etwa 3,05 DM, und stieg Mitte Oktober wieder auf 3,14 DM.

Wiederum intervenierte die Bundesbank mit etwa 200 Millionen Dollar. Hier scheint sich etwas zu wiederholen, was bereits in den siebziger Jahren praktiziert wurde — nur unter umgekehrten Vorzeichen: damals druckten die USA zusätzliche Dollarnoten und exportierten ihr entwertetes Kapital ins Ausland; die westeuropäischen Zentralbanken waren eine Zeit lang gezwungen, diese Dollars zur Kursstützung zu kaufen. Heute importieren die USA Kapital aus dem Ausland, halten die Zinsen hoch und den Dollar knapp. Nunmehr sind die Zentralbanken gezwungen, durch Devisenverkäufe den Kurs zu drücken.

Im folgenden zweiten Teil dieses Artikels sollen Ursachen und Hintergründe der Wiederkehr des „starken" Dollar erläutert werden.

Die „Wende" von 1978

Schon einmal, nämlich vor 6 Jahren, war von einem bevorstehenden oder drohenden Zusammenbruch des internationalen Währungssystems die Rede. Der Dollar erreichte im Jahre 1978 seinen vorläufigen Rekord-Tiefpunkt von DM 1,73.

Westeuropa oder genauer: die EG mit Ausnahme Großbritanniens entschlossen sich unter Federführung der BRD zur Errichtung eines Schutzsystems gegenüber dem Dollar, der nach wie vor auf die privaten Kapitalmärkte strömte und die Wechselkurse unberechenbarer machte. Diese EG-Staaten errichteten das „Europäische Währungssystem" (EWS). Ohne im einzelnen auf die inneren Widersprüche des EWS einzugehen, bedeutet das EWS zweifellos den regionalen Versuch, ein System einigermaßen stabiler Wechselkurse innerhalb der EG zu schaffen — nach außen hin vor allem gegen die ständigen Schwankungen des Dollar gerichtet.

Aber bekanntlich gab es nicht nur eine währungspolitische Krise, sondern eine allgemeine Krise der Kapitalakkumulation. Vor diesem Hintergrund kam es zwischen 1977 und 1979 zu wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den USA einerseits und der EG und Japan andererseits. Der damalige US-Präsident Carter forderte vor allem von der BRD und von Japan, die „Lokomotive" zu spielen und die Weltwirtschaft aus der Krise herauszuführen. U.a. verlangte Carter von seinen Konkurrenten eine expansivere Geldpolitik, niedrigere Zinsen und staatlich finanzierte Konjunkturprogramme — also vor allem die Dinge, die die USA selbst eben nicht betreiben wollten. Doch die US-Konkurrenten widersetzten sich dieser Carter'schen Angebote. Die BRD befürchtete hohe Inflationsraten und eine sinkende Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, sowie negative Folgen für ihre Zahlungsbilanz. Im Unterschied also zu den sechziger Jahren, wo die USA infolge des Vietnamkriegs und steigender Staatsausgaben munter Dollars druckten und in die Welt schleuderten — und die Konkurrenten beim System fester Wechselkurse durch Dollarkäufe den Kurs stabil halten mußten — spielten die EG und Japan das Spielchen dieses Mal nicht mit. Sollen die USA doch selber sehen, wie sie mit ihren Schwierigkeiten klarkommen, so etwa lautete der Tenor des Ex-Kanzlers und „Weltökonomen" Helmut Schmidt auf die Carter'sche Offerte.

Die damalige Carter-Schmidt-Kontroverse zeigte also, daß die USA ihre Dollarprobleme nicht mehr ohne weiteres auf ihre Konkurrenten abwälzen konnten, letztere sich sogar strikt weigerten, für die US-Interessen die Kohlen aus dem Feuer zu holen.

Die USA waren zum damaligen Zeitpunkt dazu gezwungen, nun selbst ihre währungspolitische Strategie zu definieren, ohne den Rückgriff auf die Zusammenarbeit oder das Abwälzen ihrer Probleme auf ihre wichtigsten Konkur-

konnten, letztere sich sogar strikt weigerten, für die US-Interessen die Kohlen aus dem Feuer zu holen.

Die USA waren zum damaligen Zeitpunkt dazu gezwungen, nun selbst ihre währungspolitische Strategie zu definieren, ohne den Rückgriff auf die Zusammenarbeit oder das Abwälzen ihrer Probleme auf ihre wichtigsten Konkur-

renten.

Im Prinzip gab es damals für die USA zwei Möglichkeiten:

— Die USA hätten den auf einen Kurswert von DM 1,73 abgefallenen Dollar noch tiefer sinken lassen können, um die negative Handelsbilanz umzudrehen. Dies hätte auf der anderen Seite die Instabilität des Weltwährungssystems und die Dollarflucht noch erheblich verstärkt.

— die USA stoppen den weiteren Verfall des Dollar durch eine konsequente Hochzinspolitik unter Inkaufnahme stärker steigender Waren- und Kapitalimporte aus dem Ausland. Hohe Zinsen für Leihkapital hatte außerdem dessen Verteuerung zur Folge, was die Investitionen abwürgt.

Bekanntlich wählten die USA die letztgenannte Option — und zwar schon unter Carter! Unter Reagan wurde der eingeschlagene Kurs der Hochzinspolitik nur konsequent weiterentwickelt.

Festzuhalten bleibt, daß die Einleitung der Hochzinspolitik eine bewußte politische Entscheidung des US-Kapitals war — unter Abwägung der Vor-, aber auch Nachteile.

USA gewinnen Hegemonie zurück

Der Hauptgrund der amerikanischen Hochzinspolitik mit negativen, restriktiven Auswirkungen auf die US-Binnenkonjunktur ist darin zu sehen, die in den siebziger Jahren verloren gegangene dominierende Stellung des Dollar zurückzugewinnen. Und in der Tat ist dies den USA gelungen: der „starke" Dollar hat seine alte dominierende Stellung als Leit- und Reservewährung voll wiederherstellen können.

Aufgrund des „Doppelcharakters" des Dollar als nationale wie auch internationale Währung müssen auch diese beiden Seiten im Hinblick auf die Folgen für die US-Binnenwirtschaft und die Weltwirtschaft betrachtet werden.

Hohe Zinsen, knapper Dollar, Haushaltsdefizite: der Dollarkurs stieg an

Zunächst also ein kurzer Überblick über die wirtschaftspolitischen Auswirkungen des Dollar auf die US-Konjunktur.

Die hohen Zinsen allein, die bereits unter Carter zu steigen begannen, können den seit dieser Zeit steigenden Wechselkurs des Dollar allein nicht erklären. Neben den hohen Zinsen wurde denn auch — unter Reagan verschärft — eine restriktive Geldmengenpolitik eingeleitet. Zum einen bedeutete dies, daß die amerikanische Zentral-

Die hohen Zinsen allein, die bereits unter Carter zu steigen begannen, können den seit dieser Zeit steigenden Wechselkurs des Dollar allein nicht erklären. Neben den hohen Zinsen wurde denn auch — unter Reagan verschärft — eine restriktive Geldmengenpolitik eingeleitet. Zum einen bedeutete dies, daß die amerikanische Zentral-

bank die Dollarnoten knapp hielt (im Unterschied zu den siebziger Jahren, wo dies die ausländischen Notenbanken durch Dollarkäufe besorgen mußten). Zum zweiten wurden die Inflationsraten nach unten gedrückt — eine Voraussetzung dafür, daß die hohen Zinsen auch „greifen", denn erforderlich sind hohe r e a l e Zinssätze (abzüglich der Inflationsrate), um die Nachfrage nach Dollars zu erhöhen.

Aber diese restriktive Geldpolitik, verbunden mit hohen Realzinsen, beschleunigten und verursachten die tiefe wirtschaftliche Rezession in den USA etwa ab Mitte 1979 (1).

Die industriellen Wachstumsraten stagnierten oder gingen sogar zurück. Binnenwirtschaftlich schafften sich die USA ein weiteres Problem: die extrem hohe Staatsverschuldung. Sie wurde mit dadurch verschärft, weil die Reagan-Administration erhebliche Steuererleichterungen und insbesondere wesentliche Abgabenverzichte von Unternehmen anordnete, so daß die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates sich vergrößerte.

Die Haushaltsdefizite stiegen in den USA von 60 Mrd. US-D. (1980) auf 195 Mrd. US-D. im letzten Jahr.

Erheblich mit dazu beigetragen haben die extrem ausgeweiteten Rüstungsausgaben; sie stiegen im genannten Zeitraum von 135,9 Mrd. auf 210,5 Mrd. US-D. und steigen 1984 und 1985 beharrlich weiter. Nach den derzeitigen Planungen soll der prozentuale Anteil der Rüstungsausgaben am Gesamthaushalt von 23,6 % (1980) auf 33,5 % im Jahre 1988 steigen.

Die gewaltigen Rüstungsausgaben bedeuten umgekehrt eine Verminderung der Sozialausgaben zu Lasten der Bevölkerung, was u.a. zur Ausbreitung der Armut in den USA führte; außerdem werden damit riesige Geldmittel den „zivilen" Investitionen entzogen.

Das Haushaltsdefizit muß also gedeckt werden, was durch Kreditaufnahme des Staates erfolgt. Und genau

Die gewaltigen Rüstungsausgaben bedeuten umgekehrt eine Verminderung der Sozialausgaben zu Lasten der Bevölkerung, was u.a. zur Ausbreitung der Armut in den USA führte; außerdem werden damit riesige Geldmittel den „zivilen" Investitionen entzogen.

Das Haushaltsdefizit muß also gedeckt werden, was durch Kreditaufnahme des Staates erfolgt. Und genau

dafür sorgen die ungewöhnlich hohen Zinsen, um die knapp gehaltenen Dollars nicht nur von US-Kreditgebern, sondern zunehmend von ausländischen Kapitalmärkten zu leihen.

Und an diesem Punkt tritt ein weiterer Faktor hinzu: die Anlagebedingungen auf den amerikanischen Kapitalmärkten sind vielfach — dank hoher Zinsen — so profitabel, daß der enorme Haushaltsbedarf der USA permanent, geradezu magnetisch, Geldkapital aus aller Welt anlockt: die Anlageform von Kapital in Geldkapital ist profitabler als etwa industrielle Investitionen. Auch dieser Mechanismus funktioniert nur dann, wenn der Dollar knapp gehalten wird, wofür die US-Zentralbank sorgt, denn würde der wachsende Kapitalbedarf durch Ausgabe neugedruckter Dollarnoten erfolgen, würde dies die Inflation anheizen und den Dollar entwerten.

Die Brutto-Verschuldung der USA, also die Gesamtverschuldung gegenüber ihren eigenen Kreditgebern und Geldgebern im Ausland, liegt derzeit bei 1,4 billionen (= 1400 Mrd.) Dollar. 14 % aller Schulden liegen derzeit bei ausländischen Geldgebern. Für 1984 müssen die USA allein 108,2 Mrd. Dollar für Zinszahlungen aufbringen. Wenn dieser Trend anhält, werden die USA im nächsten Jahr zu einem Schuldnerland, d.h. sie werden dann über mehr Schulden als Vermögen im Ausland verfügen. Diese wenigen, astronomisch anmutenden Zahlen machen deutlich, welch enormen Kapitalbedarf die USA haben. Schon aus diesem Grund wird es auch künftig bei den anhaltend hohen Zinsen und dem „starken" Dollar bleiben.

Kurs des US-Dollars in DM



Die hohen Budgetdefizite besorgten denn auch — ganz entgegen der neoklassischen Wirtschaftstheorie — in typisch ‚keynesianistischer' Weise den wirtschaftlichen Aufschwung in den USA, denn etwa 1982/83 begannen die Steuererleichterungen zu wirken und führten zu einer extremen Nachfragestimulierung, die in den USA den „Aufschwung" mit ungewöhnlich hohen Wachstumsraten verursachten. Flankiert wurde dieser Aufschwung durch eine leichte Lockerung der Geldmengenpolitik und zusätzliche staatliche Borgerei von Kapital im In- und Ausland. (Diese Politik führte im übrigen zum Rücktritt des ökonomischen Chefberaters Reagans, Martin Feldstein, der mit einer weiteren anhaltenden Verschuldung nicht einverstanden war).

Im Rahmen dieses Aufschwungs wuchs die Kreditnachfrage seitens der privaten Wirtschaft um 25 %, was zum „crowding-out", zur Kreditübernachfrage führte. Da die US-Zentralbank die Geldmenge nicht erhöhte, stieg auch von der industriellen, privaten Seite her die Nachfrage nach Dollars im In- wie im Ausland enorm an. Die Folge war wiederum ein weiterer Zinsanstieg sowie eine Kurssteigerung des Dollar.

Der riesige Kapitalbedarf der USA führt innenwirtschaftlich zwangsläufig zu einem weiteren Aufblähen der Kapitalmärkte und der Dominanz des Bank- und Geldkapitals gegenüber dem industriellen Kapital. Die Geldhäuser in den USA haben schon 1980 Zinserträge von 30 % des gesamten Nationaleinkommens erwirtschaftet (1960: 14,5 %). Während die Finanz-Aktiva der US-Banken auf 4 Billionen Dollar stiegen, betrugen die Finanzanlagen der amerikanischen Industrie lediglich rund 1 Billion Dollar.

Konkret läuft dann die Deckung des öffentlichen und privaten Kapitalbedarfs etwa so ab:« Reagan's Schatzamt wirft wöchentlich ca. 15-17 Mrd. US-Dollar staatlicher Schuldscheine aus und verkauft diese Schuldscheine an sog. Broker (Anleihekäufer). Und diese Broker-Agenturen wiederum wenden sich an die in- und ausländischen privaten Kapitalmärkte, um die Schuldscheine in geborgtes Leihkapital, mit profitablen Zinssätzen für die Käufer, versteht sich, loszuschlagen. Damit einher geht nicht nur eine dominante Stellung des Dollar, sondern die USA überhäufen sämtliche ausländi-

se Broker-Agenturen wiederum wenden sich an die in- und ausländischen privaten Kapitalmärkte, um die Schuldscheine in geborgtes Leihkapital, mit profitablen Zinssätzen für die Käufer, versteht sich, loszuschlagen. Damit einher geht nicht nur eine dominante Stellung des Dollar, sondern die USA überhäufen sämtliche ausländi-

schen Kapitalmärkte mit ihren Regierungsanleihen. Nach dem Motto: „*Wir müssen die Schulden der Regierung unter die Käufer bringen*" — so läßt die „Wirtschaftswoche" einen New Yorker Broker zu Worte kommen, „*sacken wir den Euromarkt ein*". In der Tat: es reichte nicht aus, den Kapitalhunger nur in Manhattan zu befriedigen, wobei ganz nebenbei dieser Ort inzwischen zum größten Kapitalmarkt der Welt avanciert ist, sondern die Regierungsanleihen werden inzwischen genauso in London, Frankfurt und Tokio gehandelt. Der „Dollarimperialismus" zeigt sich, nach seinem Tief in den siebziger Jahren, in neuem Glanz, nun aber nicht in Form von Kapitalexporten, sondern Kapitalimporten. Wie lange diese Blüte anhalten wird, ist eine andere Frage, dazu noch später (2).

Doch die öffentliche und private Verschuldung der USA gegenüber ihren in- und ausländischen Kreditgebern sind nicht die einzigen Ursachen für den hohen Kurswert des Dollar und das hohe Zinsniveau. Hinzu kommt eine defizitäre Handelsbilanz der USA, die sich seit Reagan noch stark ausgeweitet hat: Allein in diesem Jahr beläuft sich die Außenhandelsbilanz auf minus 120 Mrd. Dollar. Diese negative Handelsbilanz ist einfach zu erklären: die imperialistischen Konkurrenten können dank des „starken" Dollars ihre Waren billiger in die USA exportieren, während sich die USA-Exporte aus dem gleichen Grund auf dem Weltmarkt verteuern. Diese hohen Defizite müssen mit Dollars bezahlt werden, die wiederum über Kapitalimporte geborgt werden müssen. Auch aus diesem weiteren Grund ist auf absehbare Zeit nicht mit einem sinkenden Zinsniveau oder gar einem Verfall des Dollar zu rechnen.

Der hohe Dollarkurs schwächt somit die internationale Konkurrenzfähigkeit der USA im Warenhandel, was jedoch keineswegs hingenommen wird, sondern fester Bestandteil der amerikanischen Strategie ist. Rimmer de Vries, Ökonom der US-Bank Morgan Guaranty Trust, meinte dazu, daß die USA „*die Herausforderung, die mit dem hohen Dollarkurs verbunden sei, angenommen hätten. Man werde fortfahren, die Starrheiten in der amerikanischen Wirtschaft abzubauen*" (FAZ, 18.10.84).

Damit ist gesagt, daß die USA im Rahmenm des weltweiten Konkurrenzkampfes ihre führende Position im Welthandel dadurch zurückerobern wollen, indem sie kostengünstiger im Vergleich zu ihren Konkurrenten produzieren und verbunden damit eine totale Modernisierung ihrer Volkswirtschaft, ausgerichtet auf hochtechnologische Warenmärkte, betreiben. Das ist ein längerfristiger Prozeß und außerdem schläft die Konkurrenz nicht. Anders ausgedrückt: ob das Kalkül der USA aufgehen wird, ist noch fraglich.

Die Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz

Der hohe Wechselkurs des Dollar hat im Welthandel daher folgende Auswirkungen: Die US-Konkurrenten — vor allem Japan und die BRD — profitieren reichlich vom Warenexport in die USA. Allein die BRD konnte in diesem Jahr im Rahmen ihrer Exportoffensive ihre Warenlieferungen in die USA um knapp 50 % erhöhen! Insofern profitieren also die schärfsten US-Konkurrenten von dem hohen Wechselkurs des Dollar. Dies wiederum führt zu einer Zuspitzung der innerimperialistischen Widersprüche, denn die US-Industrie — vor allem in den Bereichen Stahl, Textilien und Automobilindustrie — verlangen Einfuhrbeschränkungen und hohe Zölle, kurz: protektionistische Maßnahmen, die zu regelrechten Handelskriegen vor allem zwischen den USA und der EG eskalierten. Denn als Antwort protektionistischer Maßnahmen in den USA bei Einfuhrbeschränkungen im Stahlbereich z.B. drohte die EG ihrerseits mit Einfuhrbeschränkungen bei Futtermittelimporten aus den USA.

An die Stelle des sogenannten freien Welthandels sind zunehmend „freiwillige Exportkontrollen" getreten, der ehemalige Bundeskanzler Schmidt sprach davon, daß über die Hälfte des gesamten Welthandels bereits protektionistischen Maßnahmen unterliegen. Neben den eher traditionellen Industrien wie Stahl, Automobilindustrie und Textilien hat die US-Industrie auch auf dem Gebiet der Hochtechnologien den Handelskrieg eröffnet: mit dem Argument, die Sowjetunion dürfe keine hochtechnologischen Waren erhalten, weil sie damit nur neue Erkenntnisse für die Modernisierung ihrer Rüstung erhalte, werden so auch Erkenntnisse und Entwicklungen insbesondere auf dem Gebiet von neuen Schaltkreisen, digitalen Großrechnern

logien den Handelskrieg eröffnet: mit dem Argument, die Sowjetunion dürfe keine hochtechnologischen Waren erhalten, weil sie damit nur neue Erkenntnisse für die Modernisierung ihrer Rüstung erhalte, werden so auch Erkenntnisse und Entwicklungen insbesondere auf dem Gebiet von neuen Schaltkreisen, digitalen Großrechnern

usw. den Konkurrenten aus Japan und der EG vorenthalten.

Natürlich tritt Protektionismus immer auf, erst recht in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, aber der hohe Dollarkurs verschärft diese Maßnahmen noch.

Jedoch sind die zahlreichen US-Einfuhrbeschränkungen, die das weltweite GATT-System (2 a) durchlöchert haben, nur die eine Seite. Zwar profitiert die amerikanische Konkurrenz aus Japan und vor allem der BRD vom hohen Dollarkurs, umgekehrt verteuern sich für diese Länder die US-Importe und bergen die Gefahr in sich, die Inflationsraten zu erhöhen. Daß dies bisher nicht eingetroffen ist, ist den nach wie vor äußerst niedrigen Rohstoffpreisen, einschließlich des Öls, zu verdanken, die den hohen Dollar kompensieren.

Dennoch überwiegen bei weitem — jedenfalls für Japan und die BRD — die Vorteile aus dem hohen Dollarkurs, und so ist es kein Wunder, daß nunmehr kaum noch Klagen über hohe Zinsen und den überbewerteten Dollar aus der BRD zu hören sind.

Hohe Zinsen und schwankende Wechselkurse

In der Tat bneeinflußt das hohe amerikanische Zinsniveau die Wirtschaftspolitik ihrer Konkurrenten sowie die der „3. Welt" (4). Derzeit sind etwa 170 Mrd. US-Dollar ausländischen Kapitals infolge der hohen Zinsen in amerikanischen Staatsanleihen angelegt. Damit werden die Kapitalanleger aus aller Welt zu Mitfinanziers der US-Haushaltsdefizite einschließlich der hohen Rüstungsausgaben. Außerdem bedeutet der massive Kapitalexport in die USA einen realen Abzug von Kapi-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

tal für die Binnenwirtschaften der US-Konkurrenten, und einen Verlust von Leihkapital (3). Die hohen US-Zinsen zwingen obendrein ihren Konkurrenten eine ebenfalls recht hohe Zinspolitik auf, um noch stärkere Kapitalabflüsse aus dem Inland zu verhindern. Der französische Präsident Mitterand sprach offen von einem Wirtschaftskrieg, den die USA gegen die EG führen würden und drohte sogar mit der Möglichkeit von staatlichen Devisenkontrollen, um weitere Kapitalabflüsse zu verhindern und die Abwertung des Franc zu bremsen. Dabei fällt auf, daß die Nominalzinsen (Zinshöhe ohne Inflationsrate) beispielsweise in Frankreich und Großbritannien noch über denen der USA liegen, während die BRD und Japan niedrigere Zinssätze beschlossen haben. Die weltweit auf hohem Niveau angesiedelten Zinsen wirken sich dabei restriktiv auf die Investitionen aus, da das Leihkapital zu teuer ist. Die USA beeinflussen mit ihrer Hochzinspolitik die Binnenwirtschaften ihrer Konkurrenten. Keine Volkswirtschaft der Welt — Frankreich hat das ja vorgeführt — ist unter diesen Bedingungen in der Lage, die Zinsen zu senken und konjunkturpolitische Ankurbelungsprogramme nach Keynesianischem Muster aufzulegen. Im Gegenteil: Alle anderen Länder sind mehr oder weniger zu einer restriktiven Wirtschaftspolitik übergegangen: Kürzung der Sozialausgaben, Abbau von Subventionen, Lohnsenkungen, Rationalisierungen usw.

Die auf etwa 30% geschätzte Überbewertung des Dollars gegenüber der DM ist ebenfalls Kennzeichen eines sehr labilen Kurssystems einerseits und Austragungsort innerimperialistischer Widersprüche andererseits. Dabei haben die Wechselkursrelationen des Dollar gegenüber anderen kapitalistischen Hauptwährungen eine unterschiedliche Entwicklung genommen: Der japanische Yen sank gegenüber dem Dollar im Zeitraum 1980 - 1983 um ca. 5%, die Schweitzer Franken um ca. 26%, die DM um 41%, das britische Pfund um 53% und der Franc um 80%.

Hierzu ist zunächst anzumerken, daß die Wechselkurse, also die Austauschverhältnisse der nationalen Währungen untereinander, zum einen die Weltmarktpositionen der einzelnen Länder darstellen, denn der Kurs einer Währung entspricht dem Durchschnittswert der zur Herstellung von Waren vergegenständlichten Arbeitszeit einer Nation, ausgedrückt in den Wechselkursen im Vergleich zu anderen Ländern. Die heutigen Wechselkursrelationen, vor allem der überbewertete Dollar, widerspiegeln diese Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt nur verzerrt, denn dem hohen Dollarkurs liegt keineswegs eine in dem selben Maße gestiegene Produktivität der amerikanischen Industrie zugrunde. Oder anders gesagt: Die Wechselkursschwankungen bzw. der hohe Kurswert des Dollar fußen nicht oder nur zu einem geringen Teil auf einer gewachsenen Konkurrenzfähigkeit der US-Industrie auf dem Weltmarkt.

Der hohe Dollarkurs erklärt sich vielmehr vor dem Hintergrund wachsender Akkumulationsschwäche des Kapitals, der hohen privaten und öffentlichen Kapitalnachfrage aus den USA und einer darauf basierenden imperialistischen Währungspolitik der US-Regierung. Die in den letzten Monaten von der Reagan-Regierung getroffenen Entscheidungen z.B. haben wesentlich zum Steigen des Dollarkurses auf über 3 DM beigetragen. Zu diesen Maßnahmen, die allesamt die Funktion hatten, noch mehr ausländisches Kapital in die Staaten zu locken, zählen u.a.

— den Beschluß der US-Regierung, Regierungsanleihen, staatliche Schuldscheine usw. auch auf ausländischen Kapitalmärkten feilzubieten;

— die Aufhebung der Quellensteuer, d.h. — vereinfacht gesagt — die Aufhebung von Steuern auf Wertpapiere insbesondere für ausländische Kapitalanleger, — die „Erfindung" und Schaffung immer neueren Spekulationsanreize, d.h. es werden immer neuere Formen von profitablen Anlagepapieren geschaffen, die eine hohe Nachfrage erzeugen.

Wie sehr solche Entscheidungen der US-Regierung auch hiesige Entwicklungen beeinflussen, wird am Beispiel der Abschaffung der Quellen- oder Kuponsteuer deutlich: Als Reaktion auf diese Maßnahme gedenkt nun auch die Bundesregierung, die Kuponsteuer abzuschaffen, um weitere Kapitalabflüsse zu verhindern.

Doch nicht der Dollarkurs allein, auch seine ständigen Schwankungen kennzeichnen die zunehmende Labilität des internationalen Währungssystems. Dabei gelten Schwankungen von 3-4 Pfennig schon als normal und sind allein der Spekulation geschuldet.



So etwas spielt sich etwa folgendermaßen ab: Bestimmte Kapitalanleger fragen bestimmte Regierungsanleihen nach und steigen ein. Wie die Lemminge nun versuchen auch andere Spekulanten, bestimmte Wertpapiere zu erheischen — und schon wird die Nachfrage größer, der Dollar steigt um ein paar Pfennige.

Doch ganz abgesehen von den relativ geringen Schwankungen — die dennoch groß genug sind für die weltweit betriebene Spekulation — sind die ständigen Wechselkursänderungen zu einem unberechenbaren Faktor in der Weltwirtschaft geworden. So schrieb die „Zeit" noch am 10.8.84, also vor gut 17 wochen: *„Amerikanische Bankiers halten einen Kurs von 2,92 DM für eine Obegrenze, gegen die der Dollar vielleicht noch einige Male stoßen wird, ehe die Finanzwelt davon überzeugt ist, daß sie nicht durchstoßen werden kann. Nach dem Wall Street Journal stehen die Wetten 20:80; 20 für die Ansicht, daß er noch weitersteigen werde, 80 für das gegenwärtige Niveau."*

So wie die „Zeit" haben sich schon viele andere an der Spekulation über die Zukunft des Dollar versucht — und sind meistens auf den Bauch gefallen.

Diese Wechselkursschwankungen sind ziemlich unberechenbar; vor allem aus der EG kam die Forderung, wieder zu einem System fester Wechselkurse überzugehen, die Leitwährung also wieder berechenbar zu machen. Da müht sich die EG (mit Ausnahme Großbritanniens), ihre Wechselkurse im Rahmen des EWS einigermaßen stabil zu halten, während die unterschiedlichen Verhältnisse des Gulden, des Franc, der Lira usw. zum Dollar dieses System wieder untergraben. Aber die USA denken gar nicht daran, auf solche Forderungen einzugehen und angesichts der wiedergewonnenen Stärke des Dollars als eindeutig dominierende internationale Leit- und Reservewährung; da es dazu auch gar keine brauchbare Alternative gibt, nehmen die US-Konkurrenten das jetzige „System" mehr oder weniger zähneknirschend in Kauf.

So hat es seitens der Bundesbank zwar immer wieder Kursinterventionen durch Dollarverkäufe gegeben, aber meist nur bei einem allzu abrupten und spekulativen Ansteigen des Dollarkurses. Das war beispielsweise im Januar dieses Jahres der Fall, als der Dollarkurs auf 2,80 DM anstieg; auch am 11.9.84, als der Dollar die „Schallmauer" von 3,00 DM durchbrach, verkaufte die Bundesbank „mehrere 100 Millionen Dollar" und am 21.9.84 als der Dollar den bisherigen Höchststand von knapp 3,18 DM aufwies, warf die Bundesbank eine runde halbe Milliarde Dollar auf die Devisenmärkte. Der Effekt war bisher immer der, daß der Kurswert des Dollar etwas absackte, sich jedoch anschließend wieder erholte und erneut kletterte. Die Kursinterventionen erfolgen also nicht, dazu sind sie auch gar nicht massiv genug, um den Dollarkurs tatsächlich zu senken, sondern es handelt sich nur um Maßnahmen, die die Dollar-Spekulation zumindest etwas dämpfen sollen. Weder die westdeutsche Exportindustrie, noch die Banken und Großkonzerne der BRD haben derzeit auch ein ernsthaftes Interesse, den überbewerteten Dollar auf sein „realistisches" Maß zurückzuschrauben, da die Vorteile fürs BRD-Kapital eindeutig überwiegen.

Gefahren

Alle Welt — außer den USA — regt sich über den überhöhten Dollarkurs auf. Aber was wäre, wenn er fiele? Noch immer „funktioniert" das internationale Finanzsystem auf der Basis von Kapitaleinlagen, Krediten usw., die überwiegend **kurzfristig** angelegt bzw. ausgeliehen sind. Allein die US-Banken haben „Auslandsverbindlichkeiten" kurzfristiger Art von 212 Mrd. US-Dollar, die gesamten Spekulationsgeschäfte werden für nur kurze Zeiträume von unter einem Jahr abgewickelt. Sollten die US-Zinsen bzw. der Dollar plötzlich abfallen, würden die privaten ausländischen Kapitalanleger und Spekulanten die „Flucht aus dem Dollar" antreten und lieber auf DM, Yen oder sogar zum altehrwürdigen Gold wechseln. Sollten also die Kapitalanleger abrupt ihre Einlagen aus den USA abziehen, dann wäre der Zusammenbruch des Weltwährungssystems wirklich greifbar nahe und wir hätten es mit einer Wiederholung unter umgekehrten Vorzeichen aus dem Jahre 1929 zu tun: Damals waren es bekanntlich die amerikanischen Kapitalanleger, die ihre kurzfristigen Bankeinlagen in Europa abriefen, was zu Bankpleiten in Westeuropa führte und schließlich zur Schließung der New Yorker Börser.

Von daher ergibt sich, daß es — sowohl aus der Sicht der USA als auch aus der Sicht ihrer Konkurrenten — wohl die nächsten Jahre bei einem relativ hohen Zinsniveau und einem überbewerteten Dollarkurs bleiben wird. Tendenziell wird es allenfalls zu einer gewissen, nicht abrupt, sondern langsam erfolgenden Abwertung des Dollars und etwas niedrigerer Zinssätze kommen, wenn dazu gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Die reale Basis dafür kann nur sein, daß langfristig die Profitraten bei der industriellen Akkumulation wieder höher liegen, wenn also ein beträchtlich größerer Teil des herumvagabundierenden Leihkapitals für Investitionen in der materiellen Produktion verwendet wird. Und um diese Bedingungen wiederherzustellen, werden derzeit die Voraussetzungen dafür geschaffen: International ist ein harter Konkurrenzkampf um das Sinken der Produktionskosten im Gange, der — sozialdemokratisch ausgedrückt — „Modernisierung der Volkswirtschaften". Dieser Kampf wird — wie immer — auf dem Rücken der ausgebeuteten Klassen ausgetragen; deren Stichworte auch hierzulande bestens bekannt sind: Hohe Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung, Senkung des Lohniveaus, Abbau von Sozialleistungen, Steuererleichterungen für Unternehmer usw.

De./Westberlin

Anmerkungen:

1) Hauptursache der schweren Wirtschaftskrise in den USA, die wenig später die gesamte kapitalistische Welt erfassen sollte, war eine ‚klassische' Überakkumulationskrise. Die relativ hohen Zinsen kamen als Erschwernis hinzu und sanken — im Vergleich zur Krise 1974/75 — dieses Mal nicht. Und teures Leihkapital ermutigt nicht gerade zu Investitionen sondern eher zu Spekulationen, solange die Profitraten niedriger liegen als die Zinssätze.

2) Es ist zu betonen, daß die USA auch weiterhin Kapital exportieren. Aber per Saldo liegen die Kapitalimporte weitaus höher als die -exporte.

2a) Beim GATT handelt es sich um internationale Zollabkommen der kapitalistischen Staaten. Das GATT wurde nach dem Krieg geschaffen, um den freien Welthandel zu sichern.

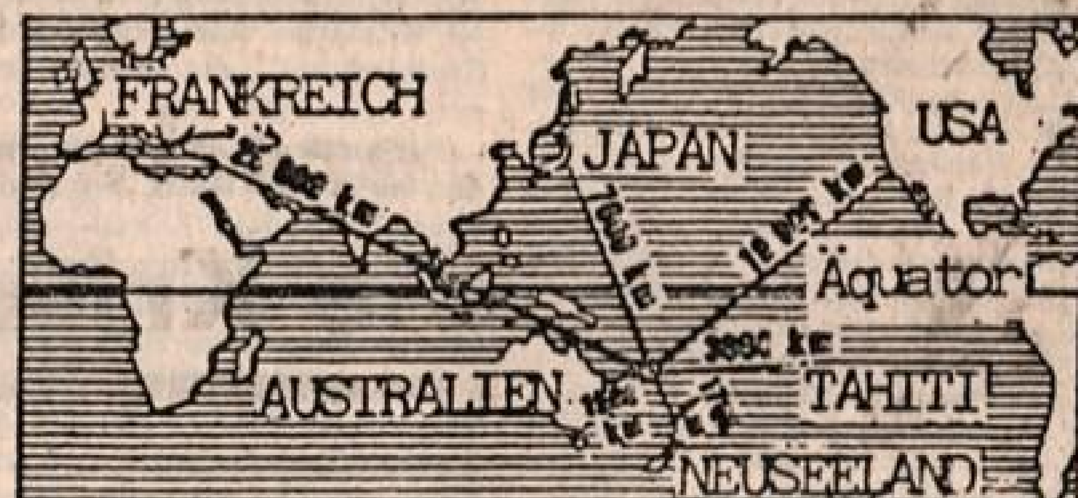
3) Nun wirken diese Kapitalexporte in die USA volkswirtschaftlich betrachtet negativ, betriebswirtschaftlich sind sie durchaus erwünscht, denn schließlich bereichern sich nicht nur die Banken und Spekulanten, sondern auch die Großkonzerne auf den internationalen Kapitalmärkten.

4) Hoher Dollarkurs und hohe Zinsen sind inzwischen zu wichtigen Instrumenten der Drangsalierung von Ländern der „3. Welt" seitens des internationalen Finanzkapitals geworden. Die wichtigsten Merkmale dieser ‚monetären' Variante neokolonialer Politik sind: Die verschuldeten Länder erhalten für ihre Warenexporte einen immer geringer werdenden Gegenwert in Dollars, benötigtes zusätzliches Leihkapital für den Schuldendienst kann nur unter Inkaufnahme hoher Zinssätze geborgt werden. Protektionistische Maßnahmen der imperialistischen Länder machen zudem die dringend benötigten Devisenbeschaffungen über Warenexporte für die „3. Welt" schwieriger. Auf der anderen Seite sind die verschuldeten Länder der „3. Welt" zu Kapitalexporteuren avanciert; nicht nur wegen der Zins- und Tilgungszahlungen, sondern weil die herrschenden Klassen in diesen Ländern ihre gehorteten Dollars ebenfalls auf den internationalen Kapitalmärkten anlegen und an der Spekulation verdienen. Ca. 100Mrd. Dollar haben diese Herrschaften aus den verschuldeten Ländern geschafft. So pervers das auch ist: Die Länder der „3. Welt" helfen ebenfalls, die amerikanischen Haushaltsdefizite zu decken und die internationalen Banken sahnen bei den Umschuldungen noch kräftig ab, denn dank hoher Schulden müssen diese Länder immer mehr kurzfristige Kredite aufnehmen und umso höhere Zinsen an die Banken abdrücken.

Für diesen Artikel wurde folgende Literatur verwendet:
— Altvater/Hübner/Stanger: „Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus" (1983).
— J. Fischer/K. Voy (Gruppe ALSO): „Der Weg zur Dollarmacht", in: „Kommune" 9/1983.
— „Kapitalistische Währungs- und Finanzbeziehungen unter dem Druck der US-Hegemonialpolitik" in: IPW-Berichte 5-84.
— „Wirtschaftswoche" Nr. 19, 22,23,27, 28, 31 und 39-1984.
— „FAZ", 7., 8. und 24.9.84.

Neu-Kaledonien:

Ein neues Algerien?



Am 18. November sollte in der fanzösischen Übersee-Kolonie Neu-Kaledonien ein sogenanntes Insel-Parlament neu gewählt werden.

Die FLNKS — **„Front de libération nationale kanake et socialiste"** — forderte, daß von den Europäern nur diejenigen abstimmungsberechtigt sein sollten, die seit mindestens einer Generation auf der Insel leben. Die Pariser PS-Regierung lehnte dies ab. Die FLNKS rief zum Wahlboykott auf. Wählerlisten wurden verbrannt, Barrikaden errichtet, Rathäuser teilweise demoliert.

Nur 50% aller Wahlberechtigten gingen zur Urne. Als einzige kanakische Partei nahm an der Wahl die LKS — „Libération kanake socialiste" — teil, die wie die FLNKS die Unabhängigkeit Neu-Kaledoniens fordert. Sie bekam 7,3% der Stimmen. Die RPRC, neu-kaledonische Filiale der Chirac-RPR, erhielt 70%, die faschistische Front National 6%. Das Stimmenergebnis der RPRC kann über den wahren Sieger der Wahl nicht hinwegtäuschen — die FLNKS. Wie vielen Anderen hatte die PS im Mai 81 auch den Kanaken, Neu-Kaledoniens Ur-Bevölkerung, große Versprechen gemacht. 1985 oder 1986 sollte die Insel endlich entkolonisiert werden. Wie viele andere erfuhren auch die Kanaken, daß Mitterand zwar ab und an nette Reden schwingen kann — aber ansonsten mit ihm nicht viel los ist.

„Während der letzten 131 Jahre haben wir versucht, mit französischen Behörden zu verhandeln. Unserer Meinung nach waren es Verhandlungen mit Taubstummen. Unsere Geduld hat langsam ein Ende", erklärte Y. Ureigi, Vertreter der Kanaken bei der UNO („taz", 28.11.84). Die FLNKS proklamierte jetzt eine provisorische Regierung. Die Pariser PS-Regierung hat ihr Parteimitglied Pisani, ein ehemaliger Gaullist, mit der Ausarbeitung einer Lösungsstrategie beauftragt. Er soll einerseits die „Ordnung" auf der Insel bewahren (lassen) und andererseits den „Dialog" führen. Innerhalb von zwei Monaten sollen *„Maßnahmen vorgeschlagen und hernach ausgeführt (werden), welche die institutionelle Veränderung und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in Neu-Kaledonien betreffen, sowie die Modalitäten, gemäß denen das Recht auf Selbstbestimmung ausgeübt werden soll"* („NZZ", 4.12.84).

Statt das bisher für 1989 vorgesehene Referendum über den Status der Insel abzuwarten, dringen die Kanaken auf eine Vorverlegung auf 1985, spätestens jedoch 1986. Und zwar nicht zuletzt deswegen, weil sie — nicht zu Unrecht — einen Regierungswechsel in Paris nach den Parlamentswahlen von 1986 befürchten.

Geschichte einer Kolonie

1853 annektierte die Regierung Napoleon III die Insel und stellte eine Garnison in Fort-de-France, heute Nouméa, auf. Neu-Kaledonien wurde zunächst als Strafkolonie benutzt. Insbesondere wurden dorthin verhaftete Kommunarden, später Gefangene anläßlich nordafrikanischer Aufstände deportiert. 1895 wurde die (weiße) Einwanderungspolitik eingeleitet. Ein Verwaltungsrat war zuvor unter ausschließlichem Wahrecht für die Weißen aufgebaut worden. Von 1885 bis 1917 fand mit kurzen Unterbrechungen ein ständiger Kolonialkrieg auf Neu-Kaledonien statt, der vorerst mit dem letzten großen Kanaken-Aufstand von 1917, unter der Führung Atais, zu Ende ging.

Während des letzten Weltkriegs wurde die Insel zum US-Flugzeug-Träger, 300.000 GIs waren dort stationiert. Nach der Befreiung, 1947, erhielt Neu-Kaledonien den Status eines französischen Überseeterritoriums (TOM). Die Einwohner der Insel erhielten die französische Staatsbürgerschaft und Ende 1952 das Wahlrecht. 1956 wurde die ökonomische Autonomie der Insel von der Zentralregierung zunächst gesetzesmäßig postuliert, um sie dann, 1963, wieder ad acta zu legen: damals begann der Nickel-Abbau.

Die „Union Calédonienne" mit der Parole „Zwei Farben, ein einziges Volk" wurde gegründet, sie trat für die Rückkehr zur internen Insel-Autonomie ein.

Heute ist das politische Leben der Insel im wesentlichen von zwei Parteien geprägt: Einerseits die FLNKS mit Jean-Marie Tjibaou; andererseits die RPRC mit Jacques Lafleur. Von den 150.000 Einwohnern sind 62.000 Kanaken, d.h. 44% der Gesamtbevölkerung. Kanake heißt im Hawaiischen nicht mehr und nicht weniger als **„Mensch"**; es waren die französischen Kolonialisten, die dieses Wort international zum Schimpfwort machten.

50.000, d.h. 35% der Gesamtbevölkerung sind Europäer, die „Caldoches". Hinzu kommen 10.000 Polynesier, 7.000 Tahines (Tahiti), 5.000 Indonesier, 2.000 Vietnamesen sowie 5.000 Menschen von weiteren Pazifikinseln.

Von den Weißen sind 20.000 in letzter Zeit eingewandert, meistens Beamte oder Angehörige des Militärs. Die weiteren 30.000 sind dort seit 2 bis 3 Generationen ansässig, meist Nachkommen von Deportierten bzw. von der Gegenseite, d.h. Nachkommen von Soldaten.

Kolonialmacht Frankreich

In Ozeanien ist Frankreich die größte Kolonialmacht; überhaupt ist der Anteil an Kolonien höher als derjenige souveräner Staaten (20 zu 12) in dieser Region der Welt.

Außer Neu-Kaledonien besitzt Frankreich dort:
- Französisch-Polynesien (4.200 qkm, 150.000 Einwohner), wo die französischen Atomversuche getätigt werden;
- die Inseln Wallis und Futuna (247 qkm, 13.000 Einwohner).

Auch in anderen Kontinenten verfügt Frankreich nach wie vor über (klassischen) Kolonialbesitz: So in Afrika: Mahoré oder Mayotte (374 qkm, 54.000 Einwohner) und die Inseln der Reunion (2.530 qkm, 502.000 Einwohner). So in Amerika:
- Saint Pierre et Miquelon (242 qkm, 6.000 Einwohner) an der Ostküste Kanadas,
- Französisch-Guayana (90.000 qkm, 70.000 Einwohner),
- Martinique (1,100 qkm, 350.000 Einwohner),
- Guadeloupe (1.870 qkm, 340.000 Einwohner).

In den beiden letztgenannten Überseedepartements existieren recht einflußreiche Befreiungsbewegungen.

Französisches Interesse an Neu-Kaledonien

Frankreich ist am Besitz der Insel aus zweierlei Gründen interessiert:

— Einerseits aus strategischen Gründen: Die einzigen zwei Stützpunkte, die Frankreich im Pazifik innehat, sind Neu-Kaledonien und Polynesien. Bekanntlich werden auf dem Insel-Archipel Mururoa die französischen Atomversuche getätigt. Darüberhinaus ist das Inselarchipel die beste Verbin-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

dungsroute für Atom-U-Boote zwischen Pazifik und Indischem Ozean. — Andererseits aus ökonomischen Gründen: Bis vor kurzem noch war Neu-Kaledonien der 3. Nickel-Weltproduzent, die Hälfte der Nickel-Weltreserven befindet sich auf dem Territorium der Insel. Außerdem kontrolliert Frankreich über seine Kolonien im Pazifik 40 Millionen Quadratkilometer Salzwasser.

Die Konflikte auf der Insel sind keine neuen. Seit jeher versucht die sogenannte Metropolen-Regierung, die Insel in einer sanften, aber festen Abhängigkeit zu halten. Die Kontrolle über die Wirtschaft der Insel liegt außerhalb der Hände der Bevölkerung: bei der Gruppe IMETAL, die die SLN (Societé de nickel) besitzt, und beim kanadisch-amerikanischen Trust INCO (International Nickel Company). Auch die weiteren Ressourcen der Insel wie Chrom, Kaffee, Kobalt sind in Händern der Caldoches (Europäer, s.o.). Dies besitzen auch die größten und bestgehenden Ländereien und produzieren die Hälfte der Kaffee-Ernte.

Die Caldoches leben in Luxus-Villen in der Hauptstadt Nouméa oder auf ihrem Latifundien, die sie bewaffnet und mithilfe von Hunden schützen lassen.

Nach der Annexion von 1853 wurden die Kanaken in Reservate gesperrt, christianisiert und ihrer kulturellen Identität beraubt. Nur wenige leben in den Städten. Dort verrichteten sie die miesesten Arbeiten für Löhne, die unterhalb der Löhne der Weißen liegen. Sie wohnen in Ghettos, wo der Alkoholismus grassiert. Von 100 Kanaken schafft nur einer den Weg in ein Hochsschulstudium. Die schulische Unterprivilegierung drückt sich auch darin aus, daß es bislang keinen einzigen Kanaken-Arzt oder Kanaken-Rechtsanwalt gibt ... In den Reservaten, wo nach wie vor die meisten leben, arbeiten sie in der Landwirtschaft.

Die französische Kolonialmacht hat stets die Kanaken ignoriert. Zwar versprach Mitterand unter anderem die ökonomische Unterstützung und Förderung der Kanaken, so etwa eine progressive Landabgabe an die Kanaken — indes hat sich nichts geändert.

Die Caldoches ihrerseits haben die gleiche Mentalität wie damals die „pieds-noirs" in Algerien und scheinen zu allerlei bereit zu sein, um ihre Privilegien zu verteidigen. Erwogen werden jetzt eine massive weiße Einwanderung, die Verstärkung der (bereits stattfindenden) bewaffneten Ge-

wanderung, die Verstärkung der (bereits stattfindenden) bewaffneten Ge-genwehr oder auch die Proklamation einer Unabhängigkeit Neu-Kaledoniens nach südafrikanischer oder rhodesischer Facon ...

In Frankreich selber haben die Caldoches naturgemäß treue Verbündete von der faschistischen FN bis zur RPR (Chirac) und UDF (Giscard). In der Hafenstadt Marseille wurde gar eine Gesellschaft „für ein französisches Neu-Kaledonien" gegründet. Wie in den besten Algerien-Kriegszeiten ... Auf den Vorschlag von PS-Generalsekretär Jospin, zunächst zwei getrennte Abstimmungen über die Zukunft der Insel durchzuführen (um dann zu einer sogenannten „pluriethnischen Unabhängigkeit auf föderaler Grundlage" zu gelangen) reagierten die Rechten mit einem schamlosen „Apartheid! Rassismus!"-Geschrei ... Alles in allem ist die einzige Partei im französischen Parlament, die auf Seiten der FLNKS steht, die KPF, während die PS es zunächstmal allen rechtmachen will. Der Präsident der neukaledonischen Regierung, D. Ukeiwé (RPRC), hat bereits erklärt: „*Wir können nicht mit Rebellen, mit Außergesetzlichen, mit Terroristen verhandeln ... Neu-Kaledonien muß französisch bleiben*" („LM", 4.12.84).

Jean-Marie Tjibaou, Präsident der provisorischen Kanaken-Regierung, ein ehemaliger Priester, betonte anläßlich des ersten Kongresses der FLNKS: „*Unser Konzept der Unabhängigkeit ist ein offenes. Diejenigen, die es akzeptieren, werden bei uns willkommen sein. Diejenigen, die es ablehnen, werden den gleichen Status ausländischer Mitbürger haben wie in allen anderen Ländern der Welt. Sie werden Lebens- und Arbeitserlaubnis auf Kanaky beantragen können. Jeder wird das Asylrecht und die Kanaky-Staatsangehörigkeit beantragen und genießen können*" („LM", 3.12.84).

Die FLNKS strebt die Ausrufung einer unabhängigen, kanakischen und sozialistischen Republik „Kanaky" 1985 an: „*Unser Kampf hat nicht den Tod als Ziel, er ist aber Bestandteil der Kampfeslogik kolonisierter Völker. Das Schwierigste ist nicht das Sterben, das Schwierigste ist, am Leben zu bleiben und sich gleichzeitig als Ausländer im eigenen Land zu fühlen*" (J.M. Tjibaou, Führer der FLNKS, „LM", 3.12.84).

Frankreich-Kommission

Rainer Werning über Mindanao/Südphilippinen

Hintergründe eines vergessenen Krieges



Wie keine andere Region in Südostasien erfuhr die südphilippinische Insel Mindanao eine gerade in der letzten Dekade „wirtschaftspolitische Erschließung", die an die Durchdringung des „Wilden Westens" erinnert.

Die an den Bodenschätzen überaus reiche (u.a. stammen aus Mindanao 90 % des Nickels, Kobalts und Eisens, 72 % der Exporthölzer sowie nahezu sämtliche Bauxit- und Gummivorkommen) und vor allem für Plantagenwirtschaften (Ananas und Bananen) hervorragend geeignete Insel wurde für transnationale Konzerne zunehmend interessant, als das Marcos-Regime im Herbst 1972 das Kriegsrecht verhängte.

Stets galt der Süden — d.h. Mindaneo nebst den sich gen Borneo erstreckenden Inseln — in den Augen der Zentralregierung in Manila als „integrationsunwillig", „rückständig" und „primitiv". Das widerspiegelte sich nicht zuletzt in der bereitwilligen Übernahme der noch aus der spanischen Kolonialzeit stammenden dramatischen Moro-Moro-Spiele, in denen die „Heiden" (i.d.F. die Muslims) als verkörpertes Böses figurierten, welches das Licht der Christianisierung scheut.

Vergleichbar den massiven militärischen „Befriedungsfeldzügen" der Amerikaner um die Jahrhundertwende, verfolgte Manila nach der Verhängung des Kriegsrechts einschneidende „entwicklungspolitische" Maßnahmen wie „Landaufbereitung", „Erschließung des Südens" und „beschleunigte Weltmarktintegration". Kurz: eine erzwungene exportorientierte Entwicklungsstrategie schlug schrittweise um in eine entwickelte Strategie der Pazifizierung, deren sichtbarster Ausdruck Militarisierung, Aufbau KZ-ähnlicher sog. „Wehrdörfer" und staatlicher Mord („salvaging") sind. Reichlich 400.000 Menschen sind mittlerweile in diesen Wehrdörfern zusammengepfercht, während der größte Teil der — inklusive paramilitärischer Truppen und von Großgrundbesitzern gedungener pseudoreligiöser Terrorkommandos — über 400.000 Mann zählenden philippinischen Militärstreitkräfte auf Mindanao zusammengezogen ist.

Zur jüngsten Eskalation der Gewalt zählen nebst Bombardierungen von Dörfern in der Provinz Agusan del Norte (Nordostmindanao) und dem Einsatz von Scharfschützen in Zivil, den sog. „secret marshalls", auch die Ermordung so relativ gemäßigter Oppositionspolitiker wie Alex Orcullo von der Mindanao Alliance und Cesar Climaco (ehemaliger Bürgermeister der Stadt Zamboanga).

All diese Maßnahmen wurden notwendig, da parallel mit der Verhängung des Kriegsrechts auch der Widerstand der Masse der unterdrückten Klassen und Schichten (ethnische Minderheiten, kleine nordphilippinische Sieler, Plantagenarbeiter, Kleinbauern und -pächter wie das Gros der muslimischen Bevölkerung, der Moros) stetig anwuchs.

Organisierte Träger dieses Widerstandes sind nebst der größten revolutionären Opositionsbewegung im Lande, der Nationalen Demokratischen Front (NDF), die Moro National Liberation Front (MNLF) mit ihrer Bangsa Moro-Armee.

Die Entwicklungsgeschichte der MNLF steht im Vordergrund dieses Beitrages. Aufgehellt wird dadurch nicht nur der Hintergrund des Mindanao-Konflikts. Es geht um mehr — über das Verständnis der sich dort abspielenden tages- und sozialpolitischen Prozesse hinaus könnte die innere Dynamik der MNLF (nicht zuletzt ihr Verhältnis zur NDF) dazu beitragen, eine auch für die Region (so Thailand, Malaysia und Indonesien) wegweisende Alternative zu eröffnen, die nicht in den Sog eines reaktionären islamischen Fundamentalismus gerät.

Über 70.000 Tote, ungezählte Verletzte und weit mehr als eine halbe Million Flüchtlinge bzw. Vertriebene — das ist die vorläufige Bilanz eines Krieges, der zu Beginn der 70er Jahre im Süden des fernöstlichen Inselstaates offen ausbrach.

Schenkt man der Marcos-Regierung Glauben, so sind dessen Ursprünge denkbar einfach; laut Manilas Interpretation nämlich reduziert sich der Konflikt schlicht auf religiöse Zwistigkeiten zwischen Moslems und Christen.

So eingängig eine solche Lesart klingen man, so weit ist sie davon entfernt, den komplexen Ursachen des Konflikts nachzuspüren.

Vier zentrale Aspekte gilt es im Auge zu behalten, welche — sich historisch teilweise überlappend — die Entstehung der Widerstandsbewegung in Gestalt der Moro National Liberation Front (MNLF) zu Beginn der 70er Jahre begünstigten:

1. Der Bevölkerung in den Südphilippinen war es während der spanischen Kolonialzeit (von ca. 1570 bis 1898) weitgehend gelungen, aufgrund einer relativ fortschrittlichen Sozialstruktur mit ausgeprägter Arbeitsteilung die Unabhängigkeit zu wahren.
2. Mit Beginn der US-Herrschaft (1898-1946) setzte ein Prozeß direkter Kolonialisierung und Kolonisierung ein, wodurch der vormals wirtschaftspolitisch blühende Süden von seinen regionalen Handelspartnern abgeschnitten und sukzessiv peripherisiert wurde.
3. Die in dieser Zeit unter der Ägide Washingtons genährte und protegierte (christliche nord)philippinische Elite (vorwiegend Großgrundbesitzer) übernahm nach der Unabhängigkeit 1946 gegenüber dem Süden die Funktion einer zentralen Ordnungsmacht, deren Wirtschaftspolitik auf Exportorientierung und Weltmarktintegration abzielte und zwangsläufig die Einbindung des „rückständigen Südens" in die Republik der Philippinen forcierte. Sichtbarster Ausdruck dieses Prozesses war die Verhängung des Kriegsrechts im Herbst 1972, durch das jedweder politischer Protest gegen diese Strategie ausgeschaltet werden sollte.
4. Dies wiederum markierte folgenschwere Konsequenzen innerhalb der Widerstandsbewegung selbst.

1. Beginn des organisierten Widerstands

Am 1. Mai 1968 unterzeichnete der frühere Gouverneur von Cotabato (der „Reiskammer Mindanaos"), Datu Udtog Matalam, ein **Manifest** in Pagalungan (Cotabato), das die Errichtung eines islamischen Staates — der **Republik von Mindanao und Sulu** — vorsah, in dem alle muslimischen Regionen der südlichen Philippinen vereint sein sollten. Dies signalisierte den Beginn der auf Sezession drängenden **Muslim Independence Movement,** die später in **Mindanao Independence Movement (MIM)** umbenannt wurde. Am 4. Juli 1969 sollte der neue Staat offiziell aus der Taufe gehoben werden (1).

Durch solche Ereignisse alarmiert, begannen christliche Großgrundbesitzer, vielfach Holzindustrielle, mit der Rekrutierung von Mitgliedern diverser Bürgerwehrtruppen zum Zweck des Aufbaus von Privatarmeen und bewaffneten Banden, die wenig später unter der Bezeichnung **Ilagas** (Ratten) unter der Zivilbevölkerung Furcht und Schrecken säen sollten und von der Constabulary und den regulären Streitkräften bei zunehmender Exkalation der Gewalt gedeckt wurden. Ende 1975/Anfang 1976 sollen sie gut 35.000 Mann stark gewesen und vielfach von Bürgermeistern und Provinzgouverneuren angeführt worden sein.

Massaker im März, Juni, Juli und August 1971, denen Moslems durch Terroranschläge von Ilagas gegen Moscheen und Barrios zum Opfer fielen, führten unter den Moslems nunmehr ihrerseits zur Aufstellung bewaffneter Trupps, die in Cotabato als **Blackshirts** und in Lanao als **Barracudas** firmierten. Bis September/Oktober 1971 sind in beiden Lanao-Provinzen Cotabato und Bukidnon mindestens 100.000 Menschen zu Flüchtlingen geworden. Seit dieser Zeit wandten die philippinischen Streitkräfte in größerem Stil „search and destroy"-Operationen an, was Libyen, Malaysia und Kuwait auf internationaler Ebene erstmals von einem „beginnenden Völkermord" sprechen ließ. Operationen der Streitkräfte hielten unvermindert an und lösten einen Aufschrei der Entrüstung aus, als Militärs nach den Regional- und teils nachgezogenen Senatswahlen im November 1971 auf einen Trupp gerade von den Wahlurnen zurückgekehrter, unbewaffneter Moslems im Barrio Tacub (Kauswagon, Provinz Lanao del Norte) das Feuer eröffneten und über 40 Menschen töteten.

Die Verfahren gegen die dafür als verantwortlich angeklagten 21 Soldaten, darunter 3 Offiziere, sind im Laufe der Zeit versandet.

Manila war nun seinerseits bemüht, im Ausland eine diplomatische Offensive einzuleiten und lud zu Beginn des Jahres 1972 zwei Delegationen mit Beobachtern aus Ägypten, Indonesien, Malaysia, Singapur, Pakistan, Iran, Irak, Saudi-Arabien und (später dann auch) Libyen ein, um den Vorwurf des Genozids zu entkräften. Die Delegationen schlossen sich zwar in offiziellen Verlautbarungen dem Vorwurf einer „staatlich gelenkten Völkermordkampagne" nicht an, wiesen aber nachdrücklich auf die Gefahr verstärkter, teilweise religiös motivierter kriegerischer Auseinandersetzungen hin.

Genau einen Monat nach Verhängung des Kriegsrechts, am 21./22. Oktober 1972, stürmten 500-1.000 vorwiegend jugendliche Maranaos aus sieben verschiedenen Untergrundorganisationen Marawi-City, drangen auf das Gelände der „Mindanao State University" vor, bemächtigten sich der dort installierten Radiostation, über die sie als „Revolutionsrat für die Unabhängigkeit Mindanaos" (MRCI) die Beseitigung der Regierung propagierten, die sie als Nachfolgerin des spanischen und amerikanischen Regimes und als Instrument zur Unterdrückung des Islams werteten.

Sie attackierten ein nahegelegenes Hauptquartier der Constabulary, plünderten Läden christlicher Geschäftsleute und töteten einige der von ihnen zuvor als Geiseln genommenen Christen.

a. MIM und MNLF

Führend in der MIM waren außer Datu Udtog Matalam der frühere Kongreßabgeordnete Raschid Lucman und der einstige Senator aus Lanao del Sur, Domocao Alonto. Innerhalb der Moro-Gesellschaft zählten alle drei zur dünnen Elite und verfügten über weitreichende Beziehungen. Ihre ausgeprägt religiöse, mitunter fundamentalistisch gewendete Argumentation, derer sie sich in ihrer Kritik gegen die Regierung in Manila bedienten, verschaffte ihnen beträchtliche finanzielle Zuwendungen aus dem In- und Ausland (Naher und Mittlerer Osten). Die genaue Höhe dieser Finanzhilfen ist unbekannt. Die sezessionistische Ausrichtung der MIM, also ihre angestrebte vollständige Loslösung Mindanaos und der anderen südlichen Inseln aus dem philippinischen Staatsverband, muß unter zwei Aspekten gesehen werden: Erstens war es nicht länger mehr möglich, angesichts der Durchdringung der Region durch die vereinte Gewalt multinationaler Konzerne und des ihren Interessen dienenden Marcos-Regimes in politischer Abstinenz zu verharren, was zumindest der MIM-Führung die politische Legitimation entzogen hätte, und zweitens sollte ihr Insistieren auf staatliche Eigenständigkeit einer politischen Avantgarderolle entsprechen bei gleichzeitiger Umgehung/Ausklammerung einschneidender sozialpolitischer und wirtschaftlicher Zielvorstellungen, zu deren Opfer sie schließlich selbst werden könnten. Mit anderen Worten: die muslimische Elite war, wollte sie sich des Rückhalts in der Bevölkerung vergewissern, in die Rolle eines nach außen sich antikolonial, antiimperialistisch gebenden Kämpfers gedrängt, dem jedoch schon aus materiellen Erwägungen daran gelegen sein mußte, antikoloniale, antiimperialistische Inhalte zu verschleiern bzw. sie durch die Propagierung eines noch zu schaffenden Staates darin selbst aufgehoben zu wissen.

Berichte, wonach Malaysia und Indonesien die MIM mittels finanzieller Hilfe zum politischen Durchbruch ihres Ziels zu verhelfen gedachten, sind nicht eindeutig beweisbar. Diesem Ansinnen dürften angesichts der innerhalb der seit 1967 bestehenden ASEAN (1 a) strikt auf Vermeidung jeglicher staatlichen Grenzverschiebung und/oder sezessionistischer Ambitionen bedachten Politik kaum reale Erfolgschancen einzuräumen gewesen sein, zumal seit der Niederlage der USA in Indochina und dem unrühmlichen Ableben der SEATO (Südostasiatische Paktorganisation) die übergeordnete Staatsraison in den jeweiligen Mitgliedstaaten der ASEAN es gebot, „interne Unruheherde" und ein Über-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schwappen wie immer auch gearteter zentrifugaler Tendenzen im Keim zu ersticken. Die „Befriedung" Osttimors und das Einfrieren des seit den 60er Jahren zwischen Kuala Lumpur und Manila schwelenden Grenzproblems (der von Manila geltend gemachte Anspruch auf den ostmalaysischen Staat Sabah) bekräftigen dies.

Auf Initiative der MIM-Führung sollen muslimische Jugendliche zum militärischen Training nach Malaysia, ins Grenzgebiet zu Thailand, entsandt und dort von Palästinensern und britischen Söldnern im Dschungelkampf ausgebildet worden sein. Die Zahl dieser ersten Gruppe wurde au 90 Mann veranschlagt — 67 Maranaos, 8 Maguindanaos und 15 Tausugs/Samals. Ein Mitglied dieser Gruppe war Nur Misuari, einst Politologie-Lehrer an der „University of the Philippines" und später führender Organisator der **Moro National Liberation Front (MNLF).** Misuari soll diese Zeit im Ausbildungslager gemeinsam mit Freunden (zusammen bildeten sie 1969 den Nukleus der später offiziell vollzogenen Gründung der MNLF) genutzt haben, um politische und wirtschaftliche Probleme Mindanaos zu diskutieren, was innerhalb der MIM weitgehend unterblieben war.

Nach einem mehr als einjährigen Auslandsaufenthalt kam die Gruppe 1971 nach Mindanao zurück. Bald darauf erfolgte in Zamboanga City ein Treffen der politisch fortschrittlichsten und aktivsten Mitglieder der Gruppe, auf dem die historischen Erfahrungen des Moro-Kampfes und die Rolle der MIM analysiert wurden. Dabei würde letzterer vorgeworfen, keine überzeugende Perspektive zu haben und über kein klares Programm zu verfügen. Die MIM, so ein weiterer Kritikpunkt, sei aufgrund ihrer Kollaborationsbereitschaft mit Marcos außerstande, die Unabhängigkeit der Moros zu garantieren. Nach eingehenden Diskussionen über Formen des bewaffneten und parlamentarischen Kampfes wurde die MNLF formal gegründet und Misuari zum Vorsitzenden ihres Zentralkomitees gewählt.

Die MNLF begann mit einer gezielten Rekrutierungskampagne unter muslimischen Jugendlichen. 1972 gingen 300 Jugendliche aus dem Cotabato-Gebiet nach Malaysia und unterzogen sich dort einer militärischen Ausbildung. In Lanao wurden, nachdem dort die als militärischer Arm der MIM konzipierten „Blackshirts" entstanden waren, die **Shock Troops** und die **Revolutionary Army** gegründet, um sich gegen Übergriffe der Großgrundbesitzer und paramilitärische Constabulary-Einheiten (PC) zu verteidigen. Die gesamte Lanao-Region zählte mit Cotabato zu den ersten Gebieten, wo die PC pätestens seit 1970 „search and destroy"-Kampagnen durchführte, was Regierungsstellen (z.B. die „Social Welfare Administration") im September 1971 bereits von 50.000 Flüchtlingen allein in Lanao del Norte sprechen

sche Constabulary-Einheiten (PC) zu verteidigen. Die gesamte Lanao-Region zählte mit Cotabato zu den ersten Gebieten, wo die PC pätestens seit 1970 „search and destroy"-Kampagnen durchführte, was Regierungsstellen (z.B. die „Social Welfare Administration") im September 1971 bereits von 50.000 Flüchtlingen allein in Lanao del Norte sprechen

ließ. Außerdem entstand unter den Moros die **IKHLAS**-Bewegung (Jugendliche für den Islam), die von religiösen Führern, **ulamas**, befehligt wurde und maßgeblich an dem bereits erwähnten „Marawi-Aufstand" Ende 1972 war.

Die Rekrutierungskampagne muß zumindest in militärischer Hinsicht spektakuläre Erfolge gezeitigt haben; schon wenige Monate nach Verhängung des Kriegsrechts kam es überall im Süden zu großen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und MNLF-Verbänden bzw. deren militärischen Arm in Form der **Bangsa Moro Army**, deren Stärke Mitte der 70er Jahre gut 20.000 Mann betragen haben dürfte. Im März 1973 griffen Moro-Guerilleros in 27 Bezirken Cotabatos Kontingente der philippinischen Streitkräfte (AFP) an, sprengten Brücken, bemächtigten sich strategischer Verbindungswege, stürmten Militärlager und überrannten etliche militärische Kontrollposten. In nur wenigen Wochen verloren über 1.000 AFP-Soldaten ihr Leben. Diese hohen Verluste in der Frühphase des Mindanao-Krieges erklärten sich aus der Tatsache, daß von jungen Rekruten und aus dem Norden und den Visayas abkommandierten, kampfunerfahrenen Leutnants ein Kampf geführt wurde, dessen Ursprünge/Gründe, Terrain und Milieu ihnen völlig fremd bzw. feindselig gesonnen war.

b. Eskalation der Gewalt

Kampfbomber und -hubschrauber wurden nebst aufgestockten Truppenkontingenten verstärkt im Süden eingesetzt. Kriegsschiffe kreuzten in allen größeren Häfen auf und begannen mit der gezielten Bombardierung bestimmter Küstenstreifen. In dieser Zeit wurden erstmalig Napalmeinsätze gegen „verdächtige Rebellengebiete" von Mactan und Zamboanga City aus geflogen. Daß US-Piloten einen Teil dieser Einsätze selbst flogen, ist mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Als gesichert indes gilt, daß amerikanische Instrukteure von der Clark Air Base philippinische Bomberpiloten u.a. auch in der „Technik" des Napalmkrieges unterwiesen.

Mitte 1973 bildete die Region Zamboanga den Hauptschauplatz des Krieges, der sich zum Jahreswechsel 1973/1974 zunehmend auf Tawi-Tawi und Jolo verlagerte. Ortschaften wie Parang, Bilaan und Maimburg waren bereits von Moro-Einheiten gestürmt worden, am 7. Februar 1974 folgte der Angriff auf die Hauptstadt Jolo. Nach der Bombardierung von Militärinstallationen der Regierungstruppen bemächtigten sich die Moros des Flughafens, des Hafengebietes und des gesamten Stadtkerns, der „Notre Dame University" sowie des Militärkomplexes „Camp Asturias". Die Kommunikationslinien zwischen den verschiedenen AFP-Einheiten in Sulu und dem Hauptquartier in Zamboanga City waren zeitweise unterbrochen.

Bald wurden von Zamboanga City aus Bombergeschwader und Kriegsschiffe gen Jolo in Bewegung gesetzt. Hatte die MNLF zunächst versucht, die Regierungstruppen in die umliegenden Berge zu locken, so setze sie jetzt auf einen Entscheidungskampf zweier Armeen in der Stadt. Aus politischen Erwägungen traute die MNLF den Regierungstruppen nicht zu, gegen die Zivilbevölkerung dieser stolzesten aller muslimischen Städte im Süden mit offenem Terror vorzugehen. AFP-Verbände schossen die Stadt aus der Luft und von der See buchstäblich in Schutt und Asche. In nur einer Nacht gab es 2.000 Tote und 60.000 Flüchtlinge!

Hatte die MNLF (nicht zuletzt durch die im Ausland genossenen Trainingsmethoden) bis zur Zerstörung Jolos eine militärische Taktik konventioneller Kriegsführung und statischer Defensive verfolgt, so wurde sie seit Februar 1974 gezwungen, Aspekte der Mobilität, der Überraschungsattacken in den Vordergrund zu rücken, um die eigenen Kräfte zu schonen und die soziale Massenbasis zu vergrößern. Diese Taktik zielte mehr auf die Zermürbung/Aufweichung denn auf einen Entscheidungssieg in offener Feldschlacht ab.

Die AFP beantwortete dies ihrerseits mit einer Überführung massiver militärischer Unterdrückung in eine Politik verstärkter Okkupation. Parallel mit einer ca. 700%igen Aufstockung der Militärausgaben von 1972-76, dem Anschwellen der Ist-Stärke der AFP von reichlich 60.000 auf 250.000 Mann im gleichen Zeitraum und wachsendem militärischem Engagement der USA wurde das Entstehen von Banden wie den **Civilian Home Defense Forces (CHDF)** und pseudoreligiöser Sekten gefördert, deren Mitglieder einige

einer ca. 700%igen Aufstockung der Militärausgaben von 1972-76, dem Anschwellen der Ist-Stärke der AFP von reichlich 60.000 auf 250.000 Mann im gleichen Zeitraum und wachsendem militärischem Engagement der USA wurde das Entstehen von Banden wie den Civilian Home Defense Forces (CHDF) und pseudoreligiöser Sekten gefördert, deren Mitglieder einige

Zehntausende stellen. Der Einsatz von Napalm, Splitterbomben und Giftgasen und die nicht nur der Terminologie, sondern auch dem Charakter nach dem Modell des Vietnamkrieges folgenden Operationen und Programme — wie „base denial", „resource control", „rural development", „salvaging", „search and destroy", „strategic hamlets", „zona" — bildeten die Klammern, um die Bevölkerung in Botmäßigkeit zu halten. Aus dem Okkupationscharakter der AFP machten führende Militärs wie Marcos und sein Verteidigungsminister Enrile keinen Hehl. „Wer immer die Fähigkeit der AFP testen möchte", so erklärte Juan Ponce Enrile damals, „mag dies tun. Sollte Blutvergießen notwendig sein, so muß halt Blut fließen." (2)

Außer der Eingliederung von Polizeieinheiten in die Armee fand innerhalb derselben eine Zentralisierung der Kommandostruktur statt, welche Manila seit 1976 im Kampf gegen die MNLF als notwendig erachtete.

Am 1. Mai 1976 wurde Mindanao unter ein vereintes Militärkommando, das **Südkommando**, gestellt, an dessen Spitze Admiral Romulo Espaldon trat (3), der heute das Amt eines „Ministers für muslimische Angelegenheiten" bekleidet. Der damalige AFP-Oberbefehlshaber, General Romeo C. Espino, begründete die Zusammenfassung der ehemaligen Teilverbände in ein integriertes Kommando mit der Dringlichkeit, die Truppenmobilität zu erhöhen und die sich als hinderlich erwiesenen Kompetenzschwierigkeiten in Einsatzfällen auszumerzen (4).

Vorab war die Bereitstellung eines 5. Mio. US-Dollar umfassenden militärischen Beschaffungskredits erfolgt. „Ich möchte", so äußerte sich Marcos, „keinen Befehlshaber sehen, der mir mit dem Argument in den Ohren liegt, er habe soundsoviele Mann verloren, nur weil Waffen und Gerät veraltet seien." Nach der Zerstörung Jolos wurde die Flottenkapazität der Kriegsmarine um 60% erhöht. Flugzeuge vom Typ „Phantom F4A" wurden durch neuere „F4 E"-Mehrzweckkampfbomber, die veralteten „F86 Sabre" duich „Skyhawk A4"-Maschinen ersetzt und das Arsenal britischer „Scorpion"-Panzer beträchtlich aufgestockt (5). Ergänzt wurde dieses Anschaffungs- und Modernisierungsprogramm durch eine Heraufsetzung der US-Militärhilfe um 64% (6), wobei Sonderzuweisungen für die verschiedenen Geheimdienste des Landes noch unberücksichtigt bleiben.

Trotz all dieser Maßnahmen konnte der MNLF nicht das Rückgrat gebrochen werden. Unter der muslimischen Bevölkerung genoß die Organisation wachsende Sympathie und stellte einen zumindest militärisch ernstzunehmenden Faktor dar. Ausschlaggebend für das Überleben der MNLF waren ihre den Erfordernissen eines langwährenden Zermürbungskrieges angepaßte militärische Taktik einerseits und die Expansion der **Neuen Volksarmee (NPA)** auf der anderen Seite.

War es den AFP Mitte der 70er Jahre gelungen, strategisch bedeutsame Verbindungslinien der NPA im Nordosten (Provinz Isabela) und Süden (Provinz Quezon) Luzons zu durchschneiden, so vermochte die NPA dort schon bald ihre Kräfte im Westen, in der Bicol-Region wie im zentralen Hochland neu zu gruppieren und auf mehre-

(NPA) auf der anderen Seite. War es den AFP Mitte der 70er Jahre gelungen, strategisch bedeutsame Verbindungslinien der NPA im Nordosten (Provinz Isabela) und Süden (Provinz Quezon) Luzons zu durchschneiden, so vermochte die NPA dort schon bald ihre Kräfte im Westen, in der Bicol-Region wie im zentralen Hochland neu zu gruppieren und auf mehre-

ren Inseln der Visayas Fuß zu fassen. Um einen Krieg an zwei oder gar mehreren Fronten zu vermeiden, setzte Manila 1975/76, freilich nicht ungeschickt, auf die Karte politischer Annäherung durch Verhandlung, was angesichts wachsender Proteste im Inland (dort vor allem seitens bürgerlicher Oppositioneller und erstmals größerer Teile der Kirchen) und Ausland immer dringlicher wurde. Für die MNLF sollten Marcos' Verhandlungspolitik, die ihr zugrundeliegenden konkreten Schritte und schließlich die Reaktion im Lager ausländischer Befürworter zu einer schweren Belastungsprobe werden.

2. Vom Schlachtfeld zum Verhandlungstisch

Die 6. Islamische Außenministerkonferenz, welche vom 12. - 15. Juli 1975 in der saudiarabische Stadt Dschidda tagte, verabschiedete eine Resolution, in der die Regierung in Manila zu Konsultationen mit der MNLF auf der Basis eines vom ministeriellen „Komitees der Vier" entworfenen Arbeitspapiers unter Aufsicht des Islamischen Sekretariats aufgefordert wurde. Diese Komitee, gebildet von den Außenministern (bzw. ihren Repräsentanten) Libyens, Saudi-Arabiens, des Senegal und Somalias, hatte einen Text vorgelegt, dessen Kernpunkt die Gewährleistung einer Selbstregierung der Inseln Mindanao, Basilan, Sulu und Palawan „im Rahmen der nationalen Souveränität der Philippinischen Republik" bildete. Während die Diplomaten um geschliffene Textformulierungen bemüht waren, bekundete Manila nach kurzem Zögern sein allgemeines Einverständnis mit diesem Vorschlag und nutzte die Zeit, da die MNLF durch die Befolgung der Dschidda-Empfehlung in ihren Aktionen zweitweilig paralysiert war, zur Straffung seiner militärischen Verbände auf Mindanao. Munitionsdepots konnten ungestört angelegt bzw. aufgefüllt, die Feuerkraft somit erhöht und eine Reorganisierung der Kommandostruktur fernab größerer Gefechte geplant werden.

Marcos' Haltung gegenüber der MNLF blieb unverändert. Eine verschlagene Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik, Bombenterror und Bestechung, signalisierte Konsultationsbereitschaft und das Unterlaufen einmal getroffener Vereinbarungen erlebten unter seiner Ägide eine bemerkenswerte Synthese. Gewiß ist, daß jene Zeit der Konsultationen Manila weitaus größere Erfolge bescherte als der MNLF, aus deren Reihen denn auch etliche Kader und Mitglieder depримiert ausscherten, sei es auch Verbitterung über die zeitweilige Einstellung des Kampfes, was einmal mehr ihre mehr militaristische als politische Linie unterstrich, oder aus der Erwartung materieller Pfründe, die man sich durch ein Arrangement mit Marcos versprach. So verließ, um nur eins von vielen Beispielen zu nennen, der ehemalige Rechtsanwalt Abdul Hamid Lucman die Reihen der MNLF, wurde von Marcos mit Schmiergeldern reichlich bedacht und reiste 1975 als Berater zu dem MNLF-Verhandlungsteam nach Dschidda. Während eines am 8. März 1976 geführten Gesprächs erklärte Admiral Romulo Espaldon, Kommandeur des wenig später geschaffe-

vielen Beispielen zu nennen, der ehemalige Rechtsanwalt Abdul Hamid Lucman die Reihen der MNLF, wurde von Marcos mit Schmiergeldern reichlich bedacht und reiste 1975 als Berater zu dem MNLF-Verhandlungsteam nach Dschidda. Während eines am 8. März 1976 geführten Gesprächs erklärte Admiral Romulo Espaldon, Kommandeur des wenig später geschaffe-

nen Südkommandos, daß Hadji Hamid Camlian, ehemals Präsident der im Frühjahr 1974 ausgerufenen **Bangsa Moro Republic**, der sich Ende 1975 in Manila ergab, nunmehr Gouverneur von Basilan sei.

Mit reichlichem Propagandapomp wurde eine Amnestie für Mitglieder der MNLF/BMA verkündet. Und es vergingen kaum Tage, an denen nicht irgendwelche „Rebellen aus dem Süden" im Malacanang-Palast zur zeremoniellen Waffenübergabe aufkreuzten. Der überwiegende Teil dieser „Deserteure" war indes niemals in der MNLF/BMA aktiv. Vielfach handelte es sich schlicht um Banditen oder herumstreunende Abenteurer, die gewinnbringend auf der „Amnestiewelle" zu reiten vermochten. In der Berichterstattung sollte so die Nutzlosigkeit jedweden regimekritischen Protests unterstrichen, die angeblich wohlwollende, auf Ausgleich und Versöhnung bedachte Politik der Regierung hervorgekehrt und die MNLF/BMA diskreditiert werden.

Anfang 1976 erklärte Marcos, daß seine Regierung 133 Mio. US-Dollar für ein Moslem-Rehabilitierungsprogramm bereitgestellt habe (7). Davon allerdings seien, so meldete das „Minsupala-Bulletin" im Januar 1976, Unsummen an Schmiergeldern prominenten Deserteuren der MNLF/BMA zugeschoben worden (8).

Während eines Rotary Club-Treffens unterstrich der damals in Manila akkreditierte US-Botschafter, William H. Sullivan, anläßlich der Zusammenkunft zwischen Ford und Marcos Ende 1975, daß Washington die „sezessionistischen Tendenzen im Süden" als Bedrohung amerikanischer Sicherheitsinteressen in Südostasien betrachte (9). Als ehemaliger Botschafter in Laos (10) und letzter Botschafter seines Landes unter dem persischen Schah Reza Pahlevi-Regime war Sullivan wegen seiner engen Beziehungen zur CIA bekannt und aufgrund langjähriger Antiguerillaerfahrung nicht ohne Hintergedanken auf den Botschafterposten in Manila berufen worden.

a. Die Phase der Konsultationen — das Abkommen von Tripolis

Bis Mitte 1974 propagierte die MNLF die Loslösung des Südens aus dem philippinischen Staatsverband und die Errichtung einer unabhängigen islamischen Republik. Die Resolution Nr. 18 der 5. Islamischen Außenministerkonferenz (11) in Kuala-Lumpur (21. - 25. Juni 1974), die Gesprächsrunden zwischen Vertretern der MNLF und der Marcos-Regierung im Januar 1975 im saudiarabischen Dschidda, die bereits erwähnte 6. Islamische Außenminiserkonferenz im Sommer desselben Jahres und weitere gemeinsame Konsultationen in Libyen im November 1976 bildeten die entscheidenden Etappen auf dem Wege des schließlich am 23. Dezember 1976 in der libyschen Hauptstadt Tripolis unterzeichneten Abkommens zwischen Manila und der MNLF. Im Vordergrund all dieser Gesprächsrunden wie im **Tripolis-Abkommen** selbst standen erstens die politische und friedliche Lösung des Konflikts im Süden wie zweitens Autonomie für die Moros „innerhalb de nationalen Souveränität und territorialen

Dezember 1976 in der libyschen Hauptstadt Tripolis unterzeichneten Abkommens zwischen Manila und der MNLF. Im Vordergrund all dieser Gesprächsrunden wie im Tripolis-Abkommen selbst standen erstens die politische und friedliche Lösung des Konflikts im Süden wie zweitens Autonomie für die Moros „innerhalb de nationalen Souveränität und territorialen

Integrität der Philippinischen Republik", folglich eine von der MNLF selbst vollzogene Rücknahme ihrer maximalistischen Forderung nach staatlicher Eigenständigkeit (12).

Im Abkommen wurden folgende wesentlichen Punkte aufgelistet:

a. Die autonome Region der Moslems im Süden umfaßt 13 Provinzen — Basilan, Tawi-Tawi, Sulu, Zamboanga del Sur, Zamboanga del Norte, North Cotabato, South Cotabato, Maguindanao, Sultan Kudarat, Lanao del Norte, Lanao del Sur, Davao del Sur und Palawan nebst allen dort gelegenen Städten und Dörfern;
b. die Außenpolitik fällt in den Zuständigkeitsbereich der Zentralregierung in Manila;
c. im autonomen Gebiet haben die Moslems das Recht, ihre eigene Gerichtsbarkeit (Sahria-Gesetze) auszuüben. Sie sollen außerdem in allen Gerichten, den Obersten Gerichtshof inbegriffen, vertreten sein;
d. den Moslems wird das Recht eingeräumt, in ihren Gebieten Schulen und Universitäten zu errichten;
e. im autonomen Gebiet sollen eine Legislativversammlung und ein Exekutivrat auf dem Wege direkter Wahlen entstehen;
f. nicht später als am 20. Januar 1977 soll ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft treten;
g. durch eine vollständige Amnestie, durch die Freilassung politischer Gefangener wie durch die Rückführung der Flüchtlinge soll die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit garantiert werden;
h. eine spezielle regionale Friedenssicherungstruppe soll innerhalb der autonomen Region geschaffen und
i. die Errichtung einer provisorischen



Regimetruppen durchkämmen Dörfer in der Region, die von Befreiungskämpfern kontrolliert werden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Regierung vorgesehen werden, um die Wahl der Mitglieder der Legislativversammlung einzuleiten.
Details des Tripolis-Abkommens sollten auf bilateralem Wege in der ersten Hälfte des Jahres 1977 ausgehandelt werden, was Manila außerordentlich entgegenkam.

Kaum war das Abkommen unterzeichnet, beschuldigte Manila die MNLF, AFP-Truppen aus dem Hinterhalt attackiert zu haben, während die MNLF der Regierung vorwarf, ,,unseriös, verräterisch und scheinheilig'' zu handeln und das Abkommen bewußt zu unterlaufen. Nur Misuari richtete eine bittere Kritik an die Adresse Manilas, indem er Marcos beschuldigte, auf die Teilung der autonomen Regierung in zwei Exekutivräte mit einem Regionalparlament hinzuarbeiten, wodurch der im Abkommen vorgesehene einheitliche Charakter der autonomen Regierung gesprengt würde. Ferner weigere sich Manila, so Misuari, seine bewaffneten Streitkräfte abzuziehen, bewaffnete Banden aufzulösen und Platz für den Aufbau einer speziellen Friedenssicherungstruppe, deren Kern aus BMA-Einheiten zu rekrutieren sei, zu machen. Seinen beiden letzten Kritikpunkten war besonderes Gewicht beizumessen; Manila beanspruchte nach wie vor die völlige Kontrolle sämtlicher Bodenschätze und Ressourcen in der anvisierten autonomen Region und führte ein Referendum-Plebiszit durch, das nirgends im Abkommen vorgesehen war.

Dieses Referendum-Plebiszit wurde am 17. April 1977 abgehalten. Dabei ging es um die Frage, ob Mindanao eine oder zwei Verwaltungen erhalten und ob die MNLF die autonome Regierung allein oder gemeinsam mit anderen Kräften bilden sollte. Unter Kriegsrechtsbedingungen wäre es schon einer Sensation gleichgekommen, hätten sich die Wähler nicht mit einem ,,eindeutigen Nein'' entschieden. Das Referendum-Plebiszit entbehrte nicht nur einer juristischen Basis; selbst in formaler und prozeduraler Hinsicht war es fragwürdig. Es wurde zu einem Zeitpunkt durchgeführt, da die provisorische Regierung nicht einmal bestand, Marcos fünf Schlüsselprovinzen kurzerhand als bereits halbautonom einstufte, welche keiner politischen Reorganisierung bedurften, und Manila erst noch im Prozeß der Schaffung des Vorbereitungskomitees für den Aufbau dieser provisorischen autonomen Regierung war. Des weiteren wurden Einladungen zur Teilnahme am Referendum-Plebiszit bezeichnenderweise bestimmten Einzelpersonen der MNLF, nicht aber ihrer Führung zugeleitet. Was als Autonomie konzipiert war, entpuppte sich als grobschlächti- leitet. Was als Autonomie konzipiert war, entpuppte sich als grobschlächti-ger Regierungsakt; 15 von 29 Sitzen der provisorischen Regierung waren für die MNLF reserviert, aus deren Reihen Manila aber selbst die ihm genehmen Vertreter ernannte. Die MNLF boykottierte — schon aus Gründen politischer Glaubwürdigkeit — das Referendum-Plebiszit und kehrte zu ihrem ursprünglichen Ziel der Sezession zurück.

3. Die MNLF zwischen Anpassung und Widerstand

Wie zu erwarten stand, entfalteten die zwischenzeitlich aufgerüsteten AFP- und paramilitärischen Truppen unter dem Vorwand des MNLF-Vertragsbruchs eine militärische Großoffensive (vor allem in Zamboanga del Norte und Basilan), in deren Verlauf es ihnen gelang, über die Ausdehnung ihres Operationsradius und Erweiterung ihrer Gebietskontrolle hinaus etliche der im Zuge vorangegangener Verhandlungsrunden bekannt gewordenen MNLF-Führer aufzuspüren, zu liquidieren oder durch Bestechungsmanöver auf die Regierungsseite herüberzuziehen. Letzteres traf nicht selten schon deshalb auf fruchtbaren Boden, weil schwankende MNLF-Kader in der Unterzeichnung des Tripolis-Abkommens einen modus vivendi mit Manila erblickten, der weitere Opposition hinfällig zu machen schien. Aus diesen Kräften rekrutierte sich denn auch die Führungsspitze in der von Manila eigenmächtig geschaffenen ,,Provisorischen Regierung der muslimischen Autonomen Zone'' (MAZ).

a. Interne Widersprüche

Zu keiner Zeit war die MNLF weiter von ihrem ursprünglichen Ziel eines souveränen Staates im Süden (der eventuell einmal das ostmalaysische Sabah einschließen sollte) entfernt, wie das im Jahre 1977 der Fall war. Die qua MNLF-Propaganda ausgegebenen Erfolgsmeldungen vermochten nagende innere Probleme nicht zu kaschieren, die durch außenpolitische Konstellationen noch vertieft wurden.

Zum einen erwies sich die Dezentralisierung der Kommandostruktur und das Aufbrechen großer Kontingente in kleine, mobile und regional operierende Einheiten als schwierig und wirkte sich nachteilig auf den gesamten Organisationszusammenhalt aus. Regionalistische Tendenzen und die für ein Kriegsherrentum instrumentalisierten persönlichen Loyalitätsbekundungen waren unverkennbar. Zudem hielten sich etliche ZK-Mitglieder, darunter auch Nur Misuari, in Libyen und anderen Nahoststaaten auf, so daß Direktiven nur durch Emissäre übermittelt werden konnten. Ethnische Rivalitäten, nie ganz verstummt, brachen unter solchen Bedingungen hervor und schürten Querelen zwischen Auslandsführung und lokalen Kommandeuren ebenso wie zwischen den vor Ort selbst agierenden Befehlshabern.

Eine politisch ausgewiesene Einheit innerhalb der MNLF-Führung blieb streckenweise — gelinde ausgedrückt — zweifelhaft und der Praxis persönlicher Loyalitäten untergeordnet. Während Nur Misuari an der Vision eines souveränen Moro-Staates im wesentlichen festhielt, propagierte sein damaliger Stellvertreter und Angehöriger einer einflußreichen Grundbesitzerfamilie , Abul Khayr Alonto, unverblümt eine kompromißlerische Politik (13), was Marcos für seine Zwecke zu nutzen wußte.

Die finanzielle und diplomatische Unterstützung der MNLF erfolgte durch muslimische Länder, deren konservative Regimes in der **Islamische Konferenz(IC)** stets das Übergewicht stellten. Deren Untersuchungskommission ging niemals so weit, Marcos des Völkermords zu bezichtigen und offen die Propagierung eines eigenständigen Moro-Staates auf ihre Fahnen zu schreiben. Die Marge der Entscheidungsfreiheit blieb für die MNLF nicht nur schmal, sondern wurde durch die Empfehlungen der IC weitgehend eingeengt. Misuari machte daraus keinen Hehl, als er erklärte: ''Aufgrund der Vermittlung der IC optierte die MNLF nur für eine ,vollständige politische Autonomie', anstatt ...die Befreiung der gesamten nationalen Heimat — Mindanao, Basilan, Sulu und Palawan — mit einer Gesamtfläche von 116 895,3 qkm anzustreben. Von dem gesamten von uns beanspruchten Gebiet bleiben nurmehr ungefähr 60% der nationalen Heimat unseres Volkes übrig, beschränkt auf 13 Provinzen und 11 Städte.'' (14)

Wenn dennoch die IC der MNLF trotz ihres Festhaltens am Konzept staatlicher Eigenständigkeit nicht die Unterstützung versagt, so resultiert das aus der Einsicht, daß die MNLF unter Unterstützung versagt, so resultiert das aus der Einsicht, daß die MNLF unter den Moros die weitaus bedeutsamste Kraft darstellt und ein Entzug ihrer diplomatischen Unterstützung als Verrat am Prinzip islamischer Brüderlichkeit ausgelegt werden könnte. Daß die IC der MNLF-Maximalforderung wohl nur selbst geringe Aussicht auf Erfolg beimißt, ist an ihrem Verhältnis zu Manila ersichtlich, welches niemals den Punkt eines vollständigen Bruchs bzw. der Aufkündigung diplomatischer Beziehungen erreichte.

Größere amerikanische Militärhilfe, Zusicherungen verstärkter Kapitalinvestitionen aus Japan und Europa, ein mit Indonesien getroffenes Abkommen über die Überwachung der Seegrenzen , gemeinsame indonesisch-malaysisch-philippinische Flottenmanöver und die Vermeidung aller gegen die Zentralregierungen der ASEAN gerichteten separatistischen Bestrebungen steckten den außenpolitischen Rahmen ab, innerhalb dessen zusätzliche Einschnürungen maximalistischer Forderungen der MNLF erfolgten.

Dies wiederum verstärkte den Druck auf die MNLF, die zunehmend ihre Legitimation durch interne Kritik angekratzt sah. Auf dem Höhepunkt der AFP-Großoffensive im Sommer 1977 gab eine Gruppe von Moros in Dschidda die Gründung der **BANGSA MORO LIBERATION ORGANIZATION (BMLO)** als ,,wahre Organisation des Moro-Volkes'' bekannt. Ihre Führer, Sultan Harun ul-Rashid Lucman, Salipada Pendatun, Macapanton Abbas jr., sind prokapitalistisch ausgerichtet, unterstützen den antikommunistischen Kurs der Regierung in Riad und genießen freie Verfügung über die Einrichtungen des saudischen **INSTITUTE OF MOSLEM MINORITIES AFFAIRS.** Lucman war einst Kongreßabgeordneter und ist einer der größten Landbesitzer in Lanao. Pendatun war früher einmal Senator und verfügt in Cotabato über Großgrundbesitz, während der in Jura ausgebildete Exbürokrat Abbas zeitweilig dem zivilen Arm der Anti-MNLF-Kräfte des Marcos-Regimes, der sog. **TASK FORCE FOR SOUTHERN PHILIPPINES**, vorstand.

Für die MNLF wurde die Situation noch komplizierter, als der bis dahin als Nr. 2 in ihrer Organisationshierarchie geführte Mann, Hashim Salamat , aus Mekka ein Papier (,,Instrument of Take-Over'') zirkulieren ließ, in dem er die angebliche Absetzung Nur Misuaris und seine Übernahme der MNLF-Führungsspitze bekanntgab. Der MNLF-Führung unter Misuari warf Salamat finanziellen Betrug und ein Abrücken von islamischen Grundsätzen, Lehren und Anliegen vor. Ausgebildet an Kairos altehrwürdiger Al-Azhar-Universität und längere Zeit in Ägypten lebend, bildete er das ,,geistige'' Gegenstück zu dem ,,profanen'' Misuari , dessen Umgang mit politischen Aktivisten und marxistischen Kräften wie Beeinflussung durch und Sympathien mit antiimperialistischen Befreiungsbewegungen fundamentalistisch eingestellten Leuten wie Salamat auf kurz oder lang suspekt werden mußte.

b. Spaltungsmanöver

Ende 1977 reiste Abbas in die Vereinigten Staaten und wurde in Washington mit der Bitte vorstellig, die philipinische Regierung zur offiziellen Anerkennung der BMLO zu bewegen und Salamat als wahren Vertreter des Moro-Volkes anzuerkennen. Im Februar 1978 wurde Salamat aus der MNLF ausgeschlossen, während sich Abul Khayr Alonto, einst ein Vizevorsitzender der MNLF, mit einer auf ihn eingeschworenen Gefolgschaft von 2.000 Mann dem Marcos-Regime stellte. Marcos belohnte ihn recht üppig; Alonto ließ sich als frisch Amnestierter in einem der besten Wohnbezirke Manilas nieder.

Trotz seines Ausschlusses aus der MNLF gab sich Salamat, dazu von Lucman, Pendatun und Abbas ermuntert, als ,,rechtmäßiger MNLF-Führer'' aus und sandte noch 1979 eine diesbezügliche Petition an die Islamische Konferenz. Diese legte Salamat die Beilegung des Konflikts nahe, indem er sich gegenüber der MNLF-Führung unter Misuari verantworten solle. Misuari blieb folglich anerkannter ZK-Vorsitzender der MNLF, was auch die 1978 in Dakar (Senegal) abgehaltene 9. Islamische Außenministerkonferenz ausdrücklich unterstrichen hatte.

Das zweischneidige Schwert komplexer Probleme, geschmiedet aus der Verquickung unterschiedlicher klassenmäßiger, ethnischer, ideologischer und imperialistisch beeinflußter Elemente — nämlich der Obstruktionspolitik der BMLO (15) auf der einen und der nach Marcos' Facon errichteten ,,Provisorischen Regierung in der mus- der nach Marcos' Facon errichteten ,,Provisorischen Regierung in der mus-limischen Autonomen Zone'' (MAZ) (16) unter Vorsitz des gegenüber Manila loyal gesonnenen Landbesitzers und zeitweiligen Gouverneurs, Muhammad Ali Dimaporo , auf der anderen Seite — traf ins Mark der MNLF, für die diese Periode die wohl härteste Bewährungsprobe seit ihrem Bestehen bedeutet haben muß.

Die Haltung Manilas im Mindanao-Konflikt änderte sich, wenngleich nicht strukturell, so doch in der unterschiedlichen Akzentsetzung, mit eskalierender Gewalt. Bis zum Kriegsrecht herrschte die Meinung vor, daß der Süden im Vergleich zum Norden unter der Last ungleicher historischer Prozesse, Vorurteilen und wirtschaftspolitischer Rückständigkeit zu leiden hatte, was allesamt auf die Machenschaften der Kolonialmächte Spanien und die USA reduzierbar sei: die ,,grundlegende Einheit der Filipinos'' wurde als zerrissen gewertet und zurück blieb ,,das Erbe sozialen Ungleichgewichts in Mindanao und den benachbarten Inseln'' (17). Zur Behebung dieses Mißstandes wurde eine wirtschaftspolitische Strategie verfolgt, durch die der Süden an die Entwicklung des Nordens angekoppelt werden sollte. Unterschlagen wurde dabei die Rolle, welche der philippinische Staat einnahm — nämlich die eines subimperialistischen Instruments, das Komplize und Wegbereiter einer Politik der Kolonialisierung und Kolonisierung war.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts machten Regierungsstellen keinen Hehl daraus, daß die kulturellen Belange der Moros vernachlässigt, ihr Grund und Boden von skrupellosen Individuen und Firmen in Besitz genommen und die Erschütterung ihrer traditionellen Wertvorstellungen manifest wurden, als durch den Zustrom aggressiver christlicher Siedler das soziale Leben tiefe Einschnitte erfuhr. Das vielfach bemühte Etikett des Religionskrieges zur Beschreibung des Konflikts im Süden wurde zurückgezogen. In seinem weitverbreiteten Aufsatz ,,Encounter of Cultures'' schrieb Botschafter Leon Ma. Guerrero, daß die Zeit religiöser Kriege im Lande vorüber sei und ,,niemand auf den Philippinen die Treulosen oder **kafirs** gewaltsam zu bekehren gedenke, was das Wesensmerkmal eines Religionskrieges ausmacht.''(18)

Alejandro Melchor, Mitte der 70er Jahre der einflußreiche **PRESIDENTIAL EXECUTIVE SECRETARY** und von 1973 bis 1977 Vorsitzender der maßgeblich mit der Regierungsplanung vis-à-vis dem Süden betrauten **PRESIDENTIAL TASK FORCE FOR THE RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT OF MINDANAO**, anerkannte, daß die Ausbeutung eines ungebildeten und machtlosen Volkes durch Fremde, die relative Unterentwicklung der Region wie die Mangelhaftigkeit sozialer Leistungen unter den Moslems das Gefühl schürte, diskriminiert zu werden. (19)

Gab hier nun die Zentralregierung andeutungsweise ihre Mitschuld am Mindanao-Konflikt zu, so ließen daraus ableitbare praktische Verbesserungen auf sich warten. Das ,,Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm für Mindanao und Sulu'' wurde als integraler, unbedingte Priorität genießender Teil der nationalen Entwicklungsstrategie mitsamt all seinen der Bevölkerung abstrakt in Aussicht gestellten Vorteilen gepriesen. Einstmals bestandene Ungleichheiten, so Melchor, würden durch die Entwicklung des Südens endgültig ausgemerzt. Somit würde das Pendel dann zugunsten der früher Benachteiligten ausschlagen.(20)

Infrastruktur, Ausweitung der Plantagenwirtschaft, Errichtung industrieller Komplexe, die Holz- und Fischfangindustrie etc. und die damit verbundene Verelendung waren zur Einlösung des Regierungsversprechens ungeeignet. Sie blieben Ideologie, die von dem ihr von Anfang an innewohnenden martialischen Charakter ablenken sollte.



Ein gewisser Erfolg kann ihr dennoch nicht abgesprochen werden — ge- Ein gewisser Erfolg kann ihr dennoch nicht abgesprochen werden — ge-genüber dem (islamischen) Ausland war diese Entwicklungsstrategie als Appeasement ausweisbar, gegenüber den USA, Japan und Westeuropa mußte sie stimulierend für Kapitalinvestitionen wirken und schließlich vermochten gewisse den Moslems gewährte Konzessionen (im religiösen und Erziehungs- und Ausbildungssektor) die internationale Öffentlichkeit zeitweilig einzulullen und Manila den Makel einer Ausrottungs- bzw. gezielten Repressionspolitik zu nehmen.

Trotz aufwendiger Regierungspropaganda fand eine Militarisierung statt, die in dieser systematischen und massiven Form — selbst im Verhältnis zu anderen Landesteilen — beispiellos und als Strukturelement der Entwicklungsstrategie anzusehen ist.

Die jüngste Terrorwelle, der selbst relativ gemäßigte Oppositionspolitiker wie Cesar Climaco (ehemaliger Bürgermeister von Zamboanga) zum Opfer fielen, beweist dies aufs anschaulichste.

Anmerkungen:

(1) Diese und die weiteren Ausführungen basieren auf Interviews, die der Autor im Sommer 1977 in den Lanao-Provinzen und im Sommer 1978 auf Jolo, Siasi und Tawi-Tawi (Sulu-Archipel) mit MNLF-Kadern führte, wie auf folgenden Quellen: verschiedenen Ausgaben von „Mahardika", dem offiziellen MNLF-Bulletin; des „Far Eastern Economic Review" (Hongkong); von „Liberation", dem offiziellen Organ der Nationaldemokratischen Front (NDF); von „Ang Bayan", dem zentralen Organ der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), sowie auf: Robert D. McAmis, „Muslim Filipinos: 1970-72" in: „Solidarity", 8.6.:3-16, Manila 1973, Solidaridad Publishing House; Peter G.Gowing, „Contrasting Agenda for Peace in the Muslim South" in: „Philippine Quarterly of Culture and Society," 8.4.:286-302, Cebu City, Dec. 1980, University of San Carlos; Alunan C. Glang, „Muslim Secession of Integration?", Quezon City 1969, R.P. Garcia Publishing Co., Mamintal A. Tamano, „Report on Deteriorating Peace and Order Conditions in Cotabato," filed by the Committee on National Minorities, Senate of the Philippines, Manila (April) 1971 und „An Anatomy of Philippine Muslim Affairs," Makati/Rizal 1971, Filipinas Foundation, Inc.

(1a)Vereinigung südostasiatischer Nationen, zu deren Mitgliedstaaten nebst den Philippinen Indonesien, Singapur, Malaysia, Brunei und Thailand gehören.

(2) Zit. nach: „Moving Heaven and Earth: An Account of Filipinos Struggling to Change Their Lives and Society", ed. by the Commission on the Churches' Participation in Development (CCPD), World Council of Churches and the Philippine Ecumenical Writing Group, Manila 1982, p. 183.

(3) Integriert in dieses Südkommando wurden folgende Einheiten: 1.) das „Südwestkommando" mit Sitz in Zamboanga City; 2.) das in Cotabato ansässige „Zentralmindanao-Kommando"; 3.) die in Davao stationierte Einsatztruppe „Pagkakaisa" („Einheit"); 4.) die „4. Infanteriebrigade" in Cagayan de Oro City unter dem Befehl von Brigadegeneral Alfonso Alcoseba; 5.) sämtliche zur „4. Constabulary" zählenden Einheiten; 6.) das „Sulu-See- und Grenzkommando"; 7.) die von Brigadegeneral Abraham Mangonon, Zamboanga, befehligte "11. Luftlandedivision" und 8.) die „Südflotte" der Marine unter Kapitän Pablo Gutierrez.

(4) Seit dem 1. Mai 1976 kann der Befehlshaber des Südkommandos, ohne die Zustimmung der betreffenden Kommandeure der Teilstreitkräfte einzuholen, Armee-Luftwaffen-, Constabulary- und Marineverbände an die Front werfen. Siehe: „Bulletin Today"(Manila), May 2, 1976, pp . 1,5. — Vgl. auch: R. Werning, „Südostasien im Jahre des Drachen: Politischer Reisebericht", Bonn 1976, S. 9-39.

(5) "Pacific Stars and Stripes", Dec. 22, 1975.

(6) Von 58,433 Mio. US-Dollar für die Fiskaljahre 1970-72 auf 95,862 Mio. US-Dollar für den Zeitraum 1973-75.

(7)Zit. nach: „South China Morning Post" (Hongkong), March 2, 1976.

(8) Minsupala ist die Abkürzung für Mindanao, Sulu und Palawan.

(9)„Pacific Stars and Stripes", Dec. 13, 1975.

(10) Sullivan war dort u.a. an der Aufrechterhaltung des von der CIA unterhaltenen „Air America"Flugnetzes und der Ausbildung der Söldnertruppe des berüchtigten Generals Vang Pao beteiligt.

(11) Der Text dieser Resolution ist abgedruckt in:„The Southwestern Philippines Question", 2nd ed., Manila 1977: Department of Foreign Affairs, R.P., (Annex IV, pp.40-50.)

(12) Als Dokumente zur Einschätzung des „Tripolis-Abkommens" und der Ereignisse danach, die den Standpunkt aller Beteiligten widerspiegeln, seien folgende genannt: 1) Der eigentliche Text ist in vollem Wortlaut im „The Southwestern Philippines Question", op.cit., Annex XI, pp. 76-82, abgedruckt; 2) die Regierungsposition findet sich im „White Paper on Ceasefire and Terrorist Atrocities in Southwestern Mindanao and Sulu", Manila: Department of Public Information, Oct.29, 1977; 3) Marcos' Version über das Scheitern der Tripolis-Nachfolgegespräche, damit auch des Abkommens, war in seiner am 3. Mai 1977 vor der „Interim-Batasang Pambansa" (Nationalversammlung) gehaltenen Rede enthalten, deren Wortlaut wiedergegeben ist in: A.T. Tiamson/R.N.Caneda (comp.), „The Southern Philippine Issue: Readings in the Mindanao Problem", Vol.1, Marawi City 1979: 12th Annual Seminar on Mindanao and Sulu Cultures, Nov. 16-18, 1979, pp. 1-18; 4)Abdurasad Asani, Direktor des MNLF-Verbindungs- und Informationsbüros in Tripolis, legt in der Schrift „Moros — Not Filipinos", published by the Bangsamoro Research Centre, 1980, n.p.43 pp. die offizielle MNLF-Position dar; Nur Misuari gab seine Einschätzung in seiner Rede auf dem „International Congress on Cultural Imperialism" im Oktober 1977 in Algier kund; 5) eine weitere Lageeinschätzung dem „International Congress on Cultural Imperialism" im Oktober 1977 in Algier kund; 5) eine weitere Lageeinschätzung stammt von der gegen die MNLF opponierenden „Bangsa Moro Liberation Organization"(BMLO) in: „Position Paper", Mecca, Saudi Arabia: BMLO General Headquarters, August 1978, 15 pp.typescr.

(13) Siehe: „Far Eastern Economic Review" (Hongkong), June 25, 1975.

(14)Nur Misuari in seinem Redebeitrag auf dem „International Congress on Cultural Imperialism" in Algier im Okt. 1977.

(15) Die Verbindungen der BMLO zu Manila, den AFP und US- Geheimdienststellen stehen außer Frage. Der Washingtoner Kolumnist Jack Anderson veröffentlichte im Juni 1978 einen von Admiral Romulo Espaldon, dem Befehlshaber des Südkommandos, an Marcos gerichteten Brief, in dem auf Kontakte der BMLO mit der „Development Strategies Inc." (DSI) und dieser mit der amerikanischen Regierung eingegangen wurde. Die DSI ist eine Firma mit Sitz in Washington, von der angenommen wird, daß es sich um eine CIA-Tarngesellschaft handelt. Aus der Zeit stammt auch ein Report von der DSI („Problems and Prospects of Economic Development in Southern Philippines"), worin für eine verstärkte Kooperation zwischen amerikanischen Konzernen, arabischen Ölgeldern und dem Marcos-Regime bei der Stärkung der MBLO plädiert wurde. Dies sei geboten, da die BMLO „als effektivste und mächtigste der Befreiungsgruppen den Einfluß der MNLF zu unterminieren vermag" und „das BMLO-Programm antikommunistisch ausgerichtet und im Kern konservativ ist" — vgl.: „Southeast Asia Chronicle" (Berkely), No.82, Feb. 1982, p.20 — Exemplarisch nachweisbar ist hier auch, wie über die unverhüllte Intervention hinaus die imperialistische Regie zielstrebig Differenzen ideologischer, ethnischer und klassenmäßiger Natur schürt: Salamat und Pendatun sind ethnisch Maguindanaos, Lucman und Alonto Maranaos und Misuari sind Tausug; Misuari war Lehrer, die anderen sind Grundbesitzer oder Geistliche. Hatten erstere sich im saudisch-ägyptischen, proamerikanisch orientierten Netzwerk verstrickt, so setzte Misuari auf Libyen.

(16) Natürlich wurden durch diese Regierung bürokratische Positionen geschaffen, die für „Quislinge" reserviert blieben.

(17)„White Paper on Ceasefire...", op.cit., p.3

(18) Leon Ma. Guerrero, „Encounter of cultures" in: „Philippines Quarterly" 5.3.:20, Manila 1973.

(19) Alejandro Melchor, „Reconstruction and development program for Southern Philippines" in: „The Philippine Economy in the Mid-Seventies: Development for the New Society", Manila 1974: Department of Public Information, BNFI, pp. 163-71.

(20) Ibid., p.165

I. Teil

Kubakrise 1961 - 1963

Vor etwas mehr als 20 Jahren stand Mittelamerika schon einmal im Brennpunkt des Weltgeschehens. Auf Kuba hatte die „Bewegung des 26. Juli" das Batista-Regime gestürzt und das kubanische Volk begann eine neue Gesellschaft auf der Insel aufzubauen. In den folgenden Jahren versuchten die USA mehrfach, die politische Macht über die Insel zurückzugewinnen, angefangen bei der Unterstützung der konterrolutionären Banden, die in der ersten Zeit das Rad der Geschichte zurückzudrehen versuchten, bis zu der gescheiterten Schweinebuchtinvasion und schließlich der Konfrontation mit der Sowjetunion im Herbst 1962.

Dem Sieg der kubanischen Revolution Sylvester 1959 folgte eine kurze Phase, in der sowohl die US-Regierung als auch die Sowjetunion die neue Entwicklung auf Kuba beobachteten. Die USA hatten noch bis zum Herbst 1958 die Kraft der Guerilleros um Castro und Guevara falsch eingeschätzt und waren infolgedessen überrascht vom plötzlichen Umschlagen des Kräfteverhälnisses auf der Insel. Ähnliches galt auch für die Sowjetunion, deren politische Vertretung — die KP Kubas — bis zuletzt kein Vertrauen in die Aufständischen gesetzt hatte.

Mit der Zeit mußten die USA jedoch erkennen, daß mit der „Bewegung des 26. Juli" Menschen die politischen Geschicke Kubas zu führen begannen, die keine bürgerlichen Machtinteressen verfolgten, sondern eine gesellschaftliche Veränderung anstrebten. Die Verstaatlichungen der Öl-Multis, der US-Telefongesellschaft usw. im Jahre 1960 und 1961 setzten Signale, die nicht zu übersehen waren. Und so gingen die USA zu einer Politik der Aggression und Destabilisierung über. Sie unterstützten die noch im Lande befindliche Konterguerilla, sie gewährten den im Süden der USA lebenden Exilkubanern militärische und logistische Unterstützung im Kampf gegen die Revolution auf Kuba. Im Januar und Februar 1961 hatte die Regierung Kubas Informationen darüber, daß ein von den USA unterstützter Invasionsversuch in Kürze bevorstand. Immer wieder machten Castro und andere Mitglieder der revolutionären Regierung die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam, was dort in den USA und in den Staaten Mittelamerikas gegen Kuba vorbereitet wurde. In den Medien der westlichen Welt wurden diese Versuche jedoch immer wieder als haltlose Propandatiraden Castros denunziert. Unter der Schlagzeile „*Fidel Ca-*

Versuche jedoch immer wieder als haltlose Propandatiraden Castros denunziert. Unter der Schlagzeile „*Fidel Ca-*

stros Popanz" kommentierte die „Welt" am 1.4.1961: „Kein totalitäres Regime, das sich auf die Gefolgschaft politisierter Massen stützt, konnte bisher darauf verzichten, Gegner zu installieren: Gegner, denen man die Schuld für das eigene Versagen zuschreibt ... Dem Gewaltmensch auf Kuba, der Christus in jeder Rede zitiert, sind in seiner Besessenheit zwei Jahre nach dem Machtantritt keine Schmähung und keine generalisierende Verdammung primitiv genug, wenn sie ihm helfen, den Haß der Massen auf andere zu schüren ..."

Kuba versuchte, vor dem Weltsicherheitsrat die Völker der Welt über die Absichten der USA zu informieren. Die Neue Zürcher sprach von „*Kubas Kampagne gegen Washington*". In welchem Klima diese Auseinandersetzungen vor dem Sicherheitsrat stattfanden, verdeutlicht ein Bericht in der NZZ vom 6.1.61: „Als erster Redner ... ergriff der zur Sitzung eingeladene kubanische Außenminister Roa das Wort, wurde aber schon bei seinen ersten wüsten Angriffen gegen die Vereinigten Staaten durch lautes Geschrei castrofeindlicher Kubaner ... unterbrochen. Diese riefen ihm unter anderem Worte wie „Mörder" und „Kommunist" zu ... Manifestationen gegen Roa mit Versuchen, ihn tätlich anzugreifen, hatten bereits vor Sitzungsbeginn vor dem Gebäude der UN stattgefunden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung stürzte sich Roa in eine phantastisch maßlose Schimpfrede gegen die Vereinigten Staaten ...". Der Vertreter der USA verwies natürlich alle Anklagen in das Reich der Erfindungen, ob es die Vorbereitung einer Invasion betraf oder die Tatsache, daß die USA Druck auf lateinamerikanische Staaten ausübten um den Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen zu Kuba zu erreichen. Lediglich der sowjetische Vertreter vor der UN unterstützte die Kubaner. „*Künstliches Invasionsfieber in Havanna*", „*Die Invasionspsychose auf Kuba*", „*Castro macht mobil - Geht es jetzt gegen die US-Flottenbasis Guantanamo*" — eine Auswahl von Schlagzeilen der folgenden Wochen. In dieser Zeit hatten die USA ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen und die meisten lateinamerikanischen Länder ihrerseits auf den Isolationskurs gegen Kuba verpflichtet.



„Wir hatten vor uns hier zu versammeln um einmal mehr zu erklären, daß wir nicht gebeugt werden können. Daß ein Angriff auf Kuba bedeuten würde, einen Strom blonder Invasoren in den sicheren Tod zu schicken — in jedem Haus und auf jedem Feld auf dieser Insel. Aber wir mußten entdecken, daß die Warnung des Premierministers der UdSSR den Charakter unserer Drohung verändert hat. Eine Invasion Kubas würde heute mehr bedeuten als die Vernichtung der Gebäude durch feindliche Bomben, mehr noch als das Töten unserer Kinder, unserer Frauen, unseres ganzen Volkes durch die große Überlegeneheit des Feindes und seiner Luftwaffe. Dies würde auch etwas anderes bedeuten, etwas, das die Gedanken der Nordamerikaner stoppen müßte; dies könnte bedeuten, daß Atomraketen einmal und für immer ein Land ausradieren, das heute für koloniale Machtansprüche steht."

Aus einer Rede Ernesto Che Guevaras, 10. Juli 1960

Unternehmen Schweinebucht

Ein Sprung nach vorn: Die Invasion in der Schweinebucht Mitte April — zwei Monate nach der Auseinandersetzung vor der UN. Die Invasion war natürlich von den USA und dem CIA vorbereitet worden. 45 Millionen Dollar hatte der CIA aufgewandt, um 1.500 Exilkubaner auf dieses Unternehmen vorzubereiten. Ein US-General erklärte zum Invasionsfiasko, „er habe inoffiziell militärische Vorbereitungen für einen Landungsversuch dieser 1.500 Mann an einem Punkt der kubanischen Küste zugestimmt, von dem aus

nen Landungsversuch dieser 1.500 Mann an einem Punkt der kubanischen Küste zugestimmt, von dem aus

sie sich den im Inneren kämpfenden Gegnern Castros hätten anschließen sollen. Es sei jedoch alles völlig verkehrt gelaufen. Die alten Bomber der Invasoren hätten Kuba bei vollem Tageslicht angeflogen, wo Castros Maschinen sie bereits erwartet hätten. Castro habe ferner im voraus die Landestellen gekannt, und dort seine Truppen massiert. Schließlich habe die Versenkung eines Liberty-Schiffes die Katastrophe besiegelt" („FAZ", 25.5.61). Propagandistisch war diese Invasion unter anderem mit einer Broschüre des US-amerikanischen Staatsdepartement vorbereitet worden, in der an Fidel Castro appelliert wurde die Beziehungen zum internationalen Kommunismus abzubrechen. An das kubanische Volk gewandt versprach der neue Präsident John F. Kennedy: „Die Einwohner Kubas sind nach wie vor unsere Brüder. Wir geben zu, daß in unseren Beziehungen zu ihnen Fehler begangen worden sind. Die Vereinigten Staaten und mit ihnen die anderen Nationen der westlichen Hemisphäre geben der tiefen Entschlossenheit Ausdruck, einer künftigen demokratischen Regierung auf Kuba in Bestrebungen, dem kubanischen Volk zu Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit zu verhelfen, volle politische Unterstützung zuzusichern" (NZZ, 5.4.61).

Drei Tage kämpften die kubanischen Truppen gegen die Invasionstruppen, bis sie schließlich 1.200 Exilkubaner gefangen nahmen. Die Regierung der USA befand sich „in der Rolle des engagierten Zuschauers" (NZZ, 17.4.61), und sie hoffte damals ernsthaft, daß ein allgemeiner Aufstand in Kuba die Invasoren unterstützen würde. Gleichzeitig hatte sie aber immer noch die Stirn, jegliche Beteiligung an diesem Unternehmen abzustreiten. In einer der wiederum sehr wilden UN-Debatten in diesen drei Tagen behauptete der US-Vertreter, die Anschuldigungen durch Kuba „seien absolut unwahr ... Die Vereinigten Staaten haben keine Aggression gegen Kuba begangen ... Wir hoffen, daß dem kubanischen Volk gelingen möge, was Castros Revolution nicht einmal versucht hat: Kuba die Demokratie zu bringen."



„Aber Kuba ist nicht eine sich ganz allein überlassene Insel, und unsere Besorgnis beschränkt sich nicht auf den bloßen Ausdruck der Nichteinmischung und des Bedauerns. Es ist nicht das erste Mal in der alten oder neuen Geschichte, daß eine kleine Gruppe von Freiheitskämpfern gegen den Panzer des Totalitarismus angegangen ist. Es ist nicht das erstemal, daß kommunistische Panzer über tapfere Männer und Frauen gerollt sind ... Es ist auch nicht etwa die letzte Episode in dem ewigen Kampf der Freiheit gegen die Tyrannei überall auf der Welt und auch in Kuba."

John F. Kennedy am Tag nach der gescheiterten Schweinebuchtinvasion.

„... der Krieg geht weiter"

„... der Krieg geht weiter"

Am Tage nach der völligen Niederlage der Invasoren hielt Kennedy eine Rede vor einer Versammlung von Chefredakteuren US-amerikanischer Zeitungen, mit der er die Politik der nächsten Zeit gegen Kuba umriß. Mit dem Motto „Eine Schlacht wurde verloren, aber der Krieg geht weiter" ist diese Rede am besten zu charakterisieren. Es sei „klarer denn je, daß wir einem unbarmherzigen Kampf in jeder Ecke der Welt gegenüberstehen, der weit über den Zusammenstoß von Armeen oder selbst nuklearen Waffen hinausgeht. ... Macht ist das Merkmal dieser Offensive — Macht und Disziplin und Tücke. Die legitime Unzufriedenheit von Menschen, die sich nach Besserem sehnen, wird ausgebeutet. Die legitime Sache der Selbstbestimmung verschwindet, und das Versprechen einer Revolution wird an eine Herrschaft des Terrors verraten wie in Kuba. **Die Botschaft von Kuba, von Laos, vom Erklingen der kommunistischen Stimmen in Asien und Lateinamerika — diese Botschaften sind alle die gleichen. Die selbstzufriedenen, die nachsichtigen und die weichen Gesellschaften werden mit den Trümmern der Geschichte hinweggefegt. Nur die Starken, nur die Fleißigen, nur die Weitsichtigen können überleben. Unserem Land und meiner Regierung stellt sich keine größere Aufgabe. ... Lassen Sie mich als Ihr Präsident klarstellen, daß das Überleben und der Erfolg unseres Systems mein unverrückbares Ziel ist, ungeachtet der Kosten und ungeachtet der Gefahr**" (NZZ, 22.4.61).

Kennedy erhielt in der Folgezeit die volle Unterstützung der US-Politiker. Die Lehre aus der Niederlage in der Schweinebucht war eine Offensive der USA an zwei scheinbar gegensätzlichen Fronten. Zum einen wurden die Programme der CIA und des Militärs im Anti-Guerillatraining verstärkt. Die Errichtung des militärischen Schulungszentrums in der Panama-Kanalzone, die „School of the Ameriacas", war ein wesentlicher Teil dieses Programms. In den nächsten Jahrzehnten sollten tausende von Anti-Guerillakämpfern durch diese Schule gehen, die den Kampf gegen die Revolutionäre in Chile, Argentinien, Bolivien usw. führten. Zum anderen verkündete Kennedy bald darauf seine „Allianz für den Fortschritt", deren Grundlage materielle Hilfsprogramme und Entwicklungshilfe für Lateinamerika war. Mit diesem Konzept versuchte der US-Imperialismus, die soziale Basis für die Revolution in Lateinamerika auszutrocknen.

Die erste Unterstützung durch die Sowjetunion

Während der Jahre 1960 und 1961 leistet die Sowjetunion wirtschaftliche und diplomatische Hilfe für die kubanische Revolution. Im Januar 1960 be-

stet die Sowjetunion wirtschaftliche und diplomatische Hilfe für die kubanische Revolution. Im Januar 1960 be-

reist Mikojan, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, die Insel. Im Februar unterzeichnen Kuba und die SU ein Handels- und Zhalungsabkommen sowie Verträge über großzügige Kreditleistungen. Die Vereinbarungen sahen beträchtliche Sofortkäufe kubanischen Zuckers vor, danach die Abnahme von jährlich 1 Mio. t Zucker zum Weltmarktpreis. Weiter verpflichtete sich die Sowjetunion zur Lieferung von Rohöl, Maschinen, Industrieanlagen und anderen Gütern. Der den Kubanern gewährte Kredit von 100 Mio. US-Dollar mit 2.5% Verzinsung war hauptsächlich zur Finanzierung sowjetischer Industrialisierungshilfe bestimmt. In rascher Folge unterzeichnet Kuba mit Polen, der Tchechoslowakei und der DDR ähnliche Abkommen. Im Mai des gleichen Jahres reisten zahlreiche sowjetische Experten nach Kuba, um den wirtschaftlichen Aufbau durch ihr Wissen über Wirtschaftsplanung, Bergbau und Hüttenwesen, Energiewirtschaft und vieles mehr zu unterstützen.

Diese materielle und wissenschaftliche Unterstützung war für Kuba gerade in diesem Zeitraum wichtig, da die USA die traditionelle Abnahme von kubanischem Zucker boykottierten, und insgesamt ein teilweise offenes, teilweise stilles Wirtschaftsembargo von seiten der westlichen Industriestaaten anlief. Spätestens nach der Verstaatlichung der ehemals US-eigenen Raffinerien durch die Revolutionsregierung wurde die Insel von der Energielieferung aus US-Ölquellen ausgeschlossen. Daraufhin sprangen auch hier die UdSSR ein und errichteten von den Schwarzmeer-Depothäfen aus eine regelrechte „Tanker-Brücke" quer über das Mittelmeer und den Atlantik. Bald deckte die SU den gesamten Rohölbedarf Kubas. Im Mai 1960 stellten die SU und Kuba offizielle diplomatische Beziehungen zueinander her. Schon damals versicherte die sowjetische Führung der kubanischen Regierung, daß sie jeden Versuch der USA, die Insel durch eine Wirtschaftsblockade in die Knie zu zwingen, mit geeigneten Hilfmaßnahmen vereiteln würde. Ende Juni 1960 reiste Raul Castro, der Bruder Fidels, nach Prag um dort über Waffenlieferungen zu verhandeln. Die erste Schiffsladung mit Gewehren erhielt Kuba im Frühsommer 1960. Aus diesem Zeitraum stammt auch die Erklärung Cruscows, die Sowjetarmee sei notfalls auch imstande, dem kubanischen Volk von der Sowjetunion aus mit Interkontinentalraketen Feuerschutz zu geben.

Das Traktorenkomitee

An der Art und Weise, wie sich die demokratischen und republikanischen Politiker der USA wechselseitig ihr Vertrauen aussprachen, ist auch ein wenig abzulesen, wie sehr die Niederlage in der Schweinebucht den US-Imperialismus in seiner Selbstherrlichkeit getroffen hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es im mittelamerikanischen Raum noch kein Volk geschafft, derartig allen Versuchen der USA zu trotzen, die erkämpfte Freiheit zunichte zu machen. Geradezu demütigend wurde für den US-Imperialismus der Austausch der Gefangenen des Schweinebuchtabenteuers. Auf einer Landarbeiterkundgebung verkündete Fidel Castro, daß die USA ihre Leute im Austausch gegen 500 Traktoren wiederhaben könnten. „Wenn Kenedy sagt, das seien seine Freunde und er liebt sie so sehr, dann soll er 500 Traktoren senden, und wir werden sie ihm zurückschicken. Die Invasoren müssen für den Schaden. den sie angerichtet

toren senden, und wir werden sie ihm zurückschicken. Die Invasoren müssen für den Schaden, den sie angerichtet

haben, zahlen" („FAZ", 19.5.61). In den USA wurde ein Freiheitskomitee gegründet, dem die Frau des ehemaligen Präsidenten Roosevelt angehörte, und noch eine Reihe anderer Prominenter. Inmitten der Zeit des verschärften Embargos gegen Kuba erzwang Castro einen regen Austausch von diplomatischen Noten und Reisen von Komiteemitgliedern aus den USA nach Kuba, um über die Austauschkonditionen zu verhandeln. Gleichzeitig wurde in den USA vom Freiheitskomitee ein Propagandafeldzug zur Unterstützung des Freikaufs der Schweinebucht-Söldner inszeniert. „Traktoren für die Freiheit" war die Parole. Schließlich scheiterte das Tauschgeschäft, weil die USA lediglich 500 leichte Farmtraktoren liefern wollten, aber „Castro besteht auf Bulldozern" („FAZ", 30.6.61). Die leichten Traktoren besaßen damals einen Wert von rund 3 Mio. US-Dollar, während die schweren Traktoren immerhin etwas mehr als 20 Mio. US-Dollar gekostet hätten. Schließlich wurden die Gefangenen im Dezember 1962, anderthalb Jahre nach ihrer Landung auf der Insel, gegen Medikamente und Nahrungsmittel im Wert von 54 Millionen US-Dollar eingetauscht.

In den folgen zwölf Monaten steigerten die USA und mit ihrer Hilfe die Exilkubaner die militärischen und politischen Angriffe auf Kuba. Luftraumverletzungen durch Spionageflugzeuge, Angriffe auf Fischereiboote, Bombenanschläge in den Städten auf Kuba und Attentatsversuche auf führende Mitglieder der kubanischen Regierung waren Teil der fortgesetzten Destabilisierungspolitik. Diese Politik sollte schließlich in die direkte Konfrontation der USA und der Sowjetunion im Herbst 1962 münden.

(Fortsetzung im nächsten AK)

Imperialismus-Kommission

USA — Nicaragua:

Wie eine Krise gemacht wird!

Nach den dramatischen Ereignissen Anfang bis Mitte November dringt kaum noch eine Nachricht über die Lage in Mittelamerika in die Öffentlichkeit. Es ist merkwürdig ruhig geworden.

Der große militärische Schlag der in Stellung gebrachten US-Kriegsmaschinerie ist ausgeblieben; die Lage habe sich entspannt lautet die — je nach Standpunkt — enttäuschte oder erleichterte Diagnose.

Das Entspannungsgerede ist doppelt falsch: Erstens kann von Entspannung nur reden, wer die Bombardierung der Bevölkerung El Salvadors und den täglichen Terror der US-Contras in Nicaragua für ganz normal, nicht der Rede und keiner Nachricht wert hält. Zweitens sind sämtliche militärischen Instrumente für einen Blitzkrieg gegen Nicaragua (oder gegen die FMLN) nach wie vor in unmittelbarer Nähe möglicher Kriegsschauplätze präsent: die im Golf von Fonseca laufenden Seemanöver können aus dem Stand auf den Ernstfall umgeschaltet werden. Der Sinn dieser Karibikmanöver in Permanenz ist es ja gerade, eine schlagkräftige Invasionsarmee aller Waffengattungen aufzufahren, die jederzeit zu einem Überraschungsschlag ausholen kann. Wie trügerisch die Ruhe ist, wird besonders deutlich, wenn man das Drehbuch analysiert, nach dem die Krise im November von der US-Regierung inszeniert worden ist.

Mit Geister-MIGs...

Am 7.11. tickert die Meldung über die Fernschreiber aller Presseagenturen, der sowjetische Frachter ,,Bakuriani'' steuere mit Abfangjägern des Typ MIG 21 an Bord den nicaraguanischen Hafen Corinto an. Am 8.11. hat es der CIA wieder einmal geschafft, in die Schlagzeilen der Weltpresse eine gezielte Desinformation zu lancieren. ,,MIGs für Nicaragua an Bord'' lautet die alamierende Nachricht, die gleichsam als Kriegserklärung Nicaraguas an die USA gehandelt wurde: Natürlich hat der CIA nicht den geringsten Beweis dafür, daß der sowjetische Frachter tatsächlich MIG-21-Flugzeuge geladen hat. Es spricht sogar vieles dafür, daß die US-Regierung genau wußte, daß dies nicht der Fall war. Das Risiko, der Lüge überführt zu werden, ist aber für den CIA keins, denn erstens erwartet eh niemand, daß dieser Putschverein sorgfältigst mit der Wahrheit hantiert, und zweitens würde selbst eine entlarvte Lüge ihren eigentlichen Zweck erfüllen: **Die Weltöffentlichkeit mit der Nase auf die offenbar doch recht innigen Beziehungen zwischen Nicaragua und der Sowjetunion zu stoßen.**

Und das läuft so: Die Presse meldet das Eintreffen von MIGs in Nicaragua. ,,MIG'' ist ebenso wie ,,SS-20'' ein assoziationsgeladenes Reizwort. Es steht für die militärische Verkörperung des Bösen, das sich nun endgültig in Nicaragua eingenistet habe. War es nicht eine MIG, die damals den koreanischen Jumbo vom Himmel schoß? Aha, denkt der Bürger, die Russen wollen also in Nicaragua Fuß fassen, logo, daß die Amis da was machen müssen. Diese durch eine Falschmeldung massenhaft verbreitete Assoziation ist die psychologische Grundlage, auf der die nordamerikanische Propaganda ihre interventionsvorbereitende Kampagne aufbaut.

> **MIGs — Na und?**
>
> *Es wird nicht möglich sein, daß die USA einen Krieg gegen eine andere lateinamerikanische Nation führen, ohne daß es eine Antwort geben wird, derer die USA sich auf ewige Zeiten erinnern werden.*
>
> *Nicaragua hat die unentrinnbare Pflicht, sich unter diesen Umständen zu verteidigen. Auf dem Spiel steht nicht eine Partei, weder ein Programm noch eine Klasse, sondern auf dem Spiel steht die Existenz Nicaraguas. Und wir alle sind Nicaraguaner, und wir wollen nicht warten, daß jemand kommt, um uns zu verteidigen, sondern wir müssen uns selber verteidigen.*
>
> *Und deshalb ist es eine absolute Notwendigkeit und praktisch eine Pflicht der Führung dieses Landes und dieses ganzen Volkes, sich zu bewaffnen, sich zu verteidigen, seine legitime Verteidigung vorzubereiten. Und jetzt verlangen gar noch die, die uns bedrohen, die uns angreifen wollen, daß wir uns vor ihren Augen entwaffnen. Wir werden nie auf irgendeine Waffe verzichten, die geeignet ist für die Verteidigung des Landes.*
>
> (Jaime Wheelock, zit. n. „Barricada" vom 8.11.)

Prompt erscheint wenig später auf den Titelseiten einer Reihe von Tageszeitungen ein im Blickfang placiertes dpa-Foto von einem russischen Panzer in den Straßen von Managua. ,,Tagesschau'' und ,,Heute'' zeigen Filmberichte von den Verteidigungsmaßnahmen des nicaraguanischen Volkes. Im optischen Mittelpunkt stehen — russische Panzer. Die Dinger sehen zwar recht vorsintflutlich aus. Das macht aber nichts. Entscheidend ist die Herkunft: **russische** Panzer!

Über Nacht steht Nicaragua im Fadenkreuz der ,,Ost-West-Konfrontation'', die von der US-Regierung bis hart an den Rand einer militärischen Eskalation angeheizt wird. Zwei Kriegsschiffe ,,eskortieren'' den sowjetischen Frachter bis tief ins nicaraguanische Hoheitsgewässer, ein Flugzeug von Typ SR 71 donnert rund ein Dutzend Mal über Managua hinweg, Kriegsschiffe mit über 15.000 Marines an Bord nehmen Kurs auf Nicaragua, in Honduras landet die gleiche ,,Elite-Fallschirmtruppe'', die vor einem Jahr an dem Überfall auf Grenada beteiligt war, die in der Panamakanalzone stationierte 193. US-Brigade wird in Alarmbereitschaft gesetzt.

Auf der Grundlage einer einzigen Falschmeldung inszeniert die US-Regierung binnen kurzer Zeit eine Weltkrise, in der nicht nur Nicaragua mit einem militärischen Überfall bedroht wird, sondern die auch auf eine direkte Konfrontation mit der Sowjetunion hin angelegt ist.

... gegen die Nachbarländer

Nachdem die MIG-Story ihre Schuldigkeit getan hat, wird sie dementiert. ,,*Berichte über angeblich mitgeführte MIG-21-Düsenjäger erwiesen sich offenbar als falsch*'', meldet die FAZ am 13.11. lakonisch. Das kann sie auch ganz unbefangen zugeben, denn inzwischen geht es längst nicht mehr um eine spezielle, angeblich besonders gefährliche Waffe, sondern um Waffen schlechthin, die nach Nicaragua geliefert werden.

Denn jene, egal ob Kalschinkovs oder Abfangjäger ,,verändern das Kräftegleichgewicht in der Region'' und ,,gefährden die Nachbarländer''.

Am 13.11. erklärt Außenminister Shultz vor der OAS bereits den bloßen Besitz von sowjetischen Waffen zu einer ,,Aggression'': ,,*Wir werden unseren Freunden in der Region helfen, der durch die sowjetischen Waffen geschaffenen Aggression zu widerstehen.*'' (FR, 14.11.) Einen Tag zuvor hat Weinberger bereits von ,,konstanten sowjetischen Waffenlieferungen'' gesprochen, die aus Nicaragua ein ,,zweites Kuba'' zu machen drohten, was die USA unter keinen Umständen hinnehmen würden: ,,*Ein zweites Kuba würde die Schwierigkeiten verdoppeln, die wir schon jetzt mit Kuba haben.*'' (TAZ, 13.11.)

,,Konstant'' sind die sowjetischen Waffenlieferungen nunmehr. ,,Managua im Waffenrausch'', beobachtet die ,,Neue Zürcher Zeitung'', und am 15.11. wird enthüllt, daß vier weitere Frachter nach Nicaragua unterwegs seien, wodurch sich die Lage ,,weiter verschärfe''. Über das Frachtgut der Schiffe werden keine Angaben gemacht; den Inhalt exakt zu bestimmen, überläßt man der zuvor einschlägig geweckten Vorstellungskraft des Lesers. Die spanische Zeitung ,,El pais'' meldete wenige Tage später, die Frachter hätten Traktoren und andere zivile Hilfsgüter gelöscht. Würden die USA endlich den russischen Waffenstrom nach Nicaragua unterbinden? ,,*Die nächste Stufe der Ereignisse im mittelamerikanischen Konflikt könnte eine massive Seeblockade sein, von der die sowjetischen Schiffe betroffen wären, die immer mehr Waffen nach Nicaragua bringen*'', frohlockte die FAZ am 15.10. Grundlage dieser Hoffnung war eine gezielte Indiskretion aus US-Regierungskreisen, von der die New York Times am 11.11. berichtete. Demnach erwäge die Reagan-Administration

— den US-Botschafter aus Managua abzuberufen;

— sowjetische Schiffe, die Nicaragua anlaufen ,,zu überwachen, zu bedrängen oder auf See abzufangen und auf ihren Inhalt zu kontrollieren'';

— eine totale Seeblockade Nicaraguas aufzubauen.

Noch am 15. November wird stündlich damit gerechnet, daß die US-Regierung eine dieser Maßnahmen ergreift oder gar einen direkten Angriff auf Nicaragua startet. Dafür spricht nicht nur der drohende Aufmarsch von 25 US-Kriegsschiffen im Golf von Fonseca, sondern auch die von verschiedenen US-Sprechern immer häufiger ausgesprochene aberwitzige Behauptung, Nicaragua plane einen Angriff auf die Nachbarländer.

,,*Mein Land wird Honduras und El Salvador mit allen erforderlichen Mitteln gegen einen Überfall der Nicaraguaner zu Hilfe kommen*'', erklärt der Sprecher des Pentagon Michael Burch (FR, 15.11.)

Einen Tag später sind Nicaragua, dessen geplanter Angriff auf die Nachbarländer, die US-Invasion und die sowjetischen Frachter vollständig aus der Presse verschwunden. Von einem Tag auf den anderen! Alles nur ein Nervenkrieg? Eine Propagandaschlacht?

Die „Opposition" in den USA zieht mit

Auf dem Höhepunkt der Krise erklärte US-Außenminister Shultz vor der OAS, daß die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens der USA im Stile der vor einem Jahr durchgeführten Grenada-Invasion nicht ausgeschlossen werden könne. ,,*Wenn es der Präsident noch einmal tun müßte, so werde er es tun.*'' (FR, 14.11.)

Der Überfall auf Grenada war ein Überraschungscoup, der sich vor allem aus dem kalkulierbaren schnellen Erfolg der Invasoren legitimierte. Hinzu kam der Mord an Bishop, der den Yankees die Eintrittskarte zum Überfall frei Haus lieferte.

Die Ausgangssituation für ein militärisehes Eingreifen in Nicaragua ist völlig anders: Die zu erwartende heftige militärische Gegenwehr des nicaraguanischen Volkes und die (sicher nicht nur verbalen) weltweiten Proteste verlangen ein hohes Maß an politischer Übereinstimmung innerhalb der herrschenden Klasse, den politischen Parteien und den Massenmedien in den USA. Zweifellos hat die inszenierte MIG-Krise erheblich zu einer inneren Frontbegradigung in den USA beigetagen. Die (taktisch motivierten) Widerstände einflußreicher demokratischer Politiker gegen ein militärisches Abenteuer sind dramatisch kleiner geworden. Bereits einen Tag nach der MIG-Meldung hatte der demokratische Senator Christopher Dodd, der bislang einer der schärfsten Reagan-Kritiker im Senat war, nichts Eiligeres zu tun, als dem Präsidenten seine Unterstützung für eine militärische Aktion, wenn sie notwendig sei, zu versichern. Begünstigt durch die Niederlage der



Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen kann Reagan nunmehr mit einer breiten Unterstützung seines Kriegskurses in beiden Abgeordnetenhäusern rechnen.

Ebenso erfolgreich verlief die Gleichschaltung der großen Medien, die die Dramaturgie der MIG-Krise journalistisch aufbereiten und jede Behauptung des Pentagon zu untermauern wußten. Als unabweisbar klar wurde, daß die MIG-Story eine Legende war, haben sie nicht etwa nach den Absichten derer gefragt, die sie in die Welt gesetzt hatten, sondern sind übergangslos auf die neue Propagandamasche eingeschwenkt, Nicaragua rüste zum Angriff auf seine Nachbarn.

Drittens schließlich muß befürchtet werden, daß erhebliche Teile des nordamerikanischen Volkes bereit sind, sich in den für ein militärisches Unternehmen gegen Nicaragua notwendigen chauvinistischen und nationalistischen Taumel reißen zu lassen.

Wenn denn die Krise ein ,,Propagandakrieg'' war, dann hat ihn die US-Regierung zumindest im eigenen Land ,,gewonnen''. Von Anfang an wurde in den USA unterschwellig die Frage aufgeworfen, ob Nicaragua das Recht habe, sich zu verteidigen. Die Frage aufwerfen ist schon unverschämt genug. Die eindeutige Antwort nicht nur des Reagan-Regimes lautete: NEIN! Die Lieferung von MIG-Flugzeugen wäre bereits ein Kriegsgrund gewesen; wenig später waren es bereits a l l e Waffen, die sich Nicaragua anschafft oder je anschaffen werde, die die ,,Sicherheit der USA bedrohen''. Ab sofort ist jede Flugabwehrrakete, die Nicaragua gegen Luftüberfälle und Bombardierungen einsetzen könnte, eine ,,Offensivwaffe'', die die Nachbarstaaten bedroht. Ab sofort ist jeder Hubschrauber, den die Sandinisten gegen die Contrabanden einsetzen, ein ,,subversiver und aggressiver Akt'' (Shultz) — kurz: **Während die USA auf allen Ebenen einen militärischen Überfall auf Nicaragua planen, androhen und vorbereiten, ist jede Verteidigungsmaßnahme der Angegriffenen eine ,,gefährliche Aggression'', fordert also einen Angriff geradezu heraus. Dieser imperialistische Größenwahn, der ganze Völker vor die Alternative Kapitulation oder Tod stellt, ist in den USA offenbar weniger umstritten denn je.**

Die Propaganda der USA, Nicaragua betreibe eine Hochrüstungspolitik, hat jedoch auch einen realen Kern. Die Sandinisten haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie mit allen Mitteln versuchen wollen, eine schlagkräftige Luftabwehr aufzubauen. Bislang ist Nicaragua so gut wie hilflos den ständigen Angriffen aus der Luft ausgesetzt. Eine effektive Bekämpfung der Contrastützpunkte im Landesinneren ist nur aus der Luft, z.B. mit Kampfhubschraubern, möglich. Eine moderne Luftabwehr würde aber vor allem auch eine geplante US-Intervention noch schwerer machen als ein solches Unternehmen eh schon wäre. **Aus diesem Grund war die inszenierte MIG-Krise auch der Beginn eines Entwaffnungskrieges, dessen Planer schnurstracks auf die Bombardierung nicaraguanischer Militäranlagen und Flughäfen zusteuern.**

Aus dem gleichen Grund muß aber auch die Solidaritätsbewegung daran festhalten, daß die nicaraguanische Regierung das Recht hat, sich j e d e Waffe — egal woher — zu beschaffen, die sie zur Verteidigung des Landes und zur Beendigung des Contra-Krieges für norwendig hält. Genau das ist die zeitgemäße Übersetzung der Forderung nach Selbstbestimmung für Nicaragua. Und all jenen, denen heute die Floskel von dem Selbstbestimmungsrecht des nicaraguanischen Volkes so leicht und selbstverständlich über die Lippen geht, sollte die Frage vorgelegt werden, ob das denn für sie auch das Recht der Sandinisten einschlösse, sich Waffen, beispielsweise aus der Sowjetunion, zur Verteidigung gegen den Imperialismus zu besorgen.

Aktive Neutralisierung der Sowjetunion

In der offiziellen Ideologie der nordamerikanischen und westdeutschen Rechten wird Nicaragua nur noch als ,,Stellvertreter Moskaus'' gehandelt. Im Auftrage des Kreml destabilisieren die Sandinisten die gesamte Region, wobei Castros Kuba als aktiver Befehlsüberbringer, als Ideologie- und Waffenexporteur fungiere. Diese unkomplizierte Sicht der Dinge bringt die nebenstehende Karikatur in angemessener Primitivität zum Ausdruck. Was aber soll die Bildunterschrift ,,Hände weg von Nicaragua'' bedeuten? Unterstellen wir dem Zeichner ein gewisses Maß an weltpolitischer Vorsicht, so wäre sie nicht nur die Verballhornung einer Parole aus der Solidaritätsbewegung, sondern gleichzeitig auch eine Warnung an die USA, das militärische Kesseltreiben gegen Nicaragua nicht zu weit zu treiben. Wenn Ihr Nicaragua überfallt, dann riskiert Ihr das unkalkulierbare Abenteuer einer militärischen Konfrontation mit der nächst größeren Figur im Marionettenspiel, schließlich mit dem Drahtzieher im Hintergrund selber, also einen Weltkrieg!

Leider spricht alles gegen diese wohlmeinende Interpretation. In der gleichen Ausgabe der Zeitung heißt es in einem Kommentar: ,,... *aber bislang treibt alles immer mehr auf eine Blockade zu, die, zur See und in der Luft ausgeübt, nicht mehr den Stellvertreter Nicaragua beträfe, sondern unmittelbar sowjetische Transportmittel.*'' (FAZ, 15.11.)

Für die Kriegsplaner im Pentagon ist ein möglicher Zusammenstoß mit der Sowjetunion und mit Kuba kein — möglichst zu minimierender — Risikofaktor in der Abrechnung mit der sandinistischen Revolution, sondern ein



Hände weg von Nicaragua!

Fortsetzung auf übernächster Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

treibendes Motiv ihrer Eskalationsstrategie.

Die Kriegsschiff-Eskorte des sowjetischen Frachters sowie die öffentlichen Diskussionen über Seeblockade und direkte Übergriffe auf sowjetische Schiffe überbrachten der Sowjetunion die unmißverständliche Botschaft: Wenn Ihr weiteres Kriegsmaterial nach Nicaragua schafft, riskiert Ihr einen direkten Angriff auf Eure Transportmittel! Also in diesem Sinne und drohend an die Adresse der Sowjetunion gerichtet: ,,Hände weg von Nicaragua!''

In einem Interview behauptete Shultz, die Frage der MIG-Jäger betreffe die sandinistische Regierung nur ,,oberflächlich'', da sie ,,*unter strategischen und politischen Gesichtspunkten zunächst die UdSSR*'' angehe. (TAZ, 12.11.) Das ,,oberflächlich'' ist natürlich Unsinn, denn es geht den USA grundsätzlich um die Vernichtung des Modell Nicaragua. Aber eben auch um mehr: Um die aktive Neutralisierung der Sowjetunion in dem US-Kampf gegen Befreiungsbewegungen und um die Rückeroberung antiimperialistischer Staaten. Die militärische Vernichtung der sandinistischen Revolution setzt eine internationale Isolierung des Landes voraus. Insbesondere muß der sandinistischen Führung demonstriert werden, daß sie im Falle eines Überfalls nicht auf kubanische und sowjetische Hilfe wird rechnen können. Die FAZ hat — bezeichnenderweise nachdem die Ente von den MIG-Lieferungen aufgeflogen war — berichtet, daß die sowjetische Führung die Bitte Daniel Ortegas, Abfangjäger zu liefern, bereits im Sommer abgelehnt habe. Über die Gründe des ,,njet'' wurde nichts bekannt, aber westliche Kommentatoren vermuten, daß die SU-Führung trotz scharfer verbaler Attacken ,,wegen Nicaragua'' keinen Konflikt mit dem USA riskieren würden. Der sowjetische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Trojanowski, hatte bereits zu Beginn der Krise betont, die USA hätten ,,keinerlei Grund zur Sorge'', was die FAZ sogleich so übersetzte: ,,*Machtpolitisch ist Nicaragua nur ein Bauer im geostrategischen Schachspiel zwischen Moskau und Washington: und ein Bauer wird zuweilen geopfert.*'' (9.11.)

Reichen etwa schon ein paar Kriegsschiffe aus, um der Sowjetunion die faktische Zusage abzupressen, sich aus der Entscheidungsschlacht um Nicaragua in jeder Form herauszuhalten? Was aber würde passieren, wenn die Sowjetunion diesem Ansinnen nicht folgen würde? Die Planer des Weltkrieges Nr. 3 im Pentagon haben sich für diesen Fall eine Strategie ausgedacht (und die entsprechenden Waffensysteme bereitgestellt), die unter dem Namen ,,horizontale Eskalation'' bekannt geworden ist...

Kl., Göttingen

,,Horizontale Eskalation''

Da nach offizieller US-Lesart, die Sowjetunion bzw. Kuba für alle Konflikte, Aufstände und Bürgerkriege in der ,,3. Welt'' verantwortlich sind, haben die US-Strategen eine dieser ,,Theorie'' entsprechende militärische Doktrin ausgearbeitet: die sog. ,,horizontale Eskalation''. Sie besagt folgendes: Falls die SU in irgendeiner Weltgegend ein ,,feindseliges Verhalten'' an den Tag legen sollte, werden die USA ihr nicht nur am Ort des unmittelbaren Geschehens entgegentreten, sondern die Konfrontation auch auf andere Kriegsschauplätze (bevorzugt: Mitteleuropa mit seinem Mittelstreckenraketenpotential) ausdeh-

streckenraketenpotential) ausdeh-nen. ,,*Wir müssen darauf vorbereitet sein, Gegenoffensiven in andere Regionen in Gang zu setzen, sowie darauf, die Schwächen des Angreifers auszunutzen, wo immer wir sie finden.*'' (Weinberger) Falls also die Sowjetunion auf die Idee käme, einem direkt angegriffenen Nicaragua (oder Kuba) zur Hilfe zu kommen (was unter Umständen schon eine logistische Unterstützung sein könnte), dann würden die USA der Sowjetunion mit Krieg drohen. Die glaubhafte Androhung einer solchen horizontalen Eskalation soll durch den zügigen Ausbau der militärischen Überlegenheit und der Erstschlagsfähigkeit der USA so überzeugend ausfallen, daß die Sowjetunion es erst gar nicht in Betracht ziehen würde, etwas zu riskieren.

Aufruf zur Unterstützung politischer Gefangener in Chile

Liebe AK-Leser/innen!

Es gibt zur Zeit in Chile etwa 200 politische Gefangene ,,auf Dauer'', d.h. Gefangene, die längere Strafen zu erwarten haben oder bereits verurteilt sind. Gegen 13 von ihnen wurde die Todesstrafe beantragt; einen von ihnen, Rolando Cartagena, kennt Ihr von seinen Briefen, die er voriges Jahr aus dem Knast an den AK geschrieben hat (er war in Göttingen im Exil, von dort aus nach Chile zurückgekehrt und nach gut anderthalb Jahren im Untergrund in Chile verhaftet worden).

Gegen zwei von diesen 13 Gefangenen ist das Todesurteil in erster Instanz im Oktober gefällt worden. Gegen drei sollen die berüchtigten Kriegsräte, ,,consejos de guerra'', eingesetzt werden, die in 48 Stunden das Urteil fällen, gegen das es keinerlei Einspruchsmöglichkeit mehr gibt. Die Verteidiger hatten beim Obersten Gerichtshof einen Antrag auf Nichtanwendbarkeit dieser ,,consejos de Guerra'' gestellt, darüber wird jetzt in Kürze (wahrscheinlich Anfang Dezember) vom Obersten Gerichtshof entschieden.

Es ist zu befürchten, daß die augenblickliche enorme Repressionswelle der Diktatur und der Belagerungszustand dazu benutzt werden, um die Höchststrafen gegen die Gefangenen durchzusetzen. Die letzte Meldung (bisher noch nicht bestätigt und konkretisiert) besagt, daß gegen sieben weitere Gefangene das Todesurteil gefällt wurde.

Einige der Gefangenen sind wegen Anschlägen auf hohe Militärs oder Militäreinrichtungen angeklagt (Tod des Chefs der Counter-insurgency-Schule des Heeres, Tod des Ex-Intendenten von Santiago), viele sind wegen ,,illegaler Einwanderung'' oder wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt. Fast alle Gefangenen wurden nach ihrer Verhaftung tagelang (zum Teil wochenlang) von der CNI festgehalten und gefoltert.

Etwa 90% dieser ,,dauerhaften'' politischen Gefangenen sind Mitglieder des MIR oder der KP bzw. der Frente Patriotico Manuel Rodriguez (die KP betont immer wieder, daß die Frente Patriotico **nicht** der bewaffnete Arm der KP sei, distanziert sich aber nicht, sondern betont ihren Respekt und ihre Sympathie). Die Vicaria de Solidaridad (Kirche) und die chilenische Menschenrechtskommission (mehrheitlich christdemokratisch) lehnen die Verteidigung von Gefangenen, die ,,Gewalttaten'' dieser Art begangen haben, ab. Sie helfen aber in humanitärer Hinsicht (Essen, ärztliche Versorgung, hin und wieder Unterstützung von Familienangehörigen etc.).

Alle Gefangenen arbeiten im Gefängnis, meist Kunsthandwerk, das von der Vicaria und anderen Hilfsorganisationen gekauft wird. Von dem bescheidenen Erlös müssen Essen, Kleidung usw. beschafft werden. Alle politischen Gefangenen verpflegen sich selber — die Lebensmittel werden von Familienangehörigen gebracht — nachdem vor ca. zwei Jahren versucht worden ist, einige politische Gefangene mit der Gefängnisverpflegung zu vergiften (ein ,,gemeiner Häftling'' starb an der Vergiftung, einer der politischen Gefangenen hat dadurch seine Stimme verloren).

Die Vicaria und die Menschenrechtskommission helfen also, sie unterstützen aber in keiner Weise den politischen Kampf, den die Gefangenen aus dem Knast heraus führen. Sie haben eine nationale Koordination der politischen Gefangenen, sie machen Kampagnen- und Arbeitsvorschläge für die Solidaritätsarbeit außerhalb der Gefängnisse, und sie geben in allen größeren Städten Zeitungen heraus, die im Knast geschrieben und draußen gedruckt und verteilt werden. Die Organisationen der Familienangehörigen (Agrupacion der Familiares de Presos Politicos) diskutieren die Vorschläge und setzen sie bei Einverständnis in die Praxis um. Alle Ausgaben für Papier und Druck der Zeitungen, für Plakate und Flugblätter und andere Aktionen der Familienangehörigen müssen irgendwie zusammengekratzt werden. Nur ein Beispiel: eine billige Fotokopie kostet in Santiago etwa 13 Pfg. Es gibt keine Copy-shops wie in der BRD, sondern es sind immer Angestellte, die die Fotokopien machen, d.h. es gibt keine Möglichkeit zu fotokopieren ohne das Dritte den Text lesen oder unter der Hand eine Extra-Kopie ziehen können.

Politisch werden die politischen Gefangenen und die Agrupacion der Familienangehörigen (ähnlich wie in der BRD) in die äußerste linke Ecke gestellt. Sie erhalten längst nicht den politischen und internationalen Rückhalt wie z.B. die Vereinigungen der Verhaftet-Verschwundenen.

Insgesamt gibt es in Chile fünf Gruppierungen, die für die Opfer der Repression arbeiten: 1) die Vereinigung der Familienangehörigen der Verhaftet-Verschwundenen, 2) der politischen Gefangenen, 3) der Exilierten, 4) der Relegierten (Verbannten) und 5) der Ermordeten (Ejecutados). Alle fünf Gruppierungen arbeiten in allen größeren Städten und haben ihre nationale Koordination. Eine gemeinsame Front dieser fünf Vereinigungen existiert leider nicht. Es gibt in Santiago und Concepción gemeinsame Treffen zur Planung und Durchführung praktischer Aktionen, es gibt aber keine gemeinsame politische Plattform. Das Problem ist, daß die christdemokratischen Strömungen innerhalb dieser Gruppen und auch Teile der Sozialisten und KP eher kompromiß- und verhandlungsbereit sind, was z.B. die Forderung nach Bestrafung der Verbrechen gegen die Menschenrechte, der Folterer, anbetrifft, oder die Forderung nach vollständiger Auflösung des Geheimdienstes. Die Gefangenen und die Vereinigung der Familienangehörigen vertreten weiterhin offensiv die Notwendigkeit und das Recht auf bewaffneten Widerstand. Deswegen gibt es bei einigen der anderen Gruppierungen und Oppositionsparteien Berührungsängste und eine Tendenz zur Distanzierung.

Das ist der Hintergrund, vor dem wir den ARBEITERKAMPF für die richtige Adresse halten, um um Spenden für die politische Arbeit der Gefangenen und ihrer Familienangehörigen zu bitten.

Wenn Ihr überlegt, ob Ihr eine Spende für diesen Zweck geben wollt, bedenkt bitte, daß die Zahl der politischen Gefangenen im Moment sprunghaft ansteigt. Viele der Gefangenen, die bei den letzten Protesttagen oder jetzt im Rahmen des Ausnahmezustandes und im Moment Belagerungszustandes, verhaftet wurden (und die noch vor einiger Zeit nach ein paar Tagen wieder freigelassen worden wären) haben jetzt mit schweren Anklagen vor Militärgerichten zu rechnen. In den Tagen vor dem Nationalstreik am 30. Oktober wurden rund 140 Leute verhaftet und in den Norden nach Pisagua ,,verbannt''. Das Wort Verbannung ist allerdings eine Beschönigung; Tatsache ist, daß in Pisagua nach dem Putsch 73 ein KZ eingerichtet worden war, daß jetzt wieder eröffnet wurde. Inzwischen sitzen dort über 300 Leute — bestenfalls in Zelten am Strand, eingekreist vom Meer und der Atacama-Wüste. Bei den Überfällen auf die Sitze von Gewerkschaften und politischen Organisationen (Bloque Socialista und MDP) wurden ca. 50 Leute verhaftet, einige davon waren mehrere Tage ,,verschwunden''. Jede Nacht werden unter dem Schutz des Ausnahmezustandes die Außenviertel von Santiago überfallen und die Leute aus den Häusern rausgeholt. Bei dem letzten Überfall auf La Victoria (ein sehr kämpferisches Viertel, in dem im September der französische Pastor ermordet wurde) wurden nach offiziellen (!) Angaben 1.000 Menschen verhaftet.

Die **gesamte** Opposition (Gewerkschaftskoordination CNT, Demokratische Allianz, Sozialistischer Block und MDP) hat zuletzt zum 13. Dezember zu einem neuen Protesttag aufgerufen.

Spenden für die Politischen Gefangenen auf das Konto:

E. Hafner
Konto-Nr.: 570 980 - 209
Postscheckamt Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort: ,,Libertad''

El Salvador:

»Wir wissen, wie man einen politischen Kampf führt«

Im November schien es so, als sei der Dialog, von Duarte am 15. Oktober in La Palma kunstvoll in Szene gesetzt, beendet. In dem Kommunique der FMLN/FDR vom 13.11. wird gemeldet: ,,Die salvadorenische Regierung hat keine Reaktion bezüglich der Bildung der von beiden Seiten zu besetzenden Kommission gegeben, die die Fortsetzung des Dialogs garantieren sollte, und hat so die Abkommen von La Palma gebrochen.''

Am 30. November findet dennoch die zweite Begegnung in dem Ort Ayagualo 20 km entfernt von San Salvador statt. Mit einigen Überraschungen: die FMLN/FDR schlägt einen ,,dreistufigen Friedensplan'' vor, an dessen Ende die Durchführung von allgemeinen Wahlen steht. Ihr gegenüber sitzt diesmal statt Duarte der Vizeverteidigungsminister Lopez Nuilla, einer der Führer der ESA-Todesschwadronen!

Das internationale Gestrüpp um diesen Dialog ist atemberaubend. Willy Brandt hat zusammen mit dem columbianischen Staatspräsidenten Betancour die entscheidende Vermittlung bei der Delegationszusammenssetzung der ersten Runde in La Palma geliefert. Die Einzelheiten dieses Treffens waren von einem westdeutschen Bischof vorbereitet worden! (1) Zugegen war desweiteren ein direkter Abgesandter von Papst Woytila aus Rom: ein Monsignore Giacomo Antonello.

Das Fieber der Reisen, Verhandlungen, Abbruch der Verhandlungen, Erklärungen, Dementierung der Erklärungen entspringt dem Zustand, in den Mittelamerika versetzt wurde: dem Zustand der militärischen Eskalation.



Die FMLN hat die Initiative!

Unmittelbar nach La Palma starteten die Regierungstruppen eine Großoffensive gegen Morazan. Eines der Ziele war die Zerstörung des Guerillasenders Radio Venceremos. Zwei Stunden nachdem der Chef des salvadorenischen Generalstabes, Oberstleutnant Monterosa, bei einer eigens dafür bestellten Pressekonferenz die Vernichtung des Radios verkündete, um sich anschließend auf Besichtigungsflug zum Ort des Vollbrachten zu begeben, meldete das ,,soeben zerstörte'' Radio Venceremos den Abschuß seines Helikopters ...

Mit Monterosa verloren die Regierungstruppen drei weitere hohe Offiziere, darunter den Befehlshaber der Provinz Morazan und den Chef des in den USA ausgebildeten Mörderbataillons ,,Atlacatl''. Die Offensive selbst hatte die Armee 87 Tote gekostet und war ansonsten, da die FMLN sich vorher zurückgezogen hatte, ins Leere gelaufen (Washington Post, 4.11.).

Die Befreiungsfront antwortete am 9.11. mit der Besetzung der letzten von der Armee in Morazan gehaltenen Stadt Suchitoto, 40 km östlich von San Salvador. Erst nach heftigen Bombenangriffen der salvadorenischen Luftwaffe, die die Zerstörung einer Kirche, eines Kindergartens und eines Spitals einschlossen, zogen sich die Kämpfer/innen zurück. Trotz der fast totalen Luftaufklärung der Völkermordarmee durch nordamerikanische Spezialflugzeuge konnte die FMLN etwa 1.000 Guerilleros (!) für die Aktion zusammenziehen. Es gelang ihr, drei Hubschrauber abzuschießen und drei weitere sowie einen A-37 Kampfbomber zu beschädigen (IDES, 218). Die FMLN entscheidet gegenwärtig, wo Kampfhandlungen stattfinden, und wo nicht. Darüber hinaus ist sie weiterhin auch zu sehr großen strategischen Schlägen in der Lage.

Der erste Fehlschlag des Duarte-Regimes war der Glaube, die Befreiungsfront befände sich in einem Zustand der Schwäche und könnte mit dem plötzlichen Dialogvorschlag gespalten werden. Der zweite Fehlschlag war die Friedensdemagogie Duartes in La Palma, die die FMLN/FDR klug gekontert hat. Der dritte Fehlschlag war die gescheiterte Militäroffensive gegen Morazan und die hohen Verluste der Armee bei der Rückeroberung Suchitotos.

Pentagon legt Linien fest

Damit stand die Fortführung des Dialoges, dessen Beginn noch gegen die FMLN/FDR gerichtet war, schon unter schlechteren Bedingungen für das Regime. Wie ist dennoch die Wiederaufnahme des Treffens und vor allem die Beteiligung Nuillas zu erklären, dessen Killerorganisationen noch vor wenigen Wochen jedem Verhandler den Tod angedroht hatte?

Die entscheidende Veränderung innerhalb der herrschenden Klassen El Salvadors während der letzten zwei Jahre ist die Verdrängung der Großgrundoligarchie von der Führung des Militärapparates. Heute sind es die USA, die die Schlüsselpositionen im

Fortsetzung auf Seite 39







CHILE

Die Situation in Chile hat sich weiter zugespitzt. Nach der Verhängung des Belagerungszustandes am 6. November wiederholen die Sicherheitskräfte bis in die symbolischen Details den Terror des Putsches von 1973. Pinochet macht seine Drohung vom August dieses Jahres wahr.

Seit einem Monat sind kaum noch Nachrichten aus Chile zu erhalten. Direkt vor dem 6. November haben wir Bilder aus chilenischen Zeitungen erhalten, die wir, mit den wichtigsten Informationen kommentiert, dokumentieren wollen.

Lateinamerika-Kommission

Streik

Der elfte Nationale Protesttag am 30. und 31. Oktober schloß einen relativ erfolgreichen Streik der Arbeiter in vielen kleinen und mittleren Betrieben ein. Der öffentliche Verkehr wurde blockiert, Barrikaden in den Elendsvierteln, Straßenkämpfe und Demonstrationen. Es gab mehrere Bombenanschläge gegen öffentliche Einrichtungen. Am 1. November entging Pinochet knapp einem Attentat.

Die Lage sei normal,

verkündete das Regime. Die Lage war normal — Pinochet drohte mit der Ausrufung des Belagerungszustandes, über Santiago wurde die Ausgangssperre verhängt, die Presse total zensiert. Mindestens neun Menschen sterben, hunderte Verhaftete und dutzende Verletzte. Am Tag zuvor sind über 140 Menschen in das KZ Pisagua verschleppt worden.

Belagerungszustand

Fünf Tage später wird ein Kabinettstückchen inszeniert, um den Vorwand für die Verhängung des Belagerungszustandes zu liefern: Das gesamte Kabinett tritt zurück, um bis auf eine Ausnahme am nächsten Tag die Ämter wieder zu übernehmen.

Der Belagerungszustand ist eine Verschärfung des geltende Ausnahmezustandes: U.a. können Verhaftete ohne Haftbefehl bis zu 90 Tagen in Isolationshaft gehalten werden, das Regime wird der letzten geringen „juristischen Kontrolle" entzogen.

Im Morgengrauen

umstellt die Armee mit Panzerfahrzeugen und Hubschraubern innerhalb weniger Tage die kämpferischsten Elendsviertel und durchkämmt mehrere Stunden lang jedes Haus. Alle männlichen Bewohner über 15 Jahre, mal sind es 3.000, dann 5.000, werden festgenommen, in Fußballstadien festgehalten und verhört. In wenigen Tagen sind über 560 Menschen verhaftet, über 460 sind in KZs verschleppt, es gibt mindestens 32 Verschwundene.

Der Widerstand

radikalisiert sich, u.a. finden mehrere bewaffnete Aktionen gegen Carabineros statt, bei denen mindestens sechs umkommen. Mehrere Bombenanschläge, einer davon in der Nähe der Regierungsgebäude.

Auf der anderen Seite versucht die christdemokratisch dominierte Demokratische Allianz mit Appellen an die „Einheit des Widerstands" die Proteste zu kanalisieren. Die Kirche bezieht das erste Mal seit dem Putsch Position gegen das Regime, nachdem sich ihre Beziehungen drastisch verschlechtert haben.

Am 28. November findet der erste Protesttag unter Belagerungszustand statt, mit geringerer Beteiligung. Santiago ist wieder von Soldaten besetzt.









Fortsetzung von Seite 37

salvadorenischen Offizierscorps kontrollieren. Ihre Militärberater sitzen direkt im Generalstab und in den wichtigsten Kasernen des Landes. Die berüchtigten Elitebataillone wurden in Fort Bragg und Fort Benning, North Carolina, USA, zusammengestellt und trainiert. Im hondurenischen Atlantikhafen Puerto Castilla wurden bislang 3.500 salvadorenische Soldaten von US-Ausbildern für den Antiguerillakampf abgerichtet. Die Bombardierungen der letzten zwölf Monate wurden direkt von US-Aufklärungsflugzeugen geleitet. Die dafür eingesetzte Computerzentrale des mittelamerikanischen Krieges befindet sich auf Key West an der Südspitze Floridas.

Die großen Linien im Kampf gegen die ,,Subversion'' werden nicht mehr von der Oligarchie, sondern im Pentagon festgelegt. Duarte spricht dies sogar offen aus: ,,Die Entscheidung darüber, wieviele Hubschrauber und Flugzeuge wir kaufen, wie wir unser Geld ausgeben, wieviele Lastwagen wie kaufen, wieviele Patronen und von welchem Kaliber, wieviele Paar Stiefel, und wo unsere Prioritäten liegen sollten — all das wird von dem bestimmt, der das Geld gibt.'' (zit. nach ,,Zeit'', 7.12.) 1985 wird es eine halbe Milliarde Dollar sein.

Zwar stehen sich die Oligarchie, deren politische Schlüsselfigur D'Abuisson und Reagan ideologisch sehr viel näher als etwa Duarte und die US—Administration, aber sie sind sich im praktischen Vorgehen uneinig. Die alte Linie der ausschließlichen militärischen Repression und der geradezu besessenen Verweigerung auch des kleinsten ökonomischen und politischen Zugeständnisses konnte die FMLN nicht beseitigen. Spätestens 1982 war klar, daß der ,,Krieg ohne Reformen'' nicht zu gewinnen war. Der Kissinger-Report von '82 zu Mittelamerika schrieb die da schon existierende US-Linie programmatisch fest: ,,Krieg mit Reformen''!

Krieg mit Reformen

Um diesen Kurs durchzusetzen, mußten die USA als erstes die Militärführung der Oligarchie entreißen und zweitens Duarte als demokratische Führungsfigur gegen den Faschisten D'Abuisson aufbauen. Dies hatte zunächst nur eher peinliche Ergebnisse.

Die ,,Wahl'' zur Nationalversammlung'82 erbrachte eine rechtsradikal-faschistische Mehrheit. Zum Jahreswechsel 83/84 mußte Shultz in einer großangelegten politischen Drohgebärde die Kontrolle über die Todesschwadronen fordern, deren Opfer gerade 1983 viele christdemokratische Bürgermeister und Funktionäre waren. Der schließlich ausgehandelte Kompromiß bestand in der endgültigen Liquidierung der ,,Agrarreform''. Dafür gab die Oligarchie ihr Einverständnis zu Präsidentschaftswahlen.

Diese ,,Wahlen'' vom März und Mai '84 versanken in einem heillosen Chaos, brachten zumindest aber (vielleicht deswegen) den beabsichtigten Sieger: Duarte!

Die Christdemokratie unter Duarte verfügt zwar über eine, sogar organisierte Massenbasis (den großen Gewerkschaftsverband UDP), aber nach wie vor über keine Macht in El Salvador. Was Duarte vor der Oligarchie schützt und sowohl politisch aus auch physisch am Leben hält, ist Reagan.

Die Kriegsführung wird nicht mehr von der Oligarchie bestimmt, sondern von den USA. Aber das ökonomische Überleben der Oligarchie wird nicht angetastet oder in Frage gestellt. Es wird keine Agrarreform geben. Andererseits ist ihr Einfluß auf die Politik durch die Kontrolle über den Unternehmerverband ANEP, die Todesschwadronen, einige Teile der Armee, den obersten Gerichtshof und die Nationalversammlung nach wie vor gegeben, aber eben zurückgegangen. Sie hat La Palma nicht verhindern können.

Innerhalb der herrschenden Klassen repräsentiert Duarte einen, allerdings ökonomisch unbedeutenden Sektor der reformorientierten Bourgeoisie, der keine Reformen durchsetzen kann. Politisch gibt es ihn nur, und nur in soweit, wie Washington es für richtig hält. Allerdings gelingt es Duarte, einen offenbar großen Teil des Kleinbürgertums und der städtischen Massen durch die Reform- und Friedensversprechungen an sich zu binden. Von diesem Sektor wird Duarte einerseits gestützt, andererseits unter Druck gesetzt: Seit den ,,Wahlen'' 84, der damit verbundenen geringfügigen politischen Öffnung, aber auch schon davor, haben die Streikbewegungen immer größere Ausmaße angenommen. Zu den Lohnforderungen sind politische Forderungen gekommen, vor allem die nach Dialog und Friedensverhandlungen.



Salvadorenische Polizei bewacht das Eingangstor des Treffpunktes in Ayagualo, an dem die zweite Gesprächsrunde zwischen Regierung und Guerilla stattfand.

Was will das Regime mit dem Dialog?

Nach wie vor kann nur darüber spekuliert werden, ob es Duartes Privatinitiative war, den Dialog vor der UNO vorgeschlagen zu haben, oder ob dies ein Plan Washingtons war. Fest steht in jedem Fall, daß die Dialogführung von den USA diktiert wird. Seit der zweiten Dialogrunde geschieht dies in direkter Zusammenarbeit mit der Oligarchie und deren Vertreter Nuilla. Schon D'Abuissons Kritik an La Palma war sehr verhalten ausgefallen. Es ist anzunehmen, daß die US-Botschaft ausreichend zusichern konnte, daß dort nichts Beunruhigendes passieren werde. Von dieser Seite bezweckt der Dialog:

— die Absicherung der für 85 vorgesehenen 132 Mio. durch den US-Kongress
— den Schein, die US-Administration sei, trotz ihres Platzenlassens des Contadoraplans, an politischen Lösungen interessiert und 3.
— Verwirrung und Ablenkung.

Durch das ständige Abwechseln von Invasionsdrohung und deren Dementi, durch die Fortführung des Dialoges und dessen Abbruch, Waffenstillstandsangebot und Invasionsdrohung soll der Eindruck der Undurchschaubarkeit der Konflikte und Interessen entstehen. Es soll den Blick auf die damit vorbereitete militärische Eskalation verstellen.

Eine zweite Linie innerhalb des Regimes, vertreten durch Figuren der Christdemokratie, wie den Regierungsberater und Duartestellvertreter Abraham Rodriguez, den Rektor der salvadorenischen Universität, Ellacuria, sowie Teile der Kirchenführung verfolgen mit dem Dialog eine sogenannte ,,Salvadoreanisierung des Konfliktes''. Die Sicht der Dinge dieser Linie faßt besagter Rodriguez so zusammen:

,,Unsere Einladung zum Dialog in La Palma war kein spontaner Akt, sondern das Ergebnis eines langen Prozesses. Wir haben uns gefragt, was der Ursprung des salvadorianischen Konfliktes war, und wir stimmen mit der Guerilla darin überein, daß dies alles aus einer Situation tiefen sozialen Unrechts entstanden ist. Danach haben sich ausländische Mächte eingemischt. Ich habe den Commandantes gesagt, daß unsere Regierung noch viel stärker von den Vereinigten Staaten abhängt, als sie sich das vorstellen können. Gegenwärtig gibt Washington fast zwei Millionen Dollar pro Tag für El Salvador aus. Wir müssen diesen Konflikt nationalisieren.

Heute ist eine politische Lösung möglich. Hier hat sich vieles geändert. Die Armee unterstützt uns. Sie ist nicht mehr im Dienst der Oligarchie. Die Offiziere sind mit uns im demokratischen Prozeß. Aber hier in El Salvador ist kein Platz für zwei Armeen. Deshalb schlagen wir der FMLN/FDR vor, sich in eine politische Partei umzuwandeln und im kommenden März an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Sie müssen Vertrauen zu uns haben und sie müssen verstehen, daß eine Lösung nur im Rahmen der Verfassung möglich ist.'' (zit. nach ,,Zeit'', 7.12.)

Das Dilemma dieser Strömung ist, daß sie nur unter dem Dach der Christdemokratie agieren kann und damit völlig von dem Schutz und der Entscheidung der USA abhängt. Gleichzeitig aber Vorstellungen hegt, die gegen den Willen der USA nicht durchsetzbar sind. Anders gesagt, der ,,Antiimperialismus'' oder richtiger der zaghafte Nationalismus und Antioligarchismus dieses Sektors lebt nicht aus eigener Kraft, sondern weil der US-Imperialismus ihn am Leben läßt. Und zwar in genau dem Maße, wie er für den ,,Krieg mit Reformen'' brauchbar ist.

Hingegen ist die Vorstellung, diese Linie der ,,Salvadorianisierung'' stärken zu müssen und zu können, aus dem Wissen, daß die Befriedung Mittelamerikas, d.h. die Beendigung auch der sandinistischen Revolution ohne militärischen Einmarsch über die Befriedung El Salvadors verläuft, der Hintergrund des hektischen Vermittlungsinteresses westdeutscher Bischöfe und Sozialdemokraten.

Die Orientierung der FMLN

In diesem außerordentlich komplizierten Spiel, in dem sie alle mitmischen und das umso verwickelter wird, je mehr die USA militärisch drohen, sind die einzigen, die ein ernstzunehmendes Programm zur ,,Salvadorianisierung'' haben — die FMLN/FDR!

Dieses Programm zur Zurückdrängung und Vermeidung der US-Intervention heißt: ,,Provisorische Regierung der Breiten Beteiligung''. Die praktischen Vorschläge, dorthin zu gelangen, wurden in La Palma und am 30.11. in Ayagualo vorgebracht. Das Mitglied der 15-köpfigen gemeinsamen Führung der FMLN, Santiago Lopez, beschreibt die Linie der FMLN so:

,,Wir wollen Frieden und keine Befriedung. In El Salvador ist der Kampf für Frieden unlösbar mit dem Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit verbunden. Eine Beendigung des Krieges ohne das Erreichen dieser Ziele käme einer Befriedung gleich, und das eben schlägt Duarte uns vor. Die FMLN/FDR ist für eine Salvadorianisierung des Konfliktes. Solange die Einmischung der Vereinigten Staaten in unsere Angelegenheiten nicht aufhört, wird es keine Fortschritte in Richtung Frieden geben.

Aber wir bezweifeln, daß Duarte sich von der Schutzherrschaft der nordamerikanischen Regierung befreien kann oder dies auch nur will. Das Treffen von La Palma entsprach einer konjunkturellen Notwendigkeit, sowohl für Duarte als auch für Reagan. La Palma bedeutet keinesfalls eine Änderung der militaristischen Politik Washingtons. Die US-Regierung ist fest entschlossen, den Sieg des salvadorenischen Volkes zu verhindern und wir sind fest entschlossen, zu siegen. Der Krieg geht weiter.

Wir werden niemals die Waffen niederlegen. Niemals werden wir unser Volk schutzlos den Verbrechen Duartes und Reagans aussetzen. Unter dieser Voraussetzung sind wir bereit, mit aller Kraft und gutem Willen eine politische Lösung des Konfliktes zu suchen.'' (zit. n. Zeit, 7.12.).

Die erste Voraussetzung einer solchen Lösung ist die Anerkennung der gegebenen Kräfteverhältnisse in El Salvador. Deshalb das nachdrückliche Bestehen der FMLN/FDR auf die Existenz zweier Armeen. Auf die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Festlegung der jeweils kontrollierten Gebiete. Die politische Tribüne zur Beförderung dieser Vorschläge ist der Dialog. Deshalb das dringende Interesse der FMLN/FDR an der Fortführung der Begegnungen.

Das Treffen von Ayagualo

Bei dem zwölfstündigen Treffen war die Befreiungsfront mit den FMLN-Vertretern Guardado und Guiterrez und den FDR-Führern Zamora und Oqueli anwesend. Die Regimedelegation bestand aus dem Präsidialamtsminister Rey Prendes, dem Planungsminister und Christdemokratenhardliner Chavez-Mena, dem stellvertretenden Verteidigungsminister und ESA-Führer Nuilla und dem oben zitierten Präsidentenberater Rodriguez.

Der Vorschlag der FMLN/FDR war ein Dreistufenplan. Die erste Phase ziele auf ,,dir Rückerlangung der nationalen Souveränität'', die ,,Humanisierung des Konfliktes'' sowie die ,,Wiederherstellung der politischen Freiheiten''. Unter internationaler Aufsicht müsse ein sofortiger und totaler Einfuhrstopp für Waffen und Munition erfolgen. Weitere Schritte seien der Abzug der US-Militärberater, die Abschaffung der Folter und die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Die FMLN werde die Sabotageaktionen einstellen. Außerdem solle ein ,,Nationales Forum'' geschaffen werden, in dem ,,alle politischen und sozialen Kräfte des Landes'' eine Lösung suchen sollen.

Die 2. Phase beinhalte ein ,,Ende der Feindseligkeiten'' und ,,Abkommen über Sicherheitsgarantien und die Markierung der jeweils kontrollierten Zonen''.

Die 3. Phase müsse schließlich die Bildung ,,einer Regierung des Nationalen Konsenses'' ermöglichen und die Schaffung nationaler Streitkräfte, ,,ausgehend von den heute bestehenden zwei Armeen'' und ,,*die Durchführung allgemeiner Wahlen*''. (zit. n. taz, 3.12.).

Nach Darstellung von ,,El Pais'' bewegten sich die Gespräche vor allem um die Frage eines Waffenstillstandes über Weihnachten, vorgeschlagen von dem ,,Vermittler'' Erzbischof Rivera y Damas. Als einzige Ergebnisse wurden die Übereinkunft bekannt gegeben, eine Regelung über die Bildung einer gemischten Kommission auszuarbeiten sowie die Zusicherung des ,,*freien Verkehrs aller Zivilpersonen auf allen Straßen vom 22.12.-2.2.*''

Waffenstillstand?

Weit aufschlußreicher ist dagegen die Dialogführung von Seiten der Regime-Vertreter. Ihr Vorschlag war ein **einseitiger** Waffenstillstand, der nur für die FMLN gelten solle und der weiterhin durch die Armee **überwacht** werden müsse, die zu dem Zweck die Straßen in den von der FMLN kontrollierten Gebieten ,,*vor Gruppen sichern soll, die den Waffenstillstand verletzen wollen''!* (El Pais, 2.12.).

Die USA und die extreme Rechte machen absurde Vorschläge, die ein inneres Zusammenrücken der FMLN/FDR offenbar in Kauf nehmen. Eine Linie, die den Dialog von Regimeseite zur Spaltung bzw. Aufbrechung innerer Differenzen der FMLN/FDR benutzen könnte, etwa entlang der christdemokratischen ,,Salvadorianisierung'' ist, sofern sie jemals Einfluß hatte, endgültig zurückgedrängt.

Politischer Erfolg für die FMLN!

Interessant ist ferner die Reaktion Duartes. Dadurch, daß er am Ayagualo-Dialog nicht teilnahm, konnte er ihn von ,,außen'' kommentieren: Er, Duarte, sei bereit, ,,*alles zu geben, und wenn es sein Leben koste, um den Frieden für sein Volk zu sichern''*, allerdings müsse dies ,,*seine Grenzen im Rahmen der Verfassung haben''*. Insbesondere wies Duarte die Vorschläge der FMLN/FDR nach Zusammenlegung der beiden Armeen scharf zurück und erklärte, er werde sich ,,*keine Sekunde von der Verfassung wegbewegen''*. (Die Verfassung ist von der rechtsradikal/faschistischen Mehrheit der Nationalversammlung festgelegt worden). Der Dialog, so Duarte, könne nur fortgeführt werden, ,,*wenn die Aufständischen verfassungsgemäße Vorschläge''* machen. Es war Roberto D'Abuisson, der Duarte öffentlich zu dieser Haltung beglückwünschte, für die er ,,*schon immer eingetreten''* sei. (Alle Zit. El Pais, 3.12.).

Die Befreiungsfront hat mit ihrer politischen Initiative Duarte der Maske des ,,Vermittlers zwischen den Fronten'' entblößt und ihn veranlaßt, sich sichtbar im Lager USA-Armee-Oligarchie zu zeigen. sie hat den Dialog, der für sie politisch gefährlich sein sollte, zu einer Waffe im Kampf um die schwankenden Mittelschichten und die städtischen Massen gemacht.

Es ist durchaus möglich, daß es weitere Überraschungen auf der politischen und diplomatischen Ebene geben wird. Aber es schält sich deutlich heraus, daß die christdemokratische ,,Salvadoreanisierung des Konfliktes'' keine Chance hat. Gleichzeitig spricht wenig dafür, daß sich der strategische Plan der FMLN/FDR durchsetzt, zu einer ,,antiimperialistischen Regierung ohne Invasion'' zu kommen.

Vieles spricht dafür, daß die USA binnen kurzer Zeit zu direkten militärischen Schlägen in Mittelamerika übergehen. Die Politik der FMLN/FDR zwingt deshalb die Christdemokratie und alles, was daran hängt, zu einer Entscheidung: Entweder Unterwerfung unter den politisch-militärischen Plan der USA oder aber Anschluß an die Revolution im Kampf gegen die USA!

Internationalismus-Kommission Göttingen

Anmerkungen
1) In einem von Radio Venceremos gesendeten Interview dankt FMLN-Commandant VILLALOBOS Brandt für die „entscheidende Vermittlung". (Monitor-Dienst, 13.12.). Der Name des Bischofs wird in dem „Zeit"-Artikel nicht genannt, von der Richtigkeit der Information ist aber auszugehen.

Quellen
— Tagespresse Nov./Dez.
— Mittelamerika-Magazin Dez. 84
— „Die Zeit" 7.12.

Grenada: Democracy made by Uncle Sam



Anfang Dezember 1984 wählten die Menschen auf Grenada eine bürgerliche Regierung. 13 Monate nach dem Auseinanderbrechen des New Juwel Movement, der Erschießung der Leitfigur Maurice Bishop, und der US-Invasion auf der Insel ist nahezu alles zerstört, was in den vier Jahren der Revolution aufgebat wurde.

Die Invasion im Oktober 1983 war mit dem Versprechen der USA verbunden, die Truppen in ein paar Tagen oder Wochen wieder abzuziehen, und in einem Jahr Wahlen abzuhalten. Denn



Faschistengeneral Pinochet und Ex-Diktator Gairy tauschen Geschenke aus.

die Invasion in Grenada sollte aller Welt demonstrieren, worin man sich
schenke aus.

die Invasion in Grenada sollte aller Welt demonstrieren, worin man sich von der Sowjetunion und ihrer Invasion in Afghanistan unterschied. Zwar wird ein Land zunächst militärisch auf den richtigen Kurs gebracht, aber sodann errichtet man eine Demokratie und hinterläßt ein glückliches Volk.

Nun stehen aber heute noch US-Truppen auf der Insel, ca. 300 bis 400 Soldaten lümmeln sich in den Hotels direkt am Strand. Die Hilfstruppen aus den umliegenden Karibikstaaten befinden sich ebenfalls noch auf Grenada, ca. 400 Mann. Daneben wird eine Spezialtruppe ausgebildet, die ca. 80 Mann groß ist und für die „Aufstandsbekämpfung" eingesetzt werden soll. In den sechs Nachbarstaaten trainiert eine Sondereinheit aus den USA 250 Mann mit einem Budget von 18.5 Millionen US-Dollar.

Nach der Invasion kamen die von der Revolution vertriebenen Politiker und Marionetten des Imperialismus wieder zurück: Gairy, der 1979 gestüzte Diktator, und Blaize, der noch vor der Unabhängigkeit der Insel von 1960 bis 1967 Chefminister der damaligen britischen Kolonie war. Seit Mitte 1984 galt Blaize als der Politiker, den die USA zum Chef der Insel machen wollten. Zunächst trat Blaize mit einer Partei unter den Namen „Grenada Democratic Movement" an, einer Partei „von Ausgereisten, die zurückgekehrt sind" (Times, 30.7.84). Einer Koalition von mehreren Parteien unter Blaize Führung wurde schon vor einem halben Jahr zugeschrieben, daß sie die Regierung bilden würden und das Vertrauen der Reagan-Regierung hätten.

Auch war für die USA im Sommer schon absehbar, daß eine Nachfolgerin des New Juwel Movement bei diesen Wahlen keine Chance haben würde.

Im Laufe des Jahres 1984 brachen jedoch die verschiedenen bürgerlichen Parteien um die von den USA gewünschte Führungsfigur Blaize immer wieder auseinander, lediglich die Bande um Gairy war politisch stabil. Um ihre Demokratisierung wie geplant durchführen zu können blieb der US-Regierung nichts anderes übrig, als Anfang Oktober 1984 die bürgerlichen Politiker zusammenzutrommeln und ihnen eine Partei zu gründen: die New National Party. Mit Blaize und der NNP sollte eine politische Kraft geschaffen werden, die im Gegensatz zu Gairy nicht mit einer diktatorischen Vergengenheit belastet war und gleichzeitig Marionette genug war um auf Pfiff zu agieren. Folgerichtig wurde Blaize und die NNP im Wahlkampf massiv unterstützt: Sie konnte kostenlose T-Shirts verteilen, Alkohol auf den Wahlparties verschleudern, und sogar Ronald Reagan ließ es sich nicht

nehmen, direkt in den Wahlkampf einzugreifen. Gairy hatte in einer seiner

nehmen, direkt in den Wahlkampf einzugreifen. Gairy hatte in einer seiner Zeitungen behauptet, er würde durch das Weiße Haus unterstützt. Daraufhin servierte Reagan den ungeliebten Kollaborateur mittels Anzeigen in Zeitungen ab.

Die NNP setzte sich für den Verbleib der US
Truppen auf Grenada und für die verstärkte Öffnung der Wirtschaft gegenüber dem US-Kapital ein, weil das die einzige erfolgversprechende Möglichkeit im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei. Ganz allgemein tritt die NNP als die Partei der USA in Grenada auf.

Die vom ehemaligen New Juwel Movement (NJM) übriggeblliebenen Genossinnen und Genossen gründeten im Frühjahr diesen Jahres das „Maurice Bishop Patriotic Movement" (MBPM). Zu diesem Movement hatten nur die Zutritt, die in der Auseinandersetzung kurz vor der US-Invasion zu M. Bishop gestanden hatten. In den Monaten nach der Gründung der MBPM stritten deren Mitglieder lange, ob sie an diesen US-Wahlen teilnehmen sollten. Die Stimmen für Wahlboykott waren lange Zeit in der Mehrzahl, denn neben der erdrückenden Unterstützung der Bürgerlichen durch die USA waren das Wahlrecht und Wahltechnik so zugeschnitten, daß das MBPM verlieren mußte. Wählen durften die Menschen nur, wenn sie sich vorher hatten registrieren lassen. Diese Registrierung war an das Ausfüllen eines Fragebogens gebunden, mit dem die sozialen und privanten Verhälnisse erforscht wurden. Ferner wurden von jedem und jeder, die sich registrieren ließen, Fingerabdrücke genommen. Weiterhin wurden nur die über 18 Jahre alten Grenadier zugelassen. Damit wurde über die Hälfte der Inseleinwohnerschaft ausgeschlossen — und viele Mitglieder des MBPM vertraten zurecht die Ansicht, daß diese Registrierung nur dazu dienen könne, die Opposition zu erfassen und zu verfolgen. Diese Erfahrung mußten viele Anhänger des ehemaligen NJM während der US-Invasion machen, als sie selektiv verhaftet und verfolgt wurden.

Darüberhinaus war die neugegründete Nachfolgerin des NJM natürlich nicht frei von dem Niedergang und dem Zerfall der alten Partei. Zwar war rein personel der Strömung, die vor einem Jahr M. Bishop erschossen hatte, der Zutritt zum MBPM verboten. Aber immer noch überschatteten die Ereignisse vom Oktober 1983 die Gegenwart. Z.B. wollte George Louison, einer der zentralen Politiker des NJM und bis zu Letzt Unterstützer von M. Bishop, vor dem Gericht als Zeuge auftreten, das über die Gruppe um Coard urteilen wird. Coard u.a. werden für die Erschießung von M. Bishop verantwortlich gemacht. Jedoch ist ganz offensichtlich, daß dies ein Prozeß ist, der nach dem Drehbuch der USA vollzogen wird, und ist kein revolutionäres Tribunal gegen einen ehemaligen Mitkämpfer. So ist es schon verständlich, wenn mancher Zweifel daran hatte, ob es moralisch zu vertreten sei, vor einem Gericht von US-Gnaden gegen ein ehemaliges NJM-Mitglied auszusagen. Das MBPM war jedoch geeint in der Forderung des Abzugs alles US-Truppen — und somit die einzige Partei auf der Insel, die sich offen gegen eine Unterwerfung unter die USA aussprach.

Bis zum Ende der amtlichen Registrierung Anfang Oktober hatten sich 65 bis 75% der Wahlberechtigten registrieren lassen. Als sich das MBPM nach langen Debatten offensiv für eine Teilnahme entschied, und durch Kundgebungen und Mobilisierung viele ehemalige Anhänger nun doch den beschwerlichen Weg der Einschreibung gehen wollten, war ihnen die Tür formal-bürokratisch versperrt: die Frist war abgelaufen. Einem Begehren des MBPM um eine Fristverlängerung wurde zunächst stattgegeben, aber die US-Regierung meinte schlußendlich,

des MBPM um eine Fristverlängerung
wurde zunächst stattgegeben, aber die US-Regierung meinte schlußendlich,

Termin sei Termin, der Leiter des Wahlamts wurde entlassen, und nach heftigen Auseinandersetzungen 21 weitere Mitarbeiter der ehemals 35-kopf starken Wahlbehörde.

Der strahlende Sieger von US-Gnaden war wie erhofft Blaize: von 48.000 registrierten Wahlberechtigten stimmten ca. 80% für seine Partei, das MBPM erhielt ca. 10%. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts — ein Kandiat ist gewählt, wenn er oder sie im jeweiligen Wahlkreis die einfache Mehrheit erhält — besetzten Blaize & Co. 14 und Gairys Mann einen Sitz im Parlament. Das MBPM ging leer aus. Wieso die Menschen nach den Zerstörungen durch die USA eine offensichtliche Marionette der Invasoren wählten ist schwer erklärlich. Gairy war keine Alternative. Blaize ist der Mann, der viel versprechen kann, und von dem sich sicher viele eine sanfte Politik mit Hilfe der USA versprechen. Das katastrophale Abschneiden des MBPM liegt zum einen in der Hypothek des Scheiterns des NJM begründet. Bestimmt liegt dem auch ein politisches Kalkül der Menschen zugrunde, die bei einer Mehrheit des MBPM verstärkten Terror durch die USA voraussahen. Und wieso sollte ein Volk jetzt in führungsloser Zeit revolutionäre Risikobereitschaft beweisen, wo es doch die Fehler ihrer politischen Idole am eigenen Leibe erfahren hatte.

Der dreifache Tod der Revo

Mit dem Sturz des Diktators Gairy 1979 und der Übernahme der politischen Gewalt durch das New Juwel Movement begann eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft auf Grenada. Die Menschen lernten Lesen und Schreiben, viele erhielten zum ersten Mal in ihrem Leben eine medizinische Betreung, die Arbeitslosigkeit konnte von 50 bis 60% auf 14% gesenkt werden, auf staatlichen Farmen und in neuen Betrieben fanden viele Arbeit und ein materielles Auskommen. Mit einer umfassenden Destabilisierungspolitik wurde die Regierung unter M. Bishop jedoch mehr und mehr in die enge getrieben. Kredite blieben aus, internationale Firmen nahmen die Produkte der Insel nicht mehr ab, in den Medien der USA und kontervolutionärer Propaganda wurde das NJM als machthungrige Diktatorenclique denunziert.

Diesem äußeren Druck konnte die kleine Gruppe des NJM nicht standhalten. Nach außen hin wurde immer ein Bild vermittelt, nach dem unter einer einheitlichen Führung mit viel basisdemokratischen Ansprüchen für die Zukunft der Gesellschaft gearbeitet wurde. Aber innerhalb des NJM brach im Laufe des Jahres 1983 ein unbarmherziger Machtkampf aus. Coard und M. Bishop waren die zentralen Personen in diesem Streit, wobei nach des Aussagen der heutigen Träger des MBPM Coard als ein Mann gekennzeichnet wird, der unter dem Mantel einer marxistisch-leninistischen Ausrichtung das NJM mehrheitsmäßig zu dominieren versuchte. Er kalkulierte dabei auf die Tatsache, daß M. Bishop sich immer einer Mehrheit im NJM verpflichtet fühlen würde; und wenn es Coard gelungen wäre die angestrebte Mehrheit zu erringen, hätte sich M. Bishop diesem untergeordnet. Entgegen den Darstellungen in der Solidaritätsszene war das NJM aber immer eine sehr kleine Gruppe, vielleicht 100 Menschen. Der äußere Druck beschleunigte einen Prozeß, in dem das Zentralkomitee immer häufiger Entscheidungen an sich riß, einerseits weil die Gruppe um Coard sich davon einen entscheidenden Einfluß versprach, um zum anderen, weil die Widersprüche über die verschiedenen politischen Wege nur noch in einem kleinen Kreis von informierten und erfahrenen Menschen lösbar schienen.

Nach der Invasion schleppten die USA rund 35.000 Pfund an Dokumenten aus Grenada ab, um daraus einen Nachweis über die Gefährlichkeit des NJM und seiner Führer zu ziehen. Unter anderem wurden Dokumente der Regierung im Umfang von 800 Seiten veröffentlich, die im wesentlichen über die inneren Diskussionen im NJM Aufschluß zulassen. Nach den Informtionen der linken US-Zeitung „The Guardian" (31.10.84) beweisen diese Dokumente mehrere Dinge: Zwischen 1980 und 1983 verbrachte das Zentralkomitee immer weniger Zeit mit der Auseinandersetzung um Fragen des Aufbaus der Gesellschaft auf Grenada. Mehr und mehr okupierten Fragen über Bündnisse im internationalen Kontext die Arbeit. Das Herausfinden von Gegnern und Bündnispartnern wurde zu einer zentralen Frage. Weiterhin weisen diese Dokumente auf eine wachsende Überzentralisation der Arbeit hin. Das Zentralkomitee entschied über so nebensächliche Fragen wie die Anlage eines Spielfeldes oder die Reservierung von Hotelräumen für ausländische Würdenträger.

Nach außen hin wurde diese Entwicklung wahrscheinlich durch die Person M. Bishops überspielt, der immer noch den Kontakt zum Volk behielt und ein lachendes und ein die Veränderungen spielerisch bewältigendes Grenada demonstrierte. Mit der Zeit muß die Gruppe um Coard eingesehen

Fortsetzung nächste Seite



Maurice Bishop

Fortsetzung von vorheriger Seite

haben, daß sie allein über Mehrheiten gegen M. Bishop keine Dominanz erringen konnte. Welche Bruchpunkte zwischen Coard und M. Bishop bestanden, darüber kann auch heute nur spekuliert werden. Der Griff zu den Waffen und das Suchen einer Entscheidung auf militärischer Ebene — sprich die Erschießung M. Bishops und ein Militärputsch — waren für die Coard-Gruppe die verbliebenen Wege zur Macht. Der Tod von M. Bishop und das Scheitern des NJM waren der erste Tod der Revo.

Den zweiten Tod erlitt die Revo mit der Invasion. Das NJM wurde verboten, viele ehemalige Mitglieder verfolgt, und die Gruppe um Coard zunächst auf einem Schiff interniert. Spätestens die Rückkehr des ehemaligen Diktators Gairy auf die Insel demonstrierte dem Volk die demütigende Niederlage durch den US-Imperialismus.

Den dritten Tod stirbt die Revo 1984 durch die Vernichtung der Ergebnisse der Revolution.

Tränen über Grenada

Unter der US-Besatzung wurden die Errungenschaften der Revo bilderbuchmäßig vernichtet. Ein großer Teil der verstaatlichten Farmen wurde an die früheren Besitzer zurückgegeben. Der Vertreter der US-Agentur für internationale Entwicklung kritisierte die frühere Farmpolitik, die auf den staatlichen Farmen mehr als 700 Menschen arbeiten ließ, ,,doppelt so viele wie für eine effektive Arbeit notwendig sind.'' Außerdem hätten die Menschen dort nur drei bis vier Stunden täglich gearbeit. Dementsprechend wurden viele Menschen entlassen. Wie überall auf der Insel: die Arbeitslosenrate stieg in diesem Jahr von 14 auf 40 bis 50% in die alte Höhe von vor 1979.

Weiterhin werden die Löhne gekürzt. Soweit die alten neuen Besitzer das Land nicht wieder brachliegen lassen wird es wieder für die Produktion von tropischen Früchten genutzt, die allein für den Export bestimmt sind. Der Bedarf an Grundnahrungsmitteln wird wieder importiert werden müssen. Finanzielle Hilfsinstitutionen für Kooperativen werden eingestellt, nur private Eigentümer sollen in Zukunft Darlehen erhalten. So liegt der verbliebene Rest der nichtreprivatisierten Farmen still, und das Außenhandelsmonopolamt verkümmert zu einer bloßen Verteilungsorganisation. Dadurch haben viele kleine Bauern eine gesicherte Abnahme ihrer Produkte verloren, und die großen Farmen diktieren die Preise. Andere Entwicklungsprojekte wer-

se. Andere Entwicklungsprojekte wer-



den schlicht liquidiert: Wie das von Mount Hermann; die ganze Karibik war neidisch auf dieses Projekt. Die Bauern konnten dort Schweine kaufen, sie zuhause mästen und dort wieder schlachten lassen. Seit einem Jahr wird die Zuchtfarm brach gelassen. Und in absehbarer Zeit soll hier auf der sanften Hügellandschaft ein Golfplatz für US-Touristen entstehen.

Im Bildungswesen wird radikal ,,ausgemistet'': Nachdem unter der NJM-Regierung die Analphabetenquote von 15 auf 2 Prozent gesenkt worden war, wurde die Alphabetisierungskampagne abgebrochen, und Weiterbildungsinstitutionen geschlossen. Vergünstigungen für Schulkinder gestrichen, Gratismilchverteilung und Gratisschulfahrt ebenso. So sind heute wie vor der Revo die Ausgaben für die Schuluniform und die Bücher Barrieren für die einfachen Menschen.

Nach dem Abzug der Ärzte und Schwestern nach Kuba ist auf der Insel die medizinische Versorgung zusammengebrochen — heute gibt es auf der Insel nur noch einen Zahnarzt. Eine Ironie der Geschichte ist die Tatsache, daß der einzige sichere Arbeitgeber heute die Gesellschften sind, die den Flughafen der Insel weiter ausbauen. Das Gerede um die US-Investoren, die nach einer Us-Invasion die Insel als sichere Kapitalanlage schätzend dort ihre Dollars anlegen würden, erwiesen sich als falsch. Bis heute hat sich das US-Kapital sehr zurückhaltend gezeigt, und die Hotels sind ja eh noch besetzt durch die olivgrünen Landsleute des Ronald Reagan. Und die gebärden sich als die großen Herren der Insel, düsen mit ihren Jeeps durch die Straßen der Städte und Dörfer, vergewaltigen Frauen und Mädchen; Alkohol, Drogen aller Art und Prostitution sind das einzige, was die US-Marines außer Panzern und Helikoptern mitgebracht haben. Zumindest diesen staatlichen Killern war die Invasion ein innerlicher Vorbeimarsch: Symbolisch wurde die kubanische Botschaft verwüstet, ,,das Mobiliar (ist) zertrümmert, die Bilder zerfetzt, die Wände mit pornographischen Zeichnungen und anticubanischen Parolen verschmiert'' (,,SZ'', 19.11.83). Wehe dem Land, dem solche Menschen die Freiheit bringen.

Roni, real intensiv ...

Die Geschichte ist oft zynisch und beleidigend für die Unterlegenen. Aber man muß schon so machthungrig und menschenfeindlich sein wie der US-Imperialismus, um die Phantasie zu besitzen diesen Zynismus auf die Spitze zu treiben. Mit dem Experiment Grenada ist den USA die Propaganda-Show gelungen, die sie wollten. Mit der Grenada-Invasion wurde in der Praxis der letzte Rest des Vietnam-Syndroms aus der US-Innenpolitik mit einer Welle von Patriotismus und Antikommunismus, Bedrohungslügen und CIA-Kampagnen zugeschüttet. So war die Befreiung der Medizinstudenten auf Grenada ein wichtiger Argumentationsgrund für die Reagan-Regierung. Die Angst vor einer Geiselnahme nach iranischem Muster wurde in die Medien hineingeredet. Nach der Invasion berichteten viele dieser Studenten, daß sie vor der Invasion in keiner Weis gefährdet waren, aber durch die militärischen Aktionen ihrer Befreier. Die Mehrheit der Studenten hatten sich in einer Vollversammlung vor der Invasion sogar gegen eine ,,Rettung'' ausgesprochen. Dies alles hindert die US-Regierung nicht, heute national am 19. Oktober 1984 einen ,,Student Liberation Day'' zu feiern, mit heißen Würstchen, bunten Fahnen und feurigen Ansprachen auf dem Campus so mancher Universität.

Universität.

Heute wird der Flughafen zu Ende gebaut, um als das zu dienen, was er immer sein sollte: ein Touristikflughafen. Vor einem Jahr wurde aus diesem Projekt plötzich ein unsinkbarer Flugzeugträger für die Sowjetunion oder Kuba, an dem Kubaner arbeiten, emsig wie vor 20 Jahren an den Raketenbasen auf Kuba. Alles stellte sich als Lüge heraus: Angefangen von den riesigen Treibstofflagern bis zur technischen Ausrüstung des Flughafens. Aber noch einmal wird dies aufgewärmt in einer Show für Reagan, bis zum Letzten: Vielleicht weiht er diesen Flughafen höchstpersönlich ein, aber sicher ist, daß dieser Flughafen den Namen seines Befreiers tragen wird: ,,Ronald Reagan International Airport''.

Imperialismus-Kommission

Quellen: ila-info nr. 81 + 79, Nov./Dez. 1984; Grenada-Nachrichten Nr. 7 + 8; The Guardian, Okt. 31 1984; TELL, Nr. 22 und 24; Die Linke, 24. Okt. 1984; medico international; englisch- und deutschsprachige Presse des Jahres 1984.

Liberale Post-Moderne

Kleine Enzyklopädie der Neuen Rechten

Wir setzen unsere Stichwort-Sammlung rechter zeitgenössischer Modeströmungen fort (Teil 1 in AK 252). Der Text wurde der belgischen Zeitschrift ,,La Revue Nouvelle'' (März 1984) entnommen.

Frankreich-Kommission

Kirzner, Irving

Lehrt Ökonomie an der New Yorker Universität, Autor zahlreicher Bücher, unter anderen ,,Competition und Entrepreneurship'' (1973). Kirner gehört zu den Hauptvertretern der Österreichischen Schule*. In allen seinen Schriften betont er die Bedeutung der unternehmerischen Geschäftigkeit oder Rührigkeit (,,alertness'') für jegliche Art von Marktwirtschaft, d.h. ihre ständige Sorge um neue Profitmöglichkeiten. (Das Zeichen * weist auf weitere Stichworte in dieser Liste hin; Anm. AK).

Kristol, Irving

Gehörte in seiner Jugend der trotzkistischen Organisation ,,Young People's Socialist League'' an. Seine Positionen ändert er radikal nach dem 2. Weltkrieg. Er wird in England Sekretär des ,,American Commitee for Cultural Freedom'' und Chefredakteur der Revue ,,Encounter''. 1965 lanciert er die amerikanische Revue ,,The Public Interest''. Durch zahlreiche Publikationen, insbesondere im ,,Wall Street Journal'', avanciert er schnell zu einem Hauptvertreter des Neo-Konservativis-
nen, insbesondere im ,,Wall Street Journal'', avanciert er schnell zu einem Hauptvertreter des Neo-Konservativis-
mus*. Mehrere dieser Artikel wurden in kleinen Bänden zusammengefaßt (,,Two Cheers for Capitalism'', 1978).

Kronberger Kreis

Kleine Gruppe westdeutscher neo-liberaler* Ökonomen um W. Engels und C.C. von Weizsäcker. Angeblich parteiunabhängig arbeiten sie überaus oft mit der Ludwig Erhard Stiftung (CDU/CSU) zusammen, um ihre Vorstellungen einer notwendigen Reorganisierung der Sozialversicherung und einer Steuersenkung bekannt zu machen.

Laffer, Arthur B. (geb. 1941)

Studierte und lehrte an der Chicago Universität*; aktuell Dozent an der (Privat-) Uni Südkalifornien. Vor allem bekannt durch die sogenannte ,,Laffer-Kurve'', die die zentrale Idee der Angebotswirtschaft* darstellt: Parallel zur Erhöhung der Steuerrate wachsen zunächst die öffentlichen Einnahmen (sogenannte ,,normale Zone''), bis die Schwelle erreicht ist, wo sie wieder abnehmen (sogenannte ,,Sperrzone''). Wenn die Steuerrate 100% beträgt, gehen die öffentlichen Einnahmen bis auf Null herunter. Laffer hat das Wirtschaftsprogramm Reagans mitformuliert und wurde nach dessen Wahl einer der Wirtschaftsberater.

Lepage, Henri (geb. 1942)

Hauptpopularisierer des Neo-Liberalismus* in Frankreich. In seinem Bestseller ,,Demain le capitalisme'' (1978) lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Erneuerung der neo-klassischen* Theorie durch die Chicago-Schule*, wobei es u.a. um den Monetarismus*, die Theorie des menschlichen Kapitals*, die Bewegung der Eigentumsrechte* oder um die Schule des ,,Public Choice''* geht. In einem weiteren Buch ,,Demain le libéralisme'' (1980) konzentriert er sich auf einige Lieblingsthemen des Liberalismus wie Konkurrenz oder politischer Markt; in ,,Vive le Commerce'' (1982) bemüht er sich, die letzten Entwicklungen der Informationstheorie auf die Konsummoden und Verteilungstechniken anzuwenden.

Lévy, Bernard-Henri (geb. 1948)

Studierte Philosophie, mit seinem ersten Bestseller ,,La Barbarie à visage humain'' (1977) wurde er gleich Wortführer der französischen Neuen Philosophie*. Als vom polnischen Katholizismus faszinierter Jude wünscht er sich die Konstituierung einer jüdisch-christlichen Front gegen den Totalitarismus (,,Le testament de Dieu'', 1979). Anhänger von Lacan, Althusser und Foucault; definiert er sich selber als ,,linker Anti-Kommunist'', oder ,,Liberal-Libertärer''. Schreibt regelmäßig Kolumnen für die PS-Tageszeitung ,,Le Matin''. 1983 erschien davon ein Sammelband: ,,Questions de principe''.

Liberalismus

Oft verwendeter Begriff zur Kennzeichnung einer politischen Doktrin, welche seit dem 18. Jahrhundert den Totalitarismus bekämpft und ihm das freie Bestimmungsrecht jedes Individuums über sich selbst und seine rechtmäßigen Erwerbungen entgegensetzt, ebenso die Fähigkeit jedes Volkes, selbst jede Entscheidung demokratisch zu treffen, die es betrifft.
ebenso die Fähigkeit jedes Volkes, selbst jede Entscheidung demokratisch zu treffen, die es betrifft.

Je nach Akzentsetzung auf das erste oder das zweite spricht man von libertärer* oder utilitaristischer* Version des Liberalismus.

Nur die erste Version führt notwendigerweise zur wichtigen, wenn nicht exklusiven Rolle des Marktes. In dem Sinne wird der Begriff ,,liberal'' in Europa benutzt. Im Amerikanischen (als Gegensatz zu ,,konservativ'' und ,,radikal'') bezeichnet der Begriff hingegen die Befürwortung staatlicher Intervention zugunsten des Funktionierens der Marktwirtschaft, dabei insbesondere der Umverteilung.

Libertarian Alliance

Britische politische Bewegung mit Sitz im ,,Alternative Bookshop'' von Covent Garden (London), die den Libertarismus* verbreitet. Tritt insbesondere gegen jede Art von Steuern und gegen den Zwangswehrdienst auf.

Libertarian Party

Amerikanische politische Partei, 1969 aus der Bewegung der ,,Young Americans for Freedom'' entstanden (die 10 Jahre zuvor auf Initiative des konservativen William Buckley* gegründet worden waren).

Kandidiert seit 1972 zu den Präsidentschaftswahlen. 1980 erhielt ihr Kandidat Edward Klark etwas weniger als eine Million Stimmen.

Libertarisch Centrum Belgie

Grüppchen, das sich auf den Libertarismus* beruft. Aktuell unter der Leitung von Guy de Maetelaere. Sitz in Deurne (Flamen).

Libertarismus

Gesamtheit der Doktrinen, die der individuellen Freiheit das absolute Primat geben. Gegenwärtig verbreitet v.a. in den Schriften von Adam Smith*, John Stuart Mill*, Friedrich Hayek*. Meistens Anarcho-Kapitalisten*. Einige unter ihnen wie z.B. Robert Nozick* vertreten allerdings mehr oder weniger stark den Minarchismus*. Auf diesen Libertarismus berufen sich die Libertarian Party (USA)*, die Libertarian Alliance (GB)*, das Libertarisch Centrum (Belgien)* u.a.

Liberty Fund

Reiche amerikanische Stiftung mit Sitz in Indianapolis, die den Libertarismus mit preisgünstigen Veröffentlichungen der Klassiker (Liberty Classics) und der lebenden Zeitgenossen (Liberty Press) unterstützt, organisiert Treffen, Konferenzen, Kolloquien etc.

Menschliches Kapital (Theorie des -)

Ökonomische Theorie der Entwicklung und Verwendung des menschlichen Kapitals, d.h. der individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen. Insbesondere von T. Schultz und G.S. Becker* (auf Grundlage der Anregungen von Adam Smith) herausgearbeitet. Die Theorie des menschlichen Kapitals hat als Ausgangspunkt die Beobachtung, wonach die Individuen aktuelle Einkommen für zukünftige Einkommen opfern, indem sie in Berufsbildung, Gesundheit und Erziehung ,,investieren''. Auf alle diese Bereiche wird die traditionelle Kapitaltheorie angewandt, insbesondere um Lohnungleichheiten zu rechtfertigen, die Gesundheits-Politik einzuschätzen und um die Bedeutung des Bildungswesens für das allgemeine Wachstum abzumessen.

Methodologischer Individualismus

Lehre, wonach ein soziales Phänomen nur dann befriedigend erklärt werden kann, wenn die Verhaltensweisen, die Anschauungen, die Vorlieben etc. der involvierten Individuen mit untersucht werden. Insbesondere verteidigt von Schumpeter, Mises*, Hayek*, Popper*, Tullock*, Boudon* etc.

Eine wachsende Zahl von Philosophen und Ökonomen aus der marxistischen Tradition (z.B. Jon Elster, John Roemer) hat sich dieser Lehre angeschlossen.

Mill, John Stuart (1806-1873)

Mill, John Stuart (1806-1873)

Autor klassischer liberaler (,,Sur la liberté'', 1859), utilitaristischer (,,L'Utilitarisme'', 1861) und feministischer (,,La sujétion des femmes'', 1869) Aufsätze. Insbesondere tritt er für das ,,Freiheitsprinzip'' ein, wonach ein Verhalten nur dann gesellschaftlich verurteilt werden kann, wenn es anderen schadet. Hayek* hat großes Interesse an Mills Werk gehabt und verschiedene Texte von ihm herausgegeben.

Minarchismus

Summe von Lehren zur strikten Eingrenzung (,,Minimierung'') der Rolle des Staates, ohne ihn jedoch vollständig abzuschaffen. Die Minarchisten schränken die legitimen Funktionsausübungen des Staates auf den Schutz des Individuums und seines Eigentums ein — sowohl nach außen (nationale Verteidigung) als auch nach innen (Polizei und Justiz). Sie bestreiten aber entschieden, daß der Staat über Steuer- und Umverteilungs-Politik oder Investitionslenkung ein Ideal von sozialer Gerechtigkeit realisieren können. Robert Nosick* ist sozusagen ein typischer Minarchist.

Mises, Ludwig von (1881-1973)

Nordamerikanischer Ökonom österreichischer Herkunft. Mit Hayek* zusammen, dessen Professor er war, ist er der Hauptvertreter der Österreichischen Schule*. Befürworter des methodologischen Individualismus und des Wirtschaftsimperialismus; entwarf eine generelle Theorie der Aktion (,,Human Action'', 1949). Bemühte sich, die Untauglichkeit des Sozialismus zu beweisen (,,Le Socialisme'', 1951), veröffentlichte eine der ersten Untersuchungen zum Bürokratismus* (,,La bureaucratie'', 1944).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Monetarismus

1. Als **Wirtschaftstheorie** hängt der Monetarismus eng mit dem, was allgemein „die quantitative Währungstheorie" genannt wird, zusammen. Er behauptet im wesentlichen, daß in einem bestimmten Zustand der Wirtschaft (real betrachtet) die Quantität des zirkulierenden Geldes das Preisniveau bestimmt. So wird Inflation aus einem Mißverhältnis zwischen zu hohen Geldreserven und realem Wachstum erklärt. Wobei sowohl die Monopole als auch die Gewerkschaften keine nennenswerte Rolle spielen.

2. Als **Wirtschaftspolitik** bedeutet Monetarismus vor allem eine restriktive Währungs- und Steuerpolitik; das Wachstum der Währungsmassen soll dem Produktionswachstum angepaßt werden, um so die Inflation zu bekämpfen. In diesem Sinne steht der Monetarismus in Opposition zum Keynesianismus, der die Inflation in Kauf nimmt als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Für die Monetaristen (und weitere Anti-Keynesianer wie z.B. Hayek*) kann zwar eine solche Politik kurzfristig wirksam sein, langfristig jedoch sei sie notwendigerweise schädlich. Der Monetarismus, der meist mit der Chicago-Schule* in Zusammenhang gebracht wird (und dabei v.a. mit Milton Friedman*), hat die Wirtschaftspolitik der westlichen Länder im vergangenen Jahrzehnt stark beeinflußt, entweder in einer radikalen Form (wie in Großbritannien/Margaret Thatcher oder in Chile/Pinochet) oder in einer Zwitterform, kombiniert mit der Angebotswirtschaft* (USA unter Ronald Reagan), oder in einer weiteren Form, wo auch auf Elemente des Keynesianismus zurückgegriffen wird (wie in Belgien unter Martens V).

Moral Majority

1974 von Richard Viguerie eingeführter Begriff, als Gegen-Gewicht zu den „liberalen" Slogans von New Deal (Roosevelt) und Great Society (Kennedy-Johnson). Viguerie, ein Werbungsexperte, bemüht sich um die Mobilisierung der konservativen US-Meinung zu Themen wie der Ratifizierung der Panama-Verträge (1978), insbesondere über Briefkampagnen an die Politiker und Spendensammlungen.

Natalismus

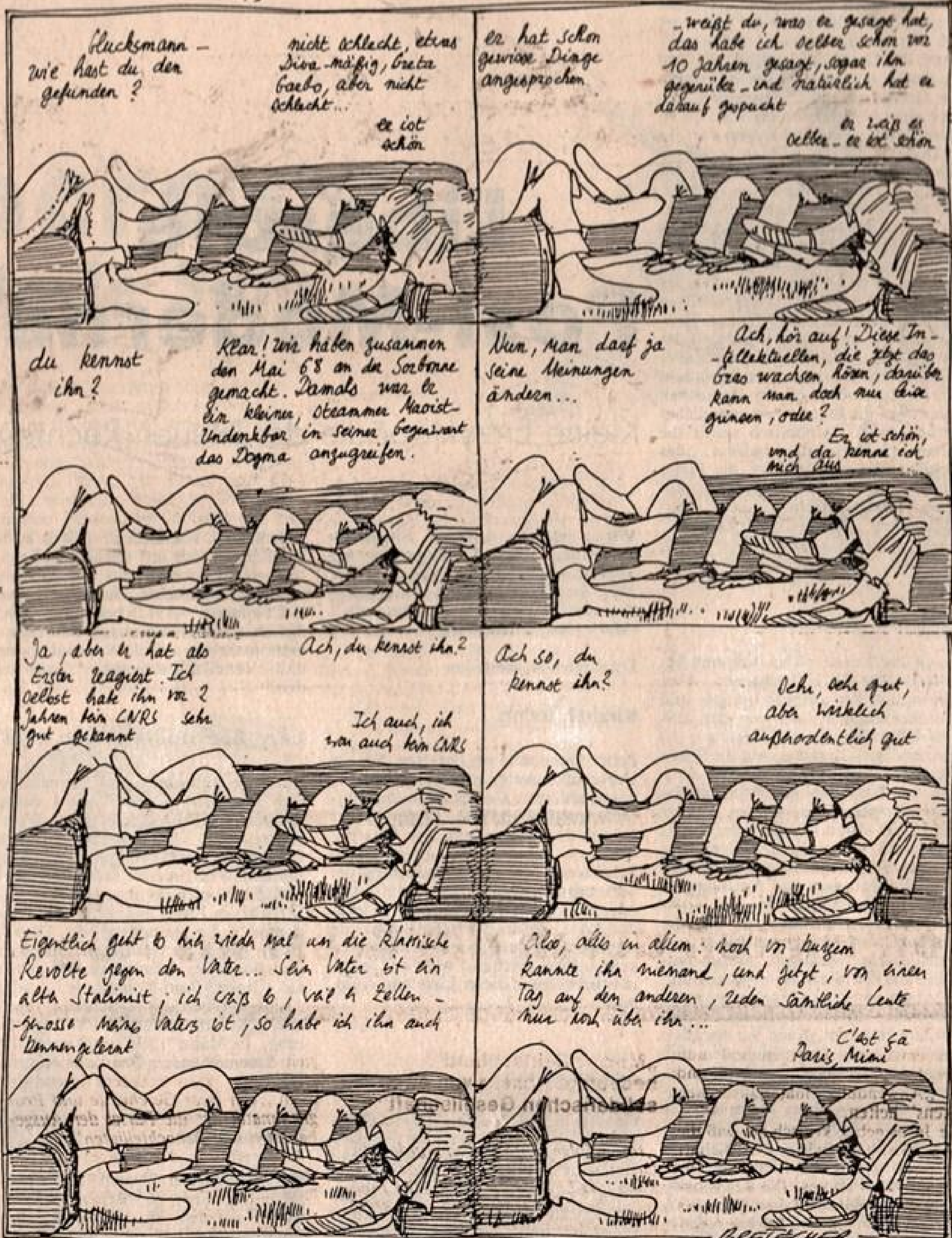
Begriff, der die Lehre bezeichnet, wonach die Erhöhung der Geburtsraten im Westen eine prioritäre Aufgabe sei, um dessen Zivilisation zu schützen und eine „Überschwemmung" dieser Länder durch die 3. Welt zu verhindern.
Der Natalismus geht meistens einher mit konservativen Positionen zur Ver-
der durch die 3. Welt zu verhindern.
Der Natalismus geht meistens einher mit konservativen Positionen zur Ver-
hütung, Abtreibung, zum Scheidungsrecht etc. In Frankreich agiert er über die „Nationale Allianz Bevölkerung und Zukunft" (Alliance Nationale Population et Avenir) bzw. den „Verein für eine demographische Renaissance" (Association pour une renaissance démographique). U.a: sind dort als Ehrenmitglieder Pierre Chaunu* und der PS-Ökonom Alfred Sauvy vertreten. Chaunu und Sauvy gaben ein Taschenbuch zur Popularisierung der natalistischen Positionen mit heraus: „La France ridée" (1979).

National Review

Hauptzeitschrift der US-Konservativen, vor 1/4 Jahrhundert gegründet, nach wie vor von William R. Buckley* geleitet. Gelegentlich arbeitete Ronald Reagan an der Zeitschrift mit. In Wirtschaftsfragen steht die Zeitschrift dem Monetarismus nahe, sie verbindet einen engagierten Anti-Kommunismus mit der entschiedenen Verteidigung der freien Marktwirtschaft. Die libertären* Positionen lehnt sie jedoch als extremistisch ab. Ansonsten tritt National Review für strikte Moral ein, allerdings in einer von der Moral Majority* unterscheidenden Sprache.

Negative Steuer

Zunächst von Milton Friedman* (1962) vorgeschlagen, in Frankreich durch Lionel Stoléru* (1974) popularisiert, als provisorische Maßnahme durch Libertäre wie Henri Lepage* befürwortet, bedeutet das System der negativen Steuer Folgendes: Das komplexe Gefüge sozialer Leistungen zugunsten verschiedener Bevölkerungs-



schichten (Arbeitslose, Familien, Wohngelder etc.) soll insgesamt ersetzt werden durch eine direkte Auszahlung an alle, deren Einkommen nicht eine bestimmte Schwelle erreicht, ab welcher die positive Steuer einsetzt. So könne die Armut wirksam bekämpft werden, bei größtmöglicher Marktberücksichtigung.

Neo-klassisches Paradigma

Neo-klassisches Paradigma

Herrschendes Paradigma (Muster) der westlichen Politökonomie seit der sogenannten „Marginalisten-Revolution" von 1870, wodurch sich Jevons, Menger u.a. von den Klassikern distanzierten (Smith, Ricardo, Mill*) und als Mittelpunkt ihrer Analyse die Konzepte von der marginalen Nützlichkeit und Produktivität setzten. Diese Bewegung radikalisierte sich in Form des „Neo-Marginalismus"*.

Neo-Konservative

1. Gruppe von US-Intellektuellen um die Zeitschriften „Commentary"* und „The Public Interest"*. Viele davon waren in den 30er Jahren Radikale und arbeiteten mit bei der „Partisan Review". Heute sind sie davon überzeugt, die gegenwärtige Krise der USA sei v.a. eine kulturelle Krise, und prioritäre Aufgabe sei die Wiederherstellung der traditionellen Werte wie Autorität, Familie, Kinder, Kirche, Gemeinschaft etc.

Dazu gehören u.a. der Journalist Irving Kristol*, die Professoren Nathan Glazer, Daniel Bell* und Robert Nisbet, die Politiker D.P. Moynihan, J. Kirkpatrick und Z. Brzezinski.
2. Im erweiterten Sinne auch Bezeichung verschiedener Strömungen, die in Frankriech (Alain de Benoist*, GRECE* etc.), in Großbritannien (Roger Scruton*, die „Conservative Philosophy Group" etc.), in der BRD (Carl Schmitt*, Hennig Eichberg, Arnim Mohler etc.) den US-Neo-Konservativen in dem Bemühen nahestehen, traditionellen Werten wieder zu Glanz zu verhelfen. Zum Teil bis dahin, daß Nationalsozialismus oder Rassismus verteidigt werden. In diesem Sinne ist „Neo-Konservativismus" praktisch Synonym von „Neue Rechte".*

Neo-Darwinismus

Biologische Entwicklungslehre der lebenden Arten, Synthese der darwinistischen Theorie der natürlichen Auslese mit jüngeren Ergebnissen der Genforschung sowie der Molekular-Biologie. Von den zeitgenössischen Biologisten in weiten Teilen akzeptiert, wird allerdings in Frankreich der Neo-Darwinis-
schung sowie der Molekular-Biologie. Von den zeitgenössischen Biologisten in weiten Teilen akzeptiert, wird allerdings in Frankreich der Neo-Darwinis-
mus von den „Neo-Lamarckianern" bestritten, die die Rolle des Zufalls weiter reduzieren möchten. Man spricht auch von sozialem Neo-Darwinismus (im Gegensatz zum sozialen Darwinismus der englischen Philosophen und Soziologen des 19. Jahrhunderts/Herbert Spencer), um die Anwendung der Soziobiologie* auf die Gesellschaftswissenschaften zu bezeichnen.

Neo-Liberalismus

1. In den 40er und 50er Jahren kennzeichnete dieser Begriff Ökonomen, die die Notwendigkeit der Organisierung des Marktes betonten. So Jacques Rueff in Frankreich und der „Ordo-Liberalismus" von Walter Eucker (1891-1950) von der Freiburger Schule: Nicht laisser-faire, sondern aktive Politik der Währungsstabilität, des Kampfes gegen die Kartelle und der Umverteilung von Großbesitz etc. könne die Wirksamkeit des Marktes garantieren.

Diese Spielart des Neo-Liberalismus hat besonders die gaullistische Wirtschaftspolitik in Frankreich und die „soziale Marktwirtschaft" des CDU-Kanzlers L. Erhard inspiriert.
2. Im heutigen europäischen Kontext kennzeichnet der Begriff im wesentlichen eine ziemlich heterogene Ansammlung von Doktrinen, deren Gemeinsamkeit die Befürwortung einer stärkeren Rolle des Marktes ist. So gesehen deckt der Neo-Liberalismus den Monetarismus*, die Österreichische Schule*, die Angebotswirtschaft* und den Liberalismus* mit ab.
3. Schließlich wird im nord-amerikanischen Kontext der letzten Jahre damit eine Gruppe von US-„Liberalen" gemeint, die sich um den Ökonomen Lester Thurow („The Zero-Sum Society", 1980) und den jetzt gescheiterten US-Präsidentschaftskandidaten Gary Hart („The new democracy", 1983) gebildet hat und das Ideal der Gleichheit mit einer unbedingten Befürwortung der neuen Technologien koppelt.

Neo-Marginalismus

Neo-Marginalismus

Die „marginalistische Revolution" von 1870 (Jevons, Walras, Menger) — Grundlage des neo-klassischen Paradigmas* in der Wirtschaftwissenschaft — führte mittels der Differentialrechnung das Konzept der marginalen Nützlichkeit ein (d.h. Befriedigung durch zusätzliche Gütereinheit) als Kernstück der subjektiven Theorie des Wertes und als hauptsächliches Instrument zur Untersuchung ökonomischer Verhaltensweisen.

Neue Ökonomen

1. Im weitestem Sinne (seit 1977) Bezeichnung von Ökonomen, deren Forschungsarbeiten eine Erneuerung der neo-klassischen* ökonomischen Doktrin sowie deren Erweiterung, manchmal auch „Wirtschaftsimperialismus"* genannt, anstreben.
2. Im eingeschränkten Sinne Bezeichnung des guten Dutzend französischer Akademiker, die unter diesem Zeichen auftreten (J.-J. Rosa, P. Salin, E. Claassen, F. Aftalion etc.), Mitherausgeber des Buches „Léconomie retrouvée" (1977). Die Gruppe behandelt die Makro-Ökonomie nur über die Mikro-Ökonomie. Alles drückt sich in Kosten aus, Entscheidungen werden über Kostenvergleiche getroffen, die Gesellschaftswissenschaften hängen also von der Ökonomie ab.

Neue Ökonomen (Zirkel der -)

Gruppe belgischer neo-liberaler Ökonomen, Verfasser insb. der Chronik „Point de vue" der Tageszeitung „Libre Belgique" (J.-F. Godbille, J. van de Casteele).

Neue Philosophen

Schwarm französischer Denker, oft ehemaliger Maoisten, die in den 70er Jahren Staat, Macht und Marxismus den Prozeß machten und Loblieder auf die Sensibilität, die Metaphysik, die Moral, das Individuum sangen. Die bekanntesten Neuen Philosophen sind u.a. B.-H. Lévy*, J.-P. Dolle („Haine de la pensée"), C. Jambet und G. Lardreau („L'ange"), Philippe Nemo („L'homme structural") und Jean-Marie Benoist („Tyrannie du Logos").

Neue Rechte

1. Allgemein verwendeter Begriff (in Frankreich seit Erscheinen eines denkwürdigen Dossiers in der Wochenzeitschrift „Nouvel Observateur" im Juli 1979) zur Kennzeichnung einer ganzen Gruppe neo-konservativer* Autoren, die einer Elite-Ideologie und zuweilen auch dem Rassismus wieder intellektuelle Respektabilität verleihen wollen und ansonsten die traditionellen Werte der westlichen Zivilisation hochhalten. In Frankreich beruft sich der GRECE* und die Zeitschrift „Elèments"*, die ihm nahesteht, explizit auf die „Neue Rechte" — in Belgien die flämische Deltapers-Stiftung*.
2. Viel seltener wird der Begriff auf verschiedene neofaschistische Gruppen angewandt, die vor allem eine starke Staatsmacht fordern (National Front, MSI, NPD, Vlaamse Militantenorde, PFN* etc.).
3. Zum Teil werden damit verschiedene zeitgenössische Varianten des Neo-Liberalismus gemeint (der sich über solche Gleichsetzungen empört).

Nouvelle Ecole (La -)

Dem GRECE* nahestehendes Organ, in dem Alain de Benoist* Chefredakteur ist (unter dem Pseudonym Fabrice Laroche). Gibt sich allerdings als völlig unabhängig vom GRECE und seiner offiziellen Zeitschrift „Elèments" aus. Richtet sich an ein breitgefächertes, kultiviertes Publikum mit gewissen wissenschaftlichen Ansprüchen. Auflage: über 10.000. Im Beiratskomitee sind u.a. der Psychologe Hans Eysenck*, der Psychiater Pierre Debray-Ritzen, die Schriftsteller Louis Pauwels* und Arthur Koestler, der Ethnologe Konrad Lorenz, der Soziologe Julien Freund, der Analytiker Winfried Huber und der flämische Ökonom Piet Tommissen.

Nozick, Robert (geb. 1938)

Philosophie-Professor an der Universität Harvard. Berühmter Vertreter des Libertarismus*, genießt hohes Ansehen im akademischen Milieu. Früher Mitglied der linken Organisation „Students for a Democratic Society", heute
Libertarismus*, genießt hohes Ansehen im akademischen Milieu. Früher Mitglied der linken Organisation „Students for a Democratic Society", heute
überzeugter und entschiedener Anhänger des radikalen Kapitalismus*. 1974 veröffentlichte er „L'anarchie, l'état et l'utopie", eine philosophisch-sofisticated (vertrackte) Verteidigung einer minarchistischen* Version des radikalen Kapitalismus*, insbesondere gegen die politische Theorie von John Rawls* gerichtet. 1981 veröffentlichte er ein zweites Buch „Philosophical Explanations", das sich nur am Rande mit philosophischer Politik befaßt und vor allem eine gewisse Zahl traditioneller Fragen der Philosophie behandelt wie: „Weshalb gibt es eher Etwas als Nichts".

Pauwels, Louis (geb. 1920)

Französischer Journalist und Romancier belgischer Herkunft. Mit Jacques Bergier, Autor von „Matin des Magiciens" (1960), worin er sich um die Rehabilitierung der sogenannten „Geheim-Wissenschaften" bemüht. Pauwels gründete auch die Revue „Planète, Organ des phantastischen Realismus". 1977 wurde er Leiter des Kulturteils der Tageszeitung „Figaro"; später lancierte er mit einigen weiteren Mitglieder der Neuen Rechten* den „Figaro-Magazine"', den er heute leitet. Militanter Atheist, bekämpft die jüdisch-christliche Tradition, den Marxismus, den Egalitarismus und die Warengesellschaft. Tritt für die Herausbildung einer „aristokratischen Mentalität" ein, die den „Geist des alten Europas" wieder beleben soll („Lettre ouverte aux gens heureux et qui ont bien raison de l'être", 1971; „Comment on devient ce que l'on est", 1978).

Fortsetzung und Schluß im nächsten AK



— Strategiedebatte bei den Jungsozialisten —
Von Hinten durch die Brust ins Auge

In November fand ein weltbewegender Kongreß statt. Der ,,undogmatische'' Flügel der Jusos (d.h. eigentlich alle Jusos, die nicht zum StaMoKap-Flügel gehören) veröffentlichte ein Grundsatzpapier. Titel: **,,Für einen neuen programmatischen Impuls — Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten''**.

Nachdem die Reformjahre der SPD/FDP-Regierung vorbei waren und die sozialliberale Regierung bürgerliche Politik par excellence betrieb, war es erst einmal sehr still geworden um die Jungsozialisten, die nach der APO ihre ,,Doppelstrategie'' mit dem hehren Ziel verfolgten, die SPD zu ,,transformieren''. Der ,,Lange Marsch durch die Institutionen'' begann, und die SPD transformierte zwar die Jusos in ein linkes Aushängeschild, aber die Jusos transformierten ihre Mutterpartei nicht in eine sozialistische Organisation.

In endlosen Flügelkämpfen bildeten sich schließlich zwei Hauptflügel heraus: der sog. StaMoKap-Flügel, der — abgeleitet aus der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (StaMoKap) — recht ähnliche Positionen wie die DKP vertritt und vor allem im Hochschulbereich ein festes Bündnis mit den DKP-Kräften aufrechterhält. Dazu zählt auch der formal selbständige SHB (Sozialistischer Hochschulbund). Zum anderen ein diffuser ,,undogmatischer'' Flügel (von Spöttern als ,,Baracken-Jusos'' tituliert, da sie der SPD-Baracke in Bonn an den Lippen hängen). Dieser Flügel hat sich mit gewohnter sozialdemokratischer Energie der von Herrn Glotz gestellten Aufgabe zugewandt, die linke Hegemonie zu restaurieren. (Vgl. AK 251: ,,Du glaubst, du schiebst ...'').

Die ,,Positionsbestimmung'' dieses Juso-Flügels ist in zweierlei Hinsicht sehr interessant: Erstens gibt ihr Papier einen Einblick in die (links)sozialdemokratischen Absichten vor allem gegenüber den Grünen. Zweitens zeigt dieser Versuch einer Grundsatzbestimmung die Grenzen einer sozialdemokratischen Kritik an den Jahren der Schmidt-Regierung auf. Darüber hinaus enthüllen die Argumentationsweisen der Jusos ein spezifisches Geschichtsverständnis, das die Bruchpunkte in der SPD-Geschichte, wie etwa die Unterstützung des Ersten Weltkrieges, schlicht ignoriert.

Mit diesem Artikel soll die auch im ARBEITERKAMPF geführte Diskussion, was von der linken Sozialdemokratie in den nächsten Jahren zu erwarten ist, fortgeführt werden. Dies umso mehr, als heute Gruppierungen wie die SOST (Sozialistische Studiengruppen) ihren Weg zurück in den warmen Schoß der SPD finden (vgl. AK 248: Annäherung an die Sozialdemokratie; und AK 251: Der 'politökonomische Minimalkonsens' der SOST - Abheften und vergessen?)

Der Bankrott der

Der Bankrott der Doppelstrategie

Es sei gleich vorweg gesagt, daß auch die neue Positionsbestimmung des ,,undogmatischen'' Teils der Jusos nicht mit einer alten sozialdemkratischen Besonderheit bricht. Das Fehlschlagen einer Politik ist demnach keinesfalls darauf zurückzuführen, daß diese sachlich falsch gewesen wäre, sondern lediglich die Begründung reichte nicht aus. So steht für den Juso-Flügel schon im Vorwort fest, daß eine ,,neue Programmdiskussion'' die Jusos unbedingt ,,*als einen Kern des linken SPD-Flügels neu profilieren*'' müsse. Die SPD sei leider momentan ,,*führungsfixiert und konzeptionell weitgehend ratlos. In ihr ist das sozialistische Bewußtsein ... unterentwickelt*''.

Deshalb hätten die SPD und die Jusos ,,*ihre Ausstrahlungskraft auf die kritischeren Teile der jüngeren Generation fast völlig verloren*''. In der Tat. Und selbst die Jusos, so meint der ,,undogmatische'' Teil, ,,*gerieten in den Sog einer immer unpolitischer werdenden SPD*''. Insgesamt sei eine Situation entstanden, wo ,,*die SPD in akute Schwierigkeiten geraten (ist), Jugendliche mit kritischem Bewußtsein überhaupt noch anzusprechen ... Teile der SPD-Parteirechten und der Grünen versuchen, diese soziale und kulturelle Distanz strategisch auszunutzen und Einflußsphären abzustecken*''.

Den linken Jusos geht es demnach wie den Ländern der Dritten Welt: sie werden einfach zwischen Einflußsphären der Supermächte zermalmt.

Einerseits die Parteirechten, die unfairerweise die Schwäche der Jusos auszunutzen versuchen; andererseits die Großmacht Grüne, die dem historisch unvergleichlich wichtigen Flügel der undogmatischen Jusos den Zustrom entziehen. Dagegen soll nun ,,kritisch marxistische'' Analyse und eine ,,Anwendung materialistischen Denkens'' helfen.

Die Jusos geben kritisch zu, daß die heutige kapitalistische Gesellschaft zwar noch immer kapitalistisch ist, aber eben doch anders. Die Jusos haben — nur schmale 15 Jahre später als der Rest der Linken — ,,*hochdifferenzierte Hierarchien und Mittelschichten*'' entdeckt, die zum Leidwesen der Anwendung materialistischen Denkens ,,*mit der klassischen Vergesellschaftungsdiskussion noch nicht ausreichend erfaßt sind*''. Daher nun müsse die Industriegesellschaft ,,umgebaut'' werden. Die letzten 15 Jahre linker Politik sind jedoch keineswegs ein Grund, ehemalige Strategien tatsächlich zu hinterfragen. Das Credo bleibt ehern bestehen:

,,*Antikapitalistische Strukturreformen bleiben die Tagesziele, und der mit dem Begriff der 'Doppelstrategie' formulierte Zugang (institutionelle Politik auf der Grundlage von Basismobilisierung) bleibt der einzig sinnvolle Weg.*''

wegs ein Grund, ehemalige Strategien tatsächlich zu hinterfragen. Das Credo bleibt ehern bestehen:
,,Antikapitalistische Strukturreformen

Mit dieser Strategie werden wir uns am Ende des Artikels noch näher befassen. Bevor es an die Analyse der SPD geht, soll ein Zitat aus dem Juso-Papier nicht vorenthalten werden. Getreu dem Motto 'So ungeheuer vielschichtig und pluralistisch wie die Grünen sind wir noch allemal' erklärt der undogmatische Juso-Teil über seine Zusammensetzung:

,,*Die Entwicklung eines innerparteilichen Blocks aus marxistischen, ethisch-sozialistischen und ökologischen, reformsozialistischen und feministischen Strömungen ... bleibt in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Basisinitiativen und neuen sozialen Bewegungen die zentrale Tagesaufgabe für die Arbeit in der SPD*''.

Uff. Für jeden Leser, der schon die Lust am Thema verloren hat, kann man nur vollstes Verständnis haben. Aber keine Sorge: wenn die Jusos sich mit Grundsätzen beschäftigen, bleibt immer nur das Schmunzeln. Doch, ehrlich. Kein Witz. Die Jusos meinen, ihre Politik müsse nun endlich ernst machen mit ,,*dem Abbau von Herrschaft im zwischenmenschlichen Bereich*''. Ja, und es muß Schluß sein mit dem ,,*verknöcherten Politikkonzept einer Vordenkerpartei*''. Wie der SPD!? Aber nein, Schluß mit einer ,,*Vordenkerpartei mit einer prinzipiell positiven Grundeinschätzung von Sozialismus a la DDR*''. In der Tat, die undogmatischen Jusos haben das zentrale Problem hiesiger SPD-Entwicklung kritisch-marxistisch erkannt. Dann kann nun fortgeschritten werden zur Analyse der ,,*SPD zwischen 'Modell Deutschland' und Krise*''.

„Modell Deutschland bedeutete Abkehr von einer solidarischen Gesellschaft"

,,*Im Gefolge der Krise ... wurden die Grenzen staatlicher Wirtschaftslenkung a la SPD deutlich. (...) Die Politik ... des 'deficit spending' ... (geriet) als Politik der Bearbeitung der Folgen wirtschaftlicher Prozesse in Widerspruch zu den Ursachen der ökonomischen Krise*''. Gemeint ist wohl eher, daß diese Politik die Krise verschärft habe. Jedenfalls bringen die undogmatischen Jusos den Realismus auf, von einem fast zehnjährigen Prozeß des ,,*Verfalls der sozialdemokratischen Fähigkeiten, ihre eigene Basis und die Gesellschaft wirklich noch zu repräsentieren*'', zu sprechen.

Es sei versucht worden, ,,*das traditionelle Bündnis zwischen SPD und Gewerkschaften auch für diese Form des Krisenmanagements zu nutzen*''. Aber: ,,*Waren bis Ende der 70er Jahre von den Folgen der Krisenbewältigung vornehmlich eher konfliktunfähige Gruppen betroffen, wirkten die Maßnahmen doch zunehmend auch in den Kern hinein, auf den die SPD setzt*''.

Gesellschaft wirklich noch zu repräsentieren'', zu sprechen.
Es sei versucht worden, ,,das traditionelle Bündnis zwischen SPD und

Das heißt, als den ersten Grund für den Niedergang der SPD geben die undogmatischen Jusos den zunehmenden Widerspruch ihrer Politik zu den gewerkschaftlichen Interessen an.

Den zweiten Grund sehen die Jusos in der Rechtsentwicklung: ,,*Und es hieß auch: Mehr Repression, da die sozialen Konflikte immer mehr mit Polizei und Paragraphen bewältigt wurden. (...) Modell Deutschland bestand ... (in der) Abkehr von der Aufbruchstimmung ... in den 'Deutschen Herbst'* ''. Man verzeihe die langen Zitate, aber ohne Zitate glaubt das Folgende eh niemand.

Die Jusos stellen ganz richtig und sachlich fest, daß die SPD

a. eine Krisenbewältigung zu Lasten der Bevölkerung betrieb, und

b. eine Repressionspolitik, die in dem Deutschen Herbst mündete (Kalkar-Demonstration, die ,,Selbstmorde'' in Stammheim, der Einsatz der GSG 9 im afrikanischen Mogadishu).

Da fragt man sich doch verblüfft, wie diese Erkenntnisse unter einen Hut zu bringen sind mit der Mitgliedschaft in der SPD. Ein echter Juso löst das Problem so:

,,*In dieser Situation vollzog sich eine tiefgreifende Veränderung, die 'Verstaatlichung' der Partei.*'' Und fast, um ein Haar, wäre alles zu spät gewesen. Doch dank ,,*dieser engagierten vorläufigen Minderheit undogmatischer Linker*'' konnte mit letzter Kraft eine ,,*vollständige Erstarrung der SPD*'' abgewendet werden, die zwar ,,*auch in zentralen Bereichen Gegner sich bildender neuer Protestbewegungen*'' war, aber trotzdem irgendwie auch ,,*von ihrer Geschichte und Programmatik her die Partei der Ausgebeuteten und Benachteiligten*''.

Also, wirklich, das ist nicht zum Lachen, das meinen die todernst. Das muß man eben nicht logisch, sondern ,,kritisch marxistisch'' sehen; da muß man den ganzen vertrakten sozialdemokratischen Materialismus richtig anwenden. Der Unterschied ist nämlich ganz materialistisch, daß die Rechten so eine unsoziale und repressive Politik machen w o l l e n , also richtig bewußt, während die SPD so eine Politik immer nur dann macht, wenn sie ,,überwintert.''

Das ,Modell Deutschland' war nicht etwa Ausdruck dafür, daß die SPD normale bürgerliche Krisenpolitik betrieb. Das hatte gar nichts mit absichtlicher Politik zu tun, sondern das war einfach so: ,,*Modell Deutschland bedeutete für die Partei Abwarten, Überwintern, Konservieren und Vertagen von Reformen auf übermorgen, nach dem Ende der Krise, gegen die man kein Rezept hatte*''.

Das ,Modell Deutschland' war nicht etwa Ausdruck dafür, daß die SPD normale bürgerliche Krisenpolitik betrieb. Das hatte gar nichts mit absicht-

Jetzt muß man mal nicht materialistisch denken, sondern strafrechtlich. Da gibt es, schließlich sind wir ja ein Rechtsstaat, einen Paragraphen über die Unzurechnungsfähigkeit. Und wenn einer schläft, gerade überwintert, sich konserviert oder vertagt — dann kann man den eigentlich nicht verantwortlich machen. Die SPD ist eine Schön-Wetter-Partei. Geht alles aufwärts, sind Volk und Kapital zufrieden, dann repräsentiert die SPD strahlend die Gesellschaft. Geht es bergab, dann konserviert sich der eine Teil der Partei und läßt den anderen sich verstaatlichen. Das ist doch ganz einfach. Echt undogmatisch. Und kritisch. Ungeheuer kritisch! Hat ein ehemaliger SPD-Kanzler erst mal abgedankt und der ganze Laden auf Opposition geschaltet, dann gibt es zum Abschied noch etwas ,,kritisch marxistische'' Kritik von den undogmatischen Jusos. Zwar kommt nach dem Überwintern kein echter Sommer, auch kein kurzer der Anarchie, aber so sanfte Frühlingsgefühle eben doch. Und sowas endet ja meistens in Lyrik. Der Sturm-und-Drang-Roman heißt diesmal ,,Progressiver Reformismus''.

Der „Progressive Reformismus" als „dritter Weg" zum Sozialismus

Zwischen dem sozialdemokratischen Weg à la Bad Godesberg und dem Realen Sozialismus, jenen Klippen des Scheiterns, hindurch verfechten die Jusos einen ,,progressiven Reformismus'' als dritten Weg. Dabei bleiben die Undogmatischen ganz traditionell. Etwas undurchdacht mutet es schon an, wenn als die vier Hauptpunkte dieses Weges zwar ,,*Wiederaneignung der Arbeit als Quelle sozialer Selbstverwirklichung*'', eine ,,*neue ökonomische Logik*'', die ,,*Akzeptanz eines selbstbestimmen feministischen Weges*'' und die ,,*untrennbare Verbindung von Demokratie und Sozialismus*'' postuliert werden, aber kein einziges Wort über den Staatsapparat verloren wird. Aber Macht ist eben keine Machtfrage, sondern eine Hegemoniefrage. Es geht für die SPD um nichts geringeres als den ,,*radikalen Bruch mit der bisherigen Form der Politik*''. ,,*Die sozialistische Bewegung muß die Hegemonie, d.h. die geistige Vorherrschaft erringen; eine Kultur der Veränderung und Transformation muß sich in neuen demokratischen Formen verankern*'' und vor allem die ,,Spaltung der Gesellschaft'' verhindern. Doch, das steht da wirklich: Die Jusos wollen keine politische Polarisierung, sondern wollen die Spaltung der Gesellschaft verhindern ,,*und dabei die Vorstellung einer zukünftigen harmonischen Gesellschaft ... korrigieren.*''

Dieser Reformismus hat endlich eine echte Chance, denn da gibt es ,,zwei zentrale Tendenzen'':

1. Erstens all die Bewegungen, ,,*die zum Angriff auf Unterdrückungsformen übergingen, die nicht auf ökonomische Ausbeutung reduzierbar sind. (...) Mit dem Auftreten dieser Bewegungen ... haben wir einen irreversiblen* (unumkehrbaren — d.V.) *Wendepunkt auf dem Wege zum Sozialismus erreicht.*''

2. ,,*Die andere große Linie ist die der fortschrittlichen Teile der Gewerkschaften, der Arbeitershaft. (...) In den Gewerkschaften verläuft ein — durchaus widersprüchlicher — Prozeß der ,Wiederaneignung der Politik'* ''. Aufgabe sei es nunmehr, die ,,*falsche Frontstellung von ,Traditionalisten' und ,Ökologisten'* '' zu beheben und die ,,mögliche Gemeinsamkeit'' zu entwickeln. So entsteht schließlich das ,,*notwendige Reformbündnis*''.

Damit nun niemand auf den blöden Gedanken kommt, die undogmatischen Jusos hätten parteischädigendes Engagement im Sinn, etwa eine Unterstützung des grünen Drucks auf die SPD, werden die Gewichte klar verteilt: ***,,Wir wollen Politik insgesamt verändern, und dazu muß an jenen Strukturen angesetzt werden, in denen über die politische Konzepte in der linken Hälfte der Gesellschaft entschieden wird. Das sind und bleiben SPD und Gewerkschaften.''***

Konkrete Ziele des „Progressiven Reformismus"

Fünf Punkte benennt schließlich das Juso-Papier zu den Grundlagen einer ,,fundierten Alternative'':

1. *Eine Friedenspolitik, die Kriege verhindern hilft ..., Fortführung und Weiterentwicklung von Entspannungspolitik''.*

1. Eine Friedenspolitik, die Kriege verhindern hilft ..., Fortführung und Weiterentwicklung von Entspannungspolitik''

2. ,,*Eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik muß die unmittelbaren Krisenfolgen abwehren*''.
3. ,,*Durchgesetzt werden muß mehr Lebensquaität über ein differenziertes Entwicklungsmuster*''.
4. ,,*Gegen das neo-konservative Projekt des Sozialstaatsabbaus durch Entstaatlichung ... muß eine Perspektive des Ausbaus gesetzt werden*''.
5. ,,*Das patriachalische System ... muß auf allen Ebenen der Gesellschaft abgebaut werden*''.

Punktum. Das war's. Mit keinem Wort fordern die Jusos die Rücknahme der von der SPD erlassenen Repressionsgesetze. Mit keinem Wort fordern die Jusos eine Einschränkung der Aufrüstung. Mit keinem Wort fordern die Jusos eine Veränderung der imperialistischen EG-Politik (von der Unterstützung des Militärputsches in der Türkei bis hin zur Süderweiterung). Sondern es werden schlicht und phantasielos fünf Ladenhüter sozialdemokratischer Reformversprechen noch einmal dargelegt. Und für diese ,,scharfe und grundsätzliche Kapitalismuskritik'' erhofft man sich ,,*die Betonung außerparlamentarischer Aktivitäten im Rahmen der Doppelstrategie*''!

Das Einzige an Realismus und Aufrichtigkeit in dieser ganzen Strategie liegt in der Einschätzung, daß ,,*eine angemessene Konzentration aller reformorientierten Elemente in der SPD nicht zu erwarten*'' sei. Daher bleibe, dem Himmel sei's geklagt, ,,*absehbar nur die Zusammenarbeit mit den Grün-Alternativen*'', die auf ,,*beiden Seiten Lernprozesse und inhaltliche Weiterentwicklung*'' erfordere. Die SPD müsse sich der Diskussion stellen, und: ,,*Undogmatische Jusos sehen in*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

dieser Konfrontation eine Chance für die SPD wie für die ganze Gesellschaft''. Progressiver Reformismus, das ist ein Schuß alter sozialdemokratischer Programmatik, ein Schuß nicht verstandener Poulantzas, ein großer Schuß Illusionen und ein kleiner Schuß Werben um die grünen Wähler. Progressiver Reformismus, das ist die ,,kritisch marxistische'' Anwendung des Juso-Programms, das durch wiederholtes Scheitern immer wertvoller wird. Oskar Lafontaine hat manchmal ja auch recht: ,,*Die Verdrängung erklärt vieles von dem, was heute passiert. SPD-Mitglieder sind gegen die Verdrängung nicht immun''.* Ja, und schon gar nicht, wenn sie befürchten, verdrängt zu werden ...



Jenseits des Spotts

Die entscheidende Kritik an den heutigen Jusos ist nicht unbedingt die, daß die Jusos reformistisch wären. Das ist zum einen seit langem bekannt und zum anderen hat der Reformismus ja mitunter durchaus fortschrittliche Apekte. Die entscheidende Kritik an den Jusos muß viel weiter gehen, weil diese einen **völlig unernsten** Reformismus vertreten.

Man könnte es den Jusos ja noch verzeihen, wenn sie die Verbrechen der SPD im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg nicht gerade an die große Glocke hängen, wenn sie verschweigen, daß die SPD 1914 den Weltkrieg *aktiv* unterstützte, daß die SPD 1918 die Regierungsgeschäfte übernahm, um gemeinsam mit der Reichswehr und der wilhelminischen Polizei Ansätze sozialistischer Politik militärisch niederzumachen. Aber es wird schon unerträglich, wenn sich Sozialdemokraten ausgerechnet auf Rosa Luxemburg berufen und verschweigen, **daß es eine SPD-Reichsregierung war, die den Mord an Rosa Luxemburg deckte und politisch nutzte.** Es wird unerträglich, wenn Leute sich lauthals in die Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung stellen, um eine SPD zu unterstützen, deren Politik nach 1918 unter der Parole ,,Einer muß den Bluthund machen'' (Noske) stand, eine SPD, die nach dem Ersten Weltkrieg mit äußerster Brutalität jedwede antikapitalistische Reform verhinderte.

Diese bewußte Geschichtslosigkeit zieht sich durch das ganze sozialdemokratische Denken wie ein roter Faden hindurch. Und dies gilt nicht allein für lang zurückliegende Ereignisse. Es ist wirklich beeindruckend, wie wenig Sozialdemokraten die Realität wahrnehmen. Da wird in dem Juso-Papier glattweg so getan, als habe es nie irgendwelche Erfahrungen mit Reformprojekten gegeben, die analysiert werden müßten.

Da gibt es eine PASOK-Regierung in Griechenland, die hundertmal linker und konsequenter als alle linken SPDler zusammen ist und die durchweg scheitert, die sich EG und NATO unterwirft und Griechenland dem Ruin überläßt.

Da gibt es eine PSOE-Regierung in Spanien, die nach besten Kräften den politischen und ökonomischen Ausverkauf des Landes an die EG-Führer Frankreich und BRD betreibt.

Gut, Griechenland und Spanien gehören ja auch nicht zu den großen kapitalistischen Mächten. Aber sicherlich Frankreich. Da wurde unter erheblichem Getöse und getragen von wahren Begeisterungsstürmen des Volkes eine Linksunion an die Macht gebracht, die großartige Reformpläne hatte und hinter sich ein ,,reformorientiertes Potential'', das mit Sicherheit größer war als dasjenige, das man in der BRD zusammenkratzen könnte. Nicht einmal drei Jahre brauchte diese Linksunion, um total auf den Hund zu kommen. Frankreich hat seit dem Mai 1968 keine so großen und so politischen Massenkämpfe erlebt wie in den letzten Jahren. Und diese wurden **gegen** eine Reformregierung geführt, die ganz rigide, in bester SPD-Manier, die Krise auf die Bevölkerung abwälzte. Frankreich ist das letzte, aber auch klarste Beispiel eines völligen Scheiterns linkssozialdemokratischer Politikkonzepte. Leute wie Oskar Lafontaine wenden diese Entwicklung gegen allzu reformorientierte Zielvorstellungen: ,,*Wir haben erlebt, wie die sozialistische Regierung Frankreichs versucht hat, der reaganschen Wirtschaftspolitik entgegenzusteuern. Nach zwei Jahren wurde alles zurückgenommen.''* (,,konkret'', 11/84). Nur die Jusos sind durch konkrete Geschichte keineswegs zu beeindrucken und sehen keinerlei Anlaß, sich mit den Perspektiven sozialdemokratischer Politik auf dem Boden der Tatsachen auseinanderzusetzen.

Die linken Sozialdemokraten, die das Scheitern der radikalen Linken in der BRD hämisch beklatschen und den Niedergang des Dogmatismus feiern, sind im Kern ihrer Argumentation hundertmal dogmatischer als die ganze ml-Bewegung zusammen. Das erste und zentrale Dogma linker Sozialdemokraten heißt: Antikapitalistische Reformen sind innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu jedem Zeitpunkt durchführbar. Es bedarf dazu lediglich eines zweckmäßigen Meinungskampfes um die Mehrheit. Das zweite und nicht minder zentrale Dogma heißt: ,,*Wer die Eigentumsfrage im Sinne der Arbeiterbewegung beantwortet, also sozialistische Produktionsverhältnisse schaffen will, kann dies nur mit den Organisationen der Arbeiterbewegung erreichen''* (,,Positionsbestimmung'').

Dieses Denken stammt aus dem 19. Jahrhundert. Damals war die SPD die ,,Partei der Ausgebeuteten und Benachteiligten'', damals warfen die deutschen Organisationen der Arbeiterklasse die Eigentumsfrage auf. Das ist bald hundert Jahre her und seitdem hat sich nicht nur die SPD verändert.

Seit 1914 heißt Sozialdemokratie eine bürgerliche Politik. Sozialdemokratie an der Macht, das war zu allen Zeiten dieses Jahrhunderts nichts anderes als eine Variante bürgerlicher Politik; die sozialdemokratischen Parteien waren das, was Nicos Poulantzas als ,,dominante Staastsparteien'' bezeichnet hat: Parteien, die — als integraler Bestandteil des bürgerlich-kapitalistischen Staatsapparates — das Bürokratenheer mit Direktiven versehen, den ganzen Staatsapparat vereinheitlichen, ausrichten, um diesem bei der Erfüllung **seiner** Aufgabe behilflich zu sein. Die Reformjahre der SPD nach der Großen Koalition waren nicht der Normalzustand sozialdemokratischer Politik, sondern die Ausnahme, ein Sonderfall. Und die Politik des ,,Modell Deutschland'' war nicht der Verrat an der Bestimmung der SPD, sondern ihre innerste Wahrheit. Die gesamte Geschichte der SPD seit dem Ersten Weltkrieg beweist dies schlüssig. Die SPD ist keine Partei, ,,systemüberwindender Strukturreformen'', sondern eine Partei, die eine spezielle Form des bürgerlich-demokratischen Staates repräsentiert.

Die sozialen Hauptstützen dieser Partei sind all die Schichten, die, ohne unmittelbar zur Bourgeoisie zu gehören, von der Stabilität des kapitalistischen Systems profitieren oder zu profitieren glauben. Von der Beamtenschaft über die alten und neuen Mittelschichten bis hin zu den Oberschichten der Arbeiterschaft. Diese sozialen und politischen Schichten erwarten eine Politik, die einerseits die Grundbedingung ihrer Existenz gewährleistet, d.h. einen florierenden Kapitalismus, andererseits eine staatliche Garantie ihre Privilegien im Rahmen des Machbaren.

Die Sozialdemokratie ist aufgrund ihrer ganzen Entwicklung die prädestinierte Partei dieser Doppelstrategie, die Partei des Kompromisses zwischen divergierenden Interessen der Klassen und Schichten auf der Grundlage eines ,,vernünftigen'' und kalkulierbaren Kapitalismus. Dies gilt nicht allein für die Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern für die gesamte Politik, inklusive einer Außenpolitik, die unter Vermeidung unkalkulierbarer Risikien die Entfaltung des nationalen Kapitalismus international absichern soll.

Die historische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Ideologie eines kalkulierbaren Kapitalismus ein relativ stabiles Fundament verschafft, da sie eine Phase ökonomischer Prosperität hervorbrachte, die steigende Löhne **und** steigende Profite ermöglicht. Einen ,,vernünftigen'' Interessensausgleich im Inneren, der übermäßige Konflikte und risikoreiche Konfrontationen durch eine Sozialpartnerschaft vermied, sowie eine ,,Sicherheitsgemeinschaft'' nach außen, die das Risiko europäischer Kriege ausschalten sollte — das waren die beiden Eckpfeiler, auf denen das Massenbewußtsein nach dem Zweiten Weltkrieg aufbaute. Und das sind bis heute die Eckpfeiler sozialdemokratischer Ideologie und Legitimation.

Das sozialdemokratische Potential hat die SPD längst verlassen. Zunächst in Gestalt der USPD und nach ihrer Spaltung in Gestalt der KPD hat sich das sozialistische Potential seit dem Ersten Weltkrieg immer wieder **außerhalb** der SPD organisiert.

Daß es jahrzehntelang neben der SPD keine relevante sozialistische Organisation gegeben hat, lag nicht etwa daran, daß die sozialistischen Kräfte in die SPD zurückgekehrt wären, sondern daran, daß es diese kaum gab. Die besondere ökonomische und politische Stabilität nach dem Zweiten Weltkrieg hat zu einer fast ungebrochenen Dominanz des sozialpartnerschaftlichen Reformismus in der Arbeiterbewegung geführt. Parallel zu diesem Prozeß vollzog sich der Niedergang der KPD, die schließlich 1956 verboten wurde. Reformismus ist heute etwas anderes als im 19. Jahrhundert. War der Reformismus damals eine Politik, die den Sozialismus auf republikanisch-demokratischem Weg erreichen wollte, ist der Reformismus heute nur noch auf eine gerechtere Organisation des Kapitalismus durch Ausbau des bürgerlichen Staates aus. Die Berufung des ,,progressiven Reformismus'' auf sozialistische Traditionen ist völlig obsolet (*lat.*, veraltet, ungebräuchlich, Übers. AK), weil niemand nach einer **sozialistischen** Legitimierung fragt! Weder die SPD noch die Arbeiterbewegung noch die Grüne Partei fragen die Jusos, ob sich diese irgendwie als sozialistisch ausweisen können. Der ganze Sozialismus der Jusos hat nur noch die eine und alleinige Funktion, die vollständige politische Unterwerfung unter die realexistierende SPD und die mit dieser osmotisch verbundene Gewerkschaftsbürokratie zu rechtfertigen. Die Berufung auf das Erbe des 19. Jahrhunderts ist bei den Jusos ebenso unernsthaft wie die Kritik an der sozialliberalen Regierungstätigkeit.

Perspektiven

Tatsächlich hat sich die politische Situation in den letzten Jahren verändert. Die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise und die sichtbar werdende Kriegsgefahr haben die Sicherheitsideologie, auf der die Stabilität der BRD fußt, (zumindest vorübergehend) erschüttert. Diese Erschütterung bedeutet nicht automatisch die Herausbildung eines sozialistischen Potentials, bedeutete aber eine beginnende Zersetzung tradierter Integrations- und Legitimationsmuster. Ausdruck dieses Prozesses waren u.a. die breite Ablehnung der Volkszählung und die Friedensbewegung, die im Gegensatz zu anderen oppositionellen Bewegungen eine Ablehnung der herrschenden Politik auf Millionenbasis beinhalteten. Sowohl die Größe der Grünen Partei als auch ihre widersprüchliche Entwicklung zeigen zugleich, daß die Bruchpunkte mit dem gesellschaftlichen Konsens (noch) keineswegs vollständig, geschweige denn ,,irreversibel'' sind. Aus dieser Situation ergibt sich für die Sozialdemokratie eine delikate Lage. Je stärker sie auf Integration der entlaufenen Sprößlinge abstellt, umso mehr muß sie notgedrungen sich auf eine Debatte der Bruchpunkte einlassen und damit dem Eindringen grüner und besserer Gedanken in ihre Reihen Tore öffnen. Andrerseits haben die Auseinandersetzungen längst eine solche Quantität erreicht, daß sich die SPD ohnehin nicht effektiv immunisieren kann. Que faire?

Eigentlich haben die Grünen momentan gute Karten für eine heftige Konfrontation mit der SPD. Unter anderem deshalb, weil Herr Börner so dumm war, die Konfrontation an einem Punkt zu suchen, wo niemand den Grünen Konsequenz übelnimmt: die Atom-Frage. Hauptsächlich aber deshalb, weil die träge SPD-Bürokratie die integrativen Fußangeln so unsagbar plump auslegt. Die ,,Positionsbestimmung'' der Jusos enthällt null Argumente, die tatsächlich in irgendeiner Weise Aussicht hätten, in das Gedankengut der grünen Partei oder ihrer Basis einzudringen. Die Phantasie der Jusos reichte gerade noch dazu aus, sich **einer** Bewegung der letzten zehn Jahre zu widmen und diese zu umgarnen: den Feminismus. Und der spielt in den momentanen Auseinandersetzungen wirklich nicht die erste Geige. Das Dumme für die SPD ist, daß sie die Jusos dermaßen geschuriegelt hat, daß diese politisch einfach überflüssig geworden sind. Seit der Benneter-Affäre weiß das eigentlich jeder. Bis auf die Jusos.

Es mag letztenendes doch so kommen, daß die Grüne Partei sozialdemokratisiert wird. Nur wird das mitnichten den Positionen des profilierten Kerns jener ,,engagierten vorläufigen Minderheit zuzuschreiben sein. Ganz bestimmt nicht.

J./Hamburg

Realsatire — Oskar Lafontaine über weltanschauliche Grundlagen

,,Daß wir unser Wirtschaftssystem umstellen müssen und daß dabei die Ökologie uns Antworten anbietet, die sich auch aus der Imperialismustheorie ableiten lassen, ist offenkundig. (...)
Ich habe vorhin den Buddhismus erwähnt. Aus seiner Philosophie kann man Antworten entnehmen, die geeignet sind, die ökologische Frage zu lösen. (...)
Außerdem: Die Klassenkampf-Theorie ist nicht in Übereinstimmung zu bringen mit dem Solidaritätsprinzip. Solidarität muß auch klassenübergreifend sein.''
(Alle Zitate aus dem KONKRET-Interview mit Oskar Lafontaine, ,,Buddha bei die Fische'', KONKRET 11/84). Und mit solchen Leuten möchte ein Herr Glotz die ,,kulturelle Hegemonie'' erobern. Klar doch, für einen ökologisch-antiimperialistisch-buddhistisch-solidarischen SPD-Flügel ohne Klassenkampf-Theorie! Heißa!

Die radikalen Priester der GIM

Die Ermordung des polnischen Priesters Popieluszko nahm die trotzkistische Zeitschrift ,,Was tun'' (herausgegeben von der GIM) zum Anlaß einer längeren Betrachtung, bei der es sich nach eigenem Bekunden sogar um eine A n a l y s e gehandelt haben soll. Unter der Überschrift **,,Polens Amtskirche stützt Jaruzelski/Popieluszko stand im Zweifrontenkrieg''** schrieb der bekannte GIM-Autor Winfried Wolf: Popieluszko sei typisch gewesen für die Entwicklung im polnischen Klerus.Immer mehr einfache Priester träten in ihren Predigten offen gegen das Jaruzelski-Regime auf und stellten sich auf die Seite der Gewerkschaft Solidarnosc. Gegen diesen Trend gehe die Kirchenführung massiv vor, indem sie zur Entsolidarisierung und zur politischen Zurückhaltung dränge. Ein Priester sei wegen seiner Parteinahme für Solidarnosc sogar strafversetzt worden. Den ermordeten Popieluszko habe die Kirchenführung gegen den staatlichen Terror gar nicht oder nur lau verteidigt. Diese Haltung habe sich schon in früheren Auseinandersetzungen gezeigt, als polnische Kirchenführer zum Streikbruch aufriefen und Zusammenarbeit mit dem Regime predigten. Offen und ausdrücklich hätten die Kirchenführer inzwischen gegen Solidarnosc Stellung genommen. Aber das sei ja nicht neu, denn schon immer habe die Kirche überall auf derWelt mit den Herschenden paktiert. — Dieser Darstellung (,,was tun'', 23.11.) schob Maria Lupinsky zwei Wochen später noch zwei Glanzlichter nach: Das Verhalten der polnischen Kirchenführung erinnert sie an den Pakt der Kirchen mit dem deutschen NS-Regime. Und Priester wie Popieluszko errinern sie an die ,,*revolutionäre Volkskirche''* in Nicaragua. (,,was tun'', 6.12.84)

Die Grundüberlegung von W. Wolf verrät wenig analytischen Tiefgang: Daß die offizielle Kirche sich praktisch überall auf der Welt irgendwie mit den herschenden Verhältnissen zu arrangieren versucht, trifft zwar zu. Tatsache ist aber auch, daß seitens starker Kräfte des Westens der Vernichtungskampf gegen den von der Sowjetunion dominierten Staatenblock offen angesagt ist. Diese Kampfansage wird vom höchsten Repräsentanten der Freien Welt, Ronald Reagen, mit apokalyptischen Bibel-Analogien garniert. Was die katholische Kirche angeht, die eine hochzentralisierte internationale Organisation ist, so nimmt sie in dem angesagten Duell *Freie Welt kontra Reich des Bösen* ziemlich eindeutig Partei. Nämlich gegen die Sowjetunion und



das ,,realsozialistische'' System. Sie führt diesen Kampf allerdings mit ihrer eigenen Taktik, und d a s bleibt im Grunde als Substanz, gegen die sich die Polemik W. Wolfs richtet. Die katholische Kirche ist nämlich —vermutlich im Wiederspruch zu manchen radikaleren Priestern, aber gewiß in Übereinstimmung mit Oppositionsführern wie Walesa— für die Erhaltung maximaler

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Freiräume auch unter der Militärdiktatur und darum gegen Zuspitzung der Situation zum falschen Zeitpunkt und mit dem falschen Tempo. In diesem Interesse stimmt sie mit der Regierung überein. Umgekehrt ziehen die menschenverachtenden Provokateure, die Popieluszko ermordeten, in der Wirkung in eine ähnliche Richtung wie manche der radikalen Priester, wenn sie einen Bruch des vorhandenen labilen Gleichgewichts in Polen herbeiführen wollen.

Für W. Wolf scheint möglichst r a d i k a l e Feindschaft gegen die herrschenden Verhältnisse des Ostblocks als solche schon eine verteidigenswerte Position zu sein. Die Frage nach den politischen Inhalten dieser Radikalität wirft er jedenfalls in seiner ,,Analyse'' mit keinem Satz auf. Mehr Information über das Wirken des ,,Solidarnosc-Anhängers'' (W. Wolf) Popieluszko wäre gewiß sachdienlich. Mangels solcher Informationen möchte ich zumindest der mageren Mitteilung nachgehen, Popieluszko sei mit einer Ausstellung von Fotos des Massakers von Katyn auf Rundreise durch Polen gewesen. (,,Welt'',20.11) Zur Vorgeschichte: Im April 1943 gab das NS-Regime bekannt, daß im Wald bei Katyn (im besetzten Gebiet der Sowjetunion) über 4000 Leichen in polnischen Uniformen ausgegraben worden waren; alle durch Schüsse ermordet. Es handelte sich, soviel ist unbestritten, um polnische Offiziere, die 1939 von der Sowjetarmee beim Vormarsch ins östliche Polen gefangengenommen worden waren. Ob die Männer dann im Frühjahr 1940 vom sowjetischen NKWD erschossen wurden (Wie die NS-Propaganda sofort verkündete) oder ob sie 1941 der Wehrmacht beim Angriff auf die Sowjetunion in die Hände fielen und von Deutschen ermordet wurden (So die Sowjetische Version), braucht hier nicht erörtert zu werden. Jedenfalls übernahm die damalige polnische Exilregierung in London die deutsche Darstellung, und seither gibt es —abgesehen vielleicht vom Partei- und Staatsapparat— vermutlich kaum eine Polin oder einen Polen, die/der daran zweifelt, daß die Mörder von Katyn aus der Sowjetunion kamen. Katyn ist, mit Blick auf die problematischen Beziehungen zur Sowjet-

die/der daran zweifelt, daß die Mörder von Katyn aus der Sowjetunion kamen. Katyn ist, mit Blick auf die problematischen Beziehungen zur Sowjet-union, d a s Tabu- und Reizthema polnischer Politik. Dabei darf nicht vergessen werden, daß —wie immer sich die Dinge damals abgespielt haben mögen— das Massaker von Katyn zum Großprojekt der NS-Propaganda gemacht wurde, und das auf dem Höhepunkt des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion. **Wenn Popieluszko mit Fotos von dem Massaker (Abbildungen von ausgegrabenen Leichen in schauerlichen Verwesungsstadien) durch Polen gereist ist, wie Springers ,,Welt'' berichtet, so sind Absicht und Wirkung offensichtlich: Förderung von Haßstimmung gegen die Sowjetunion. Falls W. Wolf dem irgendeinen positiven Zweck abzugewinnen mag, sollte er nicht zögern, seine Überlegungen zu erläutern.**

Deutlicher als bei Popieluszko, über den Informationen in der hiesigen Presse äußerst rar sind (und was dazu von ,,realsozialistischer'' Seite herrüberkommt, sind nichts als substanzlose Beschimpfungen), deutlicher also ist der politische Sachverhalt bei dem Priester Malkowski. Diesem Mann, *ein enger Freund''* von Popieluszko (,,FR'',3.12.), hat die polnische Kirchenführung inzwischen das predigen in Warschauer Kirchen untersagt. Ein ganz besonders radikaler also, dem das Wohlwollen der GIM sicher sein müßte. Über den politischen I n h a l t seiner Radikalität macht die ,,Frankfurter Rundschau'' (6.12.) folgende Mitteilung: Malkowski bezeichnet Polen als einen ,,*Staat des Satans, in dem der rote Drache herrscht*''. Seine Diktion ist anscheinend identisch mit der des US-Präsidenten. Aus einer Predigt Malkowskis wird zitiert: ,,*Gott ruft uns auf, Moskau zu verlassen. Sei solidarisch, folge dem ausdrücklichen Befehl von Jesus Christus, habe nichts gemeinsam mit Moskau, verbrenne diese dem Teufel geweihte Hauptstadt...*''. Eine wahrhaft christliche Aufgabe, um die man bei den US-Millitärs wohl nicht groß zu betteln bräuchte, wenn da nicht noch das dumme kleine Problem mit dem nuklearen Vergeltungsrisiko wäre. Andersdenkenden droht der radikale Priester übrigens mit der ,,*ewigen Verdammnis*''.

Wieweit d i e s e Art von Radikalität t y p i s c h ist für jene polnischen Prediger, die der ,,Spiegel'' charmant als ,,Basispriester'' tituliert, kann von hier aus nicht geklärt werden. Es soll und braucht nicht einmal unterstellt zu werden. Es genügt völlig die Feststellung, daß es sehr unterschiedliche Inhalte von Radikalität gibt und daß der Arbeiterbewegung nicht durch Prediger gedient ist, die die wiederwärtigsten Aspekte des Katholizismus noch radikaler und fanatischer vortragen als die offizielle Kirche. Ein Mann wie Malkowski hat sicher sehr wenig Gemeinsamkeiten mit den revolutionären Priestern in Nicaragua. Er gleicht eher den Pfaffen, die als geistliche Beiständler die Mordzüge der Contras begleiten.

Dies ist keine übnermäßig aufgeblähte Streitfrage oder gar ein Mißverständnis aufgrund von boshaftherrausgegriffenen Sätzen: Es kennzeichnet allgemein die Politik der GIM, daß sie so ziemlich j e d e r Opposition im Ostblock ihren trotzkistischen Segen erteilt, ohne auf die Inhalte zu achten. ,,Hauptsache radikal dagegen'', lautet die Devise. Der Grad von radikaler Gegnerschaft wird zum Kriterium gemacht, statt der Inhalte, die ja in diesen Fällen mitunter mit zunehmender Radikalität auch zunehmend reaktionärer werden.

Ausgehend vom Grundsatz ,,Hauptsache radikal dagegen'' muß W. Wolf natürlich auch die Sozialdemokraten kritisieren, deren allzu schlappe Gegnerschaft gegen die Staaten des Ostblocks nicht nur bei der CDU/CSU, sondern auch bei der GIM manche Wünsche offen läßt: ,,*Dennoch* (trotz des Mordes an Popieluszko, der laut W. Wolf von der polnischen Regierung ,,vorbereitet'' wurde!) *tun sich gerade in diesen Tagen führende Vertreter der Sozialistischen Internationale mit Lobeshymnen auf Jaruzelski hervor''*. Papandreou hat ihn einen ,,Patrioten'' genannt. Schlimm! Und ,,*der Führer der SPD, Jochen Vogel, machte dieser Tage in Warschau zwar Jaruzelski seine Aufwartung, hielt es jedoch nicht für opportun, das Grab des ermordeten Priesters Popieluszko aufzusuchen''*. Mit diesem Satz endet der Text von W. Wolf. Vogels faux , ıs war selbstverständlich auch der CDU/CSU und der Springer-Presse aufgefallen. Außenminister Genscher wurde heftig ermahnt, es bei seinem Besuch in Polen besser zu machen. Daraus wurde dann ja bekanntlich nichts. Aber der gute Wille, in Polen mehr Flagge zu zeigen als der schlappe Opportunist Vogel, war bei den Regierungsparteien immerhin vorhanden.

Die Trotzkisten haben die seltsame Marotte, die Länder des Ostblocks als ,,Arbeiterstaaten'' zu bezeichnen. Sympathisch ist an dieser Marotte immerhin, daß sie in diesen Staaten anscheinend einen historischen Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus wahrnehmen. Von dieser Prämisse ausgehend bekennen sich alle Strömungen des Trotzkismus, auch die GIM, zur V e r t e i d i g u n g der ,,Arbeiterstaaten'' gegen den kapitalistischen Block. Es gibt Spielarten des Trotzkismus, die dieses Prinzip bis zum Exzess übertreiben, indem sie sich als Fan-Club der Roten Armee gebärden. Für diese Spezialität steht hierzulande die TLD. Soweit geht die GIM nicht. Aber immerhin, ,,verteidigt'' werden soll eigentlich. Solange der Gegner Reagen, Kohl, Strauss oder Geissler heißt, ist ja auch alles klar. Und bei Genscher gerade eben auch noch. Aber gleich links davon beginnt die ,,*Arbeiterpartei*'' SPD, und plötzlich ist alles ganz anders: Da wird nicht mehr lange gefragt, w a r u m die SPD gegen das ,,realsozialistische'' System ist, sondern nur noch entlarvt, daß sie ihre Gegnerschaft längst nicht offen und radikal genug praktiziert. Das hängt sicher auch mit der schrägen Haltung der GIM zur SPD zusammen. Oder kann man sich umgekehrt vorstellen, daß die GIM seinerseits gegen Breschnew den Vorwurf erhoben hätte, er habe sich vor einem Besuch an den Gräbern von Andreas Baader und Gudrun Ensslin feige herumgedrückt? Im Konflikt der SPD kontra ,,realer Sozialismus'' neigte die GIM eben doch zwar nicht den Kopf, aber wenigstens mit dem Bauch eigentlich mehr der SPD zu. Nun gut, deren Kritik am Ostblock dürfte gern sehr viel schärfer und undiplomatischer ausfallen, aber ,,die Richtung'' scheint immerhin zu stimmen.

Und wenn es gar um die Opposition im Ostblock selbst geht, fallen die letzten Hemmungen. Da kennt die GIM keine Partei mehr, sondern nur noch Regime-Gegner. Mit denen m u ß man sich einfach solidarisieren. Wäre die GIM konsequent, so müßte sie sich eigentlich auch für die Contras in Nicaragua ein bißchen erwärmen können. Übver mangelnde Radikalität braucht man sich bei denen doch wirklich nicht zu beklagen. Gut für die GIM, daß Trotzki gegen seine Erbschleicher nicht mehr protestieren kann: Sympathie für radikal antisozialistische Pfaffen gehörte jedenfalls nicht zu Trotzkis Schwächen.

Kt., Hamburg

Empörung über Vogel-Lob für Jaruzelski

„Polityka"-Interview mit Angriffen gegen Unionspolitiker / Dregger: „Geschmacklos"

„Welt", 6.12.84 **DW. Bonn**

Die umstrittene Polen-Reise des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel hat in Bonn einen Nachhall gefunden, der das Verhältnis der CDU/CSU zu dem Oppositionsführer weiter zu belasten droht. In der Unionsfraktion wurde gestern mit Empörung auf ein Interview Vogels mit der Warschauer KP-Wochenzeitung „Polityka" reagiert, in dem der SPD-Politiker insbesondere den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger massiv angreift.

Die „Polityka" vom vergangenen Wochenende zitierte Vogel mit dem Satz, die Bundesregierung wolle zwar grundsätzlich an der Kontinuität der von der SPD initiierten Polen- und Deutschlandpolitik festhalten, habe aber Schwierigkeiten mit einem „bestimmten Flügel" der CDU/CSU. „Dazu gehören zum Beispiel Störmanöver des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des Herrn Dregger, die sich gegen den Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik richteten, wie aber auch die Äußerung gewisser Herren aus der Christdemokratie, die wiederum von den Grenzen von 1937 reden oder ähnliche Themen in diesem Zusammenhang berühren", wird Vogel weiter zitiert. „Diese Fanfaren der 50er Jahre" seien schädlich für gute nachbarschaftliche Beziehungen.

Dregger sagte zur WELT, er finde es „geschmacklos", sich im Ausland, zudem noch in einem kommunistischen Blatt, über demokratische Politiker zu Hause zu äußern. Die Äußerungen Vogels seien auch sachlich falsch.

In der Unionsfraktion wurde es als besonders empörend empfunden, daß Vogel in dem Interview der Warschauer Führung einen „sichtbaren Erfolg" bei der Stabilisierung und im „Dialog" mit dem Volk attestiert habe. Auf Kopfschütteln stieß der von „Polityka" wiedergegebene, auf General Jaruzelski bezogene Satz: „Wir wünschen uns, daß Ihre Politik fortgesetzt wird."

Gerade diese Ansichten des SPD-Fraktionsvorsitzenden sind in jüngster Zeit von der polnischen Untergrundpresse und von Exil-Blättern scharf kritisiert worden. Die Zeitungen der „Solidarität" im polnischen Untergrund und im Westen hatten der Vogel-Visite an der Weichsel ohnehin mit Mißmut entgegengesehen. Sie bedauerten jetzt, daß der Bonner Oppositionsführer mit keinem Wort die verbotene unabhängige Gewerkschaft erwähnt habe.

Vogel hatte bereits während seines Aufenthalts in Warschau Erklärungen abgegeben, die fast deckungsgleich mit der polnischen Position in der Grenzfrage sind.

Betrifft: Diskussion über Mittelamerika-Solidarität und SPD

Warum die GIM auf gemeinsame Aktionen mit der SPD so scharf ist



In AK 251 und 252 haben wir kontroverse Diskussionsbeiträge zu dem Streit publiziert, der sich in erster Linie am Auftritt Willy Brandts auf der Mittelamerika-Demonstration am 3.11. in Bonn entwickelt hat. Wir setzen diese Diskussion fort mit einem Text, den uns die Hamburger Gruppe der trotzkistischen GIM zugestellt hat. Einige Punkte dieses Textes kommentieren wir anschließend.

AK-Redaktion

Es ist sehr erfreulich, daß der AK der Diskussion über den Auftritt von Willy Brandt auf der Zentralamerika-Solidaritätsdemonstration so breiten Raum auf seinen Seiten gibt. Denn die dahinterstehende, grundsätzliche politische Frage ,,Wie verhalten wir uns gegenüber den Sozialdemokraten?'' erschüttert nicht nur momentan die Mittelamerika-Solidaritätsbewegung und viele Friedensinitiativen, sie führt nicht nur die Grünen an den Rand der Spaltung oder zur politischen Handlungsunfähigkeit, sondern sie wird mindestens bis zum Sieg der sozialistischen Revolution in Westeuropa das zentrale Problem aller Linken in der BRD bleiben. Daher kann mensch gar nicht oft und ausführlich genug darüber diskutieren. Zum Streit um Willy Brandt im folgenden ein paar Anmerkungen von unserer Seite:

1. Über die Einschätzung und Bewertung der Politik der Führung von SPD, Sozialistischer Internationale (SI) und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) sollte Klarheit herrschen: sie ist zaudernd, doppelzüngig, heuchlerisch und verbrecherisch. Die verantwortlichen Sozialdemokraten w o l l e n nicht eindeutig Position für die FSLN und für die Arbeiter und Bauern Nicaraguas beziehen, weil das dem Imperialismus und seinen Nutznießern weh tun würde. Gleichzeitig k ö n n e n sie nicht klar Stellung für den US-Imperialismus nehmen, weil sie dann ernstlich an Glaubwürdigkeit bei ihren Mitgliedern und Wählern verlieren und ihren Spielraum für eine eigene Politik, einschließlich der Vertretung der Interessen des europäischen Kapitals, in dieser Region einbüßen würden. Zusammen mit den Regierungen der Contadora-Staaten, die in einem ähnlichen Dilemma stecken, setzen sie daher auf Verhandlungen. Sie wollen Zeit gewinnen, die nicaraguanische Revolution begrenzen, eindämmen und zum Stillstand bringen. Sie wollen für die grausamen Diktaturen Lateinamerikas, für das Elend und den Hunger, für die sie leider nicht das Klima verantwortlich machen können wie in Afrika, reformerische Kosmetik und demokratische Fassaden; sie wollen aber keine soziale Umwälzung, die mit der Ausplünderung durch Banken und Multis tatsächlich Schluß macht. Eine Politik, die zum Ziel hat, die sandinistische Revolution zu begrenzen und zu stoppen, ist in ihrer praktischen Konsequenz gleichbedeutend mit einer militärischen Erdrosselung dieser Revolution. Die verantwortlichen Politiker von SPD, SI und IBFG betätigen sich daher mehr oder weniger bewußt und gewollt als Totengräber der lateinamerikanischen Revolution.

Selbstverständlich gibt es daneben zahlreiche aufrichtige sozialdemokratische Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die eindeutig die nicaraguanische Revolution materiell und politisch unterstützen. Diesen können wir nur den Vorwurf machen, daß sie zu wenig Anstrengungen unternehmen, um den Totengräbern in ihren Reihen das Handwerk zu legen. Die Personifizierung dieser Widersprüche der Sozialdemokraten ist u.a. Willy Brandt.

2. Die nicaraguanische Revolution braucht in ihrem Überlebenskampf gegen den US-Imperialismus jede Unterstützung. Die Sandinisten brauchen den kleinen Finger der korrupten, kapitalistischen Regierungen Südamerikas und die von geringer materieller und politischer Unterstützung begleitete Heuchelei der Sozialdemokraten ebenso wie die uneigennützige Hilfe Cubas und wie die weniger uneigennützige Hilfe durch die UdSSR und Osteuropas. Das erklärt die Taktik und Diplomatie der FSLN gegenüber den Contadora-Staaten, der SI und den Bürokratien der UdSSR und Osteuropas (das entschuldigt aber nicht den völligen Verzicht auf Kritik und die Lobhudelei der SI oder der UdSSR; das ist aber ein anderes Kapitel der sandinistischen Revolution).

Die Arbeiter und Bauern Nicaraguas können den US-Imperialismus nicht militärisch stoppen. Mit Waffen können sie nur die Kosten des Imperialismus für die Niederwerfung ihrer Revolution in die Höhe treiben. Über die Alternative imperialistisches Blutbad oder Fortsetzung der sandinistischen Revolution in ganz Lateinamerika entscheidet die internationale Solidaritätsbewegung und die von ihr beeinflußte öffentliche Meinung in Nordamerika und Westeuropa.

Nur organisierte Massenaktionen in Nordamerika und Westeuropa, die ein Vielfaches der Stärke der Vietnam-Solidaritätsbewegung der 60er und 70er Jahre erreichen müssen, können die imperialistischen Verbrechen an den Völkern Lateinamerikas stoppen.

3. Solche Massenaktionen, d.h. zuerst einmal Massensolidaritätsdemonstrationen, zu initiieren und zu organisieren ist die dringliche Aufgabe der Solidaritäts-Bewegung. Diese Aufgabe muß heute angepackt werden und nicht erst dann, wenn die US-Regierung die nicaraguanische Revolution militärisch erledigen ließ. Sie muß mit einer Bevölkerung gemacht werden, deren f o r t s c h r i t t l i c h e r Teil allenfalls sozialdemokratisches Bewußtsein hat, also ein ausgesprochen unterentwickeltes Bewußtsein für die Notwendigkeit von internationaler Solidarität. Wenn wir die Solidaritätsbewegung über die paar Zehntausend ,,Linke'' ausweiten wollen, und einen anderen Weg, dem Imperialismus in den kriegerischen Arm zu fallen, gibt es nicht, dann müssen wir an diesem Bewußtsein ansetzen und den ,,organisierten Ausdruck dieses Bewußtseins'', die SPD und den DGB, für Solidaritäts a k t i o n e n gewinnen. Und zwar die SPD und DGB so, wie sie heute sind — undemokratisch, bürokratisiert, heuchlerisch, doppelzüngig, usw. usf. — und nicht so, wie wir sie gerne hätten. Die GIM hat es daher nicht nur akzeptiert, sondern ausdrücklich begrüßt, daß der Oberheuchler Brandt höchstpersönlich und nicht irgendeine linke Sozialdemokratin in Bonn geredet hat. Uns geht es nämlich nicht darum, daß irgendein Vertreter der SPD eine Rede hält, die uns gefällt; uns geht es auch nicht darum, daß Brandt einen richtigen Satz sagt oder unterschreibt; uns geht es nicht um gemeinsame Propaganda mit der SPD. Die Führer der SPD haben in ihrer über 100jährigen Geschichte neben mancher blutigen Schandtat tausendundeinmal gelogen und betrogen, um wirksame antikapitalistische Kämpfe zu verhindern oder abzuwürgen und um ihre Posten und Pfründe zu verteidigen, und sie werden das auch weiterhin tun. Es geht also nicht

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

um richtige oder schöne Worte von Sozialdemokraten, sondern es geht uns um Taten der SPD; es geht uns darum, daß die SPD offiziell eine Aktion der Solidaritätsbewegung unterstützt. Daher haben wir es begrüßt, daß der oberste Vertreter der SPD in Bonn geredet hat, unabhängig davon, was er konkret gesagt hat. Denn dafür trägt Brandt und die SPD die Verantwortung, und nicht die Solidaritäts-Bewegung. Wenn der offizielle SPD-Vertreter darüberhinaus was richtiges sagt, um so besser. (Die Rede Brandts war nicht die schlechteste, und ganz sicher ziemlich lästig für die Bundesregierung und den US-Imperialismus. Sie war nützlich für die FSLN, damit ist Brandt aber nicht zu einem zuverlässigen Bündnispartner der Sandinisten geworden.)

Aus zwei Gründen sind wir so scharf auf gemeinsame Aktionen mit der SPD und dem DGB: Zum einen, weil dadurch die Solidaritätsbewegung breiter und ihre politisierende Wirkung größer wird. Das nützt unmittelbar und noch mehr langfristig der Revolution in Mittelamerika, weil sie das verbrecherische Treiben von Bundesregierung, Nato und der US-Regierung erschwert. Zum anderen, weil dadurch die Widersprüche in den sozialdemokratischen Reihen verstärkt zum Tanzen gebracht werden. Die Tatsache, daß das SPD-Präsidium oder der DGB-Vorstand eine Demonstration offiziell unterstützt, öffnet die Kanäle für weitergehende Diskussionen in den sozialdemokratischen Gremien und Gruppen; sie erschwert es den Rechten, entsprechende Anträge abzublocken. Die Tatsache, daß die SPD-Führung offiziell eine Demonstration unterstützt, hat nicht immer die unmittelbare Wirkung, daß mehr Menschen zur Demo kommen (das haben wir in Bonn am 3. November erlebt), weil die SPD-Führung ihre Basis weder mobilisieren will noch kann (das muß sie erst wieder lernen), sie bereitet aber den Boden, daß Teile der sozialdemokratischen Basis zu weitergehenden Aktionen, wie Blockaden, Behinderungen, Streiks u.ä. bereit sind. Und das wiederum bereitet den Boden, daß in Zukunft die sozialdemokratische Führung solche weitergehenden Aktionen unterstützen muß. Das ist der Weg, wie die heute noch sozialdemokratischen Massen für weitergehende Ziele gewonnen werden und die sozialdemokratische Hegemonie abgebaut wird. Das ist der Weg, wie hier die Revolution gemacht wird. Und die Revolution hier ist der beste Beitrag für die Revolution in Zentralamerika.

4. Im Gegensatz dazu verkleistern Farbbeutel und Feuerwerkskörper gegen den Parteivorsitzenden die Widersprüche zwischen Führung und Basis innerhalb der SPD. Sie erzeugen einen Solidarisierungseffekt mit den getroffenen Vorsitzenden, und die Diskussion wird über den Krawall und nicht über die Solidarität mit der Revolution in Zentralamerika geführt. Warum sollen wir der SPD-Führung diesen Gefallen tun? Unsere Empörung über die Politik der SI müssen wir anders ausdrücken.

Genauso sind wir gegen gemeinsame Propaganda mit der SPD, weil sie ebenfalls die Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie beendet bzw. es der Führung erleichtert, sie so zu führen, wie sie es haben will. Von der Kritik an der Politik von SPD und SI darf die Solidaritätsbewegung Nichts zurücknehmen oder verschweigen. Sie darf nicht auf weitergehende Forderungen und Aktionen verzichten. Aktionen mit der SPD, die nur unter der Voraussetzung möglich sind, daß die Solidaritäts-Gruppen darauf verzichten, darf die Solidaritäts-Bewegung nicht machen. Das wäre nur im Sinne der sozialdemokratischen Führung. So wie sich die SPD-Führung ,,das Recht herausnimmt'', vor und nach der gemeinsamen Demonstration mit der Nato und der US-Regierung gegen die sandinistische Revolution zu wirken, so muß sich die Solidaritäts-Bewegung ,,das Recht herausnehmen'', gegebenenfalls die Fenster der US-Botschaft einzuschmeißen. Mensch einigt sich mit der SPD oder dem DGB auf eine gemeinsame Aktion. Alles andere, was nicht direkt diese gemeinsame Aktion verunmöglicht, bleibt Sache der beteiligten Kräfte.

Nachbemerkung für die Traumdeuter in den Reihen des KB, die wiederholt festgestellt haben, daß die GIM von einer Linkswendung der SPD träumt (zuletzt wieder in der Berichterstattung über die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche):
Ihr lieben Genossen/innen Traumdeuter, ihr müßt noch etwas tiefer in die Gefilde unseres Unterbewußtseins dringen. Die GIM träumt nicht von einer ,,Linkswendung der SPD''. Sie träumt — darin in der guten Tradition von Lenin: Lest mal wieder ,,Womit beginnen'' — von einer Linkswendung, sprich: Radikalisierung, der Arbeiterklasse. Diesen ,,Traum'' lassen wir uns allerdings von niemand nehmen. Darin bleiben wir unerschütterliche Optimisten. Und in diesem Zusammenhang fürchten wir eher eine ,,Linkswendung'' der SPD. Viel lieber wäre uns, die SPD bliebe, wie sie ist, oder würde noch bürokratischer und korrupter, das würde die Schaffung einer revolutionären Massenpartei wesentlich erleichtern. Aber leider wird uns die Dialektik der Geschichte diesen Gefallen wohl nicht tun: die Radikalisierung der Arbeitermassen führt zu einer Radikalisierung der SPD-Mitglieder und dann zu einer ,,Linkswendung'' der sozialdemokratischen Führung. Das wird neue Illusionen und Hoffnungen in die SPD erzeugen, was die notwendige Aufgabe, eine neue revolutionäre Arbeiterpartei mit Massenanhang zu schaffen, so unendlich viel schwerer macht.

Liebe Genossen/innen Traumdeuter, anstatt noch tiefer in die Gefilde unseres Unterbewußtseins zu bohren, könnt ihr natürlich auch mal wieder bei Lenin und Trotzki nachlesen, das führt wahrscheinlich schneller zur revolutionären Erkenntnis.

Nichts für ungut und revolutionäre Grüße

GIM, Ortsgruppe Hamburg, 29.11.84

... Aber was meint die GIM nun wirklich?

... Aber was meint die GIM nun wirklich?

Hier haben die Genossinnen/Genossen von der Hamburger GIM aber mal auf die SPD eingedroschen, daß es nur so kracht: Verlogenen Oberheuchlern wird erbarmungslos die pseudolinke Maske von der korrupten Bürokratenfresse gezerrt; da werden die Widersprüche in der SPD mit einem superben taktischen Geschick nicht bloß zum Tanzen, sondern geradezu zum Veitstanzen gebracht, als wäre nicht bloß Lenin, sondern ein bißchen sogar Stalin aus dem Grabe auferstanden. Wer hätte so etwas heute noch erwartet? Und dann ausgerechnet von der GIM?!

Komisch ist nur, daß die Genossinnen/Genossen von der Hamburger GIM sich erst als Gäste in den ,,Arbeiterkampf'' begeben müssen, um mal so richtig von der Leber weg gegen die verkommene und mit Arbeiterblut besudelte SPD losrüpeln zu können. In den eigenen vier Wänden, als in der GIM-Zeitschrift ,,was tun'', geht es sehr viel gesitteter zu. Da hat mensch buchstäblich nichts von den wundervoll radikalen Argumenten gelsen, mit denen nun die Genossinnen/Genossen im ,,Arbeiterkampf'' begründet haben, warum man denn auf die SPD so spitz ist. Kein Wort dort von ,,*Oberheuchler höchstpersönlich*'' und ,,*blutigen Schandtaten*''. Stattdessen wurde mit hanseatischer Steifheit und Noblesse verkündet: ,,*Wenn Sozialdemokraten bereit sind, gegen die drohende US-Intervention Stellung zu nehmen, müssen wir ihnen auch zugestehen, wie andere Bündnisteilnehmer ihre eigenen Redner zu bestimmen. Darüber hinaus hat Willy Brandt sich deutlicher für den Wahlprozeß in Nicaragua und gegen die dortige US-Politik ausgesprochen, als alle bisherigen offiziellen Stellungnahmen der SPD und der Sozialistischen Internationale dies taten...Damit hat sich Willy Brandt in der gegenwärtig extrem kritischen Situation an die Seite der Sandinisten gestellt. Dies hat Nicaragua genützt.*'' Punkt. Um die tieferen taktischen Absichten bei diesem Umgang mit der SPD zu erläutern, wechselt man dann in den ,,Arbeiterkampf'' hinüber wie ein Spießer, der in den Puff geht, um die Sau rauszulassen. Als Puff hatten wir unsere Zeitschrift eigentlich bisher nicht verstanden.

Aber immerhin impliziert dies ja das stillschweigende Eingeständnis, daß man erst den ,,Arbeiterkampf'' lesen ·ß, um die wahren strategischen ·ktischen Überlegungen der GIM zu erfahren. Wenn dieses Beispiel auch bei anderen Organistionen Schule machen sollte, bräuchten wir uns um den Absatz wohl keine Sorgen mehr zu machen. Und wem dies wieder mal zu zynisch/zu unernst/zu unsolidarisch formuliert sein sollte, dem sei auch noch der Klartext nachgereicht: Warum zum Teufel publizieren die Genossinnen/Genossen von der GIM die hier im AK dargelegten Überlegungen nicht auch in ihrer eigenen Presse, falls es ihnen um mehr geht als um ein bißchen unverbindliche Koketterie mit dem Radikalismus?

Mensch könnte einwenden: Vielleicht vertreten die Hamburger Genossinnen/Genossen der GIM ja einen linken Minderheitsstandpunkt, mit dem sie in ihrer eigenen Organisation und in ihrem eigenen Zentralorgan nicht zum Zuge kommen. Politische Flüchtlinge gewissermaßen?

Daß dies nicht der Fall ist, läßt sich an einem Strategie-Papier (,,Anti-Interventions-Plattform'') ablesen, das von den GIMlern im Hamburger Nicaragua-Komitee durchgesetzt wurde. In diesem Papier wird formuliert, daß es die zentrale Aufgabe der Solidaritätsbewegung sein müsse, ,,*möglichst breite Bündnisse gegen die US-Interventionspolitik herzustellen*''. Damit dieses Bündnis so breit wie möglich wird, müsse man sich natürlich einige inhaltliche Beschränkungen auferlegen, etwa in Sachen Nicaragua-Solidarität oder bewaffneter Kampf in El Salvador. ,,*Diese Einschränkungen müssen wir heute bewußt in Kauf nehmen, weil wir wissen, daß es in unserer Gesellschaft wichtige Sektoren gibt, die zwar gegen die US-Intervention in Mittelamerika sind, mit denen wir uns über die weiteren Fragen jedoch nicht unbedingt einigen können. Andererseits können wir auf eine echte Wirkung auf die US-Regierung nur dann hoffen, wenn es uns gelingt, gerade auch diese Gruppen in Bewegung zu bringen.*'' Das für die SPD-Führung Erträgliche wird so zum Minimalkonsens der Mittelamerika-Solidarität erklärt. Wer ,,darüber hinaus'' noch ein paar ,,spezifische Ansichten'' hat, darf sie immerhin privat darstellen. Abschließend teilen die Autoren des Strategie-Papiers noch ihre Überzeugung mit, daß es nichts bringt, ,,*die Versäumnisse und Fehler der SPD in den letzte 10 oder auch 70 (August 1914!) Jahren aufzuzählen*''. Anders gesagt: von der Masse historischer Erfahrungen mit der SPD wollen wir im Rahmen der Nicaragua-Solidarität lieber nicht sprechen. Wer sich gar nicht beherrschen kann, möge sich in einem Leserbrief an den ,,Arbeiterkampf'' Erleichterung verschaffen.

Von realen Erfahrungen mit der SPD nicht zu sprechen, ist allerdings die erste Voraussetzung, um sich Schwärmereien über das ,,Zum-Tanzen-Bringen-der-Widersprüche-in-der-SPD'' hingeben zu können. Denn die wirkliche Erfahrung zeigt ja unübersehbar, daß nicht die SPD, sondern die politischen Bewegungen Schaden genommen haben, wenn jene sich mit diesen zu befassen begann. Von der Rolle der SPD in den antimilitaristischen Bewegungen der 50er Jahre noch nie was gehört? Vom Eingreifen der Sozialdemokratie in die Vietnam-Solidarität null Ahnung? APO und Langer Marsch durch die Institutionen? Brokdorf und Itzehoe? Häh, was sind denn das für komische Namen? Strategie der SPD gegenüber der neueren Friedensbewegung? Wer bringt da wessen Widersprüche zum Tanzen? In Buxtehude wedeln die Hunde mit den Schwänzen. Auf dem gesamten restlichen Globus ist es genau umgekehrt. Wenn jemand meint, daß die Beteiligung der SPD an der Nicaragua-Solidarität zweckmäßig für Nicaragua ist, so kann das als ernsthaftes Argument gelten. Wenn er aber darüber hinaus anfängt, sich für den Tanzmeister der Widersprüche in der SPD zu halten, sollte er sich besser ein anderes Hobby suchen als ausgerechnet die Politik. Wenn suggeriert wird, die Beteiligung der SPD an irgendeiner politischen Bewegung sei zum Null-Tarif zu haben, so ist das bestenfalls ein Irrtum, schlimmerenfalls eine Lüge. In dem Maße, wie die SPD sich an Bewegungen beteiligt, greift sie auch prägend in diese ein. Und umgekehrt: die SPD beteiligt sich an Bewegungen nur soweit, wie sie prägend auf diese wirken kann. Dieses Verhältnis mag sich in Zukunft total zu Ungunsten der SPD-Führung ändern, aber bis heute ist es jedenfalls so. Im übrigen steht der Mobilisierungseffekt, der vom Eingreifen der SPD oder auch des DGB in irgendwelche Bewegungen ausgeht, bisher immer noch in einem sehr fragwürdigen Verhältnis zum politischen Preis, den die Bewegungen für diese neuen Bündnispartner zu zahlen haben. Da kann es dann so gehen wie bei der neueren Friedensbewegung, die auf dem Papier immer ,,breiter'' wird, während sie in realen Mobilisierungszahlen schon auf dem absteigenden Ast ist.

AK-Redaktion

Kritische Wörter und Wörter der Kritik

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

Band 1
Abhängigkeit bis Bund

Argument

Zwei Bände des *Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* sind mittlerweile im Argumentverlag erschienen. Es handelt sich dabei um die deutsche Ausgabe des Dictionnaire critique du marxisme, das 1982 in Frankreich erschien. Mehr als sechzig Autoren waren an dem Projekt beteiligt, das auf eine neue Weise versucht, eine Bestandsaufnahme der marxistischen Diskussion vorzunehmen. Herausgekommen ist wirklich etwas neues, nicht bloß ein weiteres Buch voll langweiliger Definitionen.

Im Gegensatz zu bisherigen Wörterbüchern mit marxistischem Anspruch stellt das Kritische Wörterbuch des Marxismus (KWM) nicht den Versuch dar, aus einer bestimmten Marxismus-Interpretation heraus eine zu dieser passende Begriffsbestimmung abzugeben. So enden die Beiträge meistens mit einer Angabe der Fragen und Forschungslücken; statt Antworten erhält der Leser Fragen.

Die Autoren wählen eine Herangehensweise, die Georges Labica in der französischen Vorrede des Dictionnaire als ,,doppeltes Lektüremuster'' bezeichnet: *1. Genealogie: Jeder Ausdruck wurde wie eine Person behandelt, die man gebeten hat, ihre Geschichte zu erzählen. (...) 2. Die Problematik: Jeder Ausdruck wurde wie ein Angeklagter behandelt, dem man nicht einfach aufgrund dessen, was er von sich selbst sagte, Glauben schenken konnte. (...)*''.

Trotz und wegen dieses gemeinsamen Vorgehens werden die unterschiedlichen Theorieansätze der Auto-

Trotz und wegen dieses gemeinsamen Vorgehens werden die unterschiedlichen Theorieansätze der Auto-

ren deutlich. Es ist ein ,,pluraler Marxismus'', wie Lucien Seve es nennt und wie Louis Althusser es vor Jahren ausdrückte, als er davon sprach, der Marxismus sei notwendigerweise eine ,,konfliktuale Wissenschaft''.

Labica gibt es ganz offen zu: ,,*Den Verführungen des Dogmatismus haben wir die Gefahren der Unterschiede vorgezogen, die vielleicht zu denen des Eklektizismus geführt haben.*''

Kein Wunder, daß der DKP dieses Projekt höchst unheimlich ist. Eklektizismus, die prinzipienlose Vermengung verschiedener Theorien, war nicht nur Lenin ein Greuel, sondern galt allen Kirchen als Schimpfwort. Wie können sich da angebliche Marxisten dem Risiko so üblen Tuns aussetzen?

Wenn heute ein *Kritisches Wörterbuch des Marxismus* erscheinen kann, dann deshalb, weil die marxistischen Begriffe selbst Momente einer Diskussion sind, die als Krise des Marxismus erscheint. Die politische Krise des organisierten Sozialismus führt zwangsläufig dazu, daß die marxistischen Begriffe weniger einen ‚klaren', politisch vereinheitlichenden Charakter haben, als vielmehr zur Bearbeitung von Problemen gebraucht werden. Es tritt die wissenschaftliche vor die politische Rolle der Begriffe. Wolfgang Fritz Haug hat ganz einfach recht, wenn er im Vorwort zur deutschen Ausgabe schreibt:

,,*Es entspräche einem vorwissenschaftlichen Verständnis von Theorie, glauben, daß Inkohärenzen und Widerstreit mit dem wissenschaftlichen Charakter des Marxismus unvereinbar seien.*''

Unabhängig von einer pharisäerhaften Kritik an dem Vorhaben eines *Kritischen Wörterbuches* muß sich dieses jedoch gefallen lassen, kritisch an seinen eigenen Ansprüchen gemessen zu werden. Selbstredend kann niemand erwarten, daß auf Anhieb ein perfektes Wörterbuch entsteht. Bei aller Stärke des KWM jedoch ist ein recht starkes Niveaugefälle zwischen den einzelnen Beiträgen festzustellen. So sind etwa die Beiträge des Philosophen André Tosel zur Dialektik auf einem hohen wissenschaftlichen Standard angesiedelt. Dagegen ist der Beitrag von Gilbert Badia zum Faschismus schlicht oberflächlich und ungenügend, denn er läßt die auch in Frankreich intensiv geführte Diskussion um die Frage des Neuen Faschismus (Nouveau fascisme) und der Faschisierung (fasciacation) einfach beiseite. Ebenso der Beitrag Jean Robelins zum Etatismus, der sich nicht auf die Debatte um den Autoritären Etatismus als Stadium des bürgerlichen Staates einläßt. In manchen Fragen ist KWM nicht auf der Höhe der Zeit. Allerdings ist dies nur zum Teil ein Problem der einzelnen Autoren, weil die politische Krise die Behandlung politisch-strategischer Fragen und Begriffe nicht gerade einfach macht.

Vielleicht werden die Lücken des KWM durch die nächstes Jahr erscheinenden Ergänzungsbände behoben. Aber auch mit diesen Lücken ist das Kritische Wörterbuch ein sehr nützli-

nenden Ergänzungsbände behoben. Aber auch mit diesen Lücken ist das Kritische Wörterbuch ein sehr nützli-

ches Instrument.

Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht. (Brecht, Meti — Buch der Wandlungen)

Auf dem Kongreß von Il Manifesto im November 1977 stellte der französische Philosoph Louis Althusser den Satz in den Raum ,,*Endlich geht aus der Krise des Marxismus etwas Neues hervor*''. Angesichts der politischen Krise des organisierten Sozialismus mag dieser Satz manchen als schlichte Zumutung erscheinen. Es ist ein Paradoxon der Geschichte, daß wir als Marxisten die Befreiung vom Dogmatismus aufgrund der politischen Krise mehr durchleiden als feiern. Aber gerade deshalb war ein *Kritisches Wörterbuch des Marxismus* mehr als überfällig, weil die Krise in ganz produktiver Weise die marxistischen Begriffe von alltäglichen, scheinbar evidenten Bedeutungen gelöst hat und die Frage offen steht: Was ist Marxismus heute? Wohin treibt die bürgerliche Gesellschaft.

Das Scheitern der tradierten Antworten beider Flügel der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie wie des Komintern-Kommunismus, ist nicht bloß ein Verlust. Althusser hatte recht, als er 1977 die These vertrat, die theoretische Krise des Marxismus sei keineswegs ein Produkt der 70er Jahre, sondern gehe in die Stalin'sche Phase zurück. Es sei geradezu ein Glück, daß diese Krise endlich ausbreche. (in: Bettelheim, Mészarós, Rossanda u.a.: Zurückforderung der Zukunft, Ffm. 1977, S. 225ff).

Die Fragen der heutigen Diskussion lassen sich nicht beantworten, lassen sich nicht einmal stellen mit den alten, proletarisch klaren, konsequent marxistisch-lenistischen Begriffen, wie sie in den realsozialistischen Leerbüchern auftreten, wo ein ewiger und allmächtiger Marxismus-Leninismus in der Pose des Erzengel Gabriel die Abweichungen exkommuniziert.

Kein Wunder also, daß die DKP in den Veröffentlichungen des Argument-Verlages die ,,*Abkehr von marxistischen Grundpositionen*'' zutage treten sieht, daß sie eine ,,*zunehmend feindselige Haltung gegen die marxistische Arbeiterbewegung*'' attestiert, worunter per definitionem die DKP zu verstehen ist.

Fortsetzung letzte Seite

Provokation und Reaktion

Die *Wende* gebietet es, daß der repressive *Rechtsstaat* sich hemmungsloser und direkter zur Schau stellt. Dazu gehört auch, daß verrufene Abteilungen dieses Staates wie der Verfassungsschutz werbend an die Öffentlichkeit treten. Anständige Leute haben nichts zu verbergen, soll das Publikum denken. Und daraus bitte den Umkehrschluß ziehen: wer sich locker und selbstverständlich präsentiert, m u ß einfach anständig sein. Um diesen Effekt zu bewirken, wurde eine Anzeige von nicht gerade prahlerischer, aber doch selbstbewußter Größe in die Presse gesetzt. Illustriert wurde die Anzeige mit einer Collage, aus der mensch erkennen kann, daß es beim Verfassungsschutz ausgewogen und gründlich zugeht. Da sind zwei Hakenkreuze ganz gut zu erkennen, und in der anderen Ecker Hammer und Sichel. Aha, Extremisten von rechts und links. Die Zerstörung von Weimar und so. Dann auch ein paar Namen, mit denen mensch weniger anfangen kann. Aber da, das kennt mensch wieder: die drei Buchstaben RAF. Klar, die Selbstmörder. Auf einem Helm steht das Wort „Ausländerstopp", und mensch wird sich vielleicht fragen, ob das nicht bloß versehentlich in die Collage geraten ist. Denn wenn d a s extremistisch sein soll, ist er *selbst* ein Radikaler, und unser Bundesinnenminister doch wohl auch. Daß unter dem Helm, rechts von dem Schriftzug „Schulungsbrief" der obere Rand eines Plakats gegen die „Nachrüstung" zu sehen ist, muß mensch schon w i s s e n, um es wahrzunehmen. Es kommt so genau aber auch gar nicht drauf an. Denn wer solche Anzeigen überhaupt liest, der denkt sich beim Stichwort „Extremismus" zumeist sowieso schon das Gewünschte.

Die Methode dieser Collage ist eigentlich nicht neu, denn jeder Jahresbericht der Ämter für Verfassungsschutz im Bund und in den Ländern bietet ganz genau den gleichen Extremismus-Eintopf. Und das seit Jahr und Tag, schon zu den Zeiten als noch ein guter Mensch, Duz-Freund Fidel Castros und Friedensnobelpreisträger, in Bonn kanzlerte. Neu ist einzig und allein die dreiste Präsentation dieses Hakenkreuz-und-Sichel-Salats in einer Zeitungsanzeige. Grund genug, sich zu empören. Aber eigentlich kein Grund, um so zu tun, als würde eine jahrelang geübte Praxis des Verfassungsschutzes erst in dem Moment zum Skandal, wo eine CDU-Regierung daraus eine Anzeigenkampagne macht.

Einige der Reaktionen direkt Betroffener sind zudem ganz aufschlußreich. Da ist einmal die DKP. Sie darf sich von dem links oben halb zu erkennenden Titel „Rotstift" angemacht fühlen, denn das ist eine Lehrlingszeitschrift, die von der DKP-Jugendorganisation SDAJ herausgegeben wird. Der „entschiedene Protest" der SDAJ muß natürlich erwähnt und zitiert werden. Erwähnt werden darf außerdem, daß auf der Montage „eine Losung der Friedensbewegung" (unten Mitte, s.o.) abgebildet ist und dieserhalb bereits der BBU und die DFG/VK einstweilige Verfügungen beantragt haben. N i c h t erwähnt werden darf hingegen, daß auch die Zeichen RAF, MLPD und „Spartatakist" zu sehen sind. Denn das sind Anarchisten, Trotzkisten und Maoisten, die vermutlich sowieso bloß zu Provokationszwecken in der Anzeige erwähnt werden („UZ", 1.12.84).

Wer steckt dahinter?

Jede Bundesregierung ist für die Verwirklichung und Sicherung der Grundrechte und der Grundprinzipien der Verfassung verantwortlich. Sie muß deshalb alle gegen die Verfassung und die innere Sicherheit gerichteten Bestrebungen frühzeitig erkennen, ob diese nun von links oder rechts kommen.

Dafür gibt es seit 1950 das Bundesamt für Verfassungsschutz, das zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern gehört. Der Verfassungsschutz darf kraft Gesetzes nur Informationen sammeln.

Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes sind jedoch für die demokratische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland und die Sicherheit ihrer Bürger unverzichtbar,

- damit die Ziele und Methoden der Verfassungsfeinde offengelegt werden,
- damit eine geistig-politische Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus geführt wird,
- damit politische und gesellschaftliche Gruppen erfahren, wo und wie versucht wird, sie zu Bündnissen zu mißbrauchen, die gegen unsere Demokratie gerichtet sind,
- damit bei akuter Gefährdung des Rechtsstaates und seiner Organe gesetzlich geregelte Abwehrmaßnahmen der Polizei ergriffen werden können.

Wenn Sie mehr über den Verfassungsschutz und seine Erkenntnisse wissen möchten, fordern Sie bitte mit dem Coupon kostenloses Informationsmaterial an.

Am engagiertesten wehrt sich die nächst der RAF vermutlich kleinste der betroffenen Gruppen: die TLD (Trotzkistische Liga Deutschlands), die den „Spartakist" herausgibt. Der Redaktion des AK beispielsweise schickte sie dreimal das gleiche umfangreiche Informationsmaterial über ihren Protest zu, einmal sogar mit Eilpost. Genossen von der TLD erkundigten sich telefonisch leibhaftig an Ort und Stelle mehrmals, ob wir denn nun zusagen könnten, darüber zu berichten. Der Gedanke drängt sich auf, daß diese recht kleine Gruppe (in ihrer einstweiligen Verfügung gegen die Anzeige spricht sie von 100 Mitgliedern) es ein bißchen sehr offen ausgekostet hat, durch diese Anzeige eine Publicity zu kriegen, von der sie sonst nicht einmal hätte träumen können. Zu ihrem Material gehört eine eng bedruckte Stellungnahme von 3 Seiten Länge, „Stoppt Zimmermanns Schmutzkampagne!" Die TLD beantwortet dort so brennende Fragen wie **„Wer hat Angst vor den Spartakisten"** und **„Was ist dieser Staat"**; die Antworten deuten auf ein stark überdehntes Selbstwertgefühl der TLD hin: „*Wir beabsichtigen nicht, uns für vogelfrei erklären zu lassen und hinweggefegt zu werden... Als die Verteidiger und Verbreiter des revolutionären Marxismus heute in Westdeutschland ist unsere Aufgabe zu wichtig...*". Und: „*Die Abbildung des SPARTAKIST-Titels zeigt den Wunsch der Regierung, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht noch mal zu ermorden.*"

Am übermütigsten ist die Reaktion der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) ausgefallen. Sie ist sich absolut sicher: die Anzeige **„drückt die Furcht vor einer weiteren Verbreitung des revolutionären Programms der MLPD aus — gerade jetzt bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen."** Denn diese bilden den eigentlichen Hintergrund der Kampagne: „*Kaum hatte die MLPD beim Landeswahlleiter nach den Unterlagen für die Wahlzulassung zur Landtagswahl in NRW im Mai 1985 angefragt, da reagierte das Bonner Innenministerium*". Nämlich mit der Anzeige. Jawohl, im Ernst! D e s h a l b wurde in der Collage

„*das Parteiemblem der MLPD deutlich sichtbar in Szene gesetzt. Wohlgemerkt als e i n z i g e linke Partei! Seit Jahren wird die MLPD in den bürgerlichen Medien regelrecht verschwie-*

„*das Parteiemblem der MLPD deutlich sichtbar in Szene gesetzt. Wohlgemerkt als e i n z i g e linke Partei! Seit Jahren wird die MLPD in den bürgerlichen Medien regelrecht verschwiegen. Woher der Sinneswandel in Bonn?*" Antwort: In NRW steht „*eine Schlacht um das Denken der Massen*" bevor. „*Die Verbreitung eines revolutionären Programms*" (d.h. das der MLPD) „*hat langfristige Folgen auf die Entwicklung des Klassenkampfs in der BRD. D e s h a l b die panische Reaktion in Bonn. Schon sechs Monate vor der Wahl wird mit dieser Hetzkampagne der Versuch einer Kriminalisierung der MLPD gestartet.*" (Es geht in diesem Ton noch weiter; siehe „Rote Fahne", 8.12.84).

Die einfache Wahrheit ist ihnen allen entgangen. Sie zeigt sich aber in der verräterischen und äußerst entlarvenden Tatsache, daß ausgerechnet d i e revolutionär-kommunistische Organisation, bei deren bloßer Nennung ein Zähneklappern und Bibbern durch Ministerien und Ämter hallt, der KOMMUNISTISCHE BUND, in dieser Anzeige nicht auftaucht. Es läßt sich ermessen, wie entsetzlich groß die Furcht des Staatsapparates vor uns sein muß, wenn man eine eindeutig gegen den KB gerichtete Anzeige in die Presse setzt, ohne es wagen zu können, die werktätigen Massen durch das Auftauchen des Schriftzugs „Arbeiterkampf" noch mehr gegen sich aufzubringen. „Wenn der Feind uns nicht bekämpft, ist das gut und nicht schlecht" (Mao).

Wir übersehen nicht ...
kein Grund, um so zu tun, als würde

möchten, fordern Sie bitte mit dem Coupon kostenloses Informationsmaterial an.

Anzeigen

NATO (D) in NRW — Die britische Rheinarmee

Herausgeber: Antimilitarismus-Kommission NRW des Kommunistischen Bundes (KB) und Zeitschrift „IRLAND-INFORMATIONEN"

Inhalt: „Lionheart '84" — Üben für den dritten Weltkrieg / „Tin City" (Ostwestfalen): Üben für den Krieg in Nordirland / Großbritannien und die NATO / Deutsch-britische Rüstungskooperation / Irland, NATO, Neutralismus / Lagekarten und Standortregister

Umfang: 36 Seiten, A 4;
Preis: DM 3,-

Bestelladresse: Antimilitarismus-Kommission NRW des KB c/o Buchladen TaPeVi, Wilhelmstraße / Humboldtstraße 44, 46 Dortmund 1
oder
„IRLAND-INFORMATIONEN", c/o D.Schulze-Marmeling, Zum Gründchen 21, 4417 Altenberge.

„IRLAND-INFORMATIONEN — Zeitschrift über Politik, Ökonomie und Kultur auf der ‚grünen Insel'"

Ausgabe Nr.2 (Erscheinungsdatum 15. Oktober):
Sinn Féin nach den EG-Wahlen / Das „Forum for an new Ireland" / Die Ermordung des Sean Dawnes / 15 Jahre britische Truppen in Nordirland — Teil I / Kommunalpolitik in Belfast / Divis Flats: Eskalation des Elends / Alex Maskey in Hildesheim / Nationalismus und Feminismus / John Lennon über den „bloody sunday" / Kurznachrichten / Buchbesprechungen und Zeitschriftenschau

Umfang: 48 Seiten A 4;
Preis: DM 3,50

Bestelladresse:
D. Schulze-Marmeling,
Zum Gründchen 21,
4417 Altenberge bei Münster

Linienstreit in der ÖDP?

Linienstreit in der ÖDP?

Leserbriefe

Falsche Interpunktion

Aus der Mini-Glosse „Machtübernahme" (F.A.Z. vom 26. November) könnte man der falschen Interpunktion wegen herauslesen, daß die ÖDP die Machtübernahme des kommunistischen Bundes vorbereitet. Das ist falsch. Unsere Partei, deren Gründer und Bundesvorsitzender Dr. Herbert Gruhl ist, hat sich gerade deshalb aus den Grünen zurückgezogen, weil wir die recht linken Ansichten nicht mit vertreten konnten. Wir sind eine Partei, die auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht und unsere parlamentarische Demokratie verteidigt. Wir haben mit Kommunisten absolut nichts gemein.

Gerade in Hessen könnten wir als parlamentarischer Arm der ökologischen Bewegung ein notwendiges Gegengewicht zu den „Grünen" bilden, wenn die Bevölkerung unsere Ansichten kennenlernen würde. Als kleine Partei haben wir allerdings Schwierigkeiten, mit wenigen Mitteln (wir haben noch keine Spenden von Flick erhalten) unsere Grundsätze zu verbreiten. Ich darf Ihnen zur Information anliegend unser Grundsatz-Programm unterbreiten, aus dem Sie unseren Standpunkt ersehen können.

Birgit Scharf, Vorsitzender, ÖDP, Hessischer Landesvorstand, Kelkheim 3, Ober den Birken 12

aus: FAZ, 1.12.84

„Wir übersehen nicht, daß es in unserem Land in wachsendem Maße weihnachtet"

(DKP-Parteivorsitzender Herbert Mies auf der VII. Weihnachtsfeier des Präsidiums des Parteivorstands)

Weihnachten findet im „Arbeiterkampf" normalerweise nicht statt. Verschämte Tränen beim Durchblättern unserer Zeitung unter dem Lichterbaum waren oft das Ergebnis. Das muß heuer nicht sein: Zwar wäre es uns immer noch zu peinlich gewesen, uns s e l b s t etwas zum Fest auszudenken. Aber aus der DKP-Zeitung „UZ" duftet es so verführerisch nach Äpfeln, Nüssen und Mandeln, daß wir uns einfach ein bißchen Stimmung ausgeborgt haben. Nun singet und seid froh!

Eure AK-Redaktion

WIR SAGEN IMMER NOCH NEIN!

KRIPPE

St. Siegert und St. Schmidt: Schepper – Wir auch! Verlag Marxistische Blätter, 14,80 DM.

Ein Nikolaus ohne Rute für die Kinder

Viel Leckeres und viel Spaß bei den Nikolausfeiern der DKP

47 5.12.

Bottrop. UZ – Den Nikolaus von der DKP lieben viele Bottroper Kinder. Denn der kommt nicht mit Rute und Moralpredigten daher, sondern mit Leckerem in der Tüte, mit musizierenden und märchenspielenden Kindern. Und wer will, kann ihm sogar selbst ein Lied oder ein Gedicht vortragen.

Dabei hat der Nikolaus bei den Bottroper Kommunisten keinen leichten Job: neunmal mußte er in dieser Woche den Jungen und Mädchen aus den Arbeiterfamilien die Nikolausfeier versüßen und dabei rund 2000mal Hände schütteln und Tüten austeilen.

Ihm zur Seite standen dabei nicht nur die DKP-Mitglieder und die Ratsfraktion: der Musikkreis der Bottroper Jugendmusikschule stimmte weihnachtliche Lieder an; die Jungen Pioniere spielten das Musikmärchen „Die Bremer Stadtmusikanten".

Aber nicht nur in Bottrop pflegt die DKP diesen guten Vorweihnachtsbrauch. In vielen anderen Städten unseres Landes feiern Kinder und ihre Eltern in diesen Tagen dieses Fest mit der DKP. Deswegen – und wegen ihres Engagements für die Interessen der Kinder nicht nur zur Weihnachtszeit – hat sie von vielen den Titel „Deutsche Kinderpartei" bekommen.

Am kommenden Samstag startet in Bottrop die letzte von neun DKP-Nikolausfeiern. Unser Foto entstand am Wochenende auf einer der ersten. Foto: Scholz

Betrifft: Serie „Zwischen den Weltkriegen"

Im AK 249 und 250 wurde dargestellt, wie es zum 2. Weltkrieg kam. Seither wird unser Redaktionstelefon belagert von Leuten, die wissen wollen, wie die Sache denn nun ausgegangen ist. Soviel sei an dieser Stelle schon verraten: Deutschland hat verloren. Japan übrigens auch. Näheres bitten wir dem AK 254 im Januar 1985 zu entnehmen. Die Serie wird danach fortgesetzt mit einer Übersicht über die Entwicklung von der Anti-Hitler-Koalition zum Kalten Krieg, 1945-50. Voraussichtlich im AK 256, also im März 1985.

AK-Redaktion

Fortsetzung von Seite 46

Recht hat die DKP schon. Jede kritische, sich auf den wissenschaftlichen Charakter des Marxismus beziehende Diskussion muß auf die DKP zersetzend wirken, weil für diese Bastion der Unerschütterlichkeit das Ergebnis schon vor der Analyse feststeht. Die typische DKP-Analyse sucht Belege für die Aktualität des Marxismus-Leninismus; sie selektiert die Wirklichkeit in einer Weise, bei der überhaupt nur Bestätigungen herauskommen können. Es ist der sicherste Weg, jeden Fortschritt der Theorie zu vermeiden. Aus der Grundhaltung der DKP heraus ist es völlig einsichtig, daß sie auf die Krise des Marxismus mit einer Taktik der splendid isolation reagiert. (Vergl. Udo Hergenroeder, Sensibel wie ein Baumaschine, AK 252, S. 40/41).

Die Isolation wendet sich zum Amoklauf, weil die DKP sich gegenüber den Diskussionen nicht wirklich abschotten kann. Ihre rigiden Unterdrückungsversuche gegenüber der „Düsseldorfer Debatte" hängen durchaus zusammen mit der unsinnigen Philippika gegen das „Argument". Arnhelm Neusüss schrieb in einem „Nachwort zur Krise des Marxismus" in der „Debatte":

„*Das Problem der heutigen Aneigung der Marxschen Theorie besteht in der Notwendigkeit, beides zu trennen: ihr geschichtsteleologisches Element, das keinen Glauben mehr findet, von der wissenschaftlichen Theorie, die des Glaubens nicht bedarf, sondern sich an der Realität zu bewähren hat.*" („Debatte" 1/84, S. 74).

Von dieser Erkenntnis bis zu dem *Kritischen Wörterbuch* ist es nur noch ein kleiner Schritt, denn die Trennung zwischen den politischen Bedeutungen, die die marxistischen Begriffe in den vergangenen Phasen der Arbeiterbewegung angenommen haben, und ihrem wissenschaftlichen Inhalt als Momente der Theorie, erfordert als ersten Schritt eine Bestimmung der spezifischen Problematik der zentralen Begriffe.

Der Dogmatismus auf dem Kriegsfuß

Es ist eigentlich schade, daß dieses *Kritische Wörterbuch* des Marxismus erst jetzt erscheint. Stellen wir uns vor, es wäre 1975 erschienen, als die zahlreichen ml-Gruppen noch das belebende Geschäft der Konkurrenz mit nimmer endender Energie betrieben. Was hätte man sich streiten können! Kein Schimpfwort wäre ausgelassen worden. Binnen kürzester Zeit hätte der KBW im KWM einen ideologischen Stützpunkt des Sozialimperialismus ausgemacht, die GIM ein Produkt des Neostalinismus, die KPD/ML erneut die Giftküche des Revisionismus entlarvt. Leider ist diese äußerst produktive Form der Diskussion fast völlig aus der Mode gekommen. Nur die DKP möchte ungern ihrer Tradition als Dosenkopfpartei untreu werden und polemisiert kräftig drauf los. Dabei ist eigentlich gar nichts passiert. Das „Argument" war schon immer ein recht pluralistisches Organ des akademischen Marxismus. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt hätte eine Kampagne der DKP die gleiche Berechtigung gehabt wie heute. Allein die Staatsdiskussion im „Argument" No. 124 (Okt. 1980) bot Zündstoff genug. Aber die DKP dachte gar nicht daran, das „Argument" zu zerreißen, weil sie dieses Forum zunächst als nützlich ansah. Es war eines der ganz wenigen Foren, wo DKP-Akademiker mitarbeiteten, ohne daß es sich um ein DKP-Organ gehandelt hätte. Der wahre Grund für die jetzige Panik der DKP-Führung liegt nicht im „Argument", sondern darin, daß die DKP ernsthafte Befürchtungen hat, ihr intellektuelles Umfeld könne langsam abwandern. So sagt Heinz Jung, Leiter des IMSF (einer Denkfabrik zur planmäßigen Erzeugung parteikonformer Analysen) in seinem UZ-Interview über das „Argument": „*Am wichtigsten scheinen mir aber die politischen Umgruppierungen in der Linken, die sich im Erfolg der Grün-Alternativen und im Massenumfang der Friedensbewegung und anderen Bewegungen ausdrücken.*" (UZ, 24.10.84).

Für eine Partei wie die DKP herrscht eine höchst unerfreuliche Lage, weil sie die Intellektuellen braucht, wenn sie auf die Massenbewegungen Einfluß haben will. Pöstchen in irgendwelchen Ausschüssen reichen da nicht aus. Und eigentlich braucht die DKP auch Intellektuelle, die sich mit den zentralen Fragen auseinandersetzen, die heute die Diskussionen bestimmen. Aber wenn Intellektuelle denken, schwanken sie auch (steht bei Lenin). Und wenn sie schwanken ... Jedenfalls haben alle Öffnungsstrategien der DKP dieser keinen Erfolg gebracht und werden dies auch nicht. Das wiederum sieht das DKP-Präsidium ganz realistisch. Aber ob die DKP ihren Einfluß auf Intellektuelle wenigstens h a l t e n kann, wenn sie diese von ihrem berufsmäßigen Tun, dem Denken, abhält, ist halt auch sehr zweifelhaft. Die DKP scheint jedenfalls für jede Diskussion um einen neuen, politikfähigen Marxismus unbrauchbar.

Die Dialektik ist „*ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär*", „*weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Unterganges einschließt*" (Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 28).

Wer nicht begreift, daß dies die historischen Formen der Praxis und Theorie des Sozialismus einschließt, wer nicht begreift, daß der Marxismus die schärfste Kritik des Marxismus ist, ist für eine marxistische Antwort auf die Krise von vornherein verloren.

jb

Dialektik:
Immer wieder
erleben wir das,
was uns
nicht passieren kann.

Peter Maiwald
Düsseldorfer Debatte 1/84

Spendenaufruf

Wie jedes Jahr um diese Zeit wenden wir uns an die Leserinnen und Leser des ARBEITERKAMPFES mit der Bitte, durch Spenden und einen Teil ihres „Weihnachtsgeldes" das Fortbestehen dieser Zeitung zu gewährleisten. In den beiden vergangenen Jahren ist es uns gelungen, mit Spendenergebnissen von (knapp) über 30.000 DM die Verluste aufzufangen, die nicht durch Zuschüsse aus KB-Beiträgen aufgebracht werden konnten. In beiden Jahren mußten wir auch nicht auf Reserven zurückgreifen. Unsere Situation hat sich seither nicht verbessert: eine nachhaltige Auflagensteigerung, die diese Zeitung finanzieren könnte, ist nicht in Sicht, immer noch sinken unsere Mitgliederzahl und die Beiträge an die Organisation (wenn auch nur in geringem Umfang), finanzielle Schlechterstellungen und Arbeitslosigkeit tragen dazu bei. Dies ist nicht ohne weiteres durch Kosteneinsparungen aufzufangen. Außerdem haben wir nach Jahren einmal eine Lohnerhöhung um 150,- DM im Monat vorgenommen und einen Genossen (wieder) eingestellt.

Wir müssen also auch für das kommende Jahr noch einmal über 30.000 DM, besser noch ein wenig mehr, durch Spenden hereinbekommen, damit wir wiederum sagen können, der ARBEITERKAMPF bleibt bestehen.

Deshalb spendet und bittet auch andere darum!

Konto: Heinrich Eckhoff, Dresdner Bank Hamburg
Bankleitzahl 200 800 00
Kontonummer 480610400

Bisheriges Spendenergebnis: 8.324 Mark

Spendenveröffentlichung in der nächsten Ausgabe

Inhalt